Klaus Wahl

Die Radikale Rechte

Biopsychosoziale Wurzeln und Internationale Variationen



Klaus Wahl

Die Radikale Rechte

Biopsychosoziale Wurzeln und Internationale Variationen



Klaus Wahl
Psychosoziale Analysen und Prävention – Informations-System (PAPIS), München, Deutschland

ISBN 978-3-031-23576-4
e-ISBN 978-3-031-23577-1
https://doi.org/10.1007/978-3-031-23577-1

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über https://portal.dnb.de abrufbar.

Dieses Buch ist eine Übersetzung des Originals in Englisch“The Radical Right” von Wahl, Klaus, publiziert durch Springer Nature Switzerland AG im Jahr 2020. Die Übersetzung erfolgte mit Hilfe von künstlicher Intelligenz (maschinelle Übersetzung durch den Dienst DeepL.com). Eine anschließende Überarbeitung im Satzbetrieb erfolgte vor allem in inhaltlicher Hinsicht, so dass sich das Buch stilistisch anders lesen wird als eine herkömmliche Übersetzung. Springer Nature arbeitet kontinuierlich an der Weiterentwicklung von Werkzeugen für die Produktion von Büchern und an den damit verbundenen Technologien zur Unterstützung der Autoren.

Lektorat: Cori Antonia Mackrodt

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Nature Switzerland AG und ist ein Teil von Springer Nature.
Die Anschrift der Gesellschaft ist: Gewerbestrasse 11, 6330 Cham, Switzerland

Vorwort

Ein Gespenst geht um in der Welt – das Gespenst der radikalen Rechten. Die Zunahme sozialer und politischer Phänomene wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Autoritarismus, Nationalismus, Rechtspopulismus, -radikalismus, -extremismus und Gewalt gegen Asylbewerber, Migranten und Politiker in vielen Ländern lässt etliche Bürgerinnen und Bürger sowie so manche im Journalismus, in den Wissenschaften und in der Politik um die Stabilität der demokratischen Gesellschaften bangen. Einige Autorinnen und Autoren erwägen sogar die Möglichkeit der Abschaffung der Demokratie als Folge demokratischer Wahlen.

Was geschah in den letzten Jahrzehnten? In Ungarn regierte die rechtspopulistische Partei *Fidesz* von Viktor Orbán von 1998 bis 2002 und erneut seit 2010. In Russland spielte die nationalistische Propaganda nicht nur bei der Annexion der Krim 2014 eine Rolle. Während seiner Amtszeit hat sich Präsident Wladimir Putin einer zunehmend extremistischen und nationalistischen Rhetorik bedient, insbesondere beim Überfall auf die Ukraine 2022. In Polen ist die nationalistische Partei *Recht und Gerechtigkeit von* Jaroslaw Kaczyński, die von 2005 bis 2007 an einer Koalitionsregierung beteiligt war, seit 2015 an der Spitze des Landes. Im Jahr 2016 war die Welt – einschließlich der Politikwissenschaften – überrascht über das nationalistische Brexit-Votum des Vereinigten Königreichs und den Sieg des Rechtspopulisten Donald Trump bei den US-Präsidentschaftswahlen, der von einer Welle rassistischer und antimuslimischer Rhetorik, Hass und Gewalt begleitet wurde. Ebenfalls im Jahre 2016 erhielt der Präsidentschaftskandidat der rechtspopulistischen *Freiheitlichen Partei Österreichs,* Norbert Hofer, fast die Hälfte der Stimmen. 2017 machte ein Verfassungsreferendum in der Türkei den Weg frei für ein autokratisches System unter dem nationalistischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Im Jahr 2018 bildete die rechtspopulistische italienische Partei *Lega* eine Koalitionsregierung mit der populistischen *Fünf-Sterne-Bewegung*. 2019 trat der rechtsextreme brasilianische Präsident Jair Bolsonaro sein Amt an, er berief mehrere Militärs in sein Kabinett. Im selben Jahr tötete ein Rechtsextremist in Neuseeland 50 muslimische Gläubige. Bei der Bundestagswahl in Deutschland 2017 wurde die anfangs EU-skeptische und dann immer mehr rechtspopulistisch und -radikaler werdende Partei *Alternative für Deutschland (AfD)* drittstärkste Partei, 2021 blieben noch 10,3 Prozent. In Teilen

Ostdeutschlands wurde sie sogar stärkste Partei, Hier hatte es schon zuvor auch die anti-islamistische Bewegung *PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes)* mit aggressiven Gesten und Parolen gegen Parlamentarier und Journalisten gegeben. Marine Le Pen vom *Front National* (seit 2018 *Rassemblement National*) wurde bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich 2022 von 41 Prozent der Bevölkerung gewählt. Ebenfalls im Jahre 2022 gelang es in Schweden den rechtsradikalen *Sverigedemokraterna,* mit gut 20 Prozent zweitstärkste Kraft zu werden. Im gleichen Jahr gewannen in Italien die postfaschistischen Fratelli d'Italia mit Giorgia Meloni als stärkste Partei 26 Prozent und zusammen mit einem rechten Parteienblock die Parlamentsmehrheit. Meloni wurde Ministerpräsidentin. Dazu kamen in Deutschland und anderen Ländern in den letzten Jahren zahlreiche Morde und andere Gewalttaten von rechtsextremistischen Tätern.

Der Schatten der radikalen Rechten, der die Welt heimsucht, fühlt sich wie ein Déjà-vu an. *Déjà-vu an.* Ähnliche Gespenster – vom Rechtspopulismus bis zum Extremismus – gab es in der Geschichte vieler Länder. Jahrhundertelang gab es Kämpfe der nordamerikanischen Rechten (protestantische Gruppen, *Ku-Klux-Klan* usw.) gegen den rassischen, ethnischen und kulturellen Pluralismus sowie gegen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten. Im zwanzigsten Jahrhundert hinterließen die deutschen *Nationalsozialisten* und Truppen in vielen Ländern Blut, Tod und Verwüstung. Auch nach dem Holocaust blieben Rassismus und Nationalismus in weiten Teilen der Welt starke Ideologien. In den letzten Jahrzehnten haben sich auf beiden Seiten des Atlantiks etwas gemäßigtere Formen der radikalen Rechten verbreitet – die populistische Rechte. Im 21. Jahrhundert scheinen insbesondere die Terroranschläge während und nach dem 11. September 2001, die Finanz- und Wirtschaftskrisen und die Flüchtlings- und Einwanderungsströme in die westlichen Länder entscheidende Ereignisse gewesen zu sein, die die gesellschaftliche und politische Landschaft auf der rechten Seite des politischen Spektrums mit rechtsradikalen Parteien und Bewegungen stärker prägen und das gesamte politische System beeinflussen.

In den Medien wird viel über populistische und rechtsradikale Parteien und Bewegungen, Antisemitismus, Anti-Islamismus, Hassreden und rassistisch motivierte Straftaten berichtet. Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie legen empirische Studien zu diesen Phänomenen vor. Es stellt sich jedoch die Frage, ob diese Vielzahl von Forschungsarbeiten in verschiedenen Ländern (z. B. in West-, Mittel- und Osteuropa und in den Vereinigten Staaten) zu

konvergierenden Theorien und empirischen Ergebnissen zur Erklärung dieser Phänomene führt. Leider gibt es divergierende Ergebnisse und widersprüchliche Theorien. Dieses Manko war einer der Beweggründe für die Abfassung dieses Buches.

Ein weiteres Motiv war, dass es zwei eher getrennte Arten der Forschung zu geben scheint. Einerseits konzentriert sich die Forschung akademischer Disziplinen wie Geschichte, Wirtschaft, Soziologie und Politikwissenschaft auf historische, wirtschaftliche, soziale und politische Erscheinungsformen der radikalen Rechten wie politische Parteien, Bewegungen und Ideologien. Sie interessieren sich auch für die möglichen Ursachen dieser politischen Phänomene wie nationalistische Traditionen, Wirtschaftskrisen, Einwanderung oder das Versagen von Regierungen. Auf der anderen Seite untersuchen Psychologie, Verhaltensforschung, Hirnforschung usw. *vor*politische Ursachen, Bedingungen, Katalysatoren und Auslöser rechtsradikaler Phänomene wie Fremdenfeindlichkeit, Vorurteile und Autoritarismus sowie deren Wurzeln in der Sozialisation, Persönlichkeitsentwicklung und Evolution. Wäre es nicht hilfreich, all diese Erkenntnisse in umfassendere Erklärungen politischer Phänomene zu integrieren? Solche *interdisziplinären (biopsychosoziologischen) Modelle* könnten auch strategische Faktoren aufdecken, die als Ansatzpunkte für Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt dienen könnten, um die Prävention wirksamer zu gestalten. Der Bedarf an solchen interdisziplinären, empirisch fundierten Präventionsprogrammen ist gegeben, denn die meisten der bestehenden Maßnahmen scheinen vor allem von Alltagspsychologie und einem allzu optimistischen Glauben an politische Bildungs- und Wohlfahrtsprogramme inspiriert zu sein – und die sind nicht sehr effektiv.

Daher bietet dieses Buch eine Zusammenfassung aktueller internationaler und interdisziplinärer Erkenntnisse über die verschiedenen Formen der radikalen Rechten und ihre (Vor-)Bedingungen, Ursachen, Katalysatoren, Verstärker und Auslöser.

Im Nachhinein könnte dies den Anschein erwecken, als hätte ich von Anfang an eine große Publikation geplant. Tatsächlich war mein ursprüngliches Ziel eher bescheiden: Bei der Zusammenstellung von Literaturlisten für meine Studierenden fand ich keine Artikel, die den internationalen *und* interdisziplinären Stand der Forschung zu den Ursachen rechtsradikaler Phänomene und ihren psychologischen Korrelaten zusammenfassten, also Erkenntnisse aus den Sozialwissenschaften, der Psychologie und den Naturwissenschaften kombinierten. Deshalb hatte ich vor, einen Zeitschriftenartikel zu

schreiben. Aber leider fand ich immer mehr interessante Forschungsergebnisse, und ich hoffte, dass mein Versuch, die Kluft zwischen den verschiedenen Wissenschaften zu überbrücken, für mehr Leserinnen und Leser von Interesse sein könnte. Da die radikale Rechte in vielen Ländern zu finden ist, insbesondere in Europa und den Vereinigten Staaten, war ich sehr froh, die Unterstützung von Expertinnen aus diesen Ländern zu erhalten. Tatsächlich hat mir Britta Schellenberg mit ihrem profunden Wissen über die europäischen Spielarten der radikalen Rechten so viele hilfreiche Informationen für das Kapitel über Europa und Kommentare zu anderen Teilen des Buches gegeben, dass sie eigentlich Mitautorin hätte sein sollen. Ich war auch sehr froh, die Unterstützung von Heather Painter mit ihrem Wissen aus erster Hand über die Vereinigten Staaten zu erhalten. Sie trug auch zum Kapitel über die Vereinigten Staaten bei.

Während des endlosen Prozesses des Schreibens sitzt man als Autor isoliert am Schreibtisch und nutzt einen Stapel Bücher, Papiere, Memos, ein Notizbuch, das Internet und die Speicherbereiche seines Computers und Gehirns. Ich habe aber auch viele Anregungen von außen erhalten: Um die Ursachen politischer Phänomene in einer *vertikalen oder interdisziplinären Dimension,* also auf den verschiedenen Ebenen der Psyche und der Gesellschaften, zu erforschen, habe ich in meiner Forschung in den letzten Jahrzehnten mit Kolleginnen und Kollegen aus der Politik- und Geschichtswissenschaft, der Soziologie, Statistik, Psychologie, Pädagogik, Verhaltens- und, Gehirnforschung und der Biologie an Studien über fremdenfeindliche und rechtsextreme Gewalttäter und über die Entwicklung von Aggression und Vorurteilen bei Kindern und Jugendlichen gearbeitet. Darüber hinaus sind in *horizontaler bzw. internationaler Dimension* viele Ideen, Fragen und Kritik aus Konferenzen und Diskussionen in Wissenschaften, Politik, Ministerialverwaltungen, Polizei, NGOs, Universitätsseminaren, Weiterbildungskursen mit Kindergartenpersonal, Lehrerinnen und Sozialarbeitern von Moskau bis Washington, DC und von Stockholm bis Brasília in diesen Text eingeflossen. Ich bin Lerke Gravenhorst, Uwe Haasen, Melanie Rhea Wahl und den anonymen Gutachtern sehr dankbar für hilfreiche Kommentare zu Entwurfsversionen von Teilen dieses Buches. Nicht zuletzt möchte ich Sharla Plant und Poppy Hull von Palgrave Macmillan dafür danken, dass sie dieses Projekt unterstützt und mir während der gesamten Publikationsphase geholfen haben, vom ersten Vorschlag bis zur endgültigen englischen Veröffentlichung. Den Versuch einer von Software erstellten Rückübersetzung des Buches ins Deutsche hat Ashok Naik P

sorgfältig begleitet. Eine solche Rückübersetzung ist für mich ein erstmaliges Experiment und bringt neben einem manchmal ungelenken Stil auch Fragen einer alle Geschlechter wertschätzenden Sprache auf: Derzeit würden etwa „citizen“ in deutschen Texten zu Bürgerinnen und Bürgern, Bürger*innen, Bürger:innen oder anderen Varianten. Wo die einen die Lösung im Gendersternchen sehen, finden andere das sprachlich holperig. Da diese Diskussion bisher in der Öffentlichkeit zu keinem breit akzeptierten Ergebnis gekommen ist, verwendet dieses Buch – wie schon in diesem Vorwort – abwechselnde Formulierungen. Selbstverständlich sind stets alle Menschen angesprochen.

Klaus Wahl
München
März 2023

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Tabellenverzeichnis

Über die Autoren

Klaus Wahl
Soziologe, führte am Deutschen Jugendinstitut (München), am Hanse-Wissenschaftskolleg (Delmenhorst) und am Psychosozialen Analyse- und Präventions-Informations-System (München) zahlreiche interdisziplinäre (biopsychosoziologische) empirische Studien zu rechtsextremen Straftätern und zur Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit, Aggression und Moral bei Kindern und Jugendlichen durch. Er war Leiter der wissenschaftlichen Stabsabteilung des Deutschen Jugendinstituts (DJI), eines der größten Sozialforschungsinstitute Europas. Daneben lehrte er als Professor an der Universität München und anderen Universitäten in mehreren Ländern. Zu seinen wichtigsten Büchern zählen *Wie kommt die Moral in den Kopf?* (2015), *Aggression und Gewalt* (2013), *Skinheads, Neonazis, Mitläufer* (2003), *Fremdenfeindlichkeit* (mit Christiane Tramitz und Jörg Blumtritt 2001), *Kritik der soziologischen Vernunft* (2000) und *Die Modernisierungsfalle* (1989). **Heather Parinter**, Politikwissenschaftlerin, arbeitete am Washington & Jefferson College und an den Universitäten von Arkansas (USA), München (Deutschland) und Wien (Österreich) zu Fragen der radikalen Rechten, bevor sie legislative Assistentin und mittlerweile legislative Direktorin im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten wurde.

K. Wahl*Die Radikale Rechte*
https://doi.org/10.1007/978-3-031-23577-1_1

1. Die radikale Rechte: Mehr als ein Thema der Politikwissenschaft

Klaus Wahl[1]

(1)
Psychosoziale Analysen und Prävention – Informations-System (PAPIS), München, Deutschland

1.1 Ein interdisziplinärer und internationaler Ansatz: Das Unmögliche wagen?

Der Anstieg von Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus, Rassismus, Autoritarismus, Rechtspopulismus und Extremismus in vielen Ländern hat das Interesse der Sozial- und Politikwissenschaften geweckt. Sogar das naturwissenschaftliche Flaggschiff-Journal, die Zeitschrift *Nature,* hat sich besorgt über den Anstieg des Nationalismus geäußert:

> „Wellen nationalistischer Gefühle verändern die Politik der westlichen Demokratien auf unerwartete Weise (…) Viele Wirtschaftswissenschaftler sehen diesen politischen Wandel als Folge der Globalisierung und der technologischen Innovation des letzten Vierteljahrhunderts, die viele Arbeitsplätze im Westen vernichtet haben. Und Politikwissenschaftler machen den Einfluss kultureller Spannungen aus, die sich aus der Einwanderung und der ethnischen, „rassischen und sexuellen Vielfalt ergeben. (…) Der

> seit langem durchgeführte World Values Survey zeigt, dass die Menschen zunehmend unzufrieden mit ihren Regierungen sind und eher bereit sind, autoritäre Führer zu unterstützen (…) Die Nazis profitierten von den Folgen des Ersten Weltkriegs und der weltweiten Depression aber die heutigen populistischen Bewegungen in wohlhabenden europäischen Ländern mit starken Sozialprogrammen werden immer mächtiger.“ (Tollefson, 2016, S. 182)

Einige Autoren verorten die Unzufriedenheit mit dem demokratischen System (Foa & Mounk, 2017) in der größeren Entwicklung einer globalen Rezession der Demokratien seit 2006 und einer Vertiefung des Autoritarismus (Diamond, 2015). Könnte es sein, dass rassistische und autoritäre Einstellungen und politische Präferenzen für rechtspopulistische Parteien in etlichen Ländern eine kritische Masse erreicht haben, einen Kipppunkt, an dem ausreichend große Minderheiten politische Kulturen verändern können (Centola et al., 2018)? Andere kritisieren diese pessimistische Sichtweise (Levitsky & Way, 2015).

Lange Zeit haben Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie, Psychologie und sogar die Biowissenschaften versucht, offensichtliche Bedingungen, nicht so offensichtliche Voraussetzungen und tiefere Ursachen für diese rechtsextremen Erscheinungen mit unterschiedlichen Forschungsparadigmen und unzusammenhängenden Erkenntnissen zu finden, was zu fragwürdigen Vorschlägen zur Prävention geführt hat. Dieses Buch verfolgt daher mehrere Ziele:

- *Erstens:* Angesichts der terminologischen Verwirrung im politischen, öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs über Phänomene der radikalen Rechten (Populismus, Radikalismus, Extremismus, Rassismus usw.) werden wir zunächst einige terminologische Klarstellungen versuchen (Kap. 1).
- *Zweitens*: Um einfache Thesen wie „Kapitalismus führt zu Faschismus“ oder „Osteuropas autoritärer Sozialismus führte zu Rechtsradikalismus“ zu vermeiden, versucht das Buch, die aktuellen Erkenntnisse der Geschichts-, Sozial-, Psychologie- und Biowissenschaften zu integrieren, um die komplexen und tiefen Wurzeln rechtsradikaler Phänomene systematisch zu erkunden. Üblicherweise werden in Handbüchern Forschungsergebnisse verschiedener Disziplinen unverbunden in separaten Kapiteln zusammengefasst. Im Gegensatz dazu wird in diesem Buch versucht, *Zusammenhänge* zwischen politischen, historischen, soziologischen, psychologischen und

biologischen Faktoren und Mechanismen aufzuzeigen. Die empirischen Befunde dieser *vertikalen Analyse* sollen ein *biopsychosoziologisches Modell* der radikalen Rechten füllen. Dabei geht es nicht nur um die üblichen Verdächtigen wie wirtschaftliche, soziale und politische Faktoren, sondern auch um vorpolitische Faktoren, die psychosoziale Syndrome hervorrufen (z. B. Fremdenfeindlichkeit, Autoritarismus) und deren evolutionäre Wurzeln und Mechanismen, die Menschen anfällig für rechtsradikale Ideologien machen. Einige Prozesse zwischen den verschiedenen Faktorebenen sind wechselseitig; daher wird keine einfache reduktionistische Erklärung von „höheren" durch „tiefere" Faktoren gesucht. Solche methodisch anspruchsvollen Studien zur Entwicklung des Rechtsradikalismus *bei Individuen* und *im Allgemeinen* werden in der Regel an begrenzten Populationen in einzelnen Ländern, Städten oder Universitäten durchgeführt. Dieser Ansatz ist vergleichbar mit dem „biopsychosozialen Modell" in der Medizin (Needham et al., 2016), der evolutionären Mehrebenen-Soziologie (Bühl, 1982) und der „tiefensoziologischen" vertikalen Integration von Mehrebenen-Ursachen, -Mechanismen und deren Wechselwirkungen in sozialen Phänomenen (Wahl, 2000). Natürlich ist es ein langer Weg von der Evolution und den Genen bis zu den politischen Präferenzen oder „den einzelnen Schritten, über die sich die Genetik mit Neurotransmittersystemen verbindet, die sich mit kognitiven und emotionalen Verarbeitungstendenzen verbinden, die sich mit Werten und Persönlichkeitsmerkmalen verbinden, die sich mit Orientierungen an Grundprinzipien verbinden, die sich schließlich mit den Präferenzen für bestimmte politische Themen des Tages verbinden" (Smith et al., 2011, S. 388). All diese biotischen und psychischen Prozesse sind in ein sozioökonomisches und kulturelles Umfeld (und dessen historische Hintergründe) eingebettet, das als Auslöser und Katalysator für diese Prozesse fungiert. Darüber hinaus erhellt dieser Überblick die Attraktivität rechtsradikaler Ideologien für verschiedene Persönlichkeiten in unterschiedlichen sozioökonomischen und kulturellen Situationen. Eine bessere Kenntnis dieser psychosozialen *„Nachfrage"* nach Sicherheit und Wohlbefinden einerseits und des *„Angebots"* rechtsradikaler Ideologien und Politiker, die Sicherheit und einfache Lösungen versprechen, andererseits, könnte auch zu wirksameren Präventionsprogrammen führen (Kap. 2, 3 und 4).

- *Drittens* konzentrierte sich die bisherige Forschung auf politische Parteien der radikalen Rechten. Soziale Bewegungen und die Interaktion zwischen Wähleransprache und anderen Formen der politischen Mobilisierung (z. B. rassistische Gewalt) haben relativ wenig

Aufmerksamkeit erhalten (Muis & Immerzeel, 2017). Daher bietet dieses Buch einen *internationalen Vergleich* verschiedener politischer Phänomene der radikalen Rechten (Parteien, Bewegungen, Gruppen, Wähler, Vorurteile, Gewalt) in einer *horizontalen Perspektive* mit Schwerpunkten auf West-, Mittel- und Osteuropa und den Vereinigten Staaten, ihrer unterschiedlichen Geschichte, wahrscheinlichen Ursachen und aktuellen Entwicklungen. Solche internationalen Vergleiche beruhen auf politischen Meinungsumfragen, Wahlergebnissen, Studien über die Geschichte, die politischen Systeme und die politischen Kulturen der Länder, berücksichtigen aber in der Regel nicht die tieferen individuellen psychologischen und biologischen Faktoren (Kap. 5, 6 und 7).

- *Viertens* konfrontiert das Buch empirische Forschungsergebnisse mit einigen der „üblichen Verdächtigen" unter den Ursachen der radikalen Rechten, die in der Öffentlichkeit häufig diskutiert werden: Sind die Hauptschuldigen nur *„harte" Faktoren* wie die Globalisierung mit den Folgen von Niedriglöhnen, Arbeitslosigkeit oder wirtschaftlicher Ungleichheit? Wie wichtig sind *„weiche" Faktoren* wie Emotionen, Lebensansichten und kultureller Wandel? Inwieweit beeinflussen objektive und subjektive Aspekte politische Prozesse? Darüber hinaus gibt es einige kurze Blicke auf andere Teile der Welt und auf die Unterschiede zwischen der radikalen Rechten und der radikalen Linken. Schließlich bietet das Buch – entlang der verschiedenen Ebenen unseres biopsychosoziologischen Modells – eine Skizze möglicher Ansätze für politische und pädagogische Maßnahmen zur *Prävention* von Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremen Ideologien (Kap. 8).

1.2 Definitionsprobleme: Das kommt mir alles spanisch vor

Eine erste Frage ist, ob es einen gemeinsamen Nenner oder eine Definition von Phänomenen namens Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus oder Rechtsextremismus für die Vergangenheit und die Gegenwart gibt. Der Philosoph Friedrich Nietzsche warnte, dass soziale Phänomene, ihre Deutungen und Definitionen in der Geschichte fließend sind, „definierbar ist nur das, was keine Geschichte hat" (Nietzsche, 2006, S. 53). Dennoch sind viele Versuche unternommen worden, rechtsradikale und ähnliche

Ideologien und soziale Gebilde zu definieren. Das Ergebnis ist eine „begriffliche Verwirrung“ in dem „unübersichtlichen Feld“ der Studien über die europäische radikale Rechte (Arzheimer, 2019).

1.2.1 Rechts und Links

Historisch gesehen begann die politische Unterscheidung zwischen *links* und *rechts* mit der Sitzordnung der Abgeordneten in der Nationalversammlung während der Französischen Revolution. Für Lipset et al. (1962, S. 1135) bedeutet „*rechts*“ die Unterstützung einer traditionellen hierarchischen Gesellschaftsordnung und die Ablehnung von Veränderungen in Richtung Gleichheit; „*links*“ bedeutet, dass man für soziale Veränderungen in Richtung größerer Gleichheit eintritt. Spätere linke Regierungen zeigten jedoch auch Toleranz gegenüber Ungleichheit; in vielen kommunistischen Ländern gab es Hierarchien von Privilegien (Greenberg & Jonas, 2003).

Es gab viele Debatten über die extremen Formen des *Faschismus* und des *Nationalsozialismus*, ihre gemeinsamen und unterschiedlichen Merkmale. Für einige Autoren ist der Nationalsozialismus ein Sonderfall des Faschismus, andere weisen auf wichtige Unterschiede wie Rassismus oder die Rolle des Staates hin. Um nur zwei Ideen zu nennen, die die faschistische Ideologie im weiteren Sinne charakterisieren: „Die erste bezieht sich auf das grundlegende Wesen der Gemeinschaft. Dem Faschismus ging es in erster Linie um den Aufbau oder die Wiederbelebung der Nation (…) Der zweite Teil bezieht sich mehr auf die sozioökonomische Politik (…) ein ‚Dritter Weg‘, weder links noch rechts, weder kapitalistisch noch kommunistisch.“ Die Faschisten „strebten nach individuellem Wohlstand, aber verbunden mit gemeinschaftlichen Zielen“ (Eatwell, 2003, S. 14).

Was die Zeitgeschichte betrifft, so gibt es Schwierigkeiten bei dem Versuch, politische Positionen auf der traditionellen Skala von rechts und links einzuordnen. In *Beyond Left and Right* stellt Giddens (1994) fest, dass der heutige Konservatismus radikal und der Sozialismus konservativ geworden ist. Die Konservativen machen sich zu eigen, was sie einst ablehnten: Wettbewerbskapitalismus und Neoliberalismus, die Prozesse dramatischer und weitreichender Veränderungen anregen. Viele Konservative sind heute aktive Radikale, die sich gegen die Tradition wenden, die sie früher am meisten geschätzt haben. Konservatismus und Neoliberalismus sind widersprüchlich, denn einerseits ist der Neoliberalismus durch die Förderung der Marktkräfte und eines

aggressiven Individualismus traditionsfeindlich. Andererseits ist er auf das Fortbestehen der Tradition angewiesen, um sich zu legitimieren, und hält am Konservatismus in den Bereichen Nation, Religion, Geschlecht und Familie fest. Ohne eine angemessene theoretische Begründung neigt die Verteidigung der Tradition in diesen Bereichen dazu, die Form des Fundamentalismus anzunehmen, wie zum Beispiel in der Debatte über „Familienwerte". Im Gegensatz dazu versucht die Linke vor allem zu konservieren, indem sie beispielsweise versucht, das zu schützen, was vom Wohlfahrtsstaat übrig geblieben ist (Giddens, 1994, S. 2–9). Über die traditionelle westliche Klassifizierung der *politischen Rechten* gegenüber der *politischen Linken* hinaus können in einigen Teilen der Welt andere Unterschiede wichtiger sein, beispielsweise religiöse gegenüber säkularen politischen Parteien oder ethnische gegenüber allumfassenden Parteien.

1.2.2 Populismus

Ein weiteres viel diskutiertes Phänomen oder eine Ideologie ist der (rechte und linke) *Populismus* (von lat. *populus*, Volk). Auf den ersten Blick scheint der Populismus als solcher die Idee der formalen Keimzelle der Demokratie zu sein. Er bezieht sich auf das *Volk* oder die Bürger eines Staates im Sinne von *demos*, einer politischen Einheit, die die politische Macht (Souveränität) innehat, z. B. als Ergebnis einer Revolution der unterprivilegierten Klassen, die nach gleichen Rechten streben. Unter diesem Gesichtspunkt könnte das Aufkommen des politischen Populismus im modernen Sinne auf Probleme etablierter demokratischer Systeme hinweisen, gemessen am Grad der „Demokratie" oder der politischen Vertretung der Interessen des Volkes, wenn sich Politiker und politische Parteien vom Volk entfremden.

Wenn Populismus jedoch auf eine ideologische, manichäische und moralisierende Konstruktion von Gut und Böse im Sinne von „*wir, das Volk*" gegen eine „*verschwörerische Elite*" beschränkt wird, beschreiben ihn viele Autoren als eine spezifische Art, Demokratie zu sehen, die die Meinung eines romantisierten gesunden Menschenverstands der Mehrheit als *volonté générale* verherrlicht. Diese Ideologie ist besonders verlockend, solange eine populistische Partei noch nicht an einer Regierung und damit der Elite beteiligt ist. Der Populismus wendet sich gegen den Pluralismus der Meinungen und behandelt abweichende Meinungen als verdächtig und gefährlich. Während vollständige Ideologien wie Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus als Denksysteme charakterisiert wurden, die spezifische, praktische politische Lösungen für eine breite Palette von

Lebensaspekten bieten, wurde der Populismus als eine „dünne Ideologie“ beschrieben, die einen Ansatz für die politische Welt darstellt, der nur begrenzt anwendbar ist und daher mit verschiedenen spezifischen (rechten, linken usw.) Ideologien in Verbindung gebracht werden kann (Freeden, 1998; Hawkins et al., 2012; Mudde, 2004, S. 543–544, 2015, S. 433).

Wenn sich die Ideologie des „Wir, das Volk“ auf die eigene ethnische Gruppe (*ethnos*) beschränkt, die als homogene Einheit („*Volkskörper*“) gesehen und durch eine gemeinsame (reale oder konstruierte) Abstammung oder ein gemeinsames kulturelles Erbe definiert wird, und die Distanz zu einer „korrupten Elite“ sowie die Überlegenheit gegenüber anderen Gruppen, Minderheiten oder Nationen („Außenseitern“) betont und Ressentiments gegen diese weckt, kann sie eine Bedrohung für den sozialen und internationalen Frieden darstellen. In diesem Fall handelt es sich um *Rechtspopulismus*. Abb. 1.1 zeigt die Beziehungen in einem „populistischen Dreieck“ auf der Grundlage eines Vorschlags von Berbuir et al. (2015).

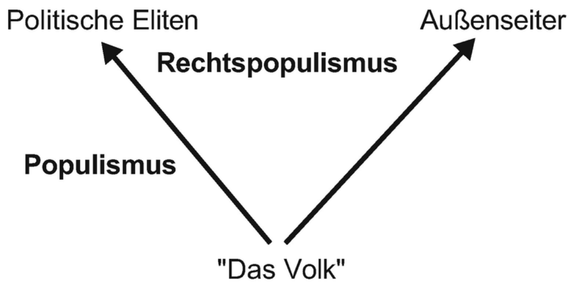


Abb. 1.1Das populistische Dreieck (basierend auf Berbuir et al., 2015)

Rechtspopulistische Parteien sind eine weit verbreitete und nicht offen gewalttätige Form der politischen Organisation. Sie beruhen auf einer Kombination aus Nativismus (Nationalismus, „das eigene Volk zuerst“, Fremdenfeindlichkeit), Autoritarismus (Glaube an eine streng geordnete Gesellschaft) und Populismus (antagonistische Gruppen „das reine Volk“ und „die korrupte Elite“) in Verbindung mit Antipluralismus, Beispiele hierfür sind die *Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)*, die *Partei für die Freiheit (Partij voor de Vrijheid, PVV)* in den Niederlanden und die *Lega Nord (LN*, später *Lega)* in Italien (Mudde, 2011, S. 12; Muis & Immerzeel, 2017; Müller, 2016). Die Frage, ob alle diese Parteien marktliberale Positionen zur wirtschaftlichen Verteilung vertreten, ist wissenschaftlich umstritten (Kitschelt, 2007). In jedem Fall zeigen Parteien wie die *Schweizerische Volkspartei (SVP)* und die österreichische *FPÖ* einen gegen den Wohlfahrtsstaat gerichteten Populismus (von Beyme, 2015, S. 17).

1.2.3 Radikalismus und Extremismus

Ein gemeinsames Element rechtsradikaler Programme ist heute die Schaffung sozialer Ungleichheit in den Beziehungen zwischen Eigengruppe und Fremdgruppen sowie die wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung von Fremdgruppen. Die radikale Rechte dramatisiert mehrere Bedrohungen für die Identität ihrer Nation, allen voran die Einwanderung, insbesondere aus muslimischen Ländern (Rydgren, 2018, S. 2). Diese Narrative identifizieren „Einwanderung als eine Bedrohung für den Wohlstand, die Gesundheit und die kulturelle Integrität ihrer jeweiligen Nationen" (Hogan & Haltinner, 2015, S. 536). Rydgren fasste solche Parteien unter dem Begriff der *rechtsradikalen Parteien* zusammen und fügte die Betonung des Ethno-Nationalismus hinzu, der in Mythen über die ferne Vergangenheit und dem Wunsch nach einer Rückkehr zu traditionellen und autoritären Werten (z. B. Recht und Ordnung, traditionelle Familie) wurzelt. Für diese Parteien sind die Rechte des Einzelnen gegenüber den Zielen der Nation zweitrangig (Rydgren, 2007). Darüber hinaus schlagen sie einen Ethnopluralismus vor, d. h. die Trennung verschiedener Völker, um deren „einzigartigen nationalen Charakter" zu bewahren (Rydgren, 2013, S. 3). Es gibt auch erhebliche Überschneidungen zwischen rechtspopulistischen und konservativen Diskursen über Geschlecht, Rasse und Migration. In diesen politischen Lagern werden Feminismus, Gesetze zur Gleichstellung der Geschlechter und Multikulturalismus als Herausforderung für die Gesellschaftsordnung dargestellt (Blee & Creasap, 2010; Erel, 2018). Rechtsradikale Gruppen sind jedoch nicht nur reaktionär, sondern auch offen für neue Technologien und enthalten manchmal sogar recht fortschrittliche soziale Programme. Das faschistische Regime in Italien und die Nazis in Deutschland wurden „die gewalttätigsten rationalistischen Modernisierer ihrer jeweiligen Länder, obwohl sie ideologisch einer organischen Gesellschaft verpflichtet waren" (von Beyme, 2013, S. 1). Heute nutzen Rechtsradikale ausgiebig die modernen sozialen Medien.

Laut Rydgren (2018, S. 2) lehnen die meisten Anhänger der radikalen Rechten in der Regel nicht die Demokratie an sich ab, aber sie sind in der Regel feindselig gegenüber der Art und Weise, wie die bestehenden demokratischen Institutionen tatsächlich funktionieren. In einigen Ländern (und von einigen Autoren) wird zwischen *Rechtsradikalismus* und *Rechtsextremismus* unterschieden; so umfasst der Begriff „Extremismus" für staatliche Behörden in Deutschland Positionen außerhalb des demokratischen Konsenses und verfassungsfeindliche Elemente (Minkenberg, 2011, S. 40). Am Ende des rechten Spektrums stehen *Gewalt*

und *Terrorismus*, vom *Ku-Klux-Klan* in den Vereinigten Staaten über Breiviks Massenmord in Norwegen bis hin zu den Serienmorden der Gruppe *Nationalsozialistischer Untergrund* in Deutschland. Es gibt keinen Konsens unter Wissenschaftlern oder politischen Institutionen über die Definition von „Terrorismus“ (Laqueur, 2000, S. 6), aber die häufigsten Elemente vieler Definitionen sind Gewalt oder Gewaltandrohung, Nötigung, Einschüchterung usw. gegen Regierungen, Eliten oder die Gesellschaft (Hoffman, 2006, S. 31–34; Schmid & Jongman, 1988, S. 5–6; Walter, 1969, S. 7). Wenn Nationalismus, Rassismus, Autoritarismus und die Unterdrückung von Menschen- und Bürgerrechten mit gewaltsamen Mitteln in allen Bereichen einer Gesellschaft und eines Staates mit einem starken Führer durchgesetzt und organisiert werden sollen, könnten wir von der *totalitären Rechten* sprechen*, wie* im Fall der ehemaligen *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei*.

1.2.4 Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Ein Schlüsselelement rechtsradikaler Gefühls-, Denk- und Ideologiemuster ist die *Fremdenfeindlichkeit*, doch auch bei diesem Begriff gibt es Verwirrung. Das englische Wort „xenophobia“ stammt vom griechischen Begriff für die Furcht vor Fremden ab, einem zusammengesetzten Wort aus ξένος *(xenos)*, was „Fremder“ oder „Ausländer“ bedeutet, und φόβος *(phobos)*, was „Furcht“ bedeutet. Unter anderem in der anglo-amerikanischen Literatur wird der Begriff „xenophobia“ jedoch auch für die Feindseligkeit gegenüber Fremden verwendet. Um eine Verwechslung der gegensätzlichen Emotionen Furcht und Feindseligkeit zu vermeiden, sollte man sich daher auf griechische Ausdrücke wie ἔχθρα *(echthra)* mit der Bedeutung „Hass“ oder ξενοκτονία *(xenoktonia)* mit der Bedeutung „Tötung von Fremden“ beziehen (Wahl, 2005, S. 59). In diesem Buch wird der Begriff *Xenoktonie* verwendet, um starke Feindseligkeit und Gewalt gegenüber Fremden und Gewalt zu bezeichnen. In rechtsextremen Ideologien wird Fremdenfeindlichkeit oft mit der Abneigung gegen Gruppen verbunden, die als anders als die eigene Gruppe (in-group) wahrgenommen werden, wie z. B. Einwanderer, Behinderte, LGBTQIA*+-Gruppen und Obdachlose. Dieses Syndrom wurde von anderen Autoren auch als „*gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*“ bezeichnet (Zick et al., 2008).

Rassismus, ein weiterer Begriff ohne einheitliche Definition, könnte in

etwa als eine soziale Konstruktion oder eine Ideologie betrachtet werden, die Menschen in verschiedene (pseudo-)biologische Kategorien („Rassen“) einteilt und eine Verbindung zwischen ererbten körperlichen Merkmalen und Merkmalen der Persönlichkeit, des Intellekts, der Moral und anderen kulturellen und Verhaltensmerkmalen unterstellt. Der Rassismus gibt auch die Vorstellung vor, dass einige Rassen anderen von Natur aus überlegen sind (vgl. Smedley, 2017). In den letzten Jahrzehnten wurde der verwirrende Begriff *„kultureller Rassismus“* verwendet, um Ideologien zu beschreiben, die (pseudo-)biologische Kriterien der Ungleichheit durch kulturelle Kriterien ersetzen. *„Othering“* oder „kulturelle Verunglimpfung“ als Diskriminierung anderer Gruppen scheinen angemessenere Begriffe zu sein. Heute wird „Rassismus“ oft umfassend verwendet, um alle Arten von feindseligen oder negativen Gefühlen und Handlungen einer ethnischen Gruppe gegenüber einer anderen zu beschreiben (Fredrickson, 2015, S. 1), eine fragwürdige Überdehnung des Begriffs.

Man sollte indessen auch berücksichtigen, dass Begriffe wie „Rasse“ oder „rassistisch“ in verschiedenen Sprachen und Ländern abweichende Bedeutungen haben können. In Deutschland mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit könnte der Begriff *„Rasse“* beispielsweise andere Konnotationen hervorrufen als in anderen Ländern und Sprachen: In Deutschland wurde „Rasse“ von den Nationalsozialisten zur Unterscheidung teils fiktiver Gruppen wie Arier, Juden usw. verwendet und könnte auch heute noch solche Assoziationen wecken. Anders als das Wort *„race“* im US-amerikanischen Sprachgebrauch ist das deutsche Wort „*Rasse*“ in Deutschland diskreditiert, die Relevanz und Realitätsbezug der Kategorie werden bestritten. Insgesamt scheint das Wort „Rasse“ in Kontinentaleuropa untrennbar mit der Geschichte des Rassismus verbunden zu sein, so dass der Begriff als analytisches Instrument zur vergleichenden Beschreibung amerikanischer oder anderer Gesellschaften problematisch ist (Berg et al., 2014).

1.2.5 Neoliberalismus

Das wirtschaftspolitische Programm der radikalen Rechten wird häufig mit dem *Neoliberalismus* in Verbindung gebracht, einem Begriff, dessen Bedeutung sich im Laufe der Geschichte gewandelt hat. Ursprünglich bezeichnete Neoliberalismus wirtschaftliche Ideen, die aus den Debatten französischer, deutscher, österreichischer und anderer Ökonomen und Intellektueller in den späten 1930er-Jahren hervorgingen. Sie wollten im Gegensatz zum Sozialismus und zum Laissez-faire-Liberalismus einen

neuen Liberalismus schaffen, mit freiem Unternehmertum und Wettbewerb sowie einem starken, unparteiischen Staat. Später wurde dies auch als „soziale Marktwirtschaft“ bezeichnet, die die Grundlage für das deutsche „Wirtschaftswunder“ nach dem Zweiten Weltkrieg bildete. Seit Anfang der 1980er-Jahre wurde Neoliberalismus jedoch zu einem Begriff für die weltweite Welle der Deregulierung der Märkte, der Privatisierung und des Rückzugs des Wohlfahrtsstaates. Damals wurde das chilenische Pinochet-Regime unter dem Einfluss der „Chicago Boys“ zu einer Art neoliberalem Laboratorium, zu einem Testfall für eine von radikalen kapitalistischen Laissez-faire-Ideen inspirierte Politik, die später in der gesamten Dritten Welt reproduziert wurde. Heutzutage wird der Begriff Neoliberalismus in vielen sozialwissenschaftlichen Disziplinen verwendet, außer in den Wirtschaftswissenschaften, wo er verschwunden ist. Darüber hinaus wird er häufig als pejorativer Begriff verwendet, um viele Erscheinungsformen der Moderne oder des Kapitalismus zu kritisieren (Venugopal, 2015), oder sogar einfach als Bezeichnung für „Dinge, die wir nicht mögen“ (Cahill et al., 2018, S. xxvii). Im Fokus der meisten Definitionen heute scheint der Neoliberalismus eine Reihe von Ideen und politischen Maßnahmen zu meinen, die darauf abzielen, Märkte als Hauptmechanismus zur Koordinierung von Gesellschaften zu installieren (Birch, 2015). Eine solche einfache Definition sollte ausreichen, wenn man die wirtschaftspolitischen Ideen der rechtsradikalen Parteien als „neoliberal“ bezeichnet, da sie viele Variationen zulässt. Die Wirtschaftspolitik dieser Parteien reichte in der Tat von libertär bis sozialistisch. Heutzutage unterstützen die meisten rechtspopulistischen Parteien eine hybride sozioökonomische Agenda, die Forderungen nach weniger Regeln und niedrigeren Steuern mit wirtschaftlichem Nationalismus und Wohlfahrtschauvinismus (Schutz der nationalen Wirtschaft, Unterstützung von Wohlfahrtsregelungen vor allem für „Einheimische“) verbindet. Sie akzeptieren Ungleichheit als ein „natürliches“ Phänomen, das vom Staat nicht „wegreguliert“ werden sollte (Afonso & Rennwald, 2018; Bobbio, 1997; Mudde, 2017, S. 5).

1.2.6 Typologien und Arbeitsdefinition

Um „quasi-platonische“ Definitionen wie das „Wesen des Faschismus“ zu vermeiden, schlugen einige Wissenschaftler situative und vergleichende Definitionen der populistischen, radikalen oder extremen Rechten vor (z. B. feindseliger als andere politische Parteien) (Merkl & Weinberg, 2014, S. 18). Andere Autoren wiesen auf die politischen Strategien hin, die

Menschen ansprechen, die auf der Verliererseite gesellschaftlicher Prozesse stehen und von Verlusten in Bezug auf Arbeit, Einkommen oder Prestige bedroht sind. Rechtsradikale Politiker wollen als Anwälte dieser (potenziellen) Verlierer der globalisierten Wirtschaft auftreten. Ihre Hauptzielgruppen sind in Westeuropa Menschen aus der Unter- und unteren Mittelschicht, in Osteuropa aus einer breiten Mittelschicht (Langenbacher & Schellenberg, 2011, S. 13). In den Vereinigten Staaten haben rechtspopulistische Bewegungen in der Vergangenheit versucht, die Interessen der Weißen aus der Mittel- und Arbeiterklasse widerzuspiegeln, die Angst hatten, ihren Status zu verlieren, und sich über die Macht der Eliten über sie ärgerten, sowie von Außenseitern der Elite selbst, die nach mehr Macht strebten (Berlet & Lyons, 2000, S. 2).

Alles in allem gibt es viel Verwirrung über die Terminologie. In der englischsprachigen Literatur finden wir Begriffe wie Ultrakonservatismus, die *„far right“,* die populistische Rechte, die populistische radikale Rechte, die radikale Rechte, die extreme Rechte, die gewalttätige oder terroristische Rechte, und so weiter. Die gleichen politischen Parteien werden von einigen Autoren als (ultra-)konservativ oder populistisch, von anderen als radikal oder extrem bezeichnet.

Seit den 1970er-Jahren zählten Kitschelt und McGann (1995) drei Formen neuer rechtsradikaler Parteien in Westeuropa: *Neofaschisten*, die den alten faschistischen Parteien ähneln, *die neue radikale Rechte* und *populistische* Parteien. Minkenberg (2011) differenziert *vier ideologische Typen der radikalen Rechten in Europa* seit den 1990er-Jahren:

- Ein *autokratisch-faschistischer* rechter Flügel mit Rassismus, Ethnozentrismus und einer ideologischen Nähe zu den faschistischen und autokratischen Regimen der Zwischenkriegszeit; zum Beispiel politische Parteien wie die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)*, die *British National Party (BNP)*, die *Italienische Soziale Bewegung (MSI)* oder die ungarische *Jobbik*;
- ein rassistischer oder *ethnozentrischer* rechter Flügel mit einer Agenda der ethnischen Segregation, der Überlegenheit der eigenen Ethnie oder einem „ethnopluralistischen“ Argument für die Unvereinbarkeit von Kulturen und Ethnien; zum Beispiel der französische *Font National (FN)*, die italienische *Lega Nord (LN)* oder der belgische *Flämische Block (VB)*;
- ein *autoritär-populistischer* rechter Flügel mit intern autoritären Strukturen, der sich auf einen charismatischen Führer und einen populistischen Diskurs konzentriert, der bestimmte Gruppen ausschließt; zum Beispiel das *Bündnis für die Zukunft Österreichs (BZÖ)* oder der

ungarische *Fidesz*;
- ein *religiös-fundamentalistischer* rechter Flügel, der sich vor allem religiöser Argumente bedient, um die „Reinheit" und Überlegenheit der eigenen Kultur oder des eigenen Volkes zu verteidigen; zum Beispiel die *Liga Polnischer Familien (LPR)*.

Neben den politischen Parteien der radikalen Rechten gibt es soziale Bewegungen, Organisationen und Subkulturen wie Gruppen von Neonazis oder lokale Bewegungen gegen Moscheen (Minkenberg, 2011, S. 45–46; 2013, S. 13–16) oder die anti-islamistische deutsche *PEGIDA*.

Im *Chapel Hill Expert Survey* wurde versucht, die Parteipositionierung zu politischen Themen in einer Reihe von europäischen Ländern einzuschätzen (Hooghe & Marks, 2017). In ähnlicher Weise und unter Verwendung von Vorschlägen mehrerer Autoren schlagen wir *Arbeitsdefinitionen* für das breite Spektrum der hier untersuchten Ideologien und Organisationen vor, die auf einer Skala von zunehmender Radikalität und Gewalt angeordnet sind:

- *Rechtspopulistische Parteien* grenzen „wir, das Volk" erstens von einer „korrupten Elite" und zweitens als eigene ethnische Gruppe mit einer nationalen *Leitkultur* gegenüber anderen, unterlegenen Gruppen, Minderheiten, Religionen oder Nationen ab. Diese Parteien befürworten neben Parlamentarismus und wirtschaftlichem Protektionismus auch Volksabstimmungen und äußern sich skeptisch gegenüber supranationalen Organisationen.
- *Rechtsextreme Parteien* zeichnen sich durch ihre Ablehnung der liberalen Demokratie aus, die in Ideologien zum Ausdruck kommt, die gegen den Pluralismus, die Rechte von Minderheiten und das Parlament gerichtet sind, ergänzt durch einen nativistischen Nationalismus, ein Anti-Einwanderungsprogramm und eine autoritäre Doktrin von Recht und Ordnung. Diese Parteien bedienen sich einiger demokratischer Mittel der politischen Partizipation, zum Beispiel der Teilnahme an Wahlen.
- *Gewalttätige und terroristische rechte* Gruppen und Täter setzen Drohungen, physische Gewalt und terroristische Anschläge gegen die Regierung, Eliten, Minderheiten, politische Gegner oder öffentliche Einrichtungen ein, um rechtsextreme Ziele zu erreichen.
- *Totalitäre rechte Parteien* sind nationalistisch, rassistisch, autoritär, antidemokratisch und setzen gewaltsame Unterdrückung ein. Sie unterscheiden sich von anderen rechten Parteien, weil sie die Demokratie nicht akzeptieren und demokratische Mittel der politischen Partizipation,

zum Beispiel die Teilnahme an Wahlen, missachten (vgl. Arendt, 1973; Mudde, 2015, S. 433; Ravndal, 2016; Werkmann & Gherghina, 2018).

Natürlich ist es manchmal schwierig, eine klare Unterscheidung zwischen (Ultra-)Konservativen und der populistischen Rechten oder zwischen der populistischen Rechten und der extremen Rechten zu treffen. Nach Rydgren (2018, S. 3) befinden sich viele der „rechtsradikalen" sozialen Bewegungen an der Grenze zwischen der „radikalen Rechten" und der „extremen Rechten", und mehrere Vertreter und Aktivisten einiger „rechtsradikaler" Parteien und Bewegungen unterhalten Kontakte zur „extremen Rechten".

Mit Blick auf die *gesellschaftlichen Bedingungen*, unter denen der Rechtsradikalismus in Erscheinung tritt, lässt sich für Minkenberg *Rechtsradikalismus* definieren als „das radikale Bemühen, (…) gesellschaftlichen Wandel durch Radikalisierung von Ein- und Ausschlusskriterien rückgängig zu machen oder zu bekämpfen". Die radikale Rechte antwortet auf die soziale Ausdifferenzierung der Gesellschaft in Modernisierungsprozessen mit dem Gegenentwurf einer Volksgemeinschaft und setzt der modernen Individualisierung (wachsende individuelle Autonomie, Statusmobilität und Rollenflexibilität) eine Rückkehr zu traditionellen Rollen und Status entgegen. Die rechtsradikale Ideologie kreist um den Mythos einer homogenen Nation und richtet sich gegen die liberale, pluralistische Demokratie mit ihren Prinzipien des Individualismus und Universalismus (Minkenberg, 2008, S. 12–13). Andere Autoren fügen hinzu, dass die Hauptthemen dieses politischen Lagers Versuche sind, Lösungen für gesellschaftspolitische Krisen anzubieten: erstens eine Verteilungskrise in Bezug auf das Wohlergehen der Unterschicht und unteren Mittelschicht; zweitens eine Krise der politischen Repräsentation als Kritik der korrupten politischen Elite durch den „Mann auf der Straße"; drittens eine Identitätskrise angesichts von Globalisierung und Einwanderung. Die radikale Rechte reagiert auf diese Krisen, indem sie soziale Themen aufgreift, die Politik als korrupt darstellt und Zuschreibungen der nationalen Identität propagiert (Langenbacher & Schellenberg, 2011).

Wir fassen die Überlegungen vieler Politikwissenschaftler und Soziologen in der folgenden *Arbeitsdefinition* zusammen*: Ideologien der radikalen Rechten* betonen soziale und wirtschaftliche Bedrohungen in der modernen und postmodernen Welt (z. B. Globalisierung, Einwanderung). Schutz vor solchen Bedrohungen verspricht die radikale Rechte durch eine emphatische ethnische Konstruktion des „Wir", des Volkes, als vertraute, homogene Eigengruppe, antimoderne oder reaktionäre Strukturen von

Familie, Gesellschaft, autoritärem Staat, Nationalismus, Diskriminierung oder Ausgrenzung von Migranten und anderen Minderheiten (vgl. Wahl et al., 2005, S. 19). Während die radikale Rechte traditionelle soziale und kulturelle Strukturen (traditionelle Familien- und Geschlechterrollen, Religion usw.) befürwortet, nutzt sie moderne Technologien und ist keiner bestimmten Wirtschaftspolitik verpflichtet; einige Parteien tendieren zu einer liberalen, marktwirtschaftlichen Politik, andere eher zu einer wohlfahrtsstaatlichen Politik. Schließlich kann die radikale Rechte durch verschiedene Grade von Militanz und Aggressivität skaliert werden, vom Rechtspopulismus bis hin zu Rassismus, Terrorismus und Totalitarismus.

Alles in allem kann die radikale Rechte als eine Revolte gegen Teile der *sozialen und kulturellen Moderne*, aber nicht gegen alle Formen der *wirtschaftlichen* und *technischen Moderne* gesehen werden. So gesehen, handelt es sich um eine *halbierte antimoderne Ideologie*.

1.3 Das Spektrum der politischen Rechten

Eine Typologie rechter Erscheinungsformen (Ideologien, Organisationen, Gruppen, Akteure) von konservativen und gemäßigten bis hin zu extremen, gewalttätigen und totalitären Formen mit fließenden Übergängen dazwischen ist in Abb. 1.2 skizziert. Es muss betont werden, dass die Wirtschafts- und Sozialpolitik (z. B. Wohlfahrtsstaat versus freie Marktwirtschaft) der verschiedenen Parteien der radikalen Rechten von dieser Skala völlig unabhängig ist. Einige Parteien tendieren zu einer liberalen, marktwirtschaftlichen Politik, andere eher zu einer wohlfahrtsstaatlichen Politik, und wieder andere vertreten eine Mischung aus beidem. Während die radikale Rechte traditionelle soziale und kulturelle Strukturen (traditionelle Familien- und Geschlechterrollen, Religion usw.) befürwortet, nutzt sie moderne Technologien (soziale Medien usw.).

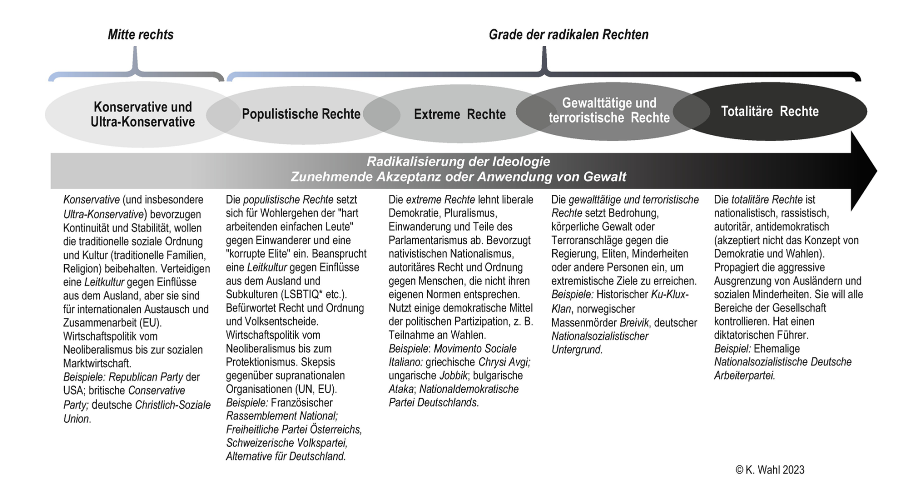


***Abb. 1.2*Das** Spektrum der politischen Rechten

Da es verschiedene Versuche gegeben hat, Phänomene der politischen Rechten zu definieren, und da es ein breites Spektrum solcher politischen Phänomene gibt, schlagen wir pragmatisch eine breite, aber abgestufte Skala vor. Wir bezeichnen den Teil des politischen Spektrums auf der rechten Seite des Konservatismus als *Abstufungen der radikalen Rechten*. Die Abstufungen basieren auf dem Grad des *ideologischen Radikalismus* und der *Militanz* (gegen Außenseiter, demokratische Prinzipien, Nativismus statt Kosmopolitismus usw.) sowie auf dem Grad der Zustimmung zu oder der Anwendung von *Gewalt*. Mitte-Rechts- und konservative Programme und Parteien werden in diesem Buch nur am Rande erwähnt.

Wir müssen hinzufügen, dass es in den Wissenschaften keinen Konsens darüber gibt, wie viele der politischen Parteien der politischen Rechten als konservative, populistische, radikale oder extreme Parteien zu kategorisieren sind. Das liegt zum einen an der Vermischung der Positionen in den politischen Programmen der Parteien; zum anderen können Politiker ein und derselben Partei mehr oder weniger militant im Gegensatz zum Parteiprogramm sprechen und handeln. Außerdem können sich Parteien im Laufe der Zeit weiter radikalisieren (wie die deutsche AfD) oder deradikalisieren. Mit anderen Worten, ein und dieselbe politische Partei wird manchmal von einigen Autoren als populistisch, von anderen als extremistisch bezeichnet.

Um den Rahmen dieses Buches nicht zu sprengen, konzentrieren wir uns auf die weit verbreiteten *politischen Ideologien*, *Parteien* und *Bewegungen* von der populistischen bis zur extremistischen Rechten.

Phänomene der gewalttätigen, terroristischen und totalitären Rechten sind im Folgenden zweitrangige Themen.

In diesem Buch wird „die radikale Rechte“ als Kurzbegriff verwendet, der alle Varianten von der populistischen bis zur totalitären politischen Rechten umfasst, wenn es keine andere Spezifikation gibt. Wenn jedoch auf bestimmte Autoren und Autorinnen Bezug genommen wird, werden in der Regel deren eigene Begriffe ohne erneute Kategorisierung verwendet.

Literatur

Afonso, A., & Rennwald, L. (2018). Social class and the changing welfare state agenda of radical right parties in Europe. In P. Manow, B. Palier & H. Schwander (Hrsg.), *Welfare democracies and party politics: Explaining electoral dynamics in times of changing welfare capitalism* (S. 171–196). Oxford University Press.

Arendt, H. (1973). *The origins of totalitarianism*. Harvest, Harcourt.

Arzheimer, K. (2019). Conceptual confusion is not always a bad thing – The curious case of European radical right studies. In K. Marker, A. Schmitt & J. Sirsch (Hrsg.), *Demokratie und Entscheidung*. Springer VS.

Berbuir, N., Lewandowsky, M., & Siri, J. (2015). The AfD and its sympathisers: Finally a right-wing populist movement in Germany? *German Politics, 24*(2), 154–178.

Berg, M., Schor, P., & Soto, I. (2014). The weight of words: Writing about race in the United States and Europe. *The American Historical Review, 119*(3), 800–808.

Berlet, C., & Lyons, M. N. (2000). *Right-wing populism in America: Too close for comfort*. Guilford Press.

von Beyme, K. (2013). *Right-wing extremism in Western Europe*. Routledge.

von Beyme, K. (2015). Transforming transformation theory. In M. Minkenberg (Hrsg.), *Transforming the transformation? The East European radical right in the political process* (S. 13–26). Routledge.

Birch, K. (2015). *We have never been neoliberal: A manifesto for a doomed youth*. Zero Books.

Blee, K. M., & Creasap, K. A. (2010). Conservative and right-wing movements. *Annual Review of Sociology, 36*(1), 269–286.

Bobbio, N. (1997). *Left and right: The significance of a political distinction*. University of Chicago Press.

Bühl, W. L. (1982). *Struktur und Dynamik des menschlichen Sozialverhaltens*. Mohr Siebeck.

Cahill, D., Cooper, M., Konings, M., & Primrose, D. (2018). Introduction: Approaches to neoliberalism. In D. Cahill, M. Cooper, M. Konings & D. Primrose (Hrsg.), *The SAGE handbook of neoliberalism* (S. xxii–xxxix). SAGE.

Centola, D., Becker, J., Brackbill, D., & Baronchelli, A. (2018). Experimental

evidence for tipping points in social convention. *Science, 360*(6393), 1116–1119.
Diamond, L. (2015). Facing up to the democratic recession. *Journal of Democracy, 26*(1), 141–155.
Eatwell, R. (2003). *Fascism: A history*. Pimlico-Random House.
Erel, U. (2018). Saving and reproducing the nation: Struggles around right-wing politics of social reproduction, gender and race in austerity Europe. *Women's Studies International Forum, 68*, 173–182.
Foa, R. S., & Mounk, Y. (2017). The signs of deconsolidation. *Journal of Democracy, 28*(1), 5–15.
Fredrickson, G. M. (2015). *Racism: A short history*. Princeton University Press.
Freeden, M. (1998). Is nationalism a distinct ideology? *Political Studies, 46*(4), 748–765.
Giddens, A. (1994). *Beyond left and right: The future of radical politics*. Polity.
Greenberg, J., & Jonas, E. (2003). Psychological motives and political orientation – The left, the right, and the rigid: Comment on Jost et al. (2003). *Psychological Bulletin, 129*(3), 376–382.
Hawkins, K., Riding, S., & Mudde, C. (2012). *Measuring populist attitudes. Political concepts. Committee on concepts and methods*. Working paper series 55. http://www.concepts-methods.org/files/workingpaper/pc_55_hawkins_riding_mudde.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Hoffman, B. (2006). *Inside terrorism*. Columbia University Press.
Hogan, J., & Haltinner, K. (2015). Floods, invaders, and parasites: Immigration threat narratives and right-wing populism in the USA, UK and Australia. *Journal of Intercultural Studies, 36*(5), 520–543.
Hooghe, L., & Marks, G. (2017). Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage. *Journal of European Public Policy*, 1350–1763. https://www.eui.eu/Documents/RSCAS/JMF-25-Presentation/Hooghe-Marks-Cleavage-theory-meets-Europes-crises-Lipset-Rokkan-and-the-transnational-cleavage.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Kitschelt, H. (2007). Growth and persistence of the radical right in postindustrial democracies: Advances and challenges in comparative research. *West European Politics, 30*(5), 1176–1206.
Kitschelt, H., & McGann, A. J. (1995). *The radical right in Western Europe. A comparative analysis*. The University of Michigan Press.
Langenbacher, N., & Schellenberg, B. (2011). Introduction: An anthology about the manifestations and development of the radical right in Europe. In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 11–25). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Laqueur, W. (2000). *The new terrorism: Fanaticism and the arms of mass destruction*. Oxford University Press.
Levitsky, S., & Way, L. (2015). The myth of democratic recession. *Journal of Democracy, 26*(1), 45–58.
Lipset, S. M., Lazarsfeld, P., Barton, A., & Linz, J. (1962). The psychology of voting: An analysis of political behavior. In G. Lindzey (Hrsg.), *Handbook of social*

psychology (S. 1124–1175). Addison-Wesley.
Merkl, P. H., & Weinberg, L. (Hrsg.). (2014). *The revival of right wing extremism in the nineties*. Routledge.
Minkenberg, M. (2008). *The radical right in Europe: An overview*. Verlag Bertelsmann Stiftung.
Minkenberg, M. (2011). The radical right in Europe today: Trends and patterns in East and West. In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 37–55). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Minkenberg, M. (2013). Die europäische radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in West und Ost: Trends, Muster und Herausforderungen. In R. Melzer & S. Serafin (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit* (S. 9–37). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Mudde, C. (2004). The populist zeitgeist. *Government and Opposition, 39*(3), 541–563.
Mudde, C. (2011). Radical right parties in Europe: What, who, why? *Participation, 34*(3), 12–15.
Mudde, C. (2015). Conclusion. Some further thoughts on populism. In C. de la Torre (Hrsg.), *The promise and perils of populism: Global perspectives* (S. 431–451). University Press of Kentucky.
Mudde, C. (2017). Introduction to the populist radical right. In C. Mudde (Hrsg.), *The populist radical right: A reader* (S. 1–10). Routledge.
Muis, J., & Immerzeel, T. (2017). Causes and consequences of the rise of populist radical right parties and movements in Europe. *Current Sociology, 65*(6), 909–930.
Müller, J.-W. (2016). *Was ist Populismus? Ein Essay*. Suhrkamp.
Needham, I., Kingma, M., O'Brien-Pallas, L., McKenna, K., Tucker, R., & Oud, N. (2016). Preface. In I. Needham, K. McKenna, O. Frank & N. Ouds (Hrsg.), *Violence in the health sector. Proceedings of the fifth international conference on violence in the health sector* (S. 5–6). Dwingeloo.
Nietzsche, F. (2006). *On the genealogy of morality*. Cambridge University Press.
Ravndal, J. A. (2016). Right-wing terrorism and violence in Western Europe: Introducing the RTV dataset. *Perspectives on Terrorism, 10*(3), 2–15.
Rydgren, J. (2007). The sociology of the radical right. *Annual Review of Sociology, 33*, 241–262.
Rydgren, J. (2013). Introduction: Class politics and the radical right. In J. Rydgren (Hrsg.), *Class politics and the radical right* (S. 1–9). Routledge.
Rydgren, J. (2018). The radical right. An introduction. In J. Rydgren (Hrsg.), *The Oxford handbook of the radical right* (S. 1–13). Oxford University Press.
Schmid, A. P., & Jongman, A. J. (1988). *Political terrorism: A new guide to actors, authors, concepts, data bases, theories, and literature*. Transaction Publishers.
Smedley, A. (2017). *Racism*. In Encyclopedia Britannica. https://www.britannica.com/topic/racism. Zugegriffen am 08.03.2019.
Smith, K. B., Oxley, D. R., Hibbing, M. V., Alford, J. R., & Hibbing, J. R. (2011). Linking genetics and political attitudes: Reconceptualizing political ideology.

Political Psychology, 32(3), 369–397.
Tollefson, J. (2016). Researchers baffled by nationalist surge. Economic woes wrought by globalization are only part of the cause. *Nature, 540*(7632), 182–183.
Venugopal, R. (2015). Neoliberalism as concept. *Economy and Society, 44*(2), 165–187.
Wahl, K. (2000). *Kritik der soziologischen Vernunft. Sondierungen zu einer Tiefensoziologie*. Velbrück Wissenschaft.
Wahl, K. (2005). Roots of xenophobia and violence against migrants. Personality, parents, pedagogues, peers, and emotions. In D. Hoerder, Y. M. Hébert & I. Schmitt (Hrsg.), *Negotiating transcultural lives: Belongings and social capital among youth in comparative perspective* (S. 59–68). V&R unipress.
Wahl, K., Ottinger-Gaßebner, M., Kleinert, C., & Renninger, S.-V. (2005). Entwicklungs- und Sozialisationsbedingungen für Toleranz. In Bertelsmann Stiftung & Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Hrsg.), *Strategien gegen Rechtsextremismus* (Bd. 1, S. 16–79). Verlag Bertelsmann Stiftung.
Walter, V. (1969). *Terror and resistance: A study of political violence*. Oxford University Press.
Werkmann, C., & Gherghina, S. (2018). Organized for parliament? Explaining the electoral success of radical right parties in post-communist Europe. *Government and Opposition, 53*(3), 461–485.
Zick, A., Wolf, C., Küpper, B., Davidov, E., Schmidt, P., & Heitmeyer, W. (2008). The syndrome of group-focused enmity. The interrelation of prejudices tested with multiple cross-sectional and panel data. *Journal of Social Issues, 64*(2), 363–383.

K. Wahl*Die Radikale Rechte*
https://doi.org/10.1007/978-3-031-23577-1_2

2. Furcht, Wut und Hoffnung: Ein biopsychosoziologisches Modell der radikalen Rechten

Klaus Wahl[1]

(1)
Psychosoziale Analysen und Prävention – Informations-System (PAPIS), München, Deutschland

2.1 Theoretische Grundannahmen: Am Anfang war die Furcht

2.1.1 Die emotionale Anziehungskraft der radikalen Rechten

Die Ideologien der radikalen Rechten werden von ihren Anführern klar zum Ausdruck gebracht. Geert Wilders, der Vorsitzende der Partei für die Freiheit in den Niederlanden, warnte vor den Gefahren des Islam: „Die Realität ist, dass der Islam seinen Anhängern befiehlt, alle Nationen dem

islamischen Scharia-Recht zu unterwerfen, wo und wann immer sie die Macht und die Möglichkeit dazu haben. Notfalls auch mit Gewalt und Terror. Die Realität ist, dass die Scharia eine tödliche Gefahr für unsere Lebensweise, unsere Verfassung, unsere Gesetze und unsere Freiheitsrechte darstellt. Es geht um unsere Existenz und das Überleben unserer freien Gesellschaft (…) Wir sollten nicht so tolerant sein, dass wir dem Schrecken der Intoleranz Tür und Tor öffnen" (Wilders, 2015).

Marine Le Pen, die Vorsitzende des *Rassemblement National* in Frankreich, machte die Globalisierung und die Einwanderung für den wirtschaftlichen Niedergang ihres Landes verantwortlich: „Wir leben in einer Welt, in der die Globalisierung, die eine Ideologie ist, die Interessen, Bestrebungen und Träume der Menschen vergessen und beiseitegeschoben hat (…). (…) Die wirtschaftliche Lage Frankreichs ist so, als hätten wir einen Krieg erlebt (…), mit großen wirtschaftlichen Verlusten, ganze Sektoren sind verschwunden, die Spielzeugindustrie, die Bekleidungsindustrie, die Schmuckindustrie, all das ist zusammengebrochen (…) Sicher ist, dass Frankreich Opfer einer absolut anarchischen Einwanderung geworden ist. Einer absolut massiven Einwanderung, und das schon seit Jahrzehnten" (Le Pen, 2016).

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán warnte vor Terroristen, die als Einwanderer kommen würden: „Nirgendwo schreiben die Menschenrechte den nationalen Selbstmord vor. Unter den illegalen Einwanderern kommen auch Terroristen nach Europa, und infolgedessen sind in einer Reihe von europäischen Ländern unschuldige Menschen ums Leben gekommen (…) Wir werden die Grenzen unseres Landes schützen, wir werden unser eigenes Leben schützen, und wir werden die Sicherheit unseres täglichen Lebens schützen (…) Der Migrationsdruck auf Ungarns Grenzen wird in den nächsten Jahren nicht aufhören. Hunderte von Millionen Menschen sind bereit, denen zu folgen, die sich in der Hoffnung auf ein besseres Leben auf den Weg gemacht haben" (Orbán, 2016).

In seiner Antrittsrede hat Donald J. Trump, Präsident der Vereinigten Staaten, auch vor Einflüssen aus dem Ausland gewarnt und eine goldene Zukunft versprochen: „Zu lange hat eine kleine Gruppe in der Hauptstadt unserer Nation die Früchte der Regierung geerntet, während das Volk die Kosten getragen hat (…) Mütter und Kinder, die in unseren Innenstädten in Armut gefangen sind; verrostete Fabriken, die wie Grabsteine über die Landschaft unserer Nation verstreut sind (…) und das Verbrechen, die Banden und die Drogen, die zu viele Leben gestohlen und unser Land um so viel ungenutztes Potenzial gebracht haben. Dieses amerikanische Gemetzel hört genau hier und jetzt auf (…) Wir müssen unsere Grenzen

vor der Verwüstung anderer Länder schützen, die unsere Produkte herstellen, unsere Unternehmen stehlen und unsere Arbeitsplätze zerstören (…) Wir werden unsere Arbeitsplätze zurückbringen. Wir werden unsere Grenzen zurückerobern. Wir werden unseren Wohlstand zurückbringen. Und wir werden unsere Träume zurückbringen“ (Trump, 2017).

Die Antrittsrede von Jair Messias Bolsonaro, dem Präsidenten Brasiliens, war wie ein Echo auf Trumps Rede: „Ich stehe an diesem Tag vor der ganzen Nation, an dem Tag, an dem das Volk begann, sich vom Sozialismus, der Umkehrung der Werte, dem staatlichen Gigantismus und der politischen Korrektheit zu befreien. Die Wahlen haben denen eine Stimme gegeben, die nicht gehört wurden (…) Wir können nicht zulassen, dass verhängnisvolle Ideologien die Brasilianer spalten. Ideologien, die unsere Werte und Traditionen zerstören, die unsere Familien zerstören, das Fundament unserer Gesellschaft (…) Lange Zeit wurde das Land nach Parteiinteressen regiert, die nicht denen der Brasilianer entsprachen. Lasst uns die Ordnung in diesem Land wiederherstellen“ (Bolsonaro, 2019, übersetzt vom Autor).

Masseneinwanderung, Islam, Scharia, Terroristen, Millionen von Menschen, die hinter den Grenzen warten, zusammengebrochene Industrien, zerstörte Arbeitsplätze und Familien, verhängnisvolle Ideologien, weit verbreitete Armut, Kriminalität und Drogen – es ist eine bedrohliche Welt, die von populistischen und rechtsextremen Politikern gemalt wird. Und es ist eine goldene Zukunft, die sie versprechen, wenn sie an der Macht sind. Warum sind diese Anschuldigungen und Hoffnungen für viele Menschen so überzeugend?

- *Erstens* enthalten die Anschuldigungen oft *ein Körnchen Wahrheit*, oder sogar mehr: Tatsächlich leiden einige Gesellschaften, eine Reihe von Regionen und Gruppen unter Wirtschaftskrisen. In der Tat hat die Globalisierung zum Zusammenbruch einiger Industrien in den entwickelten Ländern geführt. Durch Automatisierung und Digitalisierung wurden Arbeitsplätze abgebaut. Es gibt Stadtviertel mit arbeitslosen Einwanderern und hohen Kriminalitätsraten. Tatsächlich sind einige islamistische Terroristen als Flüchtlinge nach Europa gekommen. Tatsache ist, dass es korrupte Politiker, einflussreiche Lobbyisten und dubiose Eliten gibt. Die Propaganda der radikalen Rechten nimmt solche Prozesse, Strukturen und Ereignisse jedoch als *pars pro toto* und dehnt die Beobachtungen vom Zusammenbruch eines Industriezweigs auf alle anderen Sektoren, von einer Gruppe armer Familien auf alle Familien, von einem islamistischen Terroristen auf alle muslimischen Flüchtlinge, von einigen eigennützigen Politikern auf die

gesamte politische Klasse aus.

- *Zweitens* versucht die Rhetorik der radikalen Rechten, *Furcht* (objektbezogen, angesichts einer unmittelbaren Bedrohung) und *Angst* (diffus, angesichts einer ungewissen Bedrohung) zu schüren. Es ist die Angst derjenigen, die in der Entwicklung des Wohlstands zurückgeblieben sind, dass sie in ihrer schlechten Position bleiben werden. Es ist die Furcht derjenigen, denen es gut geht, die sich aber um die künftige Konkurrenz durch Einwanderer sorgen. Die Stimmung allgemein ängstlicher Persönlichkeiten wird verstärkt. Ruth Wodak (2015) sprach von „The politics of fear". Furcht und Angst sind vielleicht die ältesten und einflussreichsten aller Emotionen, die die Gefühle, Gedanken und Verhaltensweisen der Menschen prägen.
- *Drittens* lenken rechtsradikale Politiker von komplexen systemischen Zusammenhängen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ab, indem sie diese *vereinfachen* und *personalisieren*. Die Reduktion von Komplexität und einfache Erklärungen erreichen leicht die Köpfe der Menschen.
- *Viertens* entlasten rechtsradikale Ideologien die Menschen von ihren möglichen eigenen menschlichen Schwächen, indem sie *Sündenböcke* für die Probleme verantwortlich machen und Ärger, *Wut* und Aggression gegen sie richten.
- *Fünftens* bietet die radikale Rechte Gegenmittel für die Probleme an: die *Hoffnung* auf ein besseres Leben der armen, ausgeraubten, ausgebeuteten einheimischen Bevölkerung durch die Schließung der Grenzen gegen Einwanderer, den Schutz vor ausländischen Unternehmen und vor Kontrolle durch supranationale Institutionen wie die Europäische Union. Außerdem versprechen sie Recht und Ordnung, eine Rückkehr zu den „guten alten Zeiten" mit traditionellen Familien und Werten, die Vertreibung einer herrschenden, korrupten Elite und die Wiederauferstehung einer stolzen Nation.

Das Schüren von *Furcht, Wut und Hoffnung* ist das *Erfolgsrezept* der populistischen und extremistischen Rechten. Es ist zwar nicht auf diese politische Familie beschränkt, wird aber hier mit missionarischem Eifer betrieben und löst starke Emotionen und bedrohliche psychosoziale Mechanismen wie Fremdenfeindlichkeit, Sündenbockdenken und möglicherweise Gewalt gegen Ausländer und andere gesellschaftliche Minderheiten aus. „Die Tendenz, Themen in Ideologien zu verwandeln, sie mit moralischer Farbe und hoher emotionaler Aufladung zu versehen, lädt Konflikte ein, die einer Gesellschaft nur schaden können" (Bell, 1955, S. 27). Welches sind die Mechanismen, die die Strukturen und Prozesse von Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und politischem System mit den

politischen Motiven der Individuen verbinden? Wie funktionieren diese Mechanismen? Warum haben sie eine solche *Macht*, die Gefühle, Gedanken und das politische Verhalten der Menschen zu beeinflussen?

Wie und warum lösen bestimmte gesellschaftliche Situationen politisch relevante Emotionen aus? Wie machen sich rechtsradikale Politiker diese Auslöser zunutze? Was macht die radikale Rechte so gefährlich? Diese Fragen lassen sich nicht nur auf der Ebene der politischen Phänomene, Faktoren und Beziehungen beantworten. Die Analysen müssen auch *vorpolitische Ebenen* einbeziehen.

Als Menschen und politische Bürger halten wir uns gerne für gebildete, gut informierte, rationale, kalkulierende, planende und moralische Personen, die einen weiten Horizont von Fakten, Normen und Werten berücksichtigen, um unsere politischen Präferenzen zu formulieren und unsere Entscheidungen vorzubereiten, zum Beispiel für eine bestimmte politische Partei zu stimmen oder in die Politik einzutreten – das Ideal des *Homo politicus*. Im Gegensatz zum weit verbreiteten Wunschdenken ist der Mensch jedoch in den meisten Bereichen des täglichen Lebens – einschließlich des politischen Verhaltens der normalen Bürger – nur selten ein bewusst-rational denkender und handelnder Mensch. Ein großer Teil unseres täglichen Verhaltens basiert auf subjektiven, oft voreingenommenen Wahrnehmungen, vorbewussten automatischen Prozessen und Gewohnheiten und wird häufig durch aufsteigende Emotionen und nicht durch genaue Erkenntnisse ausgelöst. Anstatt sorgfältig und rational das Für und Wider einer politischen Entscheidung abzuwägen (z. B. die Wahl einer politischen Partei), folgen die meisten Menschen anderen (oft unpolitischen) Einflüssen, Eindrücken, Erinnerungen, Impulsen und Emotionen, die z. B. zur Sympathie für einen charismatischen politischen Führer führen können. Um nur einige Ergebnisse der empirischen Forschung zu nennen: Bei Wahlen haben Studien gezeigt, dass zufällige Umweltreize, die *Emotionen* auslösen (wie die Nationalflagge), die politische Wahl beeinflussen*, ohne dass sich die Teilnehmer dessen bewusst sind* (Hassin et al., 2007). Andere Studien zeigten, dass politische Präferenzen kaum bewusste Entscheidungen sind, sondern in erheblichem Maße von *schnellen*, *automatischen* mentalen Prozessen geprägt werden. Neurowissenschaftliche Experimente zeigten, wie neuronale Reaktionen in verschiedenen Hirnarealen *automatische* politische Präferenzen für Politiker und politische Parteien vorhersagten, selbst ohne bewusste Überlegung und Aufmerksamkeit (Tusche et al., 2013). Schnelle Urteile über die Kompetenz politischer Kandidaten, die allein auf deren *Gesichtsausdruck beruhen*, konnten den Ausgang von

Wahlen zuverlässig vorhersagen (Ballew & Todorov, 2007). Darüber hinaus fanden viele Forscher – mit einigen internationalen Unterschieden – grundlegende *Persönlichkeitsmerkmale* (individuelle Muster von Emotionen, Kognitionen und Verhalten), die mit politischen Präferenzen für bestimmte Ideologien verbunden sind: So tendieren neugierige Personen, die offen für Erfahrungen, neue Ideen und Ansätze sind, zu politischen Positionen der Linken, während Personen, die gewissenhaft, organisiert, zuverlässig und fleißig sind, zur politischen Rechten tendieren (Fatke, 2019).

Um die Attraktivität von Erscheinungsformen der radikalen Rechten, ihrer Ideologien oder Organisationen zu verstehen, sollte man daher nicht nur den kognitiven Inhalt ihrer Programme betrachten, sondern auch die überzeugenden Appelle, Emotionen und vorbewussten Automatismen, die sie bei bestimmten Persönlichkeiten hervorrufen. Dies legt auch die breite psychologische und neurologische Forschung über den *Vorrang von Affekten und Emotionen* für das menschliche Denken und Verhalten nahe (Roth & Strüber, 2014, S. 377–378; Zajonc, 1984):

- Psychologen beschreiben *Affekte* als vorbewusst ausgelöste, sehr schnelle, kurze, körperliche und psychische Reaktionen auf (lebens-)wichtige Ereignisse ohne komplexe kognitive Prozesse (z. B. erhöhter Herzschlag, ängstliche Erregung beim Anblick eines Angreifers, die zu einer Kampf- oder Fluchtreaktion führt).
- *Emotionen* sind körperliche und psychische Erregungen mit komplexeren Reaktionen auf wichtige Ereignisse in der Umwelt oder auf die eigenen Bedürfnisse und Gedanken. Emotionen motivieren also eine Person zu angemessenem Verhalten (z. B. führt Antipathie dazu, dass man jemanden meidet).
- Der Begriff *Gefühl* bezieht sich auf das subjektive Empfinden von Emotionen.
- *Stimmungen* beziehen sich auf langfristige emotionale Zustände (z. B. Traurigkeit). Dauerhafte Stimmungen können sich im *Temperament* einer Person ausdrücken (z. B. Ängstlichkeit) (Wahl, 2015, S. 24).

Aus evolutionärer Sicht dienen Affekte und Grundemotionen dem Überleben und können zur Weitergabe von dazu passenden Genen beitragen: Wir fühlen uns sexuell zu einem potenziellen Partner hingezogen und verlieben uns, um die Fortpflanzung zu verwirklichen; wir haben Furcht, um vor einer Bedrohung zu fliehen; wir werden wütend, um gegen einen aggressiven Feind zu kämpfen. Neben diesen grundlegenden

Emotionen gibt es viele andere, einschließlich erlernter kultureller Variationen (z. B. romantische Liebe; Hass gegen Andersgläubige).

Im Hinblick auf die Evolution ist *Furcht* eine grundlegende Emotion, die zur Vermeidung von Risiken motiviert. Studien haben gezeigt, dass im Gehirn von Tieren und Menschen Furcht- und Angstschaltkreise vorhanden sind, um mit Bedrohungen in ihrer Umgebung umzugehen, die als Reaktion auf Raubtiere, Klippenränder und andere Umweltgefahren entstanden sind. Während Furcht eine Reaktion auf eindeutige und gegenwärtige Umweltgefahren ist, ist *Angst* eine Reaktion auf Situationen mit unsicheren, unvorhersehbaren oder unkontrollierbaren Umweltgefahren (Kurth, 2016; LeDoux, 2012). Im Laufe der langen Evolutionszeit entwickelten Tiere und Menschen auch *soziale Emotionen* gegenüber Artgenossen, die mit Fortpflanzungsvorteilen verbunden waren: Einerseits war die Sicherheit einer Eigengruppe mit positiven Emotionen gegenüber nahen Verwandten und anderen vertrauten Personen innerhalb der Gruppe verbunden. Andererseits gab es ambivalente Emotionen gegenüber ungewohnten Menschen, Fremden und Fremdgruppen: Erstens risikovermeidende Skepsis oder Fremdenfurcht *(Xenophobie)* mit selektiven Vorteilen durch Vermeidung gefährlicher Krankheitserreger im Kontakt mit Fremden sowie riskanter sozialer Konflikte; zweitens konnten Situationen, in denen man sich von Fremden bedroht fühlte oder die Chance auf Dominanz oder Ressourcengewinn boten, zur Bekämpfung von Fremden führen (*Xenoktonie*); und drittens konnten Neugier und Interesse für Fremde zu Austausch, Kooperation, Liebe und sexuellen Beziehungen (*Xenophilie*) führen, die Lernen, Produktivität und genetische Variabilität durch neue Paarungsmöglichkeiten bieten (Aarøe et al., 2016; Barbarino & Stürmer, 2016; Bischof, 2012, S. 211). Eine Mischung aus diesen unterschiedlichen Emotionen und Verhaltenspotenzialen begleitete die Evolution des Menschen.

An dieser Stelle können wir eine *Brücke von der Psychologie zurück zur Politik* schlagen, wo die wichtigsten Leidenschaften Furcht und Hoffnung genannt werden – im Falle der radikalen Rechten bedeutet dies, *Furcht* vor Ausländern zu schüren, indem Einwanderer als furchterregende Personen dargestellt werden, die bekämpft werden sollten (Mouffe, 2014), und Angst vor dem wirtschaftlichen und sozialen Wandel, der Globalisierung usw. Als politisches Gegengift mobilisiert die radikale Rechte die *Hoffnung* auf Sicherheit, Wohlstand und nationalen Ruhm in einer homogenen Gesellschaft. In ihrem Buch *Political Emotions* schreibt Martha C. Nussbaum: „Furcht ist sehr nützlich, ja notwendig. Sie lenkt uns von der Gefahr ab. Ohne ihr Zutun wären wir alle tot. Sogar im politischen

und rechtlichen Bereich kann Furcht vernünftig sein und eine gute Orientierung bieten.“ Sie fügt jedoch hinzu: „Natürliche Befürchtungen (…) können nützlich sein, aber sie können auch ausgenutzt werden“, zum Beispiel können Menschen durch Assoziation lernen, bestimmte Minderheitengruppen zu fürchten (Nussbaum, 2013, S. 320–321).

Kurz gesagt besteht also einer der Tricks der radikalen Rechten darin, alte evolutionäre Emotionen, biopsychosoziale Bewältigungsmechanismen und Risikovermeidung für bedrohliche Situationen, die in früh entwickelten Gehirnschaltkreisen gespeichert sind, auszunutzen, indem sie Furcht vor Fremden und anderen möglicherweise bedrohlichen Objekten und Prozessen (wirtschaftlicher, technologischer, sozialer und kultureller Wandel) verstärken oder erzeugen. Die Furcht vor dem Fremden als zentraler Ausgangspunkt für Rassismus und rechtsradikale Ideologien ist eines der *Leitmotive* für die folgende mehrstufige Darstellung der Forschungsergebnisse. Doch wie in der Musik gibt es viele weitere Motive. Ein Schwerpunkt dieses Kapitels ist es, die Emotionen und Mechanismen zu untersuchen, die der radikalen Rechten im Allgemeinen zugrunde liegen, und einen Überblick über neuere Forschungsergebnisse zu den sozialen, psychischen und biotischen Faktoren zu geben, die Menschen und ihre emotionalen Bedürfnisse mehr oder weniger anfällig für solche Ideologien machen.

Natürlich lassen sich politische Phänomene, Prozesse und Verhaltensweisen nicht allein oder direkt durch evolutionäre Mechanismen erklären, aber sie bieten grundlegende Faktoren und Schaltstellen, die einen Unterbau für das Funktionieren psychischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Kräfte bilden, die den politischen Bereich prägen. Umgekehrt können solche Oberflächenfaktoren auch tiefgreifende evolutionäre Mechanismen auslösen, wie im Fall der politischen Propaganda, die Furcht vor Fremden hervorruft, insbesondere bei Persönlichkeiten, die bereits übermäßig anfällig für Furcht sind.

Die Erfolgsformel von Furcht, Wut und Hoffnung und weitere Elemente *rechtsradikaler Ideologien* setzen systematisch auf einen *doppelten emotionalen Prozess*:

- Einerseits rufen sie *negative Emotionen* hervor oder beziehen sich auf diese: Bedrohung, Furcht, Angst, Unruhe, Frustration, Orientierungslosigkeit und Ressentiments in der modernen und postmodernen sozialen Welt, ausgelöst durch Wirtschaftskrisen, niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit, Einwanderung und weitere möglicherweise negative Auswirkungen der Globalisierung, der europäischen Integration, des sozialen Wandels, des Wertepluralismus usw. Darüber

hinaus beschuldigt die radikale Rechte Personen, Gruppen oder Institutionen, diese Bedrohungen zu verursachen (z. B. Ausländer, eine unfähige Regierung, das Establishment oder „korrupte Eliten“). Sie strukturiert die Gesellschaft nicht nur, indem sie (zumindest einige) Ungleichheiten zwischen Menschen, Geschlechtern, ethnischen Gruppen, Rassen, Nationen und Religionen betont, sondern diskriminiert und grenzt Gruppen aus (Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Anti-Islamismus usw.) und zeigt Feindseligkeit gegenüber ethnischen, kulturellen, religiösen, wirtschaftlichen und LSBTIQ*+-Minderheiten. Sie kritisiert moderne Werte (Individualismus, Universalismus, Pluralismus) und wertet – in unterschiedlichem Maße – Errungenschaften moderner Demokratien wie Bürgerrechte, Gleichheit vor dem Gesetz und Machtverteilung ab.

- Andererseits versprechen rechtsradikale Ideologien *positive Emotionen*, Wohlbefinden, Identität und Hoffnung: Schutz vor sozialen Bedrohungen, Gefühle der Sicherheit, Nostalgie nach der guten alten Zeit, Sehnsucht nach vormodernen sozialen Strukturen, z. B. vertraute Eigengruppen mit sozialem Zusammenhalt und Solidarität, traditionelle Moral, altes Recht und Ordnung und eine einfache Weltsicht. Sie bieten Hoffnung auf eine bessere Zukunft für die Verlierer sozioökonomischer Prozesse durch eine einfache Politik, die die Eigengruppe und eine homogene nationale Gemeinschaft begünstigt (Ethnozentrismus, Nationalismus), sowie durch die Verdrängung von Einwanderern vom Arbeitsmarkt und von den Leistungen des Wohlfahrtsstaates. Sie bevorzugen Recht und Ordnung und einen autoritären Staat mit einem starken Führer als Quelle der Sicherheit. Teile der radikalen Rechten erlauben den Einsatz von Gewalt, um ihre Ziele zu erreichen, was für Personen attraktiv ist, die gerne aggressive Impulse ausleben.

Diese beiden emotionalen Prozesse sind miteinander verbunden, und es wird angenommen, dass sie *relevante psychische und soziale Funktionen* für Individuen und soziale Systeme *erfüllen*, insbesondere in verwirrenden und bedrohlichen Situationen: Gefühle der Unsicherheit, Desorientierung und Angst können zu einer Suche nach Sicherheit, Klarheit, schnellen und einfachen Lösungen führen. Darüber hinaus können sie *Bewältigungsmechanismen (coping)* und Strategien auf biotischer, psychischer und sozialer Ebene anregen, um die Bedrohung zu überwinden. Rechtsradikale Ideologien *politisieren* diese Bewältigungsmechanismen, wie unten im Detail gezeigt wird.

2.1.2 Politisierung von biopsychosozialen Mechanismen

Mechanismen zur *Bewältigung von Risiken und Spannungen* in der Psyche oder im Gehirn, von Konflikten zwischen verschiedenen Bedürfnissen, Emotionen oder Kognitionen sowie zwischen Persönlichkeit und Gesellschaft, innerhalb und zwischen Gruppen haben sich im Laufe der Evolution entwickelt und dienen auch heute noch als Motivation für das Verhalten des modernen Menschen in Risikosituationen. Solche Mechanismen werden in der Psychologie und Soziologie seit langem diskutiert.

In der Psychologie betrachteten Sigmund Freud (Freud & Strachey, 1964) und Anna Freud (1993) *Abwehrmechanismen* (Regression, Verdrängung usw.) als Schutz des Ichs vor Bedrohung und Angst. Die Liste der Mechanismen und ähnlicher theoretischer Konzepte wurde durch Bischofs „Zürcher Modell der sozialen Motivation" um *biopsychische Homöostase-Mechanismen* erweitert, die durch die Kontrolle des Verhaltens gegenüber sozialen Objekten individuelle Sicherheit bieten: Bestimmtes Verhalten (Distanz vs. Kontakt mit Fremden) hängt vom Grad der Vertrautheit des Objekts ab und impliziert entsprechende Reaktionen auf Furcht (Gubler & Bischof, 1991). Die Furcht-Affiliations-Hypothese (Schachter, 1959) geht aufgrund von Ergebnissen sozialer Experimente davon aus, dass sich Personen bei Bedrohung und Furcht eher anderen Personen anschließen. Während sich dieser durch Furcht ausgelöste Mechanismus auf die eigene Gruppe bezieht, bezieht sich ein anderer Mechanismus, der durch Angst stimuliert wird, auf Außengruppen: Personen mit einem hohen Grad an sozialer Angst haben eine negativere Meinung über Außengruppen (z. B. einwanderungsfeindliche Einstellungen) (Hatemi et al., 2013).

In der Soziologie war ein wichtiger Ausgangspunkt für die Betrachtung psychosozialer Prozesse das Thomas-Theorem: „*Wenn Menschen Situationen als real definieren, sind sie in ihren Konsequenzen real*" (Thomas & Thomas, 1928, S. 572), d. h. auch Bedrohungen, die nur eingebildet oder durch den Glauben an politische Propaganda verursacht sind, können Verhalten motivieren. Später schlugen Parsons und Shils *Bewältigungsmechanismen* bei (sozialer) Bedrohung vor: Dominanz, Unterwerfung, Aggression und Rückzug, begleitet von Freudschen Abwehrmechanismen zum Wohle der eigenen Persönlichkeit (Parsons & Shils, 1962, S. 140–141). Bühl schlug in seiner Evolutionstheorie des

Sozialverhaltens vor, dass neue und komplexe soziale Erscheinungsformen „von unten" und „aus der Vergangenheit" erklärt werden sollten: Ausgehend von evolutionär frühen, einfachen, primordialen oder prototypischen sozialen Formen, Rollen, Situationen usw., die als Platzhalter für spätere Formen dienen. Dies sollte durch neue evolutionäre Entwicklungen auf neuen Ebenen ergänzt werden (Bühl, 1982, S. 2, 1987, S. 110–111). Wahl kombinierte mehrere Ansätze: erstens die subjektiv orientierte Sozialforschung in Anlehnung an das Thomas-Theorem (Verhalten hängt von der subjektiven Wahrnehmung der Welt ab) (Wahl et al., 1982); zweitens, ähnlich den Intentionen Bühls, einen *biopsychosoziologischen* oder *„tiefensoziologischen" Ansatz*, der ein *kybernetisches Modell des Sozialverhaltens* als Erweiterung des „Zürcher Modells" von Bischof vorschlug, indem er Mechanismen von evolutionsbiologischen Überresten (Kampf, Flucht, Kooperation etc.) bis hin zu Faktoren der sozialen und kulturellen Situation und deren Wahrnehmung (Normen, Emotionscodes, Rollenerwartungen, Wahrnehmungsmuster, etc.) einbezog (Wahl, 2000, S. 341–359, 2002b). Solche Ansammlungen von biotischen, psychischen und sozialen Mechanismen zur Bewältigung von (realen oder eingebildeten) Bedrohungssituationen bieten sich an, um ein theoretisches Mehrebenenmodell zur Erklärung eines Großteils rechtsradikaler Phänomene zu konstruieren.

Nach diesen Vorarbeiten stellen wir die Hypothese auf, dass *Reaktionen auf soziale Bedrohung* in mehrere *Bündel* eingeteilt werden können, deren evolutionärer Hintergrund tief in den Hirnschaltkreisen verwurzelt ist (die mit Elementen rechter Ideologien assoziiert werden können):

- Ein erstes Bündel von Reaktionen umfasst Emotionen, Kognitionen, Motivationen und Verhaltensweisen in Bezug auf die *Beziehungen zwischen Eigengruppen* (Gemeinschaft, Stamm, Nation, Mehrheitsgesellschaft, eigene Rasse) und *Fremdgruppen* (Ausländer, andere Nationen, soziale Minderheiten wie Homosexuelle oder Obdachlose). Fremdgruppen werden aus einer ethnozentrischen Perspektive betrachtet und oft für ihre Gefährlichkeit, ihre fremde Kultur, ihren Wettbewerb um dieselben Ressourcen oder als Sündenböcke für Probleme im eigenen Leben verantwortlich gemacht. Die Funktion des feindseligen Schutzes gegen Fremdgruppen und Regelbrecher kann durch eigene Frustrationen, Angst vor Konkurrenz und die Verteidigung des eigenen Status genährt werden.
- Ein zweites Bündel von Reaktionen umfasst Emotionen,

Kognitionen, Motivationen und Verhaltensweisen, die mit der *eigenen Gruppe* zusammenhängen (*Hierarchie*: Vertrauen in eine starke Führung, Gehorsam gegenüber dem Anführer, *rally 'round the flag* (Unterstützung der Führung in Krisenzeiten); *Solidarität*: sozialer Zusammenhalt, Altruismus; *Macht*: Gefühl der Sicherheit, Nationalstolz usw.). Ihre Funktion ist es, der Eigengruppe und ihren eigenen Autoritäten Sicherheit zu geben.
- Ein drittes Bündel von Reaktionen umfasst verschiedene Formen von verbaler bis hin zu physischer *Aggression*, die zur Durchsetzung hierarchischer Strukturen, zur Bestrafung von Normverletzern und als defensive oder offensive Gewalt gegen Außengruppen (*Xenoktonie)* eingesetzt werden.

Insgesamt verweisen solche Reaktionen auf soziale Bedrohung auf *ultimative Ursachen* für das Verhalten in gefährlichen Situationen, wie sie die Evolutionsbiologie annimmt: Indem sie Sicherheit, Verteidigung oder zumindest das Gefühl von Dominanz vermitteln, boten sie in Millionen von Jahren der tierischen und menschlichen Evolution selektive Vorteile für die Fortpflanzung. Sie werden weiter durch *proximate Ursachen* wie individuelle Eigenschaften und Erfahrungen (z. B. psychische Erkrankungen; niedrige Bildung), die den Grad der individuellen Reaktionen (z. B. mehr oder weniger Fremdenfeindlichkeit) auslösen, und durch situative soziale Bedingungen (z. B. die Arbeitslosenquote der Gesellschaft), die als bedrohliche Stimuli und Katalysatoren für psychosoziale Prozesse fungieren, hervorgebracht. Reaktionen auf Bedrohung sind oft anscheinend *regressive* Prozesse wie der Rückgriff auf frühere evolutionäre oder ontogenetische Formen von Gefühlen, Denkmustern, Verhaltensweisen, sozialen Strukturen und kulturellen Mustern. Dies wird durch Untersuchungen an gewalttätigen rechtsradikalen Jugendlichen (Skinheads) veranschaulicht: Bei der Begegnung mit ethnisch Fremden regredierten diese Jugendlichen *emotional* auf starke Affekte wie Wut. *Kognitiv* griffen sie auf einfache, binäre Unterscheidungen zurück, wie „gute weiße Männer" versus „faule schwarze Männer". *In sozialer Hinsicht* regredierten sie auf einfache Gruppenformen mit autoritären Strukturen, groben männlichen Umgangsformen und einer scharfen Unterscheidung zwischen Eigengruppe und Fremdgruppe. *Kulturell* reaktivierten sie alte nationalistische Mythen, Rituale und Hymnen des Hasses gegen Fremde. Im *Verhalten* griffen sie auf alte evolutionäre (Re-)Aktionen wie Aggression gegen Fremde zurück (Wahl et al., 2001, S. 114).

Rechtsradikale Ideologien politisieren solche regressiven Mechanismen

nicht nur, indem sie auf möglicherweise bedrohliche sozioökonomische Situationen (z B. Globalisierung, Einwanderung) hinweisen und diese dramatisieren. Sie bieten darüber hinaus ein einfach strukturiertes Weltbild und eine Art regressive *Hoffnung* durch vermeintliche Lösungen wie ein verlorenes Paradies oder eine „regressive Utopie" im Sinne einer ethnisch und religiös homogenen Gesellschaft, die es nie gab (Schellenberg, 2012; Steffens, 2011).

Wie effektiv die alten evolutionären Mechanismen funktionieren und wie stark sich Menschen zu rechtsradikalen Ideologien hingezogen fühlen, hängt jedoch sowohl von den *individuellen Persönlichkeiten* (z. B. ihren Bedürfnissen, emotionalen Dispositionen, Reaktionsmustern, Erfahrungen und Kenntnissen) als auch von der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Situation in einer *Gesellschaft* ab. Die politische Psychologie hat lange Zeit das Dreieck der Verbindungen zwischen sozioökonomischen Situationen, Ideologien und Persönlichkeiten erforscht. Die Studien über die *autoritäre Persönlichkeit* (Adorno et al., 1950) ergaben, dass Individuen nicht nur Meinungen aus einem ideologischen Umfeld übernehmen, sondern dass das Glaubenssystem eines Individuums auch seine Persönlichkeit widerspiegelt (Levinson, 1950, S. 176). „Ideologien haben für verschiedene Individuen einen unterschiedlichen Grad an Anziehungskraft, was von den Bedürfnissen des Einzelnen und dem Grad der Befriedigung oder Frustration dieser Bedürfnisse abhängt" (Adorno et al., 1950, S. 2). Andere Autoren verwenden strukturelle Begriffe für diese Beziehungen: „Ideologien besitzen sowohl eine diskursive (sozial konstruierte) Überstruktur als auch eine funktionale (oder motivationale) Basis oder Substruktur." Der Überbau beschreibt eine Reihe von sozial konstruierten Einstellungen, Werten und Überzeugungen als Teile einer Ideologie, die von politischen Eliten an die Massenöffentlichkeit weitergegeben werden. Der Unterbau bezieht sich auf eine Reihe von sozialen und psychologischen Bedürfnissen, Zielen und Motiven der normalen Bürger. Die Autoren stellen die Hypothese auf, dass konservative oder rechtsgerichtete Ideologien (Widerstand gegen Veränderungen, Akzeptanz von Ungleichheit) für Personen mit dem Bedürfnis, Unsicherheit und Bedrohung zu verringern, attraktiver sind, während liberale oder linksgerichtete Ideologien für Personen, die diese Bedürfnisse weniger stark ausgeprägt haben, attraktiver sind (Jost et al., 2013, S. 233–236).

Nach diesen Vorüberlegungen stellen wir die *mehrstufige Hypothese auf*, dass *Ideologien der radikalen Rechten politische Konstruktionen* sind, die auf einer Reihe von spezifischen Prozessen beruhen:

- Situationen des raschen wirtschaftlichen, technologischen, kulturellen und sozialen Wandels sowie gesellschaftliche oder internationale Spannungen (z. B. Wirtschaftskrisen, Einwanderung, Krieg) können individuelle und kollektive Desorientierung und Emotionen wie Unsicherheit, Stress, Furcht und (reale oder befürchtete) Bedrohung der eigenen Ressourcen und des eigenen Status auslösen.
- Darüber hinaus können solche Reaktionen verschiedene (regressive) psychosoziale Mechanismen auslösen, die von den Reaktionsschwellen, Charaktereigenschaften, emotionalen und Verhaltensdispositionen, sozialen Erfahrungen, Kenntnissen und Reaktionsmustern der einzelnen Persönlichkeiten abhängen:

  Mechanismen in Bezug auf die Beziehungen zwischen Eigengruppe und Fremdgruppen,
  Mechanismen, die mit der Hierarchie und der Solidarität innerhalb der Gruppe zu tun haben,
  Aggression gegen Normverletzer, Minderheiten und Fremdgruppen.

- Die (Re-)Aktionen der einzelnen Persönlichkeiten in Situationen wahrgenommener Bedrohung hängen ab von

  evolutionären, genetischen, epigenetischen, neuronalen, erzieherischen und sozialisatorischen Prozessen und Erfahrungen, die Persönlichkeitsmerkmale prägen,
  Inhalten der Erziehung und Sozialisation (wie Religion, moralische Werte, Normen, politische Ideologien),
  der derzeitigen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Situationen (Arbeitslosigkeit, religiöse Strukturen, Programme der politischen Parteien usw.),
  historischen Erfahrungen (z. B. Wirtschaftskrisen, Regimewechsel, Krieg).

- Einige Themen (z. B. Einwanderung) werden von den Eliten (politische und religiöse Führer, Intellektuelle) und den Medien interpretiert, dramatisiert und instrumentalisiert, wodurch die genannten Mechanismen aktiviert werden.
- Vor dem Hintergrund negativer Emotionen wie Orientierungslosigkeit und sozialer Bedrohung bietet die radikale Rechte politische Antworten in Form antimoderner sozialer Ideologien (reaktionäres Gesellschaftsbild, traditionelle Familie und Geschlechterrollen) sowie einfache Lösungen (u. a. Achtung der Hierarchie, starke Führungspersönlichkeiten, Solidarität innerhalb der

eigenen Gruppe, Sündenbockdenken, Ethnozentrismus, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt gegen Fremdgruppen) und positive Emotionen (Sicherheit, Recht und Ordnung, ethnische Zugehörigkeit) zur Bekämpfung der Bedrohung und der negativen Emotionen.

Kurz gesagt, die „Flucht in die Sicherheit“ (Oesterreich, 2005) der ängstlichen Menschen wird von der radikalen Rechten mit einer „Politik der Furcht“ vor Veränderungen, der Globalisierung, dem Verlust von Wohlstand und allem anderen, was als Bedrohung für „uns“ konstruiert werden könnte, beantwortet (Wodak, 2015, S. X). Diese Politik der Furcht wird ergänzt durch eine Politik der Hoffnung mit der Aussicht auf ein besseres Leben in einer traditionellen, sicheren Gesellschaft.

2.2 Elemente eines empirisch basierten Modells: Schritt für Schritt

Kern der Mehrebenenhypothese ist, dass bedrohliche soziale Situationen individuelle Sicherheitsbedürfnisse, Emotionen wie Furcht und Fremdenfeindlichkeit sowie die Suche nach sozialen Lösungen zum Schutz der Eigengruppe vor Fremdgruppen auslösen können. Aus politikwissenschaftlicher Sicht wird diese *„Nachfrage“* nach Sicherheit und Wohlbefinden durch das *„Angebot“* rechtsradikaler Ideologien und Politiker befriedigt, die solche Lösungen versprechen.

Eine Analyse dieser Nachfrage- und Angebotsfaktoren kann auf verschiedene Weise erfolgen. In ihrer Studie über rechtsextreme Parteien, soziale Bewegungen und subkulturelle Gruppen untersuchten Castelli Gattinara und Pirro (2018) beispielsweise Mobilisierungsfaktoren auf der *Makro-, Meso-* und *Mikroebene*. Auf der Makroebene interessierten sie sich für den sozio-politischen Kontext, politische und diskursive Möglichkeiten usw., auf der Mesoebene für organisatorische Dynamiken, Entscheidungen und Strategien und auf der Mikroebene für individuelle Motivationen, Lebensgeschichten und Aktivismus. Andere Wissenschaftler unterteilen die Faktoren auf der Angebotsseite in interne Faktoren wie organisatorische Merkmale und externe Faktoren wie institutionelle Rahmenbedingungen (Muis & Immerzeel, 2017).

Unsere eigene Analyse folgt in gewisser Weise einer ähnlichen

Mehrebenen-Perspektive in vielfältiger Weise: Sie bietet einen besonderen Blick auf die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Ebenen und Faktoren, die Phänomene der radikalen Rechten beeinflussen. Sie basiert auf interdisziplinären, internationalen, aktuellen Erkenntnissen, die Ansatzpunkte für zukünftige Forschung bieten. Dazu wird in diesem Kapitel der Versuch unternommen, ein *Modell* als eine Art einfache Landkarte zu skizzieren, etwa wie ein U-Bahn-Plan, der Stationen verbindet, jedoch ohne Angaben zu genauen Entfernungen oder Fahrzeiten (vgl. Clarke & Primo, 2012). Zugegebenermaßen stößt ein solcher Versuch, Theorien und empirische Ergebnisse verschiedener Wissenschaften miteinander zu verbinden, auf mehrere Schwierigkeiten: So gibt es beispielsweise unterschiedliche Konzepte der menschlichen Natur, unterschiedliche Paradigmen und Terminologien, und Variablen werden mit unterschiedlichen Methoden gemessen. Die interdisziplinäre Forschung sollte sich von dieser Fülle an Problemen nicht entmutigen lassen; sie sollte Übersetzungen liefern und Verbindungspunkte zwischen verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen suchen.

Wir beginnen die Darstellung des *biopsychosoziologischen Modells* (Abb. 2.1) mit den *politischen Erscheinungsformen* der radikalen Rechten, d. h. der Ideologie und ihren Ausdrucksformen in individuellen und gesellschaftlichen Phänomenen vom Alltagsrassismus und autoritären Ideen bis hin zu politischen Parteien (Kasten [a] in Abb. 2.1). Diese Erscheinungsformen bieten ein *Angebot* für die Wünsche und Dispositionen von Personen und Gruppen, die *psychologische Schlüsselsyndrome* aufweisen, die mit der radikalen Rechten in Verbindung gebracht werden, d. h. Bedürfnisse, Interessen, Emotionen, Mechanismen und Verhaltensdispositionen wie Fremdenfeindlichkeit, Autoritarismus und ihre *neuronalen Korrelate* (Kasten [b]). Diese Syndrome hängen wiederum von zwei interagierenden Strängen von kausalen und katalytischen Faktoren ab:

- Der erste Strang, *psychologische und biologische Faktoren*, beginnt mit *Persönlichkeitsmerkmalen* (z. B. Geschlecht, Temperament), Wahrnehmungs- und Reaktionsmustern und ihren *neuronalen Korrelaten* (Kasten [c]). Die dem zugrunde liegenden Schritte umfassen proximate Ursachen wie *Persönlichkeitsentwicklung und Sozialisation* (Kasten [d]) und *biotische Einflüsse* auf die Persönlichkeit wie Gene (Kasten [e]). Die Liste der möglicherweise relevanten Faktoren führt dann zurück zu *evolutionären Mechanismen* (z. B. Verhalten gegenüber Fremden) als ultimate Ursachen, d. h. mit selektiven Vorteilen für die Reproduktion (Kasten [f]).

- Der zweite Strang, *soziologische und historische Faktoren*, umfasst die *aktuelle sozioökonomische, kulturelle und politische Situation*, die durch Phänomene wie Arbeitslosigkeit und Einwanderung (Nachfrageseite) oder die Leistung anderer Parteien (Angebotsseite) gekennzeichnet ist (Kasten [g]). Darüber hinaus wandeln die *Medien und politischen Interpreten* die aktuelle gesellschaftliche Situation in ideologisch relevante Informationen um (Kasten [h]). All dies fußt auf einem *historischen Hintergrund* für Sozialisationsinhalte und die politische Kultur wie Religion, Nationalismus usw. an (Kasten [i]).

Um den Kreis zu schließen, beinhaltet das Modell Rückwirkungs- beziehungsweise *reziproke Effekte* von politischen Manifestationen der radikalen Rechten (z. B. Wahlerfolge) auf die aktuelle Situation (z. B. zunehmender Rassismus in der Gesellschaft) (Kasten [k] an der Seite).

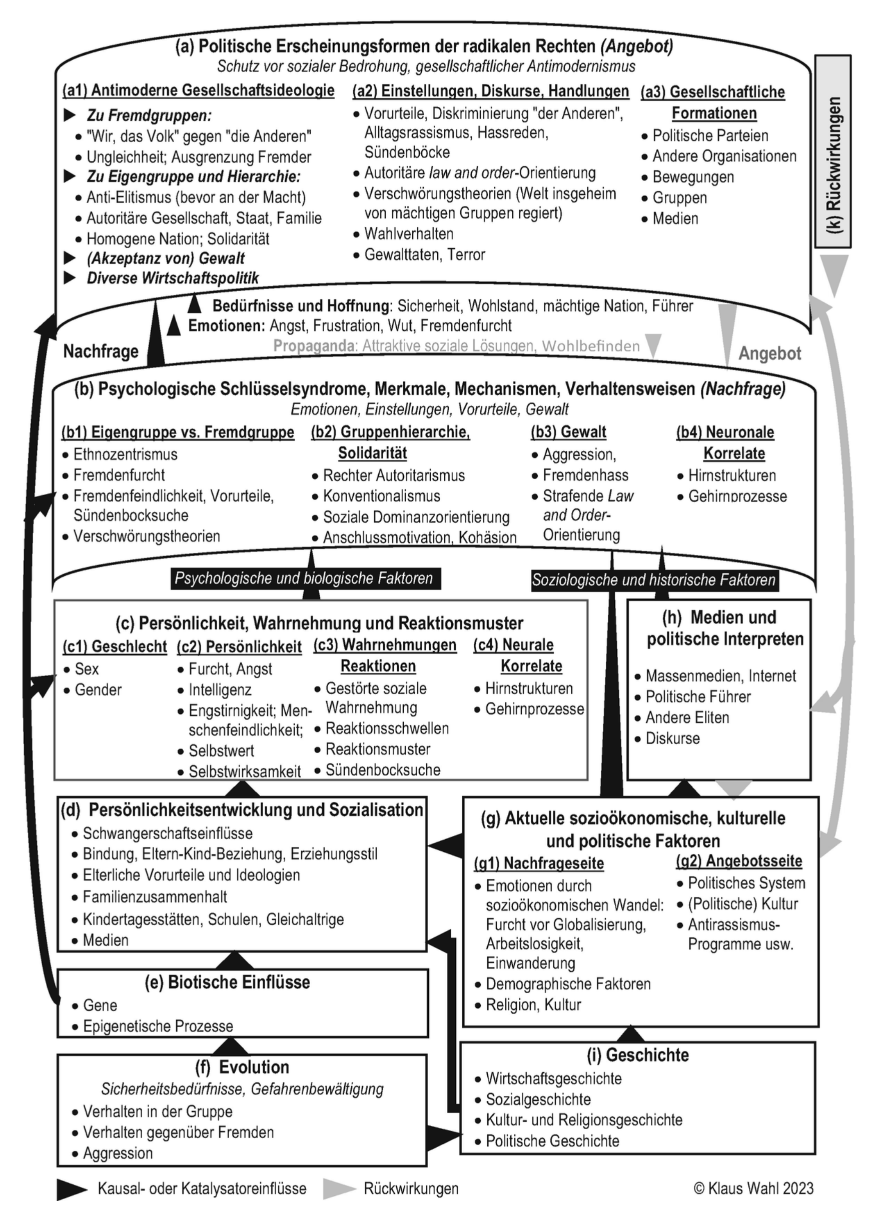


Abb. 2.1Biopsychosoziologisches Modell der radikalen Rechten

Abb. 2.1 zeigt nur einige exemplarische Teilvariablen innerhalb jedes Blocks. Alle diese Faktoren der Mehrebenenhypothese werden in den folgenden Abschnitten anhand von Ergebnissen empirischer Forschung aus verschiedenen Disziplinen Schritt für Schritt abgearbeitet.

2.3 Politische Phänomene und psychologische Syndrome: Angebot und Nachfrage

Die Zielvariablen des Modells ähneln einem Muster von „Angebot und Nachfrage“: Die *Angebotsseite* sind die *politischen Manifestationen der radikalen Rechten,* die Schutz vor sozialer Bedrohung durch eine antimoderne soziale Ideologie, politische Aktionen und soziale Formationen wie politische Parteien versprechen. Die *Nachfrageseite* sind die Bedürfnisse, Emotionen, Klagen und Hoffnungen in Teilen einer Gesellschaft, die aus Modernisierung, Wirtschaftskrisen und Einwanderung sowie aus Sozialisationserfahrungen resultieren und für die Versprechen der radikalen Rechten offen sind. In den Politikwissenschaften wird der Begriff „Angebot“ aber auch verwendet, um die politischen Bedingungen und Handlungen der politischen Parteien jenseits der politischen Rechten, das Wahlsystem usw. zu beschreiben, die die Erfolgschancen einer rechtsradikalen Partei vergrößern oder einschränken. *In den folgenden Absatzüberschriften werden die Buchstaben (a), (b), (c)* usw. *als Verweise auf die Kästen mit den Variablen in* Abb. 2.1 *verwendet.*

2.3.1 Politische Erscheinungsformen der radikalen Rechten: Die Angebotsseite (a)

Die *Angebotsseite* besteht aus politischen Manifestationen der radikalen Rechten, die Schutz vor sozialen Bedrohungen versprechen, indem sie sich einer antimodernen sozialen Ideologie, politischer Diskurse, Formulierungen, Aktionen und sozialer Formationen (Parteien usw.) bedienen – in Verbindung mit der Nutzung moderner Technologien (Internet usw.). Diese Erscheinungsformen sind auch die Zielvariablen des Modells mit Angeboten für die Nachfrage der Emotionen und Hoffnungen der Menschen sowie Berührungspunkten mit psychologischen Schlüsselsyndromen und -mechanismen wie Fremdenfeindlichkeit, Autoritarismus usw., die mit der radikalen Rechten in Verbindung gebracht

werden.

(a1) Die Inhalte der *antimodernen Gesellschaftsideologie* betonen gruppenbezogene Elemente wie die Ungleichheit der Menschen (z. B. Rassismus, Nationalismus), Prozesse der Inklusion (Eigengruppe) und Exklusion (Fremdgruppen, soziale Minderheiten), mit anderen Worten: „wir, das Volk", gegen „die anderen", soziale Minderheiten, Eliten oder Ausländer. Die Ideologie umfasst auch gruppeninterne Elemente (Beziehungen innerhalb der Gesellschaft) mit Anti-Elitismus (bevor solche Parteien selbst an die Macht kommen und Teil der Eliten werden), die eine autoritäre Gesellschaft und einen autoritären Staat, eine homogene, solidarische Nation, traditionelle Familien und Geschlechterrollen sowie Heterosexualität bevorzugen und ein gewisses Maß an Gewalt zur Durchsetzung von Recht und Ordnung oder zur Ausgrenzung der „Anderen" akzeptieren oder zulassen. Für Bacchetta und Power stützt sich die politische Rechte (von der Mitte bis zur extremen Rechten) auf „irgendeine Form des internen oder externen Anderen". Der rechte Flügel betont das Kriterium des „Selbst" gegenüber dem „Anderen" in Verbindung mit „hierarchischen Unterschieden auf der Grundlage von Geschlecht, Sexualität, Klasse, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Rasse, Kaste oder ihren verschiedenen Überschneidungen" (Bacchetta & Power, 2002, S. 4). Den Anderen zu definieren, bedeutet im Gegensatz dazu, sich selbst zu definieren, eine Aussage über die eigene Identität (Rosenthal & Trost, 2012, S. 8–9).

Diese Ideologien umfassen ein breites Spektrum, das von sehr konservativen und gemäßigten populistischen Varianten bis hin zu militanten extremistischen, terroristischen und totalitären Versionen reicht. Dabei bieten sie ein Bündel von Ideen, die für die Befriedigung der Bedürfnisse verschiedener Persönlichkeiten mit spezifischen Temperamenten, Emotionen und Verhaltensdispositionen attraktiv sind. Wie in Kap. 1 erwähnt, gibt es mehrere Typologien rechtsradikaler Ideologien, z. B. die drei Formen der *Neofaschisten*, *der neuen radikalen Rechten* und der *populistischen* Parteien von Kitschelt und McGann (1995) oder Minkenbergs Trennlinie zwischen den heutigen Ideologien, die historische Bewegungen, Ideologien oder Regimes des Nationalsozialismus oder Faschismus umfassen, und den Ideologien, die einen weniger extremen, eher zeitgenössischen rassistischen oder ethnozentristischen Nationalismus und andere Ausschlusskriterien wie Religion befürworten (Minkenberg, 2013, S. 7).

Schließlich stellte Rovny (2013) eine breite Übereinstimmung darüber fest, dass die radikale Rechte heute aufgrund ihrer nationalistischen,

autoritären, antikosmopolitischen und einwanderungsfeindlichen Ansichten als „rechts“ bezeichnet wird. Doch wie sieht es mit der *wirtschaftlichen Einordnung der radikalen Rechten aus?* Während frühere Autoren auf die neoliberalen Positionen der rechtsradikalen Parteien hinwiesen, ergaben Studien über die soziale Basis dieser Parteien eine erhebliche Unterstützung durch traditionell linksgerichtete Wählergruppen. Einige Wissenschaftler stellten fest, dass rechtsradikale Parteien ihre wirtschaftlichen Randpositionen aufgaben und sich in Richtung der wirtschaftlichen Mitte bewegten. Rovny bezweifelt jedoch, dass es sinnvoll ist, die Platzierung rechtsradikaler Parteien in wirtschaftlichen Fragen zu bewerten. Seiner Meinung nach betonen die Parteien ihre Position in einigen Bereichen, während sie sich in anderen Bereichen strategisch nicht positionieren, um die Distanz zwischen ihnen und ihren Wählern zu verbergen. In einer kombinierten Analyse der Wahlprogramme, der Experteneinschätzung der politischen Parteien und der Wählerpräferenzen von 17 rechtsradikalen Parteien in neun westeuropäischen Parteiensystemen stellte Rovny fest, dass die Parteien der radikalen Rechten versuchten, bei vernachlässigten, zweitrangigen Themen zu konkurrieren. Gleichzeitig verwischten sie ihre Positionen zu etablierten Themen, um eine breitere Unterstützung zu gewinnen.

(a2) In Übereinstimmung mit der Ideologie umfassen *rechtsradikale Einstellungen, Diskurse und Handlungen* Vorurteile, Diskriminierung „der Anderen“ (ethnische und religiöse Minderheiten usw.), alltäglichen Rassismus, autoritäres Verhalten mit Ausrichtung auf Recht und Ordnung, Glaube an Verschwörungstheorien (die Welt wird von einigen wenigen mächtigen Personen oder Gruppen mit geheimen Absichten regiert), Wahlverhalten, Hassreden und manchmal physische Gewalt gegen Gruppen, die sich von der Norm abheben (Terrorismus).

(a3) Zu den *gesellschaftlichen Formationen* der radikalen Rechten gehören populistische und extremistische Parteien (häufig einwanderungsfeindliche Parteien), Organisationen, Bewegungen wie die *Tea Party* sowie militante Gruppen wie der *Ku-Klux-Klan*, Neonazis, rassistische *Skinheads*, extremistische Terroristen und rechtsextreme Medien einschließlich des Internets (Blogs, Internetportale).

Diese Erscheinungsformen der radikalen Rechten sind interaktiv: Einerseits können Ideologie und politische Bewegungen Menschen anziehen und ihre politischen Einstellungen und ihr politisches Verhalten beeinflussen. Andererseits versammeln sich fremdenfeindliche Personen in rechtsgerichteten politischen Parteien. Die Propaganda dieser Parteien bietet Elemente antimoderner sozialer Ideologien, die auch von den

Massenmedien verbreitet werden. Der Einfluss von Propaganda oder Mediennachrichten auf den Einzelnen ist stärker, wenn die politischen Einstellungen beider Seiten zuvor ähnlich waren (Schemer et al., 2012).

2.3.2 Psychologische Schlüsselsyndrome, -eigenschaften, -mechanismen und Verhaltensmuster im Zusammenhang mit der radikalen Rechten: Die Nachfrageseite (b)

Auf der *Nachfrageseite* der radikalen Rechten verweisen viele Wissenschaftler auf Emotionen (wie Bedrohung, Furcht, Frustration, Fremdenfurcht) und kompensatorische politische Bedürfnisse und Hoffnungen (wie Sicherheit, Wohlergehen, eine mächtige Nation und ein starker Führer), die durch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Veränderungen oder gesellschaftliche Spannungen ausgelöst werden. Die Nachfrage ist mit psychologischen Syndromen (Bündel von Symptomen), Persönlichkeitsmerkmalen, Mechanismen (Prozessen) und Verhaltensmustern zur Bewältigung von Bedrohungen verbunden. Diese psychologischen Phänomene beziehen sich auf Prozesse (b1) zwischen Eigengruppe und Fremdgruppen, wo Bedrohung und Furcht in Feindseligkeit und Verteidigung gegen Fremdgruppen umgewandelt werden; (b2) in der Eigengruppe, um Sicherheit zu erzeugen; und (b3) Aggression gegen Normverletzer und Fremdgruppen. Die Syndrome, Eigenschaften und Verhaltensweisen sind je nach Persönlichkeit unterschiedlich stark ausgeprägt. (b4) Die Hirnforschung untersucht die neuronalen Korrelate dieser Syndrome und Mechanismen.

(b1) *Ethnozentrismus* ist ein wichtiger Bestandteil psychologischer Syndrome, die die *Beziehungen zwischen Eigengruppe und Fremdgruppen* betreffen. Ethnozentrismus wurde bereits von Sumner (2002 [1907], S. 13) als „die eigene Gruppe ist der Mittelpunkt von allem“ mit Gefühlen von Stolz und Überlegenheit definiert. Bizumic und Duckitt (2012) argumentierten auf der Grundlage von Forschungsergebnissen, dass Ethnozentrismus die Bevorzugung der eigenen ethnischen Gruppe, Überlegenheit gegenüber anderen, Reinheit (keine Vermischung mit Fremdgruppen), Ausbeutung (Verfolgung der eigenen Interessen gegenüber den Interessen von Fremdgruppen), Gruppenkohäsion und Hingabe

(bedingungslose Loyalität gegenüber der eigenen Gruppe), aber nicht immer Negativität gegenüber Fremdgruppen impliziert. Dieser letzte Punkt wurde auch von Cashdan (2001) in seiner Analyse interkultureller Daten hervorgehoben.

Für einige Autoren ist die andere Seite der Medaille des Ethnozentrismus die *Fremdenfurcht* oder die *Fremdenfeindlichkeit* (bezüglich von Ausländern, Migranten, Asylbewerbern usw.). Doch „trotz seiner weiten Verbreitung ist Xenophobie in populären, politischen und wissenschaftlichen Debatten ein zweideutiger und umstrittener Begriff" (Misago et al., 2015, S. 17) oder „ein eher vages oder unscharfes Konzept" (van der Veer et al., 2013) aufgrund seiner unterschiedlichen Bedeutungen. Wie bereits erwähnt (Kap. 1), sollte es nur im Sinne von „Furcht vor Fremden" und nicht für „Feindseligkeit gegenüber Fremden" verwendet werden. Evolutionsbiologen und Psychologen interpretieren Präferenzen für die eigene Gruppe und Fremdenfurcht als alte evolutionäre Mechanismen mit Vorteilen für das Überleben und die Fortpflanzung, indem sie Bedrohungen wie Ausbeutung und Gewalt durch konkurrierende Fremdgruppen oder eine mögliche Infektion mit deren Parasiten vermeiden (Cliquet, 2010, S. 473–478; Schaller & Neuberg, 2008). Für Eibl-Eibesfeldt (1998, S. 33) ist es ein universelles Phänomen, dass im Gegensatz zu Emotionen und Verhaltensweisen in Eigengruppen und Austausch-Netzwerken Fremden oft mit Misstrauen begegnet wird und sie in einer Dominanz-Unterwerfungs-Beziehung gesehen werden, aber der Hass auf Fremde ist ein Ergebnis von Indoktrination.

Bedrohungsbedingte Furcht und Angst führen häufig zu Reaktionen wie Anpassung, Unterwerfung, Erstarren oder Flucht. Je nach Situation und Persönlichkeit kann Furcht auch zu Feindseligkeit, Diskriminierung und Aggression führen. Studien in Balkanstaaten ergaben, dass die Furcht vor der Fremdgruppe mit einer erhöhten Motivation für internationale Aggression bei langanhaltenden Konflikten in dieser Region zusammenhängt (Spanovic et al., 2010). Furcht kann auch körperliche Aggression auslösen (Archer, 1988, passim), wie das „Angstbeißen" eines Hundes, der sich in die Enge getrieben fühlt und einen dominanten, ihm Furcht einjagenden Hund angreift.

In Österreich stand die „wahrgenommene Bedrohung durch Einwanderer", die sich in Sorgen über (muslimische) Einwanderer, Wut und Angst im Zusammenhang mit Einwanderern äußerte, in direktem Zusammenhang mit der Unterstützung für die rechtspopulistische *Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)* (Aichholzer & Zandonella, 2016). Daten aus 18 europäischen Ländern zeigten, dass ethnische Bedrohung

(durch den Wettbewerb mit Einwanderern) dazu beiträgt, die Stimmabgabe für die radikale Rechte zu erklären (Werts et al., 2013). Eine amerikanische Studie zeigte weitere Einflüsse anderer Arten von Bedrohung auf ethnisches Verhalten: Selbst wenn im Experiment Weiße durch nicht-rassistische Inhalte (eine Geschichte über Öko- und Tierrechts-Terrorgruppen, die Universitäten bedrohen) geängstigt wurden, unterstützten sie weniger Maßnahmen, die Afroamerikanern zugutekommen sollten (Suthammanont et al., 2010). In einer anderen Studie konnte jedoch nicht festgestellt werden, dass Furcht und Angst zugrundeliegende Merkmale des Konservatismus sind (Helminen, 2018).

Einige der wichtigsten psychologischen Phänomene im Zusammenhang mit der radikalen Rechten sind *Stereotype* (starke Überzeugungen über Merkmale von Mitgliedern einer Gruppe) und *Vorurteile* („Ideologien, Einstellungen und Überzeugungen, die zur Aufrechterhaltung und Legitimierung gruppenbasierter Hierarchie und Ausbeutung beitragen") (Sibley & Barlow, 2017). Feindselige oder aggressive Einstellungen gegenüber Fremden, Emotionen, explizite (bewusst unterstützte) und implizite (unbewusste) Vorurteile und Verhaltensweisen, die sich gegen Einzelpersonen oder ethnische, kulturelle, religiöse Fremdgruppen (Opfergruppen), LGBTQIA*, Obdachlose und behinderte Menschen richten, reichen von Beleidigung bis hin zu *Xenoktonie*, der Tötung von Fremden. Zick et al. (2008) fassten die Vorurteile gegenüber einem Spektrum von Gruppen (Antisemitismus, Islamophobie usw.) in einem Syndrom zusammen, das als *„gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit"* bezeichnet wird und auf einer sozialen Dominanzorientierung oder einer Ideologie der Ungleichheit beruht. In einer Meta-Analyse von 57 Studien waren emotionale Aspekte von Vorurteilen gegenüber rassischen Minderheiten enger mit Diskriminierung verbunden als kognitive Aspekte (Stereotypen, Überzeugungen) (Talaska et al., 2008). In vielen westlichen Gesellschaften erhalten die Bürger jedoch deutliche Signale, dass Vorurteile nicht akzeptabel sind. Eine internationale Studie hat gezeigt, dass viele Personen aus der Mehrheitsgruppe eine Motivation zur Kontrolle vorurteilsbehafteter Gedanken und Handlungen verinnerlicht haben. Dieser „duale Prozess" von Vorurteilen und normativer Selbstkontrolle beeinflusste ihr politisches Verhalten (Blinder et al., 2013). Daher versuchten die Wissenschaftler, auch *implizite* oder unbewusste Vorurteile und Einstellungen zu analysieren. Solche Einstellungen, die unterhalb der Schwelle der bewussten moralischen Kontrolle liegen, können das Verhalten wirksamer motivieren als offene, bewusste Einstellungen (Asendorpf & Neyer, 2012, S. 36–39).

Stereotype und Vorurteile sind oft sehr stabil und lassen sich mit pädagogischen Mitteln relativ wenig verändern. Im Gegenteil, Experimente zeigten paradoxe Ergebnisse: Wenn Menschen versuchten, unerwünschte Gedanken zu unterdrücken, traten diese Gedanken anschließend mit größerer Wahrscheinlichkeit wieder auf, als wenn sie nie unterdrückt worden wären. Die Wissenschaftler nannten dies einen „Rebound"-Effekt und vermuteten, dass er auf den Akt der Unterdrückung selbst zurückzuführen ist (Macrae et al., 1994). Andererseits gibt es zumindest etwas Hoffnung: In weiteren Experimenten unterschieden die Forscher zwischen der Aktivierung eines Stereotyps und der Anwendung oder dem Gebrauch eines Stereotyps. Wenn z. B. egalitäre Ziele (sich gegenüber Frauen egalitär zu verhalten) getriggert wurden, waren die Personen in der Lage, die Aktivierung von Stereotypen gegen Frauen zu kontrollieren (Moskowitz & Ignarri, 2009).

Ein weiteres Merkmal von extremen politischen Überzeugungen sind *Verschwörungstheorien oder -mythen*. In Studien wurde ein Zusammenhang zwischen der Stärke der politischen Ideologie (rechts und links) und Verschwörungsüberzeugungen zu verschiedenen politischen Themen festgestellt (van Prooijen et al., 2015). In der Tat gibt es einige „reale" Fakten und Ereignisse, die Verschwörungstheorien nähren könnten, z. B. die Macht des internationalen Großkapitals, Preisabsprachen, der politische Einfluss von Lobbyismus und Korruption, politische Vetternwirtschaft oder amtliche Statistiken, die politisch definierte, umstrittene Kategorien aufweisen (Messung von Arbeitslosigkeit, Kriminalität usw.). Die politische Soziologie analysierte das formale Funktionieren demokratischer Systeme (Wahlen, Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit usw.) in Verbindung mit dem starken Einfluss riesiger Massenmedienkonzerne und der Verlagerung politischer Entscheidungen auf kleine Kreise von Wirtschaftslobbyisten und eine politisch-wirtschaftliche Elite als Erscheinungsformen der „Postdemokratie". Solche Prozesse wurden zum Beispiel in der letzten globalen Finanzkrise und der darauf folgenden Eurokrise beobachtet (Crouch, 2016). Während solche intransparenten Prozesse durchaus existieren und manchmal von investigativen Journalisten, Wissenschaftlern und oppositionellen Politikern untersucht werden, gehen Verschwörungstheoretiker von weitreichenderen Auswirkungen geheimer Machteliten gegen die Interessen „normaler" Menschen aus und verallgemeinern diese.

Laut Krekó helfen Verschwörungstheorien – als kollektive Kognitionen betrachtet – „Widersprüche, Ungereimtheiten und Dissonanzen aufzulösen und geben einfache deduktive Erklärungen für ein breites Spektrum

komplexer Phänomene“, für signifikante, atypische, unerwartete Ereignisse. Studien in Ungarn fanden jedoch praktisch keinen Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und einer konspirativen Weltsicht (Krekó, 2015, S. 65–72).

(b2) Entsprechend den Mechanismen und psychologischen Syndromen, die mit *Hierarchie und Solidarität innerhalb von Gruppen* verbunden sind, standen seit Reich (1933), Horkheimer (1936) und Adorno et al. (1950) die Konstrukte einer *autoritären Persönlichkeit* oder des *Autoritarismus* im Mittelpunkt der Theorien, die den Erfolg der Nationalsozialisten in Deutschland und ähnlicher Bewegungen in anderen Ländern zu erklären versuchten. Autoritäre Persönlichkeiten zeichneten sich durch Gehorsam gegenüber Autoritäten, Unterdrückung von Untergebenen, Vorurteile und Feindseligkeit gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten aus. Nach der klassischen Theorie brachte die Sozialisation in autoritären Familien autoritäre Persönlichkeiten hervor, die leicht von faschistischen Ideologien und Führern verführt werden konnten. Insbesondere in einer Wirtschaftskrise unterwarfen sich diese Personen der Autorität und der Macht und glaubten an die Versprechungen einfacher Lösungen für ihre Probleme.

An diesen klassischen Studien wurde kritisiert, dass der psychoanalytische Ansatz zu vage sei, dass politische Einstellungen und Persönlichkeitsmerkmale verwechselt würden, dass situationsbedingte Faktoren wie Stress auf autoritäre Reaktionen unterschätzt würden und so weiter. Darüber hinaus erbrachte die empirische Forschung auf der Grundlage dieser Theorie widersprüchliche Ergebnisse (Oesterreich, 2005). Spätere Erweiterungen des Autoritarismuskonzepts gingen in verschiedene Richtungen, z. B. wurden *Konventionalismus*, *autoritäre Unterwerfung* und *Aggression* einbezogen (Altemeyer, 1981; Passini, 2008), eine andere führte zu dem Konstrukt *Dogmatismus* von engstirnigen Personen, das nicht auf rechtsextreme Ideologien beschränkt war (Rokeach, 1960); ein dritter Ansatz betonte die Bedeutung der Gruppenidentifikation einer Person (Duckitt, 1989). Einige Autoren erweiterten die Dimensionen des *rechten Autoritarismus (RWA)* um motivierende Ziele zur Erreichung kollektiver Sicherheit wie Konventionalismus, Traditionalismus oder Konservatismus (Duckitt & Bizumic, 2013).

Um die Unzulänglichkeiten älterer Theorien zu vermeiden (nämlich die Frage, ob autoritäre Einstellungen ein bestimmtes Verhalten vorhersagen und warum sich Menschen freiwillig einer illegitimen Kontrolle unterwerfen und einen Zustand des Nicht-Mündigseins vorziehen), hat Oesterreich (2005) einen neuen Ansatz vorgestellt: Stressige, unsichere

Situationen lösen Angst und Unsicherheit aus, die Menschen dazu bewegen, die Sicherheit von Autoritäten zu suchen. Im Falle von Kindern bieten die Eltern Sicherheit und Schutz. Diese „autoritäre Reaktion“ wird in der Regel im Laufe des Sozialisationsprozesses überwunden. Manche Menschen lernen jedoch mit zunehmendem Alter keine anderen Bewältigungsstrategien für Stresssituationen, sondern bleiben autoritäre Persönlichkeiten. Darüber hinaus entwickeln sie in der Sozialisation spezifische Persönlichkeitsmerkmale, indem sie die Normen, Wertesysteme und Engstirnigkeit der Autoritätspersonen verinnerlichen. Sie kompensieren ihre Ängste durch Feindseligkeit – die typisch autoritäre Mischung aus Unterwürfigkeit und Feindseligkeit (und manchmal offener Aggressivität). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Oesterreichs Theorie unseren allgemeinen Annahmen nahekommt, indem sie auf typische Reaktionsmuster in Situationen individueller und sozialer Bedrohung und Unsicherheit hinweist.

Oesterreichs neues Konzept einer autoritären Persönlichkeit als psychologische Disposition (starres Verhalten, Abwehr von Unbekanntem, Unterwerfung und Feindseligkeit) ohne Items des Rechtsextremismus (um die Verwechslung von psychologischen und politischen Dimensionen zu vermeiden) wurde in mehreren empirischen Studien angewendet. Das neue Maß korrelierte stark mit Maßen des Rechtsextremismus (Nationalismus, Ablehnung von Ausländern, Rassismus, Verharmlosung von Naziverbrechen, Ruf nach einem starken Führer) (Oesterreich, 2005). Diese getrennten Messungen von rechtsextremen Einstellungen und psychologischem Autoritarismus sowie die sich daraus ergebenden Korrelationen zwischen beiden spiegeln sich in der Unterscheidung zwischen politischen Erscheinungsformen der radikalen Rechten und spezifischen psychologischen Syndromen in unserem Modell wider.

In ähnlicher Weise ging Stenner (2005, S. 13–14) davon aus, dass „Autoritarismus eine individuelle Veranlagung ist, bei der es um das angemessene Gleichgewicht zwischen Gruppenautorität und Einheitlichkeit einerseits und individueller Autonomie und Vielfalt andererseits geht“. Darüber hinaus schrieb sie über die *„autoritäre Dynamik“* als einen „Prozess, in dem eine dauerhafte individuelle Veranlagung mit sich verändernden Umweltbedingungen – insbesondere Bedingungen der ‚normativen Bedrohung‘ – interagiert, um manifeste Ausprägungen von Intoleranz hervorzubringen“.

Es bleiben einige Vorbehalte, wenn man den Blick vom rigiden Autoritarismus und Rechtsradikalismus auf die politische Rechte im Allgemeinen richtet. Analysen in 51 Ländern ergaben, dass Präferenzen für

Konformität, Sicherheit und Tradition nur unter bestimmten Bedingungen Präferenzen für die politische Rechte und rechtsgerichtete Einstellungen vorhersagten, zum Beispiel bei politisch engagierten Menschen in entwickelten Ländern, aber sie sagten auch linksgerichtete wirtschaftliche Einstellungen voraus, insbesondere in nicht-osteuropäischen Ländern. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass das Bedürfnis nach Sicherheit und Gewissheit zu kulturell konservativen, aber wirtschaftlich linken Präferenzen führen kann. Neben Persönlichkeitsmerkmalen beeinflusst auch der soziale Kontext politische Einstellungen (Malka et al., 2014).

Ein ähnliches Konstrukt, das als psychologisches Element des Rechtsradikalismus diskutiert wird, ist die *soziale Dominanzorientierung (SDO)*, die eine Vorliebe für Hierarchie und die Meinung über die Überlegenheit der eigenen Gruppe gegenüber anderen Gruppen beinhaltet (Sidanius & Pratto, 2001). Interessanterweise waren die in empirischen Studien gefundenen Beziehungen zwischen rechtem Autoritarismus und sozialer Dominanzorientierung nicht einheitlich: Es gab Befunde mit positiven, fast Null- und negativen Korrelationen zwischen beiden Maßen (Roccato & Ricolfi, 2005). Andere Forscher entdeckten hinter den beiden Konstrukten unterschiedliche Persönlichkeitsmerkmale: (1) *Autoritarismus* in Verbindung mit Unterwürfigkeit, starrem kognitiven Stil, Engstirnigkeit und der Überzeugung, dass die soziale Welt „gefährlich und bedrohlich" ist; (2) *soziale Dominanzorientierung* (vor allem bei Männern) in Verbindung mit reiner Dominanz, Mangel an Mitgefühl, Pflichtgefühl und Moral sowie der Überzeugung, dass die soziale Welt „wettbewerbsorientiert und mörderisch" ist (Heaven & Bucci, 2001; Perry et al., 2013). Die fremdenfeindliche Aggression autoritärer Personen wurde dadurch ausgelöst, dass sie die Weigerung von Einwanderern, sich der dominanten Kultur anzupassen, als Verstoß gegen die Konformität der eigenen Gruppe empfanden. Im Gegensatz dazu war die Aggression sozial dominanter Personen gegen Einwanderer durch die Befürchtung motiviert, dass bestehende Statusgrenzen zwischen Gruppen verwischt werden könnten (Thomsen et al., 2008).

Wichtige sozio-emotionale Funktionen von Eigengruppen bestehen darin, die *Bedürfnisse* der Mitglieder nach *Zugehörigkeit*, einem angenehmen *Gruppenklima* und *Zusammenhalt zu* erfüllen. Um entsprechende Emotionen, Dynamiken und Verhaltensweisen von Menschen und Gruppen von der populistischen bis zur extremen Rechten zu verstehen, ist es notwendig, geeignete Forschungsmethoden anzuwenden. Blee (2007) wies jedoch auf eine Voreingenommenheit der Forschung in diesem Bereich hin, indem er feststellte, dass viele Studien

eher die äußeren Bedingungen wie das wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Umfeld analysierten, die die Ideologien nähren, als die Dynamik der rechtsextremen Gruppen selbst. Solche Studien lieferten entscheidende Einblicke in die Bedingungen dieser Bewegungen, waren aber nicht in der Lage, das periodische Auftauchen der radikalen Rechten vollständig zu erklären, da solche Gruppen nicht auf der Makroebene geboren werden. Für ein umfassenderes Verständnis des Auftretens von Bewegungen muss man sich mit der *Mikromobilisierung* befassen, also mit der Frage, warum sich Menschen zu solchen Gruppen hingezogen fühlen. Menschen fühlen sich aus einer Vielzahl von Gründen zu rechtsradikalen Bewegungen hingezogen, die oft wenig mit politischer Ideologie zu tun haben, wie z. B. die Suche nach Gemeinschaft, Bestätigung der Männlichkeit und persönliche Loyalitäten. Um zu verstehen, warum rechtsradikale Gruppen in bestimmten sozioökonomischen Kontexten entstehen, müssen individuelle und kollektive Identitäten, die Art und Weise, wie Menschen eine Ideologie als Mittel zur Durchsetzung von Ansprüchen auf der Grundlage dieser Identitäten begreifen, und die Prozesse, durch die ideologische Gruppen Mitglieder und Anhänger rekrutieren, analysiert werden. Dies erfordert „interne" Studien zu rechtsextremen Bewegungen, d. h. ethnografische Forschung, die aufgrund von Zugangsproblemen nicht einfach ist (Blee, 2007, S. 120–121).

Blee und andere Forscher haben in Studien über verschiedene Gruppen der radikalen Rechten in mehreren Ländern festgestellt, dass solche Gruppen und Aktivisten heterogener sind, als ihre recht einheitliche öffentliche Ideologie vermuten lässt. Es wäre einfach anzunehmen, dass sich die öffentlichen Verlautbarungen der Wortführer in den Motivationen der Aktivisten und den Aktionen der Gruppen widerspiegeln. Aber das wäre zu einfach, denn Studien über Skinheads und Neonazi-Gruppen haben beispielsweise gezeigt, dass sie sich zu rechter Gewalt hingezogen fühlen, um ihre Männlichkeit und ihren Erwachsenenstatus zu bestätigen, aber auch um ihre rassistischen Privilegien zu sichern und das positive Klima und den Zusammenhalt einer Gruppe zu spüren. Darüber hinaus sind rechte Ideologien von außen betrachtet durch Gefühle der Feindseligkeit, Verfolgung und Wut gekennzeichnet. Aus der Nähe betrachtet gibt es jedoch auch Gefühle des Stolzes, der Belustigung, der Sinnlichkeit, der Akzeptanz und der Solidarität in der eigenen Gruppe. Das Marschieren in paramilitärischen Formationen und das Hören von *White-Power*-Musik ruft tiefe Emotionen und körperliche Resonanz hervor. Ein weiterer Unterschied zwischen dem Blick von außen und dem Blick von innen auf rassistische und rechte Gruppen könnte darin bestehen, dass solche

Gruppen von außen betrachtet in ihren Taktiken und Strategien recht einheitlich erscheinen. Aus der Nähe betrachtet ist die Situation jedoch komplexer, da viele Gruppen versuchen, die extremen Programme, die notwendig sind, um ihre Hardcore-Anhänger zu halten, durch gemäßigtere Taktiken auszugleichen, die eine breitere Basis von Interessenten und Wählern ansprechen können (Blee, 2007, S. 122–124; Eckert et al., 2000, S. 292–300; Gaßebner, 2003).

(b3) Während die Vorurteile auf der Ebene der Einstellungen bestehen bleiben, äußert sich die Feindseligkeit gegenüber Minderheiten und Fremden auch in der Unterstützung einer strafenden Ordnungspolitik gegenüber Ausländern und Normverletzern sowie in verbalen und physischen *Aggressionen* gegenüber diesen Gruppen *(Xenoktonie)*.

Aggression kann als „ein Ensemble von Mechanismen betrachtet werden, die sich im Laufe der Evolution herausgebildet haben, um sich selbst, Verwandte oder Freunde gegen andere durchzusetzen, Ressourcen zu gewinnen oder zu verteidigen (ultimate Ursachen), und zwar mit schädigenden Mitteln (…) Diese Mechanismen sind oft durch Emotionen wie Furcht, Frustration, Wut, Stress-, Dominanz- oder Lustgefühle (proximate Ursachen) motiviert" (Wahl & Metzner, 2012, S. 345). Manchmal dient aggressives Verhalten dem Stressabbau oder dem subjektiven Gefühl der Macht. Die Gewalt rechtsradikaler Personen richtet sich nicht nur gegen Ausländer und andere gesellschaftliche Minderheiten, sondern auch gegen politisch links stehende Personen.

Aggressivität gegen ethnische Fremde ist ansteckend: Interethnische Konflikte eskalieren oft schnell, vor allem, wenn sie durch Gruppenzwang angeheizt werden. In einem Experiment an Schulen in der Ostslowakei wurde das Verhalten von Jugendlichen gegenüber Roma, der größten ethnischen Minderheitengruppe in Europa, untersucht. Nach der Beobachtung von destruktivem oder friedlichem Verhalten von Gleichaltrigen bei der gleichen Aufgabe war die Anfälligkeit der Probanden, destruktivem Verhalten zu folgen, mehr als doppelt so hoch, wenn sich der Schaden gegen Roma und nicht gegen andere ethnische Gruppen richtete. Mit anderen Worten: Die Diskriminierung der ethnischen Minderheit entstand, wenn die Teilnehmer die Feindseligkeit von Mitschülern beobachteten (Bauer et al., 2018).

Es gibt eine Debatte über die Frage, ob Autoritarismus mit Aggressivität korreliert ist. Oesterreich (2005) beschrieb die autoritäre Reaktion in erster Linie als eine Flucht in die Sicherheit ohne offene Aggression, aber solche Persönlichkeiten können aggressiv werden, wenn ihre Autoritäten dies befehlen oder wenn Autoritäten selbst angegriffen

werden. In der empirischen Forschung wurde jedenfalls ein Zusammenhang zwischen rechtsautoritären Einstellungen und Aggressivität festgestellt (Benjamin, 2006; Colémont et al., 2011; Mavor et al., 2010).

Abgesehen von solchen Korrelationen ist es fraglich, ob Ideologie Aggression motiviert oder umgekehrt. In der individuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen geht die Aggressivität der politischen Einstellung voraus. Studien ergaben, dass fremdenfeindliche Jugendliche (gewalttätig gegen Einwanderer) und rechtsextreme Gewalttäter oft schon im Kindergarten Aggressivität zeigten und mehr als die Hälfte von ihnen wegen ihrer allgemeinen Gewalttätigkeit von der Schule suspendiert wurde. Rassistische, fremdenfeindliche und andere rechtsextreme politische Einstellungen entwickelten sich erst später im Kindes- und Jugendalter und dienten als subjektive Rationalisierung und Legitimation für ihre Aggressivität (Peucker et al., 2003; Wahl, 2002a, 2003; Wahl et al., 2001). Der Vorrang der Aggression vor der Ideologie wird auch durch Daten aus den Vereinigten Staaten belegt, wo rechtsextreme Gruppen mit größerer Wahrscheinlichkeit Gewalt anwenden, wenn sie zuvor an Gewalt beteiligt waren (Asal et al., 2016).

(b4) Neurowissenschaftler untersuchten die *neuronalen Korrelate* (Gehirnstrukturen und -prozesse) von psychologischen Schlüsselsyndromen und -mechanismen, die mit rechtsgerichteten Einstellungen in Verbindung stehen. Sie fanden heraus, dass *politische Präferenzen* (liberal vs. konservativ) mit neurokognitiven Prozessen für den Umgang mit neuen und unerwarteten Informationen verknüpft sind, was durch Aktivitäten des anterioren cingulären Cortex (ACC) angezeigt wird. Ein größeres ACC-Volumen wurde mit weniger Konservatismus und mehr Liberalismus in Verbindung gebracht, ein größeres Volumen der rechten Amygdala mit mehr Konservatismus. Da der ACC mit dem Umgang mit Konflikten und die Amygdala mit Reaktionen auf Bedrohungen in Verbindung stehen, scheint die politische Ideologie mit grundlegenden neurokognitiven Orientierungen gegenüber Unsicherheit und Bedrohung verbunden zu sein. Die Richtung der Kausalität ist jedoch nicht eindeutig; Unterschiede in der Hirnaktivität könnten zu ideologischen Unterschieden führen, oder das Bekenntnis zu verschiedenen Ideologien könnte zu Unterschieden in der Hirnstruktur und -funktion führen (Jost & Amodio, 2012; Weissflog et al., 2013).

Was den *Autoritarismus* betrifft, so deuten Forschungsergebnisse auf eine wichtige Rolle des präfrontalen Cortex (PFC) hin, eines Teils des Gehirns, der für die Bewertung und das Anzweifeln von Überzeugungen

entscheidend ist. Eine Schädigung dieses Teils könnte zu einem „Zweifel-Defizit“ führen. Patienten mit einer Schädigung des ventromedialen präfrontalen Cortex (vmPFC) berichteten über ein höheres Maß an Autoritarismus und religiösem Fundamentalismus als neurologische Vergleichspatienten mit einer Schädigung außerhalb des vmPFC und medizinische Vergleichspatienten, die ein lebensbedrohliches, nicht-neurologisches medizinisches Ereignis erlebt hatten. Es gibt also Hinweise darauf, dass der vmPFC für die Widerstandsfähigkeit gegenüber autoritärer Überzeugung entscheidend ist. Dies steht im Einklang damit, dass der PFC bei Kindern im Vergleich zu anderen Hirnregionen unterentwickelt ist, was bedeutet, dass Kinder leichtgläubig und unkritisch sind (Asp et al., 2012).

Die soziale Dominanzorientierung (SDO) variierte in Abhängigkeit von den neuronalen Reaktionen in der linken anterioren Insula und dem anterioren cingulären Cortex (ACC). Diese Hirnregionen werden mit der Fähigkeit in Verbindung gebracht, den Schmerz anderer zu teilen und mit ihnen mitzufühlen (Chiao, 2010; Chiao et al., 2009).

Die sozialen Neurowissenschaften haben auch die neuronalen Korrelate von *Nationalismus* (positive Bewertung der eigenen Nation unter Abwertung anderer Nationen) und *Patriotismus* (Stolz auf die eigene Nation, unabhängig von Vergleichen mit anderen Nationen) untersucht. In einer japanischen Studie wurde festgestellt, dass ein höherer Nationalismus mit einer größeren Dichte grauer Substanz (rGMD) in Bereichen des hinteren cingulären Cortex (der auch mit weniger Mitgefühl verbunden ist) und im orbitofrontalen Cortex (der auch mit Überlegenheitsgefühlen verbunden ist) sowie mit einer geringeren rGMD im rechten Amygdala-Bereich einhergeht. Höherer Patriotismus war mit einer geringeren rGMD im rostrolateralen präfrontalen Cortex verbunden (ebenfalls mit Lebensqualität assoziiert). Für die Forscher deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass individueller Nationalismus durch neurokognitive Mechanismen in sozialbezogenen Bereichen und limbischen neuronalen Mechanismen vermittelt werden kann, während Patriotismus durch neurokognitive Mechanismen in Bereichen vermittelt werden kann, die mit dem Wohlbefinden zusammenhängen (Takeuchi et al., 2016).

Anstatt Probanden zu bitten, explizite vorurteilsbezogene Urteile abzugeben (mit dem Risiko der sozialen Erwünschtheit), bietet die Messung ereigniskorrelierter Hirnpotenziale (ERP) mittels Elektroenzephalografie (EEG) Erkenntnisse über implizite Vorurteile. So wurden beispielsweise Gesichter von Mitgliedern der Eigengruppe und der Fremdgruppe innerhalb der ersten hundert Millisekunden der Wahrnehmung unterschiedlich verarbeitet, ein vorbewusster Indikator für

automatische soziale Kategorisierung (Ito, 2013). Emotionale und kognitive Prozesse von Vorurteilen wurden als physiologische, unbewusste und affektive Reaktionen auf die Wahrnehmung von Bedrohungen beschrieben, die Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft zugeschrieben werden (Scheepers et al., 2013).

Entgegen vieler philosophischer und politischer Annahmen, dass Kognitionen Emotionen und Verhalten kontrollieren, hat die Hirnforschung ein „Primat des Affekts“ (Zajonc, 1984) oder der Emotionen in Bezug auf Kognitionen festgestellt. Gehirnzentren für kognitive Prozesse wie der dorsolaterale präfrontale Cortex (dlPFC) haben keinen direkten Einfluss auf limbische Zentren, die mit Emotionen und Verhaltenskontrolle verbunden sind (wie Nucleus accumbens, Amygdala und Hypothalamus). Im Gegenteil, diese limbischen Zentren haben einen starken Einfluss auf den dlPFC (Roth & Strüber, 2014, S. 377–378). Dies ist wichtig, um die Prozesse und Auswirkungen politisch relevanter Emotionen zu verstehen, wie etwa die Furcht vor Bedrohungen durch Einwanderung oder sozialen Wandel, die Schlüsselthemen rechtsradikaler Ideologien. Das limbische System, einschließlich der Amygdala, ist ein wichtiges Gehirnnetzwerk für die Verarbeitung von Furcht und anderen Emotionen sowie für die Motivation von Verhalten (Roth & Strüber, 2014, S. 92). Neuroimaging-Studien haben ergeben, dass die Amygdala an angeborener und erlernter Furcht beteiligt ist und Furcht- und Verteidigungsreaktionen miteinander verbindet (LeDoux, 2003), sowie an rassenbezogenen Aktivitäten (Reaktionen auf Gesichter der Fremdgruppe und der Eigengruppe) und mit rassistischen Einstellungen korreliert (Hart et al., 2000; Phelps et al., 2000). Einige Forscher bestreiten jedoch die Interpretation, dass die Amygdala-Aktivität per se eine rassistische Voreingenommenheit widerspiegelt. Sie argumentieren, dass negative, kulturell erlernte Assoziationen zwischen bestimmten Personen (z. B. schwarzen Männern) und potenziellen Bedrohungen das beobachtete Muster der Amygdala-Aktivität besser erklären (Chekroud et al., 2014). Andere Studien deuten darauf hin, dass die Amygdala-Aktivierung möglicherweise nicht die Unterscheidung zwischen Eigengruppe und Fremdgruppe per se darstellt, sondern auch von normverletzenden Mitgliedern der Eigengruppe ausgelöst werden könnte und gemeinsame genetische Einflüsse auf Normeinhaltung und Favorisierung der Eigengruppe widerspiegeln könnte (Lewis & Bates, 2014; Schreiber & Iacoboni, 2012).

Der Zusammenhang zwischen Bedrohung und Vorurteil wird durch Cortisol ermöglicht, eine Stressreaktion und der Endpunkt der Hypothalamus-Hypophysen-Nebennieren-Achse (HPA). Wenn Menschen

eine Interaktion mit einem Mitglied einer fremden Gruppe erwarten, das ihnen nicht ähnlich ist, sagt ihre Cortisolreaktion subtile und offensichtliche Vorurteile signifikant voraus (Bijleveld et al., 2012).

Wie die Erscheinungsformen der radikalen Rechten schwanken auch die spezifischen psychologischen Syndrome im Laufe der Zeit. Langfristig, d. h. über Jahrzehnte hinweg, deuten die Daten für einige westeuropäische Länder auf einen Rückgang von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus hin, was vielleicht auf ein besseres Bildungsniveau, neue, tolerantere Generationen usw. zurückzuführen ist (Heitmeyer, 2012; Roux, 2006; Zick et al., 2016). Andererseits haben in einigen europäischen Ländern einwandererfeindliche Gefühle und Gewalt zugenommen (Checa Olmos & Arjona Garrido, 2013), und es gibt in vielen Teilen der Welt neue Syndrome von Feindseligkeit und rechtsradikaler Ideologie wie die Islamophobie, die nach dem 11. September 2001 (Ogan et al., 2014) und nach dem Zustrom von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Einwanderern aus Afrika nach Europa um das Jahr 2015 herum (Pew Research Center, 2016) rasch zunahm.

Literatur

Aarøe, L., Osmundsen, M., & Petersen, M. B. (2016). Distrust as a disease avoidance strategy: Individual differences in disgust sensitivity regulate generalized social trust. *Frontiers in Psychology, 7*, 1038. https://doi.org/10.3389/fpsyg.2016.01038
Crossref

Adorno, Th. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J., & Sanford, N. (1950). *The authoritarian personality*. Harper and Row.

Aichholzer, J., & Zandonella, M. (2016). Psychological bases of support for radical right parties. *Personality and Individual Differences, 96*, 185–190.

Altemeyer, B. (1981). *Right-wing authoritarianism*. University of Manitoba Press.

Archer, J. (1988). *The behavioural biology of aggression*. Cambridge University Press.

Asal, V., Chermak, S. M., Fitzgerald, S., & Freilich, J. D. (2016). Organizational-level characteristics in right-wing extremist groups in the United States over time. *Criminal Justice Review, 1–17*. https://doi.org/10.1177/0734016815626970

Asendorpf, J. B., & Neyer, F. J. (2012). *Psychologie der Persönlichkeit*. Springer.

Asp, E., Ramchandran, K., & Tranel, D. (2012). Authoritarianism, religious fundamentalism, and the human prefrontal cortex. *Neuropsychology, 26*(4), 414–421.

Bacchetta, P., & Power, M. (2002). Introduction. In P. Bacchetta & M. Power

(Hrsg.), *Right-wing women: From conservatives to extremists around the world* (S. 1–18). Routledge.
Ballew, C. C., & Todorov, A. (2007). Predicting political elections from rapid and unreflective face judgments. *Proceedings of the National Academy of Sciences, 104*(46), 17948–17953.
Barbarino, M. L., & Stürmer, S. (2016). Different origins of xenophile and xenophobic orientations in human personality structure: A theoretical perspective and some preliminary findings. *Journal of Social Issues, 72*(3), 432–449.
Bauer, M., Cahlíková, J., Chytilová, J., & Želinský, T. (2018). Social contagion of ethnic hostility. *Proceedings of the National Academy of Sciences, 115*(19), 4881–4886.
Bell, D. (1955). Interpretations of American politics. In D. Bell (Hrsg.), *The new American right* (S. 3–32). Criterion Books.
Benjamin, A. J. (2006). The relationship between right-wing authoritarianism and attitudes toward violence: Further validation of the attitudes toward violence scale. *Social Behavior and Personality: An International Journal, 34*(8), 923–926.
Bijleveld, E., Scheepers, D., & Ellemers, N. (2012). The cortisol response to anticipated intergroup interactions predicts self-reported prejudice. *PLoS One, 7*(3), e33681. https://doi.org/10.1371/journal.pone.0033681
Crossref
Bischof, N. (2012). *Moral. Ihre Natur, ihre Dynamik und ihr Schatten*. Böhlau.
Bizumic, B., & Duckitt, J. (2012). What is and is not ethnocentrism? A conceptual analysis and political implications. *Political Psychology, 33*(6), 887–909.
Blee, K. M. (2007). Ethnographies of the far right. *Journal of Contemporary Ethnography, 36*(2), 119–128.
Blinder, S., Ford, R., & Ivarsflaten, E. (2013). The better angels of our nature: How the antiprejudice norm affects policy and party preferences in Great Britain and Germany. *American Journal of Political Science, 57*(4), 841–857.
Bolsonaro, J. M. (2019, January 1). Confira a íntegra do pronunciamento do presidente Jair Bolsonaro. *O Globo Brasil*. https://oglobo.globo.com/brasil/confira-integra-do-pronunciamento-do-presidente-jair-bolsonaro-23339577. Zugegriffen am 08.03.2019.
Bühl, W. L. (1982). *Struktur und Dynamik des menschlichen Sozialverhaltens*. Mohr.
Bühl, W. L. (1987). Zum Aufbau und zur Dynamik der Gefühle: Versuch einer katastrophentheoretischen Darstellung. In R. Schumann & F. Stimmer (Hrsg.), *Soziologie der Gefühle* (S. 106–138). Sozialforschungsinstitut München.
Cashdan, E. (2001). Ethnocentrism and xenophobia: A cross-cultural study. *Current Anthropology, 42*(5), 760–764.
Castelli Gattinara, P., & Pirro, A. L. P. (2018). The far right as social movement. *European Societies*. https://doi.org/10.1080/14616696.2018.1494301
Checa Olmos, J. C., & Arjona Garrido, Á. (2013). Los inmigrantes vistos por los españoles. Entre la amenaza y la competencia (1997–2007). *Revista de Estudios Sociales, 47*, 118–132.

Chekroud, A. M., Everett, J. A., Bridge, H., & Hewstone, M. (2014). A review of neuroimaging studies of race-related prejudice: Does amygdala response reflect threat? *Frontiers in Human Neuroscience, 8*. https://doi.org/10.3389/fnhum.2014.00179
Chiao, J. Y. (2010). Neural basis of social status hierarchy across species. *Current Opinion in Neurobiology, 20*(6), 803–809.
Chiao, J. Y., Mathur, V. A., Harada, T., & Lipke, T. (2009). Neural basis of preference for human social hierarchy versus egalitarianism. *Annals of the New York Academy of Sciences, 1167*(1), 174–181.
Clarke, K. A., & Primo, D. M. (2012). *A model discipline: Political science and the logic of representations*. Oxford University Press.
Cliquet, R. (2010). *Biosocial interactions in modernisation*. Masaryk University Press.
Colémont, A., Van Hiel, A., & Cornelis, I. (2011). Five-factor model personality dimensions and right-wing attitudes: Psychological bases of punitive attitudes? *Personality and Individual Differences, 50*(4), 486–491.
Crouch, C. (2016). The March towards post-democracy, ten years on. *The Political Quarterly, 87*(1), 71–75.
Duckitt, J. (1989). Authoritarianism and group identification: A new view of an old construct. *Political Psychology, 10*(1), 63–84.
Duckitt, J., & Bizumic, B. (2013). Multidimensionality of right-wing authoritarian attitudes: Authoritarianism-conservatism-traditionalism. *Political Psychology, 34*(6), 841–862.
Eckert, R., Reis, C., & Wetzstein, T. A. (2000). *„Ich will halt anders sein wie die anderen!" Abgrenzung, Gewalt und Kreativität bei Gruppen Jugendlicher*. Leske + Budrich.
Eibl-Eibesfeldt, I. (1998). Us and the others. The familial roots of ethnonationalism. In I. Eibl-Eibesfeldt & F. K. Salter (Hrsg.), *Indoctrinability, ideology, and warfare: Evolutionary perspectives* (S. 21–53). Berghahn.
Fatke, M. (2019). The personality of populists: How the Big Five traits relate to populist attitudes. *Personality and Individual Differences, 139*, 138–151.
Freud, A. (1993). *The ego and the mechanisms of defence*. Karnac.
Freud, S., & Strachey, J. E. (1964). *The standard edition of the complete psychological works of Sigmund Freud*. Hogarth.
Gaßebner, M. (2003). Gruppen, Szenen, Parteien. In K. Wahl (Hrsg.), *Skinheads, Neonazis, Mitläufer* (S. 174–197). Leske + Budrich.
Gubler, H., & Bischof, N. (1991). A systems theory perspective. In M. E. Lamb & H. Keller (Hrsg.), *Infant development: Perspectives from German-speaking countries* (S. 35–66). Erlbaum.
Hart, A. J., Whalen, P. J., Shin, L. M., McInerney, S. C., Fischer, H., & Rauch, S. L. (2000). Differential response in the human amygdala to racial outgroup vs ingroup face stimuli. *Neuroreport, 11*, 2351–2355.
Hassin, R. R., Ferguson, M. J., Shidlovski, D., & Gross, T. (2007). Subliminal exposure to national flags affects political thought and behavior. *Proceedings of the*

National Academy of Sciences, 104(50), 19757–19761.
Hatemi, P. K., McDermott, R., Eaves, L. J., Kendler, K. S., & Neale, M. C. (2013). Fear as a disposition and an emotional state: A genetic and environmental approach to out-group political preferences. *American Journal of Political Science, 57*(2), 279–293.
Heaven, P. C., & Bucci, S. (2001). Right-wing authoritarianism, social dominance orientation and personality: An analysis using the IPIP measure. *European Journal of Personality, 15*(1), 49–56.
Heitmeyer, W. (Hrsg.). (2012). *Deutsche Zustände* (Bd. 10). Suhrkamp.
Helminen, V. K. (2018). *Fear and anxiety as predictors of political attitudes: A prospective cohort study*. Master's thesis, University of Helsinki. https://helda.helsinki.fi/bitstream/handle/10138/235795/pro_gradu_Helminen_Vilja.pdf?sequence=2&isAllowed=y. Zugegriffen am 08.03.2019.
Horkheimer, M. (Hrsg.). (1936). *Studien über Autorität und Familie. Schriften des Instituts für Sozialforschung*. Alcan.
Ito, T. A. (2013). Imaging the pictures in our heads. Using ERPs to inform our understanding of social categorization. In B. Derks, D. Scheepers & N. Ellemers (Hrsg.), *The neuroscience of prejudice and intergroup relations* (S. 25–44). Psychology Press.
Jost, J. T., & Amodio, D. M. (2012). Political ideology as motivated social cognition: Behavioral and neuroscientific evidence. *Motivation and Emotion, 36*(1), 55–64.
Jost, J. T., Federico, C. M., & Napier, J. L. (2013). Political ideologies and their social psychological functions. In M. Freeden, L. T. Sargent & M. Stears (Hrsg.), *The Oxford handbook of political ideologies* (S. 232–250). Oxford University Press.
Kitschelt, H., & McGann, A. J. (1995). *The radical right in Western Europe. A comparative analysis*. The University of Michigan Press.
Krekó, P. (2015). Conspiracy theory as collective motivated cognition. In M. Bilewicz, A. Cichocka & W. Soral (Hrsg.), *The psychology of conspiracy* (S. 62–76). Routledge.
Kurth, C. (2016). Anxiety, normative uncertainty, and social regulation. *Biology and Philosophy, 31*(1), 1–21.
Le Pen, M. (2016, November 21). CNBC transcript: French presidential candidate & National Front party leader Marine Le Pen speaks with CNBC's Michelle Caruso-Cabrera today. *CNBC News Releases*. http://www.cnbc.com/2016/11/21/cnbc-transcript-french-presidential-candidate-national-front-party-leader-marine-le-pen-speaks-with-cnbcs-michelle-caruso-cabrera-today.html. Zugegriffen am 08.03.2019.
LeDoux, J. (2003). The emotional brain, fear, and the amygdala. *Cellular and Molecular Neurobiology, 23*(4–5), 727–738.
LeDoux, J. E. (2012). Evolution of human emotion: A view through fear. *Progress in Brain Research, 195*, 431–442.
Levinson, D. J. (1950). Political-economic ideology and group memberships in relation to ethnocentrism. In Th. W. Adorno, E. Frenkel-Brunswik, D. J. Levinson

& N. Sanford (Hrsg.), *The authoritarian personality* (S. 151–207). Harper and Row.
Lewis, G. J., & Bates, T. C. (2014). Common heritable effects underpin concerns over norm maintenance and in-group favoritism: Evidence from genetic analyses of right-wing authoritarianism and traditionalism. *Journal of Personality, 2*(4), 297–309.
Macrae, C. N., Bodenhausen, G. V., Milne, A. B., & Jetten, J. (1994). Out of mind but back in sight: Stereotypes on the rebound. *Journal of Personality and Social Psychology, 67*(5), 808–817.
Malka, A., Soto, C. J., Inzlicht, M., & Lelkes, Y. (2014). Do needs for security and certainty predict cultural and economic conservatism? A cross-national analysis. *Journal of Personality and Social Psychology, 106*(6), 1031–1051.
Mavor, K. I., Louis, W. R., & Sibley, C. G. (2010). A bias-corrected exploratory and confirmatory factor analysis of right-wing authoritarianism: Support for a three-factor structure. *Personality and Individual Differences, 48*(1), 28–33.
Minkenberg, M. (2013). From pariah to policy-maker? The radical right in Europe, West and East: Between margin and mainstream. *Journal of Contemporary European Studies, 21*(1), 5–24.
Misago, J. P., Freemantle, I., & Landau, L. B. (2015). *Protection from xenophobia: An evaluation of UNHCR's regional office for southern Africa xenophobia related programmes*. UNHCR. http://www.unhcr.org/55cb153f9.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Moskowitz, G. B., & Ignarri, C. (2009). Implicit volition and stereotype control. *European Review of Social Psychology, 20*(1), 97–145.
Mouffe, C. (2014, May 2). Populism is a necessity. Interview. *The European*. http://www.theeuropean-magazine.com/chantal-mouffe%2D%2D4/8420-why-the-eu-needs-populism. Zugegriffen am 08.03.2019.
Muis, J., & Immerzeel, T. (2017). Causes and consequences of the rise of populist radical right parties and movements in Europe. *Current Sociology, 65*(6), 909–930.
Nussbaum, M. C. (2013). *Political emotions*. Cambridge, MA.
Oesterreich, D. (2005). Flight into security: A new approach and measure of the authoritarian personality. *Political Psychology, 26*(2), 275–298.
Ogan, C., Willnat, L., Pennington, R., & Bashir, M. (2014). The rise of anti-Muslim prejudice: Media and Islamophobia in Europe and the United States. *International Communication Gazette, 76*(1), 27–46.
Orbán, V. (2016, December 12). *Prime Minister Viktor Orbán's speech at the ceremonial swearing-in of new border guards*. Website of the Hungarian Government. http://www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-the-ceremonial-swearing-in-of-new-border-guards. Zugegriffen am 08.03.2019.
Parsons, T., & Shils, E. A. (Hrsg.). (1962). *Toward a general theory of action*. Harvard University Press.
Passini, S. (2008). Exploring the multidimensional facets of authoritarianism: Authoritarian aggression and social dominance orientation. *Swiss Journal of*

Psychology, 67(1), 51–60.
Perry, R., Sibley, C. G., & Duckitt, J. (2013). Dangerous and competitive worldviews: A meta-analysis of their associations with social dominance orientation and right-wing authoritarianism. *Journal of Research in Personality, 47*(1), 116–127.
Peucker, C., Gaßebner, M., & Wahl, K. (2003). Die Sicht der Polizei: Strukturanalyse fremdenfeindlicher, rechtsextremer und antisemitischer Tatverdächtiger. In K. Wahl (Hrsg.), *Skinheads, Neonazis, Mitläufer* (S. 207–258). Leske + Budrich.
Pew Research Center. (2016, September 16). *European opinions of the refugee crisis in 5 charts*. Washington, DC. http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/09/16/european-opinions-of-the-refugee-crisis-in-5-charts/. Zugegriffen am 08.03.2019.
Phelps, E. A., O'Connor, K. J., Cunningham, W. A., Funayama, E. S., Gatenby, J. C., Gore, J. C., & Banaji, M. R. (2000). Performance on indirect measures of race evaluation predicts amygdala activation. *Journal of Cognitive Neuroscience, 12*, 729–738.
van Prooijen, J.-W., Krouwel, A. P., & Pollet, T. V. (2015). Political extremism predicts belief in conspiracy theories. *Social Psychological and Personality Science*. https://doi.org/10.1177/1948550614567356
Reich, W. (1933). *Massenpsychologie des Faschismus. Zur Sexualökonomie der politischen Reaktion und zur proletarischen Sexualpolitik*. Verlag für Sexualpolitik.
Roccato, M., & Ricolfi, L. (2005). On the correlation between right-wing authoritarianism and social dominance orientation. *Basic and Applied Social Psychology, 27*(3), 187–200.
Rokeach, M. (1960). *The open and closed mind*. Basic Books.
Rosenthal, L., & Trost, C. (2012). Introduction: The rise of the Tea Party. In L. Rosenthal & C. Trost (Hrsg.), *Steep: The precipitous rise of the Tea Party* (S. 1–22). University of California Press.
Roth, G., & Strüber, N. (2014). *Wie das Gehirn die Seele macht*. Klett-Cotta.
Roux, G. (2006). Quelle évolution de la xénophobie en France? *Futuribles, 319*, 19–42.
Rovny, J. (2013). Where do radical right parties stand? Position blurring in multidimensional competition. *European Political Science Review, 5*(01), 1–26.
Schachter, S. (1959). *The psychology of affiliation: Experimental studies of the sources of gregariousness*. Stanford University Press.
Schaller, M., & Neuberg, S. L. (2008). Intergroup prejudices and intergroup conflicts. In C. Crawford & D. Krebs (Hrsg.), *Foundations of evolutionary psychology* (S. 401–414). Taylor & Francis.
Scheepers, D., Ellemers, N., & Derks, B. (2013). The "nature" of prejudice. In B. Derks, D. Scheepers & N. Ellemers (Hrsg.), *The neuroscience of prejudice and intergroup relations* (S. 1–21). Psychology Press.
Schellenberg, B. (2012). Rechtsradikale Erscheinungen in Ost- und Westeuropa. *Ost-West Europäische Perspektiven, 3*, 170–179.

Schemer, C., Wirth, W., & Matthes, J. (2012). Value resonance and value framing effects on voting intentions in direct-democratic campaigns. *American Behavioral Scientist, 56*(3), 334–352.
Schreiber, D., & Iacoboni, M. (2012). Huxtables on the brain: An fMRI study of race and norm violation. *Political Psychology, 33*, 313–330.
Sibley, C. G., & Barlow, F. K. (2017). An introduction to the psychology of prejudice. In C. G. Sibley & F. K. Barlow (Hrsg.), *The Cambridge handbook of the psychology of prejudice* (S. 3–20). Cambridge University Press.
Sidanius, J., & Pratto, F. (2001). *Social dominance: An intergroup theory of social hierarchy and oppression*. Cambridge University Press.
Spanovic, M., Lickel, B., Denson, T. F., & Petrovic, N. (2010). Fear and anger as predictors of motivation for intergroup aggression: Evidence from Serbia and Republika Srpska. *Group Processes & Intergroup Relations, 13*(6), 725–739.
Steffens, G. (2011). Völkische Homogenität als regressive Utopie – Sarrazins antihumanistischer Politikentwurf. *Jahrbuch für Pädagogik, 2011*(1), 175–191.
Stenner, K. (2005). *The authoritarian dynamic*. Cambridge University Press.
Sumner, W. G. (2002 [1907]). *Folkways: A study of mores, manners, customs and morals*. Dover.
Suthammanont, C., Peterson, D. A., Owens, C. T., & Leighley, J. E. (2010). Taking threat seriously: Prejudice, principle, and attitudes toward racial policies. *Political Behavior, 32*(2), 231–253.
Takeuchi, H., Taki, Y., Sekiguchi, A., Nouchi, R., Kotozaki, Y., Nakagawa, S., et al. (2016). Differences in gray matter structure correlated to nationalism and patriotism. *Scientific Reports, 6*, 29912. https://www.nature.com/articles/srep29912. Zugegriffen am 08.03.2019.
Talaska, C. A., Fiske, S. T., & Chaiken, S. (2008). Legitimating racial discrimination: Emotions, not beliefs, best predict discrimination in a meta-analysis. *Social Justice Research, 21*(3), 263–296.
Thomas, W. I., & Thomas, D. S. (1928). *The child in America. Behavior problems and programs*. Knopf.
Thomsen, L., Green, E. G. T., & Sidanius, J. (2008). We will hunt them down: How social dominance orientation and right-wing authoritarianism fuel ethnic persecution of immigrants in fundamentally different ways. *Journal of Experimental Social Psychology, 44*, 1455–1464.
Trump, D. J. (2017, January 20). *The inaugural address*. The White House. https://www.politico.com/story/2017/01/full-text-donald-trump-inauguration-speech-transcript-233907. Zugegriffen am 11.07.2022.
Tusche, A., Kahnt, T., Wisniewski, D., & Haynes, J. D. (2013). Automatic processing of political preferences in the human brain. *NeuroImage, 72*, 174–182.
van der Veer, K., Ommundsen, R., Yakushko, O., Higler, L., Woelders, S., & Hagen, K. A. (2013). Psychometrically and qualitatively validating a cross-national cumulative measure of fear-based xenophobia. *Quality & Quantity, 47*(3), 1429–1444.
Wahl, K. (2000). *Kritik der soziologischen Vernunft. Sondierungen zu einer*

Tiefensoziologie. Velbrück Wissenschaft.
Wahl, K. (2002a). Development of xenophobia and aggression. *International Journal of Comparative and Applied Criminal Justice, 26*(2), 247–256.
Wahl, K. (2002b). Враждебността към чуждия–изследователски резултати от дълбинна социологическа перспектива. (Xenophobia – Results of research in the perspective of depth sociology). *Социологически проблеми (Sociological Problems), 34*(1+2), 241–255.
Wahl, K. (Hrsg.). (2003). *Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention*. Leske + Budrich.
Wahl, K. (2015). *Wie kommt die Moral in den Kopf? Von der Werteerziehung zur Persönlichkeitsförderung*. Springer Spektrum.
Wahl, K., & Metzner, C. (2012). Parental influences on the prevalence and development of child aggressiveness. *Journal of Child and Family Studies, 21*(2), 344–355.
Wahl, K., Honig, M.-S., & Gravenhorst, L. (1982). *Wissenschaftlichkeit und Interessen. Zur Herstellung subjektivitätsorientierter Sozialforschung*. Suhrkamp.
Wahl, K., Tramitz, C., & Blumtritt, J. (2001). *Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen. Eine interdisziplinäre Untersuchung*. Leske + Budrich.
Weissflog, M., Choma, B. L., Dywan, J., van Noordt, S. J., & Segalowitz, S. J. (2013). The political (and physiological) divide: Political orientation, performance monitoring, and the anterior cingulate response. *Social Neuroscience, 8*(5), 434–447.
Werts, H., Scheepers, P., & Lubbers, M. (2013). Euro-scepticism and radical right-wing voting in Europe, 2002–2008: Social cleavages, socio-political attitudes and contextual characteristics determining voting for the radical right. *European Union Politics, 14*(2), 183–205.
Wilders, G. (2015, June 13). *Speech at Bornholm Denmark*. https://www.pvv.nl/index.php/36-fj-related/geert-wilders/8411-speech-geert-wilders-bornholm-danmark-june-13-2015.html. Zugegriffen am 08.03.2019.
Wodak, R. (2015). *The politics of fear: What right-wing populist discourses mean*. Sage.
Zajonc, R. B. (1984). On the primacy of affect. *American Psychologist, 39*(2), 117–123.
Zick, A., Wolf, C., Küpper, B., Davidov, E., Schmidt, P., & Heitmeyer, W. (2008). The syndrome of group-focused enmity. The interrelation of prejudices tested with multiple cross-sectional and panel data. *Journal of Social Issues, 64*(2), 363–383.
Zick, A., Krause, D., Berghan, W., & Küpper, B. (2016). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2016. In A. Zick, B. Küpper & D. Krause (Hrsg.), *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016* (S. 33–81). Dietz.

K. Wahl*Die Radikale Rechte*
https://doi.org/10.1007/978-3-031-23577-1_3

3. Psychologische und biologische Faktoren: Von der Persönlichkeit zurück zur Evolution

Klaus Wahl[1]

(1)
Psychosoziale Analysen und Prävention – Informations-System (PAPIS), München, Deutschland

Die psychologischen Schlüsselsyndrome, -eigenschaften, -mechanismen und -verhaltensweisen, die mit der radikalen Rechten in Verbindung gebracht werden, wie Autoritarismus oder Fremdenfeindlichkeit, hängen, wie soeben beschrieben, von zwei interagierenden Strängen kausaler und katalytischer Faktoren ab: Der erste Strang, allgemeinere psychologische und biologische Faktoren, beginnt mit *Geschlecht* und *Persönlichkeitsmerkmalen* (z. B. Temperament), Wahrnehmung und Reaktionsmustern mit ihren neuronalen Korrelaten. Darauf folgen andere unmittelbare Ursachen wie *Persönlichkeitsentwicklung, Sozialisation, genetische und epigenetische Einflüsse* auf die Persönlichkeit und schließlich *evolutionäre Mechanismen* (z. B. das Verhalten gegenüber Fremden) als Letztursachen im biologischen Sinne.

3.1 Geschlecht, Persönlichkeit, Wahrnehmungs- und

Reaktionsmuster (c)

Interdisziplinären empirischen Studien zufolge sind die psychologischen Schlüsselsyndrome, Merkmale, Mechanismen und Verhaltensweisen, die der radikalen Rechten zugrunde liegen, in eine Reihe allgemeinerer psychologischer Variablen und ihrer neuronalen Korrelate eingebettet:

(c1) Der Einfluss des *Geschlechts* auf rechtsradikale Einstellungen liegt an der Schnittstelle zwischen biologischen (sex) und soziologischen (gender) Faktoren, die von verschiedenen Wissenschaften untersucht werden. *Männer*, nicht Frauen, sind überrepräsentiert und spielen in vielen Bereichen der radikalen Rechten eine dominante Rolle, von der Christlichen Rechten in den Vereinigten Staaten (Green et al., 2003) bis zur rechtsextremen Wählerschaft in Westeuropa (van der Brug & Fennema, 2007; Frindte et al., 2016, S. 39; Lubbers et al., 2002; Oesch, 2008) und zu rechtsextremen Tätern (Wahl, 2003). Es gibt mehrere Hypothesen zur Erklärung dieser Unterschiede. Eine kanadische Studie über die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Rechtspopulismus ergab, dass Politikverdrossenheit für Männer ein wichtigeres Kriterium war als für Frauen. Daher unterstützten Männer häufiger die *Canadian Alliance*, eine kurzlebige radikal-rechtspopulistische Partei. In Kanada, wie auch in Westeuropa und den Vereinigten Staaten, zeigen Frauen in der Regel weniger Interesse an der Politik als Männer, sie diskutieren seltener über Politik und wissen weniger über Politik. Frauen unterschieden sich im Allgemeinen aber nicht von Männern hinsichtlich ihres Nativismus, Autoritarismus oder ihrer Unzufriedenheit mit der Demokratie, aber diese Einstellungen waren bei Frauen weniger stark mit einer Wahl rechtsradikaler Parteien verbunden (Gidengil et al., 2005; Harteveld et al., 2015). Darüber hinaus wurde die Hypothese aufgestellt, dass Männer für aggressive Ideologien wie die der radikalen Rechten empfänglicher sind (Evans, 2005).

Was die spezifischen psychologischen Syndrome hinter dem Rechtsradikalismus angeht, so gab es keine signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschiede beim *Rechtsautoritarismus (RWA)*, der Kombination aus Furcht, Unterwürfigkeit und Feindseligkeit (Heaven & Bucci, 2001). Auf der Grundlage von Daten aus 54 Gesellschaften stellten Brandt und Henry (2012) jedoch fest, dass Frauen in Gesellschaften mit einem hohen Maß an geschlechtsspezifischer Ungleichheit autoritären Werten mehr zustimmten als Männer. Studien zum Zusammenhang zwischen Geschlecht und *sozialer Dominanzorientierung (SDO)*, der Vorliebe für Hierarchie und die Überlegenheit der eigenen Gruppe

(Sidanius & Pratto, 2001), zeigten keine eindeutigen Ergebnisse (Batalha et al. 2011; Heaven & Bucci, 2001). Was die Fremdenfeindlichkeit und die Einstellung gegenüber Minderheitengruppen betrifft, stellte die Eurobarometer-Umfrage in 15 EU-Mitgliedstaaten ebenfalls fast keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen fest (Thalhammer et al., 2001, S. 10).

Ein weiterer Schlüsselbegriff in Diskussionen über die radikale Rechte ist die *Aggressivität*. Die große Mehrheit der fremdenfeindlichen und rechtsextremen Gewalttäter ist männlich (Wahl, 2003). Anders als bei normalen Jugendkonflikten sind ihre Opfer nicht nur Männer, sondern auch Frauen (Willems & Steigleder, 2003). Eine Meta-Analyse von 277 Studien zu Geschlechtsunterschieden ergab, dass Männer impulsiver und risikofreudiger und damit aggressiver waren als Frauen. Darüber hinaus waren Männer weniger strafempfindlich; dies unterstützt möglicherweise evolutionsbiologische Theorien der Risikobereitschaft aufgrund von Geschlechtsunterschieden bei der Strafempfindlichkeit (Cross et al., 2013).

(c2) Was die *Persönlichkeit* betrifft, so wird der rechte Autoritarismus (RWA), d. h. das Streben nach Sicherheit durch Autoritäten (Oesterreich, 2005), mit Eigenschaften wie *Furcht* vor einer bedrohlichen Welt, Unterwürfigkeit und Engstirnigkeit in Verbindung gebracht. Das verwandte Konzept der sozialen Dominanzorientierung (SDO) basiert eher auf reiner Dominanz, einem Mangel an Mitgefühl und Moral sowie dem Glauben an eine wettbewerbsorientierte Welt (Heaven & Bucci, 2001; Perry et al., 2013). Autoritäre Personen sahen eine Bedrohung für die eigene Gruppe, während sozial dominant orientierte Personen dies nicht taten (Shaffer & Duckitt, 2013). RWA wurde durch niedrige allgemeine und niedrige verbale Intelligenz vorhergesagt, SDO wurde nur durch niedrige verbale Intelligenz vorhergesagt (Heaven et al., 2011).

Eine niedrigere allgemeine *Intelligenz* in der Kindheit sagte einen stärkeren Rassismus im Erwachsenenalter voraus, ein Effekt, der weitgehend über eine konservative Ideologie vermittelt wurde (Hodson & Busseri, 2012). In einer anderen Studie wurde jedoch festgestellt, dass Personen mit dem höchsten IQ politisch in der rechten Mitte und in der Mitte angesiedelt waren, während die Bildung eine eher linke Ausrichtung förderte (Rindermann et al., 2012; Visser et al., 2014).

Abneigung und Feindseligkeit gegenüber bestimmten Minderheiten oder „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ scheinen ihre Wurzeln in einer allgemeinen *misanthropischen Stimmung* zu haben (Zick et al., 2008). In einer europäischen Studie zeigte sich, dass Personen, die anderen Menschen vertrauten und das Gefühl hatten, dass es leicht war, stabile

Freundschaften aufzubauen, tendenziell weniger gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zeigten. Ein intensiver Kontakt mit Nachbarn wirkte sich jedoch eher negativ aus und schien sogar Vorurteile zu fördern (Zick et al., 2011, S. 136–137), was vielleicht auf einen allgemeineren Zusammenhang zwischen der Bevorzugung der eigenen Gruppe und der Ablehnung von Außengruppen hinweist.

Diese Ergebnisse werden auch durch die Beobachtungen der ersten dyadischen Begegnungen zwischen Jugendlichen der gleichen ethnischen Gruppe (Landsleute) und verschiedener ethnischer Gruppen (Ausländer) gestützt. Die Verhaltensmuster der Probanden gegenüber Landsleuten und Ausländern korrelierten, und in den Biografien der Probanden schienen Fremdenfurcht und Fremdenfeindlichkeit seit der Kindheit auf Misstrauen gegenüber fremden Menschen im Allgemeinen und nicht in erster Linie gegenüber Ausländern zu beruhen. Später, als Teenager, als soziale und politische Kategorien für sie an Bedeutung gewannen, richteten sie ihr Misstrauen, ihre Misanthropie und ihre Bösartigkeit gegen Ausländer und andere soziale Minderheiten (Wahl, 2002; Wahl et al., 2001).

Das individuelle *Temperament* (vorherrschende Stimmung wie Ängstlichkeit oder Introversion) beeinflusst das Selbstwertgefühl, das Bild der Gesellschaft und das Verhalten. All dies könnte indirekt den Weg zur Übernahme rechtsradikaler Ideologien ebnen oder dazu führen, dass man sich von ihnen angezogen fühlt. Das *Selbstwertgefühl* kann eine entscheidende Variable für die Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit und anderen rechtsextremen Phänomenen sein. Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass Personen, insbesondere in Situationen, in denen ihr Ego bedroht ist, ihr subjektives Wohlbefinden oder ihr Selbstwertgefühl durch den Vergleich mit anderen, die weniger Glück haben, steigern können. Die Theorie des „Abwärtsvergleichs“ (Wills, 1981) geht davon aus, dass die Abwertung oder Herabwürdigung anderer Personen, Vorurteile, Sündenböcke und Aggressionen – vor allem gegen Personen mit niedrigerem Status wie Einwanderer oder Obdachlose – eine selbstverstärkende Funktion haben: Frustrierte Personen fühlen sich durch Abwärtsvergleiche mit sozialen Minderheiten besser, ein Mechanismus, der typischerweise von rechtsradikalen Ideologien instrumentalisiert wird.

Eine andere Studie zeigte, dass Menschen mit Ängsten und einem instabilen, geringen Selbstwertgefühl dazu neigen, sich für einen starken, autokratischen Führer zu entscheiden, insbesondere in Situationen der Unsicherheit (Schoel et al., 2011). In weiteren Studien reichten die Korrelationen zwischen Selbstwertgefühl und rechtsgerichteten Einstellungen jedoch von negativ bis positiv (Onraet et al., 2013). Das

Selbstwertgefühl ist heterogen und kann je nach seiner Stärke und der Art seiner Ausprägung unterschiedliche Auswirkungen haben. So waren beispielsweise explizites Selbstwertgefühl (gemessen durch Selbstberichtsskalen) und implizites Selbstwertgefühl (gemessen durch weniger direkte Mittel, z. B. durch computerbasierte Reaktionszeitaufgaben, die schwer zu kontrollierende Antworten erfordern) weitgehend unabhängig voneinander. Personen, die ein hohes explizites Selbstwertgefühl, aber ein niedriges implizites Selbstwertgefühl angaben, diskriminierten ethnische Minderheiten aggressiv, um ihr eigenes Selbstbild zu schützen (Jordan et al., 2005).

Auch der empirische Zusammenhang zwischen Selbstwertgefühl und Gewalt bleibt unklar (Ostrowsky, 2010). Bei Eltern wurde festgestellt, dass ein *niedriges* Selbstwertgefühl mit gewalttätigem Verhalten in der Familie korreliert (Wahl, 1989, S. 281–291), aber bei fremdenfeindlichen jungen Männern war ein *hohes* Selbstwertgefühl mit Aggression verbunden (Wahl, 2003, S. 108–110; Wahl et al., 2001, S. 225–229). Andere Studien zeigten, dass nur Personen mit hohem, aber instabilem Selbstwertgefühl und Narzissmus gewalttätig reagierten, wenn sie durch Beleidigung oder Demütigung provoziert wurden (Bushman et al., 2009). Unterschiede zwischen Gewalt aus einer dominanten und einer unterwürfigen Position sowie zwischen proaktiver und reaktiver Aggression könnten moderierende Faktoren hinter diesen unterschiedlichen Ergebnissen sein.

Weitere Facetten des Selbstkonzepts werden im Zusammenhang mit der *Selbstwirksamkeit* oder der *internen Kontrollüberzeugung (locus of control)* erörtert, d. h. der Überzeugung, dass man in der Lage ist, Tätigkeiten auszuführen und Ereignisse, die einen selbst betreffen, zu kontrollieren. Das Fehlen einer solchen Kontrolle angesichts von Bedrohungen kann Reaktionen auslösen, um diesen aversiven Zustand zu beenden, z. B. durch magisches Denken oder durch Identifikation mit mächtigen Anderen (Gruppe, politische Autoritäten usw.), die es dem Einzelnen ermöglichen, sich ihrer Macht anzuschließen und von ihr zu profitieren. Menschen kompensieren ihre gefühlte geringe individuelle Kontrolle über politische Bereiche, indem sie Eigengruppen gegenüber Fremdgruppen bevorzugen (Ethnozentrismus) und Fremdgruppen herabwürdigen (Agroskin & Jonas, 2010).

Die *Big Five* sind ein populäres psychologisches Persönlichkeitsmodell (basierend auf Faktorenanalysen von Persönlichkeitsbeschreibungen in Umfragen, nicht auf Theorien) mit den fünf Dimensionen Offenheit für Erfahrungen, Gewissenhaftigkeit, Extraversion, Verträglichkeit und Neurotizismus (Goldberg, 1993), die einige geschlechtsspezifische

Unterschiede aufweisen (Costa et al., 2001). Die Dimensionen wurden in erster Linie mit gebildeten, städtischen Bevölkerungsgruppen entwickelt und sind daher nicht universell (Gurven et al., 2013) und decken nicht alle Aspekte der Persönlichkeit ab, aber sie wurden häufig verwendet, um Beziehungen zwischen Persönlichkeitsmerkmalen und politischen Ideologien zu untersuchen (Gerber et al., 2011). *Offenheit für neue Erfahrungen* war für Liberale zutreffender als für Konservative; *Gewissenhaftigkeit* sagte eine konservative Ideologie voraus. Darüber hinaus interagierten solche Persönlichkeitsvariablen mit Kindheitserfahrungen (z. B. Offenheit mit Misshandlung in der Kindheit) bei der Vorhersage der politischen Ideologie (De Neve, 2015). Daten aus dem World Value Survey in 21 Ländern und länderspezifische Studien zeigten, dass auch der soziale Kontext der verschiedenen Staaten (z. B. liberales politisches System) die Beziehungen zwischen Persönlichkeit und politischen Einstellungen beeinflusst (Fatke, 2017, 2019).

Personen mit dem *Bedürfnis nach kognitiver Geschlossenheit*, die gerne Überzeugungen von Einfachheit, Gewissheit und Klarheit annehmen und behalten, haben signifikant mehr konservative oder rechtsgerichtete Einstellungen (Jost et al., 2013, S. 237). Geringe *Offenheit* sagte eine soziale Dominanzorientierung voraus (Sibley et al., 2010). Die Ausprägungen von *Verträglichkeit* und Offenheit korrelierten mit Ethnozentrismus und kultureller Intelligenz (Harrison, 2012). Einige Facetten der Big-Five-Faktoren hatten eine signifikant höhere Vorhersagekraft für Vorurteile (Rassismus, Sexismus, gegen Menschen mit geistiger Behinderung, Homosexualität) als die allgemeinen Faktoren. So waren beispielsweise die Facetten „Zärtlichkeit" (die dem Faktor „Verträglichkeit" zugrunde liegen) und „liberale Werte" (die dem Faktor „Offenheit" zugrunde liegen) die stärksten Einzelprädiktoren für geringe Vorurteile (Ekehammar & Akrami, 2007).

Persönlichkeitsmerkmale (wie Dogmatismus, Engstirnigkeit oder Offenheit für Erfahrungen) allein können politische Orientierungen nicht erklären; es gibt auch *aktuelle situative Faktoren* (siehe Kasten (g) in Abb. 2.1 in Kap. 2): Daher konzentrierte sich eine Meta-Analyse von 73 Stichproben auf situative Bedrohungen als zusätzliche Faktoren zur Vorhersage politischer Orientierungen. Nur wenn die systemische Bedrohung (gemessen an den länderübergreifenden Unterschieden der Mordraten und Arbeitslosenquoten) innerhalb einer Nation gering war, wurde die negative Korrelation zwischen Offenheit für Erfahrungen und Konservatismus robust (Sibley et al., 2012).

(c3) Neben den Persönlichkeitsmerkmalen beeinflussen möglicherweise

auch *psychologische Mechanismen* rechtsradikale Einstellungen. Ein grundlegender Mechanismus des sozialen Lebens ist die *soziale Wahrnehmung* anderer Personen durch bewusste und unbewusste, emotionale und kognitive Prozesse; die Wahrnehmung basiert auf Aussehen, Kleidung, nonverbalem und verbalem Verhalten. Studien ergaben, dass europäische Amerikaner mit hohen impliziten (nicht expliziten) Rassenvorurteilen bei der Dekodierung von Gesichtsaffekten voreingenommen waren. Sie nahmen Wut (einen bedrohlichen Affekt) bei schwarzen, aber nicht bei weißen Gesichtern wahr (Hugenberg & Bodenhausen, 2003). Die soziale Wahrnehmung von Gewalt zwischen Gruppen ist ebenfalls durch Vorurteile beeinflusst: Weiße Probanden, die eine auf Video aufgezeichnete Interaktion beobachteten, stuften einen zweideutigen Schubs als gewalttätiger ein, wenn er von einem Schwarzen ausgeführt wurde, als wenn dieselbe Handlung von einem Weißen verübt wurde (Duncan, 1976). Wenn Amerikaner Fernsehbilder ohne Ton von politischen Führern aus den Vereinigten Staaten und anderen Ländern vorgeführt bekamen, fühlten sie sich beim Anblick der Ausländer negativer und bewerteten sie negativer als ihre Mitbürger. Wurden die Bilder mit Ton gezeigt, traten diese Effekte nicht auf, da sich die Zuschauer der Nationalität bewusst waren. Die negativen Emotionen und Urteile schienen eher die Folge einer vorbewussten Kontrolle nonverbaler Hinweise zu sein als von bewusst gehaltenen kognitiven Vorurteilen gegenüber Ausländern (Warnecke et al., 1992). Eine falsche Wahrnehmung anderer kann zu unangemessenem Verhalten motivieren, z. B. wenn Kinder anderen fälschlicherweise feindselige Absichten zuschreiben, was dazu führt, dass sie selbst aggressiver handeln (Orobio de Castro et al., 2002).

Tachistoskopische Bilder (nur Millisekunden lang vorgeführt) verschiedener Personen auf einer Skala von sehr vertraut bis sehr exotisch (aus Sicht der Versuchspersonen) lösten unterschiedliche *Reaktionsmuster* aus. Probanden, die physiologisch und vorbewusst schneller auf Bilder von sehr exotisch aussehenden Ausländern reagierten, zeigten mehr fremdenfurchtsame und fremdenfeindliche Einstellungen und Verhaltensweisen. Die gleiche Reaktion zeigten sie auf bedrohliche Objekte (z. B. einen Wolf, der seine Zähne fletscht). Diese Personen mit niedriger *Reaktionsschwelle* haben das Gefühl, mit einem überempfindlichen „sozialen Radar" durch die Gesellschaft zu gehen, sie unterstellen anderen Feindseligkeit und sind stets zu aggressiven Reaktionen gegenüber ihnen bereit, die sie als Abwehrmaßnahmen gegen die „aggressive" andere Person entschuldigen (Wahl, 2002; Wahl et al., 2001). Eine solche Opferbeschuldigung ist eine häufige Reaktion von

rechtsextremen Gewalttätern, aber ihre eigene *Aggressivität* steht außer Frage (Wahl, 2003).

Andere psychologische Mechanismen, die hier von Interesse sind, sind diejenigen, die teilweise durch die Frustrations-Aggressions-Theorie (Dollard et al., 1939) bestätigt werden, und die Hypothese, dass Frustration oder Entbehrung in einer Wirtschaftskrise Menschen dazu motivieren können, Erklärungen in Handlungen gefährlicher Außengruppen zu suchen und mit *Sündenbockdenken* zu reagieren (z. B. Antisemitismus) (Bilewicz et al., 2013).

(c4) Es wurden auch *neuronale Korrelate* von Big-Five-Persönlichkeitsmerkmalen gefunden, die hinter rechtsradikalen Einstellungen oder ihrem Gegenteil stehen, z. B. waren Offenheitswerte positiv mit der Aktivierung in den parietalen Cortexsystemen korreliert. *Verträglichkeit* wurde positiv mit dem medialen präfrontalen Cortex (mPFC) und dem anterioren cingulären Cortex (ACC) in Verbindung gebracht (Sampaio et al., 2013).

Der Mensch hat möglicherweise eine Art „Soziometer" entwickelt, einen Mechanismus, der die Wahrnehmung von Ablehnung oder Akzeptanz in ein bestimmtes *Selbstwertgefühl* umsetzt. Ängstliche Menschen mit geringem Selbstwertgefühl neigen dazu, sich für autoritäre Führer und Strukturen zu entscheiden. Ergebnisse aus der Hirnforschung zeigen, dass eine höhere Aktivität in abweisungsbezogenen neuronalen Regionen wie dem dorsalen anterioren cingulären Cortex (dACC), der anterioren Insula und mentalisierenden Regionen wie dem dorsomedialen präfrontalen Cortex (dmPFC) mit einem geringeren Selbstwertgefühl verbunden ist (Eisenberger et al., 2011).

Proaktive und reaktive *Aggression*, wie sie von rechtsextremen Gewalttätern ausgeübt wird, wird zu einem großen Teil durch neuronale Schaltkreise zwischen mehreren Bereichen des präfrontalen Cortex, vor allem dem orbitofrontalen Cortex (OFC), dem anterioren cingulären Cortex (ACC) und dem limbischen System (Amygdala, Hypothalamus und Hippocampus) motiviert. Menschen, die zu Gewalttätigkeit neigen, haben beispielsweise häufig eine geringere Kontrolle durch frontale Strukturen des Gehirns (Wiswede et al., 2011). Obwohl für die soziale Lerntheorie geschlechtsspezifische Ausprägungen von Aggressivität Produkte von Sozialisationsprozessen durch Eltern, Gleichaltrige oder das Fernsehen und nicht von biologischen Faktoren sind (Bandura, 1973; Tieger, 1980), haben neuere Forschungsergebnisse auch geschlechtsspezifische biotische Strukturen und Prozesse für Aggression im Gehirn gezeigt – zum Beispiel biotische Geschlechtsunterschiede für Impulskontrolle (Strüber et al.,

2008).

Auch Neurotransmitter und Hormone spielen eine wichtige Rolle. Ein niedriger Serotoninspiegel, ein hemmender, furchtreduzierender Neurotransmitter, wurde mit antisozialen Handlungen wie Gewalt in Verbindung gebracht. Aggression wurde auch durch Testosteron, das männliche Hormon, und Stresshormone wie Cortisol begünstigt (Strüber et al., 2006; Wahl, 2013, S. 64–68).

Insgesamt hat die Forschung einerseits einige Beziehungen zwischen Geschlecht, etlichen Persönlichkeitsmerkmalen (z. B. geringe Offenheit und Intelligenz, mangelnde Kontrolle, Misanthropie) sowie mehreren neuronalen Korrelaten dieser psychologischen Konstruktionen und rechtsradikalen Einstellungen aufgezeigt. Andererseits könnte eine Reihe widersprüchlicher Forschungsergebnisse über den Zusammenhang zwischen Selbstwertgefühl, rechten Einstellungen und Aggressivität auf das doppelte Angebot rechtsradikaler Ideologien hinweisen: Sie versprechen Vorteile für psychologisch starke, mutige und dominante Führer sowie für frustrierte, schwache, ängstliche und unterwürfige Anhänger in der rechtsradikalen Szene.

3.2 Persönlichkeitsentwicklung und Sozialisation (d)

Der nächste Aspekt des biopsychosoziologischen Modells zur Erklärung der radikalen Rechten umfasst *Faktoren und Prozesse, die die Persönlichkeit formen*. Seit den frühen Studien über familiäre Einflüsse auf die Entwicklung *autoritärer Persönlichkeiten* (Adorno et al., 1950) hat sich die Forschung über *elterliche Faktoren*, die sich auf die Entwicklung politisch relevanter Persönlichkeitsmerkmale, Emotionen, Einstellungen, Werte und Verhaltensweisen auswirken, erheblich erweitert. Diese biotischen und psychosozialen persönlichkeitsbildenden Prozesse sind ein Zusammenspiel interagierender Faktorenbündel: Auf der Basis genetischer Prädispositionen (vererbbare Persönlichkeitsmerkmale) und epigenetischer Prozesse (z. B. während der Schwangerschaft) mit Auswirkungen auf die Entwicklung des Ungeborenen (vgl. Abschn. 3.3) gibt es die Eltern-Kind-Beziehung und Bindung, den Erziehungsstil; Sozialisationsprozesse durch andere Verwandte, Gleichaltrige, das Bildungssystem, die Massenmedien und so weiter. Auf dem langen Weg von den Genen zu den politischen Präferenzen gibt es in jeder Phase

Umweltfaktoren oder Katalysatoren, die mit biotischen und psychischen Entwicklungsprozessen interagieren (z. B. stressauslösende Ereignisse).

Um mit einem alten Forschungsgebiet zu beginnen, haben Meta-Analysen gezeigt, dass *die intergenerationalen Korrelationen politischer Präferenzen, Einstellungen und Vorurteile* zwischen Eltern oder Großeltern und Kindern ziemlich hoch sind (Degner & Dalege, 2013). Dies könnte auf genetische Faktoren für Persönlichkeitsmerkmale sowie auf Identifikation, Nachahmung, Unterricht oder das Anschauen des bevorzugten Fernsehprogramms der Eltern zurückzuführen sein, wobei Mütter und Väter unterschiedliche Beiträge leisten (Hess & Torney, 1967; Jennings & Langton, 1969; Wahl, 1970). Korrelationen zwischen drei Generationen wurden auch bei der sozialen Dominanzorientierung (SDO) festgestellt (Chatard & Selimbegovic, 2008) und eine signifikante Übereinstimmung zwischen Eltern und Jugendlichen bei Rassismus und Rechtsautoritarismus (Duriez & Soenens, 2009). Eine Längsschnittstudie hat gezeigt, dass politische Ähnlichkeit über Generationen hinweg die Norm ist, wenn das häusliche Umfeld politisch geprägt ist und die Eltern konsequent signalisieren, wo sie stehen (Jennings et al., 2009). Die stärksten und wichtigsten Prädiktoren für den Rechtsextremismus junger Menschen waren die rechtsextremen Einstellungen der Eltern, insbesondere die Einstellungen der Väter für die Einstellungen der Söhne (Avdeenko & Siedler, 2017). Eine andere Studie zeigte signifikante wechselseitige Einflüsse zwischen den Eltern und den Einstellungen der Jugendlichen gegenüber Einwanderern. Darüber hinaus zeigten Jugendliche, die ihre Eltern als unterstützend wahrnahmen, eine größere Ähnlichkeit mit den Eltern in Bezug auf Vorurteile als Jugendliche mit geringer elterlicher Unterstützung (Miklikowska, 2016; Wahl et al., 2001, S. 256–258).

Der Ethnozentrismus der Eltern ist auch für ihre Kinder wichtig (Vollebergh et al., 2001). Das Bedürfnis der Eltern nach Klarheit (Wunsch nach eindeutigen Antworten und Abneigung gegen Mehrdeutigkeit) erhöht ebenfalls den Ethnozentrismus und die Vorurteile der Kinder (Dhont et al., 2013). Einige Forschungsergebnisse zu den elterlichen Einflüssen auf die Vorurteile der Kinder sind jedoch widersprüchlich: In Studien mit 3- bis 6-jährigen Kindern standen die expliziten ethnischen Einstellungen der Eltern in keinem Zusammenhang mit den Antworten der Kinder. Im Gegensatz dazu waren die impliziten (unbewussten) Einstellungen der Mütter (aber nicht der Väter) signifikante Prädiktoren für die Einstellungen der Kinder. Daher könnten sich frühe rassistische Einstellungen auf subtile Weise innerhalb der Familie entwickeln (Castelli et al., 2009). Andererseits wurde die weit verbreitete Annahme, dass Kinder ihre rassistischen Einstellungen

in erster Linie und direkt von den Eltern lernen, durch amerikanische Studien nicht bestätigt, die ergaben, dass die rassistischen Einstellungen weißer Kinder in der dritten Klasse nicht stark mit denen der Mütter und nur sehr schwach mit den Einstellungen ihrer Freunde gegenüber Schwarzen verbunden waren. Die Einstellungen der Kinder hingen jedoch mit dem Grad der Differenzierung der Mütter zusammen (eine nicht-stereotype Sicht auf Schwarze). Insgesamt schienen die rassistischen Einstellungen der Kinder von vielen Quellen und nur von bestimmten Aspekten der Einstellungen der Eltern und Freunde beeinflusst zu werden (Aboud & Doyle, 1996). In jedem Fall sind sich die meisten Forschenden einig, dass das Erlernen von verzerrten Wahrnehmungen und Vorurteilen schon früh im Leben stattfindet. Vorschulkinder (im Alter von 4 und 5 Jahren) lernten neue soziale Vorurteile, indem sie einfach die voreingenommenen nonverbalen Signale beobachteten, die Erwachsene erwachsenen Zielpersonen auf Videos zeigten. Außerdem verallgemeinerten die Kinder diese Voreingenommenheit auf andere Personen aus der Gruppe der Zielpersonen (Skinner et al., 2017).

In der Gemengelage von biotischen und sozialen Einflüssen auf die Persönlichkeit ist eines der ersten Ereignisse im Leben mit weitreichenden Folgen die *Bindung*, ein biopsychischer Mechanismus bei Säuglingen, die im Falle einer Bedrohung die Nähe zu einer Bezugsperson (meist die Mutter) suchen. Im Allgemeinen fungiert die Bezugsperson als sichere Basis für die Erkundung der Welt. Negative Erfahrungen mit Bezugspersonen werden als negative „Arbeitsmodelle“ oder mentale Repräsentationen von Bindungsmustern (Beziehung zwischen dem Selbst und anderen) gespeichert, zum Beispiel unsichere oder vermeidende Bindung (Ainsworth et al., 1978; Bowlby, 1970–1973). Solche Bindungsmuster an der Schnittstelle von *Ontogenese* und *Sozialisation* können zu Unsicherheitsgefühlen führen, die als Risiko für die Entwicklung späterer sozial-emotionaler und verhaltensbezogener Probleme (Feindseligkeit, Aggression, Autoritarismus, Rechtsextremismus usw.) gelten. Empirische Studien stützen diese Hypothese (Hopf, 1993; Taubner & Curth, 2013; Taubner et al., 2013; Van IJzendoorn, 1997).

Neben der Bindung kann die gesamte *Qualität der Eltern-Kind-Beziehung* Auswirkungen auf die Persönlichkeit und das Verhalten in der Kindheit, im Jugend- und im Erwachsenenalter haben, zum Beispiel auf das Temperament (Laukkanen et al., 2014) oder auf die Kriminalität (Johnson et al., 2011). Kinder, die einen Mangel an elterlicher emotionaler Wärme, ein hohes Maß an elterlicher Ablehnung oder Überbehütung wahrnahmen, waren aggressiver und delinquenter (Buschgens et al., 2010).

Wahrgenommene elterliche Ablehnung kann zu Unsicherheitsgefühlen in der Kindheit führen, die mit späteren fremdenfeindlichen Tendenzen einhergehen (Demetriou, 2013). Die Reaktionen von Säuglingen auf einen Fremden werden durch die emotionale Reaktion der Mutter auf diesen Fremden beeinflusst (Boccia & Campos, 1989), was möglicherweise der Beginn der Sozialisation in Richtung Fremdenfeindlichkeit bzw. Fremdenliebe ist. Eine Längsschnittstudie lieferte Belege für einen direkten Einfluss feindseliger Attributionen der Mutter auf die Entwicklung feindseliger Attributionen und aggressiven Verhaltens des Kindes (Healy et al., 2015).

Eltern mit hohen Werten für Autoritarismus bevorzugen wahrscheinlich auch einen *autoritären Erziehungsstil* (wenig Wärme, viel Kontrolle) (Manuel, 2006). In einer Längsschnittstudie wurde dieser Stil später mit einer geringeren psychologischen Flexibilität des Kindes in Verbindung gebracht. Im Gegensatz dazu war ein *autoritativer* Erziehungsstil (viel Wärme, viel Kontrolle) mit einer höheren psychologischen Flexibilität verbunden (Williams et al., 2012). Stärkere Bestrafung in der Kindheit hatte einen signifikanten direkten Effekt auf höhere Niveaus von Autoritarismus, zum Beispiel wurden negative Emotionen auf strafende öffentliche Maßnahmen wie die Unterstützung der Todesstrafe verschoben (Milburn et al., 2014). Nicht nur die Eltern-Kind-Beziehung, sondern auch der *familiäre Zusammenhalt* (Stärke der Familienbande, Einhaltung der Familiennormen) scheint das Vertrauen in andere und die Aufgeschlossenheit zu beeinflussen. In eng verbundenen Familien wurden kulturell Fremde von der Familie ferngehalten, d. h. interethnische Ehen wurden weniger akzeptiert (Huijnk et al., 2013).

Einer Längsschnittstudie zufolge haben Aspekte des *elterlichen Temperaments* oder der Verhaltenstendenzen mindestens ebenso starke Auswirkungen auf die Entwicklung der Aggressivität von Kindern wie die Erziehungsstile und der soziale Status der Eltern (Wahl & Metzner, 2012).

Neben den Familien gelten auch die *Lehrerinnen und Lehrer* als wirksame Sozialisationsinstanzen für politisches Lernen und Vorurteile. Obwohl die Vorurteile von Kindern in der Regel national und kulturell tief verwurzelt sind und durch die Massenmedien verstärkt werden, weist die Forschung auf die Möglichkeit hin, dass vorurteilsbehaftete Einstellungen in der Kindheit formbar bleiben und in einem unterstützenden pädagogischen Kontext verändert werden können (Kim & Chang, 2014). Eine internationale Studie in *Vorschulklassen* ergab, dass eine Mischung von Faktoren (emotionales Klima, zweisprachige Klassenzimmer, Armutsniveau der Familien in der Klasse und eine Lehrkraft, die einer

ethnischen Minderheit angehört) die Förderung von Vielfalt vorhersagte, während die ethnische Gleichheit der Lehrkräfte in der Klasse die Förderung von Vielfalt verhinderte (Sanders & Downer, 2012).

Bei hochautoritären Lehrerinnen war es wahrscheinlicher als bei niedrigautoritären Lehrerinnen, dass sie Stereotypen verwendeten, die Eigengruppen begünstigten, und weniger wahrscheinlich, dass sie Stereotypen verwendeten, die Fremdgruppen begünstigten (Tom et al., 1984). Eine beliebte Hypothese konservativer Politiker und Medien, wonach liberale oder linke Lehrer vor allem aufgrund ihres freizügigen Unterrichtsstils rechtsgerichtete Jugendliche hervorbringen, wurde von der Forschung zurückgewiesen: Weder hatten linksgerichtete Lehrer im Allgemeinen gewalttätige und/oder rechtsgerichtete Schüler, noch hatten freizügige Lehrer solche Schüler. Allerdings hatten Lehrer, die universalistische und humanistische politische Werte betonten, aber gleichzeitig einen autoritären Unterrichtsstil bevorzugten, tatsächlich mehr gewalttätige, rechtsextreme Schüler (Bovier & Boehnke, 1999). Auch das *Schulklima* erwies sich als wichtiger Faktor: Positive Wahrnehmungen des interrassischen Schulklimas sagten ein geringeres Maß an ethnischer Diskriminierung durch Gleichaltrige voraus (Bellmore et al., 2012).

Die Sozialisationsforschung konzentrierte sich hauptsächlich auf elterliche und schulische Einflüsse. Seit Harris (1995) wird jedoch den Einflüssen von *Gleichaltrigen* und *Gleichaltrigengruppen* auf die Entwicklung von Persönlichkeiten und Einstellungen im Kindes- und Jugendalter mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Dies gilt auch für Facetten des Rechtsradikalismus. Längsschnittliche Analysen sozialer Netzwerke mit Jugendlichen ergaben, dass die Fremdenfeindlichkeit von Freunden die Zunahme der Fremdenfeindlichkeit von Jugendlichen vorhersagte (van Zalk et al., 2013). Ideologische Überzeugungen von Gleichaltrigen waren relevant für die Vorhersage homophober und rassistischer Einstellungen von Personen, mit denen sie in Verbindung standen (Poteat & Spanierman, 2010). Ein Fünf-Wellen-Panel von Teenagern untersuchte die Auswirkungen des sozialen Kontexts auf Vorurteile, indem es sich auf die Einstellungen ausgewählter Freunde, die Einstellungen angesehener Gleichaltriger und die eigene Position der Befragten in ihren Netzwerken konzentrierte. Das Ausmaß der Vorurteile unter Gleichaltrigen beeinflusste die individuellen Vorurteile im Laufe der Zeit. Sowohl prestigeträchtige als auch nicht prestigeträchtige Gleichaltrige beeinflussten Vorurteile. Darüber hinaus spielte auch die eigene Position in den Netzwerken der Jugendlichen eine Rolle: Die Netzwerkzentralität stand in umgekehrtem Verhältnis zu den Vorurteilen (Hjerm et al., 2018). Die Wahlentscheidungen der besten

Freunde von Jugendlichen waren ein starker Prädiktor für die individuelle Wahl einer rechtsextremen Partei, wenn die Freunde häufig über politische Themen kommunizierten. Jugendliche, die bereit waren, politische Gewalt anzuwenden, verbrachten mehr Freizeit mit Gleichaltrigen und weniger mit ihren Eltern, was mit den Ergebnissen der Forschung zu abweichendem Verhalten in nicht-politischen Bereichen übereinstimmt (Kuhn, 2004). Eine andere Studie über die Entwicklung zum Rechtsextremisten konzentrierte sich auf „Lifestyle-Elemente“ wie Musik, Tätowierungen, kommerzielle Produkte und Symbole. Diese Elemente ermöglichten es, die Identität auszuleben und durch organisierte Rituale politischer Treffen, Aktivitäten und alltägliche Interaktionen mit Gleichaltrigen auszudrücken. Die Ausübung solcher Lifestyle-Elemente erleichterte die Rekrutierung, Identitätsbildung und Radikalisierung von Jugendlichen (Koehler & Miller-Idriss, 2013). Es gibt auch einige vielschichtige Ergebnisse. Eine Studie fand keine Hinweise darauf, dass die politische Identifikation durch Gleichaltrige die individuelle Identifikation beeinflusst. Dieselbe Studie zeigte jedoch, dass sich das Engagement der Gleichaltrigen auf das individuelle Engagement, das politische Wissen und die politische Identifikation derjenigen auswirkte, die sich ursprünglich am wenigsten engagiert hatten (Campos et al., 2013).

Eine wichtige Quelle für Vorurteile *und* für den Abbau von Vorurteilen in verschiedenen Altersstufen ist der *direkte Kontakt* mit Menschen aus anderen ethnischen Gruppen *(„Kontakthypothese“)*. Für einige Forscher hängen die positiven oder negativen Auswirkungen solcher persönlichen Begegnungen von mehreren Voraussetzungen ab, wie z. B. gleichem Status, egalitären Normen, zielorientierter Interaktion oder kooperativer Interdependenz, da sie dazu beitragen, die Wahrnehmung der Mitglieder von „Wir“ und „Sie“ zu einem umfassenderen „Wir“ zu verändern (Allport, 1954; Gaertner et al., 1996). Eine Meta-Analyse ergab, dass interethnische Kontakte auch ohne Allports Voraussetzungen oft positive Auswirkungen haben können, dass es aber auch negative Erfahrungen zwischen Gruppen gibt, die das Gefühl der Bedrohung verstärken und die Entwicklung positiver Orientierungen gegenüber der Fremdgruppe behindern können (Pettigrew & Tropp, 2006). Einer anderen Meta-Analyse zufolge hängen die Auswirkungen dyadischer interrassischer Interaktionen auch von Bedingungen wie Geschlecht, strukturierten oder freien Interaktionen ab (Toosi et al., 2012).

Eine retrospektive Studie mit Studenten ergab, dass direkte, beobachtende und verbale aversive Kontakte zwischen den Rassen mit mehr Furcht, Angst und Ärger verbunden waren. Neutrale Kontakte

wurden mit weniger Angst und weniger Wut in Verbindung gebracht. Direkte Vermeidung wurde durch Furcht und Angst vorhergesagt (Conger et al., 2012). Andere Forscher beobachteten, dass der Kontakt zwischen Mitgliedern religiöser Gruppen, die sich in einem Konflikt befinden, kaum Auswirkungen auf Vorurteile zwischen den Gruppen hatte, aber zu mehr Großzügigkeit und einer Verringerung von diskriminierendem Verhalten in heterogenen Klassenräumen führte (Scacco & Warren, 2018). Interessanterweise verschwanden die Auswirkungen positiver interethnischer Kontakte in der Klasse oder kehrten sich um, wenn der Multikulturalismus im Unterricht stärker betont wurde (Bekhuis et al., 2013).

Auch eine Wechselwirkung zwischen den Einflüssen der Eltern und dem Gruppenkontakt der Jugendlichen wurde beobachtet: Der Gruppenkontakt pufferte die indirekte Beziehung zwischen dem Autoritarismus der Eltern und den rassistischen Vorurteilen der Jugendlichen ab (Dhont & Van Hiel, 2012). Die Frage nach der Richtung der Kausalität bleibt bestehen: Pfadanalysen in internationalen Studien mit Schülern zeigten, dass der Kontakt die Vorurteile reduziert, aber die Vorurteile auch den Kontakt reduzieren (Binder et al., 2009).

Bei Jugendlichen in der Schule zeigten sich keine signifikanten Auswirkungen von *Vielfalt (diversity)* auf Ethnozentrismus. Allerdings wurde die Wahrnehmung ethnischer und kultureller Spannungen in der Schule mit der Verstärkung von Vorurteilen zwei Jahre später in Verbindung gebracht. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass es keinen mechanischen Effekt von Vielfalt in Klassenzimmern gibt, sondern dass dieser Effekt von der wahrgenommenen Qualität der Beziehungen zwischen den Gruppen abhängt (Dejaeghere et al., 2011).

Laut einer Meta-Analyse führte selbst imaginärer Kontakt zu einer signifikanten Verringerung der Voreingenommenheit zwischen den Gruppen. Der Effekt war bei Kindern stärker als bei Erwachsenen (Miles & Crisp, 2014). Wurden die Mitglieder der Außengruppe hingegen als eine zusammenhängende Einheit wahrgenommen, war dies ein moderater Prädiktor für furchtbedingte Fremdenfeindlichkeit. Freiwillige informelle Kontakte waren ein schwacher Prädiktor für angstbedingte Fremdenfeindlichkeit, während die negative Bewertung einer Begegnung in der jüngsten Vergangenheit ein starker Prädiktor war (Ommundsen et al., 2013). Andere Forscher fanden heraus, dass die Bedrohung durch eine Gruppe eine Quelle für die fremdenfeindlichen Reaktionen von Jugendlichen gegenüber einer anderen ethnischen Gruppe war – die Sorge, von der anderen Gruppe angegriffen zu werden und zahlenmäßig

unterlegen zu sein, die Angst vor Einsamkeit und dem Verlust von Freunden. Darüber hinaus waren der numerische Minderheitenstatus und die subjektive Wahrnehmung des numerischen Minderheitenstatus ohne einen faktischen numerischen Minderheitenstatus wichtige Prädiktoren für Fremdenfeindlichkeit (Kumar et al., 2011).

Es gibt einige Literatur über rechtsradikale *Medien* (Presse, Internet, CDs usw.) (Borgeson & Valeri, 2004; Tsunokai & McGrath, 2014) und ihren Einfluss auf Jugendliche. Österreichische Schülerinnen und Schüler, die rechtspopulistischen Akteuren auf Facebook folgten, waren überwiegend weniger gebildet, männlich, erzielten niedrige Werte bei Messungen des politischen Vertrauens und der Persönlichkeitseigenschaft Offenheit (Heiss & Matthes, 2017). Waren Schülerinnen und Schülern symbolisch und wirtschaftlich bedrohlicher Werbung ausgesetzt, führte das zu einem signifikanten Anstieg negativer Einstellungen gegenüber Zuwanderern, insbesondere bei Schülerinnen und Schülern mit niedrigerem Bildungsniveau (Schmuck & Matthes, 2015). Es wird weithin angenommen, dass „Musik das wichtigste Medium für die extreme Rechte ist, um ihre Ideologie zu verbreiten“ (Langebach & Raabe, 2013, S. 254). Bei solchen Berichten handelt es sich jedoch oft nur um deskriptive oder korrelative Studien, da es schwierig und teuer ist, Längsschnittuntersuchungen zu den spezifischen Einflüssen solcher Medien auf Kinder, Jugendliche und Erwachsene durchzuführen. In jedem Fall hat die Forschung Hinweise darauf geliefert, dass Vorlieben für bestimmte Musikstile im Jugendalter mit späterem Problemverhalten korrelieren (Mulder et al., 2007) oder sogar ein solches Verhalten vorhersagen (Selfhout et al., 2008) und dass rassistische Musik Rassismus fördern könnte (North & Hargreaves, 2008, S. 192–193).

Die Auswirkungen *gewalttätiger Medieninhalte* auf Kinder und Jugendliche sind ein umfangreiches Thema empirischer Studien. Lange Zeit waren die Forschungsüberblicke zu dieser Frage kontrovers. Einige frühe Zusammenfassungen fanden keine Unterstützung für die Hypothese, dass das Betrachten von Gewalt in den Medien (insbesondere im Fernsehen) zu schwerwiegenderen Formen gewalttätigen Verhaltens führen würde (Freedman, 1984; Krug et al., 2002, S. 39–40). Einige neuere Forschungsübersichten kamen zu negativeren Schlussfolgerungen (Brown & Bobkowski, 2011; Krahé, 2018). Längsschnittstudien ergaben, dass der Konsum gewalttätiger Fernsehinhalte in der Kindheit, die Identifikation mit gewalttätigen Charakteren und die Wahrnehmung von Gewalt im Fernsehen realistische Prädiktoren für aggressives Verhalten in der späteren Kindheit und sogar im Erwachsenenalter sind (Gentile et al., 2011;

Huesmann et al., 2003). Sogar der Umfang des Fernsehkonsums selbst wurde mit Aggression im Erwachsenenalter in Verbindung gebracht (Johnson et al., 2002; Robertson et al., 2013). Eine weitere Kontroverse betrifft die Auswirkungen von gewalttätigen Video- und Computerspielen. Internationale Meta-Analysen weisen auf kurz- und langfristige Auswirkungen auf Feindseligkeit und Aggressivität hin (Anderson et al., 2010). Eine Meta-Analyse mit mehr als 10.000 Teilnehmern in 37 Studien zeigte, dass gewalttätige Medien aggressive Gedanken, wütende Gefühle, physiologische Erregung und aggressives Verhalten verstärken können. Der Zusammenhang zwischen dem Betrachten gewalthaltiger Medien und feindseligen Einschätzungen war positiv mit dem Alter verknüpft, vielleicht weil gewalthaltige Medien im Laufe der Zeit kumulative Wirkungen haben können (Bushman, 2016). In einer internationalen Studie in Ländern aus vier Kontinenten war die direkte Auswirkung des Konsums von Gewalt in Bildschirmmedien (Fernsehen, Filme, Videospiele) auf ein zusammengesetztes Maß für körperliche, verbale und Beziehungs-Aggression statistisch signifikant und von geringer bis mittlerer Größe (Anderson et al., 2017). Allerdings könnten aggressive Personen auch stärker von der Betrachtung gewalttätiger Inhalte betroffen sein (Arriaga et al., 2006).

Einerseits bieten erlernte *ethnische Vorurteile* kognitive Möglichkeiten, die Komplexität einer multikulturellen Gesellschaft zu reduzieren, andererseits erschweren Vorurteile das Leben in einer solchen Gesellschaft. Offensichtlich werden viele Vorurteile gegenüber anderen Gruppen in der *Kindheit und Jugend* erlernt. Dementsprechend konzentrierte sich die frühere Forschung über Vorurteile (z. B. Allport, 1954) auf soziales Lernen und Umweltfaktoren. Die Formen des Lernens sowie die kognitiven, emotionalen und verhaltensbezogenen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen verändern sich mit dem Alter. Der Erwerb von rechtsradikalen Aspekten wie rassistischen Einstellungen, Feindseligkeit und Aggression gegenüber Fremden ist *altersabhängig*. Im Alter von 30 Monaten neigten weiße und afroamerikanische Kinder dazu, Freunde der gleichen Rasse zu wählen. Im Alter von 36 Monaten wählte jedoch eine große Mehrheit der weißen Kinder weiße Freunde und nur eine Minderheit der afroamerikanischen Kinder Freunde der gleichen Rasse. Dies deutet auf kulturelle Einflüsse hin, obwohl sowohl weiße als auch schwarze Eltern angaben, dass sie mit ihren Kindern nicht über Rasse sprechen (Katz, 2003). Wie bereits erwähnt, wurde für 3- bis 6-jährige Kinder gezeigt, dass die impliziten (nicht expliziten) ethnischen Einstellungen der Mütter (aber nicht der Väter) die Einstellungen der Kinder vorhersagten (Castelli et al.,

2009). Eine weltweite Meta-Analyse zu Altersunterschieden bei ethnischen, rassischen und nationalen Vorurteilen bei Kindern und Jugendlichen ergab einen Höhepunkt der Vorurteile in der mittleren Kindheit (5–7 Jahre), gefolgt von einem leichten Rückgang bis zur späten Kindheit (8–10 Jahre). Im Jugendalter wurde kein Entwicklungstrend festgestellt, was für die Autoren auf einen stärkeren Einfluss des sozialen Kontextes auf Vorurteile mit zunehmendem Alter hindeutet (Raabe & Beelmann, 2011). Für Kinder und Jugendliche im Alter von 9–15 Jahren deuten einige Forschungsergebnisse darauf hin, dass, obwohl davon ausgegangen wird, dass Kinder (eher abstrakte) Vorurteile in einem viel jüngeren Alter erwerben, eine Automatisierung (spontane Aktivierung) solcher Einstellungen erst in der frühen Adoleszenz (12–13 Jahre) zu beobachten ist, wenn die Unterscheidungen zwischen Eigengruppe und Fremdgruppe schärfer werden und in der Personenwahrnehmung soziale Kategorien häufiger verwendet werden (Degner & Wentura, 2010). Selbst am Ende der Adoleszenz wurden zumindest kurzzeitige Auswirkungen der Betrachtung von Stereotypen beobachtet: amerikanische Studenten (Durchschnittsalter 20 Jahre) spielten für kurze Zeit ein stereotypes Gewaltspiel *(Counter Strike)*, in dem arabische/muslimische Charaktere als feindliche Terroristen dargestellt wurden. Danach zeigten die Studenten eine erhöhte Stereotypisierung und negative implizite und explizite Einstellungen gegenüber Arabern/Muslimen (Saleem & Anderson, 2013).

In einer Längsschnittstudie wurden die Persönlichkeitsmerkmale von Vorschulkindern und ihre Neigungen entlang einer *liberalen/konservativen* Dimension 20 Jahre später analysiert. Bei den konservativen Erwachsenen handelte es sich um Kinder, die sich leicht schikaniert, leicht beleidigt, unentschlossen, ängstlich, starr, gehemmt, relativ überkontrolliert und verletzlich fühlten. Liberale Erwachsene waren Kinder, die sich durch die Entwicklung enger Beziehungen, Selbstständigkeit, Energie, ein gewisses Maß an Dominanz, relative Unterkontrolliertheit und Widerstandsfähigkeit auszeichneten (Block & Block, 2006). Ausgeweitet auf radikalere und aggressivere Formen fanden Studien Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen sozial-emotionalen Problemen, Furcht, Misstrauen, Misanthropie, Wut und Bösartigkeit in der Kindheit und späterer Feindseligkeit gegenüber Ausländern und anderen sozialen Minderheiten (Wahl, 2002).

Für die Entwicklung von *aggressivem Verhalten* zeigten internationale Studien eine „Kamelhöcker"-Kurve, d. h. eine Spitze der Aggression bei Kindern (vor allem Jungen) zwischen 2 und 4 Jahren und eine zweite Spitze des antisozialen oder aggressiven Verhaltens bei Jungen zwischen 15 und 20 Jahren. Darüber hinaus war eine kleine Gruppe von Kindern und

Jugendlichen anhaltend aggressiv (Alink et al., 2006; Tremblay, 2007; Wahl & Metzner, 2012).

Insgesamt gibt es trotz allgemeiner generationsübergreifender Korrelationen von Rassismus und rechtsradikalen Einstellungen unterschiedliche Beiträge von Müttern und Vätern. Bestimmte Arten von Bindungen und Eltern-Kind-Beziehungen können die politischen Einstellungen der Kinder prägen, hinzu kommen vielfältige Einflüsse von Kindertagesstätte, Schule, Gleichaltrigen und Medien.

3.3 Biotische Einflüsse (e)

Wichtige psychologische Vorläufer rechtsradikalen Verhaltens, wie z. B. ein hohes Maß an (sozialer) Angst, fremdenfeindliche Vorurteile und Aggressivität, werden schon früh im Leben entwickelt oder erlernt. Angesichts all der Korrelationen politischer Einstellungen zwischen Eltern und Kindern bleibt die Frage: *Welche* elterlichen Faktoren verursachen solche Ähnlichkeiten? In der Anlage-und-Umwelt-Debatte der letzten Jahrzehnte wurden sowohl sozialpsychologische Faktoren wie Bindung, Nachahmung oder Kindererziehung als auch *genetische Einflüsse* diskutiert. Zwillings- und Verwandtschaftsstudien (die genetische und umweltbedingte Faktoren trennen) in Australien, England und Deutschland haben gezeigt, dass ein beträchtlicher Teil der Varianz bei sozialen und *politischen Einstellungen* (Liberalismus/Konservatismus usw.) sowie bei relevanten Persönlichkeitsmerkmalen (z. B., Ängstlichkeit, Dominanz, Aggressivität) durch genetische Faktoren erklärt werden kann (Bell et al., 2018; Chen et al., 2015; Hettema et al., 2001; Martin et al., 1986; Moreno et al., 2016; Trzaskowski et al., 2012), und sie wurden auch von epigenetischen Faktoren beeinflusst (Nieto et al., 2016).

Andere Studien fanden heraus, dass eine gemeinsame genetische Veranlagung die *soziale Furcht* und die *Einstellung zu gruppenfremden Personen* beeinflusst, aber die Autoren wiesen darauf hin, dass die Beziehung zwischen Genen, Furchtdisposition und einer bestimmten sozialen oder politischen Einstellung wahrscheinlich nicht fest verdrahtet ist (Hatemi et al., 2013). Kinder mit einem hohen Maß an frühkindlicher Angst hatten ein erhöhtes Risiko für spätere Ängste (Jakobsen et al., 2012), die sie anfällig für rechtsradikale Ideologien machen könnten. Weitere Studien wiesen darauf hin, dass beträchtliche genetische Effekte für Einstellungen gegenüber Menschen aus verschiedenen rassischen/ethnischen Gruppen und psychologische Prädispositionen für bestimmte

Formen von Vorurteilen wie mangelnde Offenheit, Rechtsautoritarismus (RWA), Eigengruppenbevorzugung oder -verehrung (d. h. Patriotismus) sowie Fremdgruppenabwertung (d. h. Vorurteile) verantwortlich sind. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die bisherigen Arbeiten zur Vererbbarkeit von Einstellungen gegenüber Menschen verschiedener Rassen/ethnischer Gruppen und gegenüber Nicht-Heterosexuellen zeigen, dass die Gene einen deutlichen und konsistenten Einfluss auf Vorurteile haben. Schätzungen der Erblichkeit zeigen, dass zwischen 20 % und 50 % der Variation in verschiedenen vorurteilsbehafteten Einstellungen auf genetische Effekte zurückzuführen sind. Gene wirken jedoch in einer komplexen Interaktion mit den Umweltfaktoren einer Person (Barlow et al., 2017; Hodson & Dhont, 2015; Lewis & Bates, 2010, 2014; Lewis et al., 2013).

Weitere Erkenntnisse erbrachte eine Kombination aus zwei Meta-Analysen. Eine davon, die neun Studien in fünf Ländern mit einer kombinierten Stichprobe von über 12.000 genetisch nahezu identischen (eineiigen) und nicht identischen (zweieiigen) Zwillingspaaren umfasste, lieferte ebenfalls Belege dafür, dass genetische Faktoren bei der Herausbildung der politischen Ideologie eine Rolle spielen. Eine Ausnahme bildeten jedoch Fragen, die sich explizit auf „links oder rechts“ konzentrierten und die in hohem Maße von lokalen und kulturellen Definitionen abhängig zu sein schienen, was darauf hindeutet, dass die Gruppenidentifikation stärker ist als die ideologische Position. Die andere Meta-Analyse umfasste drei sogenannte genomweite Assoziationsanalysen zur politischen Ideologie mit einer kombinierten Stichprobe von über 11.000 Personen in zwei Ländern und ergab keine signifikanten Einflüsse bestimmter genetischer Polymorphismen. Mit anderen Worten, weder ein einzelnes Gen noch eine kleine Gruppe von Genen beeinflusste direkt die ideologischen Präferenzen. Die kombinierte Evidenz beider Meta-Analysen legt nahe, dass politische Ideologie tatsächlich ein Aspekt der genetisch bedingten psychologischen Disposition eines Menschen ist, aber genetische Einflüsse auf komplexe Phänomene wie politische Ideologien drücken sich in Tausenden von Markern aus, von denen jeder nur geringe Bedeutung hat (Hatemi et al., 2014).

Andere Zwillingsstudien fanden heraus, dass *rechtsautoritäre, traditionelle Einstellungen*, *Bevorzugung von Mitgliedern der Eigengruppe* und die Big-Five-Dimension der geringen Offenheit ebenfalls genetisch beeinflusst waren (Bouchard, 2009; Lewis & Bates, 2014; Ludeke et al., 2013; McCourt et al., 1999). Auch die zeitliche Stabilität der Eigengruppenbevorzugung war meist auf genetische Faktoren

zurückzuführen (Lewis & Bates, 2017). Im Fall von Ethnozentrismus konnte ein großer Teil der Varianz durch die einzigartige Umgebung erklärt werden, aber auch die genetische Vererbung erklärte einen Teil der Varianz (Orey & Park, 2012).

Gewalt wird oft als ein Element des Rechtsextremismus angesehen. *Aggressivität* ist stark von genetischen und epigenetischen Faktoren abhängig. In mehreren Zwillingsstudien wurde festgestellt, dass Aggression und andere Formen externalisierenden und antisozialen Verhaltens nicht nur durch genetische Faktoren, sondern auch durch Umweltfaktoren wie Stress in der Kindheit stark beeinflusst werden (Baker et al. 2007; Eley et al., 2003; Pérusse & Gendreau, 2005; Rhee & Waldman, 2002; Rowe et al., 1999; Wichers et al., 2013).

Genetische, epigenetische und umweltbedingte Faktoren *stehen in Wechselwirkung*: Biologische Variablen beeinflussen das Sozialverhalten und umgekehrt beeinflussen ökologische Risikofaktoren und soziales Verhalten (z. B. Armut oder häusliche Gewalt) biologische Variablen. Insbesondere zwei Gene, die die Impulskontrolle regulieren, der Genotyp der Monoaminoxidase A (MAO A) mit geringer Aktivität (der zu einem niedrigen Dopamin-Umsatzrate beiträgt) und das Gen für Cadherin 13 (CDH13) (das mit der Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS) assoziiert wird), wurden mit extrem gewalttätigem Verhalten in Verbindung gebracht (Tiihonen et al., 2014). Darüber hinaus bedingt ein Polymorphismus des MAO-A-Gens den Einfluss von Kindesmissbrauch auf antisoziale Verhaltensweisen im Laufe des Lebens. Dies zeigte sich bei der Beobachtung von Eltern, die ihre Kinder schlugen. Die körperliche Bestrafung selbst war mit der Aggressivität der Kinder korreliert, aber die Mehrheit der geschlagenen Kinder entwickelte keine Verhaltensauffälligkeiten. Um diese Tatsache zu verstehen, schlugen mehrere Studien vor, dass Gene eine Schlüsselrolle bei der Mäßigung einiger Umweltrisikofaktoren spielen könnten (Gen-Umwelt-Interaktion) (Boutwell et al., 2011; Buckholtz & Meyer-Lindenberg, 2008; Caspi et al., 2002). Ein weiteres Beispiel für Gen-Umwelt-Interaktionen ist, dass pränatale Tabak- und Drogenexposition den Einfluss genetischer Risikofaktoren auf die Vorhersage aggressiven Verhaltens bedingt (Bendersky et al., 2006; Huijbregts et al., 2007; Petkovsek et al., 2014; Sood et al., 2001; Yochum et al., 2014).

Dies lenkt die Aufmerksamkeit auf die *Epigenetik*, ein in den letzten Jahren expandierendes Forschungsgebiet, das die Veränderung der Genexpression untersucht, die dadurch verursacht wird, dass Basenpaare in der DNA durch chemische Prozesse aus- oder eingeschaltet werden. Solche

Prozesse können zu vererbbaren genetischen Veränderungen führen, die nicht durch Veränderungen in der DNA-Sequenz verursacht werden. Epigenetische Veränderungen wurden als Reaktionen auf Umwelteinflüsse beobachtet, einschließlich Erfahrungen während der Schwangerschaft (z. B. Drogenmissbrauch, Stress) und der frühen Kindheit (z. B. elterliche Bestrafung). Die epigenetische Regulierung der Genexpression kann ihrerseits Persönlichkeit und Verhalten beeinflussen (Depue, 2009; Frankenhuis & Del Giudice, 2012). Einer dieser Mechanismen verbindet die Qualität der frühen mütterlichen Fürsorge mit Unterschieden in der Hypothalamus-Hypophysen-Nebennierenrinden (HPA)-Stressreaktion im Kind, die über Veränderungen in der epigenetischen Regulierung der Genexpression von Glukokortikoidrezeptoren vermittelt wird (McGowan et al., 2009; Oberlander et al., 2008). Das HPA-System und Glukokortikoide wie Cortisol spielen eine wichtige Rolle bei der Kontrolle von Aggression (Wahl, 2013, S. 65–68) und werden mit angstbedingtem Verhalten in Verbindung gebracht.

Epigenetische Einflüsse auf die HPA-Achse (z. B. durch mütterliches Verhalten) können den Grad der Angst beeinflussen (Sotnikov et al., 2014), ein möglicher Vorläufer rechtsradikaler Einstellungen und Verhaltensweisen. Experimente mit Tieren zeigten, dass, wenn einer Generation beigebracht wurde, sich vor etwas zu fürchten, sowohl ihre Nachkommen als auch die nächste Generation mit dieser Furcht geboren wurden. Dies wurde durch einen epigenetischen Prozess in Bezug auf ein Gen für einen Rezeptor verursacht, der durch das Furchtobjekt aktiviert wurde (Szyf, 2014). Hypothetisch könnten solche erlernten Ängste nach epigenetischen Überlegungen auch beim Menschen vererbt werden.

Einige Autoren unterscheiden zwischen stabileren „Kernpersönlichkeitsmerkmalen" (z. B. Temperament, Big Five), die stark auf genetischen Unterschieden beruhen und weniger anfällig für Einflüsse durch Kultur und individuelle Lebenserfahrungen sind, einerseits und formbareren individuellen „Oberflächenpersönlichkeitsmerkmalen" (z. B. Selbstkonzept, Einstellungen), die offener für kontextuelle Einflüsse sind, andererseits (Asendorpf & Van Aken, 2003; Ekehammar & Akrami, 2007). Aus dieser Perspektive wird das Temperament eines Kindes zu einem großen Teil durch die Gene seiner Eltern und möglicherweise durch epigenetische Faktoren geformt. Genetisch stark beeinflusste Verhaltensdispositionen wie Aggressivität sind von der Kindheit bis zum Erwachsenenalter relativ stabil (Farrington, 1991; Porsch et al., 2016; Waltes et al., 2015). Die politischen Einstellungen eines Kindes oder Jugendlichen werden jedoch eher von den Einstellungen der Eltern geprägt

und durch die emotionale Eltern-Kind-Beziehung verändert.

Insgesamt hat die Forschung festgestellt, dass erhebliche Teile der politischen Einstellungen (einschließlich rechtsradikaler Syndrome wie Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung) und der Aggressivität durch eine Vielzahl genetischer Faktoren erklärt werden. Darüber hinaus können epigenetische Einflüsse (z. B. das Verhalten der Mutter) das Ausmaß der Angst beeinflussen, eine mögliche Vorstufe rechtsradikaler Einstellungen und Verhaltensweisen. In jedem Fall wirken die Gene in einer komplexen Wechselwirkung mit den Umweltfaktoren einer Person.

Nach unserem biopsychosoziologischen Modell (Abb. 2.1 in Kap. 2) beeinflussen genetische Faktoren die Entwicklung der Persönlichkeit, die ihrerseits psychologische Schlüsselsyndrome und politische Einstellungen hervorbringt. Die empirische Forschung hat zahlreiche Korrelationen zwischen diesen Ebenen von Variablen festgestellt. Allerdings ist Korrelation nicht unbedingt gleichbedeutend mit Kausalität. Daher haben einige Forscher die Beziehungen zwischen Genen, Persönlichkeitsmerkmalen und politischen Ideologien anhand einer amerikanischen Stichprobe von etwa 12.000 Zwillingen auf eine neue Weise analysiert. Sie fanden heraus, dass sich nicht nur Persönlichkeitsmerkmale, sondern auch politische Einstellungen früh im Leben entwickeln. Obwohl sich politische Einstellungen im Kleinkindalter nicht wirksam messen ließen, waren die Vorläufer dieser Einstellungen bereits vor dem ersten Schuljahr eines Kindes vorhanden (z. B. Teilen, Führungsrollen im Spiel, Gerechtigkeit versus Gleichheit, Hierarchie). In dieser Studie führten Persönlichkeitsmerkmale (unkooperativ, feindselig, lästig, sozial zurückgezogen usw.) nicht dazu, dass Menschen soziale, politische und militärische Einstellungen entwickelten; vielmehr war die Korrelation zwischen beiden eine Funktion eines angeborenen *gemeinsamen zugrunde liegenden latenten genetischen Faktors* (allerdings gibt es keine *spezifischen* Gene für eine bestimmte politische Einstellung oder ein Persönlichkeitsmerkmal). Interessanterweise verlief der Kausalpfeil bei einigen Variablen entgegen der angenommenen Kausalhypothese von politischen Einstellungen zu Persönlichkeitsmerkmalen. „Es scheint, dass die genetische Komponente politischer Einstellungen, die relativ spät im Leben eines Individuums gemessen wird, zur Entwicklung der Persönlichkeit eines Individuums beiträgt (…) Einstellungen sind mehr als das, was im Erwachsenenalter ausgedrückt wird, sondern Teil der Veranlagung, die das Verhalten und die Auswahl in der Umgebung lenkt, die später als Einstellungen im Erwachsenenalter erkannt und gemessen werden“ (Verhulst et al., 2012).

Daher zeigt unser Modell zusätzliche direkte Pfeile von biotischen Einflüssen zu politischen Einstellungen.

3.4 Evolution von biopsychosozialen Mechanismen (f)

Vielen Bürgern und Bürgerinnen fehlt es an fundiertem politischem Wissen, dennoch haben sie starke politische Meinungen. Die interessante Frage ist also, wie Menschen angesichts des Mangels an politischem Wissen oder Informationen zu ihren politischen Ansichten kommen. Gibt es mehr als das Folgen von Traditionen, Stimmungen, Bezugsgruppen, der Parteilinie, der Macht der Gewohnheit, suggestiven Medien oder charismatischen politischen Führern? Petersen (2015) gab eine Antwort der politischen Psychologie: Die Bürger tun dies mit Hilfe von *Heuristiken*, d. h. schnellen Urteilsverfahren oder schnell ausgeführten Entscheidungsregeln, die die Navigation durch die Interessen- und Wertekonflikte, die als Politik bezeichnet werden, erleichtern. Einige dieser Heuristiken werden erlernt, um in der komplexen Welt der modernen Politik zu funktionieren. Für Wissenschaftler mit einer *evolutionären Perspektive* sind viele grundlegende Heuristiken aber das Ergebnis der Evolution: Unsere Vorfahren, beginnend in der langen Zeit der Jäger und Sammler, mussten Probleme lösen wie „Wer gehört zu meiner Gruppe?“, „Mit wem sollte ich teilen?“, „Wen kann ich bitten, mit mir zu teilen?“, „Wie sollten wir mit Normverletzern innerhalb unserer Gruppe umgehen?“ und „Wie sollten wir uns anderen Gruppen nähern?“, um zu überleben und sich fortzupflanzen. Diese Probleme sind auch heute noch im Wesentlichen politische Probleme. Ohne ausreichendes Wissen über die komplexen Interessen, Werte, Strukturen und Prozesse in der modernen Welt der Politik verwenden die Bürger heute die alten Heuristiken, die Adaptationen für die Politik in den kleinen Gruppen unserer Vorfahren waren und nicht für die Massenpolitik. Ein Beispiel dafür ist die Heuristik des „Hat er es verdient?“, die die Komplexität von Entscheidungen über Wohlfahrtspolitiken reduziert, indem sie die Aufmerksamkeit der Menschen nicht auf die komplexen Politiken und Programme, sondern auf den moralischen Charakter der Empfänger lenkt. Diese Heuristik könnte sich auf der Grundlage des Problems der Nahrungsaufteilung in den Jäger-

und Sammlergruppen unserer Vorfahren entwickelt haben, wo Betrüger – die mehr nahmen als sie gaben – eine selektive Reaktion zur Entwicklung von Mechanismen zur Vermeidung des Austauschs mit Betrügern hervorriefen. Nach dieser Auffassung beruht die Heuristik des „Hat er es verdient?", die moderne Individuen auf die Wohlfahrtspolitik anwenden, auf evolutiven Motivationssystemen, um mit Problemen im Zusammenhang mit Betrug im sozialen Austausch umzugehen: Werden Menschen als für ihre eigene Notlage verantwortlich angesehen (als „faul" usw.) und verdienen sie daher keine Wohlfahrtsleistungen? Sollten Wohlfahrtsprogramme von solchen Kriterien abhängen? Sollten Gruppen wie Einwanderer, Kriminelle usw. von Wohlfahrtsprogrammen profitieren? In allen modernen Gesellschaften nutzen die Menschen diese Heuristik, um ihre Einstellung zur Sozialfürsorge zu entwickeln (Petersen, 2015). Es gibt noch einen weiteren Mechanismus, der unser politisches Wissen prägt: Unser Gehirn ist darauf programmiert, unangenehmen Dingen mehr Aufmerksamkeit zu schenken *(„Negativitätsbias")*. Dies hat die Menschen in der Evolution vor vielen Risiken bewahrt (Vaish et al., 2008). Manche Menschen sind besonders ängstlich und pessimistisch und neigen dann eher dazu, politisch rechts zu sein (Hibbing et al., 2014).

Als Teil der Natur sind auch Menschen mit rechtsradikalen politischen Orientierungen (einschließlich der Einstellungen zu Sozialstaatsfragen) Produkte der Evolution. „Nichts in der Biologie macht Sinn, wenn es nicht im Lichte der Evolution betrachtet wird" (Dobzhansky, 1973). Evolutionswissenschaftler (von der Evolutionspsychologie bis zur Tiefensoziologie – Wahl, 2000) bieten ihre eigenen Hypothesen über die Entwicklung einer Reihe von spezifischen psychologischen Syndromen und Persönlichkeitsmerkmalen an, die in der Forschung über Rechtsradikalismus diskutiert werden. Für sie besteht die unterste Ebene unseres biopsychosoziologischen Modells aus biotischen, psychischen und sozialen Mechanismen, die sich im Laufe der Evolution als Anpassungen entwickelt haben, um Probleme in der ökologischen und sozialen Umwelt unserer Vorfahren zu lösen. Dank ihrer selektiven Vorteile werden diese Mechanismen bis heute als *ultimate Ursachen* oder tiefe Attraktoren (Zustand, zu dem ein biotisches System tendiert) für das menschliche Verhalten angesehen. Sie verbergen sich oft hinter einer Masse von *proximaten Ursachen* wie erlernten Ideologien oder der aktuellen gesellschaftlichen Situation. Ultimate Ursachen ebnen im Grunde den Weg für die Entwicklung bestimmter Verhaltensmuster, während proximate Ursachen den letzten Schliff geben. Auf evolutionärem Denken basierende Hypothesen stellen jedoch eine Herausforderung für die empirische

Forschung dar, da die früheren Prozesse der Anpassung an die Umwelt nur indirekt untersucht werden können (mit Hilfe der Paläoanthropologie, durch Beobachtung rezenter Jäger- und Sammlerstämme oder durch Experimente zur Überprüfung der Vorhersagen der Evolutionspsychologie). Für einige Kritiker der Evolutionswissenschaften sind solche Theorien Einladungen zu Spekulationen jenseits der empirischen Erkenntnisse.

In den letzten Jahrzehnten gab es viel gegenseitige Skepsis zwischen den Biowissenschaften und den Sozialwissenschaften. Einerseits kritisierten einige Biologen die „Biophobie" der Soziologie, d. h. ihre unzureichende Berücksichtigung biologischer Faktoren des menschlichen Verhaltens. Andererseits verdächtigten einige Sozialwissenschaftler diejenigen, die die Evolutionstheorie zum Verständnis des menschlichen Verhaltens anwandten, selbst konservative, reaktionäre oder rechtsgerichtete Tendenzen zu haben und den „naturalistischen Fehlschluss" (was natürlich ist, ist moralisch richtig) zu begehen, wenn sie zum Beispiel das Patriarchat beschreiben. In der Tat schienen einige prominente Forscher diesen Verdacht zu bestätigen (und bekamen Beifall von einigen rechten Gruppen), während andere nach links oder Mitte-links tendierten (vgl. Wahl, 2000; Weingart et al., 1997). Eine Studie unter amerikanischen Doktoranden der evolutionären Anthropologie ergab jedenfalls, dass sie sehr liberale politische Überzeugungen und ein sehr liberales Wahlverhalten haben, das sich kaum von dem von anderen Studenten unterscheidet (Lyle & Smith, 2012). Ein Test unter amerikanischen Psychologiestudenten kam zu vergleichbaren Ergebnissen: Diejenigen, die sich mit der Evolutionspsychologie identifizierten („Adaptionisten"), waren politisch nicht konservativer als „nicht-adaptionistische" Studenten (behavioristisch, kognitiv, psychoanalytisch usw.) und viel weniger konservativ als typische US-Bürger (Tybur et al., 2007).

In jedem Fall wurden die evolutionären Prozesse, die rechtsradikale Verhaltensweisen und Ideologien begünstigen, als die Entwicklung biopsychosozialer Mechanismen (die im Gehirn gespeichert sind) interpretiert, die grundlegende Potenziale für das *Verhalten innerhalb von Gruppen* und *gegenüber Fremden und Außengruppen* bieten, um Probleme des sozialen Lebens zu lösen, insbesondere wenn Leben, Gesundheit oder Wohlbefinden bedroht sind. Mechanismen und Dispositionen für das soziale Leben im Allgemeinen wurden in Form von Antagonisten wie Autoritarismus versus Egalitarismus, Egoismus versus Altruismus, Xenophobie (Angst vor Fremden) versus Xenophilie (Liebe zu Fremden)

versus Xenoktonie (Feindseligkeit gegenüber Fremden) und Aggression versus Kooperation und Solidarität verstanden. Manifestationen des Rechtsradikalismus wurden auf ein charakteristisches Bündel solcher Phänomene zurückgeführt, grob gesagt: Autoritarismus und Altruismus innerhalb der Eigengruppe, Fremdenfeindlichkeit und Feindseligkeit gegenüber Außengruppen.

Kessler und Cohrs schlugen vor, dass *Autoritarismus* in der Evolution selektiert worden sein könnte und aufrechterhalten wurde. Sie schlugen vor, dass die Komponenten des Autoritarismus, d. h. die miteinander verknüpften Prozesse der autoritären Unterwerfung, der autoritären Aggression und des Konventionalismus adaptive Funktionen hatten, da sie die Koordinierung von Aktivitäten und die Zusammenarbeit in großen Gruppen förderten. Dies war besonders wichtig in Zeiten der Bedrohung (Hungersnöte, kalte Winter, Wettbewerb zwischen Gruppen). Darüber hinaus wurde die Hypothese aufgestellt, dass die Zusammenarbeit in großen Gruppen durch Aggression gegen Normverletzer unterstützt wird (Gintis et al., 2003). Daher kann eine hohe Gruppenfunktionalität negative Konsequenzen für Individuen oder Untergruppen innerhalb der Eigengruppe haben, die als von den Gruppennormen abweichend wahrgenommen werden (Kessler & Cohrs, 2008). Menschenopfer (absichtliche und ritualisierte Tötung eines Individuums, um übernatürliche Wesen zu besänftigen) wurden ebenfalls als Mittel zur Stabilisierung von Hierarchien diskutiert. Archäologische Aufzeichnungen früher Zivilisationen und ethnografische Aufzeichnungen indigener Weltkulturen enthüllten Hinweise auf Menschenopfer in vielen Kulturen (Pinker, 2011, Kap. 4). Nach der Hypothese der sozialen Kontrolle legitimiert und stabilisiert das Menschenopfer die soziale Schichtung, die politische Autorität und die sozialen Klassensysteme. Die Opfer hatten in der Regel einen niedrigen sozialen Status (z. B. Sklaven), während die Anstifter einen hohen sozialen Status hatten (z. B. Priester und Häuptlinge). Eine Analyse einer geografisch und sozial vielfältigen Stichprobe von 93 traditionellen austronesischen Kulturen (die Region zwischen Madagaskar, den Osterinseln und Neuseeland) ergab, dass Menschenopfer in den meisten hochgradig stratifizierten Gesellschaften praktiziert wurden, während sie in egalitären Gesellschaften kaum vorkamen. Für die Forscher deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass das rituelle Töten mit dem Übergang der Menschen von den kleinen egalitären Gruppen unserer frühen Vorfahren zu den großen stratifizierten Gesellschaften, in denen wir heute leben, einherging (Watts et al., 2016). Die Ergebnisse weisen auch auf Korrelationen von Hierarchie, Autorität, Gehorsam, Sündenbocksuche,

Bestrafung und Gewalt hin, die in etwas abgeschwächter Form im modernen Rechtsextremismus ihre Spuren hinterlassen haben.

Wie bereits erwähnt, ist die *soziale Dominanzorientierung (SDO)* die Vorliebe für Hierarchie und die Überlegenheit der eigenen Gruppe. Aus evolutionärer Sicht geht die Theorie der sozialen Dominanz davon aus, dass hierarchische Gruppen eine größere Rollenspezialisierung (Nahrungsproduzenten, Krieger, Anführer) ermöglichen. Dies wiederum führte zu einem größeren Nettofortpflanzungserfolg für alle Gruppenmitglieder und ermöglichte es hierarchischen Gruppen möglicherweise, anderen, weniger hierarchisch organisierten Gruppen Ressourcen (z. B. Partner, Nahrung) zu entziehen. Dies könnte zum Teil die *Vorurteile* gegenüber anderen Gruppen und die Allgegenwart solcher Vorurteile erklären. Darüber hinaus gibt es Variationen der SDO nach Nationen und Individuen, was auf Einflüsse von Faktoren wie Unterschiede im Wohlstand der Nationen oder der demokratischen Beteiligung hinweist (Fischer et al., 2012; Sidanius & Pratto, 2001). Vorurteilsbehaftete Einstellungen könnten also aus zwei grundlegenden motivationalen Zielen und Werten hervorgehen: (1) bedrohungsbedingte Bedürfnisse nach Gruppensicherheit und -kontrolle, die im rechten Autoritarismus zum Ausdruck kommen; (2) wettbewerbsbedingte Bedürfnisse nach Gruppendominanz, Überlegenheit und Macht, die in SDO zum Ausdruck kommen (Duckitt & Sibley, 2017).

Ethnozentrismus oder Bevorzugung der eigenen Gruppe ist ein weiterer Mechanismus, der mit der sozialen Dominanzorientierung verbunden ist. „Menschen sind eher bereit, Übertretungen gegen Uns wiedergutzumachen als gegen Sie (…) Dies wird oft rationalisiert – wir haben es aufgrund besonderer Umstände vermasselt. Sie haben es vermasselt, weil Sie eben so sind“ (Sapolsky, 2017, S. 395). Die Bevorzugung von Eigengruppen kann sogar durch willkürliche Gruppenunterschiede ausgelöst werden. Bevorzugte Kooperation innerhalb von Gruppen tritt sogar dann auf, wenn sie individuell kostspielig ist (Hammond & Axelrod, 2006). Es wird angenommen, dass ein solches universelles Phänomen für das Überleben und die Fortpflanzung von Tieren, einschließlich des Menschen, von Bedeutung ist. So wurde zum Beispiel entdeckt, dass Makaken wie Menschen automatisch Mitglieder der eigenen Gruppe positiv und Mitglieder der anderen Gruppe negativ bewerten (Mahajan et al., 2011). Der Zusammenhalt sozialer Bindungen und Gruppen wird durch verschiedene Mechanismen gestärkt, z. B. indem sie sich gegen einen wahrgenommenen Skandal empören und zusammenschließen (Tooby & Cosmides, 2010). Diese Dynamik wurde im Wahlkampf von Donald

Trump im Jahr 2016 beobachtet, als er den Empörungsfaktor hochspielte und Gruppen wie nie zuvor zusammenschweißte (Konnikova, 2016). Angehörige der Arbeiterklasse und der Mittelschicht mit unterschiedlichen sozioökonomischen Interessen schlossen sich gegen unerlaubte Einwanderung und die Korruption des politischen Systems zusammen, während Trump sich als reicher Mann präsentierte, der nicht gekauft werden kann.

Die Bevorzugung einer Gruppe durch den Menschen bedeutet, dass er sich lieber mit denjenigen zusammentut, die ihm ähnlich sind, als mit denjenigen, die anders sind, dass er Ressourcen bevorzugt an ihm ähnliche andere vergibt und dass er positivere Überzeugungen über sie hat. Dieser Mechanismus scheint tief in der Evolution verwurzelt zu sein, was durch Studien belegt wird, die zeigen, dass bereits 11 Monate alte Säuglinge – bevor sie Sprache sprechen und umfassend mit kulturellen Normen in Berührung kommen – dazu neigen, die soziale Welt in „wir" und „sie" zu unterteilen. Diese vorsprachlichen Säuglinge bevorzugten diejenigen, die selbst triviale Ähnlichkeiten mit ihnen selbst aufwiesen, und diese Präferenzen schienen einen kognitiven Vergleichsprozess widerzuspiegeln („wie ich" vs. „nicht wie ich"). Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass gruppenübergreifende Einstellungen nicht ausschließlich das Ergebnis kultureller Überlieferung und Erfahrung sind, sondern in der früh entstehenden Tendenz wurzeln, andere als ähnlich oder anders als sich selbst zu identifizieren und Erstere den Letzteren vorzuziehen. Dieser Prozess kann sich im Laufe der Entwicklung verstärken, wenn Kinder Muster der sozialen Präferenz bei Erwachsenen und älteren Kindern in ihrer Kultur beobachten (Mahajan & Wynn, 2012).

Fremdenfurcht und ihre negative Begleiterscheinung Fremdenfeindlichkeit sind jedoch nicht zwangsläufig die Kehrseite der Medaille des Ethnozentrismus, wie Cashdan (2001) anhand von Daten aus 186 Gesellschaften (Murdock & White, 1969) gezeigt hat; einige Beziehungen zu Mitgliedern anderer Gruppen können auch adaptiv sein (Austausch von Wissen, Güteraustausch, Partnersuche usw.).

Nach den Theorien der Evolutionspsychologie sind die Wurzeln von Fremdenfurcht und Vorurteilen in den ökologischen Bedingungen während der Evolution unserer Spezies und in den psychologischen Prozessen zu suchen, die sich als Anpassungen an diese Bedingungen entwickelt haben. Unsere Vorfahren mussten Risiken bewältigen, wenn sie in der Nähe anderer Gruppen lebten, z. B. das Risiko von Konflikten um territoriale Ressourcen (Jagdgebiet) oder das Risiko, dass Mitglieder der Außengruppe Träger von Infektionskrankheiten waren. Einer der psychologischen

Mechanismen, der dazu beiträgt, die Mitglieder der eigenen Gruppe vor solchen Gefahren zu schützen, indem er dazu führt, dass Interaktionen mit ihnen vermieden werden, ist das Vorurteil gegenüber den Fremdgruppen. Laut Thornhill und Fincher (2014) sind Parasiten für Genetiker für mehr evolutionäre Veränderungen im menschlichen Genom verantwortlich als andere Umweltfaktoren, die ebenfalls Quellen der Selektion sind. Bei Jägern und Sammlern und in alten Agrargesellschaften sowie in historisch alten Populationen war die Säuglings- und Kindersterblichkeit durch Infektionskrankheiten hoch. Die natürliche Auslese begünstigte Individuen mit Abwehrkräften gegen solche Krankheiten. Der Mensch verfügt über zwei Immunsysteme: ein physiologisches Abwehrsystem gegen Parasiten und ein „Verhaltensimmunsystem" zur Vermeidung von Infektionskrankheiten durch soziale Verhaltensweisen wie Vorsicht bei der Interaktion mit fremden Gruppen und Vorurteile gegenüber Menschen, die als ungesund, verseucht oder unrein wahrgenommen werden (Thornhill & Fincher, 2014, S. 59–60). Auf dem amerikanischen Kontinent starben mit der Ankunft der Europäer große Teile der einheimischen Bevölkerung, weil die Ureinwohner keine Immunität gegen Krankheitserreger aus der Alten Welt besaßen (Pringle, 2015).

Mehrere internationale Studien über derartige psychologische Mechanismen der Krankheitsvermeidung durch prophylaktisches Sozialverhalten ergaben Korrelationen des Verhaltensimmunsystems mit Rechtsautoritarismus, sozialer Dominanzorientierung, Ethnozentrismus und politischem Konservatismus. Mit anderen Worten, solche sozialen und politischen Einstellungen könnten als evolutionär bedingte Strategien zur Krankheitsvermeidung fungieren (Fincher et al., 2008; Navarrete & Fessler, 2006; Terrizzi et al., 2013). Abgesehen von ihrer biologischen Grundlage sind Vorurteile jedoch auch durch Lernen im Rahmen von Sozialisations-, kulturellen und politischen Prozessen formbar (Schaller & Neuberg, 2008).

In diesem Zusammenhang spielen auch die grundlegenden menschlichen *Emotionen* eine wichtige Rolle. Sie haben ihren Ursprung in der Evolution, werden in die menschliche Kultur übertragen und durch individuelle Rationalisierung zu „Gefühlsstrukturen" verarbeitet, d. h. zu Übertreibungen der rohen Emotionen, die durch Symbole und abstrakte Konzepte ausgearbeitet und überlagert werden. So kann beispielsweise die Emotion der Furcht in paranoide Bedrohungsphantasien umgewandelt werden, der Impuls der Wut in Hass, Feindseligkeit und so weiter. In einer solchen Perspektive werden auch Fremdenfurcht, Ethnozentrismus und Rassismus als „Gefühls-Strukturen" betrachtet (Van der Dennen, 1987).

Als Zusammenfassung der Koevolution dieser Mechanismen stellte Fishbein (2004) die Hypothese auf, dass sich in Jäger- und Sammlerstämmen, die im Subsistenzmodus leben, der 99 Prozent des Zeitraums der Existenz von Menschen kennzeichnet, drei Gruppen von evolutionären Prozessen entwickelt haben, die zu Vorurteilen und Diskriminierung führen: (1) integrative Fitness (Bevorzugung von Verwandten, die teilweise die gleichen Gene wie man selbst tragen und diese fortpflanzen können), (2) Autoritätssysteme (leichte Weitergabe von Informationen an die Jugend) und (3) Feindseligkeit zwischen Gruppen (Schutz von Jungen und Weibchen; Kontrolle von Nahrungsressourcen). Als Bestandteile der epigenetischen Systeme wurden sie auch in Nicht-Jäger-Sammler-Kontexten in Gang gesetzt. Als Gegengewicht weisen Fishbein (2004) und Bischof (2012, S. 211) auf einen weiteren Prozess hin, die Außengruppen-Attraktivität, die auf der Notwendigkeit des Genflusses in den eigenen Stamm durch sexuelle Beziehungen zwischen Mitgliedern verschiedener Stämme beruht. Dieser Prozess (einschließlich gewaltsamer Mittel) wirkte in gewissem Maße den fremdenfeindlichen Tendenzen entgegen und konnte zu einem teilweisen Abbau von Ethnozentrismus, Vorurteilen und Diskriminierung führen.

Einige Studien deuten darauf hin, dass es geschlechtsspezifische Unterschiede bei Merkmalen gibt, die für Bedrohungsreaktionen relevant sind und sich in ihrem adaptiven Nutzen zwischen Männern und Frauen unterscheiden: Aggressions- und Dominanzmotive bei Männern und Angst vor sexueller Nötigung bei Frauen. Infolgedessen könnte dieser Unterschied auch zu einer geschlechtsspezifisch moderierten Rassismusverzerrung führen (Navarrete et al., 2010).

Historiker und Politikwissenschaftler haben den *Nationalismus* als eine im neunzehnten Jahrhundert aufblühende Ideologie untersucht. Für Evolutionsforscher stellt dieser Prozess eine grundlegende und offene Frage: Warum übernahmen einige wenige aufeinanderfolgende Generationen nationalistische Ideologien, die mit bevölkerungsreichen Nationalstaaten im modernen Europa in Verbindung gebracht wurden – angesichts der Tatsache, dass soziale Gruppen als Objekte sozialer Identifikation während der fast endlosen Jahre der Evolution zuvor viel kleiner waren (oft waren es nur einige Dutzend Menschen, die einander persönlich kannten, vgl. Dunbar, 1993). Abgesehen davon, dass die meisten Historiker Nationen heute als nur vorgestellte oder erfundene Konstrukte bezeichnen, scheinen Erzählungen von Nationen und emotionale Vorstellungen von Nationalismus zumindest ihre *emotionale und motivationale Energie* aus alten evolutionären Mechanismen des

(ethnischen) Nepotismus, des sozialen Zusammenhalts, der Verteidigung gegen Bedrohung von außen oder der Nutzung von Gelegenheiten zum Erwerb von Ressourcen von Außengruppen zu beziehen.

Insgesamt könnten soziale, wirtschaftliche, kulturelle, politische, psychologische und biologische Faktoren für die Entwicklung des Nationalismus zusammenwirken. Um sich auf das letzte Faktorenbündel zu konzentrieren, gehen einige Autoren davon aus, dass aus einer evolutionären Perspektive, in der die Fortpflanzung das ultimative Maß für den menschlichen Erfolg ist, genetische Ähnlichkeit (Verwandtschaft) eine eindeutige Rolle für das Sozialverhalten kleiner *und* großer Gruppen wie *Religionsgemeinschaften* oder *Nationen* spielen kann. Tatsächlich beruhen Religionen und Ideologien des Nationalismus oft auf einer Ausweitung der familiären Loyalität und werden unter Verwendung von Verwandtschaftsbegriffen gepredigt: Gott wird „Vater" genannt, Länder werden als „Mutterland" oder „Vaterland" bezeichnet, und die ethnische Identität beruht sowohl auf tatsächlicher als auch auf vermeintlicher Ähnlichkeit. Ein biologischer Mechanismus, der diesen kulturellen Erscheinungsformen von Nationalismus und religiösem Fundamentalismus zugrunde liegt, besteht darin, dass Menschen genetisch motiviert sind, andere zu bevorzugen, die ihnen genetisch ähnlich sind, und altruistisches Verhalten könnte sich sogar über die „Verwandtenselektion" hinaus entwickeln. Dieser ethnische und religiöse Nepotismus wird durch religiöse und weltanschauliche Systeme und Symbole als Zeichen der Gruppenzugehörigkeit unterstützt, die eine gemeinsame, wenn auch mythologisierte Identität suggerieren (vgl. Rushton, 2005). So dienen beispielsweise Kopfbedeckungen wie Turban, Kippa, Burka, Hijab, Tschador usw. als Unterscheidungsmerkmal für religiöse Gruppen und können Vorurteile gegenüber anderen religiösen Gruppen auslösen. Nationalisten verwenden Symbole wie eine bestimmte Flagge oder ein Hakenkreuz.

Eine weitere häufige Facette des Rechtsradikalismus, die *Gewalt*, wurde durch Theorien über die *Evolution der Aggression* gedeutet. Belege für Aggression wurden bei Tieren und Menschen aller prähistorischen und historischen Zeiten und Kulturen gefunden. Nach dem Niedergang der Trieb- und Instinkttheorien zur Aggression mit ihrem Trieb-Entladungs-Modell (Freud, 1933; Lorenz, 1963) beschrieb die Humanethologie die Aggression als einen Mechanismus der Abgrenzung durch Gewalt oder Zurschaustellung. Diese Wissenschaft betrachtete den Krieg auch als ein Produkt der kulturellen Evolution, als einen Mechanismus zur Erhaltung und Ausdehnung des eigenen Territoriums und zur Erlangung des Zugangs

zu knappen Ressourcen. Solche Mechanismen beruhen auf der gegebenen Motivationsstruktur des Menschen, einschließlich der Furcht vor Fremden, die den Menschen dazu veranlasst, geschlossene Gruppen zu bilden und Fremden gegenüber misstrauisch oder feindlich zu sein (Eibl-Eibesfeldt, 1977). Später stellte die Evolutionspsychologie die Hypothese auf, dass es sich bei den psychologischen Mechanismen, die der Aggression zugrunde liegen, um „kontextabhängige Lösungen für bestimmte adaptive Probleme des sozialen Lebens" handelt, zu denen die Aneignung von Ressourcen anderer, die Verteidigung gegen Angriffe, die Auferlegung von Kosten für gleichgeschlechtliche Rivalen und die Aushandlung von Status- und Machthierarchien gehören. Um die Mechanismen der Aggression zu erklären, konzentrierte sich die Evolutionspsychologie nicht nur auf die natürliche oder sexuelle Selektion, sondern auch auf das Zusammenspiel von genetischen Dispositionen, Beobachtungslernen und kognitiven Skripts (Buss & Shackelford, 1997).

In allen untersuchten Kulturen sind Männer viel häufiger die körperlich gewalttätigen Personen, und ihre Opfer sind meist andere Männer (außer in Fällen häuslicher Gewalt). Dieser Unterschied wird häufig mit einem evolutionären Modell des intrasexuellen Wettbewerbs erklärt. Nach der Theorie der elterlichen Investitionen sind bei vielen Arten (einschließlich des Menschen) die Investitionen der Mütter in jeden Nachkommen (Schwangerschaft, Geburt usw.) viel höher als die der Väter. Dadurch werden die Weibchen zur wertvollen begrenzenden Ressource für die Fortpflanzung der Männchen. Um Zugang zu den Weibchen zu erhalten, müssen die Männchen in erster Linie mit anderen Männchen konkurrieren, ein Wettbewerb, der auch riskante und körperlich aggressive Formen annehmen kann. Dies ist auch beim Menschen der Fall, wo hauptsächlich Männer andere Männer töten, während Frauen eher verbale Aggression zeigen. Eines der Hauptmotive männlicher Gewalt ist die Verteidigung von Status und Ehre in der Gleichaltrigengruppe, einer wichtigen Ressource im Wettbewerb um Frauen (Campbell, 2013; Nivette et al., 2019; Trivers, 1972).

Solche alten Mechanismen verschiedener Formen von Aggression funktionieren im Rechtsradikalismus immer noch. Sie werden ausgelöst durch Anhaltspunkte wie eine wahrgenommene Bedrohung durch Fremdgruppen, Gefahr für die eigene Nation, Statusverlust, Kampf um die eigene Ehre und ähnliches. Hinzu kommen Anspielungen auf die Verteidigung von Frauen der eigenen ethnischen Gruppe gegen Männer anderer Herkunft (Wahl, 2003).

Alles in allem umfasst die unterste Schicht unseres Modells der

radikalen Rechten Theorien und Forschung zur Evolution adaptiver biopsychosozialer Syndrome und Mechanismen als letztendliche Ursachen für Autoritarismus und Altruismus innerhalb von Eigengruppen sowie Fremdenfurcht und -feindlichkeit gegenüber Außengruppen. Ethnozentrismus könnte den Fortpflanzungserfolg der Mitglieder der eigenen Gruppe begünstigt haben. Fremdenfeindlichkeit, ethnische Vorurteile und Aggression könnten dazu beigetragen haben, Risiken für Angehörige einer Gruppe zu vermeiden, die auf andere Gruppen trafen. In Situationen, die Desorientierung, emotionale Erregung und Stress hervorrufen, neigt das Gehirn des modernen Menschen immer noch dazu, diese alten Mechanismen zu aktivieren.

Literatur

Aboud, F. E., & Doyle, A. B. (1996). Parental and peer influences on children's racial attitudes. *International Journal of Intercultural Relations, 20*(3), 371–383.

Adorno, Th. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J., & Sanford, N. (1950). *The authoritarian personality*. Harper and Row.

Agroskin, D., & Jonas, E. (2010). Out of control: How and why does perceived lack of control lead to ethnocentrism? *Review of Psychology, 17*(2), 79–90.

Ainsworth, M. D. S., Blehar, M. C., Waters, E., & Wall, S. (1978). *Patterns of attachment*. Erlbaum.

Alink, L. R., Mesman, J., Van Zeijl, J., Stolk, M. N., Juffer, F., Koot, H. M., et al. (2006). The early childhood aggression curve: Development of physical aggression in 10- to 50-month-old children. *Child Development, 77*(4), 954–966.

Allport, G. W. (1954). *The nature of prejudice*. Addison-Wesley.

Anderson, C. A., Shibuya, A., Ihori, N., Swing, E. L., Bushman, B. J., Sakamoto, A., et al. (2010). Violent video game effects on aggression, empathy, and prosocial behavior in eastern and western countries: A meta-analytic review. *Psychological Bulletin, 136*(2), 151–173.

Anderson, C. A., Suzuki, K., Swing, E. L., Groves, C. L., Gentile, D. A., Prot, S., et al. (2017). Media violence and other aggression risk factors in seven nations. *Personality and Social Psychology Bulletin, 43*(7), 986–998.

Arriaga, P., Esteves, F., Carneiro, P., & Monteiro, M. B. (2006). Violent computer games and their effects on state hostility and physiological arousal. *Aggressive Behavior, 32*(2), 146–158.

Asendorpf, J. B., & Van Aken, M. A. (2003). Personality–relationship transaction in adolescence: Core versus surface personality characteristics. *Journal of Personality, 71*(4), 629–666.

Avdeenko, A., & Siedler, T. (2017). Intergenerational correlations of extreme right-wing party preferences and attitudes toward immigration. *The Scandinavian*

Journal of Economics, 119(3), 768–800.
Baker, L. A., Jacobson, K. C., Raine, A., Lozano, D. I., & Bezdjian, S. (2007). Genetic and environmental bases of childhood antisocial behavior: A multi-informant twin study. *Journal of Abnormal Psychology, 116*(2), 219–235.
Bandura, A. (1973). *Aggression: A social psychological analysis*. Prentice Hall.
Barlow, F. K., Sherlock, J. M., & Zietsch, B. P. (2017). Is prejudice heritable? Evidence from twin studies. In C. G. Sibley & F. K. Barlow (Hrsg.), *The Cambridge handbook of the psychology of prejudice* (S. 222–238). Cambridge University Press.
Batalha, L., Reynolds, K. J., & Newbigin, C. A. (2011). All else being equal: Are men always higher in social dominance orientation than women? *European Journal of Social Psychology, 41*(6), 796–806.
Bekhuis, H., Ruiter, S., & Coenders, M. (2013). Xenophobia among youngsters: The effect of inter-ethnic contact. *European Sociological Review, 29*(2), 229–242.
Bell, E., Kandler, C., & Riemann, R. (2018). Genetic and environmental influences on sociopolitical attitudes: Addressing some gaps in the new paradigm. *Politics and the Life Sciences, 37*(2), 236–249.
Bellmore, A., Nishina, A., You, J. I., & Ma, T. L. (2012). School context protective factors against peer ethnic discrimination across the high school years. *American Journal of Community Psychology, 49*(1–2), 98–111.
Bendersky, M., Bennett, D., & Lewis, M. (2006). Aggression at age 5 as a function of prenatal exposure to cocaine, gender, and environmental risk. *Journal of Pediatric Psychology, 31*(1), 71–84.
Bilewicz, M., Winiewski, M., Kofta, M., & Wójcik, A. (2013). Harmful ideas. The structure and consequences of anti-Semitic beliefs in Poland. *Political Psychology, 34*(6), 821–839.
Binder, J., Zagefka, H., Brown, R., Funke, F., Kessler, T., Mummendey, A., et al. (2009). Does contact reduce prejudice or does prejudice reduce contact? A longitudinal test of the contact hypothesis among majority and minority groups in three European countries. *Journal of Personality and Social Psychology, 96*(4), 843–856.
Bischof, N. (2012). *Moral. Ihre Natur, ihre Dynamik und ihr Schatten*. Böhlau.
Block, J., & Block, J. H. (2006). Nursery school personality and political orientation two decades later. *Journal of Research in Personality, 40*(5), 734–749.
Boccia, M., & Campos, J. J. (1989). Maternal emotional signals, social referencing, and infants' reactions to strangers. *New Directions for Child and Adolescent Development, 44*, 25–49.
Borgeson, K., & Valeri, R. (2004). Faces of hate. *Journal of Applied Social Science, 21*(2), 99–111.
Bouchard, T. J., Jr. (2009). Authoritarianism, religiousness, and conservatism: Is "obedience to authority" the explanation for their clustering, universality, and evolution? In E. Voland & W. Schiefenhövel (Hrsg.), *The biological evolution of religious mind and behavior* (S. 165–180). Springer Science & Business Media.
Boutwell, B. B., Franklin, C. A., Barnes, J. C., & Beaver, K. M. (2011). Physical

punishment and childhood aggression: The role of gender and gene–environment interplay. *Aggressive Behavior, 37*(6), 559–568.
Bovier, E., & Boehnke, K. (1999). Do liberal teachers produce violent and xenophobic students? An empirical study of German ninth graders and their teachers. *Teaching and Teacher Education, 15*(7), 815–827.
Bowlby, J. (1970–1973). *Attachment and loss* (Bd. 2). Hogarth.
Brandt, M. J., & Henry, P. J. (2012). Gender inequality and gender differences in authoritarianism. *Personality and Social Psychology Bulletin, 38*(10), 1301–1315.
Brown, J. D., & Bobkowski, P. S. (2011). Older and newer media: Patterns of use and effects on adolescents' health and well-being. *Journal of Research on Adolescence, 21*(1), 95–113.
van der Brug, W., & Fennema, M. (2007). Causes of voting for the radical right. *International Journal of Public Opinion Research, 19*(4), 474–487.
Buckholtz, J. W., & Meyer-Lindenberg, A. (2008). MAOA and the neurogenetic architecture of human aggression. *Trends in Neurosciences, 31*(3), 120–129.
Buschgens, C. J. M., van Aken, M. A., Swinkels, S. H., Ormel, J., Verhulst, F. C., & Buitelaar, J. K. (2010). Externalizing behaviors in preadolescents: Familial risk to externalizing behaviors and perceived parenting styles. *European Child & Adolescent Psychiatry, 19*(7), 567–575.
Bushman, B. J. (2016). Violent media exposure and hostile appraisals: A meta-analytic review. *Aggressive Behavior, 42*(6), 605–613.
Bushman, B. J., Baumeister, R. F., Thomaes, S., Ryu, E., Begeer, S., & West, S. G. (2009). Looking again, and harder, for a link between low self-esteem and aggression. *Journal of Personality, 77*(2), 427–446.
Buss, D. M., & Shackelford, T. K. (1997). Human aggression in evolutionary psychological perspective. *Clinical Psychology Review, 17*(6), 605–619.
Campbell, A. (2013). *A mind of her own: The evolutionary psychology of women*. Oxford University Press.
Campos, C., Heap, S. H., & de Leon, F. L. (2013). *The political influence of peer groups: Experimental evidence from the classroom*. School of Economics, University of East Anglia.
Cashdan, E. (2001). Ethnocentrism and xenophobia: A cross-cultural study. *Current Anthropology, 42*(5), 760–764.
Caspi, A., McClay, J., Moffitt, T. E., Mill, J., Martin, J., Craig, I. W., et al. (2002). Role of genotype in the cycle of violence in maltreated children. *Science, 297*(5582), 851–854.
Castelli, L., Zogmaister, C., & Tomelleri, S. (2009). The transmission of racial attitudes within the family. *Developmental Psychology, 45*(2), 586–591.
Chatard, A., & Selimbegovic, L. (2008). The intergenerational transmission of social dominance: A three-generation study. *European Journal of Personality, 22*(6), 541–551.
Chen, J., Yu, J., Li, X., & Zhang, J. (2015). Genetic and environmental contributions to anxiety among Chinese children and adolescents – A multi-informant twin study. *Journal of Child Psychology and Psychiatry, 56*(5), 586–594.

Conger, A. J., Dygdon, J. A., & Rollock, D. (2012). Conditioned emotional responses in racial prejudice. *Ethnic and Racial Studies, 35*(2), 298–319.
Costa, P., Jr., Terracciano, A., & McCrae, R. R. (2001). Gender differences in personality traits across cultures: Robust and surprising findings. *Journal of Personality and Social Psychology, 81*(2), 322–331.
Cross, C. P., Copping, L. T., & Campbell, A. (2013). Sex differences in impulsivity: A meta-analysis. *Psychological Bulletin, 137*(1), 97–130.
De Neve, J. E. (2015). Personality, childhood experience, and political ideology. *Political Psychology, 36*(1), 55–73.
Degner, J., & Dalege, J. (2013). The apple does not fall far from the tree, or does it? A meta-analysis of parent–child similarity in intergroup attitudes. *Psychological Bulletin, 139*(6), 1270–1304.
Degner, J., & Wentura, D. (2010). Automatic prejudice in childhood and early adolescence. *Journal of Personality and Social Psychology, 98*(3), 356–374.
Dejaeghere, Y., Hooghe, M., & Claes, E. (2011). *Class diversity, ethnic tensions and ethnocentrism. A two-year panel study on the contact hypothesis among adolescents in Belgium*. Paper annual meeting of the International Society for Political Psychology (ISPP), Istanbul, July 9–12, 2011. https://lirias.kuleuven.be/1861527?limo=0. Zugegriffen am 08.03.2019.
Demetriou, L. (2013). From philoxenia to xenophobia? Relations between xenophobic tendencies and parental acceptance-rejection childhood experiences for Greek Cypriot university students. *International Journal of Social Sciences & Education, 3*(2), 296–316.
Depue, R. A. (2009). Genetic, environmental, and epigenetic factors in the development of personality disturbance. *Development and Psychopathology, 21*(04), 1031–1063.
Dhont, K., & Van Hiel, A. (2012). Intergroup contact buffers against the intergenerational transmission of authoritarianism and racial prejudice. *Journal of Research in Personality, 46*(2), 231–234.
Dhont, K., Roets, A., & Van Hiel, A. (2013). The intergenerational transmission of need for closure underlies the transmission of authoritarianism and anti-immigrant prejudice. *Personality and Individual Differences, 54*(6), 779–784.
Dobzhansky, T. (1973). Nothing in biology makes sense except in the light of evolution. *The American Biology Teacher, 35*(3), 125–129.
Dollard, J., Miller, N. E., Doob, L. W., Mowrer, O. H., & Sears, R. R. (1939). *Frustration and aggression*. Yale University Press.
Duckitt, J., & Sibley, C. G. (2017). The dual process motivational model of ideology and prejudice. In C. G. Sibley & K. Barlow (Hrsg.), *The Cambridge handbook of the psychology of prejudice*. Cambridge University Press.
Dunbar, R. (1993). Coevolution of neocortical size, group size and language in humans. *Behavioral and Brain Sciences, 16*(4), 681–694.
Duncan, B. L. (1976). Differential social perception and attribution of intergroup violence: Testing the lower limits of stereotyping of Blacks. *Journal of Personality and Social Psychology, 34*(4), 590–598.

Duriez, B., & Soenens, B. (2009). The intergenerational transmission of racism: The role of right-wing authoritarianism and social dominance orientation. *Journal of Research in Personality, 43*(5), 906–909.
Eibl-Eibesfeldt, I. (1977). Evolution of destructive aggression. *Aggressive Behavior, 3*(2), 127–144.
Eisenberger, N. I., Inagaki, T. K., Muscatell, K. A., Haltom, K. E. B., & Leary, M. R. (2011). The neural sociometer: Brain mechanisms underlying state self-esteem. *Journal of Cognitive Neuroscience, 23*(11), 3448–3455.
Ekehammar, B., & Akrami, N. (2007). Personality and prejudice: From Big Five personality factors to facets. *Journal of Personality, 75*(5), 899–926.
Eley, T. C., Lichtenstein, P., & Moffitt, T. E. (2003). A longitudinal behavioral genetic analysis of the etiology of aggressive and nonaggressive antisocial behavior. *Development and Psychopathology, 15*(02), 383–402.
Evans, J. (2005). The dynamics of social change in radical right-wing populist party support. *Comparative European Politics, 3*(1), 76–101.
Farrington, D. P. (1991). Childhood aggression and adult violence: Early precursors and later-life outcomes. In K. H. Rubin & D. J. Pepler (Hrsg.), *The development and treatment of childhood aggression* (S. 5–30). Erlbaum.
Fatke, M. (2017). Personality traits and political ideology: A first global assessment. *Political Psychology, 38*(5), 881–899.
Fatke, M. (2019). The personality of populists: How the Big Five traits relate to populist attitudes. *Personality and Individual Differences, 139*, 138–151.
Fincher, C. L., Thornhill, R., Murray, D. R., & Schaller, M. (2008). Pathogen prevalence predicts human cross-cultural variability in individualism/collectivism. *Proceedings of the Royal Society B, 275*, 1279–1285.
Fischer, R., Hanke, K., & Sibley, C. G. (2012). Cultural and institutional determinants of social dominance orientation: A cross-cultural meta-analysis of 27 societies. *Political Psychology, 33*(4), 437–467.
Fishbein, H. D. (2004). The genetic/evolutionary basis of prejudice and hatred. *Journal of Hate Studies, 3*(1), 113–119.
Frankenhuis, W. E., & Del Giudice, M. (2012). When do adaptive developmental mechanisms yield maladaptive outcomes? *Developmental Psychology, 48*(3), 628–642.
Freedman, J. L. (1984). Effect of television violence on aggressiveness. *Psychological Bulletin, 96*(2), 227–246.
Freud, S. (1933). Letter to Albert Einstein. In A. Einstein & S. Freud (Hrsg.), *Why war?* International Institute of Intellectual Co-operation, League of Nations.
Frindte, W., Geschke, D., Haußecker, N., & Schmidtke, F. (2016). Ein systematisierender Überblick über Entwicklungslinien der Rechtsextremismusforschung von 1990 bis 2013. In W. Frindte, D. Geschke, N. Haußecker & F. Schmidtke (Hrsg.), *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“* (S. 25–96). Springer Fachmedien.
Gaertner, S. L., Dovidio, J. F., & Bachman, B. A. (1996). Revisiting the contact hypothesis: The induction of a common ingroup identity. *International Journal of*

Intercultural Relations, 20(3), 271–290.
Gentile, D. A., Coyne, S., & Walsh, D. A. (2011). Media violence, physical aggression, and relational aggression in school age children: A short-term longitudinal study. *Aggressive Behavior, 37*(2), 193–206.
Gerber, A. S., Huber, G. A., Doherty, D., & Dowling, C. M. (2011). The Big Five personality traits in the political arena. *Annual Review of Political Science, 14*, 265–287.
Gidengil, E., Hennigar, M., Blais, A., & Nevitte, N. (2005). Explaining the gender gap in support for the new right. The case of Canada. *Comparative Political Studies, 38*(10), 1171–1195.
Gintis, H., Bowles, S., Boyd, R., & Fehr, E. (2003). Explaining altruistic behavior in humans. *Evolution and Human Behavior, 24*, 153–172.
Goldberg, L. R. (1993). The structure of phenotypic personality traits. *American Psychologist, 48*(1), 26–34.
Green, J. C., Rozell, M. J., & Wilcox, C. (Hrsg.). (2003). *The Christian right in American politics: Marching to the millennium*. Georgetown University Press.
Gurven, M., von Rueden, C., Massenkoff, M., Kaplan, H., & Lero Vie, M. (2013). How universal is the Big Five? Testing the five-factor model of personality variation among forager–farmers in the Bolivian Amazon. *Journal of Personality and Social Psychology, 104*(2), 354–371.
Hammond, R. A., & Axelrod, R. (2006). The evolution of ethnocentrism. *Journal of Conflict Resolution, 50*(6), 926–936.
Harris, J. R. (1995). Where is the child's environment? A group socialization theory of development. *Psychological Review, 102*(3), 458–489.
Harrison, N. (2012). Investigating the impact of personality and early life experiences on intercultural interaction in internationalised universities. *International Journal of Intercultural Relations, 36*(2), 224–237.
Harteveld, E., Van Der Brug, W., Dahlberg, S., & Kokkonen, A. (2015). The gender gap in populist radical-right voting: Examining the demand side in Western and Eastern Europe. *Patterns of Prejudice, 49*(1–2), 103–134.
Hatemi, P. K., McDermott, R., Eaves, L. J., Kendler, K. S., & Neale, M. C. (2013). Fear as a disposition and an emotional state: A genetic and environmental approach to out-group political preferences. *American Journal of Political Science, 57*(2), 279–293.
Hatemi, P. K., Medland, S. E., Klemmensen, R., Oskarsson, S., Littvay, L., Dawes, C. T., et al. (2014). Genetic influences on political ideologies: Twin analyses of 19 measures of political ideologies from five democracies and genome-wide findings from three populations. *Behavior Genetics, 44*(3), 282–294.
Healy, S. J., Murray, L., Cooper, P. J., Hughes, C., & Halligan, S. L. (2015). A longitudinal investigation of maternal influences on the development of child hostile attributions and aggression. *Journal of Clinical Child & Adolescent Psychology, 44*(1), 80–92.
Heaven, P. C., & Bucci, S. (2001). Right-wing authoritarianism, social dominance orientation and personality: An analysis using the IPIP measure. *European Journal*

of Personality, 15(1), 49–56.
Heaven, P. C. L., Ciarrochi, J., & Leeson, P. (2011). Cognitive ability, right-wing authoritarianism, and social dominance orientation: A five-year longitudinal study amongst adolescents. *Intelligence, 39*(1), 15–21.
Heiss, R., & Matthes, J. (2017). Who 'likes' populists? Characteristics of adolescents following right-wing populist actors on Facebook. *Information, Communication & Society, 20*(9), 1408–1424.
Hess, R. D., & Torney, J. V. (1967). *The development of political attitudes in children*. Aldine.
Hettema, J. M., Neale, M. C., & Kendler, K. S. (2001). A review and meta-analysis of the genetic epidemiology of anxiety disorders. *American Journal of Psychiatry, 158*(10), 1568–1578.
Hibbing, J. R., Smith, K. B., & Alford, J. R. (2014). Differences in negativity bias underlie variations in political ideology. *Behavioral and Brain Sciences, 37*(3), 297–307.
Hjerm, M., Eger, M. A., & Danell, R. (2018). Peer attitudes and the development of prejudice in adolescence. *Socius, 4*, 1–11.
Hodson, G., & Busseri, M. A. (2012). Bright minds and dark attitudes lower cognitive ability predicts greater prejudice through right-wing ideology and low intergroup contact. *Psychological Science, 23*(2), 187–195.
Hodson, G., & Dhont, K. (2015). The person-based nature of prejudice: Individual difference predictors of intergroup negativity. *European Review of Social Psychology, 26*(1), 1–42.
Hopf, C. (1993). Rechtsextremismus und Beziehungserfahrungen. *Zeitschrift für Soziologie, 22*(6), 449–463.
Huesmann, L. R., Moise-Titus, J., Podolski, C. L., & Eron, L. D. (2003). Longitudinal relations between children's exposure to TV violence and their aggressive and violent behavior in young adulthood: 1977–1992. *Developmental Psychology, 39*(2), 201–221.
Hugenberg, K., & Bodenhausen, G. V. (2003). Facing prejudice implicit prejudice and the perception of facial threat. *Psychological Science, 14*(6), 640–643.
Huijbregts, S., Séguin, J., Zoccolillo, M., Boivin, M., & Tremblay, R. (2007). Associations of maternal prenatal smoking with early childhood physical aggression, hyperactivity-impulsivity, and their co-occurrence. *Journal of Abnormal Child Psychology, 35*, 203–215.
Huijnk, W., Verkuyten, M., & Coenders, M. (2013). Family relations and the attitude towards ethnic minorities as close kin by marriage. *Ethnic and Racial Studies, 36*(11), 1890–1909.
Jakobsen, I. S., Horwood, L. J., & Fergusson, D. M. (2012). Childhood anxiety/withdrawal, adolescent parent–child attachment and later risk of depression and anxiety disorder. *Journal of Child and Family Studies, 21*(2), 303–310.
Jennings, M. K., & Langton, K. P. (1969). Mothers versus fathers: The formation of political orientations among young Americans. *The Journal of Politics, 31*(02), 329–358.

Jennings, M. K., Stoker, L., & Bowers, J. (2009). Politics across generations: Family transmission reexamined. *The Journal of Politics, 71*(03), 782–799.
Johnson, J. G., Cohen, P., Smailes, E. M., Kasen, S., & Brook, J. S. (2002). Television viewing and aggressive behavior during adolescence and adulthood. *Science, 295*(5564), 2468–2471.
Johnson, W. L., Giordano, P. C., Manning, W. D., & Longmore, M. A. (2011). Parent–child relations and offending during young adulthood. *Journal of Youth and Adolescence, 40*(7), 786–799.
Jordan, C. H., Spencer, S. J., & Zanna, M. P. (2005). Types of high self-esteem and prejudice: How implicit self-esteem relates to ethnic discrimination among high explicit self-esteem individuals. *Personality and Social Psychology Bulletin, 31*(5), 693–702.
Jost, J. T., Federico, C. M., & Napier, J. L. (2013). Political ideologies and their social psychological functions. In M. Freeden, L. T. Sargent & M. Stears (Hrsg.), *The Oxford Handbook of political ideologies* (S. 232–250). Oxford University Press.
Katz, P. A. (2003). Racists or tolerant multiculturalists? How do they begin? *American Psychologist, 58*(11), 897–909.
Kessler, T., & Cohrs, J. C. (2008). The evolution of authoritarian processes: Fostering cooperation in large-scale groups. *Group Dynamics: Theory, Research, and Practice, 12*(1), 73–84.
Kim, M., & Chang, H. (2014). An investigation of Korean children's prejudicial attitudes toward a national tragedy in Japan. *Journal of Moral Education, 43*(3), 282–301.
Koehler, D., & Miller-Idriss, C. (2013). *Becoming an extremist: Lifestyles, scenes and right-wing radicalization in Germany*. Paper 2013 CES conference. Council for European Studies at Columbia University.
Konnikova, M. (2016, December 25). The psychological research that helps explain the election. *The New Yorker*. https://ces.confex.com/ces/2013/webprogram/Paper3592.html. Zugegriffen am 08.03.2019.
Krahé, B. (2018). The impact of violent media on aggression. In J. L. Ireland, P. Birch & C. A. Ireland (Hrsg.), *The Routledge international handbook of human aggression: Current issues and perspectives* (S. 319–330). Routledge.
Krug, E. G., Mercy, J. A., Dahlberg, L. L., & Zwi, A. B. (2002). *The world report on violence and health*. World Health Organization.
Kuhn, H. P. (2004). Adolescent voting for right-wing extremist parties and readiness to use violence in political action: Parent and peer contexts. *Journal of Adolescence, 27*(5), 561–581.
Kumar, R., Seay, N., & Karabenick, S. (2011). Shades of white: Identity status, stereotypes, prejudice, and xenophobia. *Educational Studies, 47*(4), 347–378.
Langebach, M., & Raabe, J. (2013). Inside the extreme right. The 'White Power' music scene. In A. Mammone, E. Godin & B. Jenkins (Hrsg.), *Varieties of right-wing extremism in Europe* (S. 249–264). Routledge.
Laukkanen, J., Ojansuu, U., Tolvanen, A., Alatupa, S., & Aunola, K. (2014).

Child's difficult temperament and mothers' parenting styles. *Journal of Child and Family Studies, 23*(2), 312–323.
Lewis, G. J., & Bates, T. C. (2010). Genetic evidence for multiple biological mechanisms underlying in-group favoritism. *Psychological Science, 21*, 1623–1628.
Lewis, G. J., & Bates, T. C. (2014). Common heritable effects underpin concerns over norm maintenance and in-group favoritism: Evidence from genetic analyses of right-wing authoritarianism and traditionalism. *Journal of Personality, 2*(4), 297–309.
Lewis, G. J., & Bates, T. C. (2017). The temporal stability of in-group favoritism is mostly attributable to genetic factors. *Social Psychological and Personality Science, 8*(8), 897–903.
Lewis, G. J., Kandler, C., & Riemann, R. (2013). Distinct heritable influences underpin in-group love and out-group derogation. *Social Psychological and Personality Science, 5*(4), 407–413.
Lorenz, K. (1963). *On aggression*. Harcourt Brace.
Lubbers, M., Gijsberts, M., & Scheepers, P. (2002). Extreme right-wing voting in Western Europe. *European Journal of Political Research, 41*(3), 345–378.
Ludeke, S., Johnson, W., & Bouchard, T. J., Jr. (2013). Obedience to traditional authority: A heritable factor underlying authoritarianism, conservatism and religiousness. *Personality and Individual Differences, 55*(4), 375–380.
Lyle, H. F., III, & Smith, E. A. (2012). How conservative are evolutionary anthropologists? *Human Nature, 23*(3), 306–322.
Mahajan, N., & Wynn, K. (2012). Origins of "us" versus "them": Prelinguistic infants prefer similar others. *Cognition, 124*(2), 227–233.
Mahajan, N., Martinez, M. A., Gutierrez, N. L., Diesendruck, G., Banaji, M. R., & Santos, L. R. (2011). The evolution of intergroup bias: Perceptions and attitudes in rhesus macaques. *Journal of Personality and Social Psychology, 100*(3), 387–405.
Manuel, L. (2006). Relationship of personal authoritarianism with parenting styles. *Psychological Reports, 98*(1), 193–198.
Martin, N. G., Eaves, L. J., Heath, A. C., Jardine, R., Feingold, L. M., & Eysenck, H. J. (1986). Transmission of social attitudes. *Proceedings of the National Academy of Sciences, 83*, 4364–4368.
McCourt, K., Bouchard, T. J., Jr., Lykken, D. T., Tellegen, A., & Keyes, M. (1999). Authoritarianism revisited: Genetic and environmental influences examined in twins reared apart and together. *Personality and Individual Differences, 27*(5), 985–1014.
McGowan, P. O., Sasaki, A., D'Alessio, A. C., Dymov, S., Labonté, B., Szyf, M., et al. (2009). Epigenetic regulation of the glucocorticoid receptor in human brain associates with childhood abuse. *Nature Neuroscience, 12*(3), 342–348.
Miklikowska, M. (2016). Like parent, like child? Development of prejudice and tolerance towards immigrants. *British Journal of Psychology, 107*(1), 95–116.
Milburn, M. A., Niwa, M., & Patterson, M. D. (2014). Authoritarianism, anger, and hostile attribution bias: A test of affect displacement. *Political Psychology, 35*(2),

225–243.
Miles, E., & Crisp, R. J. (2014). A meta-analytic test of the imagined contact hypothesis. *Group Processes & Intergroup Relations, 17*(1), 3–26.
Moreno, A. L., Osório, F. D. L., Martin-Santos, R., & Crippa, J. A. S. (2016). Heritability of social anxiety disorder: A systematic review of methodological designs. *Archives of Clinical Psychiatry (São Paulo), 43*(4), 83–92.
Mulder, J., Ter Bogt, T., Raaijmakers, Q., & Vollebergh, W. (2007). Music taste groups and problem behavior. *Journal of Youth and Adolescence, 36*(3), 313–324.
Murdock, G. P., & White, D. R. (1969). Standard cross-cultural sample. *Ethnology, 8*(4), 329–369.
Navarrete, C. D., & Fessler, D. M. (2006). Disease avoidance and ethnocentrism: The effects of disease vulnerability and disgust sensitivity on intergroup attitudes. *Evolution and Human Behavior, 27*(4), 270–282.
Navarrete, C. D., McDonald, M. M., Molina, L. E., & Sidanius, J. (2010). Prejudice at the nexus of race and gender: An outgroup male target hypothesis. *Journal of Personality and Social Psychology, 98*(6), 933–945.
Nieto, S. J., Patriquin, M. A., Nielsen, D. A., & Kosten, T. A. (2016). Don't worry; be informed about the epigenetics of anxiety. *Pharmacology Biochemistry and Behavior, 146*, 60–72.
Nivette, A., Sutherland, A., Eisner, M., & Murray, J. (2019). Sex differences in adolescent physical aggression: Evidence from sixty-three low-and middle-income countries. *Aggressive Behavior, 45*(1), 82–92.
North, A., & Hargreaves, D. (2008). *The social and applied psychology of music*. Oxford University Press.
Oberlander, T. F., Weinberg, J., Papsdorf, M., Grunau, R., Misri, S., & Devlin, A. M. (2008). Prenatal exposure to maternal depression, neonatal methylation of human glucocorticoid receptor gene (NR3C1) and infant cortisol stress responses. *Epigenetics, 3*(2), 97–106.
Oesch, D. (2008). Explaining workers' support for right-wing populist parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland. *International Political Science Review, 29*(3), 349–373.
Oesterreich, D. (2005). Flight into security: A new approach and measure of the authoritarian personality. *Political Psychology, 26*(2), 275–298.
Ommundsen, R., Yakushko, O., Veer, K. V. D., & Ulleberg, P. (2013). Exploring the relationships between fear-related xenophobia, perceptions of out-group entitativity, and social contact in Norway. *Psychological Reports, 112*(1), 109–124.
Onraet, E., Van Hiel, A., & Dhont, K. (2013). The relationship between right-wing ideological attitudes and psychological well-being. *Personality and Social Psychology Bulletin, 39*(4), 509–522.
Orey, B. D. A., & Park, H. (2012). Nature, nurture, and ethnocentrism in the Minnesota twin study. *Twin Research and Human Genetics, 15*(01), 71–73.
Orobio de Castro, B. O., Veerman, J. W., Koops, W., Bosch, J. D., & Monshouwer, H. J. (2002). Hostile attribution of intent and aggressive behavior: A meta-analysis. *Child Development, 73*(3), 916–934.

Ostrowsky, M. K. (2010). Are violent people more likely to have low self-esteem or high self-esteem? *Aggression and Violent Behavior, 15*(1), 69–75.
Perry, R., Sibley, C. G., & Duckitt, J. (2013). Dangerous and competitive worldviews: A meta-analysis of their associations with social dominance orientation and right-wing authoritarianism. *Journal of Research in Personality, 47*(1), 116–127.
Pérusse, D., & Gendreau, P. L. (2005). Genetics and the development of aggression. In R. Tremblay, W. W. Hartup & J. Archer (Hrsg.), *Developmental origins of aggression* (S. 223–241). Guilford.
Petersen, M. B. (2015). Evolutionary political psychology: On the origin and structure of heuristics and biases in politics. *Political Psychology, 36*(S1), 45–78.
Petkovsek, M. A., Boutwell, B. B., Beaver, K. M., & Barnes, J. C. (2014). Prenatal smoking and genetic risk: Examining the childhood origins of externalizing behavioral problems. *Social Science & Medicine, 111*, 17–24.
Pettigrew, T. F., & Tropp, L. R. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory. *Journal of Personality and Social Psychology, 90*, 751–783.
Pinker, S. (2011). *The better angels of our nature: The decline of violence in history and its causes*. Lane/Penguin.
Porsch, R. M., Middeldorp, C. M., Cherny, S. S., Krapohl, E., Van Beijsterveldt, C. E., Loukola, A., et al. (2016). Longitudinal heritability of childhood aggression. *American Journal of Medical Genetics Part B: Neuropsychiatric Genetics, 171B*, 697–707.
Poteat, V. P., & Spanierman, L. B. (2010). Do the ideological beliefs of peers predict the prejudiced attitudes of other individuals in the group? *Group Processes & Intergroup Relations, 13*(4), 495–514.
Pringle, H. (2015, June 4). How Europeans brought sickness to the New World. *Science*. https://www.sciencemag.org/news/2015/06/how-europeans-brought-sickness-new-world. Zugegriffen am 08.03.2019.
Raabe, T., & Beelmann, A. (2011). Development of ethnic, racial, and national prejudice in childhood and adolescence: A multinational meta-analysis of age differences. *Child Development, 82*(6), 1715–1737.
Rhee, S. H., & Waldman, I. D. (2002). Genetic and environmental influences on antisocial behavior: A meta-analysis of twin and adoption studies. *Psychological Bulletin, 128*(3), 490–529.
Rindermann, H., Flores-Mendoza, C., & Woodley, M. A. (2012). Political orientations, intelligence and education. *Intelligence, 40*(2), 217–225.
Robertson, L. A., McAnally, H. M., & Hancox, R. J. (2013). Childhood and adolescent television viewing and antisocial behavior in early adulthood. *Pediatrics, 131*(3), 439–446.
Rowe, D. C., Almeida, D. M., & Jacobson, K. C. (1999). School context and genetic influences on aggression in adolescence. *Psychological Science, 10*(3), 277–280.
Rushton, J. P. (2005). Ethnic nationalism, evolutionary psychology and genetic similarity theory. *Nations and Nationalism, 11*(4), 489–507.

Saleem, M., & Anderson, C. A. (2013). Arabs as terrorists: Effects of stereotypes within violent contexts on attitudes, perceptions, and affect. *Psychology of Violence, 3*(1), 84–99.
Sampaio, A., Soares, J. M., Coutinho, J., Sousa, N., & Gonçalves, Ó. F. (2013). The Big Five default brain: Functional evidence. *Brain Structure and Function, 219*(6), 1913–1922.
Sanders, K., & Downer, J. (2012). Predicting acceptance of diversity in pre-kindergarten classrooms. *Early Childhood Research Quarterly, 27*(3), 503–511.
Sapolsky, R. M. (2017). *Behave: The biology of humans at our best and worst*. Penguin.
Scacco, A., & Warren, S. S. (2018). Can social contact reduce prejudice and discrimination? Evidence from a field experiment in Nigeria. *American Political Science Review, 112*(3), 654–677.
Schaller, M., & Neuberg, S. L. (2008). Intergroup prejudices and intergroup conflicts. In C. Crawford & D. Krebs (Hrsg.), *Foundations of evolutionary psychology* (S. 401–414). Taylor & Francis.
Schmuck, D., & Matthes, J. (2015). How anti-immigrant right-wing populist advertisements affect young voters: Symbolic threats, economic threats and the moderating role of education. *Journal of Ethnic and Migration Studies, 41*(10), 1577–1599.
Schoel, C., Bluemke, M., Mueller, P., & Stahlberg, D. (2011). When autocratic leaders become an option – Uncertainty and self-esteem predict implicit leadership preferences. *Journal of Personality and Social Psychology, 101*(3), 521–540.
Selfhout, M. H., Delsing, M. J., ter Bogt, T. F., & Meeus, W. H. (2008). Heavy metal and hip-hop style preferences and externalizing problem behavior: A two-wave longitudinal study. *Youth & Society, 39*(4), 435–452.
Shaffer, B., & Duckitt, J. (2013). The dimensional structure of people’s fears, threats, and concerns and their relationship with right-wing authoritarianism and social dominance orientation. *International Journal of Psychology, 48*(1), 6–17.
Sibley, C. G., Harding, J. F., Perry, R., Asbrock, F., & Duckitt, J. (2010). Personality and prejudice: Extension to the HEXACO personality model. *European Journal of Personality, 24*(6), 515–534.
Sibley, C. G., Osborne, D., & Duckitt, J. (2012). Personality and political orientation: Meta-analysis and test of a threat-constraint model. *Journal of Research in Personality, 46*(6), 664–677.
Sidanius, J., & Pratto, F. (2001). *Social dominance: An intergroup theory of social hierarchy and oppression*. Cambridge University Press.
Skinner, A. L., Meltzoff, A. N., & Olson, K. R. (2017). “Catching” social bias: Exposure to biased nonverbal signals creates social biases in preschool children. *Psychological Science, 28*(2), 216–224.
Sood, B., Delaney-Black, V., Covington, C., Nordstrom-Klee, B., Ager, J., Templin, T., & Sokol, R. J. (2001). Prenatal alcohol exposure and childhood behavior at age 6 to 7 years: I. Dose-response effect. *Pediatrics, 108*(2), e34–e34.
Sotnikov, S. V., Markt, P. O., Malik, V., Chekmareva, N. Y., Naik, R. R., Sah, A.,

… Landgraf, R. (2014). Bidirectional rescue of extreme genetic predispositions to anxiety: Impact of CRH receptor 1 as epigenetic plasticity gene in the amygdala. *Translational Psychiatry, 4*(2), e359. https://doi.org/10.1038/tp.2013.127. Zugegriffen am 25.07.2022.
Strüber, D., Lück, M., & Roth, G. (2006). The violent brain. *Scientific American Mind, 17*(6), 20–27.
Strüber, D., Lück, M., & Roth, G. (2008). Sex, aggression and impulse control: An integrative account. *Neurocase, 14*(1), 93–121.
Szyf, M. (2014). Lamarck revisited: Epigenetic inheritance of ancestral odor fear conditioning. *Nature Neuroscience, 17*(1), 2–4.
Taubner, S., & Curth, C. (2013). Mentalization mediates the relation between early traumatic experiences and aggressive behavior in adolescence. *Psihologija, 46*(2), 177–192.
Taubner, S., Hasper, F., & Wahl, K. (2013). Fremdenfeindlichkeit durch erlebte Ausstoßungsprozesse-eine tiefenhermeneutische Reflexion eines Einzelfalls. *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie, 62*(10), 758–777.
Terrizzi, J. A., Jr., Shook, N. J., & McDaniel, M. A. (2013). The behavioral immune system and social conservatism: A meta-analysis. *Evolution and Human Behavior, 34*(2), 99–108.
Thalhammer, E., Zucha, V., Enzenhofer, E., Salfinger, B., & Ogris, G. (2001). *Attitudes towards minority groups in the European Union*. European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia. http://www.fudepa.org/Biblioteca/recursos/ficheros/BMI20060000083/attitudes.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Thornhill, R., & Fincher, C. L. (2014). *The parasite-stress theory of values and sociality*. Springer.
Tieger, T. (1980). On the biological basis of sex differences in aggression. *Child Development, 51*(4), 943–963.
Tiihonen, J., Rautiainen, M. R., Ollila, H. M., Repo-Tiihonen, E., Virkkunen, M., Palotie, A., et al. (2014). Genetic background of extreme violent behavior. *Molecular Psychiatry, 20*(6), 786–792.
Tom, D. Y., Cooper, H., & McGraw, M. (1984). Influences of student background and teacher authoritarianism on teacher expectations. *Journal of Educational Psychology, 76*(2), 259–265.
Tooby, J., & Cosmides, L. (2010). Groups in mind: The coalitional roots of war and morality. In H. Høgh-Olesen (Hrsg.), *Human morality and sociality: Evolutionary and comparative perspectives* (S. 191–234). Palgrave Macmillan.
Toosi, N. R., Babbitt, L. G., Ambady, N., & Sommers, S. R. (2012). Dyadic interracial interactions: A meta-analysis. *Psychological Bulletin, 138*(1), 1–27.
Tremblay, R. E. (2007). The development of youth violence: An old story with new data. *European Journal on Criminal Policy and Research, 13*, 161–170.
Trivers, R. (1972). Parental investment and sexual selection. In B. Campbell (Hrsg.), *Sexual selection and the descent of man 1871–1971* (S. 136–179). Aldine.
Trzaskowski, M., Zavos, H. M., Haworth, C. M., Plomin, R., & Eley, T. C. (2012). Stable genetic influence on anxiety-related behaviours across middle childhood.

Journal of Abnormal Child Psychology, 40(1), 85–94.
Tsunokai, G. T., & McGrath, A. R. (2014). Virtual hate communities in the 21st century. In Information Resources Management Association (Hrsg.), *Cyber behavior: Concepts, methodologies, tools, and applications* (S. 1312–1331). IGI Global.
Tybur, J. M., Miller, G. F., & Gangestad, S. W. (2007). Testing the controversy. *Human Nature, 18*(4), 313–328.
Vaish, A., Grossmann, T., & Woodward, A. (2008). Not all emotions are created equal: The negativity bias in social-emotional development. *Psychological Bulletin, 134*(3), 383–403.
Van der Dennen, J. M. G. (1987). Ethnocentrism and in-group/out-group differentiation. A review and interpretation of the literature. In V. Reynolds, V. S. E. Falger & I. Vine (Hrsg.), *The sociobiology of ethnocentrism* (S. 1–47). Croom Helm.
Van IJzendoorn, M. H. (1997). Attachment, emergent morality, and aggression: Toward a developmental socioemotional model of antisocial behaviour. *International Journal of Behavioral Development, 21*(4), 703–728.
Verhulst, B., Eaves, L. J., & Hatemi, P. K. (2012). Correlation not causation: The relationship between personality traits and political ideologies. *American Journal of Political Science, 56*(1), 34–51.
Visser, T. A., Ohan, J. L., Whittle, S., Yücel, M., Simmons, J. G., & Allen, N. B. (2014). Sex differences in structural brain asymmetry predict overt aggression in early adolescents. *Social Cognitive and Affective Neuroscience, 9*(4), 553–560.
Vollebergh, W. A., Iedema, J., & Raaijmakers, Q. A. (2001). Intergenerational transmission and the formation of cultural orientations in adolescence and young adulthood. *Journal of Marriage and Family, 63*(4), 1185–1198.
Wahl, K. (1970). Neuere Forschungsergebnisse zur politischen Sozialisation im Kindesalter. *Politische Studien, 21*(193), 592–600.
Wahl, K. (1989). *Die Modernisierungsfalle. Gesellschaft, Selbstbewusstsein und Gewalt*. Suhrkamp.
Wahl, K. (2000). *Kritik der soziologischen Vernunft. Sondierungen zu einer Tiefensoziologie*. Velbrück Wissenschaft.
Wahl, K. (2002). Development of xenophobia and aggression. *International Journal of Comparative and Applied Criminal Justice, 26*(2), 247–256.
Wahl, K. (Hrsg.). (2003). *Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention*. Leske + Budrich.
Wahl, K. (2013). *Aggression und Gewalt. Ein biologischer, psychologischer und sozialwissenschaftlicher Überblick*. Spektrum Akademischer Verlag.
Wahl, K., & Metzner, C. (2012). Parental influences on the prevalence and development of child aggressiveness. *Journal of Child and Family Studies, 21*(2), 344–355.
Wahl, K., Tramitz, C., & Blumtritt, J. (2001). *Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen. Eine interdisziplinäre Untersuchung*. Leske + Budrich.
Waltes, R., Chiocchetti, A. G., & Freitag, C. M. (2015). The neurobiological basis

of human aggression: A review on genetic and epigenetic mechanisms. *American Journal of Medical Genetics Part B: Neuropsychiatric Genetics, 71B*, 650–675.
Warnecke, A. M., Masters, R. D., & Kempter, G. (1992). The roots of nationalism: Nonverbal behavior and xenophobia. *Ethology and Sociobiology, 13*(4), 267–282.
Watts, J., Sheehan, O., Atkinson, Q. D., Bulbulia, J., & Gray, R. D. (2016). Ritual human sacrifice promoted and sustained the evolution of stratified societies. *Nature, 532*(7598), 228–231.
Weingart, P., Maasen, S., & Segerstråle, U. (1997). Shifting boundaries between the biological and the social: The social and political contexts. In P. Weingart, S. D. Mitchell, P. J. Richerson & S. Maasen (Hrsg.), *Human by nature: Between biology and the social sciences* (S. 65–102). Erlbaum.
Wichers, M., Gardner, C., Maes, H. H., Lichtenstein, P., Larsson, H., & Kendler, K. S. (2013). Genetic innovation and stability in externalizing problem behavior across development: A multi-informant twin study. *Behavior Genetics, 43*(3), 191–201.
Willems, H., & Steigleder, S. (2003). Jugendkonflikte oder hate crime? Täter-Opfer-Konstellationen bei fremdenfeindlicher Gewalt. *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung/Journal of Conflict and Violence Research, 5*(1), 5–28.
Williams, K. E., Ciarrochi, J., & Heaven, P. C. L. (2012). Inflexible parents, inflexible kids: A 6-year longitudinal study of parenting style and the development of psychological flexibility in adolescents. *Journal of Youth and Adolescence, 41*(8), 1053–1066.
Wills, T. A. (1981). Downward comparison principles in social psychology. *Psychological Bulletin, 90*(2), 245–271.
Wiswede, D., Taubner, S., Münte, T. F., Roth, G., Strüber, D., Wahl, K., & Krämer, U. M. (2011). Neurophysiological correlates of laboratory-induced aggression in young men with and without a history of violence. *PLoS One, 6*(7). https://doi.org/10.1371/journal.pone.0022599. Zugegriffen am 25.07.2022.
Yochum, C., Doherty-Lyon, S., Hoffman, C., Hossain, M. M., Zelikoff, J. T., & Richardson, J. R. (2014). Prenatal cigarette smoke exposure causes hyperactivity and aggressive behavior: Role of altered catecholamines and BDNF. *Experimental Neurology, 254*, 145–152.
van Zalk, M. H. W., Kerr, M., van Zalk, N., & Stattin, H. (2013). Xenophobia and tolerance toward immigrants in adolescence: Cross-influence processes within friendships. *Journal of Abnormal Child Psychology, 41*(4), 627–639.
Zick, A., Wolf, C., Küpper, B., Davidov, E., Schmidt, P., & Heitmeyer, W. (2008). The syndrome of group-focused enmity. The interrelation of prejudices tested with multiple cross-sectional and panel data. *Journal of Social Issues, 64*(2), 363–383.
Zick, A., Küpper, B., & Hövermann, A. (2011). *Intolerance, prejudice and discrimination. A European report*. Friedrich-Ebert-Stiftung.

K. Wahl*Die Radikale Rechte*
https://doi.org/10.1007/978-3-031-23577-1_4

4. Soziologische und historische Faktoren: Von der gegenwärtigen Gesellschaft zurück in die Geschichte

Klaus Wahl[1]

(1)
Psychosoziale Analysen und Prävention – Informations-System (PAPIS), München, Deutschland

Die psychologischen Schlüsselsyndrome, Merkmale, Mechanismen und Verhaltensweisen, die mit der radikalen Rechten in Verbindung gebracht werden, wie Autoritarismus oder Fremdenfeindlichkeit, sind nicht nur Folgen psychologischer und biologischer Faktoren, sondern hängen auch von einem zweiten Strang kausaler und katalytischer Faktoren ab – *soziologischen und historischen Phänomenen*, zu denen (1) die *aktuellen sozioökonomischen, kulturellen und politischen Faktoren* (z. B. Arbeitslosigkeit, Einwanderung) und (2) *Medien und politische Interpreten* gehören, die soziale und politische Ereignisse in ideologisch relevante Informationen umsetzen. Die aktuelle gesellschaftliche Situation sowie das Wissen und die politische Orientierung der Menschen, die auf den Inhalten von Sozialisationsprozessen (z. B. Schullehrplänen) beruhen, werden ihrerseits von der *wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, religiösen und politischen Geschichte* beeinflusst.

4.1 Nachfrageseite: Aktuelle sozioökonomische und kulturelle Faktoren (g1)

Die politischen Emotionen, Einstellungen und Verhaltensweisen von Menschen werden auch durch soziale Faktoren und Katalysatoren wie die *aktuellen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Situationen* ausgelöst und geformt, von der mikrosozialen Ebene bis hin zur Ebene einer ganzen Gesellschaft oder sogar der globalisierten Welt. Daher können diese Situationen auch die *Nachfrage* nach dem Angebot der radikalen Rechten beeinflussen.

Die Soziologie erörtert die *Globalisierung* als dialektischen Prozess der Intensivierung weltweiter sozialer Beziehungen, bei dem das lokale Geschehen von Ereignissen geprägt wird, die viele Kilometer entfernt stattfinden und umgekehrt (Beck, 2002; Giddens, 1991, S. 64). So können beispielsweise Niedrigpreiskonkurrenten in weit entfernten Niedriglohnländern (z. B. im Fernen Osten) Arbeitsplätze in Hochpreisindustrien in Hochlohnländern (z. B. in Westeuropa und den Vereinigten Staaten) bedrohen. Ein Forscherteam stellte fest, dass die mit der Globalisierung verbundenen Entwicklungen die sozioökonomischen und politischen Systeme in Frage stellen: Geringere Wachstumsraten und höhere Arbeitslosigkeit, insbesondere bei jungen und alten Menschen, ließen die Bürger skeptisch werden, was die Regierungen für sie tun können. Die politische Unzufriedenheit und Desillusionierung erreichte in vielen Ländern einen neuen Höhepunkt. Die Verbreitung neoliberaler Ideen verstärkte das Gefühl, dass die Regierungen nicht in der Lage sind, sinnvolle soziale und wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen, was sich besonders nachteilig auf die linken Parteien auswirkte. Heutzutage ist das Wahlverhalten so unbeständig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Es sind neue Parteien und Bewegungen entstanden, wie die *Tea Party* in den Vereinigten Staaten und die radikale Rechte in Europa, die behaupten, denjenigen eine Stimme zu geben, die sonst nicht mehr gehört werden (Hall et al., 2014, S. 12).

Mit anderen Worten: Viele Menschen fühlen sich durch die Globalisierung bedroht und sehen ihr Wohlergehen und ihre Kultur durch niedrig bezahlte ausländische Arbeitnehmer, Einwanderer mit anderen Religionen usw. gefährdet. Einige Europäer stehen der Europäischen Union

(mit offenen Grenzen) feindselig gegenüber, da sie darin eine Bedrohung für ihre Arbeitsplätze oder ihr Einkommen sehen. Rechtsgerichtete Bewegungen und Parteien machen sich diese wahrgenommenen Bedrohungen zunutze (von Mering & McCarty, 2013). Globale, nationale, regionale und lokale Situationen können auf direkte und indirekte Weise Bedrohung und Angst auslösen, zum Beispiel durch die Interpretation der Massenmedien. Persönlichkeitsmerkmale können diese Einflüsse modifizieren, z. B. haben sozial ängstliche Menschen größere feindselige Gefühle gegenüber anderen (DeWall et al., 2010).

Darüber hinaus haben in den letzten Jahrzehnten technische Prozesse, die als *Automatisierung*, *Digitalisierung* oder *Computerisierung* bezeichnet werden, eine Reihe von Arbeitsplätzen für Fließbandarbeiter, Buchhalter, Kassierer und Telefonisten ersetzt. In naher Zukunft werden viele weitere Routinejobs verschwinden, darunter auch Arbeitsplätze der Mittelschicht (vgl. Frey & Osborne, 2017). Um den Erfolg der radikalen Rechten zu erklären, wurden *sozioökonomische Variablen* wie *Arbeitslosigkeit*, die ein Gefühl der Bedrohung hervorrufen könnten, eingehend untersucht. Arbeitslosigkeit der Eltern, selbst erlebte Arbeitslosigkeit und Angst vor zukünftiger Arbeitslosigkeit korrelieren mit rechtsradikalen Einstellungen, Wahlverhalten und rechtsextremen Straftaten (Falk et al., 2011; Geishecker & Siedler, 2011; Lubbers et al., 2002; Siedler, 2011). Menschen, die Angst vor künftiger Arbeitslosigkeit haben, gehen jedoch eher nicht wählen als rechtsradikale Parteien zu wählen, und die wirtschaftlich unsichersten Wähler wählen auch eher eine linksradikale Partei (Michel, 2017, S. 79). Andere Studien in mehreren westeuropäischen Ländern fanden unerwartete Auswirkungen der Arbeitslosigkeit als Makrovariable: Rechtsradikale Parteien schnitten bei Wahlen in Gesellschaften mit niedriger Arbeitslosigkeit besser ab (Arzheimer & Carter, 2006).

Weist ein niedriges *Einkommen* auf die Vorliebe für rechtsextreme Parteien hin? Siedler (2011) fand heraus, dass das Haushaltseinkommen kein signifikanter Prädiktor für die rechtsextreme Parteiaffinität junger Menschen war. In einer anderen Studie war der höhere Autoritarismus von Schülern aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status hauptsächlich auf das niedrigere Bildungsniveau ihrer Eltern und nicht auf das Familieneinkommen zurückzuführen (Heydari et al., 2013). Was rechtsextreme Straftaten betrifft, so waren nach deutschen Daten *arbeitslose* Personen unter den Tätern überrepräsentiert; allerdings waren die meisten dieser Täter Schüler, Auszubildende oder Arbeiter. Außerdem war ihre Arbeitslosigkeit manchmal keine Voraussetzung, sondern die Folge ihrer Delinquenz (Wahl, 2002).

Was die *demografischen und soziokulturellen Variablen* betrifft, so wählten in westeuropäischen Ländern *weniger gut ausgebildete*, nicht religiöse Menschen, jüngere Wähler und Männer eher eine rechtsextreme Partei (Lubbers et al., 2002). In Deutschland war die Wahrscheinlichkeit, dass die erwachsenen Kinder eine sehr besorgte Einstellung zur Einwanderung hatten, umso geringer, je höher die Schulbildung der Mutter war (Margaryan et al., 2018). Arzheimer und Carter (2006) stellten jedoch in mehreren westeuropäischen Ländern fest, dass Wähler mit mittlerem Bildungsniveau (und nicht solche mit niedrigem Bildungsniveau) am ehesten dazu neigten, für die radikale Rechte zu stimmen.

Britischen Daten zufolge nahm der Autoritarismus mit höherem *Status* (soziale Stellung, Beruf, ethnische Zugehörigkeit usw.) und höherer *Bildung* ab, während *Klasse* (soziale Beziehungen auf dem Arbeitsmarkt: Arbeitgeber, Arbeitnehmer usw.) und *Einkommen* kaum eine Rolle spielten (Goldthorpe, 2012). Daten aus dem Europäischen Sozialsurvey deuten darauf hin, dass besser gebildete Personen gegenüber Migranten toleranter waren als schlecht gebildete (Borgonovi, 2012). Die Auswirkung der Bildung auf Vorurteile war auch stärker als die Auswirkung des Einkommens, aber dieses Ergebnis ist nicht länderübergreifend stabil (Carvacho et al., 2013), wie in Deutschland, wo die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den untersten Einkommensgruppen am höchsten war (Zick et al., 2016, S. 60).

Auch die rechtsextremen Täter hatten eine unterdurchschnittliche Bildung (Wahl, 2002). Übrigens legen einige Studien nahe, dass es nicht ein tatsächlich niedriger sozialer Status sein muss, der zur Unterstützung des Rechtsextremismus führt. Vielmehr löst die *subjektive Deprivation* (das subjektive Gefühl, nicht privilegiert zu sein) eine rechtsextreme Orientierung aus (Langenbacher & Schellenberg, 2011, S. 14). Selbst in reichen Ländern wie den Niederlanden gibt es Menschen, die eine irrationale Unzufriedenheit mit der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Situation zum Ausdruck bringen, nach dem Motto „Mir geht es gut, aber wir fühlen uns schlecht“ (Schnabel, 2017).

Auch die *Familienstruktur* erwies sich als wichtige Variable: Das Aufwachsen in einer Ein-Eltern-Familie erhöhte die rechtsextreme Parteiaffinität der Jugendlichen signifikant (Siedler, 2011), vielleicht nicht so sehr wegen des geringeren Einkommens dieser Familien, sondern weil in Familien ohne Väter (männliche) Jugendliche dazu neigen, eine starke und dominante Rolle zu übernehmen.

Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen können die Erwartungen der Menschen erfüllen oder enttäuschen und beeinflussen Stimmung, Gefühle,

Denken und Verhalten. Welche Erwartungen sind wichtig? Mehrere Philosophen und Wissenschaftler stellten die Hypothese auf, dass der *Wunsch nach Anerkennung* durch andere Menschen ein starkes Motiv für Handlungen (einschließlich politischer Handlungen) sein könnte. Fukuyama (2006, S. xvii) sah Platons *thymos* (ein Begriff mit verschiedenen Bedeutungen wie Vitalität, Temperament) als einen Teil der Seele, der mit einem solchen Wunsch verbunden ist. Der Philosoph Hegel (1817, S. 232) schrieb von einem menschlichen „Kampf um Anerkennung" als Grundlage des Selbstbewusstseins. Eine Erweiterung dieses Gedankengangs mündete in die Theorie der *„Modernisierungsfalle"* (Wahl, 1989): Die Modernisierung der letzten Jahrhunderte offerierte Mythen und Versprechungen wie zunehmende Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen, Anerkennung der eigenen Leistungen, beeindruckende technische und medizinische Fortschritte, mehr wirtschaftliche, soziale und politische Teilhabe, freie intime Beziehungen auf der Grundlage romantischer Liebe und andere Bedingungen, die das Selbstwertgefühl verbessern könnten. Für Teile der Gesellschaft wurden diese Versprechen jedoch nie eingelöst. Diese Menschen waren Verlierer im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt; sie fanden keine Anerkennung und kein Selbstwertgefühl in ihrer Arbeit und in privaten Beziehungen, mit der Folge von Frustration, Depression oder Gewalt. Während Wahl seine Theorie in empirischen Studien zu familiärer Gewalt (ausgelöst durch unzureichende Anerkennung durch den Partner) erprobt hatte, verwendeten Löchte und Sill (1994) Wahls Theorie zur Erklärung des Rechtsextremismus von Jugendlichen in Westdeutschland, und Novotný (2009) wandte sie auf Jugendliche in Ostdeutschland (Gebiet der ehemaligen sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik) an, die ihr Selbstvertrauen verloren und in die Modernisierungsfalle tappten, indem sie in extremen Subkulturen Schutz und Sicherheit suchten. Jensen wies mit Blick auf den Aufstieg des Rechtspopulismus in Ostdeutschland in den 2010er-Jahren auf ähnliche Phänomene hin: Moderne Gesellschaften sind anfällig für *Ressentiments*, wenn die Differenz zwischen dem Wunsch nach gleichberechtigter Teilhabe an der Gesellschaft und ihrer tatsächlichen Teilhabe groß geworden ist. Wenn Menschen das Gefühl haben, dass ihnen trotz aller Versprechungen die Teilhabe verwehrt bleibt, reagieren sie mit Ressentiments und Wut gegen die Regierung, die Eliten, die Medien oder einfach gegen „die da oben". Rechtspopulisten nutzen diese Gefühle aus; sie inszenieren eine „*Zornpolitik*" (Jensen, 2017).

Es ist eine schlechte Erfahrung, wenn sich die Hoffnungen auf versprochene Vorteile nicht erfüllen, aber vielleicht noch schlimmer, wenn

der aktuelle Status nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Gest et al. (2018) nannten dies „*nostalgische Deprivation*“, ein Maß dafür, wie viel Status im Laufe der Zeit verloren gegangen ist. In Daten aus den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich fanden sie eine oft starke Beziehung zwischen nostalgischer Deprivation und der Empfänglichkeit für die extremen Lösungen, die von rechtsradikalen Politikern vorgeschlagen werden. Der wahrgenommene Rückgang der Fähigkeit, die Zuteilung von materiellen und psychologischen Ressourcen zu beeinflussen, war wirksamer als die wahrgenommene wirtschaftliche und soziale Deprivation.

Solchen Theorien über Modernisierungsverlierer stehen Heitmeyers empirische Studien mit einem Desintegrationsansatz gegenüber: Rechtsextremismus und Gewalt werden durch problematische Muster des Umgangs mit individuellen und/oder gesellschaftlichen Desintegrationszuständen erklärt. Desintegration wird als Folge des Versagens gesellschaftlicher Institutionen und Gemeinschaften gesehen, soziale Anerkennung und persönliche Integrität zu gewährleisten. National-autoritäre oder rechtsextreme Einstellungen könnten als Mittel zur Bekämpfung von Orientierungslosigkeit und Ohnmachtsgefühlen insbesondere von Modernisierungsverlierern gewählt werden. Darüber hinaus könnten solche Bewältigungsmuster eine Reaktion auf frühere Anerkennungsverletzungen oder eine Kompensation von Anerkennungsverletzungen durch Anerkennungsgewinne in anderen Dimensionen sein (Anhut & Heitmeyer, 2006; Heitmeyer, 1993; Sitzer & Heitmeyer, 2008).

Anhand von Daten aus neun westeuropäischen Ländern fand Binder (2005) heraus, dass objektive und subjektive Facetten der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Modernisierung (wirtschaftliche Globalisierung, Politikverdrossenheit in Europa, Anteil der Einwanderer, Säkularisierung) Auswirkungen auf den Wahlerfolg rechter Parteien haben, andere Facetten aber interessanterweise nicht (Gefühl, ein Modernisierungsverlierer zu sein, Nationalstolz).

Im Gegensatz zu den Hypothesen über desintegrierte Personen und Verlierer stellte eine andere Studie fest, dass junge Menschen mit Arbeitsplätzen und guten Aussichten (Gewinner der sozioökonomischen Situation) noch fremdenfeindlicher waren und eine stärkere Präferenz für eine rechtsradikale Partei hatten als die Verlierer. Die Gewinner verteidigten ihren erreichten Status gegen Einwanderer in einer Art *Wohlstandschauvinismus* (Held et al., 1992). Übrigens neigten Lotteriegewinner mit ihrem plötzlichen Wohlstand auch dazu, eine

rechtsgerichtete politische Partei zu unterstützen und weniger egalitär zu werden (Powdthavee & Oswald, 2014). Außerdem waren rechtsradikale Parteien nicht nur in Ländern erfolgreich, die unter einer Wirtschaftskrise leiden (z. B. Griechenland), sondern auch in wohlhabenden Ländern (z. B. Österreich, Deutschland, Niederlande, Schweiz). In einem Experiment in Australien wurden die Teilnehmer mit unterschiedlichen Einschätzungen zur Zukunft der nationalen Wirtschaft konfrontiert und anschließend gebeten, eine einwanderungsfeindliche Rede zu bewerten. Die Ergebnisse zeigten, dass die einwanderungsfeindlichen Gefühle stärker waren, wenn die nationale Wirtschaft als florierend und nicht als schrumpfend dargestellt wurde. Für die Autoren legt dieses Ergebnis die Möglichkeit nahe, dass wirtschaftlicher Wohlstand ebenso wie wirtschaftlicher Abschwung einen fruchtbaren Boden für rechtspopulistische Parteien bietet (Mols & Jetten, 2016).

Die neuen rechtspopulistischen Parteien sind nicht nur Anti-Immigrationsparteien, sondern haben auch eine wirtschaftliche Agenda für den *Wohlfahrtsstaat* entwickelt. Eine Gruppe von Forschern beschrieb diese Agenden als durch „Wohlfahrtschauvinismus" und „Wohlfahrtspopulismus" gekennzeichnet: Sie zielen darauf ab, die Wohlfahrtsleistungen auf die einheimische Bevölkerung zu beschränken (Wohlfahrts-Chauvinismus) und diese Leistungen von den gut bezahlten „Bürokraten" und „Wohlfahrts-Schmarotzern" zurückzufordern, die sie auf Kosten der einfachen Menschen „missbrauchen" (Wohlfahrtspopulismus). Eine Studie in den Niederlanden ergab, dass *Wohlfahrtspopulismus* die Wähler zu den neuen rechtspopulistischen Parteien führte und nicht zu den alten rechten und neuen linken Parteien, aber entgegen den Erwartungen war ihr *Wohlfahrtschauvinismus* nicht ausschlaggebend für ihre Wahlentscheidung (De Koster et al., 2013).

Alles in allem scheint es oft nicht die objektive wirtschaftliche Benachteiligung zu sein, die fremdenfeindliche und rechtsextreme Tendenzen auslöst, sondern die subjektive *Furcht*, dass eine solche Benachteiligung eintreten könnte. Solche politischen Tendenzen von objektiven, subjektiven und antizipierenden sozialen Verlierern *und* Gewinnern resultieren aus der Angst, die eigenen gegenwärtigen *oder* zukünftigen Errungenschaften mit ärmeren Menschen teilen zu müssen. Man könnte dies als *„Sankt-Martins-Komplex*" bezeichnen – eine Ablehnung der Erwartung, dem Beispiel des heiligen Ritters zu folgen, der seinen Mantel mit einem Bettler teilte (Wahl, 1995, S. 46).

Andere Wissenschaftler brachten Rechtsextremismus weder mit Verlierern noch mit Gewinnern der wirtschaftlichen Modernisierung in

Verbindung, sondern mit Gegnern *soziokultureller* Modernisierungsprozesse, die durch demokratischen, multikulturellen, öko-libertären Postmaterialismus und nationale Destrukturierung gekennzeichnet sind. Diese Entwicklungen könnten Gefühle von Unsicherheit, Angst und Selbstwertproblemen auslösen und durch Arroganz, Aggressivität und rechtsextreme Einstellungen kompensiert werden (Götz, 1997).

Die Nachfrage nach rechtsradikalen Ideologien ist nicht nur eine Reaktion auf individuelle Gefühle, Probleme und benachteiligte Mikroumgebungen der Menschen, sondern wird auch durch *makroökonomische* und *makrosoziale Strukturen und Prozesse* beeinflusst. Analysen auf makroökonomischer Ebene ergaben, dass *Einkommensungleichheiten* (gemessen anhand der Gini-Werte) in den OECD-Ländern, die nicht durch sozialpolitische Schutzmaßnahmen aufgefangen werden, in der Tendenz zu Protektionismus, Anti-Internationalismus und Anti-EU-Backlash in den Positionen der politischen Parteien führen. Dieser Effekt unterschied sich nicht signifikant zwischen den Parteifamilien, aber die globalisierungsfeindlichsten Parteien hatten die Extrempositionen auf der linken und rechten Seite (Burgoon, 2013). Paradoxerweise zeigten die Daten der Europäischen Wertestudie in 44 Ländern, dass die Einstellung der Menschen zur Umverteilung dort abnahm, wo die Ungleichheit höher war. Dieser Effekt trat nicht ein, weil sich höhere Schichten zu umverteilungsfreundlicheren Positionen hinbewegten, sondern weil Menschen aus der Arbeiterklasse weniger egalitär wurden. Mit anderen Worten, die Menschen, die (theoretisch) die Umverteilung am meisten benötigten, hatten eine weniger positive Einstellung zur Umverteilung. Eine mögliche Erklärung für dieses Paradoxon könnte nach Ansicht des Autors die soziale Mobilität sein. Wenn Menschen glauben, dass sie gute Chancen haben und über die notwendigen Fähigkeiten verfügen, um die soziale Leiter hinaufzusteigen, werden sie sich wahrscheinlich nicht um Ungleichheit kümmern. Eine solche Interpretation könnte in Kulturen populär sein, die die Bedeutung individueller Anstrengungen für wirtschaftlichen Erfolg und Sicherheit betonen – Kulturen, die in ungleicheren Ländern weiter verbreitet sind. Der Glaube an den Erfolg der eigenen Anstrengungen anstelle von Maßnahmen des Wohlfahrtsstaates kann auch von politischen Akteuren und den Medien gefördert werden (Carriero, 2016). In den Vereinigten Staaten wurde Donald Trump, der die Steuern für Reiche senken wollte, auch von vielen Wählern mit geringerem Einkommen gewählt. In Europa haben rechtspopulistische Parteien, die keine nennenswerte Umverteilung

anstreben, auch Stimmen aus den unteren Schichten erhalten. Hier könnte man an jene Beobachter denken, die von den gegenwärtigen „postfaktischen" Zeiten sprechen, in denen ideologische Interpretationen mehr zählen als Fakten. Dies scheint jedoch kein neues Phänomen zu sein. Zu allen Zeiten waren Emotionen und Ideologien oft die Gewinner im Wettlauf mit der Rationalität.

Die Forschung zu den *wirtschaftlichen Wurzeln politischer Gewalt* ergab ebenfalls ein Puzzle von teilweise gegensätzlichen Ergebnissen und führte zu höchst spekulativen Hypothesen. So ergab beispielsweise eine Studie über politische und terroristische Gewalt (rechts, links, anarchistisch, separatistisch usw.) in westeuropäischen Ländern, dass die Wahrscheinlichkeit terroristischer Aktivitäten umso größer ist, je geringer die wirtschaftlichen Möglichkeiten einer Person sind (geringeres Wohlstandsniveau). Dies würde mit dem Argument der wirtschaftlichen Deprivation übereinstimmen. Das erwartete künftige Wirtschaftswachstum stand jedoch auch in einem positiven Zusammenhang mit einer Zunahme der aktuellen terroristischen Aktivitäten. Die Autoren erklärten dies mit der Fähigkeit der Terroristen, die Beschwerden der Verlierer solcher sozioökonomischen Veränderungen zu sammeln und auszunutzen (Caruso & Schneider, 2011). In jedem Fall scheint es keine einfache ökonomische Theorie zu geben, die solche terroristischen Handlungen erklären könnte.

Neben der Analyse der Wahrnehmung wirtschaftlicher Bedrohungen befassten sich Studien auch mit der *Wahrnehmung demografischer Variablen*. Sie untersuchten insbesondere die Größe und Zusammensetzung der *Einwandererbevölkerung*, die wahrgenommene Bedrohung durch solche Gruppen (Kosic et al., 2012) und die Wahrnehmung der Integrationsabsichten von Einwanderern (Phelps et al., 2013). Ist es die Größe der Minderheitenbevölkerung, die die Mehrheitsbevölkerung bedroht? In einer internationalen Studie aus dem Jahr 2016 überschätzten die Menschen in vielen Ländern der Welt ihre muslimische Bevölkerung – insbesondere in Frankreich und Südafrika, aber auch in Italien, Deutschland, den Vereinigten Staaten und Russland (Ipsos, 2016). In einer anderen Studie gingen viele Westeuropäer davon aus, dass die Einwandererbevölkerung in ihrem Land viel größer ist als sie tatsächlich ist (Strabac, 2011). In Deutschland war die wahrgenommene Größe der ausländischen Bevölkerung auf Kreisebene fast doppelt so hoch wie die tatsächliche Größe. Je höher die wahrgenommene Größe, desto ausgeprägter waren sowohl die wahrgenommene Bedrohung als auch die ausländerfeindlichen Einstellungen (Semyonov et al., 2004). Eine Studie auf der Grundlage von Daten des Europäischen Sozialsurveys (ESS) von

mehr als 25.000 Personen und Daten auf der Makroebene über den tatsächlichen Prozentsatz der im Ausland geborenen Bürger in 200 europäischen Regionen ergab, dass nur die individuelle Wahrnehmung des Einwanderungsindikators und nicht die Zahl der im Ausland geborenen Bürger positiv mit einer höheren Unterstützung für rechtsradikale Parteien verbunden war (Stockemer, 2016). Im Fall der Einwanderung als politisches Thema können also *subjektive* Wahrnehmungen und Ängste rechtsgerichtete Tendenzen stärker fördern als objektive Fakten.

Allerdings scheinen auch *objektive Verhältnisse* eine Rolle zu spielen: Untersuchungen aus den Vereinigten Staaten haben gezeigt, dass Weiße mehr Vorurteile haben, wenn die afroamerikanische Bevölkerung groß ist. Europäische Daten zeigten, dass die Menschen umso fremdenfeindlicher sind, je größer die muslimische Bevölkerung ist, was darauf hindeutet, dass die Einwandererbevölkerung teilweise als kulturelle Bedrohung wahrgenommen wird (Hjerm & Nagayoshi, 2011). In einigen Regionen, wie z. B. in Ostdeutschland mit einem sehr geringen Anteil an Muslimen, sind erhebliche Teile der Gesellschaft dennoch antimuslimisch eingestellt. Ein ähnliches Missverhältnis zwischen der objektiven Größe von Minderheiten und minderheitenfeindlichen Einstellungen wurde für andere ethnische und religiöse Minderheiten festgestellt (Beckmann, 2012).

Eine Studie in der Schweiz zeigte, dass der *interkulturelle Kontakt* von Bedeutung war: Im Allgemeinen hing eine rechtsradikale Wahl vom Anteil der stigmatisierten Einwanderer (aus dem ehemaligen Jugoslawien und Albanien) in den Bezirken ab, was die Bedrohungswahrnehmung der Schweizer Wähler erhöhte. Im Gegensatz dazu verringerte ein positiver, alltäglicher Kontakt mit den stigmatisierten Zuwanderern die Wahlneigung durch eine abgeschwächte Bedrohungswahrnehmung (Green et al., 2016). In Österreich ermöglichten direkte Begegnungen mit Flüchtlingen den Wählern auch, ihre Informationen über diese Menschen zu aktualisieren. Während die rechtspopulistische, einwanderungsfeindliche *Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)* ihren Stimmenanteil im Land stark erhöhte, dämpften die Präsenz und der wahrscheinliche Kontakt mit Flüchtlingen den Makrotrend. Flüchtlinge in einer Gemeinde verringerten die Unterstützung für die FPÖ (Steinmayr, 2016).

Die Grundannahme, die der Theorie der *Gruppenbedrohung zugrunde* liegt, ist, dass der interethnische Wettbewerb um wertvolle Ressourcen dazu führt, dass die Mehrheitsmitglieder Einwanderer als Bedrohung für das Wohlergehen ihrer nationalen Eigengruppe wahrnehmen. Es bleibt jedoch die Frage, ob die wahrgenommene Gruppenbedrohung zeitlich vor den rechtspopulistischen Parteipräferenzen liegt, ob die Richtung der

Einflüsse umgekehrt ist oder ob die Beziehung zwischen beiden Variablen wechselseitig ist. Eine Studie über soziale und politische Prädiktoren für rechtsextreme Äußerungen in sechs westeuropäischen Ländern in den 1980er- und 1990er-Jahren ergab, dass steigende Einwanderungszahlen und öffentliche Unzufriedenheit mit dem politischen Regime den Rechtsextremismus erheblich begünstigten. Interessanterweise verringerte eine rückläufige Volkswirtschaft (Arbeitslosigkeit) die Attraktivität rechtsextremer Parteien bei den Wählern (Knigge, 1998). Paneldaten aus den Niederlanden und Deutschland zeigten, dass die Wahrnehmung bedrohter Gruppeninteressen die Präferenzen der Bürger für rechtspopulistische Parteien eher auslöst als ihnen folgt (Berning & Schlueter, 2016). Anderen Studien in Europa zufolge waren wahrgenommene kulturelle ethnische Bedrohungen durch Einwanderer ein stärkerer Prädiktor für rechtsextreme Präferenzen als für wahrgenommene wirtschaftliche ethnische Bedrohungen (Lucassen & Lubbers, 2012).

Die Beziehungen zwischen den Gruppen hängen vom Sprachgebrauch ab. Dies zeigt sich bei eindeutig voreingenommenen Begriffen wie „Barbar“ oder „Neger“, aber auch bei einem scheinbar neutralen Begriff wie „Ausländer“. Eine Studie zeigte regionale Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, wo teilweise unterschiedliche Gruppen mit dem deutschen Begriff „Ausländer“ assoziiert wurden, parallel zu spezifischen Vorurteilen gegenüber diesen Gruppen (Asbrock et al., 2014).

4.2 Angebotsseite: Politische Faktoren (g2)

In Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen, die zu Unsicherheit und Ängsten in der Wählerschaft führen, sind die Wählerinnen und Wähler skeptisch, was die Antworten der Regierungen und Parteien angeht. Wenn die regierenden gemäßigten Parteien die Erwartungen nicht erfüllen und sich dem Medianwähler annähern, schlägt die Stunde der Radikalen, weil sie vorgeben, neue Lösungen anzubieten (*„Angebot“* der rechtsradikalen Ideologie). Für Kitschelt und McGann (1995, S. vii–viii) bestand *das Erfolgsrezept* der radikalen Rechten in Westeuropa in den 1990er-Jahren aus dem Dreiklang von freiem Markt in Kombination mit autoritären und ethnozentrischen Botschaften. Später stellte Kitschelt (2007) fest, dass der Marktliberalismus nicht immer und überall Teil der Erfolgsformel war.

Verschiebungen auf der Angebotsseite – dem *politischen System* und

der *politischen Kultur* – können die Struktur und den Einfluss der rechtsradikalen Parteien verändern. Für de Lange (2012) haben zwei Veränderungen in den westeuropäischen Parteiensystemen die Bildung neuer Bündnisse ermöglicht: eine Verschiebung der Wählerstimmen nach rechts und die Konvergenz der Parteipositionen der etablierten rechten und der rechts populistischen Parteien. Diese Prozesse könnten auch mit dem Paradigma des Zusammenwirkens von Nachfrage- und Angebotsfaktoren beschrieben werden. Ein ähnliches Phänomen wurde in einer Studie zur Untersuchung der Beziehung zwischen der Einstellung zur Einwanderung, der einwanderungsbezogenen politischen Kultur und der Unterstützung der radikalen Rechten in der Schweiz festgestellt. Erstens sagte die individuelle Einwanderungseinstellung die Unterstützung für die rechtspopulistische *Schweizerische Volkspartei (SVP)* voraus. Zweitens förderte eine Übereinstimmung zwischen den Einwanderungseinstellungen von Einzelpersonen und den exklusiven bzw. integrativen Einwanderungsregelungen in den Kantonen (unterschiedlicher Zugang zur Staatsangehörigkeit, Antidiskriminierungsmaßnahmen, politische Beteiligungsrechte, Zugang zum Arbeitsmarkt für Einwanderer usw.) die Unterstützung der radikalen Rechten. Die Einwanderungskultur könnte die Beziehung zwischen der Einstellung zur Einwanderung und der Unterstützung der radikalen Rechten verstärken oder abschwächen (Baur et al., 2016).

Einige *soziale Strukturen* und *politische Kulturen* können Vorteile bei der Bewältigung sozialer Bedrohungen haben. Fischer et al. (2012) untersuchten in 27 Gesellschaften makrokontextuelle (kulturelle und institutionelle) Vorbedingungen des nationalen Niveaus der sozialen Dominanzorientierung (SDO). Die Annahme war, dass Individuen tendenziell Gleichheit bevorzugen, hierarchische Gruppen aber offenbar effizienter auf Bedrohungen reagieren können, was in Konfliktsituationen ein Vorteil gegenüber egalitäreren Gruppen ist. Daher sollte die SDO in hierarchischen Gesellschaften höher sein als in egalitären Gesellschaften. Die Autoren stellten fest, dass die durchschnittliche SDO der Bürger umso niedriger war, je mehr eine Gesellschaft den Einzelnen zur Zusammenarbeit mit anderen ermutigte, sich um das Wohlergehen der anderen Bürger sorgte und die Frauen stärkte (egalitäre Werte).

Auch auf der *mikrosozialen Ebene* spielt der Kontext eine Rolle: Gruppenzwang kann in rechtsextremen Gruppen ein wichtiger Faktor sein; eine Studie über die amerikanische gewalttätige extreme Rechte ergab jedoch, dass die Hälfte der Angriffe von einer einzelnen Person („einsamer Wolf“) verübt wurde, ein Fünftel der Angriffe von zwei Tätern. Nur ein

Viertel der Angriffe wurde von einer Gruppe von drei oder mehr Personen verübt (Perliger, 2012, S. 121). Im Gegensatz dazu wurden in Deutschland die meisten Angriffe von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Verdächtigen von Gruppen ausgeführt (Peucker et al., 2003, S. 235). Einzelne Wölfe scheinen älter zu sein, gewalttätige Gruppen scheinen jüngere Personen zu sein.

Einige Staaten und Gesellschaften versuchen, den Zulauf zur radikalen Rechten durch politische, rechtliche, soziale und pädagogische Maßnahmen einzudämmen (Münch & Glaser, 2011; Schellenberg, 2011). Diese Maßnahmen reichen von der Prävention (z. B. antirassistische Kindergartenprogramme) bis zur Repression (z. B. Verbot einer politischen Partei). *Prävention* scheint effektiver zu sein, wenn sie früh im Kausalnetzwerk ansetzt und beispielsweise auf vielversprechende Elemente innerhalb der Prozesse abzielt, die die Persönlichkeit eines Kindes in der Familie und in der Kindertagesstätte formen (z. B. Förderung von Offenheit, Empathie, Resilienz und nicht-aggressivem Verhalten) (Wahl, 2008). Vielen dieser Maßnahmen mangelt es jedoch an klar definierten Zielen, brauchbaren Methoden und empirisch fundierten Auswertungen (Hirschi & Widmer, 2012; Rieker et al., 2006; Sheikh et al., 2011), und die Ergebnisse von Studien und Meta-Analysen solcher Maßnahmen sind teilweise widersprüchlich. Regierungen und Organisationen wie die EU veröffentlichen viele Berichte zur Problematik von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus; sie listen ein breites Spektrum an Maßnahmen und Programmen auf, die zur „Bekämpfung" dieser Probleme geplant sind, und geben eher abstrakte Empfehlungen, wie dies zu bewerkstelligen ist (z. B. für die EU: Ramalingam, 2014; für Deutschland: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Bundesministerium des Innern, 2016). Diesen Publikationen fehlt es zum großen Teil an theoretischen und strategischen Grundlagen, die auf interdisziplinärer empirischer Forschung zu den Ursachen, Katalysatoren und Auslösern von Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremem Verhalten basieren. Stattdessen bieten sie unsystematische „Best-Practice"-Projekte und die üblichen Empfehlungen einer stärkeren Vernetzung von NGOs, Staat etc.

Um einige Beispiele zu nennen: Eine Übersichtsarbeit umfasste Studien über Interventionen zum Abbau von ethnischen Vorurteilen und Diskriminierung in den Beziehungen zwischen Gleichaltrigen, die auf Medien-, Unterrichts- und Kontakttheorien basierten und an Kinder im Alter von acht Jahren und jünger gerichtet waren. Die Autoren stellten fest, dass Medien und Instruktion erfolgreicher waren als Kontakt. Allerdings

waren weniger als die Hälfte der Auswirkungen positiv. Die Einstellungen wurden stärker und positiver beeinflusst als die Beziehungen zu Gleichaltrigen (Aboud et al., 2012). Eine weitere Meta-Analyse von 81 Forschungsberichten über Programme zum Abbau von Vorurteilen oder zur Förderung positiver gruppenübergreifender Einstellungen bei Kindern und Jugendlichen ergab nur geringe bis mäßige Interventionseffekte. Die stärksten Effekte wurden für Interventionen gefunden, die auf direkten Kontakterfahrungen und sozial-kognitiven Trainingsprogrammen zur Förderung von Empathie und Perspektivenübernahme basieren (Beelmann & Heinemann, 2014). Eine dritte Meta-Analyse untersuchte die Wirksamkeit von kontaktbasierten Interventionen in der realen Welt (d. h. außerhalb des Labors) zum Abbau ethnischer Vorurteile. Kontaktinterventionen verbesserten ethnische Einstellungen, die Veränderungen hielten im Laufe der Zeit an, und die Effekte konnten für verschiedene Fremdgruppen verallgemeinert werden. Selbst während eines schweren gesellschaftlichen Konflikts (z. B. im Nahen Osten) könnten Kontaktinterventionen teilweise erfolgreich sein (Lemmer & Wagner, 2015).

Wie bereits gezeigt wurde, werden Persönlichkeitsmerkmale, die möglicherweise Vorläufer des späteren rechtsgerichteten Autoritarismus, der Fremdenfeindlichkeit usw. sind, bereits in der Kindheit entwickelt. Daher könnte es sinnvoll sein, die Erziehungsfähigkeiten der Eltern zu verbessern. Eine Übersicht über frühe primäre und sekundäre Interventionsprogramme in Deutschland, die sich an Eltern mit kleinen Kindern (vor der Geburt bis zum Alter von drei Jahren) richteten, um die Eltern-Kind-Beziehung und die elterlichen Erziehungskompetenzen zu verbessern, ergab jedoch nur wenige und schwache Auswirkungen auf die Kompetenzen der Mütter und die psychologische Entwicklung ihrer Kinder (Taubner et al., 2013). Daher sollten neue, effektivere Programme vor allem für Kinder mit psychischen Problemen entwickelt werden. Laut der berühmten, vier Jahrzehnte dauernden Geburtskohortenstudie zur Überprüfung der Vorhersage des Übergangs vom Kind zum Erwachsenen in Neuseeland, der Dunedin-Studie, wies eine kleine Gruppe von Kindern mit solchen Problemen 35 Jahre später eine hohe Anzahl von Problemen (z. B. Straftaten) auf. Diese Gruppe wäre ein wichtiges Ziel für Prävention und Frühinterventionen (Caspi et al., 2016).

Um einige soziale Nachfrage- und Angebotsfaktoren für die radikale Rechte zusammenzufassen (ausführliche Untersuchungen zu Europa und den Vereinigten Staaten finden Sie in den Kap. 6 und 7): Ein hoher Anteil einer eingewanderten Minderheit kann Fremdenfeindlichkeit und ethnische

Vorurteile fördern, aber auch die befürchtete Einwanderung in Regionen mit sehr wenigen Ausländern kann die gleichen Auswirkungen haben. Dies gilt auch für reale und befürchtete Arbeitslosigkeit. Unter Berücksichtigung der individuellen aktuellen Situation fördern niedrige Bildung und niedriger Status auch Autoritarismus und Fremdenfeindlichkeit. Paradoxe Befunde gibt es bei den Gewinnern und Verlierern von Modernisierungs- und Wirtschaftsprozessen: Sowohl Gewinner als auch Verlierer können rechtsradikale Einstellungen entwickeln, entweder zur Verteidigung ihres erreichten Status oder ihrer Chancen, einen höheren Status als die Zuwanderer zu erreichen.

Spezifische politische Strukturen können auch die radikale Rechte begünstigen. Die Reaktionen der gemäßigten Parteien auf den wirtschaftlichen und sozialen Wandel können populistischen und extremen Parteien Chancen eröffnen. Viele Staaten und Gesellschaften versuchen, den Rechtsradikalismus mit verschiedenen Instrumenten von der Prävention bis zur Repression zu bekämpfen. Empirische Belege für die langfristige Wirksamkeit der meisten dieser Maßnahmen sind jedoch noch rar. Zumindest einige Präventionsprogramme, die in der Kindheit beginnen, könnten einen gewissen Erfolg haben.

4.3 Medien und politische Interpreten (h)

Bei den Versuchen, die radikale Rechte zu erklären, wird angenommen, dass einige Faktoren mehrere Funktionen haben: als *Ursachen*, *Katalysatoren*, *Verstärker* oder *Auslöser*. Dies gilt auch für die *Massenmedien* und das *Internet*, die für die Übermittlung von Informationen insbesondere in Bereichen, in denen persönliche Erfahrungen und Eindrücke fehlen oder sehr unspezifisch sind, von entscheidender Bedeutung sind. Politische Einstellungen, Vorurteile und Verhaltensweisen werden in erheblichem Maße durch die Interpretationen der sozialen Welt durch Journalistinnen, Politiker, Spin Doctors, Kulturunternehmer, Influencerinnen in den sozialen Medien und andere Meinungsführer geprägt. Diese Personen und Institutionen können Handlungen oder Ereignisse als Bedrohung für den Status der einheimischen Bevölkerung darstellen, z. B. durch Kommentare zur Einwanderung („das Boot ist voll“), durch das Erzeugen moralischer Panik bei der Berichterstattung über die Kriminalität ethnischer Gruppen, oder sie

können Ausländer zum Sündenbock machen. Andere interpretieren gewalttätige Handlungen als gerechtfertigte Verteidigung gegen kriminelle Ausländer. Medien bieten Meinungen zu vielen Themen an, berichten über Ergebnisse von Meinungsumfragen und können dadurch die Motivation fördern, die Welt auf eine bestimmte Weise wahrzunehmen und auf eine bestimmte Weise zu handeln (Esser et al., 2002; Schellenberg, 2013).

Andererseits ergab eine deutsche Studie über die Medienberichterstattung über fremdenfeindliche Vorfälle einen Hunger nach Dramatik, emotionaler Unterhaltung, Konflikten und einer Betonung scheinbar kontroverser Positionen von Politikern, selbst wenn diese gar nicht so kontrovers waren. Polizei, rechtsradikale Medienproduzenten und einige Mainstream-Magazine waren teilweise erfolgreich (z. B. durch latente Fehlinformationen) darin, die Debatte über Rechtsextremismus und Rassismus auf andere Bereiche wie Linksextremismus oder Meinungsfreiheit zu lenken (z. B. um Einwanderer zu kritisieren). Viele Journalisten kopierten lediglich Texte anderer Medien, anstatt zu recherchieren (Schellenberg, 2013). Zugleich kann das Agenda-Setting der Medien nicht unabhängig vom öffentlichen und politischen Diskurs verstanden werden. Medienmacher kommen nicht umhin, Meinungen und Bilder zu bestimmten Ereignissen, einschließlich Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus, aufzugreifen und zu vermitteln (Schellenberg, 2005).

Es bleibt die Frage, inwieweit die Medien bei ihrer Berichterstattung über populistische Akteure, populistische Ideologie und populistische Kommunikation eine *Gatekeeping-Rolle* spielen. Eine Analyse führender nationaler Boulevard-, Tages- und Wochenzeitungen in mehreren europäischen Ländern im Zeitraum 2014–2015 ergab eine überraschend deutliche Skepsis gegenüber (rechten und linken) populistischen Politikern und ihren Ideen. Die meisten europäischen Journalisten, insbesondere in Ländern mit einem *Cordon sanitaire* (Strategien anderer Parteien zur Isolierung politischer Populisten), nahmen ihre Gatekeeping-Funktion eher restriktiv wahr (Wettstein et al., 2018). Aber auch die radikale Rechte selbst war beim Agenda-Setting erfolgreich. Populistische Bewegungen sind auf die Medien angewiesen, da sie oft nicht über ausreichende organisatorische und finanzielle Mittel verfügen, um ihre Botschaft an potenzielle Unterstützer zu vermitteln. Rechtspopulistische Führer und Parteien profitieren von der Medienpräsenz. Dies erhöht ihre Sichtbarkeit, bedeutet aber nicht unbedingt eine öffentliche Legitimation. Sie müssen das richtige Gleichgewicht zwischen Nachrichtenwert und Glaubwürdigkeit bei Wahlen finden (Muis & Immerzeel, 2017).

Einige Themen sind für eine Partei wählerfreundlicher als für andere.

Die Theorie des „*Issue Ownership*“ (Petrocik, 1996) postuliert eine positive Beziehung zwischen Veränderungen in der Wählerunterstützung und der öffentlichen Aufmerksamkeit für Themen, die einer Partei „gehören“, d. h. Themen, die eine Partei nach ihrer Einschätzung am besten bewältigen kann. Rechtsradikale Parteien, die sich Themen wie Einwanderung, Flüchtlinge, Islam oder ähnliches „zu eigen“ machen, gewinnen durch die Berichterstattung über diese Themen in den Medien an Unterstützung. Eine empirische Studie über 20 Jahre Parteienunterstützung und Medienberichterstattung über mehrere Parteien und Themen in Dänemark zeigte, dass eine erhöhte Medienaufmerksamkeit für „eigene“ Themen die Unterstützung für die Eigentümer der Themen erhöhte, insbesondere wenn es sich um Oppositionsparteien handelte (Thesen et al., 2017). Die Medienberichterstattung selbst, d. h. die Sichtbarkeit der rechtsradikalen *UK Independence Party (UKIP)* in den britischen Zeitungen, hat die öffentliche Unterstützung für diese Partei erhöht (Murphy & Devine, 2018).

Die Information durch die Medien wird unter anderem durch das Rollenverständnis der *Journalistinnen* und *Journalisten* beeinflusst, das sich von Land zu Land unterscheidet, zum Beispiel zwischen parteiischem und unterhaltungsorientiertem Journalismus (Cea D'Ancona, 2005; Devresse, 2013; Gomes, 2013; Van Dalen et al., 2012). Einige Journalisten geben zu, dass ihre Medien dazu neigen, Fremdenfeindlichkeit, Vorurteile, Stereotypen und latente Tendenzen in einer Gesellschaft zu verstärken (Martins Correia, 2013).

Auch *rechtsradikale politische Führer* und Journalisten nutzen bewusst eine Vielzahl von Medien für ihre Propaganda. Einige Beobachter stellen die Entwicklung einer „Mediendemokratie“ fest, in der die individuelle, medienwirksame Darbietung von Politik wichtiger ist als der politische Prozess und die Politik auf wenige, für die breite Öffentlichkeit verständliche Slogans reduziert wird. Durch die Mechanismen der Medien erhalten rechtspopulistische Parteien und ihre einfachen Slogans große Aufmerksamkeit von Journalisten (Wodak & KhosraviNik, 2013, S. XVII). Es wird davon ausgegangen, dass „Elitemedien“ dazu neigen, politische Mainstream-Parteien zu unterstützen, während „Boulevardmedien“ eher eine wohlwollende Berichterstattung über neopopulistische Bewegungen bieten (Mazzoleni, 2003, S. 8). Eine Studie in fünf westeuropäischen Ländern zeigte, dass die politischen Debatten im Laufe der Jahre populistischer wurden und dass der Grad des Populismus stark mit dem Erfolg populistischer Parteien zusammenhing (Rooduijn, 2014).

Welches sind die politischen *Themen*, die die meisten rechten Wähler

anziehen? Eine Studie, in der verschiedene Modelle zur Mobilisierung von Beschwerden durch rechtspopulistische Parteien in Westeuropa getestet wurden, hat gezeigt, dass nicht so sehr Beschwerden über wirtschaftliche Veränderungen, politischen Elitismus und Korruption, sondern Beschwerden über Einwanderung diese Parteien mobilisieren (Ivarsflaten, 2008). Es ist dabei jedoch nicht klar, ob die Bedrohung oder Abneigung gegenüber Einwanderern nur durch die Einwanderung von Ausländern selbst motiviert ist oder ob diese fremdenfeindliche Reaktion auch auf andere Bedrohungen (z. B. wirtschaftliche Benachteiligung) zurückzuführen ist (Prado, 2012).

In ihrer Analyse rechtspopulistischer *Diskurse* beschrieb Wodak die Topoi der populistischen Rechten (Dringlichkeit, Bedrohung, Retter und Geschichte), ihre diskursiven Strategien (Rechtfertigung, Legitimation, „Politik der Verleugnung", etwas provoziert zu haben) sowie das Agenda-Setting durch Provokation und Skandalisierung. So nutzte beispielsweise der ehemalige Vorsitzende der österreichischen rechtsradikalen FPÖ, Heinz-Christian Strache, ehemaliger Vizekanzler Österreichs, einst das Thema Finanzkrise, um einen Sündenbock zu schaffen, der für die aktuelle Misere verantwortlich gemacht werden konnte, indem er traditionelle antisemitische Stereotype von Weltverschwörung und mächtigen jüdischen Bankern und Kapitalisten auslöste. Auf diese Weise provozierte Strache einen Skandal und erregte so die Aufmerksamkeit der Medien und bestimmte die Nachrichtenagenda. Nach Wodak „verbreiten" sich Diskurse oft oder werden absichtlich auf verschiedene Bereiche ausgedehnt, beziehen sich auf andere Diskurse oder überschneiden sich mit ihnen – der Diskurs über Einwanderung könnte auf Diskurse über Sicherheit, Staatsbürgerschaft, Bildung oder Außenpolitik zurückgreifen (Wodak, 2015, S. xii, 11–14, 49).

Einige Politiker und Journalisten als Interpreten der sozialen Welt betonten demografische Trends wie das Wachstum der muslimischen Bevölkerung in Europa und schürten die Befürchtung, dass die Muslime zu einer dominierenden Mehrheit auf dem Kontinent werden. Die Akteure der europäischen Staaten reagierten auf solche Befürchtungen unter anderem mit dem Erlass von Anti-Terror-Gesetzen, die von vielen als antimuslimisch angesehen werden, oder mit dem Verbot von Symbolen des islamischen Glaubens wie dem Kopftuch in Schulen und am Arbeitsplatz (Crawford, 2007). Eine Studie ergab, dass die Wechselwirkung zwischen der Berichterstattung der Massenmedien über Angriffe auf Ausländer, der öffentlichen Meinung und den anschließenden *Gewalttaten* kompliziert und von mehreren Bedingungen der Situation abhängig ist (Ohlemacher, 1998).

Esser und Brosius (1996) sowie Koopmans und Olzak (2004) stellten fest, dass die Aufmerksamkeit der Medien für rechtsradikale Gewalt und der öffentliche Diskurs die Häufung von Zielgruppen von Aggressionen und die zeitliche und räumliche Verteilung von Gewalttaten beeinflussten, indem sie Gewalttaten förderten oder entmutigten. Nachahmungsangriffe schienen durch die Fernsehberichterstattung über die Angriffe selbst sowie durch die Berichterstattung über politische Aspekte im Zusammenhang mit dem Problem gefördert zu werden.

Andere empirische Studien konnten jedoch keine eindeutigen Beweise für die Annahme finden, dass der allgemeine Erfolg des Rechtspopulismus mit der Aufmerksamkeit der Medien für populistische Parteien und Einwanderungsfragen zusammenhängt. Die Forscher fanden es schwierig, zwischen politischem Populismus, der *für die* Medien bestimmt ist, und Populismus *durch die* Medien zu unterscheiden. Interessanterweise wurde festgestellt, dass populistische Medienhinweise größere Auswirkungen auf Personen hatten, die zumindest ein Mindestmaß an politischem Wissen aufwiesen. Darüber hinaus schienen populismusrelevante Hinweise sogar die gebildetsten Wähler zu beeinflussen, nicht nur die am wenigsten gebildeten (Bos & Brants, 2014; Sheets et al., 2013). In jedem Fall könnten die unterschiedlichen Auswirkungen der Medien vor allem auf ihre unterschiedlichen Eigenschaften zurückzuführen sein, aber auch auf die unterschiedlichen Motivationen, die Menschen für die Nutzung verschiedener Medien haben (Dimitrova et al., 2014). Eine andere Studie zeigte, dass Personen mit einem höheren Niveau an Medienkompetenz weniger geneigt waren, eine einwanderungsfeindliche Partei zu unterstützen (Bakker, 2012).

Die Rolle politischer Interpreten bei der *Radikalisierung* rechtsextremer Bewegungen wurde von Sprinzak (1995) aufgezeigt. Er entwickelte einen konzeptionellen Rahmen für die Analyse des rechtsextremen partikularistischen Terrors, der auf einem Prozess der Delegitimierung beruht. Er argumentiert, dass Rechtsradikale den Terrorismus in der Regel durch einen Prozess der gespaltenen Delegitimierung erreichen, der einen primären Konflikt mit einer „minderwertigen" ethnischen, rassischen oder kulturellen Gemeinschaft und einen sekundären Konflikt mit der Regierung impliziert. Während linksradikale Bewegungen in der Regel in einen direkten Konflikt mit der herrschenden Regierung verwickelt sind und sich ihre Terrorkampagne gegen deren Repräsentanten richtet, ist der Konflikt vieler rechtsradikaler Gruppen mit dem Regime sekundär. Die Regierung wird nur selten als Gegner betrachtet und in vielen Fällen wird von ihr erwartet, dass sie kooperiert oder unbeteiligt bleibt. Zu Konflikten mit den

Behörden kommt es erst, wenn die Radikalen das Gefühl haben, dass die Regierung nicht genug zum Schutz der „legitimen“ Gemeinschaft tut. Sprinzak identifizierte sechs Untertypen des Rechtsterrorismus: revolutionärer Terrorismus, reaktiver Terrorismus, Selbstjustizterrorismus, rassistischer Terrorismus, millenarischer Terrorismus und Jugend-Gegenkulturterrorismus. Diese Typen schließen sich nicht gegenseitig aus.

Politisch relevante Stimmungen und Überzeugungen verbreiten sich nicht nur über die Medien und Politiker, sondern auch durch direkte Interaktion zwischen den Menschen. Solche Phänomene haben frühe soziologische Theorien der *Nachahmung* (Tarde, 1890) und neue Studien zur *sozialen Ansteckung* inspiriert. Darüber hinaus neigen Menschen dazu, zu schweigen, wenn sie das Gefühl haben, dass ihre Meinung in der Minderheit ist, aber die vorherrschende Mehrheitsmeinung kann schnell durch die ehemalige Minderheitsmeinung ersetzt werden, wenn zentrale Akteure in der Netzwerkstruktur und/oder externe Quellen diese Ansicht unterstützen (Alvarez-Galvez, 2016). In Situationen, in denen Informationen angeboten werden, die mit unseren bereits bestehenden Einstellungen übereinstimmen oder nicht übereinstimmen, neigen wir dazu, diejenigen zu bevorzugen, die unseren Überzeugungen am nächsten stehen. Forscher fanden heraus, dass wir, wenn wir starke Meinungen zu komplexen sozialen Themen haben, relevante empirische Beweise wahrscheinlich auf voreingenommene Weise untersuchen: Wir neigen dazu, „bestätigende“ Beweise für bare Münze zu nehmen, während wir „nicht bestätigende“ Beweise einer kritischen Bewertung unterziehen (Lord et al., 1979). Insbesondere bei dem breiten Spektrum an Informationen, das das Internet bietet, wurde beobachtet, dass Gleichgesinnte ihre Ansichten in *„Echokammern“* oder *„Filterblasen“* von Informationen teilen, um ihre Standpunkte zu verstärken. Personalisierte Webalgorithmen, die Informationen auf der Grundlage der Interessen einzelner Nutzer präsentieren (z. B. durch Analyse ihres Google-Suchverhaltens), können dazu führen, dass die Nutzer hauptsächlich Informationen finden, die mit ihren Ansichten übereinstimmen und sie von anderen Ansichten abschirmen. In einem Experiment wählten Personen, die sich bedroht fühlten, bevorzugt Informationen aus, die ihre bestehenden Einstellungen bestätigten, selbst wenn ihnen gegensätzliche Ansichten gegenübergestellt wurden (Liao & Fu, 2013). Generell zeigte eine Meta-Analyse von Studien, dass Personen, die bereits einer Seite des politischen Spektrums zugeneigt sind und entsprechende Einstellungen zeigen, auch Medien dieser Seite bevorzugen (Hart et al., 2009). Amerikanischen Probanden, die auf beiden Seiten des israelisch-palästinensischen Konflikts stehen (Pro-Israelis und

Pro-Palästinenser), wurden Fernsehnachrichten zu diesem Thema gezeigt. In Übereinstimmung mit der Theorie des „feindseligen Medieneffekts" beurteilten die Anhänger einer Position die Medienberichterstattung als voreingenommen gegenüber ihrer eigenen Seite (Giner-Sorolla & Chaiken, 1994). Darüber hinaus können spezifische psychologische Syndrome wie Rechtsautoritarismus und soziale Dominanzorientierung die Rezeption von Medienberichten über rechtsextreme Themen beeinflussen (Crawford et al., 2013).

Was die *politischen Führer* betrifft, so verweisen viele Autoren auf die Attraktivität des rechten *Charismas* (einschließlich Idealismus, Unwägbarkeiten des „Stils" usw.), das z. B. durch Hitlers Appell an die Sehnsucht junger Deutscher nach Visionen eines „geistigen" *Reiches*, heroischem Idealismus, Selbstaufopferung und einem Heldentod instrumentalisiert wurde. Mussolinis und Hitlers Dramaturgie der großen Kundgebungen und Demonstrationen sowie ihr Appell an die verborgenen Ängste und Sehnsüchte ihres Publikums waren frühe Beispiele für die manipulativen Tricks politischer Führer (Merkl & Weinberg, 2014, S. 20–21).

In einer aktuellen Diskussion des Konzepts charismatischer Führer erinnert uns Eatwell (2018) an Max Webers (1968) berühmte Beschreibung von Charisma als quasi-religiöses Phänomen, bei dem selbstbewusste, prophetische Führer in Krisenzeiten und vor dem Hintergrund der säkularen Modernisierung eine Massenbevölkerung affektiv inspirierten. Für Eatwell könnte dieser Ansatz einige Einblicke in die historischen Erscheinungsformen charismatischer Führer wie Mussolini in den frühen 1920er-Jahren und Hitler in den frühen 1930er-Jahren bieten. Was aber zeichnet „charismatische" Führer der neuen radikalen Rechten aus, zu denen irgendwie gleichzeitig der selbstbewusste und gutaussehende Jörg Haider in Österreich, der geschwätzige Umberto Bossi in Italien, die promovierte Geschäftsfrau Frauke Petry in Deutschland, der Managerstil von Marine Le Pen und ihr provokanter Vater Jean-Marie Le Pen mit seinem Macho-Stil in Frankreich gehören? Um diese verschiedenen Fälle zu erfassen, entwickelt Eatwell eine neue Konzeptualisierung solcher Führer, die ihre radikale Mission (z. B. Retter; nationalistisches Narrativ), persönliche Präsenz (in verschiedenen Medien), symbiotische Hierarchie (z. B. Sprechen wie „das Volk") und manichäische Dämonisierung (Ausrichtung auf Feinde wie die Muslime, die EU usw.) betont. Charismatische Führungspersönlichkeiten treten am ehesten in Zeiten großer sozioökonomischer Veränderungen und Krisen auf, wenn es günstige politische Gelegenheitsstrukturen (Präsidialsystem, schwache

Parteien, Unterstützung durch die Massenmedien) und weitere kulturelle und psychologische Faktoren gibt (z. B. vertrauen die Wähler einer vereinfachenden Führungspersönlichkeit, anstatt komplexe Ereignisse zu verstehen). Eatwell fügt zwei weitere Punkte hinzu: die Rolle des Charismas einer „Clique" gegenüber einem harten Kern von Anhängern, das dazu beiträgt, die Parteien zusammenzuhalten, sowie eine zentripetale Anziehungskraft, insbesondere auf Autoritäre und auf diejenigen, die sich am wenigsten für Politik interessieren (Eatwell, 2018).

Andere Autoren bezweifeln in ihren Studien die charismatische Führung als Hauptfaktor für den Erfolg moderner rechtspopulistischer Parteien (Van der Brug & Mughan, 2007). Allerdings appellieren solche Führer nach wie vor an die Bedrohungen, Ängste und Hoffnungen ihrer Zuhörer. In einer Studie über die Kommunikationsstile politischer Führer in den Niederlanden zeigte sich, dass Personen mit niedrigerem Bildungsniveau und politisch zynische Personen anfälliger für die Überzeugung durch den populistischen Stil eines rechtspopulistischen Parteiführers sind als für einen Mainstream-Führer (Bos et al., 2013).

Ein wachsender Teil der populistischen und rechtsradikalen Informationen, Desinformationen und politischen Überzeugungsarbeit wird über das *Internet* verbreitet. „Politische Akteure brauchen keine Journalisten mehr, um ihre Botschaft zu verbreiten, sie können einfach Medieninhalte produzieren und sie selbst an ein großes Publikum weitergeben" (Crilley & Gillespie, 2019). Simpson und Druxes schreiben: „Mit dem Hebel der digitalen Reproduzierbarkeit finden historische Hassbotschaften mit atemberaubender Geschwindigkeit und Reichweite neue Empfänger". Das Internet ist auch für die radikale Rechte attraktiv und produktiv, weil es kostengünstig und schnell ist und eine weitgehend unzensierte virtuelle Welt schafft. Selbst kleine Gruppen können die Illusion einer kritischen Masse erzeugen, um auf soziale Krisen zu reagieren. Die globale Ausdehnung des Internets übersteigt alles, was Jürgen Habermas' (1991) Theorie der bürgerlichen Öffentlichkeit beschreibt, die aus dem Kontext der europäischen Printmedien hervorgegangen ist (Simpson & Druxes, 2015, S. 2–4).

In den letzten Jahren wurden populistische bis rechtsextreme Gemeinschaften zunehmend auf allgemeinen Social-Media-Plattformen wie *Twitter* und *Facebook* sowie auf rechtsextremen Websites wie *Stormfront* aktiv. Eine Studie in den Vereinigten Staaten und mehreren europäischen Ländern ergab, dass politische Parteien im Allgemeinen eher dazu neigen, populismusbezogene Kommunikation auf Facebook und Twitter zu nutzen als in politischen Talkshows. Nicht nur rechtsgerichtete

Parteien wie die Schweizer *SVP*, die deutsche *AfD*, die italienische *Lega Nord* oder die britische *UKIP*, sondern auch linke Parteien wie die deutsche *Linke* oder die britische *Green Party* machten reichlich Gebrauch von populistischen Kommunikationselementen. Die Autoren stellen die Hypothese auf, dass soziale Medien es den Politikern erleichtern, die traditionellen Medien zu umgehen, ihre Botschaften auf ihre Zielgruppen zuzuschneiden und sich als bürgernah zu präsentieren (Ernst et al., 2019).

Es gibt lokale und nationale Interaktionen sowie *internationale Beziehungen* zwischen Gruppen über politische Grenzen hinweg, die soziale Medien nutzen (O'Callaghan et al., 2013). Die Einflüsse des amerikanischen *„White Nationalism"* scheinen stark zu sein. Solche Prozesse der Nachahmung oder Ansteckung hatten paradoxe Auswirkungen: „Rechtsextremisten sind in mancher Hinsicht homogener und in anderer Hinsicht fraktionierter geworden", sie können verschiedene Strömungen des internationalen extremistischen Denkens als „Wundertüte" von teilweise kontrastierenden kulturellen Hinweisen und Überzeugungen nutzen (Jacobs, 2015, S. 87). Für einige Forscher scheinen transnationale Netzwerke im Laufe der Zeit eine größere Rolle zu spielen, zum Beispiel bei „unbequemen Solidaritäten" von nationalistischen Parteien in Europa gegen die europäische Integration (Caiani, 2017; Caiani & Pavan, 2017). Für andere Forscher ist der transnationale Austausch zwischen rechtsradikalen Organisationen jedoch noch nicht sehr weit verbreitet. Dies wurde durch eine Analyse sozialer Netzwerke *(Twitter)* in einigen europäischen Ländern belegt, die sich auf Retweets aus dem Publikum rechtsextremer Twitter-Nutzer konzentrierte. Nur wenige Themen (Einwanderungsfeindlichkeit und einheimische Interpretationen der Wirtschaft) zogen ein transnationales rechtsextremes Publikum auf *Twitter* an. Islamophobie scheint der transnationale Klebstoff der radikalen Rechten zu sein, der extrem heterogene Organisationen zusammenbringt, die in verschiedenen politischen Systemen tätig sind. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass politische Parteien mehr als Bewegungen eine herausragende Rolle bei der Konstruktion eines transnationalen rechtsextremen Diskurses spielten (Froio & Ganesh, 2018).

In Finnland war die Mehrheit der jugendlichen *Facebook*-Nutzer online *Hassmaterial* ausgesetzt, darunter auch Kommentare zur sexuellen Orientierung und ethnischen Zugehörigkeit (Oksanen et al., 2014). Eine andere Studie über Facebook-Nutzer ergab, dass sie dazu neigen, überwiegend gleichgesinnte Nachrichtenartikel zu teilen und widersprüchliche zu vermeiden (An et al., 2013). In Deutschland erlaubt die rechtsradikale Partei *Alternative für Deutschland (AfD)* ihren Nutzern,

direkt Nachrichten auf ihrer Facebook-Pinnwand zu posten. Eine Studie zeigte, dass rechtsgerichtete flüchtlingsfeindliche Stimmungen auf Facebook Gewaltverbrechen gegen Flüchtlinge in ansonsten ähnlichen Gemeinden vorhersagen. Die Ergebnisse legen nahe, dass soziale Medien als Verbreitungsmechanismus zwischen Online-Hassreden und realen Gewaltverbrechen fungieren können (Müller & Schwarz, 2018). Interessanterweise zeigten Inhaltsanalysen von Facebook-Kommentaren von Anhängern in mehreren europäischen Ländern, dass Parteien (die britische *UKIP*, der französische *FN* und die deutsche *AfD*) im Vergleich zu nicht-institutionalisierten Gruppen häufiger das politische Establishment als Einwanderung und Islam ansprachen. Darüber hinaus wendeten die Parteien weniger extreme diskursive Praktiken gegenüber „dem Anderen" an als nicht-institutionalisierte Gruppen (Klein & Muis, 2018).

Einige Beobachter beschrieben die Beziehungen zwischen Rechtsextremismus und islamistischem Extremismus als *„wechselseitige Radikalisierung",* „Radikalisierung auf Gegenseitigkeit", „kumulative Radikalisierung" oder als Teufelskreis. Diese Merkmale basierten auf Gemeinsamkeiten in den Erzähl- und Kommunikationsstrategien von Rechtsextremen und islamistischen Extremisten. Islamistische Führer beschreiben die globale Diskriminierung von Muslimen und bezeichnen den „Krieg gegen den Terror" als „globalen Krieg gegen den Islam". Rechtsextremisten und islamistische Extremisten schüren den Hass gegeneinander als Vertreter einer ganzen gesellschaftlichen Einheit. Beide Gruppen von Extremisten fühlen sich in ihrer kollektiven Identität und Würde angegriffen. Die einen protestieren gegen die „Islamisierung des Westens", die anderen sehen sich als Vorhut gegen die „Verwestlichung des Islam" (Busher & Macklin, 2015; Ebner, 2017).

Insgesamt müssen bei der Erklärung rechtsradikaler Phänomene die Einflüsse der Medien, der politischen Führer und des öffentlichen Diskurses als dramatisierende Interpreten gesellschaftlicher Themen berücksichtigt werden. In den letzten Jahren sind die sozialen Medien zu wichtigen Verbreitern rechtsextremer Propaganda geworden. Hauptthemen sind Einwanderung und Islamophobie. Populismusrelevante Hinweise scheinen vor allem, aber keineswegs nur, Personen mit niedrigem Bildungsniveau zu betreffen und können auch zu Gewalttaten ermutigen.

4.4 Sozioökonomische, kulturelle

und politische Geschichte (i)

Die erzieherischen Einflüsse von Sozialisationsinstanzen wie Eltern, Gleichaltrigen, Kindergärten, Schulen und dergleichen auf Kinder und Jugendliche umfassen Elemente von historischem Wissen, Religion, politischen Ideologien, Weltanschauungen, moralischen Normen, Vorurteilen und mehr. Diese pädagogischen Inputs sind Produkte mehrerer *Geschichten*, d. h. vergangener wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Prozesse. Die aktuelle Gedanken- und Gefühlswelt ist auch ein kollektives Gedächtnis *historischer Erfahrungen* wie Wirtschaftskrisen, Revolutionen, internationale und Bürgerkriege usw. Solche historischen Prozesse prägen die gesamte aktuelle wirtschaftliche und soziale Struktur sowie die kulturelle und politische Situation. Daher haben Historiker vergangene Entwicklungen in diesen Bereichen untersucht, die zum heutigen Rechtsradikalismus beigetragen haben könnten.

Um mit *wirtschaftlichen* Fragen zu beginnen: Eine internationale Studie über den Einfluss der Weltwirtschaftskrise auf den Stimmenanteil rechtsextremer Parteien bei Wahlen in den 1920er- und 1930er-Jahren bestätigte einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlich schwierigen Zeiten und politischem Extremismus, der auf der Schrumpfung der Wirtschaft beruht. Die Auswirkung der Depression auf die Unterstützung rechtsextremer Parteien war in Ländern mit einer relativ kurzen Geschichte der Demokratie, mit bestehenden extremen Parteien, mit Wahlsystemen, die niedrige Hürden für die parlamentarische Vertretung aufstellten, und mit anhaltend schlechten wirtschaftlichen Bedingungen am größten (De Bromhead et al., 2012). Betrachtet man die Wahlen in den Jahren 1929–1933 und 2008–2013 in allen Staaten, die in beiden Zeiträumen Demokratien waren, so waren die Wahlfolgen der Großen Depression und der Großen Rezession ähnlich: rechte Parteien waren zunächst erfolgreicher als linke Parteien, aber dieser Effekt hielt nur wenige Jahre an. Daher sollte die Entwicklung einer Wirtschaftskrise im Laufe der Zeit berücksichtigt werden, wenn die Auswirkungen der Krise auf die Wahlergebnisse untersucht werden (Lindvall, 2014). Auch die Strategien anderer politischer Parteien, einschließlich der politischen Linken, können den Erfolg von Rechtsparteien beeinflussen (Bornschier, 2012).

Wie Daten aus 18 OECD-Ländern zeigen, war der Anteil des *Finanzsektors* am Bruttoinlandsprodukt (BIP) eine wesentliche Triebkraft der weltweiten Ungleichheit und erklärte zwischen 20 und 40 Prozent ihres Anstiegs zwischen 1980 und 2007. Dieser Effekt des Finanzsektors wurde durch den Anstieg des Volumens der an den nationalen Börsen gehandelten

Aktien und durch das Volumen der in den Bilanzen der Banken als Vermögenswerte gehaltenen Aktien bestimmt. Der Zusammenhang zwischen Finanzen und Ungleichheit war vor allem auf das Auftreten einer beträchtlichen Kapitalrente auf den Finanzmärkten und deren Aneignung durch eine Minderheit zurückzuführen (Godechot, 2016). In einer umfassenderen Studie mit einem Datensatz, der 20 fortgeschrittene Volkswirtschaften in vier Kontinenten und 827 Parlamentswahlen in den letzten 140 Jahren (1870–2014) abdeckt, wurden die *politischen Nachbeben von Finanzkrisen* (Bank-Runs, starker Anstieg der Ausfallquoten, begleitet von großen Kapitalverlusten, die zu öffentlichen Interventionen, Konkursen oder Zwangsfusionen von Finanzinstituten führten) analysiert. Ein zentrales Ergebnis war, dass nach Finanzkrisen die Regierungsmehrheiten schrumpften, die Polarisierung, die politische Unsicherheit und die Proteste auf der Straße drastisch zunahmen. All dies erschwerte die Krisenbewältigung. In diesen Situationen fühlten sich die Wähler besonders von der politischen extremen Rechten oder der gemäßigteren „Neuen Rechten" angezogen, die häufig Minderheiten oder Ausländern die Schuld zuschrieb. Im Durchschnitt steigerten rechtsextreme Parteien ihren Stimmenanteil nach einer Finanzkrise um 30 Prozent. Die Wahlgewinne der extremen Rechten waren nach den Weltwirtschaftskrisen der 1920er/1930er-Jahre und nach 2008 besonders hoch. Andererseits profitierte die extreme Linke nicht gleichermaßen von Episoden finanzieller Instabilität. Normale Rezessionen oder schwere makroökonomische Schocks ohne Finanzkrise lösten keine ähnliche politische Dynamik aus. Bei *nichtfinanziellen Katastrophen* schienen sich die Menschen hinter der Regierung zu versammeln. In *Finanzkrisen* ging die Unterstützung für die Regierung stark zurück. Die Autoren stellten mehrere Hypothesen für diese Unterschiede auf: (1) Nichtfinanzkrisen könnten als „entschuldbare" Ereignisse wahrgenommen worden sein, die durch exogene Schocks (z. B. Ölpreise oder Naturkatastrophen) ausgelöst wurden. (2) Finanzkrisen konnten mit unpopulären Rettungsaktionen für den Finanzsektor verbunden sein. (3) Finanzkrisen hatten stärkere soziale Auswirkungen als nichtfinanzielle Rezessionen (z. B. erhöhte Ungleichheit) (Funke et al., 2015).

Es ist umstritten, ob rechtsradikale Einstellungen in den ehemals *sozialistischen Staaten* Mittel- und Osteuropas auf historische Kontinuitäten autoritärer und fremdenfeindlicher Tendenzen in diesen Ländern oder auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen zurückzuführen sind, die zu Arbeitslosigkeit und Einwanderung geführt haben. Vergleichende Forscher weisen auf eine

Reihe von Unterschieden zwischen der radikalen Rechten in West- und Osteuropa hin, die auf unterschiedliche historische, sozioökonomische, politische und ideologische Entwicklungen zurückzuführen sind (Anastasakis, 2000; Hockenos, 1993; Merkl & Weinberg, 2014; Minkenberg, 2014). Ein Problem für die Forschung zu dieser Kontroverse ist der Mangel an politisch unvoreingenommenen Studien zu politischen Einstellungen während der ehemaligen sozialistischen Periode in diesen Ländern, die mit Studien aus westlichen Ländern in dieser Zeit verglichen werden könnten. Im Falle Deutschlands kann man mit Sicherheit sagen, dass es neben rechtsradikalen Organisationen und politischen Parteien in Westdeutschland auch in der ehemaligen sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik in Ostdeutschland eine kleine neofaschistische Untergrundbewegung gab (Hockenos, 1993). Außerdem ergaben Studien, dass signifikante Unterschiede in der rechtsextremen Kriminalität zwischen Ost- und Westdeutschland nach der Wiedervereinigung vor allem auf Unterschiede in der Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind (Falk et al., 2011), d. h. auf die wirtschaftlichen Veränderungen in jener Zeit.

Neben wirtschaftlichen Entwicklungen sind die *Religionen* wichtige historische und aktuelle kulturelle Kräfte, die politische Einstellungen prägen. Für Jost et al. (2014) lieferten Religionen ideologische Rechtfertigungen für die bestehende soziale Ordnung, die als legitim, gerecht und daher als befolgenswert angesehen wurde. Die Autoren fassen empirische Belege zusammen, die zeigen, dass Religiosität nicht nur häufig mit der Befürwortung des Glaubens an eine gerechte Welt und der Ablehnung von Gleichheit verbunden ist, sondern auch mit politischem Konservatismus und rechtem Autoritarismus. Allport (1966) wies bereits auf Studien hin, die ergaben, dass amerikanische *Kirchgänger* mehr rassische, ethnische und religiöse Vorurteile haben als Nicht-Kirchgänger. Jüngsten Meta-Analysen zufolge erhöht Religion häufig den Zusammenhalt und die Prosozialität gegenüber der eigenen Gruppe, kann aber auch ein negatives Nebenprodukt hervorbringen, nämlich die Feindseligkeit gegenüber als Bedrohung empfundenen Außengruppen. Insgesamt zeigten Studien, dass Religiosität positiv mit Vorurteilen korreliert (Rowatt et al., 2013). Einige Forscher stellten fest, dass insbesondere religiöser Fundamentalismus mit Autoritarismus, Vorurteilen und Rassismus assoziiert ist (Hall et al., 2010; Hunsberger, 1995; Wylie & Forest, 1992), andere wiederum sahen einen negativen Zusammenhang zwischen Fundamentalismus und Rassenvorurteilen und einen positiven Zusammenhang nur mit homosexuellen Vorurteilen (Laythe et al., 2001). Interessanterweise wählten auch säkulare Menschen und Nicht-

Kirchgänger in vielen europäischen Ländern zwischen 2002 und 2008 eher die radikale Rechte (Werts et al., 2013).

Vor allem die *Art der religiösen Identifikation* spielt eine wichtige Rolle. In einer Metaanalyse von Studien in den Vereinigten Staaten standen eine stärkere religiöse Identifikation, eine stärkere extrinsische Religiosität und ein stärkerer religiöser Fundamentalismus in einem positiven Zusammenhang mit Rassismus. Eine größere intrinsische Religiosität stand in einem negativen Zusammenhang mit Rassismus, was auf rassistische Toleranz hindeutet (Hall et al., 2010). Das Ausmaß des Glaubens an Gott und der Flexibilität religiöser Überzeugungen vermittelte ebenfalls den Zusammenhang zwischen Religiosität und Vorurteilen (Shen et al., 2013). Darüber hinaus scheint religiöser Fundamentalismus allein nicht Vorurteile und Intoleranz zu erklären, sondern eher die autoritären Komponenten dieser Art von Fundamentalismus (Powell & Clarke, 2013). Schließlich waren vorurteilsbehaftete Einstellungen wahrscheinlicher, wenn die Religionen Vorurteile förderten (Batson & Stocks, 2005).

Die *Inhalte* religiöser Traditionen sind alte Quellen für religiöse, ethnische und sexuelle Vorurteile. Um nur einige Beispiele für christliche Haltungen zu nennen: Antijudaismus und Antisemitismus waren Jahrtausende lang Teil des Christentums (Nirenberg, 2013). Seit den Kreuzzügen blühte der Anti-Islamismus in den westlichen Ländern mehrmals auf (Gottschalk & Greenberg, 2008). Ab der Zeit des spanischen und englischen Kolonialismus waren die amerikanischen Ureinwohner Opfer christlicher Vorurteile (Berkhofer, 2011; Rouse & Hanson, 1991). Bis heute ist das Dreieck zwischen Juden, Christen und Muslimen durch viele gegenseitige Vorurteile gekennzeichnet.

Um zur Geschichte der *politischen Ideologien* zu kommen: Für die meisten Historiker wurde der *Nationalismus* hauptsächlich in Europa an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert geboren und breitete sich von der politischen Romantik und den Auswirkungen der Herrschaft Napoleons wie eine Epidemie aus. „Der Nationalismus, wie er sich in Europa seit dem Ende des 18. Jahrhunderts entwickelt hat, war eine spezifisch moderne Erscheinungsform kollektiver Identität. Nach dem Bruch mit dem Ancien Régime und der Auflösung der traditionellen Ordnungen der frühbürgerlichen Gesellschaft emanzipierten sich die Individuen in einem Rahmen abstrakter bürgerlicher Freiheitsrechte. In dieser Situation befriedigte der Nationalismus das Bedürfnis nach neuen Identifikationen" (Habermas, 1988, S. 5) unter Verwendung der eigenen Sprache, Literatur und Historiographie. Politisch gesehen wurden für Conversi „die Prinzipien der Aufklärung durch die Französische Revolution eindeutig korrumpiert,

die schließlich die Idee der ‚Rechte des Menschen' auf eine begrenzte Anzahl von Individuen beschränkte, die die ‚Nation' bildeten (…) Schließlich war es die Beschwörung des Krieges als äußerer Vorwand, der den Kosmopolitismus für immer durch einen chauvinistischen (statt liberalen) Nationalismus ersetzte (……) Einen ähnlichen Weg gingen andere europäische nationalistische Bewegungen", zum Beispiel in Italien und Deutschland (Conversi, 2001, S. 35–36).

Über die Definition des Nationalismus (z. B. ursprünglicher, soziobiologischer, dauerhafter, kultureller, wirtschaftlicher Nationalismus) (Özkırımlı, 2017) und die sozialen Ursachen des Nationalismus (z. B. entstanden aus einer evolutionären Tendenz zur Bildung von Gruppen auf der Grundlage gemeinsamer Abstammung (vgl. Kap. 3), aus Ideen oder Konstruktionen von Intellektuellen als Teil des Modernisierungsprozesses, aus Ideen der einfachen Menschen, aus Medien und dem Wachstum der Kommunikation) besteht wenig Einigkeit. Einige Historiker sehen ältere Wurzeln des Nationalismus in Europa, z. B. als die alten Griechen von Fremden als „Barbaren" sprachen oder im Widerstand von Nationen gegen Besatzungsmächte wie während der protestantischen niederländischen Revolte gegen das katholische Spanien (Hobsbawm, 2012; Leerssen, 2006; Wehler, 2001).

Gibt es eine Kontinuität zwischen vergangenen und aktuellen nationalistischen, rechtsextremen Ideologien oder entstehen solche Ideologien unter bestimmten zeitgebundenen Bedingungen (zu ähnlichen Fragen vgl. Smith, 1996)? Befürworter der *Kontinuitätshypothese* verweisen auf Nachahmungs- und Lernprozesse in Familien: Die intergenerationalen Korrelationen politischer Einstellungen sind recht hoch (Degner & Dalege, 2013). Eine Studie über Aktivisten, die der italienischen neofaschistischen Bewegung der späten 1960er- bis frühen 1980er-Jahre angehörten, ergab beispielsweise, dass ein neofaschistisches Mobilisierungspotenzial nach 1945 durch eine Eltern-Kind-Übertragung von Frames (Lernen durch Gespräche, Handlungen und Texte) erhalten blieb (Veugelers, 2011).

Im Vergleich zu den drei mythischen Komponenten des „faschistischen Minimums" – dem Mythos der Wiedergeburt, dem populistischen Ultranationalismus und dem Mythos der Dekadenz (Griffin, 1991, S. 201) – gibt es sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede zwischen dem Faschismus und den neuen rechtsradikalen Parteien: Erstens stellt Rydgren fest, dass der populistische Ultranationalismus der neuen radikalen Rechten zwar weniger aggressiv und expansiv und nach innen gerichtet ist, aber dennoch den ideologischen Kern dieser Parteien bildet. Zweitens ist

Dekadenz immer noch ein ideologisches und rhetorisches Thema einiger der neuen rechtsradikalen Parteien. Drittens ist der Mythos der Wiedergeburt (ein Neubeginn oder eine Regeneration nach einer Phase der Krise oder des Niedergangs) in rechtsradikalen Parteien heute viel schwächer (Rydgren, 2018, S. 6–7).

Auf internationaler Ebene kam es nach dem Zusammenbruch der multinationalen sozialistischen Länder in Mittel- und Osteuropa und Asien zu einem Wiederaufleben ethnischer Konflikte, des Nationalismus und der Kriege (Laryš & Mareš, 2011; McFarland, 2000; Ther & Sundhaussen, 2001; Umland, 2002). Die Kontinuität nationalistischer Identitäten wurde insbesondere während der Wirtschaftskrise der Europäischen Union ab 2007 beobachtet, als rechtsgerichtete politische Parteien ihre Unzufriedenheit gegen Einwanderer, Ausländer und manchmal gegen die EU selbst richteten (Fligstein et al., 2012).

Andererseits argumentieren die Befürworter der *Diskontinuitätshypothese*, dass die heutige radikale Rechte ein modernes Phänomen nach einer Phase der Erneuerung ist. Sie wird als Ergebnis sozialer und kultureller Modernisierungsverschiebungen im Europa der Nachkriegszeit gesehen und ist nur vage mit früheren Versionen verbunden (Minkenberg, 2000). Zumindest zur Kennzeichnung distanzieren sich die meisten rechtsgerichteten politischen Parteien in Europa heute vom Faschismus und Nationalsozialismus, weil dies eine Position außerhalb der demokratischen Politik wäre (Wodak & Richardson, 2013, S. 3).

Die Frage nach Kontinuität und Diskontinuität kann auch auf dem Kampfplatz zwischen Formen des kollektiven Gedächtnisses und Gegenerinnerungen verortet werden – einerseits in Elementen des Gedächtnisses, die von Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie der Kulturindustrie unterstützt werden, andererseits in alternativen Erzählungen, die sozial ausgegrenzten Gruppen Möglichkeiten zur positiven Identifikation bieten (Weedon & Jordan, 2012).

Die Wahrnehmung von Kontinuität *oder* Diskontinuität der Vergangenheit kann Emotionen und politische Einstellungen beeinflussen: In einer Studie wurde Gruppen von englischen Teilnehmern gesagt, dass es Kontinuität oder Diskontinuität zwischen Englands Vergangenheit und Gegenwart gibt. Personen mit einer höheren Identifikation mit der eigenen Gruppe empfanden mehr kollektive Angst (d. h. Besorgnis um die Zukunft der Gruppe) und waren eher gegen Einwanderung, wenn die englische Geschichte als diskontinuierlich dargestellt wurde, als wenn sie kontinuierlich war. Die Forscher stellten die Hypothese auf, dass dies bedeuten könnte, dass die wahrgenommene Diskontinuität der

Vergangenheit der Gruppe die wahrgenommene Vitalität der Zukunft untergräbt und dadurch die Notwendigkeit erhöht, die aktuelle kollektive Identität zu bewahren (Jetten & Wohl, 2012).

Wie die Diskontinuitätstheoretiker argumentieren auch einige Autoren, dass *bestimmte historische Situationen und Bedingungen* rechte Ideologien hervorbringen könnten. Ein Beispiel liefert Betz (2013), der davon ausgeht, dass der amerikanische Populismus des 19. Jahrhunderts ein Modell für das Verständnis der heutigen rechtspopulistischen Mobilisierung in Westeuropa bietet. Eine erste Welle des amerikanischen Populismus setzte Ende 1840 ein und war eine Reaktion auf den Zustrom von Einwanderern, vor allem aus dem katholischen Irland. Eine zweite Welle entstand in den 1880er- und 1890er-Jahren als Reaktion auf den Strukturwandel im ländlichen Amerika. Beide Bewegungen setzten sich für soziale und politische Reformen ein, um das Land wieder auf seine ursprünglichen Wurzeln zurückzuführen: den evangelischen Protestantismus, der sich gegen die katholische „Invasion" richtete, und den Jeffersonschen Republikanismus, der sich gegen die Verflechtung von Geld und Politik wandte. Nach Ansicht des Autors hatten diese Bewegungen, auch wenn sie ihre Ziele nicht erreichten, einen nachhaltigen Einfluss auf die Entwicklung der amerikanischen Identität und könnten als Interpretationsmuster für den europäischen Populismus dienen.

Insgesamt wurden in der Forschung mehrere Erfahrungen mit historischen sozioökonomischen und kulturellen Veränderungen (Wirtschafts- und Finanzkrisen, Einwanderung usw.) festgestellt, z. B. nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa, die Angst, Orientierungslosigkeit und psychosoziale Mechanismen auslösten, die zu rechtsextremen Einstellungen führten. Darüber hinaus sind eine Reihe historischer Traditionen von Religion und politischen Ideen Quellen für zeitgenössische rechtsradikale Ideologien, insbesondere religiöser Fundamentalismus und Nationalismus. Beide sozialen Phänomene versprechen sozialen Zusammenhalt und die Macht von Eigengruppen, insbesondere in Situationen realer oder imaginärer Bedrohung.

4.5 Soziale Wechselwirkungen (k)

4.5.1 Gegenseitige Effekte: Die Ideologie

schlägt zurück

Bisher wurde das biopsychosoziologische Modell der radikalen Rechten so dargestellt, dass es aus Einbahnstraßen, Kausalketten oder Kausalnetzwerken besteht, die unten bei den evolutionären und historischen Faktoren beginnen und nach oben zu den psychologischen Schlüsselsyndromen und den aktuellen politischen Erscheinungsformen der radikalen Rechten aufsteigen. Ein realistischeres Modell sollte jedoch auch wechselseitige Effekte berücksichtigen. *Gegenseitige Wirkungen* können beispielsweise zwischen den politischen Erscheinungsformen der radikalen Rechten und den psychologischen und soziologischen Ebenen der sie verursachenden Faktoren festgestellt werden. Streng genommen gibt es Effekte, die von oben nach unten, von unten nach oben und seitwärts wirken: Rechtsradikale Bewegungen können die aktuelle soziale und kulturelle Situation beeinflussen. Sie können Teile einer Gesellschaft oder eine linke Gegenbewegung mobilisieren, eine politische Kultur verändern und das Aggressionsniveau anheben. Die Führer einer Bewegung müssen genau auf die Stimme der Bürger und Bürgerinnen hören. Politische Propaganda beeinflusst die Wähler; die Meinung der Wähler kann jedoch von der politischen Propaganda nicht ignoriert werden. Ein Wahlerfolg der radikalen Rechten könnte andere dazu veranlassen, ihre Parteiprogramme zu überarbeiten, und umgekehrt. Einwanderer leiden darunter, wenn sie mit einem rassistischen Diskurs konfrontiert werden. Touristen und ausländische Investoren könnten durch den verbreiteten Rassismus in einer Gesellschaft abgeschreckt werden. Staat und Gesellschaft könnten Präventionsprogramme gegen Rassismus auflegen. Eine rechtsextreme Partei könnte verboten werden, und so weiter. Auch hier spielen soziale und politische Interpreten (Journalisten, politische Führer usw.) eine wichtige Rolle in diesen vielschichtigen Prozessen und Kommunikationen.

Solche vermuteten zirkulären Prozesse sind nicht einfach zu erforschen, sie erscheinen als Henne-Ei-Problem, zum Beispiel bei Versuchen, den politischen Diskurs zu analysieren. Bei einigen dieser Prozesse hat sich die Forschung nicht auf den Sonderfall des Rechtsradikalismus konzentriert, sondern nur auf formale Aspekte. Voinea (2015) entwickelte Modelle zur Erklärung der Dynamik des politischen Einstellungswandels aus einer Perspektive der politischen Kultur, die die Beziehung zwischen Makro- und Mikroebene einer Gesellschaft und des politischen Systems betrachtet. Ein Teil dieser Prozesse ist die Beziehung zwischen politischen Parteien und der *vox populi*. Daten von Wahlen in 20 fortgeschrittenen kapitalistischen Demokratien zeigen, dass die Parteien die öffentliche

Meinung berücksichtigen. Sie reagieren beispielsweise auf Links-Rechts-Verschiebungen in der durchschnittlichen Wählerposition, aber sie tun dies nur, wenn die nationale Wirtschaft ausreichend von der Weltwirtschaft abgeschirmt ist (Ezrow & Hellwig, 2014).

In einer Zusammenfassung der Forschungsarbeiten fand Mudde Studien, die eine signifikante Wirkung populistischer rechtsradikaler Parteien auf die Einstellung zu Einwanderung und Integration auf Massenebene behaupteten, während andere Studien eher begrenzte oder gar keine signifikanten Auswirkungen aufzeigten. Auch wenn diese Parteien die Bedeutung bestimmter Themen für Teile der Bevölkerung beeinflusst haben könnten, schienen sie deren langfristige Einstellungen kaum zu ändern oder die Politik zu beeinflussen. In vielen Ländern mit und ohne populistische rechtsradikale Parteien hat sich die Politik nach dem 11. September nach rechts verschoben. Für den Autor können solche Parteien nur als *Katalysator* in diesem Prozess betrachtet werden und weder als notwendige noch als hinreichende Bedingung. Rechte Mainstream-Parteien könnten für die jüngste einwanderungsfeindliche Wende stärker verantwortlich sein als rechtspopulistische Parteien. Schließlich ist der Euroskeptizismus in vielen Parteien, auch in der Linken und den Gewerkschaften, weit verbreitet (Mudde, 2013). Andere Autoren fanden auch heraus, dass die parlamentarische Präsenz rechtsradikaler Parteien zwischen 2002 und 2012 nicht zur Verbreitung einwanderungsfeindlicher Haltungen in Europa beigetragen hat (Bohman & Hjerm, 2016). Das könnte sich in den letzten Jahren geändert haben, als eine große Zahl von Flüchtlingen und Einwanderern nach Europa kam.

Was die *politische Ansteckung zwischen Parteien angeht*, so ergab eine Analyse auf der Grundlage des Chapel Hill Expert Surveys (CHES) (Hooghe et al., 2010; Steenbergen & Marks, 2007), dass benachbarte Konkurrenten angesichts der Bedrohung durch eine rechtsradikale Partei dazu neigen könnten, mit einer entgegenkommenden Strategie zu reagieren, wie dies beispielsweise in Ungarn, Polen und der Slowakei der Fall war (Pytlas & Kossack, 2015). Schweden bietet ein weiteres Beispiel für politische Ansteckung. Als die nationalistische Partei *Sverigedemokraterna (SD) zu* einer öffentlichkeitswirksamen Partei wurde, wurden sowohl die Verbündeten als auch die Gegner der SD ermutigt, ihre Ansichten darüber zu betonen, was sozialen Zusammenhalt ausmacht. Die Debatte um die SD war ein rhetorischer Kampf zwischen nationalistischen Forderungen (Hellström et al., 2012). Dies kann auch andersherum geschehen: Die Daten zeigten, dass die Diskurse im Präsidentschaftswahlkampf von Nicolas Sarkozy von der konservativen

Partei *Union pour un mouvement populaire (UMP)* die Ideologie der französischen Rechten in Bezug auf Fragen der Einwanderung, der nationalen Identität und der Sicherheit radikalisiert haben (Haegel, 2011).

4.5.2 Wechselwirkung zwischen Angebot und Nachfrage

Um auf das weit verbreitete Paradigma der Politikwissenschaftler zurückzukommen, die die radikale Rechte analysieren, das Modell von *Nachfrage und Angebot*: Was sind die spezifischen Bedürfnisse, Emotionen, Interessen und Hoffnungen in einer Gesellschaft (Nachfrage), die von rechtsradikalen Ideologien angesprochen werden (Angebot)? Viele Studien konzentrierten sich entweder auf die Nachfrageseite oder auf die Angebotsseite. Mehrere Wissenschaftler betrachteten jedoch *beide* Seiten, die Interessen und Forderungen der Wählerschaft und das Angebot in den Programmen der rechten Parteien.

Kitschelt und McGann (1995, S. vii–viii, 25, 27) hatten in ihrer Studie über Westeuropa argumentiert, dass der Erfolg der radikalen Rechten von einem fortgeschrittenen Industriekapitalismus, den ideologischen Angeboten der politischen Parteien und einer klientelistischen politischen Ökonomie abhing. Ein solcher Ansatz weist auf verschiedene Bedeutungen der Metapher *Angebot* in diesem Zusammenhang hin: Erstens bezieht sich „Angebot“ auf die Ideologie und Politik einer Partei, um die „Nachfrage“ der Menschen mit ihren Bedürfnissen, Wünschen und Emotionen zu befriedigen. Zweitens bezieht sich „Angebot“ auf die politischen Bedingungen und Handlungen der umliegenden Parteien, das Wahlsystem, die Wirtschaft usw., die die Möglichkeiten für den Erfolg einer rechtsradikalen Partei bieten oder einschränken.

Entgegen der weit verbreiteten Annahme, dass rechtspopulistische Parteien in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs Erfolg haben, gibt es mehrere empirische Beispiele für das Gegenteil: Solche Parteien können auch in Zeiten des wirtschaftlichen Wohlstands erfolgreich sein. Eine Untersuchung der Reden von Führern rechtspopulistischer Parteien in Australien und den Niederlanden ergab, dass diese Parteien ihre Wahlsiege in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität mit einer bestimmten Rhetorik erringen konnten: Sie waren in der Lage, objektive relative Befriedigung in gefühlte relative Entbehrung zu verwandeln. Darüber hinaus förderten sie ein Gefühl der Ungerechtigkeit und der Opferrolle, indem sie die normalen Bürger (die tugendhaften Menschen) als Opfer einer Allianz zwischen

mächtigen Gruppen an der Spitze (der bösartigen Elite) und denjenigen am unteren Rand wie Flüchtlingen, Einwanderern oder Minderheiten darstellten (Mols & Jetten, 2016). Blee und Creasap (2010) beschrieben die Strategien der *New Right (NR),* die in den 1970er-Jahren in den Vereinigten Staaten entstanden. Die NR zog dort nicht in erster Linie soziale Gruppen im Niedergang an. Vielmehr mobilisierte ihre Kampagne zur Rückkehr Amerikas zu politischer, wirtschaftlicher und moralischer Stärke auch wirtschaftlich erfolgreiche Mittelschichten und Basisaktivisten, die zuvor nicht am politischen Leben teilgenommen hatten. Ein entscheidender Faktor der NR-Mobilisierungsstrategien war die Kultur (durch Musik, Familienveranstaltungen, Computerspiele, ein Medienimperium, Fernsehprediger mit Superstars und Internet-Seiten für soziale Netzwerke). Ein zweiter Faktor war die Identifizierung von Feinden (um die Kommunisten der Sowjetzeit durch Einwanderer, Liberale, arbeitende Frauen, muslimische Terroristen usw. zu ersetzen). Eine dritte Strategie beruhte auf dem Geschlecht. Einige der traditionellen Frauen, die sich in früheren Jahrzehnten in der konservativen Politik engagiert hatten, schlossen sich den NR-Bewegungen an, und religiöse evangelikale Frauen sowie Hausfrauen aus den Vorstädten schlossen sich dieser Bewegung an. Ein weiteres Beispiel für politische Mobilisierungsstrategien zeigt eine Studie über den Wahlkampf der *British National Party (BNP)* bei den britischen Parlamentswahlen 2010. Die Unterstützung für die extreme Rechte war in Gebieten, in denen die BNP intensive lokale Kampagnen durchführte, eine größere Anzahl von Mitgliedern rekrutierte und lokale Wahlerfolge erzielte, deutlich höher (Cutts & Goodwin, 2014).

Wimmer (1997) stellte die Hypothese auf, dass Fremdenfeindlichkeit und Rassismus als Appelle an den Solidaritätspakt in modernen Nationalstaaten und Gesellschaften gesehen werden können, der in Zeiten verschärfter sozialer Konflikte in den Augen der abwärtsmobilen Gruppen brüchig erscheint. In solchen Situationen könnte der fremdenfeindliche Diskurs nicht nur der Vergewisserung der nationalen Identität dienen, sondern ein Element eines politischen Kampfes darüber sein, wer das Recht hat, von Staat und Gesellschaft versorgt zu werden. Dies ist ein wichtiger Ansatzpunkt für rechtsradikale Ideologien und Parteiprogramme.

Es gibt weitere Wechselwirkungen zwischen Erscheinungsformen des Rechtsradikalismus und psychologischen und soziologischen Variablen; dazu gehört die politische Sozialisation in der Familie: Neben den Auswirkungen von den Eltern auf die Kinder gibt es auch Einflüsse in umgekehrter Richtung, da die Einstellungen der Kinder Einstellungen der Eltern hervorrufen können (McDevitt & Kiousis, 2015).

Sowohl Nachfrage- als auch Angebotsfaktoren wurden auch zur Erklärung einer anderen Erscheinungsform der extremen Rechten herangezogen – Gewalt und *Terrorismus*. Heitmeyer stellte eine Hypothese über die Aktivitäten des Rechtsterrorismus und ihre Ursachen auf. Ihm zufolge ermöglichen es überzeugende „Bedrohungspotentiale" den terroristischen Gruppen, permanenten Druck auf die Zielgruppen auszuüben, d. h. sie so zu „terrorisieren", dass Mitglieder der Zielgruppen jederzeit und an jedem Ort damit rechnen müssen, Opfer von Terror zu werden. Für die Täter sind Verschwörungstheorien wichtig für den Eskalationsprozess und den Übergang vom Rechtsextremismus zum Terrorismus, weil überall Feinde konstruiert werden können. Heitmeyer ging davon aus, dass sich gewalttätige Formen des Rechtsextremismus eher dort entwickeln, wo es keine politische Repräsentation durch Parteien oder Kanalisierungsmechanismen in Form von Wahlerfolgen auf nationaler Ebene gibt (das galt einst für Gruppen in Schweden, Großbritannien und Deutschland). Rechtsextreme Gewalt brauchte jedoch fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung. Je höher das Ausmaß der von rechtsextremen Gruppen ausgeübten Gewalt war, desto geringer war das politische Gewicht, das einer legitimen Machtteilung beigemessen wurde. Die politische Marginalisierung rechtsextremer Parteien und Gruppen führte in einigen Fällen zu einer Zersplitterung der extremen Rechten, während sie in anderen Fällen zu einer Radikalisierung mit politischen Morden führen konnte. Heitmeyer betonte die Beobachtung, dass der Prozess der Radikalisierung zum Terrorismus eine Funktion der politischen Interaktion sei. Die Rolle des Staates sei in dieser Wechselwirkung entscheidend, sowohl Unter- als auch Überreaktion könnten diesen Eskalationsprozess beschleunigen (Heitmeyer, 2005). Mit anderen Worten: Nachfrageseitige Faktoren wie die aggressiven Motive rechtsextremer Täter in Kombination mit angebotsseitigen Faktoren wie Reaktionen des Staates können den Terrorismus auf interaktive Weise fördern.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Wechselwirkungen in unserem biopsychosoziologischen Modell der Tatsache Rechnung tragen, dass die politischen Erscheinungsformen des Rechtsradikalismus nicht nur durch die verschiedenen Ebenen psychischer und sozialer Faktoren verursacht werden, sondern dass diese Erscheinungsformen selbst psychologische und soziologische Variablen auf verschiedenen Ebenen beeinflussen. Es wurden auch Wechselwirkungen zwischen den Programmen radikaler und anderer politischer Parteien festgestellt (politische Ansteckung).

4.6 Zwischenergebnisse und das verlockende doppelte Versprechen der radikalen Rechten

Die Kap. 3 und 4 zielen darauf ab, Einblicke in die Entwicklung politischer Erscheinungsformen der radikalen Rechten zu geben, indem Theorien und empirische Ergebnisse aus Geschichte, Politikwissenschaft, Soziologie, Psychologie und Biowissenschaften zu einem allgemeinen *biopsychosoziologischen Modell* kombiniert werden, das dann auch als Grundlage für strategische Prävention dient. Einer der Schwerpunkte des Modells ist eine Erweiterung der Theorien von Anna Freud (1993), Bühl (1982, 1987), Parsons und Shils (1962), Gubler und Bischof (1991) und Wahl (2000), die evolutionäre und multidisziplinäre Ansätze kombinieren, um individuelle und soziale Reaktionen auf Bedrohung zu berücksichtigen. Es wird davon ausgegangen, dass Wirtschafts- und Finanzkrisen, Einwanderung, schneller sozialer und kultureller Wandel Gefühle der realen oder imaginären Bedrohung und Unsicherheit auslösen können. Beide Arten von Bedrohung können die gleichen Folgen haben, gemäß dem Thomas-Theorem, dass Situationen, die von Menschen als real definiert werden, auch in ihren Folgen real sind (Thomas & Thomas, 1928, S. 572). Diese Emotionen wiederum haben das Potenzial, regressive biopsychosoziale Mechanismen bei Individuen sowie in sozialen und politischen Systemen zu stimulieren, um mit Situationen der Unsicherheit fertig zu werden. Bei Individuen sind solche Mechanismen automatische, affektgesteuerte, vorbewusste Gehirnschaltungen. Sie können nicht ohne weiteres durch bewusste Anstrengungen kontrolliert werden, weil sie sich in der langen Zeit der Evolution als nützliche Anpassungen entwickelt haben, um mit gefährlichen Umgebungen auf automatische Weise umzugehen. Diese Mechanismen beziehen sich auf die Beziehungen zwischen Eigengruppe und Fremdgruppe, Hierarchie und Solidarität innerhalb der Eigengruppe und die Bestrafung von Normverletzern, die die soziale Ordnung gefährden, sowie die Feindseligkeit gegenüber Einwanderern. Elemente dieser Mechanismen werden von rechtsradikalen Politikern und Medien als strategische Ansatzpunkte für ihre Ideologien

genutzt. Das *Erfolgsrezept* der radikalen Rechten lautet daher: *Furcht*, *Wut* und *Hoffnung*: Diese Ideologien interpretieren gesellschaftliche Situationen als *furchtauslösende* Bedrohungen; sie fördern die *Wut* auf Sündenböcke, die für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Probleme verantwortlich sein sollen; und schließlich versprechen sie *Hoffnung* und einfache Lösungen zugunsten der eigenen Gruppe. Die emotionalen Inhalte rechtsradikaler Ideologien ziehen bestimmte Persönlichkeiten in bestimmten sozioökonomischen und kulturellen Situationen an.

Aufgrund ihres interdisziplinären Ansatzes ergab diese Untersuchung der Prädiktoren für rechtsradikale Erscheinungsformen *mehrstufige Ergebnisse*, die sowohl Risikofaktoren für die Entwicklung rechtsradikaler Einstellungen als auch Ansatzpunkte für die Prävention umfassen. Der *erste Ursachenstrange*, die verschiedenen Ebenen der *psychologischen und biologischen Faktoren*, konzentrierte sich auf die Persönlichkeitsmerkmale. Studien zeigten, dass das *Geschlecht* eine Rolle spielt: Männer sind häufiger rechtsaffin und gewaltbereit als Frauen, aber nicht rechtsautoritärer oder fremdenfeindlicher. Persönlichkeitsmerkmale wie Rechtsautoritarismus korrelieren mit Furcht, Unterwürfigkeit und Engstirnigkeit. Soziale Dominanzorientierung korreliert mit Mangel an Mitgefühl und Moral. Fremdenfurchtsame und fremdenfeindliche Personen sind oft von Kindheit an Misanthropen. Ängstliche, viktimisierte, wütende und überkontrollierte Kinder laufen Gefahr, zu konservativen, fremdenfurchtsamen und fremdenfeindlichen Erwachsenen zu werden. Da die Entwicklung all dieser psychologischen Variablen bereits in der frühen Kindheit beginnt, sollten Präventionsprogramme ebenfalls früh ansetzen.

Vorbewusste, implizite ethnische Vorurteile scheinen das Verhalten stärker zu motivieren als bewusste, explizite Rassenvorurteile. Die Hirnforschung hat *neuronale Strukturen und Prozesse* gefunden, die mit Bedrohung, Unsicherheit und neuropsychologischen Merkmalen im Zusammenhang mit unterschiedlichen politischen Einstellungen stehen.

Für die nächste Ebene des Modells, die *Persönlichkeitsentwicklung und Sozialisation*, sind die wichtigsten Forschungsergebnisse intergenerationelle Korrelationen rechtsradikaler Einstellungen. In erster Linie prägen die impliziten Einstellungen der Mütter die Einstellungen der Kinder im Vorschulalter, hinzu kommen spätere Einflüsse durch andere Sozialisationsinstanzen. Darüber hinaus beeinflussen die Eltern-Kind-Beziehungen die Persönlichkeit des Kindes und seine späteren politischen Einstellungen. Ein niedriger Bildungsstand, ein niedriger Status und Arbeitslosigkeit der Eltern können eine Vorliebe für die radikale Rechte fördern. Politische Einstellungen und Aggressionen von Kindern werden

auch von der ethnischen Struktur und dem Unterrichtsstil in Kindergärten und Schulen beeinflusst. Kontakte zwischen ethnischen oder kulturellen Gruppen und Vielfalt könnten Vorurteile abbauen. Medien wie rechtsradikale Musik sind Eintrittspforten für rassistische Einstellungen und Aggressivität. Langes Fernsehen mit gewalttätigen Sendungen in der Kindheit kann spätere Aggressivität fördern.

Die Forschung ergab auch, dass die allgemeine Richtung der politischen Einstellungen und der Aggressivität zu einem beträchtlichen Teil durch *genetische* Faktoren vorhergesagt wird. *Epigenetische* Einflüsse (z. B. ausgelöst durch das Verhalten der Mutter) können auch den Grad der Angst beeinflussen, ein möglicher Vorläufer rechtsradikaler Einstellungen und Verhaltensweisen.

Der untere Teil des Modells bezieht sich auf die *Entwicklung* von biopsychosozialen Syndromen und Mechanismen. Evolutionstheoretiker führen Erscheinungsformen der radikalen Rechten letztlich auf ultimate Ursachen zurück, die in den adaptiven Funktionen psychologischer Syndrome wie Autoritarismus und Altruismus innerhalb von Eigengruppen sowie Feindlichkeit gegenüber Fremdgruppen liegen. Insbesondere in Zeiten der Bedrohung kann Autoritarismus (Unterwerfung, Aggression gegen Normverletzer und Außengruppen) das soziale Leben von Gruppen strukturieren. Fremdenfurcht und ethnische Vorurteile könnten bei unseren frühen Vorfahren, die auf andere Gruppen trafen, die adaptive Funktion der Risikovermeidung gehabt haben (Selbstschutz vor Ressourcenkonflikten und vor Infektionskrankheiten). Aggression und Fremdenfeindlichkeit haben vermutlich eine adaptive Funktion bei der Gewinnung und Verteidigung von Ressourcen (z. B. Territorium, Sexualpartner, Macht). Solche evolutionären Überbleibsel scheinen eine ultimate, grundlegende emotionale Kraft für die heutigen rechtsextremen Phänomene zu liefern. Andererseits wurde die Evolution des Menschen von Neugier und Interesse für Fremde begleitet, was zu Austausch, Kooperation, sexuellen Beziehungen und Fortpflanzung jenseits der Risiken des Inzests führte.

Der *zweite Ursachenstrang* des biopsychosoziologischen Modells – die *soziologischen und historischen Faktoren* – schließt die *aktuelle wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Situation* als Prädiktor für Erscheinungsformen der radikalen Rechten auf der Nachfrageseite ein. Auf der *individuellen* Ebene können Modernisierungs- und Globalisierungsverlierer ein vermindertes Selbstwertgefühl haben. Dann könnte ihre kompensatorische Suche nach Selbstwertgefühl oder Anerkennung eine autoritäre und ethnozentrische Ideologie für sie attraktiv machen, indem sie eine abgeleitete soziale Identität bietet. Theorien der

Desintegration gehen von ähnlichen Prozessen aus. Einige Studien haben jedoch gezeigt, dass auch Statusgewinner und -verteidiger solche Einstellungen zeigen. Rechtsradikale Ideologien rufen diese doppelte Angst bei etablierten *und* nicht etablierten Personen hervor und bieten eine doppelte Hoffnung auf Gewinne für Führer (Status) und Anhänger (Zugehörigkeit, sozialer Aufstieg).

Was die *soziale* Ebene der aktuellen Situation betrifft, so hat die Forschung gezeigt, wie spezifische Strukturen einer Gesellschaft (z. B. die Zahl der Einwanderer) Furcht, Fremdenfeindlichkeit, rassistische Einstellungen und Verbrechen fördern können. Gefürchtete Zuwanderung in Regionen mit geringem Ausländeranteil kann die gleichen Auswirkungen haben. Parallele Einflüsse von objektiven und subjektiven Faktoren werden auch bei tatsächlicher und befürchteter Arbeitslosigkeit beobachtet.

Auf der *Angebotsseite* stehen Merkmale des politischen Systems wie die Aktivitäten der etablierten Parteien in Wechselwirkung mit den Aktivitäten der radikalen Rechten. Zwar versuchen viele Staaten und Gesellschaften, Rassismus und Rechtsradikalismus zu bekämpfen, doch gibt es kaum empirische Belege für die langfristige Wirksamkeit der meisten dieser Maßnahmen. Spezielle Präventionsprogramme, die bereits in der frühen Kindheit ansetzen, könnten erfolgreicher sein, wenn es darum geht, die Entwicklung von Persönlichkeitsfaktoren zu begrenzen, die rechtsextremen Ideologien und Verhaltensmustern vorausgehen.

Um die radikale Rechte zu verstehen, müssen die Auswirkungen von *Medien, Politikern und dem öffentlichen Diskurs* als *Interpreten* gesellschaftlicher Prozesse analysiert werden. Diese Interpreten dramatisieren oder neutralisieren Fakten und Ereignisse. In unklaren und unsicheren Situationen suchen viele Menschen nach einfachen Erklärungen, Sündenböcken und einfachen Lösungen, wie sie von der radikalen Rechten angeboten werden. Die Forschung hat gezeigt, dass populismusrelevante Stichworte nicht nur Personen mit niedrigem Bildungsniveau beeinflussen. In den letzten Jahren sind die sozialen Medien zu wichtigen Verbreitern rechtsextremer Propaganda geworden. Die mediale Aufmerksamkeit für rechtsextreme Gewalt markiert Zielgruppen für Aggressionen und könnte zu Gewalttaten ermutigen. Einwanderungsthemen scheinen rechte Parteien stärker zu mobilisieren als Themen, die sich aus wirtschaftlichen Veränderungen, politischem Elitismus und Korruption ergeben, aber auch wirtschaftliche Entbehrungen können auf fremdenfeindliche Weise zum Ausdruck gebracht werden.

Sozialisation und Bildung sind gefüllt mit Inhalten aus der

Ideengeschichte, Religion, Politik usw., die am unteren Ende dieses Ursachenstrangs stehen. Es gibt viele alte Vorurteile zwischen den Religionen. Die Forschung hat herausgefunden, dass Religion oft prosoziale Einstellungen gegenüber der eigenen Gruppe, aber manchmal auch Feindseligkeit gegenüber anderen Gruppen fördert. Extrinsische Religiosität und religiöser Fundamentalismus waren mit Rassismus verbunden, intrinsische Religiosität wirkte dem Rassismus entgegen. Narrative von Nationen und Nationalismus erhalten ihre emotionale Kraft immer noch durch die Nutzung alter, in der Evolution entwickelter Mechanismen der autoritären Struktur und des sozialen Zusammenhalts innerhalb von Gruppen in Kombination mit Skepsis, Vorsicht und Verteidigung gegen Fremdgruppen, insbesondere in Situationen realer oder imaginärer Bedrohung.

Rechtsradikale Einstellungen werden nicht nur von den Sozialisationsinstanzen an die Kinder weitergegeben, sondern auch in jeder Generation durch neue Erfahrungen mit sozialen und kulturellen Veränderungen (Einwanderung, Regimewechsel, Wirtschaftskrisen usw.) bereichert. Daher gibt es gleichzeitig Prozesse der *Kontinuität* politischer Einstellungen (durch historisches Erbe und Sozialisation) und der *Diskontinuität* (durch neue Ereignisse). Vor allem nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa gab es sowohl Kontinuität als auch Diskontinuität bei solchen Einstellungen.

Schließlich berücksichtigt das biopsychosoziologische Modell einige *wechselseitige Effekte*. Politische Erscheinungsformen der radikalen Rechten werden nicht nur durch die verschiedenen psychologischen und soziologischen Faktorenebenen *verursacht,* sondern diese Erscheinungsformen selbst können Variablen auf den anderen Ebenen *beeinflussen*. Es gibt wechselseitige Effekte zwischen rechtsradikalen Ideologien und allgemeinen Vorurteilen in einer Gesellschaft und zwischen rechtsradikalen und anderen politischen Parteien (politische Ansteckung).

Die Forschung zeigte auch *widersprüchliche Ergebnisse* für einige populäre Hypothesen, z. B. dass vor allem Personen mit geringem Selbstwertgefühl, Arbeitslose und andere Verlierer der wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung dazu neigen, rechtsradikal zu werden. Vielmehr wurden auch wirtschaftliche Gewinner und Personen mit hohem Selbstwertgefühl als Statusverteidiger mit einer feindseligen Haltung gegenüber Zuwanderern festgestellt. Solche widersprüchlichen empirischen Befunde könnten aus dem doppelten Versprechen rechtsradikaler Ideologien resultieren: Sie sind für *unterschiedliche Persönlichkeiten* und mit divergierenden Statuserfahrungen attraktiv, indem sie *doppelte*

Chancen und ein Versprechen auf Integration bieten:

- Die Ausrichtung der Ideologien auf Autoritarismus, Hierarchie und Fremdenfurcht bietet beträchtlichen Teilen von unterwürfigen und autoritären Persönlichkeiten in der Unter- und Mittelschicht mit dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Sicherheit das Gefühl, Teil einer großen, wichtigen Eigengruppe, der Nation, zu sein und *Anhänger* herausragender politischer Führer zu sein. Darüber hinaus werden Selbstwertgefühl und Status dieser Gruppe durch die Abwertung von Fremdgruppen wie Immigranten gefördert.
- Im Gegensatz dazu erhält eine Gruppe dominant-autoritärer, feindseliger Personen, die bereits einen bestimmten (möglicherweise gefährdeten) wirtschaftlichen und sozialen Status haben, die Anerkennung, die sie glauben, von der radikalen Rechten zu verdienen, und kann möglicherweise Positionen als starke, mutige, dominante, aggressive *Führer* oder Funktionäre in verschiedenen Reihen rechtsradikaler Organisationen finden.

Ein historisches Beispiel ist die *NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei)*, die ihren Mitgliedern versprach, Teil einer expandierenden, erfolgreichen politischen Bewegung zu sein, und die NS-Organisation *SA (Sturmabteilung)* mit ihrem zweifachen Angebot an sozialen Positionen für potenzielle Führer *und* Anhänger. Sie boten (1) Mitgliedschaft und Positionen für diejenigen, die unter Arbeitslosigkeit und Statusverlust litten, und (2) mehrere Ränge für Führer, die bereits einen sicheren wirtschaftlichen Status hatten (Abel, 1986; Reichardt, 2009, S. 326–342).

Der Versuch, ein interdisziplinäres Modell zur Erklärung der vielschichtigen radikalen Rechten zu erstellen, bringt auch eine Reihe von theoretischen und empirischen *Einschränkungen* mit sich. In der Forschungsliteratur gibt es keine einheitliche Terminologie für diese politische Richtung und ihre Schlüsselfaktoren. Wichtige Variablen wurden mit unterschiedlichen Fragebögen und Skalen untersucht, was zu Ergebnissen führt, die sich nicht ohne weiteres vergleichen lassen. Viele empirische Studien bezogen sich nur auf Universitätsstudenten in westlichen Ländern; der Zugang zu tatsächlichen gewaltbereiten Rechtsextremisten ist begrenzt. Die Forschung zu fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungen und entsprechenden Verhaltenspotenzialen ist mit Problemen wie einer unzureichenden Fähigkeit zur Verbalisierung emotionaler Erfahrungen oder der Verzerrung durch soziale Erwünschtheit von Antworten konfrontiert. Daher wurden spezielle Methoden entwickelt,

um unbewusste, subtile und implizite rassistische Einstellungen zu messen, wie der *Implizite Assoziationstest (IAT)*, der Techniken zur Messung der Stärke von Assoziationen verwendet, die ethnische Kategorien (Schwarze vs. Weiße) mit wertenden Kategorien (gut vs. schlecht) verbinden (Dovidio et al., 2002; Greenwald et al., 1998). Die Gültigkeit dieser Techniken wurde jedoch auch kritisiert (Blanton & Jaccard, 2008; Durrheim, 2012). Neue Erkenntnisse über die Funktionsweise impliziter Vorurteile werden von der Hirnforschung erwartet (Gallate et al., 2011; Kubota et al., 2012).

Obwohl diese Übersicht einen breiten Blickwinkel hat (Meta-Analysen, neuere, interdisziplinäre, internationale Forschung), kann sie nur einen kleinen Teil der riesigen Menge an relevanten Studien darstellen. Daher ist diese Zusammenfassung ein Anfang, aber für eine breitere Evidenz ist weitere Forschung erforderlich. Zumindest zeigt die vorliegende Synopse, dass es möglich ist, Theorien und Ergebnisse empirischer Forschung aus verschiedenen Wissenschaften zu kombinieren, um den Rechtsradikalismus auf fruchtbare Weise zu erklären und Ansatzpunkte für eine wirksame Prävention zu bieten.

Literatur

Abel, T. F. (1986). *Why Hitler came into power*. Harvard University Press.

Aboud, F. E., Tredoux, C., Tropp, L. R., Brown, C. S., Niens, U., & Noor, N. M. (2012). Interventions to reduce prejudice and enhance inclusion and respect for ethnic differences in early childhood: A systematic review. *Developmental Review, 32*(4), 307–336.

Allport, G. W. (1966). The religious context of prejudice. *Journal for the Scientific Study of Religion, 5*(3), 447–457.

Alvarez-Galvez, J. (2016). Network models of minority opinion spreading: Using agent-based modeling to study possible scenarios of social contagion. *Social Science Computer Review, 34*(5), 567–581.

An, J., Quercia, D., & Crowcroft, J. (2013). Fragmented social media: A look into selective exposure to political news. In *Proceedings of the 22nd international conference on World Wide Web companion* (S. 51–52). Rio de Janeiro: International World Wide Web Conferences Steering Committee. https://ink.library.smu.edu.sg/cgi/viewcontent.cgi?article=7542&context=sis_research. Zugegriffen am 12.07.2022.

Anastasakis, O. (2000). *Extreme right in Europe: A comparative study of recent trends*. The Hellenic Observatory/The European Institute. Discussion paper no. 3. London: London School of Economics & Political Science. http://eprints.lse.ac.uk/3326/1/Extreme_Right_in_Europe.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.

Anhut, R., & Heitmeyer, W. (2006). Disintegration, recognition and violence. *Les cahiers psychologie politique, 6*. http://lodel.irevues.inist.fr/cahierspsychologiepolitique/index.php?id=728. Zugegriffen am 08.03.2019.
Arzheimer, K., & Carter, E. (2006). Political opportunity structures and right-wing extremist party success. *European Journal of Political Research, 45*(3), 419–443.
Asbrock, F., Lemmer, G., Becker, J. C., Koller, J., & Wagner, U. (2014). "Who are these foreigners anyway?" The content of the term foreigner and its impact on prejudice. *SAGE Open*. https://doi.org/10.1177/2158244014532819
Bakker, J. M. (2012). *Media literacy and its influence on the relation between immigration and integration news coverage and the support for anti-immigrant parties*. Master's thesis, Graduate School of Communication, University of Amsterdam, Amsterdam.
Batson, C. D., & Stocks, E. L. (2005). Religion and prejudice. In J. F. Dovidio, P. Glick & L. Rudman (Hrsg.), *On the nature of prejudice* (S. 413–428). Blackwell.
Baur, R., Green, E. G., & Helbling, M. (2016). Immigration-related political culture and support for radical right parties. *Journal of Ethnic and Migration Studies, 42*(11), 1748–1773.
Beck, U. (2002). The cosmopolitan society and its enemies. *Theory, Culture & Society, 19*(1–2), 17–44.
Beckmann, L. (2012). *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen*. Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. http://www.lpr.sachsen.de/download/landespraeventionsrat/Expertise_GMF-SN_2008-2011.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Beelmann, A., & Heinemann, K. S. (2014). Preventing prejudice and improving intergroup attitudes: A meta-analysis of child and adolescent training programs. *Journal of Applied Developmental Psychology, 35*(1), 10–24.
Berkhofer, R. F. (2011). *The white man's Indian: Images of the American Indian from Columbus to the present*. Knopf Doubleday.
Berning, C. C., & Schlueter, E. (2016). The dynamics of radical right-wing populist party preferences and perceived group threat: A comparative panel analysis of three competing hypotheses in the Netherlands and Germany. *Social Science Research, 55*, 83–93.
Betz, H. G. (2013). A distant mirror: Nineteenth-century populism, nativism, and contemporary right-wing radical politics. *Democracy and Security, 9*(3), 200–220.
Binder, T. (2005). *Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien – eine Folge von Modernisierungsprozessen?* Discussion paper, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin. https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/11710/ssoar-2005-binder-die_wahlerfolge_rechtspopulistischer_parteien_-.pdf?sequence=1. Zugegriffen am 08.03.2019.
Blanton, H., & Jaccard, J. (2008). Unconscious racism: A concept in pursuit of a measure. *Annual Review of Sociology, 34*, 277–297.
Blee, K. M., & Creasap, K. A. (2010). Conservative and right-wing movements. *Annual Review of Sociology, 36*, 269–286.
Bohman, A., & Hjerm, M. (2016). In the wake of radical right electoral success: A

cross-country comparative study of anti-immigration attitudes over time. *Journal of Ethnic and Migration Studies, 42*(11), 1–19.
Borgonovi, F. (2012). The relationship between education and levels of trust and tolerance in Europe. *The British Journal of Sociology, 63*(1), 146–167.
Bornschier, S. (2012). Why a right-wing populist party emerged in France but not in Germany: Cleavages and actors in the formation of a new cultural divide. *European Political Science Review, 4*(01), 121–145.
Bos, L., & Brants, K. (2014). Populist rhetoric in politics and media: A longitudinal study of the Netherlands. *European Journal of Communication, 29*(6), 703–719.
Bos, L., Van der Brug, W., & de Vreese, C. H. (2013). An experimental test of the impact of style and rhetoric on the perception of right-wing populist and mainstream party leaders. *Acta Politica, 48*(2), 192–208.
Bühl, W. L. (1982). *Struktur und Dynamik des menschlichen Sozialverhaltens*. Mohr.
Bühl, W. L. (1987). Zum Aufbau und zur Dynamik der Gefühle: Versuch einer katastrophentheoretischen Darstellung. In R. Schumann & F. Stimmer (Hrsg.), *Soziologie der Gefühle* (S. 106–138). Sozialforschungsinstitut München.
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend & Bundesministerium des Innern (Hrsg.). (2016). *Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung*. BMFSFJ/BMI.
Burgoon, B. (2013). Inequality and anti-globalization backlash by political parties. *European Union Politics, 14*(3), 408–435.
Busher, J., & Macklin, G. (2015). Interpreting "cumulative extremism": Six proposals for enhancing conceptual clarity. *Terrorism and Political Violence, 27*(5), 884–905.
Caiani, M. (2017). Radical right-wing movements: Who, when, how, and why? *Sociopedia.isa*. https://doi.org/10.1177/205684601761
Caiani, M., & Pavan, E. (2017). "Inconvenient solidarities": Extreme-right online networks and the construction of a critical frame against Europe. In A. Grimmel & S. M. Giang (Hrsg.), *Solidarity in the European Union* (S. 145–160). Springer.
Carriero, R. (2016). More inequality, fewer class differences: The paradox of attitudes to redistribution across European countries. *Comparative Sociology, 15*(1), 112–139.
Caruso, R., & Schneider, F. (2011). The socio-economic determinants of terrorism and political violence in Western Europe (1994–2007). *European Journal of Political Economy, 27*(Suppl. 1), S37–S49.
Carvacho, H., Zick, A., Haye, A., González, R., Manzi, J., Kocik, C., & Bertl, M. (2013). On the relation between social class and prejudice: The roles of education, income, and ideological attitudes. *European Journal of Social Psychology, 43*(4), 272–285.
Caspi, A., Houts, R. M., Belsky, D. W., Harrington, H., Hogan, S., Ramrakha, S., et al. (2016). Childhood forecasting of a small segment of the population with large economic burden. *Nature Human Behaviour, 1*. https://doi.org/10.1038/s41562-016-0005

Cea D'Ancona, Á. M. (2005). La exteriorización de la xenofobia. *Revista Española de Investigaciones Sociológicas, 112*(1), 197–230.
Conversi, D. (2001). Cosmopolitanism and nationalism. In A. S. Leoussi (Hrsg.), *Encyclopedia of nationalism* (S. 34–39). Transaction Publishers.
Crawford, B. (2007). Globalization and cultural conflict: An institutional approach. In H. Anheier & Y. R. Isar (Hrsg.), *Conflicts and tensions* (S. 31–50). Sage.
Crawford, J. T., Jussim, L., Cain, T. R., & Cohen, F. (2013). Right-wing authoritarianism and social dominance orientation differentially predict biased evaluations of media reports. *Journal of Applied Social Psychology, 43*(1), 163–174.
Crilley, R., & Gillespie, M. (2019). What to do about social media? Politics, populism and journalism. *Journalism, 20*(1), 173–176.
Cutts, D., & Goodwin, M. J. (2014). Getting out the right-wing extremist vote: Extreme right party support and campaign effects at a recent British general election. *European Political Science Review, 6*(1), 93–114.
De Bromhead, A., Eichengreen, B., & O'Rourke, K. H. (2012). *Right-wing political extremism in the Great Depression*. University of Oxford discussion papers in economic and social history no. 95. Oxford: University of Oxford.
De Koster, W., Achterberg, P., & Van der Waal, J. (2013). The new right and the welfare state: The electoral relevance of welfare chauvinism and welfare populism in the Netherlands. *International Political Science Review, 34*(1), 3–20.
Degner, J., & Dalege, J. (2013). The apple does not fall far from the tree, or does it? A meta-analysis of parent–child similarity in intergroup attitudes. *Psychological Bulletin, 139*(6), 1270–1304.
Devresse, J. (2013). *Problématiser les rapports entre extrême droite, médias et démocratie: les pistes de la médiation*. Liège: Université de Liège. https://orbi.uliege.be/bitstream/2268/155670/1/Probl%C3%A9matiser%20les%20rapports%20entre%20extr%C3%AAme%20droite%20m%C3%A9dias%20et%20d%C3%A9mocratie_pour%20oral.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
DeWall, C. N., Buckner, J. D., Lambert, N. M., Cohen, A. S., & Fincham, F. D. (2010). Bracing for the worst, but behaving the best: Social anxiety, hostility, and behavioral aggression. *Journal of Anxiety Disorders, 24*(2), 260–268.
Dimitrova, D. V., Shehata, A., Strömbäck, J., & Nord, L. W. (2014). The effects of digital media on political knowledge and participation in election campaigns: Evidence from panel data. *Communication Research, 41*(1), 95–118.
Dovidio, J. F., Kawakami, K., & Gaertner, S. L. (2002). Implicit and explicit prejudice and interracial interaction. *Journal of Personality and Social Psychology, 82*(1), 62–68.
Durrheim, K. (2012). Implicit prejudice in mind and interaction. In J. Dixon & M. Levine (Hrsg.), *Beyond prejudice: Extending the social psychology of conflict, inequality and social change* (S. 179–199). Cambridge University Press.
Eatwell, R. (2018). Charisma and the radical right. In J. Rydgren (Hrsg.), *The Oxford handbook of the radical right* (S. 251–268). Oxford University Press.
Ebner, J. (2017). *The rage: The vicious circle of Islamist and far-right extremism*.

Tauris.
Ernst, N., Blassnig, S., Engesser, S., Büchel, F., & Esser, F. (2019). Populists prefer social media over talk shows: An analysis of populist messages and stylistic elements across six countries. *Social Media + Society, 5*(1). https://doi.org/10.1177/2056305118823358
Esser, F., & Brosius, H. B. (1996). Television as arsonist? The spread of right-wing violence in Germany. *European Journal of Communication, 11*(2), 235–260.
Esser, F., Scheufele, B., & Brosius, H. B. (2002). *Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung: Deutschland im internationalen Scheinwerferlicht*. Westdeutscher Verlag.
Ezrow, L., & Hellwig, T. (2014). Responding to voters or responding to markets? Political parties and public opinion in an era of globalization. *International Studies Quarterly, 58*(4), 816–827.
Falk, A., Kuhn, A., & Zweimüller, J. (2011). Unemployment and right-wing extremist crime. *The Scandinavian Journal of Economics, 113*(2), 260–285.
Fischer, R., Hanke, K., & Sibley, C. G. (2012). Cultural and institutional determinants of social dominance orientation: A cross-cultural meta-analysis of 27 societies. *Political Psychology, 33*(4), 437–467.
Fligstein, N., Polyakova, A., & Sandholtz, W. (2012). European integration, nationalism and European identity. *Journal of Common Market Studies, 50*(S1), 106–122.
Freud, A. (1993). *The ego and the mechanisms of defence*. Karnac.
Frey, C. B., & Osborne, M. A. (2017). The future of employment: How susceptible are jobs to computerization? *Technological Forecasting and Social Change, 114*, 254–280.
Froio, C., & Ganesh, B. (2018). The transnationalisation of far right discourse on Twitter. *European Societies.* https://doi.org/10.1080/14616696.2018.1494295
Fukuyama, F. (2006). *The end of history and the last man*. Free Press.
Funke, M., Schularick, M., & Trebesch, C. (2015). *Going to extremes: Politics after financial crises, 1870–2014*. CESifo working paper no. 5553. München: Center for Economic Studies & Ifo Institute.
Gallate, J., Wong, C., Ellwood, S., Chi, R., & Snyder, A. (2011). Noninvasive brain stimulation reduces prejudice scores on an implicit association test. *Neuropsychology, 25*(2), 185–192.
Geishecker, I., & Siedler, T. (2011). *Job loss fears and (extreme) party identification: First evidence from panel data*. Discussion paper no. 6996. Göttingen: Center for European Governance and Economic Development Research. https://www.econstor.eu/bitstream/10419/67233/1/730392910.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Gest, J., Reny, T., & Mayer, J. (2018). Roots of the radical right: Nostalgic deprivation in the United States and Britain. *Comparative Political Studies, 51*(13), 1694–1719.
Giddens, A. (1991). *The consequences of modernity*. Polity Press.
Giner-Sorolla, R., & Chaiken, S. (1994). The causes of hostile media judgments.

Journal of Experimental Social Psychology, 30(2), 165–180.
Godechot, O. (2016). Financialization is marketization! A study on the respective impact of various dimensions of financialization on the increase in global inequality. *Sociological Science, 3*, 495–519.
Goldthorpe, J. H. (2012). Back to class and status: Or why a sociological view of social inequality should be reasserted. *Revista Española de Investigaciones Sociológicas, 137*(1), 201–215.
Gomes, S. (2013). A construção do pânico moral sobre os ciganos e os imigrantes na imprensa diária portugues. *Latitudes, 7*(2), 187–217.
Gottschalk, P., & Greenberg, G. (2008). *Islamophobia: Making Muslims the enemy*. Rowman & Littlefield.
Götz, N. (1997). Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne? Rechtsextreme Einstellungen in Berlin. *Zeitschrift für Soziologie, 26*(6), 393–413.
Green, E. G., Sarrasin, O., Baur, R., & Fasel, N. (2016). From stigmatized immigrants to radical right voting: A multilevel study on the role of threat and contact. *Political Psychology, 37*(4), 465–480.
Greenwald, A. G., McGhee, D. E., & Schwartz, J. L. (1998). Measuring individual differences in implicit cognition: The implicit association test. *Journal of Personality and Social Psychology, 74*(6), 1464–1480.
Griffin, R. (1991). *The nature of fascism*. Routledge.
Gubler, H., & Bischof, N. (1991). A systems theory perspective. In M. E. Lamb & H. Keller (Hrsg.), *Infant development: Perspectives from German-speaking countries* (S. 35–66). Erlbaum.
Habermas, J. (1988). Historical consciousness and post-traditional identity: Remarks on the Federal Republic's orientation to the West. *Acta Sociologica, 31*(1), 3–13.
Habermas, J. (1991). *The structural transformation of the public sphere: An inquiry into a category of bourgeois society*. MIT Press.
Haegel, F. (2011). Nicolas Sarkozy at-il radicalisé la droite française? Changements idéologiques et étiquetages politiques. *French Politics, Culture & Society, 29*(3), 62–77.
Hall, D. L., Matz, D. C., & Wood, W. (2010). Why don't we practice what we preach? A meta-analytic review of religious racism. *Personality and Social Psychology Review, 14*(1), 126–139.
Hall, P. A., Jacoby, W., Levy, J., & Meunier, S. (2014). Introduction: The politics of representation in the global age. In P. A. Hall, W. Jacoby, J. Levy & S. Meunier (Hrsg.), *The politics of representation in the global age: Identification, mobilization, and adjudication* (S. 1–28). Cambridge University Press.
Hart, W., Albarracín, D., Eagly, A. H., Brechan, I., Lindberg, M. J., & Merrill, L. (2009). Feeling validated versus being correct: A meta-analysis of selective exposure to information. *Psychological Bulletin, 135*(4), 555–588.
Hegel, G. W. F. (1817). *Encyclopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse*. Oswald.
Heitmeyer, W. (1993). Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursache von

fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralysierung. *Aus Politik und Zeitgeschichte, B2-3*, 3–13.
Heitmeyer, W. (2005). Right-wing terrorism. In T. Bjørgo (Hrsg.), *(2004), Root causes of terrorism: Myths, reality and ways forward* (S. 141–153). Routledge.
Held, J., Horn, H., Leiprecht, R., & Marvakis, A. (1992). *Du mußt so handeln, daß du Gewinn machst. Empirische Untersuchung und theoretische Überlegungen zu politisch rechten Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer*. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung.
Hellström, A., Nilsson, T., & Stoltz, P. (2012). Nationalism vs. nationalism: The challenge of the Sweden Democrats in the Swedish public debate. *Government and Opposition, 47*(2), 186–205.
Heydari, A., Teymoori, A., & Haghish, E. F. (2013). Socioeconomic status, perceived parental control, and authoritarianism: Development of authoritarianism in Iranian society. *Asian Journal of Social Psychology, 16*(3), 228–237.
Hirschi, C., & Widmer, T. (2012). Approaches and challenges in evaluating measures taken against right-wing extremism. *Evaluation and Program Planning, 35*(1), 171–179.
Hjerm, M., & Nagayoshi, K. (2011). The composition of the minority population as a threat: Can real economic and cultural threats explain xenophobia? *International Sociology, 26*(6), 815–843.
Hobsbawm, E. J. (2012). *Nations and nationalism since 1780: Programme, myth, reality*. Cambridge University Press.
Hockenos, P. (1993). *Free to hate: The rise of the right in post-communist Eastern Europe*. Routledge.
Hooghe, L., Bakker, R., Brigevich, A., De Vries, C., Edwards, E. E., Marks, G., et al. (2010). Reliability and validity of measuring party positions: The Chapel Hill Expert Surveys of 2002 and 2006. *European Journal of Political Research, 49*(5), 687–703.
Hunsberger, B. (1995). Religion and prejudice: The role of religious fundamentalism, quest, and right-wing authoritarianism. *Journal of Social Issues, 51*(2), 113–129.
Ipsos. (2016). *Perils of perception. A 40-country study*. Ipsos.
Ivarsflaten, E. (2008). What unites right-wing populists in Western Europe? Re-examining grievance mobilization models in seven successful cases. *Comparative Political Studies, 41*(1), 3–23.
Jacobs, T. S. (2015). *White pride world wide: A contemporary history of online, international right-wing extremist ideology and culture*. Master's thesis, Peace and Conflict Studies, Department of Archaeology, Conservation and History, Universitetet I Oslo, Oslo. https://www.duo.uio.no/bitstream/handle/10852/45238/Turner-Jacobs%2D%2D-White-Pride-World-Wide-PECOS-4095-Masters-Thesis.pdf?sequence=1. Zugegriffen am 08.03.2019.
Jensen, U. (2017). *Zornpolitik*. Suhrkamp.
Jetten, J., & Wohl, M. J. (2012). The past as a determinant of the present: Historical continuity, collective angst, and opposition to immigration. *European Journal of*

Social Psychology, 42(4), 442–450.
Jost, J. T., Hawkins, C. B., Nosek, B. A., Hennes, E. P., Stern, C., Gosling, S. D., & Graham, J. (2014). Belief in a just god (and a just society): A system justification perspective on religious ideology. *Journal of Theoretical and Philosophical Psychology, 34*(1), 56–81.
Kitschelt, H. (2007). Growth and persistence of the radical right in postindustrial democracies: Advances and challenges in comparative research. *West European Politics, 30*(5), 1176–1206.
Kitschelt, H., & McGann, A. J. (1995). *The radical right in Western Europe. A comparative analysis*. The University of Michigan Press.
Klein, O., & Muis, J. (2018). Online discontent: Comparing Western European far-right groups on Facebook. *European Societies.* https://doi.org/10.1080/14616696.2018.1494293
Knigge, P. (1998). The ecological correlates of right-wing extremism in Western Europe. *European Journal of Political Research, 34*(2), 249–279.
Koopmans, R., & Olzak, S. (2004). Discursive opportunities and the evolution of right-wing violence in Germany. *American Journal of Sociology, 110*(1), 198–230.
Kosic, A., Phalet, K., & Mannetti, L. (2012). Ethnic categorization: The role of epistemic motivation, prejudice, and perceived threat. *Basic and Applied Social Psychology, 34*(1), 66–75.
Kubota, J. T., Banaji, M. R., & Phelps, E. A. (2012). The neuroscience of race. *Nature Neuroscience, 15*(7), 940–948.
de Lange, S. L. (2012). New alliances: Why mainstream parties govern with radical right-wing populist parties. *Political Studies, 60*(4), 899–918.
Langenbacher, N., & Schellenberg, B. (2011). Introduction: An anthology about the manifestations and development of the radical right in Europe. In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 11–25). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Laryš, M., & Mareš, M. (2011). Right-wing extremist violence in the Russian Federation. *Europe-Asia Studies, 63*(1), 129–154.
Laythe, B., Finkel, D., & Kirkpatrick, L. A. (2001). Predicting prejudice from religious fundamentalism and right-wing authoritarianism: A multiple-regression approach. *Journal for the Scientific Study of Religion, 40*(1), 1–10.
Leerssen, J. T. (2006). *National thought in Europe: A cultural history*. Amsterdam University Press.
Lemmer, G., & Wagner, U. (2015). Can we really reduce ethnic prejudice outside the lab? A meta-analysis of direct and indirect contact interventions. *European Journal of Social Psychology, 45*(2), 152–168.
Liao, Q. V., & Fu, W. T. (2013). Beyond the filter bubble: Interactive effects of perceived threat and topic involvement on selective exposure to information. In *Proceedings of the SIGCHI conference on human factors in computing systems* (S. 2359–2368). http://cascade.cs.illinois.edu/publication/p2359-liao.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Lindvall, J. (2014). The electoral consequences of two great crises. *European*

Journal of Political Research, 53(4), 747–765.
Löchte, A., & Sill, O. (1994). *Rechtsextremismus bei westdeutschen Jugendlichen. Erklärungsansätze und Interventionsmöglichkeiten aus der Sicht der Sozialarbeit*. Lit.
Lord, C. G., Ross, L., & Lepper, M. R. (1979). Biased assimilation and attitude polarization: The effects of prior theories on subsequently considered evidence. *Journal of Personality and Social Psychology, 37*(11), 2098.
Lubbers, M., Gijsberts, M., & Scheepers, P. (2002). Extreme right-wing voting in Western Europe. *European Journal of Political Research, 41*(3), 345–378.
Lucassen, G., & Lubbers, M. (2012). Who fears what? Explaining far-right-wing preference in Europe by distinguishing perceived cultural and economic ethnic threats. *Comparative Political Studies, 45*(5), 547–574.
Margaryan, S., Paul, A., & Siedler, T. (2018). *Does education affect attitudes towards immigration? Evidence from Germany*. SOEP papers on multidisciplinary panel data research, no. 1001. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. https://www.econstor.eu/bitstream/10419/191628/1/1047094460.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Martins Correia, S. A. (2013). *Discriminação nos media em Portugal: Uma análise da noticiabilidade na imprensa escrita portuguesa*. Master's thesis, Universidade de Coimbra, Coimbra. https://estudogeral.sib.uc.pt/bitstream/10316/24688/2/Relat%C3%B3rio%20de%20Est%C3%A1gio_final.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Mazzoleni, G. (2003). The media and the growth of neo-populism in contemporary democracies. In G. Mazzoleni, J. Stewart & B. Horsfield (Hrsg.), *The media and neo-populism: A contemporary comparative analysis* (S. 1–21). Praeger.
McDevitt, M., & Kiousis, S. (2015). Active political parenting: Youth contributions during election campaigns. *Social Science Quarterly, 96*(1), 19–33.
McFarland, S. (2000). Autoritarismus and die Entwicklung eines demokratischen Bewußtseins in Rußland. In S. Rippl (Hrsg.), *Autoritarismus* (S. 173–197). Springer VS.
von Mering, S., & McCarty, T. W. (Hrsg.). (2013). *Right-wing radicalism today: Perspectives from Europe and the US*. Routledge.
Merkl, P. H., & Weinberg, L. (Hrsg.). (2014). *The revival of right wing extremism in the nineties*. Routledge.
Michel, E. (2017). *Welfare politics and the radical right: The relevance of welfare politics for the radical right's success in Western Europe*. Doctoral dissertation, European University Institute, Florence. http://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/46384/Michel_2017.pdf?sequence=1&isAllowed=y. Zugegriffen am 08.03.2019.
Minkenberg, M. (2000). The renewal of the radical right: Between modernity and anti-modernity. *Government and Opposition, 35*(02), 170–188.
Minkenberg, M. (2014). *Historical legacies and the radical right in post-cold war Central and Eastern Europe*. ibidem.
Mols, F., & Jetten, J. (2016). Explaining the appeal of populist right-wing parties in times of economic prosperity. *Political Psychology, 37*(2), 275–292.

Mudde, C. (2013). Three decades of populist radical right parties in Western Europe: So what? *European Journal of Political Research, 52*(1), 1–19.
Muis, J., & Immerzeel, T. (2017). Causes and consequences of the rise of populist radical right parties and movements in Europe. *Current Sociology, 65*(6), 909–930.
Müller, K., & Schwarz, C. (2018). *Fanning the flames of hate: Social media and hate crime*. Working paper no. 373. Centre for Competitive Advantage in the Global Economy, University of Warwick. https://warwick.ac.uk/fac/soc/economics/research/centres/cage/manage/publications/373-2018_schwarz.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Münch, A. V., & Glaser, M. (Hrsg.). (2011). *Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa*. Deutsches Jugendinstitut.
Murphy, J., & Devine, D. (2018). Does media coverage drive public support for UKIP or does public support for UKIP drive media coverage? *British Journal of Political Science*, 1–18. https://doi.org/10.1017/S0007123418000145
Nirenberg, D. (2013). *Anti-Judaism: The western tradition*. Norton.
Novotný, L. (2009). Right-wing extremism and no-go-areas in Germany. *Sociologický časopis/Czech Sociological Review, 45*(3), 561–610.
O'Callaghan, D., Greene, D., Conway, M., Carthy, J., & Cunningham, P. (2013). An analysis of interactions within and between extreme right communities in social media. In M. Atzmueller, A. Chin, D. Helic & A. Hotho (Hrsg.), *Ubiquitous social media analysis* (S. 88–107). Springer.
Ohlemacher, T. (1998). Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Mediale Berichterstattung, Bevölkerungsmeinung und deren Wechselwirkung mit fremdenfeindlichen Gewalttaten, 1991–1997. *Soziale Welt, 49*(4), 319–332.
Oksanen, A., Hawdon, J., Holkeri, E., Näsi, M., & Räsänen, P. (2014). Exposure to online hate among young social media users. In M. N. Warehime (Hrsg.), *Soul of society: A focus on the lives of children & youth* (S. 253–273). Emerald.
Özkırımlı, U. (2017). *Theories of nationalism: A critical introduction*. Palgrave Macmillan.
Parsons, T., & Shils, E. A. (Hrsg.). (1962). *Toward a general theory of action*. Harvard University Press.
Perliger, A. (2012). *Challengers from the sidelines: Understanding America's violent far-right*. West Point, NY: U. S. Military Academy Combating Terrorism Center. https://apps.dtic.mil/dtic/tr/fulltext/u2/a576380.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Petrocik, J. R. (1996). Issue ownership in presidential elections with a 1980 case study. *American Journal of Political Science, 40*(3), 825–850.
Peucker, C., Gaßebner, M., & Wahl, K. (2003). Die Sicht der Polizei: Strukturanalyse fremdenfeindlicher, rechtsextremer und antisemitischer Tatverdächtiger. In K. Wahl (Hrsg.), *Skinheads, Neonazis, Mitläufer* (S. 207–258). Leske + Budrich.
Phelps, J. M., Ommundsen, R., Türken, S., & Ulleberg, P. (2013). Intergroup perception and proactive majority integration attitudes. *Social Psychology, 44*(3), 196–207.

Powdthavee, N., & Oswald, A. J. (2014). *Does money make people right-wing and inegalitarian? A longitudinal study of lottery winners*. Working paper. Coventry: Department of Economics, University of Warwick. http://wrap.warwick.ac.uk/59379/1/WRAP_twerp_1039_oswald.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Powell, R., & Clarke, S. (2013). Religion, tolerance and intolerance: Views from across the disciplines. In S. Clarke, R. Powell & J. Savulescu (Hrsg.), *Religion, intolerance and conflict: A scientific and conceptual investigation* (S. 1–35). Oxford University Press.
Prado, S. P. (2012). Inmigración y comportamiento electoral: Cataluña desde una perspectiva comparada. *Documentos CIDOB. Migraciones, 23*, 1–13.
Pytlas, B., & Kossack, O. (2015). Lighting the fuse: The impact of radical right parties on party competition in Central and Eastern Europe. In M. Minkenberg (Hrsg.), *Transforming the transformation? The East European radical right in the political process* (S. 105–136). Routledge.
Ramalingam, V. (2014). *Old threat, new approach: Tackling the far right across Europe*. Institute for Strategic Dialogue.
Reichardt, S. (2009). *Faschistische Kampfbünde: Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA*. Böhlau.
Rieker, P., Glaser, M., & Schuster, S. (2006). *Prevention of right-wing-extremism, xenophobia and racism in European perspective*. Deutsches Jugendinstitut.
Rooduijn, M. (2014). The mesmerising message: The diffusion of populism in public debates in Western European media. *Political Studies, 62*(4), 726–744.
Rouse, L. P., & Hanson, J. R. (1991). American Indian and stereotyping, resource competition, and status-based prejudice. *American Indian Culture and Research Journal, 15*(3), 1–17.
Rowatt, W. C., Carpenter, T., & Haggard, M. (2013). Religion, prejudice and intergroup relations. In V. Saroglou (Hrsg.), *Religion, personality, and social behavior* (S. 170–192). Psychology Press.
Rydgren, J. (2018). The radical right. An introduction. In J. Rydgren (Hrsg.), *The Oxford handbook of the radical right* (S. 1–13). Oxford University Press.
Schellenberg, B. (2005, October 17). Rechtsextremismus und Medien. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 42*, 39–45.
Schellenberg, B. (2011). Strategies against the radical right and for a pluralist, forward-looking Europe. In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 309–317). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Schellenberg, B. (2013). *Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen*. Springer VS.
Schnabel, P. (2017, February 17). "Alle dachten, das geht vorbei". Interview in *Spiegel Online*. http://www.spiegel.de/politik/ausland/geert-wilders-in-den-niederlanden-alle-dachten-das-geht-vorbei-a-1132889.html. Zugegriffen am 08.03.2019.
Semyonov, M., Raijman, R., Tov, A. Y., & Schmidt, P. (2004). Population size, perceived threat, and exclusion: A multiple-indicators analysis of attitudes toward

foreigners in Germany. *Social Science Research, 33*(4), 681–701.
Sheets, P., Bos, L., & Boomgaarden, H. (2013). *Media cues and citizen support for right-wing populist parties*. Paper prepared for ECPR 2013. Bordeaux. www.ecpr.eu/Filestore/PaperProposal/0f18a288-5183-41a4-b23b-cc10c9854383.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Sheikh, S., Sarwar, S., & Reed, C. (2011). *Teaching methods that help to build resilience to extremism: Rapid evidence assessment*. Research report DFE-RR120. Department for Education. http://dera.ioe.ac.uk/3597/1/3597_DFE-RR120.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Shen, M. J., Yelderman, L. A., Haggard, M. C., & Rowatt, W. C. (2013). Disentangling the belief in God and cognitive rigidity/flexibility components of religiosity to predict racial and value-violating prejudice: A post-critical belief scale analysis. *Personality and Individual Differences, 54*(3), 389–395.
Siedler, T. (2011). Parental unemployment and young people's extreme right-wing party affinity: Evidence from panel data. *Journal of the Royal Statistical Society: Series A (Statistics in Society), 174*(3), 737–758.
Simpson, P. A., & Druxes, H. (2015). Introduction. In P. A. Simpson & H. Druxes (Hrsg.), *Digital media strategies of the far right in Europe and the United States* (S. 1–17). Lexington.
Sitzer, P., & Heitmeyer, W. (2008). Right-wing extremist violence among adolescents in Germany. *New Directions for Youth Development, 119*, 169–185.
Smith, A. (1996). *Nations and nationalism in a global era*. Polity Press.
Sprinzak, E. (1995). Right-wing terrorism in a comparative perspective: The case of split delegitimization. In T. Bjørgo (Hrsg.), *Terror from the extreme right* (S. 17–43). Routledge.
Steenbergen, M. R., & Marks, G. (2007). Evaluating expert judgments. *European Journal of Political Research, 46*(3), 347–366.
Steinmayr, A. (2016). *Exposure to refugees and voting for the far-right: (Unexpected) results from Austria*. Discussion paper no. 9790. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit. https://www.econstor.eu/bitstream/10419/141549/1/dp9790.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Stockemer, D. (2016). Structural data on immigration or immigration perceptions? What accounts for the electoral success of the radical right in Europe? *Journal of Common Market Studies, 54*(4), 999–1016.
Strabac, Z. (2011). It is the eyes and not the size that matter: The real and the perceived size of immigrant populations and anti-immigrant prejudice in Western Europe. *European Societies, 13*(4), 559–582.
Tarde, G. (1890). *Les lois de l'imitation. Étude sociologique*. Alcan.
Taubner, S., Munder, T., Unger, A., & Wolter, S. (2013). Wirksamkeitsstudien zu Frühen Hilfen in Deutschland. *Kindheit und Entwicklung, 22*(4), 232–243.
Ther, P., & Sundhaussen, H. (Hrsg.). (2001). *Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert: Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich*. Harrassowitz.
Thesen, G., Green-Pedersen, C., & Mortensen, P. B. (2017). Priming, issue ownership, and party support: The electoral gains of an issue-friendly media

agenda. *Political Communication, 34*(2), 282–301.
Thomas, W. I., & Thomas, D. S. (1928). *The child in America. Behavior problems and programs*. Knopf.
Umland, A. (2002). Toward an uncivil society? Contextualizing the decline of post-Soviet Russian parties of the extreme right wing. *Demokratizatsiya, 10*(3), 362–391.
Van Dalen, A., de Vreese, C. H., & Albæk, E. (2012). Different roles, different content? A four-country comparison of the role conceptions and reporting style of political journalists. *Journalism, 13*(7), 903–922.
Van der Brug, W., & Mughan, A. (2007). Charisma, leader effects and support for right-wing populist parties. *Party Politics, 13*(1), 29–51.
Veugelers, J. W. (2011). Dissenting families and social movement abeyance: The transmission of neo-fascist frames in postwar Italy. *The British Journal of Sociology, 62*(2), 241–261.
Voinea, C. F. (2015). Political culture and covalent bonding. A conceptual model of political culture change. *European Quarterly of Political Attitudes and Mentalities, 4*(1), 1–21.
Wahl, K. (1989). *Die Modernisierungsfalle. Gesellschaft, Selbstbewusstsein und Gewalt*. Suhrkamp.
Wahl, K. (1995). Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Gewalt. Eine Synopse wissenschaftlicher Untersuchungen und Erklärungsansätze. In Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), *Gewalt gegen Fremde. Rechtsradikale, Skinheads und Mitläufer* (S. 11–67). Deutsches Jugendinstitut.
Wahl, K. (2000). *Kritik der soziologischen Vernunft. Sondierungen zu einer Tiefensoziologie*. Velbrück Wissenschaft.
Wahl, K. (2002). Development of xenophobia and aggression. *International Journal of Comparative and Applied Criminal Justice, 26*(2), 247–256.
Wahl, K. (2008). Was führt zu Aggression, was zu Toleranz? Eine Analyse mit dem Schwerpunkt Fremdenfeindlichkeit. In Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Theorie und Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts. Aktuelle Aspekte der Präventionsdiskussion um Gewalt und Extremismus* (S. 115–136). Bundesministerium des Innern.
Weber, M. (1968). *Economy and society*. University of California Press.
Weedon, C., & Jordan, G. (2012). Collective memory: Theory and politics. *Social Semiotics, 22*(2), 143–153.
Wehler, H. U. (2001). *Nationalismus: Geschichte-Formen-Folgen*. Beck.
Werts, H., Scheepers, P., & Lubbers, M. (2013). Euro-scepticism and radical right-wing voting in Europe, 2002–2008: Social cleavages, socio-political attitudes and contextual characteristics determining voting for the radical right. *European Union Politics, 14*(2), 183–205.
Wettstein, M., Esser, F., Schulz, A., Wirz, D. S., & Wirth, W. (2018). News media as gatekeepers, critics, and initiators of populist communication: How journalists in ten countries deal with the populist challenge. *The International Journal of Press/Politics, 23*(4), 476–495.

Wimmer, A. (1997). Explaining xenophobia and racism: A critical review of current research approaches. *Ethnic and Racial Studies, 20*(1), 17–41.
Wodak, R. (2015). *The politics of fear: What right-wing populist discourses mean*. Sage.
Wodak, R., & KhosraviNik, M. (2013). Dynamics of discourse and politics in right-wing populism in Europe and beyond: An introduction. In R. Wodak, M. KhosraviNik & B. Mral (Hrsg.), *Right-wing populism in Europe: Politics and discourse* (S. XVII–XXVIII). Bloomsbury.
Wodak, R., & Richardson, J. E. (2013). European fascism in word and text: Introduction. In R. Wodak & J. E. Richardson (Hrsg.), *Analysing fascist discourse: European fascism in talk and text* (S. 1–16). Routledge.
Wylie, L., & Forest, J. (1992). Religious fundamentalism, right-wing authoritarianism and prejudice. *Psychological Reports, 71*(3), 1291–1298.
Zick, A., Krause, D., Berghan, W., & Küpper, B. (2016). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2016. In A. Zick, B. Küpper & D. Krause (Hrsg.), *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016* (S. 33–81). Dietz.

K. Wahl *Die Radikale Rechte*
https://doi.org/10.1007/978-3-031-23577-1_5

5. Die radikale Rechte in Europa: Variationen eines soziopolitischen Phänomens

Klaus Wahl[1]

(1) Psychosoziale Analysen und Prävention – Informations-System (PAPIS), München, Deutschland

5.1 Das Gleiche und doch anders? Zeitgenössische Erscheinungen der radikalen Rechten auf dem gesamten Kontinent (a)

Rechtsradikale Parteien und Bewegungen sind in vielen europäischen Ländern auf dem Vormarsch. Einige Staaten werden bereits von solchen Parteien regiert (z. B. Ungarn, Polen und Italien), während sie in anderen zumindest an der Regierung beteiligt sind oder waren (z. B. Österreich). Gleichzeitig zeigen Meinungsumfragen, dass fremdenfeindliche, rassistische und autoritäre Haltungen auf diesem Kontinent weit verbreitet sind. Die Meinungen über Flüchtlinge aus den Kriegen im Nahen Osten und über Einwanderer im Allgemeinen, insbesondere über solche mit muslimischem Hintergrund, polarisieren die europäischen Gesellschaften in Gruppen, die „Flüchtlinge willkommen“ rufen, und andere, die „Ausländer raus“ rufen, die ihr „eigenes Volk“ bedroht sehen und die Grenzen

schließen wollen.

Die Kap. 2, 3 und 4 bieten eine *vertikale* Perspektive auf die verschiedenen Ebenen biotischer, psychischer und sozialer Faktoren bei der Entwicklung von Rechtsradikalismus bei *Einzelpersonen* und *Gruppierungen*. Solche Studien werden häufig an begrenzten Populationen in bestimmten Ländern, Städten oder Universitäten durchgeführt. Im Gegensatz dazu wird im vorliegenden Kap. 5 eine ergänzende *horizontale* Perspektive auf die *Variationen der Erscheinungsformen der radikalen Rechten* in West-, Mittel- und Osteuropa eingenommen: populistische und extremistische Parteien und Bewegungen, ihre Ideologien, Mitglieder, Wähler, Anhänger und, in zweiter Linie, gewalttätige und terroristische Gruppen. Solche internationalen Vergleiche stützen sich hauptsächlich auf politische Meinungsumfragen, Wahlergebnisse und Kriminalitätsstatistiken. Im nächsten Kap. 6 werden diese Vergleiche durch Studien über *Ursachen und Katalysatoren* für die Ausprägungen der radikalen Rechten ergänzt. Das heißt, auf der *Nachfrageseite* die aktuelle Situation der Gesellschaft sowie deren Medien und andere Interpreten, die negative Emotionen wie Angst vor sozialem Wandel und Einwanderung schüren sowie die Hoffnung auf Sicherheit und eine starke Nation, verbunden mit dem Bild einer ethnisch homogenen Nation. Faktoren auf der *Angebotsseite* sind die gegebenen politischen Strukturen eines Landes (Verfassung, politische Parteien usw.) und die politische Kultur (Vertrauen in die Politik usw.). Aufgrund der divergierenden *Geschichte* der verschiedenen Teile Europas werden diese wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen historischen Prozesse ebenfalls berücksichtigt.

Kurz gesagt, dieses Kap. 5 konzentriert sich nur auf einen *spezifischen Teil* des allgemeinen biopsychosoziologischen Modells der radikalen Rechten: ihre zeitgenössischen europäischen Erscheinungsformen (Kasten (a) in Abb. 2.1 in Kap. 2 oder in einer komprimierten Version als *historisch-sozioökonomisch-kulturell-politisches Modell* hier in Abb. 5.1).

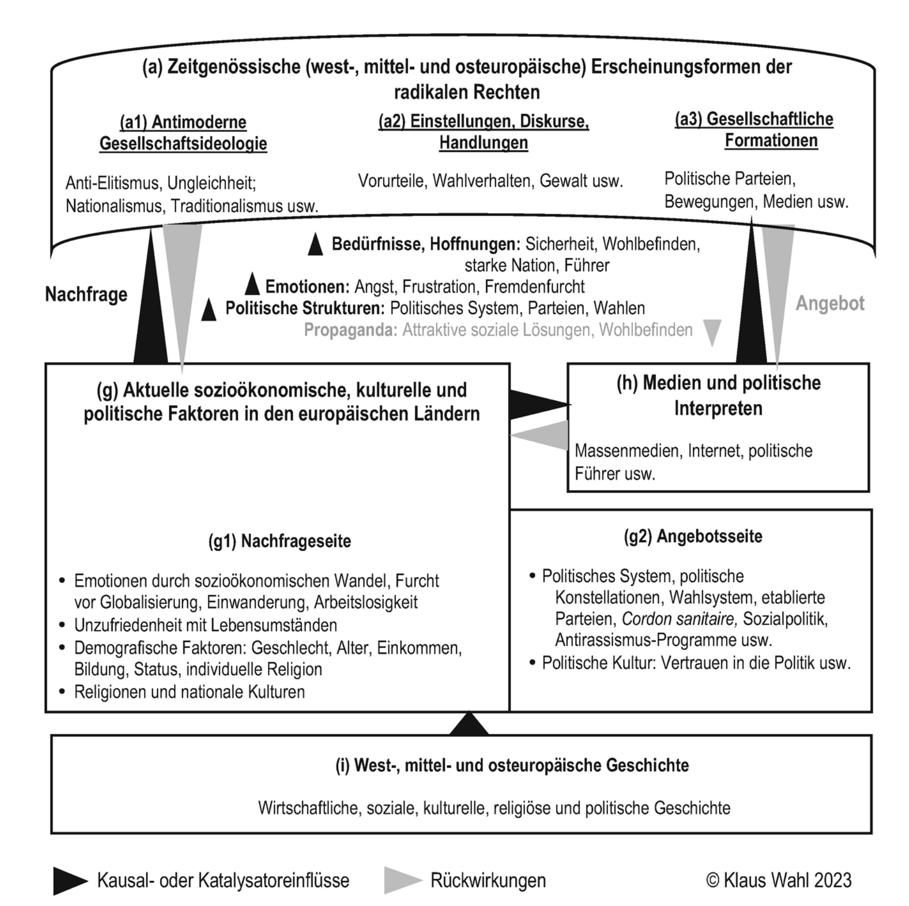


Abb. 5.1Historisch-sozioökonomisch-kulturell-politisches Modell der radikalen Rechten in Europa

Für eine *Arbeitsdefinition* der *Ideologien der radikalen Rechten* für diese internationale Zusammenfassung verweisen wir auf den Versuch im einleitenden Kapitel:

> Rechtsradikale Ideologien betonen Bedrohungen in der modernen und postmodernen wirtschaftlichen und sozialen Welt (z. B. Globalisierung, Einwanderung). Die radikale Rechte verspricht auch Schutz vor solchen Bedrohungen durch eine betont ethnische Konstruktion des „Wir", des Volkes, als vertraute, homogene Eigengruppe, antimoderne oder reaktionäre Gesellschaftsstrukturen, einen autoritären Staat, Nationalismus, die Diskriminierung oder Ausgrenzung von Einwanderern und Minderheiten und (teilweise) die Anwendung von Gewalt. Während die radikale Rechte

traditionelle soziale und kulturelle Strukturen (traditionelle Familien- und Geschlechterrollen, Religion usw.) befürwortet, nutzt sie moderne Technologien und verfolgt keine bestimmte Wirtschaftspolitik; einige Parteien tendieren zu einer liberalen, marktwirtschaftlichen Politik, andere eher zu einer wohlfahrtsstaatlichen Politik. Schließlich lässt sich die radikale Rechte durch unterschiedliche Grade von Militanz und Aggressivität skalieren, die vom Rechtspopulismus bis zu Rassismus, Terrorismus und Totalitarismus reichen (vgl. Kap. 1).

Wie in Kap. 1 beschrieben, gibt es unter den Autorinnen und Autoren keinen Konsens darüber, wie viele der politischen Parteien der politischen Rechten als (ultra-)konservative, populistische, radikale oder extremistische Parteien zu kategorisieren sind. Wir verwenden „radikale Rechte“ (im weiteren Sinne) als zusammenfassenden Begriff, der alle Varianten von der populistischen bis zur extremen, gewalttätigen und totalitären politischen Rechten umfasst. Wenn wir uns in diesem Kapitel auf bestimmte Autoren beziehen, zitieren wir in der Regel deren eigene Begriffe (populistisch, radikal, extremistisch, rechtsextrem usw.), ohne diese neu zu kategorisieren.

5.2 Antimoderne Gesellschafts ideologie

Auf einer abstrakten Ebene sind die Ideologien des gesamten politischen Spektrums der radikalen Rechten in Europa, d. h. von der populistischen bis zur extremistischen, terroristischen und totalitären Rechten, durch weitgehend *antimoderne soziale Ideologien* gekennzeichnet:

- In Bezug auf *Außen-* oder *Fremdgruppen* betonen sie die Ungleichheit von Menschen, z. B. Männer und Frauen, der sexuelle Orientierung, „Eigene“ und „Andere“ in Bezug auf Nation, ethnischen oder kulturellen Hintergrund und Religion. Eine wichtige Zielgruppe von Vorurteilen und Diskriminierung sind heute die Muslime.
- In Bezug auf die *Eigengruppe* (die als „eigene“ Nation oder „eigenes“ Volk betrachtet wird) vereinen diese Ideologien paradoxe Elemente: Einerseits betonen sie die hierarchische Struktur der Gesellschaft und einen mehr oder weniger autoritären Staat mit weniger demokratischen

und individuellen Rechten. Andererseits beschwören sie eine Solidarität des „Wir, das Volk“ innerhalb der Utopie einer ethnisch und kulturell homogenen Nation. Darüber hinaus kritisieren politische Parteien mit rechtsradikalen Ideologien die politische Elite und das Establishment sowie die etablierten Medien („Lügenpresse“), obwohl die Führer der radikalen Rechten oft Teil des Establishments sind und selbst dann, wenn sie der Regierung angehören. Sie kritisieren auch trans- und internationale Verbindungen und Institutionen wie die Europäische Union oder die UNO.

- Die *wirtschaftspolitischen Programme* der radikalen Rechten können bemerkenswert unterschiedlich sein. Sie reichen von einer Präferenz für die freie Marktwirtschaft bis hin zu einem interventionistischen Staat. In Westeuropa sind die rechtsradikalen Parteien überwiegend Befürworter des freien Marktes und der kleinen und mittleren Unternehmen. In Mittel- und Osteuropa hingegen neigen mehrere Parteien dazu, eine nationalistische Wirtschaftspolitik im Sinne eines interventionistischen und protektionistischen Wohlfahrtsstaates zu vertreten.
- Während die radikale Rechte *vergangene Lebensformen* (traditionelle Familien- und Geschlechterrollen, Heterosexualität usw.) propagiert, nutzt sie die *neuesten Technologien* oft effektiver als andere politische Parteien und Bewegungen (Verkehr, Kommunikation über soziale Medien usw.).
- Zwischen der populistischen und der extremen, gewalttätigen und totalitären Rechten gibt es Unterschiede im Grad der Akzeptanz von *Gewalt* als politisches Mittel oder sogar der Bereitschaft, selbst gewalttätig zu werden.

Mehrere Autoren haben eine Reihe von Typologien für aktuelle rechtsradikale Ideologien und Parteien vorgeschlagen. Wie in Kap. 1 beschrieben, unterscheiden Kitschelt und McGann (1995) zwischen *Neofaschisten*, *der neuen radikalen Rechten* und *populistischen* Parteien. Minkenberg zählte vier ideologische Typen der radikalen Rechten in Europa seit den 1990er-Jahren: einen *autokratisch-faschistischen* rechten Flügel; einen rassistischen oder *ethnozentrischen* rechten Flügel; einen *autoritär-populistischen* rechten Flügel; einen *religiös-fundamentalistischen* rechten Flügel. Neben den politischen Parteien gibt es soziale Bewegungen, Organisationen und Subkulturen der radikalen Rechten wie militante Neonazis oder lokale Bewegungen gegen Moscheen (Minkenberg, 2011, S. 45–46, 2013, S. 13–16). Sie werden in den folgenden Abschnitten ausführlicher beschrieben.

Teile der faschistischen und nationalsozialistischen *Ideologien* wie

Autoritarismus oder Rassismus lebten nach dem Zweiten Weltkrieg in Teilen der Gesellschaften Italiens, Deutschlands und in verschiedenen anderen europäischen Ländern weiter. Wie Liang (2016) jedoch feststellte, galten solche Ideologien nach dem Krieg und dem *Holocaust* in den meisten westeuropäischen Staaten nicht als „*salonfähig*" (gesellschaftlich akzeptabel). In jüngster Zeit sind einige rechtspopulistische Parteien vorsichtiger mit antisemitischen Äußerungen (z. B. der *französische Front National*, der inzwischen in *Rassemblement National* umbenannt wurde, unter Marine Le Pen) oder haben sie sogar ganz abgeschafft (z. B. die niederländische *Partei für die Freiheit*). Der Antisemitismus ist jedoch häufig immer noch ein wichtiger und offensichtlicher Bestandteil der radikalen Rechten in Mittel- und Osteuropa, wenngleich die Präsenz des Antisemitismus auch von Land zu Land variiert. So war er beispielsweise in Ungarn, Polen und Russland weit verbreitet. Hier ist es vielleicht immer noch eine der häufigsten Verschwörungstheorien der radikalen Rechten, dass Juden die Politik der US-Regierung und damit auch die Weltpolitik kontrollieren. Zu den modernen Formen des Antisemitismus gehören die Leugnung des Holocaust (obwohl sie in einigen europäischen Staaten strafbar ist) und der „sekundäre Antisemitismus" (antiisraelische Einstellungen usw.). Einige rechtspopulistische Parteien haben jedoch erkannt, dass Antisemitismus sie von weniger extremen Wählern entfremden könnte. Es gibt sogar einige rechtsradikale Führer und Parteien (z. B. der belgische *Vlaams Belang*, die niederländische *Partei für die Freiheit*), die Juden und den Staat Israel als potenzielle Verbündete in ihrem Kampf gegen den Islam akzeptieren oder nutzen (Liang, 2016, S. 23–27).

Einstellungen und Ideologien wie *Nationalismus*, *Ethnozentrismus, Ethnopluralismus, Anti-Kosmopolitismus, Euroskepsis, Antifeminismus* und *reaktionäre Familienideologien* sind typisch für die radikale Rechte. Solche Ansichten oder Teile davon können jedoch auch von anderen politischen Gruppen geteilt werden. *Euroskeptizismus*, ein sehr vages Konstrukt, das die Ablehnung zumindest von Teilen der europäischen Integration bedeutet, kann beispielsweise bei griechischen Kommunisten, ungarischen Neonazis, niederländischen Christlich-Konservativen, deutschen Neokonservativen, Grünen, Landwirten, Arbeitern und vielen anderen beobachtet werden (Leruth et al., 2018) – aber die Gründe für die Skepsis variieren. Darüber hinaus werden Bewegungen für die Gleichstellung bestimmter Gruppen, wie Frauen und Migranten, sowohl von rechtspopulistischen als auch von konservativen Politikern kritisiert (Erel, 2018).

Während laut Rovny (2013) die meisten Beobachter darin übereinstimmen, dass die *sozialen Ideologien* der radikalen Rechten heute auf nationalistische, autoritäre, antikosmopolitische und einwanderungsfeindliche Ansichten ausgerichtet sind, sind die Dinge mit dem *Wirtschaftsprogramm* der radikalen Rechten komplizierter. Einige Autoren verweisen auf die neoliberalen Positionen der rechtsradikalen Parteien, aber diese Parteien werden auch von traditionell linksgerichteten Wählern in erheblichem Maße unterstützt. Einige rechtsradikale Parteien haben sich von ihren wirtschaftlichen Randpositionen in Richtung der wirtschaftlichen Mitte bewegt. Es ist jedoch schwierig, die Positionierung der rechtsradikalen Parteien in Wirtschaftsfragen zu beurteilen, da sie ihre Haltung in einigen Bereichen betonen und in anderen Bereichen ausweichen, um die Distanz zwischen ihnen und ihren Wählern zu verbergen. Infolgedessen stellte Rovny in einer Studie in Westeuropa fest, dass rechtsradikale Parteien bei sekundären Themen miteinander konkurrieren und ihre Positionen bei etablierten Themen verwischen, um eine breitere Unterstützung zu gewinnen (z. B. befürworten sie *sowohl* liberale Politiken wie niedrige Steuern *als auch* nicht-liberale Positionen wie wirtschaftlichen Protektionismus). Gemessen an den Chapel Hill Expert Surveys (CHES) (Hooghe et al., 2010; Steenbergen & Marks, 2007) unterschied sich die durchschnittliche Positionsveränderung der rechtsradikalen Parteien in Wirtschaftsfragen zwischen 1999 und 2006 deutlich von der Veränderung der großen Parteien. Bei nicht-wirtschaftlichen Themen unterschieden sich die Veränderungen der rechtsradikalen Parteien jedoch nicht signifikant von den Veränderungen der großen Parteien. Daten aus 17 westeuropäischen Ländern für den Zeitraum 1970–2011 zeigen, dass die Beteiligung rechtspopulistischer Parteien an rechtsgerichteten Regierungen Auswirkungen auf ihre sozioökonomische Politik hat. Aufgrund der heterogenen Wählerschaft der populistischen Parteien verzichteten sie nicht nur auf den Abbau des Wohlfahrtsstaates, sondern waren auch weniger zur Deregulierung geneigt als rechtsgerichtete Regierungen ohne Beteiligung rechtspopulistischer Parteien (Röth et al., 2018). In Mittel- und Osteuropa hingegen favorisieren politische Parteien wie die ungarische *Jobbik* und die *Slowakische Nationalpartei* eine nationalistische Wirtschaftspolitik im Sinne eines interventionistischen und protektionistischen Wohlfahrtsstaates (CEE Identity, 2013; Jobbik, 2018). In Westeuropa scheint nur der französische *Rassemblement National* ein solches protektionistisches Programm zu verfolgen (Rassemblement National, 2017).

Nach den Daten des Europäischen Sozialsurvey (ESS) 2006 geben

die Wähler rechtsradikaler Parteien ihre Stimme auf der Grundlage von Erwägungen ab, die nicht die Wirtschaft betreffen (Rovny, 2013). Rydgren stimmt zu, dass die Wähler – einschließlich der Wähler aus der Arbeiterklasse – heute vom soziokulturellen Programm der rechten Parteien angezogen werden, insbesondere vom Nationalismus und der Einwanderungspolitik, und nicht aufgrund wirtschaftspolitischer Präferenzen. Für den Autor hat die soziokulturelle Dimension an Bedeutung gewonnen, weil der Spielraum für eine eigenständige nationale Wirtschaftspolitik durch international festgelegte Stabilitäts- und Inflationsvereinbarungen, die Einrichtung unabhängiger Zentralbanken und die allgemeine Globalisierung der Wirtschaft kleiner geworden ist. Daher ist es schwieriger geworden, Wähler und Medien zu gewinnen. Stattdessen sind polarisierende soziokulturelle Themen, die leicht zu Konflikten führen, stärker in den Vordergrund gerückt (Rydgren, 2018, S. 7–8). Autoren wie Kriesi et al., haben ebenfalls beobachtet, dass kulturelle Argumente die wirtschaftlichen Argumente überwiegen – selbst bei politischen Maßnahmen, die in finanzieller Hinsicht im besten Interesse der Wähler wären (Kriesi et al., 2012).

5.3 Einstellungen, Diskurse und Handlungen

Eine weitere Ebene der Erscheinungsformen der radikalen Rechten umfasst Kognitionen, Einstellungen, Vorurteile, Emotionen, Diskurse, Hassreden, Wahlverhalten und Gewalttaten.

5.3.1 Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie und Hate Speech

Seit der Ära des Faschismus und des Nationalsozialismus haben sich die Zeiten geändert. Auch die Ausdrucksformen haben sich verändert. Diskursanalysen haben gezeigt, dass rechtspopulistische Rhetorik weniger radikal ist als faschistische Rhetorik. Dies gilt insbesondere für den Aufruf zu (oder das Zelebrieren von) Gewalt und die diskursive Konstruktion von Feindbildern (Reisigl, 2012).

Der Kern der Ideologie ist jedoch geblieben. *Rassismus* ist nach wie vor ein Thema – nicht nur innerhalb der radikalen Rechten. Er ist auch in den

europäischen Gesellschaften noch weit verbreitet. Ein viertel Jahrhundert zurückblickend fasst ein Bericht der Europäischen Kommission die Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage zusammen, die 1997 in den 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt wurde und „ein beunruhigendes Ausmaß an *Rassismus* und Fremdenfeindlichkeit“ ergab. Im einzelnen bezeichneten sich 9 Prozent der Befragten offen als „sehr rassistisch“, 24 Prozent als „ziemlich rassistisch“, 33 Prozent als „ein wenig rassistisch“ und 34 Prozent als „überhaupt nicht rassistisch“. In Belgien, Frankreich und Österreich bezeichneten sich große Teile offen als „sehr rassistisch“. Wenn man den Wert „ziemlich rassistisch“ zu dem Wert „sehr rassistisch“ addiert, ergibt sich in den drei Ländern eine Gesamtzahl von etwa der Hälfte der Befragten. Die Länder mit den wenigsten „sehr rassistischen“ Aussagen waren Spanien, Irland, Portugal, Luxemburg und Schweden (jeweils nicht mehr als 4 %) (Europäische Kommission, 1997).

Nach Daten des Eurobarometers und des Europäischen Sozialsurvey in ost- und westeuropäischen Ländern aus den Jahren 1997 bis 2003 wurde der „Widerstand gegen Einwanderer“ zu dieser Zeit von der Hälfte der Bevölkerung geteilt, und der „Widerstand gegen Asylbewerber“ wurde von fast einem Drittel der Öffentlichkeit unterstützt (vor allem in den Mittelmeerländern und Osteuropa). Immer mehr Europäer gaben an, dass die „Grenzen der multikulturellen Gesellschaft“ bereits zu diesem Zeitpunkt erreicht waren. Solche Einstellungen wurden vor allem von Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau, Arbeitern, Selbständigen, Sozialhilfeempfängern, älteren Menschen und Menschen, die auf dem Land leben, vertreten (Coenders et al., 2004, S. 20–23).

Einige Jahre später wurden in einer 2008 in acht europäischen Ländern durchgeführten Studie über „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ typische rechtsradikale Einstellungen untersucht. Die Forscher stellten fest, dass die internationale Verteilung von *fremdenfeindlichen* und *anderen rechtsradikalen Einstellungen* einem Flickenteppich gleicht. Während das Ausmaß von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie in den untersuchten Ländern unterschiedlich war, waren die negativen Einstellungen gegenüber Einwanderern und Muslimen in allen Ländern recht hoch. Am wenigsten negativ fielen die Antworten in den Niederlanden aus, wo nur die antimuslimischen Einstellungen auf einem höheren Niveau lagen. In Frankreich gab es weniger einwanderer- und muslimfeindliche Vorurteile als in den anderen Ländern, aber ihr Ausmaß war dennoch bemerkenswert. In Italien waren einwanderungsfeindliche und antimuslimische Einstellungen sowie Homophobie stärker ausgeprägt als in den anderen westeuropäischen Ländern, während die Unterstützung

für Rassismus gering war. In Großbritannien waren einwanderungsfeindliche Einstellungen vergleichsweise weit verbreitet, während der Antisemitismus dort und in den Niederlanden weniger stark ausgeprägt war als in anderen Ländern. Deutschland zeigte relativ starke antimuslimische Einstellungen; ansonsten entsprachen die Antworten weitgehend dem europäischen Durchschnitt. In Portugal, Polen und Ungarn gab es relativ starke einwanderungsfeindliche Einstellungen, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus. In Polen und Ungarn kamen zu diesen Einstellungen noch eine starke Homophobie und eine antimuslimische Einstellung hinzu. Beide Länder zeichneten sich durch ein hohes Maß an Vorurteilen gegenüber allen befragten Gruppen aus (Zick et al., 2011, S. 65–66).

Zusammenfassend zeigt diese Studie, dass die Europäer schon lange vor der Flüchtlings- und Einwanderungswelle, die aus den arabischen Ländern und Afrika nach Europa kam, nämlich seit Mitte der 2010er-Jahre, eine ablehnende Haltung gegenüber Muslimen einnahmen *(Islamophobie)*. Zwischen 27 Prozent (Portugal) und 61 Prozent (Ungarn) der Menschen glaubten, dass es zu viele Muslime in ihren Ländern gibt. Derselben Umfrage zufolge war mehr als die Hälfte der Menschen in diesen Ländern (außer in Portugal) der Meinung, dass „Muslime zu anspruchsvoll sind" und ein ähnlicher Prozentsatz war der Meinung, dass „der Islam eine Religion der Intoleranz ist" (Zick et al., 2011, S. 61–62).

Andererseits zeigte eine neuere Eurobarometer-Umfrage in 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Jahr 2012, dass die *Akzeptanz von Vielfalt* in der Öffentlichkeit im Allgemeinen zunimmt, wobei es erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern gibt. Im Jahr 2012 betrachteten 56 Prozent der Europäer „Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft" als „weit verbreitet" (61 Prozent im Jahr 2009). Die Ergebnisse für Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft außerhalb des Arbeitslebens reichten von 15 Prozent in Litauen bis zu zwei Dritteln in Schweden und Frankreich (Europäische Kommission, 2012). Im Refugees Welcome Survey 2016 wurden mehr als 27.000 Menschen in 27 Ländern der Welt befragt, ob und in welchem Umfang sie Menschen aufnehmen würden, die vor Krieg oder Verfolgung fliehen. Weltweit würden 80 Prozent der Befragten Flüchtlinge in ihrem Land aufnehmen, 17 Prozent würden Flüchtlingen die Einreise in ihr Land verweigern. Ebenfalls weltweit würden 10 Prozent der Befragten Flüchtlinge sogar in ihrem Haus aufnehmen. Während die Akzeptanz in Spanien (97 Prozent) und Deutschland (96 Prozent) am höchsten war, war sie in Russland am niedrigsten: 61 Prozent der Befragten gaben an, Flüchtlingen die Einreise

in ihr Land zu verweigern, in Polen gaben 29 Prozent die gleiche Antwort (Amnesty International, 2016). Allerdings gibt es auch widersprüchliche Muster: In einer repräsentativen deutschen Studie glaubte mehr als die Hälfte aller Befragten, dass der hohe Flüchtlingszustrom nach Deutschland im Jahr 2015 mehr Risiken als Chancen mit sich brachte. Aber auch Personen mit einer ambivalenten oder kritischen Sicht auf den Flüchtlingszustrom zeigten Bereitschaft, Flüchtlingen zu helfen (Eisnecker & Schupp, 2016).

Hassreden (Hate speech), insbesondere im Internet, d. h. „jedes Verhalten, das öffentlich zu Gewalt oder Hass gegen eine Gruppe von Personen oder ein Mitglied einer solchen Gruppe, die durch Bezugnahme auf Rasse, Hautfarbe, Religion, Abstammung oder nationale oder ethnische Herkunft definiert ist, aufruft" (Europäische Kommission und IKT-Unternehmen, 2016), sind eine wichtige Erscheinungsform der radikalen Rechten. Hassreden im Internet richten sich häufig gegen Muslime, Juden, Schwarze, People of Color, Einwanderer und Flüchtlinge. Auch Aktivistinnen, Politiker und Journalisten, die sich für eine pluralistische Demokratie oder vielfältige Gesellschaften einsetzen, sind häufig Ziel von Hassreden. Zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Staaten sowie innerhalb dieser Staaten besteht ein Spannungsverhältnis zwischen dem Schutz vor Diskriminierung und Hass auf der einen Seite und der Meinungs- und Redefreiheit auf der anderen. Unter den europäischen Staaten gibt es jedoch keinen Konsens über das Verhältnis von Hassreden und Verbrechen. Einerseits haben die Europäische Kommission und einige US-amerikanische Technologieunternehmen einen Verhaltenskodex für Hassreden verabschiedet, um nicht zuletzt gegen die Verbreitung von Hass gegen bestimmte Gruppen in Europa vorzugehen. Andererseits haben zivilgesellschaftliche Gruppen den Kodex als Gefährdung der Meinungsfreiheit kritisiert (Aswad, 2016), und andere zivilgesellschaftliche Gruppen haben einen stärkeren Schutz vor Diskriminierung und Diffamierung gefordert. Trotz der Kritik verabschiedete der deutsche Bundestag 2017 ein Gesetz („Netzwerkdurchsetzungsgesetz"), das Social-Media-Unternehmen mit Geldbußen belegen kann, wenn sie Hassreden nicht aktiv entfernen (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 2017).

5.3.2 Politische Einstellungen

Was die politischen Einstellungen anbelangt, so scheinen *autoritäre* Werte, die Teil der rechtsradikalen Ideologie sind, in Osteuropa besonders

verbreitet zu sein: Eine Umfrage mit Schwerpunkt auf autoritärem Populismus (Anti-Menschenrechte, Anti-EU, Anti-Einwanderer, starke Außenpolitik, Patriotismus) ergab 2016, dass 82 Prozent der Wähler in Rumänien und 78 Prozent in Polen autoritäre populistische Ansichten vertreten. In westeuropäischen Ländern, die oft eine längere Geschichte der Demokratie haben, war der Autoritarismus nicht so weit verbreitet. Die Wähler in Frankreich lagen mit 63 Prozent an der Spitze, gefolgt unter anderem von den Niederlanden mit 55 Prozent, Großbritannien mit 48 Prozent, Italien mit 47 Prozent und schließlich Deutschland mit 18 Prozent (YouGov, 2016). In einer früheren Studie würden in Ungarn und Polen etwa zwei Drittel der Befragten einer europäischen Umfrage die Rückkehr der Todesstrafe begrüßen, verglichen mit westeuropäischen Ländern wie Großbritannien mit 44 Prozent oder Deutschland, den Niederlanden und Italien mit knapp 20 Prozent. Auch in Polen und Ungarn stimmte mehr als die Hälfte der Menschen der Aussage zu, dass das Land einen starken Führer brauche, der sich nicht um das Parlament oder Wahlen kümmere. In Westeuropa zeigte nur Portugal ein vergleichbares Ergebnis, während in den anderen Ländern zwischen 23 und 43 Prozent einen starken Führer befürworteten. Darüber hinaus wurde in der Studie festgestellt, dass der Wunsch nach einer starken Führungspersönlichkeit in allen Ländern eindeutig mit dem Ausmaß der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit korrelierte (Zick et al., 2011, S. 94–102). In einer aktuellen europäischen Studie aus dem Jahr 2017 gaben 29 Prozent der Italiener an, dass eine starke Führungspersönlichkeit ein gutes Mittel zum Regieren wäre. 26 Prozent der Befragten im Vereinigten Königreich, 24 Prozent in Ungarn, 15 Prozent in Polen und 6 Prozent in Deutschland teilten diese Meinung (Pew Research Center, 2017).

In einem Vergleich mehrerer europäischer Länder war die Bereitschaft zur *Gewaltanwendung* „gegen einen Einwanderer (…) in einer für mich wichtigen Angelegenheit“ in Polen (22 Prozent) und Ungarn (knapp 20 Prozent) am höchsten und damit deutlich höher als in westeuropäischen Ländern (am niedrigsten in Großbritannien mit knapp 5 Prozent- Zick et al., 2011, S. 119).

Nach ihren *politischen Präferenzen* befragt, lag der Anteil derjenigen, die sich 2008 als politisch rechtsextrem bezeichneten, in Großbritannien, Polen und Deutschland deutlich unter 10 Prozent; in Italien reichte die Spanne bis zu fast 20 Prozent. In Bezug auf die Europäische Union waren die britischen Befragten deutlich skeptischer als andere. In allen Ländern fühlte sich eine Mehrheit der Befragten von den Politikern ignoriert; in Polen, Ungarn und Portugal teilten mehr als 80 Prozent dieses Gefühl. Nur

in den Niederlanden war nur etwa ein Drittel der Meinung, dass sich die Politiker nicht kümmern. Ein weiteres Ergebnis war ein klarer Zusammenhang zwischen dem Gefühl der politischen Machtlosigkeit und der Tendenz, schwache Gruppen ins Visier zu nehmen (Zick et al., 2011, S. 95, 100).

Während der *Corona-Pandemie* ab 2020 verbreiteten sich in vielen Ländern Europas rechtsextremistische und antisemitische Verschwörungsideologien, insbesondere Behauptungen der amerikanischen *QAnon*-Gruppierung, der zufolge eine „Finanzelite“ die Corona-Pandemie geplant habe. Solche Ideologien wurden auch auf zahlreichen Kundgebungen propagiert, die sich gegen Anti-Corona-Maßnahmen der Regierungen (z. B. Impfen) richteten (Mulhall & Khan-Ruf, 2021).

5.3.3 Gewalt und Terrorismus

Wenn man sich mit den gewalttätigen und terroristischen Rändern der extremen Rechten befasst, kann man in den europäischen Ländern unterschiedliche Grade der Militanz feststellen. Die *Gewaltverbrechen* wurden von Einzeltätern („einsamen Wölfen“) mit mehr oder weniger Kontakten zu rechtsextremen Subkulturen, von mehr oder weniger organisierten Kleingruppen wie Skinheads, Neofaschisten, Neonazis, Autonomen Nationalisten und klandestinen Terrorzellen verübt. Bei den *Opfern handelte es* sich um Einzelpersonen, Einwanderer, deren Kinder und Enkel, Obdachlose und linke Politiker bis hin zu zufälligen Menschenmengen.

Leider sind die Statistiken über Straftaten in Europa aufgrund der unterschiedlichen nationalen Gesetze und Kategorien von Straftaten nicht vergleichbar. So zählte Terrorism in Western Europe Events Data (TWEED) zwischen 1950 und 2004 648 rechtsextreme *„terroristische“* Anschläge (etwa 6 Prozent von insgesamt 10.239 Anschlägen), der European Union Terrorism Situation and Trend Report (TE-SAT) registrierte zwischen 2006 und 2013 neun solcher Anschläge in Westeuropa. Laut Europol wurde jedoch die deutliche Mehrheit der rechtsextremistisch motivierten Gewaltverbrechen auf der Grundlage der nationalen Rechtsrahmen nicht als Terrorismus kategorisiert. Insgesamt gab es mehrere Hauptwellen von Anschlägen: in Frankreich in den frühen 1960er-Jahren, in Italien in den 1970er-Jahren und in Deutschland in den frühen 1990er-Jahren (Koehler, 2016), in den 2000er-Jahren mit dem *Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU),* 2016 folgte der Massenmord im Olympia-Einkaufzentrum München, sowie 2020 der rassistische

Massenmord in Hanau sowie antisemitische Anschläge.

Ravndal (2015) schlug eine Typologie des Rechtsterrorismus und der Gewalt in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg (1950–2004) vor, bei der zwei Dimensionen kombiniert wurden: die Art der Organisation (stark, locker und abwesend) in Verbindung mit dem Vorhandensein einer politischen Strategie (Terrorismus) oder dem Fehlen einer Strategie (kriminelle Gewalt). Beim Terrorismus reichten die drei daraus resultierenden Typen von elitengesponserten Gruppen über autonome Zellen bis hin zu Einzelkämpfern. Bei der kriminellen Gewalt reichten die Typen von Verbrechersyndikaten über Banden bis hin zu gewalttätigen Einzelgängern. Nur vier von Eliten gesponserte terroristische Gruppen sollen für mehr als die Hälfte aller Morde verantwortlich sein: *Organisation de l'Armeé Secrète (OAS)* in Frankreich, *Ordine Nero (ON)* und *Nuclei Armati Rivoluzionari (NAR)* in Italien sowie die *Wehrsportgruppe Hoffmann (WSH)* in Deutschland. Andererseits schienen einige weitere Gruppen mehr am Geldverdienen als an der Politik interessiert zu sein (z. B. ein globales Waffensyndikat im Vereinigten Königreich, das White Supremacists weltweit mit Schusswaffen und Sprengstoff versorgt) (Ravndal, 2015). Im Einzelnen wurden solche Formen der Gewalt durch die Bombenanschläge der OAS in Frankreich in den 1960er-Jahren, die Bomben auf einem Bahnhof in Bologna in Italien und die Bomben auf dem Oktoberfest in München, Deutschland, beide 1980, veranschaulicht. Darüber hinaus legten deutsche Skinheads in den 1990er-Jahren Brandbomben auf Häuser mit türkischen Bewohnern, und im gleichen Zeitraum wurden in Österreich Bomben gegen Roma und Briefbomben an Politiker und andere Prominente verschickt. Jüngere Beispiele sind die Mordserie der deutschen Gruppe *Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)* in den 2000er-Jahren und der Massenmord von Anders Breivik in Norwegen im Jahr 2011.

In Osteuropa galt Russland als das gefährlichste Land für ethnische Minderheiten. Die Gewalt dort wurde als strukturierter und ideologisch kohärenter beschrieben als in anderen entwickelten Gesellschaften. Die Ursachen für dieses hohe Maß an Gewalt gegen ethnische Minderheiten wurden in den sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen im postsowjetischen Raum, den brutalisierenden Folgen einer langen Aufstandsbekämpfungskampagne und der Passivität oder Komplizenschaft der Regierung angesichts rassistischer Gewalt und Hassreden gesehen (Arnold, 2015). Die moderne russische rechtsextreme Szene, die mit dem Aktivismus des ultranationalistischen intellektuellen Zirkels *Pamyat (Gedächtnis)* in den 1980er-Jahren begann, wurde zu einer sozialen

Bewegung, die gewalttätige Skinhead- und Hooligan-Subkulturen, nationalistische Vereinigungen, politische Parteien und miteinander verbundene intellektuelle Kreise umfasst. Ihre Aktivitäten wurden durch das (vielleicht unbeabsichtigte) Versagen der staatlichen Behörden – von der Polizei bis zu den Staatsanwälten – bei der Durchsetzung der Gesetze gegen rechtsextreme Gewalt begünstigt (Varga, 2008).

Für Bjørgo (1995) bewegten sich Terrorismus und politische Gewalt in den 1980er- und frühen 1990er-Jahren zunehmend von der Linken zur extremen Rechten, in Richtung Rassismus und extremer Nationalismus mit Slogans wie „ethnische Säuberung" und „Rassenkrieg". Europol sammelt nur spärliche Informationen über die rechtsextreme Szene in Europa. In seinem Bericht von 2018 heißt es, dass es in den EU-Mitgliedstaaten unzählige, oft kleine rechtsextreme Gruppen gibt, darunter nationalsozialistisch orientierte und neonazistische Gruppen, Identitäre Bewegungen und Reichsbürger (Europol, 2018, S. 51). Nach der Euromaidan-Bewegung, der ukrainischen Revolution 2014 und der Annexion der Halbinsel Krim durch die Russische Föderation traten Territorialverteidigungsbataillone wie das *Asow-Bataillon* mit ultrarechten ukrainischen Nationalisten in den Krieg gegen prorussische Separatistengruppen ein. Der Europol-Bericht 2015 erwähnte auch rechtsextreme Ausbildungslager mit militärischen Aktivitäten in einigen EU-Mitgliedstaaten.

Im Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt, der im Sommer 2014 begann, wurde in der gesamten EU eine erhebliche Zunahme *antisemitischer* Vorfälle, einschließlich körperlicher Angriffe, beobachtet. *Anti-islamische* Vorfälle mit Angriffen auf muslimische Personen und Einrichtungen nahmen 2014 ebenfalls deutlich zu (Europol, 2015, S. 34–36). Als 2015 etwa eine Million Kriegsflüchtlinge und Einwanderer, vor allem aus dem Nahen Osten, dem Balkan und Afrika, nach Deutschland kamen, ging die herzliche Aufnahme durch freiwillige Helfer mit einer starken Zunahme fremdenfeindlicher, radikaler und gewalttätiger rechtsextremer Aktivitäten einher. Angriffe auf Asylbewerberheime wurden 2015 fünfmal häufiger verübt als 2014 (Bundesministerium des Innern, 2016). Während die Zahl der Flüchtlinge im Jahr 2016 zu sinken begann, ging auch die Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im Laufe des Jahres 2016 bis 2018 wieder zurück (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2018).

5.4 Soziale Formationen: Politische Parteien, Bewegungen und Gruppen

Zu den am häufigsten diskutierten Erscheinungsformen der radikalen Rechten in Europa gehören die *politischen Parteien*. Sie hatten in den letzten Jahrzehnten schwankenden Erfolg, aber europaweite, eingehende Längsschnittstudien zur Erklärung dieser Auf- und Abwärtsbewegungen sind selten. Analysen für die 1980er-, 1990er-, 2000er- oder 2010er-Jahre umfassen verschiedene Parteien in einer unterschiedlichen Anzahl von Ländern. So waren beispielsweise in *Westeuropa* Ende der 1990er-Jahre bedeutende Parteien in den Parlamenten von Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich und der Schweiz vertreten, nicht aber in Großbritannien, Finnland, Deutschland, Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Schweden (Kitschelt, 2007). Heute haben sich die Dinge geändert, denn auch in Großbritannien, Finnland, Deutschland, Spanien und Schweden sind rechtsradikale Parteien in den Parlamenten vertreten. Bei den Parlamentswahlen 2015 in Großbritannien gewann die rechtsradikale *United Kingdom Independence Party (UKIP)* fast 13 Prozent der Stimmen, erhielt aber aufgrund des Wahlsystems nur einen Sitz. Nach der Demokratisierung in *Mittel- und Osteuropa* zogen populistische und rechtsradikale Parteien auch in die Parlamente dieser Länder ein. Gegenwärtig sind solche Parteien in fast allen Parlamenten dieser Länder vertreten, besonders ausgeprägt auch in Russland.

5.4.1 Westeuropa

Das Gesamtbild der rechtsradikalen Parteien, Bewegungen, Organisationen und Gruppen zeigt sowohl gemeinsame als auch divergierende Muster (Länder in der Reihenfolge ihrer Bevölkerungszahl):

- In *Deutschland* wurden die Parteien der politischen Rechten aufgrund ihrer NS-Geschichte lange Zeit überwiegend als Erben des Nationalsozialismus angesehen und nicht als „normale“ Organisationen behandelt. Teile der extremen Rechten organisierten sich jedoch bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg neu und gründeten die *Deutsche Reichspartei (DRP)* und die *Deutsche Partei (DP)* in Westdeutschland.

Bei den ersten allgemeinen Wahlen nach dem Krieg im Jahr 1949 errang die extreme Rechte in Westdeutschland nur fünf Sitze. Später waren die rechtsextremen Parteien nicht mehr dauerhaft im Bundestag vertreten und blieben auf der nationalen Ebene der deutschen Politik ein marginaler Faktor. Die erfolgreichste Partei war die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)*, die in den 1960er-Jahren mit einem nationalistischen, rassistischen, einwanderungsfeindlichen, extremistischen und teilweise antikapitalistischen Programm und offener Feindseligkeit gegenüber dem herrschenden System einige Sitze in mehreren deutschen *Bundesländern* errang. Die ehemalige Altherrenpartei bemühte sich später aktiv darum, junge Menschen anzusprechen. Andere rechtsextreme Parteien waren die *Republikaner (REP)*, die in den 1980er- und 1990er-Jahren in einigen Bundesländern Stimmen hinzugewannen, und die *Deutsche Volksunion (DVU)*, die in den 1990er-Jahren erfolgreich war. Die Wähler dieser Parteien waren im Allgemeinen jung, männlich und gehörten zu den unteren oder unteren Mittelschichten der Gesellschaft. Nach der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 waren rechtsextreme Parteien auch in einigen ostdeutschen Bundesländern erfolgreich, in denen zuvor offiziell keine rechtsradikale Bewegung zugelassen worden war. In einigen Bundesländern erreichten sie Erfolge, die im Nachkriegsdeutschland so lange nicht zu beobachten waren (Schellenberg, 2011). In den 2010er-Jahren entwickelte sich die von europaskeptischen Ökonomen gegründete rechtspopulistische *Alternative für Deutschland (AfD)* zu einer erfolgreichen neuen Partei, die mit einer Kampagne für ein Ende aller Bemühungen zur Rettung des Euro begann, begleitet von einer Kritik an Multikulturalismus und Gender-Mainstreaming. Bei der Bundestagswahl 2013, nur wenige Monate nach ihrer Gründung, erreichte die AfD 4,7 Prozent der Stimmen und scheiterte nur knapp an der 5-Prozent-Hürde, gewann aber Sitze im Europäischen Parlament und in mehreren Bundesländern. Später spaltete sich die Partei mehrmals, und der verbleibende größere Teil bewegte sich mehr in Richtung der radikalen Rechten und konzentrierte sich auf Islamfeindlichkeit und eine Anti-Einwanderungspolitik. Bei der Bundestagswahl 2017 erhielt die Partei 12,6 Prozent der Stimmen und zog in den Bundestag ein. 2021 erhielt sie noch 10,3 Prozent. In Ostdeutschland, dem ehemaligen sozialistischen Land, war der Erfolg der Partei viel größer als in Westdeutschland (Arzheimer, 2015; Berbuir et al., 2015; Spiegel Online, 2017; Zeit Online, 2017; Bundeswahlleiter, 2021).

In Deutschland gibt es eine Reihe kleinerer populistischer, radikaler und rechtsextremer Parteien, Bewegungen, Organisationen und Gruppen, darunter gewaltbereite Neonazis, rechte Hooligans, Skinheads und so weiter. Seit 2014 zieht die rechtspopulistische Straßenbewegung *PEGIDA* (*Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes*), die vor allem in Ostdeutschland aktiv ist, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich. Die Führer von *PEGIDA* beschwören die Angst vor einer „Islamisierung" und kritisieren die politische Klasse und die Mainstream-Medien. Studien ergaben, dass die PEGIDA-Anhänger mehr oder weniger die soziale Struktur der Gesellschaft repräsentieren; allerdings zog die Bewegung mehr Männer und Personen mit höherer Bildung an. Zu Beginn der PEGIDA-Bewegung waren sie weniger besorgt über den Islam als die Führer der Bewegung und verorteten sich eher in der Mitte des politischen Links-Rechts-Spektrums. Aber sie zeigten eine tiefe Enttäuschung über das politische System Deutschlands, kritisierten die Integrationspolitik und viele bevorzugten die rechtspopulistische Partei *AfD* (Dostal, 2015; Reuband, 2015). Auch *PEGIDA* radikalisierte sich kontinuierlich. In den letzten Jahren machte die aus Frankreich stammende einwanderungsfeindliche *Identitäre Bewegung* durch spektakuläre Aktionen in Deutschland auf sich aufmerksam (z. B. erklommen einige Mitglieder das Brandenburger Tor in Berlin und entrollten ein Transparent, um gegen die „Islamisierung" Deutschlands zu protestieren, vgl. Reuters, 2016).

Die unterschiedliche Geschichte West- und Ostdeutschlands zwischen dem Zweiten Weltkrieg und der Wiedervereinigung der beiden Staaten im Jahr 1990 sowie die folgenden wirtschaftlichen, demografischen, sozialen, kulturellen und politischen Veränderungen haben in den östlichen Regionen bis heute zu einer neuen politischen Kultur geführt. Autoritäre und einwanderungsfeindliche Einstellungen sind im Osten weiter verbreitet, wobei einige Indikatoren seit 2014 gestiegen sind (Decker et al., 2016, S. 37; Decker et al., 2018, S. 82–87; Zick et al., 2016, S. 56; Kritik an den in diesen Studien verwendeten Skalen: Kohlstruck, 2011) und es gibt auch deutlich mehr fremdenfeindliche und rechtsextreme Gewalt im Osten (Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, 2016, S. 10–11).

Einige Gewalt- und Milizgruppen wie die *Wehrsportgruppe Hoffmann* und *Blood & Honour* wurden verboten. Die fremdenfeindliche Mordserie der rechtsextremen und rassistischen Terrorgruppe *„Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU)* blieb

aufgrund polizeilicher Versäumnisse und erheblicher Probleme innerhalb der Inlandsgeheimdienste (Verfassungsschutz) jahrelang ungeklärt. Seit 2013 stellen Polizei, Opferorganisationen, Wissenschaftler, Juristen und Journalisten einen enormen Anstieg rechtsextremer und insbesondere rassistischer Gewalt in Deutschland fest (Schellenberg, 2019; Schellenberg & Lang. 2016, S. 10–40). In der Gesamtbevölkerung ist die Neigung zu Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremen Ideologien in den letzten Jahren jedoch geringer geworden (Decker et al., 2016, S. 43–48, 2018, S. 82–87).

- Die radikale Rechte in *Frankreich* wird hauptsächlich durch den *Front National (FN,* seit 2018 *Rassemblement National)* vertreten. Ihr ehemaliger Gründer Jean-Marie Le Pen hatte in den 1980er-Jahren erste Wahlerfolge. Seine Tochter, Marine Le Pen, folgte ihm 2011 an der Spitze der Partei und setzte einen Prozess der *„Entdiabolisierung"* fort, d. h. sie milderte die Ideologie der Partei von rechtsextremen zu rechtspopulistischen Positionen, um ihre Regierungsfähigkeit zu erhöhen. Einige Beobachter kritisieren jedoch, dass die Partei nur das Vokabular geändert hat, ohne die grundlegende Ideologie zu ändern. Dem *FN/RN* ist es gelungen, seine Wählerschaft zu erweitern und mehr Frauen, Arbeiter, das Kleinbürgertum und junge Menschen einzubeziehen. Die Partei kämpft gegen Einwanderung, den Islam und den Euro. Einwanderer werden für soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit und Kriminalität und als Bedrohung für die französische ethnonationale Identität verantwortlich gemacht. Ende der 2000er-Jahre war die Strategie der konservativen *Union pour un mouvement populaire* (*UMP*; seit 2016 *Les Républicains*) von Nicolas Sarkozy, mit Ideen zu Recht und Ordnung, Einwanderung und multikultureller Gesellschaft Wähler der Rechten anzuziehen, zeitweise erfolgreich, doch nur wenige Jahre später kehrte sich das Blatt um (Almeida 2013; Camus 2011; Carroll 2014). Bereits bei den Regionalwahlen 2010 war der *Front National* stark zurück und gewann bei den nächsten nationalen Wahlen 2012 noch mehr Boden von den Konservativen zurück. 2017 erhielt Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen 21,3 Prozent der Stimmen (erster Wahlgang), konkurrierte mit dem pro-europäischen liberalen Emmanuel Macron, dem späteren Präsidenten, und erreichte im zweiten Wahlgang beachtliche 33,9 Prozent der Stimmen. Mit 18,7 Prozent der Stimmen bei den Parlamentswahlen 2022 konnte das *Rassemblement National* sein Ergebnis von 2017 übertreffen. Bei den Präsidentschaftswahlen 2022 steigerte sich Marine Le Pen auf beachtliche 41,5 Prozent gegen Macron (Ministère de l'Intérieure, 2022).

Im Gegensatz zu Deutschland gab es in Frankreich in den letzten Jahren nicht viele rechtsextreme Gruppen jenseits der politischen Parteien. Einer der wenigen Fälle war die neonazistische Gruppe *FANE* (*Fédération d'Action Nationale et Européenne*), die von den staatlichen Behörden aufgelöst und mehrmals neu gegründet wurde. In Bezug auf Ideologie und Taktik gibt es den *Bloc Identitaire*, eine nativistische, islamfeindliche Bewegung, die zu öffentlichen Aktionen aufruft und internationale Verbindungen zu ähnlichen Bewegungen hat, sowie die *Génération Identitaire*, die als ihr Jugendflügel fungiert (Camus, 2011; Chowanietz, 2009; Forestier & Weißgerber, 2014).

- Im *Vereinigten Königreich* folgte 1982 die *British National Party (BNP)* auf die *National Front (NF)*. Die kleine ethnopopulistische Partei lehnte die Einwanderung ab und forderte die freiwillige Rückführung von nicht-weißen Einwanderern. Eine erfolgreichere Partei bei den jüngeren Wahlen (12,6 Prozent im Jahr 2015) war die *United Kingdom Independence Party (UKIP)* und ihr Anführer Nigel Farage mit dem vorherrschenden Thema „Brexit" und Kritik an der Europäischen Union, ferner auch kritisch gegen Einwanderung und mit Themen wie einer Mischung aus niedriger Besteuerung und Sozialhilfe. Die Einstufung der Partei als rechtspopulistisch bleibt umstritten, allerdings haben sich einige ihrer Führer eindeutig rassistisch und sogar neonazistisch geäußert. Im Jahr 2016 erreichte die *UKIP* ihr zentrales Ziel, nämlich den Verlust der Souveränität an Brüssel durch das Brexit-Referendum zu beenden, mit Farages Slogan: „Wir wollen unser Land zurück" (BBC News, 2015). In dieser politischen Atmosphäre begann auch die *Konservative Partei* mit dem Versprechen, die Einwanderung zu reduzieren und das Land aus der EU herauszuführen (Carroll, 2014; Clarke et al., 2016, 2017; Schellenberg, 2017). Bei den Wahlen 2017 erhielt die UKIP jedoch nur 1,8 Prozent der Stimmen, 2019 die aus der UKIP hervorgegangene *Brexit Partei*2,0 Prozent; auch andere rechtsradikale Parteien hatten danach – auch aufgrund des Wahlrechts – keine Chance mehr auf Parlamentssitze.

  Was rechtsradikale politische Bewegungen betrifft, so gab es im Vereinigten Königreich nur einen fragmentierten Sektor, zu dem der *Third Way* und die rassistische *International Third Position* gehörten, die sich von der *National Front* abspaltete und nicht mit anderen Formen eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus wie Tony Blairs *New Labour* verwechselt werden sollte (Minkenberg, 2008, S. 98–99). Im Gegensatz zum gewalttätigen Terror in vielen europäischen Ländern ist die heutige rechte Gewalt im VK selten geblieben (Dauber,

2017); nach dem Brexit-Referendum im Jahr 2016 wurde jedoch eine zunehmende Zahl rassistischer Angriffe und Belästigungen festgestellt.

- In *Italien* wurde die Tradition des Faschismus in der neofaschistischen Partei *Movimento Sociale Italiano (MSI)* fortgesetzt. Diese antiparlamentarische Bewegung wurde mit der Übernahme der Führung durch Gianfranco Fini in den 1990er-Jahren in die *Alleanza Nazionale (AN)* umbenannt. Die Allianz rückte in den 1990er-Jahren in die Mitte und fusionierte 2009 mit Silvio Berlusconis *Forza Italia (FI)* zum *Popolo della Libertà (PdL)*. Heute ist die 1991 von Umberto Bossi gegründete *Lega* (früher *Lega Nord*) eine wichtige rechte Partei mit Ideen ethnisch definierter Menschen, die einen unabhängigen Norden Italiens, eine kleinere Regierung, niedrigere Steuern, die Ablehnung von Subventionen für den Süden und von weiterer Einwanderung fordern. Bossi war Minister im Kabinett von Berlusconi. Bei den Parlamentswahlen 2018 erhielt die euroskeptisch-populistische *Fünf-Sterne-Bewegung(Movimento 5 Stelle, M5S)* des Komikers Beppe Grillo die meisten Stimmen (32,7 Prozent). Die erfolgreichste Partei der radikalen Rechten war die *Lega* mit 17,4 Prozent. Die 2012 gegründete nationalistische Partei *Brüder Italiens (Fratelli d'Italia, FDI)* kam damals auf 4,4 Prozent. *Movimento 5 Stelle* und *Lega* bildeten eine populistische Regierung mit einer strikten Anti-Einwanderungspolitik. Obwohl die Lega nur der Juniorpartner in der Koalition war, bestimmte sie die Agenda in Einwanderungsfragen (Carroll, 2014; Chiarini, 2011; Schellenberg, 2017). 2022 rückten allerdings die postfaschistischen *Fratelli d'Italia* unter der Leitung von Giorgia Meloni in der Wählergunst erheblich nach vorne und gewannen mit 26 Prozent als einzelne Partei und zusammen mit einem Parteienblock der rechtsradikalen *Lega* von Matteo Salvini und der liberal-konservativen *Forza Italia* von Silvio Berlusconi die Parlamentsmehrheit. Zusammen bildeten diese Parteien erstmals nach dem Faschismus in Italien unter Meloni als Ministerpräsidentin eine so weit rechts stehende Regierung. Dabei erhielten die *FdI* überdurchschnittlich viele Stimmen von Händlern und anderen Selbständigen sowie von großen Teilen der ehemaligen *Lega*-Wählerschaft, was die hohe Mobilität der politischen Präferenzen widerspiegelt (Istituto Demopolis, 2022).

  Es gab mehrere Organisationen und Gruppen von Jugendaktivisten der extremen Rechten, die mit der faschistischen *MSI*, der *Alleanza Nazionale* und der *Lega Nord* verbunden waren, sowie Subkulturen von Skinheads, Hooligans und Musikgruppen (Caiani et al., 2012, S. 3; Dechezelles, 2013).

- In *Spanien* erhoben verschiedene Gruppen den Anspruch, nach der Diktatur Francos die legitime Nachfolge der *Falange* anzutreten. Die älteste rechtsextreme Partei, die nostalgische *Spanische Phalanx der Räte der Nationalsyndikalistischen Offensive (Falange Española de las JONS)*, die 1933/34 gegründet wurde, hatte bei den Parlamentswahlen Ende der 1970er-Jahre nur einen marginalen Anteil an den Stimmen. Die *Fuerza Nueva*, ein Konglomerat rechtsextremer falangistischer Gruppen, die *Frente Nacional* und andere kleine Bewegungen der extremen Rechten waren ebenfalls nicht erfolgreich, obwohl die Ergebnisse von Umfragen auf eine wachsende Ablehnung der Einwanderung in der spanischen Bevölkerung hinweisen (Büttner, 2011; Carter, 2005, S. 76, 79). Im Jahr 2019 erhielt die rechtsextreme Partei *Vox* jedoch 15,1 Prozent der Stimmen. Die Unterstützung für die einwanderungsfeindliche und ultranationalistische Partei wurde durch die weit verbreitete Wut über die Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens verstärkt (BBC News, 2019).

  Auf der anderen Seite gewann die populistische Linkspartei *Podemos (Wir können)* nach der großen Rezession von 2008 bei den Parlamentswahlen an Stimmen. Im Mittelpunkt der Ideologie *von Podemos* stand die Überzeugung, dass die Gesellschaft durch den Gegensatz und Konflikt zwischen den „ehrlichen" einfachen Menschen und der „korrupten" Elite gekennzeichnet ist, beides auch ein Motiv der populistischen Rechten. Bezeichnenderweise bezeichneten sich die *Podemos*-Führer selbst als links, hielten aber gleichzeitig die Links-Rechts-Spaltung für überholt und wollten die Souveränität des Volkes und der Nation gegenüber der Elite und nicht gewählten Akteuren wie der „Troika" (Internationaler Währungsfonds, EU-Kommission und Europäische Zentralbank) zurückgewinnen. Der Anführer von *Podemos*, Pablo Iglesias, betrachtete sich selbst als Patriot. Studien zeigten, dass die *Podemos*-Anhänger nicht in erster Linie die Verlierer der Globalisierung und der Wirtschaftskrise waren, sondern durch eine Kombination aus Politikverdrossenheit, Protest, Anti-Mainstream-Stimmung und unerfüllten Erwartungen motiviert waren (Orriols & Cordero, 2016; Ramiro & Gomez, 2017). Die Partei, die in *Unidas Podemos (Gemeinsam schaffen wir es)* umbenannt wurde, erhielt bei den Wahlen 2019 12,9 Prozent der Stimmen.
- Die *Niederlande* können auf eine lange Geschichte der liberalen Demokratie zurückblicken. Der Rechtsextremismus begann in den späten 1980er-Jahren mit der *Centrumpartij (CP)* und ihren Nachfolgern, die jedoch klein blieben. Im Jahr 2002 war die fremdenfeindliche

rechtspopulistische *Lijst Pim Fortuyn (LPF)*, benannt nach ihrem charismatischen Führer, der wenige Tage vor der Wahl von einem militanten Tierschützer ermordet wurde, erfolgreich und war für kurze Zeit Teil einer Koalitionsregierung. Später übernahm die 2006 gegründete Ein-Mann-Partei *Partij voor de Vrijheid (PVV)* von Geert Wilders viele der Wähler von Pim Fortuyn und erzielte bei den Parlamentswahlen 5,9 Prozent. Im Jahr 2010 stieg die Partei sprunghaft auf 15,4 Prozent an, wobei sie 2017 nur geringfügig zurückging (13,1 Prozent) und die zweitgrößte Partei wurde. 2021 rutschte sie auf 10,8 Prozent ab, dafür kamen die kleinen rechtspopulistischen Parteien *Forum voor Democratie* (5,0 Prozent) und *Ja 21* (2,4 Prozent) ins Parlament. Wilders erklärte den Koran zu einem faschistischen Buch, das zur Gewalt aufruft. Zugleich bezeichnete er sich als Freund des jüdischen Volkes. Seine Partei (ohne Parteistruktur) wollte den niederländischen Muslimen die Staatsbürgerschaft entziehen und forderte einen Austritt der Niederlande aus dem Euro (Carroll, 2014; Eissens & Bronkhorst, 2011).

Die rechtsextreme Szene in den Niederlanden war eher klein, einschließlich neonazistischer Gruppen wie der *Nederlandse Volksunie (NVU)* oder *Stormfront Netherlands* (Minkenberg, 2008, S. 76–77).

- In *Belgien*, das kulturell in die französischsprachige Wallonie und das niederländischsprachige Flandern geteilt ist, gibt es in beiden Teilen des Landes separatistisch-nationalistische Parteien. Am bekanntesten ist der *Flämische Block (Vlaams Blok)*, der 1978 gegründet wurde und offen mit der rechtsextremen Szene verbunden ist. Er wurde 2004 verboten, weil er ständig Rassismus und Hass verbreitete. Es wurde jedoch eine Nachfolgepartei, der *Vlaams Belang (Flämisches Interesse)*, gegründet, die weiterhin existiert. Personal und Ideologie änderten sich kaum, ihre Hauptthemen waren weiterhin die Bekämpfung der Einwanderung und autoritäre Forderungen nach Recht und Ordnung, meist verbunden mit rassistischen Vorwürfen (Minkenberg, 2008; Schellenberg, 2017). Im Jahr 2019 erhielt die Partei 12,0 Prozent der Stimmen und wurde zweitstärkste Partei.

  In Belgien gab es auch einige kleine gewalttätige rechtsextreme Organisationen wie die Neonazi-Gruppe *Blut, Boden, Ehre und Treue (Bloed, Bodem, Eer en Trouw)* oder *Voorpost*, eine flämische nationalistische „White Power"-Gruppe (Sykes, 2016; Van Gilder Cooke, 2011).
- Erst in den 2000er-Jahren, als *Griechenland* eine Wirtschafts- und Finanzkrise erlebte, wurde das latente rechtsextreme Potenzial an die

Oberfläche gebracht. Davor hatten rechtsradikale Splitterparteien nur geringe Wahlerfolge, da unter anderem die konservative Partei *Neue Demokratie (Nea Demokratia)* eine Strategie der Absorption gegenüber der politischen Elite der extremen Rechten verfolgte. In den 1980er-Jahren wurde die neofaschistische Partei *Goldene Morgenröte (Chrysi Avgi)* gegründet, die aber erst 1994 zum ersten Mal an Wahlen teilnahm. In ihren Symbolen und ihrer Ideologie nimmt sie Bezug auf den Nationalsozialismus. So definiert sie Nationalität über „Rasse", „Blut" und Abstammung und organisiert militante direkte Aktionen. Mit Beginn der Finanzkrise vervielfachte die *Partei* ihren Stimmenanteil zwischen den Parlamentswahlen 2009 (0,3 Prozent) und 2012 (6,9 Prozent), indem sie vor allem die Unterstützung ehemaliger Wähler der zentristischen Parteien *Neue Demokratie* und *PASOK (Panhellenische Sozialistische Bewegung)* erbte. Die Wähler waren motiviert durch ihren Protest gegen die regierenden und „etablierten" politischen Parteien sowie durch ihren Unmut über die harten Sparmaßnahmen, die von der „Troika" (Internationaler Währungsfonds, EU-Kommission und Europäische Zentralbank) diktiert wurden. Im Jahr 2015 erhielt die *Goldene Morgenröte* 7 Prozent der Stimmen, aber bei den Wahlen 2019 verlor die Partei alle ihre Sitze. Eine weitere rechtsradikale Partei, die ethnopopulistische *Orthodoxe Volksversammlung (Laikós Orthódoxos Synagermós, LAOS),* wurde im Jahr 2000 gegründet, war aber bei Wahlen weniger erfolgreich (Georgiadou, 2013). Die LAOS-Abspaltung *Elliniki Lysi* (Griechische Lösung) erreichte 2019 einige Parlamentssitze. Die 2012 gegründete rechtspopulistische Partei *Unabhängige Griechen (Anexartitoi Ellines, ANEL)* erhielt mit einem einwanderungsfeindlichen Programm ebenfalls nur wenige Stimmen bei Parlamentswahlen. Von 2015 bis 2019 wurde *ANEL* jedoch Teil einer Koalitionsregierung unter Führung der Partei *Koalition der Radikalen Linken (Synaspismós Rizospastikís Aristerás, SYRIZA)*, die sich mit ihrem Anti-Austeritätsprogramm gegen die Europäische Union, die Troika usw. wendet und propagiert, „das Volk" zu verteidigen (Stavrakakis & Katsambekis, 2014).

Während der Finanzkrise in Griechenland und den harten Haushaltskürzungen verbreitete die rechte Szene Angst und Schrecken. Ausländer, Homosexuelle, Antifaschisten und Linke wurden angegriffen (Ertel, 2013). 2015 begann ein großer Strafprozess gegen 69 Angeklagte, darunter 18 Mitglieder der Goldenen Morgenröte, die im griechischen Parlament saßen . Das Gericht verurteilte die Partei als kriminelle Organisation. Mitglieder wurden wegen Gewalttaten, darunter Mord und

Attentatsversuchen, verurteilt (Christopoulos, 2018; Skouris, 2020).

- Als das autoritäre salazaristische Regime in *Portugal* 1974 fiel, zersplitterte die portugiesische extreme Rechte in viele kleine Organisationen und Parteien. In den 1980er-Jahren verwandelte die zunehmende Einwanderung, vor allem aus den ehemaligen afrikanischen Kolonien, Portugal von einem Land der Auswanderer in ein von der Einwanderung geprägtes Land. Auch wenn es Anzeichen für Rassismus und Ethno-Nationalismus gibt, konnten rechtsradikale Parteien diese Einstellungen in den letzten Jahren nicht ausnutzen. Die fremdenfeindliche und islamfeindliche *Demokratische Erneuerungspartei (Partido Renovador Democrático)* hatte bei den Wahlen nur geringe Erfolge (Marchi, 2013). Dagegen erreichte 2022 die neue rechtsradikale Partei *Chega! (Es reicht!)* 7,2 Prozent der Stimmen bei der Parlamentswahl.

  Auch in Portugal konnten rechtsextreme Bewegungen und Gruppen nicht viele Mitglieder anziehen. Eines der wenigen Beispiele ist die kleine ultranationalistische revolutionäre *Nationale Aktionsbewegung (Movimento de Acção Nacional, MAN)*, die 1985 gegründet wurde, Überschneidungen mit gewalttätigen Skinheads hatte und zu einem Ausbildungsfeld für eine neue radikale politische Elite wurde (de Almeida, 2015; Marchi, 2013).
- In *Schweden* wurden 1988 die rechtsextremen *Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna, SD)* gegründet. Sie hatten neonazistische Ursprünge und wollten mit einem einwanderungsfeindlichen Nationalismus, Islamophobie und der Wiedereinführung von Grenzkontrollen „Schweden schwedisch halten". Typisch für die nordischen Länder propagierte die Partei den schwedischen Wohlfahrtsstaat – allerdings nur für die weiße Bevölkerung Schwedens. Die Partei hat dann – nach dem Vorbild anderer erfolgreicher westeuropäischer rechtsradikaler Parteien – ihren Ton gemildert, sich von Neonazi-Gruppen distanziert und aktiv versucht, Menschen aus der Mitte der Gesellschaft zu erreichen. Ihre Strategie hat sich ausgezahlt: 2018 erhielt die SD als drittgrößte Partei 17,5 Prozent der Stimmen (Carroll, 2014; Lööw, 2011; Schellenberg, 2017). 2022 wurden die *Schwedendemokraten* mit 20,5 Prozent sogar zweitstärkste Partei, ihr Wahlbündnis mit anderen konservativen und rechten Parteien übertrumpfte knapp das linke Bündnis. Anschließend unterstützten die *Schwedendemokraten*eine konservativ-liberale Minderheitsregierung.

  Schweden war auch ein Ort rechtsextremer Gruppen und Bewegungen wie dem *Weißen Arischen Widerstand (Vitt Ariskt*

Motstånd, VAM), einer neonazistischen Terrorbewegung, der eine Reihe von Gewaltverbrechen vorgeworfen wurde (Bjørgo, 1993), *Blood and Honour Scandinavia*, einer Gruppe, die große Teile der neonazistischen Untergrundmusikszene kontrollierte und ein breites internationales Netzwerk unterhielt, oder der militanten *schwedischen Widerstandsbewegung* (Ravndal, 2018). Alles in allem gab es ein relativ hohes Maß an Gewalt, zumindest im Vergleich zu den nordischen Nachbarländern.

- Derzeit gibt es *in Österreich* zwei rechtsradikale Parteien. Die erste ist die *Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)*, die 1956 die Nachfolge des *Bundes der Unabhängigen* antrat, einer 1949 gegründeten Gruppe ehemaliger Nazis. Die *FPÖ*, eine stark antisemitische Partei, wandte sich an Liberale, die das freie Unternehmertum befürworteten und gegen eine starke Rolle des Staates waren. Später erweiterte der charismatische Führer Jörg Haider die Anziehungskraft der Partei auf die Jugend und gewann Wählerstimmen unter jüngeren Männern, Selbstständigen, Arbeitern und Arbeitslosen. Die *FPÖ* forderte das politische Machtmonopol der *Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ)* und der konservativen *Österreichischen Volkspartei (ÖVP)* heraus und wurde im Jahr 2000 Teil der Regierung (26,9 Prozent der Stimmen), was die Europäische Union dazu veranlasste, viele Beziehungen zu Österreich einzufrieren. Im Jahr 2005 gründeten Jörg Haider und ein Teil der FPÖ eine zweite rechtspopulistische Partei, das *Bündnis Zukunft Österreichs (BZÖ)*. Beide Parteien sind nationalistisch und fordern eine einwanderungsfeindliche Politik, niedrigere Steuern, eine begrenzte Regulierung und eine stärkere Nutzung von Volksentscheiden (Carroll, 2014; Minkenberg, 2008). In der FPÖ gab es sowohl eine Fraktion des österreichischen Patriotismus als auch eine Fraktion des deutschen Nationalismus. In jüngerer Zeit sind antimuslimische Argumente und Anschuldigungen gegenüber trans- und internationalen Gremien wie der EU zu wichtigen Themen geworden. Antisemitismus und Revisionismus der nationalsozialistischen Vergangenheit sind jedoch nach wie vor Teil der Ideologie und der führenden Persönlichkeiten der Partei – der ehemalige Vorsitzende Heinz-Christian Strache ist nur ein Beispiel dafür. Bei der Parlamentswahl 2013 erhielt die FPÖ 20,5 Prozent der Stimmen, 2017 kehrte die Partei sogar zu ihrer alten Stärke von 26,0 Prozent zurück – und bildete bis 2019 erneut eine Regierung mit der konservativen ÖVP, als Strache nach einem Skandal („Ibiza-Affäre") zurücktreten musste. In der vorgezogenen Parlamentswahl 2019 sank die FPÖ auf 16,2 Prozent. Bei den Präsidentschaftswahlen 2016

gewann der Kandidat der FPÖ, Norbert Hofer, 46,2 Prozent der Stimmen (zweiter Wahlgang) hinter dem Sieger Alexander van der Bellen von den Grünen (Krzyzanowski, 2013; Schellenberg, 2017).

Die rechte Szene in Österreich zeigt neben den politischen Parteien eine Mischung aus antidemokratischen, fremdenfeindlichen, rassistischen, antisemitischen, antiislamischen und revisionistischen Weltbildern. Die Szene umfasst stark ideologisierte rechte Organisationen, Neonazi-Gruppen, Vereine der „Neuen Rechten" und Skinheads. Gegenwärtig zeigen diese österreichischen Akteure viel Feindseligkeit gegenüber Asylsuchenden (Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, 2016, S. 75). In den 1990er-Jahren war der Rechtsterrorist Franz Fuchs für eine Reihe von Briefbomben und Fallen verantwortlich, die auf Politiker, Ausländer und Medienvertreter abzielten und vier Roma töteten (Koehler, 2017, S. 199).

- In der *Schweiz* gab es in den 1960er- und 1970er-Jahren zwei kleine rechtsradikale Parteien mit Sitzen im nationalen Parlament, die *Nationale Aktion* und die *Republikanische Bewegung (Rep)*; 1990 fusionierten beide Parteien zu den *Schweizer Demokraten (SD)*. Die erfolgreichste rechtsgerichtete Partei ist jedoch die in den 1910er-Jahren gegründete *Schweizerische Volkspartei (SVP)*. Seit Anfang der 1990er-Jahre vollzog sie einen strukturellen und programmatischen Wandel hin zu einer rechtspopulistischen Partei, die von dem Milliardär Christoph Blocher geführt wird. Seither wendet sich die nationalistische und neoliberale Partei gegen die EU, hohe Steuern und Zuwanderung. Einwanderer wurden für einheimische Probleme wie Kriminalität verantwortlich gemacht. Die Partei unterstützte Volksabstimmungen, die den Bau von Minaretten untersagten, und sprach sich dafür aus, im Ausland geborene Kriminelle des Landes zu verweisen. Sie propagiert auch die Abschaffung des Europäischen Gerichtshofs und der Europäischen Menschenrechtskonvention und greift Journalisten und Wissenschaftler verbal an. Die SVP erhielt bei vielen Wahlen den höchsten Stimmenanteil, weil sie sowohl die Globalisierungsverlierer als auch die nicht wirtschaftlich benachteiligten Wähler ansprach (Carroll, 2014; Schellenberg, 2017; Skenderovic, 2011). Im Jahr 2015 erhielt die Partei 29,4 Prozent der Stimmen, 2019 noch 25,6 Prozent.

  Die gewalttätige rechtsextreme Szene in der Schweiz war eher klein. Vor allem in der Suisse Romande gab es Neonazi-Gruppen und Skinheads, von denen einige versuchten, friedlichere Organisationen wie die *Partei National Orientierter Schweizer (PNOS)* zu gründen

(Minkenberg, 2008; Schweizerischer Bundesrat, 2004).

- Neben dem oben genannten Schweden waren auch in den skandinavischen Ländern mit kleineren Bevölkerungen rechtsradikale Parteien recht erfolgreich. In *Dänemark* erreichte die *Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti, DF)* 21,1 Prozent der Stimmen im Jahr 2015, stürzte aber 2022 auf 2,6 Prozent ab. Dafür kamen die rechtspopulistischen *Dänemarksdemokraten (Danmarksdemokraterne, DD)* in diesem Jahr auf 8,1 und die ausländerfeindliche *Neue Bürgerliche (Nye Borgerlige, NB)* auf 3,7 Prozent. In *Finnland* gewann die *Partei der Finnen* (ehemals *Wahre Finnen*, *Perussuomalaiset, PS*) 17,5 Prozent im Jahr 2019 und in Norwegen die populistische *Fortschrittspartei (Fremskrittspartiet, FP)* 11,7 Prozent der Stimmen im Jahr 2021. Über eine Beteiligung an Regierungen oder ihre Tolerierung übten sie beträchtlichen politischen Einfluss aus, etwa auf die Einwanderungspolitik. Sowohl die DF als auch die FP stammen aus eher liberalen Traditionen und versuchen, sich von Extremisten zu distanzieren. Sie gelten als rechtspopulistische Parteien oder als chauvinistische und wirtschaftsliberale Parteien mit konservativen und ethnozentristischen Werten. Die *Wahren Finnen* hingegen, die aus anderen historischen Traditionen stammen und aus einer ländlich-populistischen Partei hervorgegangen sind, werden auf einem Weg gesehen, der sich zwischenzeitlich dem Rechtsextremismus näherte (Bjørklund, 2011; Jungar & Jupskås, 2014; Meret, 2011; Schellenberg, 2017).
- Obwohl die politische Situation in *Irland* und Nordirland (als Teil des Vereinigten Königreichs) aufgrund der konfliktgeladenen Geschichte nationalistisch aufgeladen und durch terroristische Gruppen gekennzeichnet war, blieben klassische rechtsextremistische Parteien in Irland ohne größere Wahlerfolge.

5.4.2 Mittel- und Osteuropa

Das Gesamtbild der rechtsradikalen Parteien, Bewegungen, Organisationen und Gruppen in den *mittel- und osteuropäischen* Ländern, den ehemaligen sozialistischen Staaten, zeigt sowohl gemeinsame als auch divergierende Muster. Rechtsradikale Parteien wurden offiziell nicht vor dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums und der autoritären sozialistischen Regime gegründet; sie haben jedoch häufig Vorläufer, die bis in die Vorkriegszeit zurückreichen. Die Länder sind in der Reihenfolge ihrer Bevölkerungszahl aufgeführt:

- Wie in vielen anderen europäischen Ländern sind große Teile der politischen Kultur *Russlands* in Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verwurzelt, die in der Sowjetunion weit verbreitet waren und im postsozialistischen Russland immer noch existieren. Die Akzeptanz rechtsradikaler Ideologien in Russland wird dadurch begünstigt, dass die Menschen nur wenige Einwände gegen politischen Autoritarismus haben. So ergaben Levada-Meinungsumfragen in den 2000er-Jahren, dass 51 Prozent an einen starken Führer glaubten, um die Probleme des Landes zu lösen, während nur 30 Prozent die Demokratie als Lösung ansahen. „Russland den Russen" fand die Unterstützung von mehr als der Hälfte der Befragten (Kersten & Hankel, 2013). Noch 2013 ergab eine Meinungsumfrage in Russland, dass 41 Prozent der Aussage „Unser Volk braucht jederzeit eine starke Hand" zustimmten und 31 Prozent der Aussage „Es kann Situationen geben (wie jetzt), in denen es notwendig ist, einer Person die volle Macht zu geben" (Levada Analytical Center, 2013, S. 41). 2017 fanden mehr Russen das politische System der Sowjetunion besser als eine Demokratie westlichen Typs oder das aktuelle System Russlands (Levada Analytical Center, 2018, S. 32).

  Gruppen, die den Anspruch erhoben, zur „Bewahrung der russischen Kultur" beizutragen, gab es schon zu Zeiten der UdSSR, als das Land viele verschiedene Kulturen integrierte. In den frühen 1980er-Jahren fungierten die kulturhistorischen Vereine oft als Netzwerk von Anhängern der radikalen russischen Nationalbewegung und hatten keine rechtlichen Probleme. Michail Gorbatschows Demokratisierungs- und *Glasnost*-Bemühungen gegen Ende der 1980er-Jahre erleichterten die offizielle Bildung politischer Gruppen einschließlich der radikalen Rechten. Die nationalsozialistische Partei der *Russischen Nationalen Einheit (Russkoe Natsionalnoe Edinstvo, RNE)* ahmte militärische Einheiten nach. Der große Verlust an staatlicher Autorität nach dem Ende der UdSSR sowie der wirtschaftliche Wandel zum Kapitalismus mit steigenden Preisen und wachsender Arbeitslosigkeit ebneten den Weg für die radikale Rechte. In den 1990er-Jahren nahmen radikale nationalistische Gruppen mit Fremdenfeindlichkeit, einer feindseligen Haltung gegenüber dem Westen und der Demokratie erheblich zu. Die neue rechtsextreme *Liberaldemokratische Partei (Liberalno-Demokraticheskaya Partiya Rossii, LDPR)* unter der Führung von Wladimir Schirinowski gewann mit ihrer Vision eines Großrusslands und ihrer Ablehnung des Kommunismus sowie des „wilden" Kapitalismus eine beachtliche Anzahl von Sitzen im Parlament (Duma).

Im Jahr 1993 erhielt die Partei fast ein Viertel der Stimmen, während ihr Stimmenanteil später sank; im Jahr 2021 erhielt die Partei noch 7,6 Prozent. Die dominierende Partei *Einiges Russland* (*Jedinaja Rossija*), die 2001 gegründet wurde und mit Wladimir Putin verbunden ist, ist konservativ und zunehmend nationalistisch. Bei den Wahlen 2021 erhielt die Partei 49,8 Prozent der Stimmen (allerdings entsandte die OSZE wegen Regierungsrestriktionen keine Beobachter zu diesen Wahlen; OSCE, 2021). Andererseits sind Schirinowski und Putin zwar beide Irredentisten, die glauben, dass Russland ein größeres Territorium als das bestehende haben sollte, aber die geografische Ausdehnung, die historische Erklärung und die politische Begründung ihrer Expansionsabsichten waren unterschiedlich, wobei Schirinowski ursprünglichnoch weiter ging als Putin (Mudde, 2018; Remington, 2015, S. 406; Salagaev & Sergeev, 2011; Umland. 2015; Williams, 1999).

Im Laufe seines Regimes hat sich Putin zunehmend einer populistischen und nationalistischen Rhetorik bedient. Seine Wahlkampagne für die Präsidentschaft im Jahr 2012 stand unter dem Motto „Russland verteidigen", und in Putins Rede hieß es, dass es bei der Kundgebung und der Wahl um „Menschen wie uns (geht …) Wir sind bereit, für das Wohl des Mutterlandes zu arbeiten (…) Der Kampf um Russland geht weiter, wir werden gewinnen" und er wetterte gegen den Kosmopolitismus (Robinson & Milne, 2017, S. 419). Die russische Übernahme der Krim im Jahr 2014 und der Überfall auf die Ukraine 2022 wurden vom Aufschwung einer nationalistisch-expansiven Propaganda begleitet. Im Jahr 2016 stimmten bei einer Meinungsumfrage in Russland 87 Prozent der Befragten zu, dass die Krim Teil Russlands sein sollte (Levada Center, 2016), und 2018 gewann Putin die von der OSZE (OSCE, 2018) als unfrei kritisierten Präsidentschaftswahlen mit 76,7 Prozent.

Im modernen Russland gibt es eine große Zahl radikal-nationalistischer Bewegungen und Gruppen, darunter paramilitärische Organisationen, Skinheads und gewalttätige fremdenfeindliche Neonazi-Gruppen. Bereits in den Transformationsjahren Ende der 1980er- und in den ersten Jahren der 1990er-Jahre gab es in den multiethnischen Regionen der ehemaligen Sowjetunion viel Gewalt. Fast die Hälfte der Jugendlichen beteiligte sich an diesen Konflikten und an nationalen Bewegungen (Slepzow & Rewenko, 1993, S. 125). Später, um nur einige Beispiele zu nennen, machten kleinere Gruppen wie die *Russkiye-Bewegung* Jagd auf illegale Einwanderer, *Pamyat* als monarchistisch-nationalistische Gruppe führte antisemitische Diskurse und behauptete,

es gebe eine jüdisch-freimaurerische Verschwörung gegen Russland, und die *Bewegung gegen illegale Einwanderung* verbreitete Hass gegen Nicht-Russen, indem sie so genannte Russenmärsche organisierte. Schließlich hat sich die russisch-orthodoxe Kirche als eine wichtige Quelle des russischen Nationalismus erwiesen (Kersten & Hankel, 2013; Verkhovsky, 2012). Zeitweilig in den letzten Jahrzehnten haben rechtsextreme Gruppen und rassistische Täter, häufig Skinheads, Hunderte von Menschen getötet, wobei die meisten Angriffe in Moskau und Sankt Petersburg verübt wurden (Varga, 2017).

- In den westlichen Teilen der *Ukraine* gibt es eine lange nationalistische Tradition, die sich zwischen den beiden Weltkriegen intensivierte, als die Ukrainer zunächst gegen die polnische und dann gegen die sowjetische Vorherrschaft kämpften. Nach dem Ende der Sowjetunion und dem Beginn einer unabhängigen Ukraine wurden mehrere kleine rechtsradikale Parteien gegründet. Ein Zusammenschluss solcher Gruppen führte 1991 zur Gründung der *Allukrainischen Union Svoboda (Freiheit*), die zuvor *Sozial-Nationale Partei der Ukraine* hieß. In den ersten Jahren gewann die Partei nur einige Sitze bei den Kommunalwahlen in der Westukraine. Die Ideologie von Svoboda ist nationalistisch ukrainisch, antikommunistisch und antirussisch, sie stellt liberale, marktwirtschaftliche Werte in Frage. Die Partei unterhält Beziehungen zu rechtsextremen Gruppen wie dem neonazistischen Untergrund, radikalen Fußballfans und Hooligans. Erst 2012 konnte Svoboda einen nennenswerten Erfolg (10 Prozent) bei den nationalen Wahlen verbuchen. Bei den nächsten Wahlen im Jahr 2014 verlor die Partei die Hälfte der Stimmen und erhielt 4,7 Prozent, 2019 nur noch 2,2 Prozent. In den südöstlichen Teilen der Ukraine mit einer größeren russischen Bevölkerung entstanden mehrere Gruppen, die einen russischen Nationalismus propagierten (Ghosh, 2013; Shekhovtsov, 2013) und mit dem von Russland unterstütztem Separatismus in der Donbass-Region Erfolg hatten.

  Neben politischen Parteien gab es mehrere rechtsradikale Bewegungen und gewalttätige Gruppen wie die *Ukrainische Nationale Selbstverteidigung (UNSO)*, die *Ukrainischen Nationalisten* sowie das regierungsfreundliche *Asow-Regiment* und die *Nationale Miliz* (Ghosh, 2013; Håkonsholm, 2018; Kersten & Hankel, 2013).
- In der politischen Arena *Polens* war die radikale Rechte bis 2001, als sie ihre ersten Parlamentssitze gewann, fast unbedeutend. Dann nahm ihr Einfluss deutlich zu: 2005 dominierte sie die polnische politische Landschaft, als die nationalistisch-populistischen Parteien *Liga Polskich*

Rodzin (LPR), Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) und *Selbstverteidigung der Republik Polen (Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej, SRP)* zusammen 46,4 Prozent der Stimmen erhielten. Im Jahr 2006 bildeten die drei Parteien eine Koalitionsregierung. Interne Konflikte der Regierung schränkten ihre Macht ein, und die Koalition hielt nur bis 2007. Ein bemerkenswertes Phänomen in Polen war die oft starke Verbindung zwischen chauvinistischem Nationalismus, Katholizismus und Antisemitismus. So war zum Beispiel das katholisch-nationalistische, fremdenfeindliche und antisemitische *Radio Maryja* von Pater Rydzyk ein starker Unterstützer der politischen extremen Rechten. Der Erfolg der radikalen Rechten wurde durch die Angst vor ausländischen Aggressionen und Verschwörungstheorien genährt. Insbesondere der Flugzeugabsturz in Russland im Jahr 2010, bei dem die Passagiere, die zur polnischen politischen Elite gehörten, ums Leben kamen, ließ das nationale historische Trauma Polens wieder aufleben. In jüngerer Zeit gewann die *PiS* die Präsidentschaftswahlen (Lech Kaczyński 2005, Andrzej Duda 2015 und 2020) und die Parlamentswahlen (2019, 43,6 Prozent, aber mit einer absoluten Mehrheit der Sitze im Parlament). Die Regierung hat seitdem eine Reform des Justiz- und Schulsystems zugunsten ihrer eigenen chauvinistischen und kollektivistischen nationalen Werte vorangetrieben (Pankowski, 2011; Pankowski & Kormac, 2013; Pytlas & Kossack, 2015). Die polnische Regierung schwächte allmählich die demokratischen Kontrollmechanismen des Staates, wehrte sich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus Afrika und Asien und stritt mit der EU über diese Fragen. Seit 2019 schaffte auch die neue rechtsradikale *Konföderation der Freiheit und Unabhängigkei (Konfederacja)* mit 6,8 Prozent Stimmenanteil den Weg ins Parlament.

Rechtsradikale und rassistische Gewalt ist ein Thema in Polen. Das 1934 gegründete *Nationale Radikale Lager (Obóz Narodowo-Radykalny, ONR)* ist nach wie vor eine rechtsextreme Organisation, die auf der Straße und unter Jugendlichen aktiv ist und Skinheads zusammenführt. Die antisemitische *Allpolnische Jugend (Młodzież Wszechpolska, MW)* ist ein Verbündeter der ONR. Ein weiterer Teil der Szene ist die *Nationale Wiedergeburt Polens (Narodowe Odrodzenie Polski, NOP)* mit internationalen Verbindungen zu anderen rechtsextremen Organisationen in Europa (Pankowski, 2012). Am polnischen Unabhängigkeitstag marschieren Zehntausende von Nationalisten und Neonazis auf (Tagesspiegel, 2021).

- In *Rumänien* wurde 1991 die nationalistische *Partei Großrumänien*

(Partidul România Mare, PRM) von ehemaligen Anhängern des Ceauşescu-Regimes gegründet, darunter der charismatische Corneliu Vadim Tudor. Er führte die Partei mit harter Hand und die PRM wurde erfolgreich. Zur Ideologie der Partei gehörte die Wiederherstellung der Grenzen Rumäniens von 1918. Ihre größten Erfolge waren die Regierungsbeteiligung 1994/95 und die Wahlen im Jahr 2000, als die PRM zur zweitstärksten Partei im rumänischen Parlament wurde. Später ging die Unterstützung für rechtsextreme Parteien in Rumänien kontinuierlich zurück: Die *PRM* erhielt 2016 nicht mehr als 1 Prozent. Die neue nationalistische *Partei Vereinigtes Rumänien (Partidul România Unită)*, die 2014 gegründet wurde, erhielt 2016 ebenfalls nur 2,8 Prozent der Stimmen. 2020 erreichte die neue christlich-nationalistische *Allianz für die Vereinigung der Rumänen (Alianța pentru Unirea Românilor, AUR)* 9,1 Prozent.

Die rumänisch-orthodoxe Kirche ist ein einflussreicher Akteur im rechtsextremen Diskurs. Sie hat eine lange Geschichte der Unterstützung eines ethnisch begründeten Verständnisses der Nation. Im Rumänien der Zwischenkriegszeit gab es eine umfangreiche Zusammenarbeit zwischen der *Eisernen Garde (Garda de fier)*, einer ultranationalistischen und religiösen Organisation, und der orthodoxen Kirche.

Gegenwärtig haben rechtsextreme Bewegungen und Gruppen wie die *Neue Rechte (Noua Dreaptă)* einen gewissen Einfluss in Rumänien. Rassistische, diskriminierende und intolerante Haltungen sind in der rumänischen Gesellschaft noch immer latent vorhanden (Borz, 2012; Cinpoeş, 2013; Creţan & O'Brien, 2019).

- In der *Tschechischen Republik* war die radikale Rechte bei Wahlen recht erfolgreich. Mitte der 1990er-Jahre erhielt die nationalistische Partei *Sdružení pro Republiku-Republikánská strana Československa (Vereinigung für die Republik-Republikanische Partei der Tschechoslowakei, SPR-RSČ)* 8 Prozent der Stimmen bei den Parlamentswahlen. Im Jahr 2013 erreichte die rechtspopulistische Partei *Úsvi-Národní koalice (Morgenröte – Nationale Koalition)* 6,9 Prozent der Stimmen, aber danach spaltete sich die Partei. Die nachfolgende Partei *Svoboda a přímá demokracie,- SPD (Freiheit und direkte Demokratie)* wurde als neue rechtsradikale Partei gegründet und gewann 2021 9,6 Prozent. Sie radikalisierte sich weiter und wollte die EU verlassen, war stark romafeindlich und wollte den Islam verbieten. Beobachter stellten jedoch fest, dass einige Mainstream-Parteien die Anti-Roma-Rhetorik der extremen Rechten übernahmen (Mareš, 2012a).
- *Ungarn* hat aufgrund des Erfolgs der populistischen und extremen

Rechten in diesem Land viel internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Im Jahr 1993 wurde eine rechtsextreme Partei der ersten Generation, die *Magyar Igazság és Élet Pártja, MIÉP (Ungarische Partei für Gerechtigkeit und Leben)* gegründet, die 1998 einige Sitze im Parlament gewann. Im Jahr 2003 machte sich die rechtsextreme *Jobbik-Bewegung für ein besseres Ungarn (Jobbik Magyarországért Mozgalom)* auf den Weg und entwickelte eine Ideologie des Antikommunismus und der Feindschaft gegen die EU mit einem chauvinistischen Nationalismus (einschließlich der Forderung nach der Wiedervereinigung der ungarischen Nation durch eine Revision des nach dem Ersten Weltkrieg geschlossenen Vertrags von Trianon). Sie plädierte für die Todesstrafe und half bei der Bildung einer paramilitärischen Gruppe, der *Ungarischen Garde (Magyar Gárda)*, die insbesondere die Roma-Bevölkerung angriff. In wirtschaftlicher Hinsicht befürwortete Jobbik jedoch einen starken, interventionistischen Wohlfahrtsstaat als Schutzschild gegen die schädlichen Auswirkungen der Globalisierung und sprach sich für engere Beziehungen zu Russland aus. Auch wenn die *Ungarische Garde* 2009 verboten *wurde*, war sie unter geänderten Namen (z. B. *Neue Ungarische Garde*) weiterhin aktiv.

Die Regierungspartei der letzten Jahre, die *Fidesz-Magyar Polgári Szövetség (Fidesz – Ungarische Bürgerallianz)*, wurde 1988 von Viktor Orbán, der später Ministerpräsident wurde, mitbegründet. Ursprünglich war sie eine liberale Partei, hat sich aber inzwischen zu einer autoritären, nationalistischen und euroskeptischen Partei entwickelt. Inzwischen hat sie viele Positionen *von Jobbik* in ihre Politik übernommen, zum Beispiel hat sie einen Feiertag zum Gedenken an die „Schande von Trianon" eingeführt und damit Forderungen nach einem größeren Ungarn geweckt. Bei den ungarischen Parlamentswahlen 2022 gewann das Bündnis aus der *Fidesz* von Ministerpräsident Orbán und der *christlichen Partei KDNP* zuletzt 54,1 Prozent und ein Parteienbündnis um *Jobbik* 34,4 Prozent – eine Zweidrittelmehrheit für die rechtsradikalen Parteien. Fidesz hatte die ungarische Verfassung geändert und die Pressefreiheit sowie die Befugnisse des Verfassungsgerichts eingeschränkt (Nagy et al., 2012, 2013; Pytlas & Kossack, 2015; Tamas, 2011).

- In *Belarus* (*Weißrussland)* mit seinem autoritären politischen System unter der Führung von Präsident Alexander Lukaschenko sind die politischen Parteien eher irrelevant. Die Parlamentswahlen 2019 wurden von einer Reihe kleiner regierungsfreundlicher Parteien gewonnen, aber die meisten regierungsfreundlichen Kandidaten waren sogenannte

Unabhängige, die alle Machthaber Lukaschenko unterstützen. Seit der Gründung des Staates nach der Auflösung der Sowjetunion gab es nur sehr kleine rechtsradikale politische Parteien wie die *Belarussische Volksfront „Wiedergeburt" (Partyja BNF)* (Charnysh & Kulakevich, 2016; Kuzio, 1997) oder die *Liberal-Demokratische Partei (LDP).* Belarus erfüllt jedoch nicht die OSZE-Verpflichtungen für demokratische Wahlen (OSZE, 2020).

- *Bulgarien* verfügt über eine zunehmend komplexe Parteienlandschaft mit einem breiten Spektrum rechtsradikaler Parteien, Auf- und Abschwüngen, Abspaltungen und Fusionen. Von einiger Bedeutung war die 2005 gegründete Partei *Attack (Ataka)*, die Sitze im Parlament gewann. Sie spaltete sich jedoch mehrmals und ließ neue Parteien entstehen. Nach dem rassistischen Programm von *Ataka* ist Bulgarien ein Staat mit einer einzigen Nationalität, die auf einer gemeinsamen Religion, Kultur und Ethnie beruht. Roma und Türken wurden beschuldigt, für die schlechte wirtschaftliche Lage in Bulgarien verantwortlich zu sein. Die Partei forderte die Wiederverstaatlichung von Fabriken, einen starken Sozialstaat und wollte die NATO verlassen. 2017 gewann die Partei *Vereinigte Patrioten (Obedineni Patrioti)*, ein rechtsextremes Wahlbündnis, dem auch *Ataka angehört*, 9,1 Prozent der Stimmen bei den Parlamentswahlen und wurde Teil der Regierung. Die Partei agitierte gegen Flüchtlinge und den angeblichen Einfluss der Türken auf die bulgarische Politik. Die *Wille-Partei* (*Volya*), eine rechtspopulistische Partei, forderte eine strenge Einwanderungskontrolle und eine engere Bindung an Russland und erhielt 4 Prozent der Stimmen (Pytlas & Kossack, 2015; Schellenberg, 2017; Smrčková, 2009; Todorov, 2013). 2021 gewann *Ataka* allerdings keinen Parlamentssitz mehr, dafür die nationalistisch-prorussische *Văzraždane (V) (Wiedergeburt)*, 4,8 Prozent. Angesichts unstabiler Parteien und Koalitionen erfolgten 2022 Neuwahlen, bei denen diese Partei 10,2 Prozent erreichte, der nationalkonservative *Balgarski vazhod (BV) (Bulgarischer Aufstieg)*4,6 Prozent.
- Die Länder der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik *Jugoslawien* sind ein Sonderfall, da Jugoslawien in den 1990er-Jahren an nationalistischen und chauvinistischen Aggressionen zerbrach. Das Land wurde durch einen ethnischen Krieg gebrandmarkt, der viele Tote forderte, Familien entzweite und eine große Zahl von Menschen vertrieb. Nachhaltige Demokratien, einschließlich der Rechte von Minderheiten, wurden in den Nachfolgestaaten nur langsam aufgebaut. In allen Ländern waren und sind gewalttätige rechtsradikale Gruppen ein

drängendes Problem.

Serbien und das bevölkerungsmäßig kleinere *Montenegro* waren einige Zeit vereinigt, bevor sie 2006 schließlich unabhängige Staaten wurden. Die 1991 gegründete nationalistische *Serbische Radikale Partei (Srpska radikalna stranka, SRS)* hatte eine starke Parteiführung und gewann bei den Parlamentswahlen in den 2000er-Jahren fast 30 Prozent der Stimmen. Die Partei strebte die Schaffung eines Großserbiens an, lehnte die europäische Integration entschieden ab, strebte engere Beziehungen zu Russland an und lehnte den bürgerlichen Liberalismus ab. Nachdem der ehemalige SRS-Vorsitzende Vojislav Šešelj vor dem Haager Tribunal angeklagt worden war, spaltete sich die SRS 2008. Seitdem wandte sich die Mehrheit der Partei Tomislav Nikolić und Aleksandar Vučić zu, die sich bemühten, die neue *Serbische Fortschrittspartei (Srpska napredna stranka, SNS)* als gemäßigt konservativ zu profilieren. Seit 2012 bildete die SNS eine Koalitionsregierung mit der *Sozialistischen Partei Serbiens (Socijalistička partija Srbije, SPS)* nach Milošević. Die SNS gewann auch die Parlamentswahlen 2016 mit 48,3 Prozent der Stimmen und 2022 mit 44,3 Prozent. Auch einige kleine nationalistische Parteien wie die monarchistische *Bewegung für die Wiedererrichtung des Königreichs Serbien (Pokret Obnove Kraljevine Srbije, POKS)* sind im Parlament vertreten. Daneben gibt einige rechtsextreme Bewegungen, einschließlich neonazistischer und serbisch-orthodoxer Gruppen (Bakic, 2013; Bochsler, 2010).

In *Kroatien* war die *Kroatische Demokratische Union* (*Hrvatska demokratska zajednica, HDZ*), die 1990 erstmals als politische Partei zugelassen wurde, eine rechtspopulistische Partei, die ihre politische Vormachtstellung nutzte, um ihre chauvinistischen politischen Ziele durchzusetzen und Minderheiten auszugrenzen. Nachdem sie sich zu einer eher konservativen und christlichen Partei entwickelt hatte, radikalisierte sie sich seit 2011 wieder, um später in die rechte Mitte zurückzukehren Seit 2015 ist sie wieder an der Regierung beteiligt, 2016 erhielt sie 36,3 Prozent der Stimmen, 2020 im Bündnis mit anderen Parteien 37,3 Prozent. 2006 wurde die rechtspopulistische *Kroatische Demokratische Allianz Slawonien und Baranja* (*Hrvatski demokratski savez Slavonije i Baranje*, *HDSSB*) von dem Kriegsverbrecher Branimir Glavaš gegründet und spaltete sich von der HDZ ab. Sie erzielte nur einen geringen Erfolg (2016, 1,3 Prozent, ein Sitz im Parlament). Auch die rechtsradikale *Kroatische Partei der Rechte* (*Hrvatska stranka prava, HSP*) gewann in den späten 1990er- und frühen 2000er-Jahren etwas

Unterstützung, konnte aber keinen großen Einfluss gewinnen (Obućina, 2012), und seit 2011 hat sie keinen Sitz im Parlament. Eine Abspaltung von der HDZ ist auch die rechtspopulistische *Domovinski pokret (DP)* (*Heimatbewegung*), die 2020 als drittstärkste Partei auf 10,9 Prozent kam (Petsinis, 2022). Rechtsextreme Gruppen in der Tradition der *Ustascha* waren für gewalttätige Übergriffe gegen Minderheiten, Migranten und politische Gegner verantwortlich. Symbole und der Gruß der Ustascha-Bewegung waren Teil einer rechtsextremen Subkultur und wurden manchmal auch von Politikern oder kirchlichen Würdenträgern verwendet.

In *Bosnien-Herzegowina* mit dem vielleicht „kompliziertesten Regierungssystem der Welt“ (Nardelli et al., 2014) und ethnischen und religiösen Spaltungen sind rechtsradikale Parteien wie die *Serbische Demokratische Partei (Srpska Demokratska Stranka, SDS)* und die nach rechts gerückte *Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten (Savez nezavisnih socijaldemokrata, SNSD)* neben weiteren kleinen rechten Parteien in der Nationalversammlung vertreten (Nationales Demokratisches Institut, 2014). Bei den Wahlen 2022 erreichten sie 7,2 bzw. 16,7 Prozent.

Nordmazedonien wurde mehrere Jahre lang von der nationalistisch-konservativen Partei *Interne Mazedonische Revolutionäre Organisation-Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit (VMRO-DPMNE)* regiert, aber es gibt auch kleine ethnisch mazedonische und ethnisch albanische ultranationalistische Gruppen (Saveski & Sadiku, 2012).

In *Slowenien* gewann die *Slowenische Nationale Partei (Slovenska Nacionalna Stranka, SNS*), eine rechtsextreme Partei, die antiklerikale und schwulenfeindliche Einstellungen verband, in den 1990er- und 2000er-Jahren einige Sitze im Parlament. Die *Slowenische Demokratische Partei (Slovenska demokratska stranka, SDS)*, eine ehemalige sozialdemokratische Partei, die in den 1990er-Jahren rechtspopulistisch wurde, hat bei allen Wahlen seit 2004 mehr als 20 Prozent der Stimmen erhalten und war mehrmals Teil der Regierung (Chládková, 2014; Trplan, 2005).

- In der *Slowakei* erreichte die rechtsextreme *Slowakische Nationalpartei (Slovenská Národná Strana, SNS)* bei den Wahlen 1990, kurz nach der Gründung der Partei, mit 14 Prozent ihren Höchstwert an Stimmen; in den 1990er- und 2000er-Jahren war sie an der Regierung beteiligt. Im Jahr 2016 erreichte die Partei 8,6 Prozent, 2020 nur noch 3,2 Prozent. Die *SNS* richtete ihre aggressive Rhetorik gegen Roma, Homosexuelle

und Ungarn („Die Ungarn sind das Krebsgeschwür im Körper der slowakischen Nation“). Neben ihrer Feindseligkeit gegenüber der ungarischen Minderheit in der Slowakei hetzte die SNS gegen Ungarn und beschuldigt das Land, einen bewaffneten Krieg gegen die Slowakei vorzubereiten. Das Wirtschaftsprogramm der Partei enthält Elemente des Etatismus, des Staatsinterventionismus, des Paternalismus und eine Neigung zu umverteilenden sozialpolitischen Maßnahmen. 2020 errang die rechtspopulistische Partei *Sme rodina (Wir sind eine Familie)* des Unternehmers Boris Kollár 8,2 Prozent und die neofaschistische *Kotlebovci-Ľudová Strana Naše Slovensko (ĽSNS) (Kotlebianer – Volkspartei Unsere Slowakei)* von Marian Kotleba 8,0 Prozent. Außerdem gibt es in der Slowakei mehrere kleinere rechtsextreme Parteien und Gruppen wie Neonazis oder rassistische Skinheads (Gyárfášová & Mesežnikov, 2015; Mesežnikov, 2009; Schellenberg, 2017).

5.5 Wahlen

Was das *Wahlverhalten* angeht, so hat die Unterstützung für rechtsradikale Parteien in Europa seit der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre zugenommen. Zu Beginn der 1980er-Jahre wählte nur einer von 100 europäischen Wählern eine rechtsradikale Partei. Im Jahr 2018 lag die durchschnittliche Unterstützung in 33 europäischen Ländern bei 15,4 Prozent. Im gleichen Zeitraum ging der Erfolg *totalitärer* Parteien (antidemokratische Faschisten, Neonazis) bei nationalen Wahlen in europäischen Ländern zurück, während der Erfolg *populistischer* Parteien (die das wachsende liberale, pluralistische oder parlamentarische Verständnis von demokratischer politischer Macht ablehnen) zunahm. Einige populistische Parteien sind an Regierungen beteiligt (Timbro, 2019; Mylonas, 2022). Der prozentuale Anteil der Stimmen, den rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien bei den letzten nationalen Parlamentswahlen (bis zum Jahr 2022) gewonnen haben, ist in Abb. 5.2 dargestellt. Die Klassifizierung der Stimmen in einigen Ländern ist umstritten, da Beobachter nicht immer einer Meinung sind, ob sie eine politische Partei als stark konservativ, rechtspopulistisch oder noch radikaler bezeichnen.



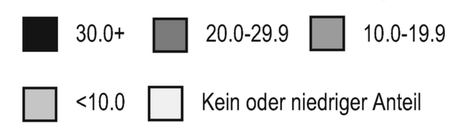


Abb. 5.2Wahlerfolge rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien in Europa.

Die Wahlen zum *Europäischen Parlament* bieten Momentaufnahmen des Wahlverhaltens und der politischen Landschaft des Kontinents zu einem bestimmten Zeitpunkt. Bei den Wahlen 2019 erhielten euroskeptische, rechtspopulistische und radikale Parteien rund ein Fünftel der Stimmen in der Europäischen Union. Die erfolgreichsten Parteien mit den meisten Stimmen in ihren Ländern waren die nationalkonservative oder rechtspopulistische *Fidesz-KDNP*-Koalition mit 52,6 Prozent der Stimmen in Ungarn, die rechtsradikale *Lega* gewann 34,3 Prozent in Italien, die neu gegründete *Brexit-Partei* 30,8 Prozent in Großbritannien und das französische *Rassemblement National* 23,3 Prozent in Frankreich (European Parliament, 2019; Treib, 2014).

5.6 Transnationale politische Ansteckung und Verbindungen

Fasst man die Eindrücke von politischen Parteien und Bewegungen der populistischen bis extremen Rechten in West-, Mittel- und Osteuropa zusammen, so deuten einige Beobachter eher auf Gemeinsamkeiten, andere eher auf Unterschiede hin, und es gibt auch Kontroversen über die Klassifizierung von Parteien. In jedem Fall weisen die Autoren darauf hin, dass der Erfolg des Nationalismus und der einwanderer- oder minderheitenfeindlichen Einstellungen der rechtsradikalen Parteien in einem Land die rechtsradikalen Parteien *in anderen Ländern* beeinflussen könnte, einschließlich der Mainstream-Parteien, die die Regierungen bilden. Rydgren (2005) beschrieb die Erfindung eines neuen Bezugsrahmens in den 1970er-Jahren, der ethnonationalistische Fremdenfeindlichkeit, basierend auf der Doktrin des Ethnopluralismus, mit anti-politischem Establishment-Populismus kombiniert. Nach dem Wahlerfolg des französischen *Front National* in den 1980er-Jahren begann eine länderübergreifende Verbreitung, und rechtsextreme Gruppen und Netzwerke in anderen Ländern übernahmen das neue Konzept. Für den Autor hat die Entstehung der neuen Parteienfamilie weniger mit strukturellen Faktoren zu tun, die verschiedene politische Systeme in ähnlicher Weise beeinflussen, als vielmehr mit einer länderübergreifenden Verbreitung von Bezugsrahmen.

Auch wenn es mehrere trans- und internationale Verbindungen zwischen verschiedenen rechtsradikalen Gruppen gab, wurden sie immer durch Chauvinismus, widersprüchliche Forderungen nach nationalem Territorium und ihre Ausrichtung auf die Ausgrenzung des nationalen, kulturellen, rassischen und vielleicht religiösen „Anderen" begrenzt. So würde letztlich jede trans- oder internationale Zusammenarbeit den nationalen Prioritäten geopfert werden. Die Ideologie der weißen Vorherrschaft hat jedoch das Potenzial, auch Gemeinsamkeiten zu finden, außerdem können rechtsradikale Gruppen auf eine Tradition rechtsradikaler Visionen von Europa verweisen. Aus diesen Gründen hat es mehrere Beispiele für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit gegeben: freundschaftliche Begegnungen, Austausch und sogar enge Zusammenarbeit. Ein Beispiel war die Zusammenarbeit zwischen der *British National Party (BNP)* und der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)*. Auf der Grundlage der Ideologie der weißen Vorherrschaft versuchten sie, neuere wirtschaftliche und soziale

Entwicklungen wie die Globalisierung in ihre rassistische Argumentation einzubeziehen. Während sie immer noch zutiefst antisemitisch waren, begannen sie auch, intensiver gegen Muslime zu argumentieren und griffen damit neue, in der Bevölkerung weit verbreitete Feindseligkeiten auf. Diese Bemühungen blieben jedoch asymmetrisch; so hat beispielsweise jahrelang kein NPD-Funktionär öffentlich auf einer BNP-Versammlung gesprochen (Macklin, 2013). Auch die Tschechische *Arbeiterpartei* nahm 2009 intensive Beziehungen zur *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) auf*. Im selben Jahr wurde die *Allianz der europäischen nationalistischen Bewegungen (AENM)* angekündigt, die von der ungarischen *Jobbik, der Britishn National Party* und der italienischen *Fiamma Tricolore* initiiert wurde und der sich später weitere europäische rechtsextreme Parteien anschlossen. Stimmung und Hass gegen Juden, Muslime und Roma bildeten einen verlässlichen Grund für eine transnationale Zusammenarbeit (Mareš, 2012b). Die extreme Rechte ist jedoch innerhalb von Subkulturen und Bewegungen weitaus lebendiger als in politischen Parteien. Extremistische Gruppen können mit extremistischen Gruppen außerhalb Europas, insbesondere in den Vereinigten Staaten, in Kontakt stehen.

Trotz ihrer chauvinistisch-nationalistischen Agenden zeigen rechtsradikale Parteien auch transnationale Bemühungen gegen die europäische Integration (Caiani & Pavan, 2017), und sie arbeiten im *Europäischen Parlament zusammen*. In der Vergangenheit war die Zusammenarbeit jedoch oft nicht von langer Dauer. Die Gruppe *Identität, Tradition und Souveränität (ITS)* zerbrach, nachdem Mitglieder aus Italien eine starke Kampagne gegen Rumänen in Italien geführt hatten – die Mitglieder aus Rumänien verließen daraufhin verärgert die Gruppe, die daraufhin auseinanderfiel.

In jedem Fall gibt es ideologisch gemeinsame Ziele für rechtsradikale Parteien aus verschiedenen Ländern, z. B. die stärkere Durchsetzung regionaler und nationaler Interessen anstelle internationaler oder transnationaler Agenden innerhalb der EU und die Argumentation gegen Einwanderung und die Aufnahme von Flüchtlingen in europäischen Ländern. Es gibt Anreize für die Bildung von Fraktionen im Europäischen Parlament, da sie finanzielle Zuschüsse vom Parlament sowie Sitze in Ausschüssen erhalten. So war die frühere *Europäische Allianz für die Freiheit* ein Bündnis verschiedener rechtsradikaler Abgeordneter des Europäischen Parlaments mit ausschließlich nationalistischer und regionaler Identitätspolitik, die durch eine gemeinsame antimuslimische und einwanderungsfeindliche Plattform zusammengeführt wurden (Hafez,

2014). Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 gründeten mehrere rechtsradikale Parteien das *Europa der Nationen und der Freiheit (ENF)*. Sie umfasste radikalere Populisten und auch rechtsextreme Parteien: Die französische *Nationale Sammlungsbewegung* (ehemals *Front National*) war hier die stärkste Partei (16 Sitze im Jahr 2018, fünf verließen die Fraktion unabhängig voneinander), ferner die *Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ),* das *Flämische Interesse* Belgiens, die Italienische *Liga* (ehemals *Lega Nord*), die Niederländische *Partei für die Freiheit*, der Polnische *Kongress der Neuen Rechten* und eine Person von der ehemaligen britischen *UKIP* (später *Independent*) und ein ehemaliger Abgeordneter der *Alternative für Deutschland* (*AfD*, später *Blaue Partei*). Nach der Wahl 2019 wurde daraus die Fraktion *Identität und Demokratie.* Eine weitere rechtspopulistische Fraktion bilden die *Europäischen Konservativen und Reformer (EKR),* vor allem aus der polnischen *PiS*-Partei.

Aufgrund von Veränderungen in der Entwicklung der einzelnen Parteien gab es rechtsradikale Parteien auch in Gruppen, die weit von der radikalen Rechten entfernt waren: Es führte zu einer großen Kontroverse, dass die ungarische *Fidesz*-Partei, die als liberale und konservative Partei begann und sich zu einer rechtspopulistischen Partei gewandelt hat, immer noch zur Fraktion der *Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)* gehörte. Die extremsten rechten Parteien wie die ungarische *Jobbik* gehören keiner Fraktion an (Europäisches Parlament, 2018).

Was die *Wechselwirkung zwischen rechtsradikalen Parteien und Bewegungen* betrifft, so stellte Minkenberg die Hypothese auf, dass in westlichen Demokratien Bewegungen bestehen bleiben, wenn rechtsradikale Parteien marginal sind. Wenn rechtsradikale Parteien ihre Bewegungsqualitäten beibehalten *und* bei den Wahlen erfolgreich sind, wird die Mobilisierung der Bewegung auf der extremen Rechten gehemmt. Diesem westlichen Muster stehen Muster in Osteuropa gegenüber, wo die Grenzen zwischen rechtsradikalen Parteien und Bewegungen durchlässiger sind (Minkenberg, 2018). Ein Gegenbeispiel kann in Deutschland beobachtet werden, wo die rechtspopulistische Partei *Alternative für Deutschland (AfD)*, nachdem sie sich lange Zeit von der islamfeindlichen PEGIDA-Bewegung distanziert hatte, die Hand zur Zusammenarbeit ausgestreckt und auch Verbindungen zu Gruppen der Neuen Rechten und jungen Radikalen geknüpft hat und sich nicht mehr stets von neonazistischer Gewalt distanziert. Auch in Schweden gibt es eine lebendige Neonazi-Szene, die entstanden ist, als die *Schwedendemokraten* 2018 ins Parlament gewählt wurden.

Die *Regierungsbeteiligung* rechtsradikaler Parteien seit 1990 erstreckte sich über die östlichen und westlichen Teile Europas, aber die meisten osteuropäischen Regierungen mit rechtsradikaler Beteiligung stammten aus den 1990er-Jahren, während die meisten westeuropäischen Regierungen aus dem einundzwanzigsten Jahrhundert stammen. Darüber hinaus gab es in einigen Ländern Minderheitsregierungen, die von einer rechtsradikalen Partei unterstützt wurden (Mudde, 2011). Insgesamt ergibt sich ein Bild des häufigen Wandels. Einige Parteien der radikalen Rechten (z. B. in Ungarn und Österreich) haben jedoch eine beträchtliche Beständigkeit in Bezug auf ihre Wahlergebnisse über längere Zeit gezeigt.

Literatur

Almeida, D. (2013). Towards a post-radical Front National? Patterns of ideological change and dediabolisation on the French radical right. *Nottingham French Studies, 52*(2), 167–176.

de Almeida, F. C. (2015). A direita radical em Portugal: da Revolução dos Cravos à era da Internet. *Estudos Ibero-Americanos, 41*(1), 98–125.

Amnesty International. (Hrsg.). (2016). *Refugees welcome survey 2016. Views of citizens across 27 countries*. Topline report from GlobeScan. London: Amnesty International. https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/amnesty-refugees-welcome-survey_globescan-topline-report_may2016_embargoed.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.

Arnold, R. (2015). Systematic racist violence in Russia between ‘hate crime’ and ‘ethnic conflict’. *Theoretical Criminology, 19*(2), 239–256.

Arzheimer, K. (2015). The AfD: Finally a successful right-wing populist Eurosceptic party for Germany? *West European Politics, 38*(3), 535–556.

Aswad, E. (2016). The role of U.S. technology companies as enforcers of Europe’s new Internet hate speech ban. *Columbia Human Rights Law Review Online*, 1. https://ssrn.com/abstract=2829175. Zugegriffen am 09.03.2019.

Bakic, J. (2013). *Right-wing extremism in Serbia*. Friedrich-Ebert-Stiftung.

BBC News. (2015, September 25). *UKIP leader Nigel Farage: ‘We want our country back’*. https://www.bbc.com/news/av/uk-politics-34356165/ukip-leader-nigel-farage-we-want-our-country-back. Zugegriffen am 09.03.2019.

BBC News. (2019, April 29). *Spain election: Socialists win amid far-right breakthrough*. https://www.bbc.com/news/world-europe-48081540. Zugegriffen am 29.04.2019.

Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Die. (2016). *Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2016*. Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. https://www.beauftragte-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Downloads/Publikationen/Berichte/jahresbericht_

de_2016.pdf?__blob=publicationFile&v=3. Zugegriffen am 09.03.2019.
Berbuir, N., Lewandowsky, M., & Siri, J. (2015). The AfD and its sympathisers: Finally a right-wing populist movement in Germany? *German Politics, 24*(2), 154–178.
Bjørgo, T. (1993). Militant neo-Nazism in Sweden. *Terrorism and Political Violence, 5*(3), 28–57.
Bjørgo, T. (1995). Introduction. In T. Bjørgo (Hrsg.), *Terror from the extreme right* (S. 1–16). Routledge.
Bjørklund, T. (2011). The radical right in Norway: The development of the Progress Party. In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 285–306). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Bochsler, D. (2010). The party system of Serbia. In V. Stojarová & P. Emerson (Hrsg.), *Party politics in the Western Balkans* (S. 99–118). Routledge.
Borz, G. (2012). Extreme-right parties in Romania after 1990. In A. Mammone, E. Godin & B. Jenkins (Hrsg.), *Mapping the extreme right in contemporary Europe: From local to transnational* (S. 173–188). Routledge.
Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). (2016). *Verfassungsschutzbericht 2015*. Bundesministerium für Inneres.
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. (2017). *Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz – NetzDG)*. https://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Dokumente/BGBl_NetzDG.html?nn=6712350. Zugegriffen am 09.03.2019.
Bundesministerium des Innern. (2016, May 23). Polizeiliche Kriminalstatistik und Fallzahlen Politisch Motivierte Kriminalität 2015 vorgestellt. *Bundesministerium des Innern Nachrichten*. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/05/pks-und-pmk-2015.html. Zugegriffen am 09.03.2019.
Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. (2018). *Politisch motivierte Kriminalität 2017*. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2018/pmk-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=4. Zugegriffen am 09.03.2019.
Bundeswahlleiter, Der. (2021). Bundestagswahl 2021. https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html. Zugegriffen am 12.07.2022.
Büttner, F. (2011). Right-wing extremism in Spain: Between parliamentary insignificance, far-right populism and racist violence. In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 181–195). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Caiani, M., & Pavan, E. (2017). "Inconvenient Solidarities": Extreme-right online networks and the construction of a critical frame against Europe. In A. Grimmel & S. My Giang (Hrsg.), *Solidarity in the European Union* (S. 145–160). Springer.
Caiani, M., Della Porta, D., & Wagemann, C. (2012). *Mobilizing on the extreme right: Germany, Italy, and the United States*. Oxford University Press.

Camus, J.-Y. (2011). The extreme right in France: Redrawing of the map to be expected. In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 83–99). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Carroll, W. E. (2014). Far right parties and movements in Europe, Japan, and the Tea Party in the US: A comparative analysis. *Journal of Power, 2*(2), 205–222.
Carter, E. (2005). *The extreme right in Western Europe: Success or failure?* Manchester University Press.
CEE Identity. (2013). *Slovak National Party*. http://www.ceeidentity.eu/database/manifestoescoun/slovak-national. Zugegriffen am 09.03.2019.
Charnysh, V., & Kulakevich, T. (2016). Belarusian political parties: Organizational structures and practices. In B. Kosowska-Gąstoł, P. Borowiec & K. Sobolewska-Myślik (Hrsg.), *Organizational structures of political parties in Central and Eastern European countries* (S. 41–58). Jagiellonian University Press.
Chiarini, R. (2011). The extreme right in Italy. In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 141–157). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Chládková, B. L. (2014). *The far right in Slovenia*. Master's thesis, Faculty of Social Studies, Masaryk University, Brno. https://is.muni.cz/th/pifof/Slovenia_far_right.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Chowanietz, C. (2009). *Politics in extraordinary times: A study of the reaction of political parties and elites to terrorism*. Dissertation, Département de science politique, Université de Montréal. https://papyrus.bib.umontreal.ca/xmlui/bitstream/handle/1866/3716/chowanietz_christophe_2009_these.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Christopoulos, D. (2018). The Golden Dawn trial: A major event for democracy in Greece and beyond. *openDemocracy*. https://www.opendemocracy.net/dimitris-christopoulos/he-golden-dawn-trial-major-event-for-democracy-in-greece-and-beyond. Zugegriffen am 09.03.2019.
Cinpoeş, R. (2013). Right-wing extremism in Romania. In R. Melzer & S. Serafin (Hrsg.), *Right-wing extremism in Europe. Country analyses, counter-strategies and labor-market oriented exit strategies* (S. 168–197). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Clarke, H., Whiteley, P., Borges, W., Sanders, D., & Stewart, M. (2016). Modelling the dynamics of support for a right-wing populist party: The case of UKIP. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties, 26*(2), 135–154.
Clarke, H. D., Goodwin, M., & Whiteley, P. (2017). *Brexit: Why Britain voted to leave the European Union*. Cambridge University Press.
Coenders, M., Lubbers, M., & Scheepers, P. (2004). *Majority populations' attitudes towards migrants and minorities*. Report for the European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC). Ref. no. 2003/04/01. Wien: EUMC. http://www.media-diversity.org/en/additional-files/documents/b-studies-reports/Attitudes%20towards%20Migrants%20and%20Minorities%20[EN]/EUMC%20Majority%20populations%20attitudes%20towards%20migrants%20and%20minorities%20[EN].pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.

Creţan, R., & O'Brien, T. (2019). 'Get out of Traian Square!': Roma stigmatisation as a mobilising tool for the far right in Timişoara, Romania. *International Journal of Urban and Regional Research*. https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/1468-2427.12775. Zugegriffen am 29.08.2019.
Dauber, A. S. (2017). The increasing visibility of right-wing extremist women in contemporary Europe: Is Great Britain an exception? In M. Köttig, R. Bitzan & A. Petö (Hrsg.), *Gender and far right politics in Europe* (S. 49–64). Palgrave Macmillan.
Dechezelles, S. (2013). Neo-fascists and padans. In A. Mammone, E. Godin & B. Jenkins (Hrsg.), *Varieties of right-wing extremism in Europe* (S. 182–196). Routledge.
Decker, O., Kiess, J., Eggers, E., & Brähler, E. (2016). Die „Mitte"-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016* (S. 23–66). Psychosozial.
Decker, O., Kiess, J., Schuler, J., Handke, B., & Brähler, E. (2018). Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018* (S. 65–115). Psychosozial.
Dostal, J. M. (2015). The Pegida movement and German political culture: Is right-wing populism here to stay? *The Political Quarterly, 86*(4), 523–531.
Eisnecker, P., & Schupp, J. (2016). Flüchtlingszuwanderung: Mehrheit der Deutschen befürchtet negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. *DIW Wochenbericht, 83*(8), 158–164.
Eissens, R., & Bronkhorst, S. (2011). Right-wing extremism and populism in the Netherlands: Lessons not learned. In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 123–139). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Erel, U. (2018). Saving and reproducing the nation: Struggles around right-wing politics of social reproduction, gender and race in austerity Europe. *Women's Studies International Forum, 68*, 173–182.
Ertel, M. (2013, April 18). "Like 1930s Germany": Greek far right gains ground. *Spiegel Online International*. http://www.spiegel.de/international/europe/neo-nazis-and-right-wing-extremists-gaining-support-in-greece-a-894596.html. Zugegriffen am 09.03.2019.
European Commission. (1997). *Racism and xenophobia in Europe. Eurobarometer opinion poll no 47.1*. First results. Luxembourg: European Commission. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_113_en.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
European Commission. (2012). *Special Eurobarometer 393. Discrimination in the EU in 2012*. http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/ebs/ebs_393_en.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
European Commission & ICT Companies. (2016). *Code of conduct on countering*

illegal hate speech online. Released by the European Commission and the ICT Companies on May 31, 2016. http://ec.europa.eu/justice/fundamental-rights/files/hate_speech_code_of_conduct_en.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
European Parliament. (2018). *About parliament. The political groups of the European Parliament*. http://www.europarl.europa.eu/about-parliament/en/organisation-and-rules/organisation/political-groups. Zugegriffen am 09.03.2019.
European Parliament. (2019). *2019 European election results*. https://election-results.eu/. Zugegriffen am 27.05.2019.
Europol. (2015). *European Union terrorism situation and trend report 2015*. Europol. https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/documents/p_europol_tsat15_09jun15_low-rev.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Europol. (2018). *European Union terrorism situation and trend report 2018*. Europol. https://www.europol.europa.eu/activities-services/main-reports/european-union-terrorism-situation-and-trend-report-2018-tesat-2018. Zugegriffen am 09.03.2019.
Forestier, M., & Weißgerber, C. E. (2014). Die Identitäre Bewegung in Frankreich – Ein Porträt. *Journal Exit-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur, 3*, 117–148.
Georgiadou, V. (2013). Right-wing populism and extremism: The rapid rise of “Golden Dawn” in crisis-ridden Greece. In R. Melzer & S. Serafin (Hrsg.), *Right-wing extremism in Europe. Country analyses, counter-strategies and labor-market oriented exit strategies* (S. 75–101). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Ghosh, M. (2013). The extreme right in Ukraine’s political mainstream: What lies ahead? In R. Melzer & S. Serafin (Hrsg.), *Right-wing extremism in Europe. Country analyses, counter-strategies and labor-market oriented exit strategies* (S. 199–227). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Gyárfášová, O., & Mesežnikov, G. (2015). Actors, agenda, and appeal of the radical nationalist right in Slovakia. In M. Minkenberg (Hrsg.), *Transforming the transformation? The East European radical right in the political process* (S. 224–248). Routledge.
Hafez, F. (2014). Shifting borders: Islamophobia as common ground for building pan-European right-wing unity. *Patterns of Prejudice, 48*(5), 479–499.
Håkonsholm, H. (2018). *Between freedom and lawlessness. PGMs and state relations: An analysis of the Ukrainian volunteer battalions*. Master’s thesis, Handelshøyskolen BI, Oslo. https://brage.bibsys.no/xmlui/bitstream/handle/11250/2576134/1958952.pdf?sequence=1. Zugegriffen am 09.03.2019.
Hooghe, L., Bakker, R., Brigevich, A., De Vries, C., Edwards, E. E., Marks, G., et al. (2010). Reliability and validity of measuring party positions: The Chapel Hill Expert Surveys of 2002 and 2006. *European Journal of Political Research, 49*(5), 687–703.
Istituto Demopolis (2022). Il profilo dell’elettorato di Fratelli d’Italia nell’analisi dell’Istituto Demopolis: chi sono oggi gli elettori di Giorgia Meloni., Istituto Demopolis, https://www.demopolis.it/?p=10613 (2022).
Jobbik. (2018). *Eco-social national economics*. https://www.jobbik.com/eco-social_

national_economics. Zugegriffen am 09.03.2019.
Jungar, A. C., & Jupskås, A. R. (2014). Populist radical right parties in the Nordic region: A new and distinct party family? *Scandinavian Political Studies, 37*(3), 215–238.
Kersten, J., & Hankel, N. (2013). A comparative look at right-wing extremism, anti-Semitism, and xenophobic hate crimes in Poland, Ukraine, and Russia. In S. Von Mering & T. W. McCarty (Hrsg.), *Right-wing radicalism today: Perspectives from Europe and the US* (S. 85–105). Routledge.
Kitschelt, H. (2007). Growth and persistence of the radical right in postindustrial democracies: Advances and challenges in comparative research. *West European Politics, 30*(5), 1176–1206.
Kitschelt, H., & McGann, A. J. (1995). *The radical right in western Europe. A comparative analysis*. University of Michigan Press.
Koehler, D. (2016). Right-wing extremism and terrorism in Europe current developments and issues for the future. *Prism, 2*(6), 85–104.
Koehler, D. (2017). *Right-wing terrorism in the 21st century: The 'National Socialist Underground' and the history of terror from the far-right in Germany*. Routledge.
Kohlstruck, M. (2011). Der Rechtsextremismus und die Mitte. In H. R. Otten & M. Sicking (Hrsg.), *(2014), Kritik und Leidenschaft: Vom Umgang mit politischen Ideen* (S. 85–94). Transcript.
Kriesi, H., Grande, E., Dolezal, M., Helbling, M., Höglinger, D., & Hutter, S. (2012). In B. Wüest (Hrsg.), *Political conflict in Western Europe*. Cambridge University Press.
Krzyzanowski, M. (2013). From anti-immigration and nationalist revisionism to islamophobia: Continuities and shifts in recent discourses and patterns of political communication of the Freedom Party of Austria (FPÖ). In R. Wodak, M. KhosraviNik & B. Mral (Hrsg.), *Right-wing populism in Europe: Politics and discourse* (S. 135–148). Bloomsbury.
Kuzio, T. (1997). Radical right parties and civic groups in Belarus and the Ukraine. In P. H. Merkl & L. Weinberg (Hrsg.), *The revival of right wing extremism in the nineties* (S. 203–230). Routledge.
Leruth, B., Startin, N., & Usherwood, S. (2018). Defining Euroscepticism. From a broad concept to a field of study. In B. Leruth, N. Startin & S. Usherwood (Hrsg.), *The Routledge handbook of Euroscepticism* (S. 3–10). Routledge.
Levada Analytical Center. (2013). *Russian public opinion 2012–2013*. Levada Center. http://www.levada.ru/old/books/obshchestvennoe-mnenie-2012-eng. Zugegriffen am 09.03.2019.
Levada Analytical Center. (2018). *Russian public opinion 2017*. Levada Center. https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2018/05/2017Eng.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Levada Center. (2016, June 10). *Crimea: Two years later*. https://www.levada.ru/en/2016/06/10/crimea-two-years-later/. Zugegriffen am 09.03.2019.
Liang, C. S. (2016). *Europe for the Europeans: The foreign and security policy of*

the populist radical right. In C. S. Liang (Hrsg.), *Europe for the Europeans: The foreign and security policy of the populist radical right* (S. 1–32). Ashgate.
Lööw, H. (2011). The extreme right in Sweden: Growing slowly. In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 267–283). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Macklin, G. (2013). Transnational networking on the far right: The case of Britain and Germany. *West European Politics, 36*(1), 176–198.
Marchi, R. (2013). The extreme right in 21st-century Portugal: The *Partido Nacional Renovador*. In R. Melzer & S. Serafin (Hrsg.), *Right-wing extremism in Europe. Country analyses, counter-strategies and labor-market oriented exit strategies* (S. 133–155). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Mareš, M. (2012a). *Right-wing extremism in the Czech Republic*. Friedrich-Ebert-Stiftung.
Mareš, M. (2012b). Trans-national cooperation of right-wing extremists in East-Central Europe. In M. Majer, R. Ondrejcsák & V. Tarasovič (Hrsg.), *Panorama of global security environment* (S. 605–615). CENAA.
Meret, S. (2011). From the margins to the mainstream? The development of the radical right in Denmark. In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 243–265). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Mesežnikov, G. (2009). *National and right-wing radicalism in the new democracies: Slovakia*. Friedrich-Ebert-Stiftung.
Ministère de l'Intérieure. (2022). Election présidentielle 2022 (24 avril 2022). https://www.resultats-elections.interieur.gouv.fr/presidentielle-2022/FE.html. Zugegriffen am 12.07.2022.
Minkenberg, M. (2008). *The radical right in Europe: An overview*. Verlag Bertelsmann Stiftung.
Minkenberg, M. (2011). The radical right in Europe today: Trends and patterns in East and West. In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 37–55). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Minkenberg, M. (2013). Die europäische radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in West und Ost: Trends, Muster und Herausforderungen. In R. Melzer & S. Serafin (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit* (S. 9–37). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Minkenberg, M. (2018). Between party and movement: Conceptual and empirical considerations of the radical right's organizational boundaries and mobilization processes. *European Societies*. https://doi.org/10.1080/14616696.2018.1494296. Zugegriffen am 09.03.2019.
Mudde, C. (2011). Radical right parties in Europe: What, who, why? *Participation, 34*(3), 12–15.
Mudde, C. (2018). Politics at the fringes? Eastern Europe's populists, racists and extremists. In A. Fagan & P. Kopecký (Hrsg.), *The Routledge handbook of East*

European politics (S. 254–263). Routledge.
Mulhall, J., & Khan-Ruf, S. (Eds.) (2021). *State of Hate. Far-right extremism in Europe 2021*. HOPE not hate Charitable Trust, Amadeu Antonio Foundation, Expo Foundation. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/02/ESOH-LOCKED-FINAL.pdf. Zugegriffen am 27.07.2022.
Mylonas, V. (2022). *The Rise of Right-Wing Populism in EU. A comparative analysis between the West and the East.* Master Thesis. Universität Bamberg.
Nagy, A. B., Boros, T., & Varga, Á. (2012). *Right-wing extremism in Hungary*. Friedrich-Ebert-Stiftung.
Nagy, A. B., Boros, T., & Vasali, Z. (2013). More radical than the radicals: The Jobbik party in international comparison. In R. Melzer & S. Serafin (Hrsg.), *Right-wing extremism in Europe. Country analyses, counter-strategies and labor-market oriented exit strategies* (S. 229–253). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Nardelli, A., Dzidic, D., & Jukic, E. (2014, October 8). Bosnia and Herzegovina: The world's most complicated system of government? *The Guardian*. http://www.theguardian.com/news/datablog/2014/oct/08/bosnia-herzegovina-elections-the-worlds-most-complicated-system-of-government. Zugegriffen am 09.03.2019.
National Democratic Institute. (2014). *Bosnia and Herzegovina's 2014 elections: Post-election analysis*. National Democratic Institute. https://www.ndi.org/files/NDI%20BiH%202014%20Post-Election%20Analysis.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Obućina, V. (2012). *Right-wing extremism in Croatia*. Friedrich-Ebert-Stiftung.
Orriols, L., & Cordero, G. (2016). The breakdown of the Spanish two-party system: The upsurge of Podemos and Ciudadanos in the 2015 general election. *South European Society and Politics, 21*(4), 469–492.
OSCE. (2018). International election observation mission. Russian Federation – Presidential Election, 18 March 2018. https://www.osce.org/files/f/documents/c/f/375670.pdf. Zugegriffen am 13.07.2022.
OSCE. Office for Democratic Institutions and Human Rights. (2020). Republic of Belarus early parliamentary elections, 17 november 2019. https://www.osce.org/files/f/documents/6/4/447583.pdf. Zugegriffen am 14.07.2022.
OSCE. Office for Democratic Institutions and Human Rights. (2021). No OSCE observers for Russian parliamentary elections following major limitations. https://www.osce.org/odihr/elections/russia/494488. Zugegriffen am 13.07.2022.
Pankowski, R. (2011). Identity and bigotry: Nationalist populism and the extreme right in contemporary Poland. In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 205–219). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Pankowski, R. (2012). *Right-wing extremism in Poland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09409-20121029.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Pankowski, R., & Kormac, M. (2013). Radical nationalism in Poland: From theory to practice. In R. Melzer & S. Serafin (Hrsg.), *Right-wing extremism in Europe. Country analyses, counter-strategies and labor-market oriented exit strategies* (S.

157–168). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Parties and Elections in Europe. (2023). http://www.parties-and-elections.eu/. Zugegriffen am 20.02.2023.
Petsinis, V. (2022). Croatia. Turning to the right. The right-wing faction and hot button issues. In Centre for Baltic and East European Studies, Södertörn University Stockholm (Hrsg.), *The many faces of the far fight in the post-communist spac* (S. 76–82). Södertörn University.
Pew Research Center. (2017, October 16). *Globally, broad support for representative and direct democracy*. http://www.pewglobal.org/2017/10/16/democracy-widely-supported-little-backing-for-rule-by-strong-leader-or-military/. Zugegriffen am 09.03.2019.
Pytlas, B., & Kossack, O. (2015). Lighting the fuse: The impact of radical right parties on party competition in Central and Eastern Europe. In M. Minkenberg (Hrsg.), *Transforming the transformation? The East European radical right in the political process* (S. 105–136). Routledge.
Ramiro, L., & Gomez, R. (2017). Radical-left populism during the great recession: Podemos and its competition with the established radical left. *Political Studies, 65*(1, suppl), 108–126.
Rassemblement National. (2017). *144 engagements présidentiels*. https://www.rassemblementnational.fr/pdf/144-engagements.pdf=. Zugegriffen am 09.03.2019.
Ravndal, J. A. (2015). Thugs or terrorists? A typology of right-wing terrorism and violence in Western Europe. *Journal for Deradicalization, 3*, 1–38.
Ravndal, J. A. (2018). Right-wing terrorism and militancy in the Nordic countries: A comparative case study. *Terrorism and Political Violence, 30*(5), 772–792.
Reisigl, M. (2012). Rechtspopulistische und faschistische Rhetorik–Ein Vergleich. *Totalitarismus und Demokratie, 9*(2), 303–324.
Remington, T. F. (2015). *Politics in Russia*. Routledge.
Reuband, K. H. (2015). Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen. *Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, 21*, 133–143. https://www.docdroid.net/w7bq/reuband-wer-demonstriert-in-dresden-fr-pegida-mip-2015-seiten-133-143-5-3.pdf.html. Zugegriffen am 09.03.2019.
Reuters. (2016, August 27). German rightists scale Brandenburg gte to protest immigration. *World News*. http://www.reuters.com/article/us-europe-migrants-germany-farright-idUSKCN1120H1. Zugegriffen am 09.03.2019.
Robinson, N., & Milne, S. (2017). Populism and political development in hybrid regimes: Russia and the development of official populism. *International Political Science Review, 38*(4), 412–425.
Röth, L., Afonso, A., & Spies, D. C. (2018). The impact of populist radical right parties on socio-economic policies. *European Political Science Review, 10*(3), 325–350.
Rovny, J. (2013). Where do radical right parties stand? Position blurring in multidimensional competition. *European Political Science Review, 5*(01), 1–26.
Rydgren, J. (2005). Is extreme right-wing populism contagious? Explaining the

emergence of a new party family. *European Journal of Political Research, 44*(3), 413–437.
Rydgren, J. (2018). The radical right. An introduction. In J. Rydgren (Hrsg.), *The Oxford handbook of the radical right* (S. 1–13). Oxford University Press.
Salagaev, A. L., & Sergeev, S. A. (2011). Russian radical ethnic nationalism: Phenomenon, discourse and strategies for prevention. In A. V. Münch & M. Glaser (Hrsg.), *Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa* (S. 125–143). Deutsches Jugendinstitut.
Saveski, Z., & Sadiku, A. (2012). *The radical right in Macedonia*. Friedrich-Ebert-Stiftung. http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09568.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Schellenberg, B. (2011). The radical right in Germany: Its prohibition and reinvention. In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 57–81). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Schellenberg, B. (2017). *Rechtspopulismus im europäischen Vergleich – Kernelemente und Unterschiede*. Bundeszentrale für politische Bildung. http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240093/rechtspopulismus-im-europaeischen-vergleich-kernelemente-und-unterschiede. Zugegriffen am 09.03.2019.
Schellenberg, B. (2019). Hasskriminalität und rassistische Gewalt: Konzeptionalisierungs- und Bearbeitungsprobleme in Deutschland. In S. Ellebrecht, S. Kaufmann & P. Zoche (Hrsg.), *(Un-) Sicherheiten im Wandel: Gesellschaftliche Dimensionen von Sicherheit* (S. 43–67). LIT.
Schellenberg, B., & Lang, K. (2016). Toleranz und Nichtdiskriminierung. Bekämpfung von Diskriminierung und Hasskriminalität. In Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.), *Die Umsetzung ausgewählter OSZE Verpflichtungen zu Menschenrechten und Demokratie in Deutschland. Unabhängiger Evaluierungsbericht anlässlich des deutschen OSZE Vorsitzes 2016* (S. 10–40). DIMR. http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Weitere_Publikationen/Evaluierungsbericht_Die_Umsetzung_ausgewaehlter_OSZE_Verpflichtungen_zu_Menschenrechten_und_Demokratie_in_Deutschland.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Schweizerischer Bundesrat. (2004, August 25). *Extremismusbericht*. Bern. https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2004/5011.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Shekhovtsov, A. (2013). From para-militarism to radical right-wing populism: The rise of the Ukrainian far-right party Svoboda. In R. Wodak, M. KhosraviNik & B. Mral (Hrsg.), *Right-wing populism in Europe: Politics and discourse* (S. 249–263). Bloomsbury.
Skenderovic, D. (2011). Transformations and "direct" successes on the right-wing fringe: Switzerland as a model for Europe? In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 159–178). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Skouris, V. (2020). Der Prozess gegen die „Goldene Morgenröte". Heinrich Böll

Stiftung. https://www.boell.de/de/2020/11/20/der-prozess-gegen-die-goldene-morgenroete. Zugegriffen am 25.07.2022.
Slepzow, N., & Rewenko, L. (1993). *Die Perestroika-Generation. Jugendliche in Rußland*. Deutsches Jugendinstitut.
Smrčková, M. (2009). Comparison of radical right-wing parties in Bulgaria and Romania: The national movement of Ataka and the Great Romania Party. *Central European Political Studies Review, 11*(1), 48–65.
Spiegel Online. (2017, September 25). *Wahl 2017. Vorläufiges Endergebnis*. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2017-alle-ergebnisse-im-ueberblick-a-1167247.html. Zugegriffen am 09.03.2019.
Stavrakakis, Y., & Katsambekis, G. (2014). Left-wing populism in the European periphery: The case of SYRIZA. *Journal of Political Ideologies, 19*(2), 119–142.
Steenbergen, M. R., & Marks, G. (2007). Evaluating expert judgments. *European Journal of Political Research, 46*(3), 347–366.
Sykes, S. (2016, March 26). *Far-right support surges in Belgium as anger grows over Brussels terror attacks*. Express. http://www.express.co.uk/news/world/655822/Brussels-attacks-Belgium-far-right-Flemish-parties-nationalist-Flanders-independence. Zugegriffen am 09.03.2019.
Tagesspiegel, Der. (2021). Zehntausende Rechte demonstrieren am Unabhängigkeitstag in Polen. https://www.tagesspiegel.de/politik/fuck-islam-und-anti-antifa-shirts-zehntausende-rechte-demonstrieren-am-unabhaengigkeitstag-in-polen/27793018.html. Zugegriffen am 14.07.2022.
Tamas, P. (2011). The radical right in Hungary: A threat to democracy? In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 221–241). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Timbro. (2019). *Timbro authoritarian populism index 2019*. Timbro. https://populismindex.com/report/. Zugegriffen am 29.08.2019.
Todorov, A. (2013). *The extreme right wing in Bulgaria*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. https://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09660.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Treib, O. (2014). The voter says no, but nobody listens: Causes and consequences of the Eurosceptic vote in the 2014 European elections. *Journal of European Public Policy, 21*(10), 1541–1554.
Trplan, T. (2005). Slovenia. In C. Mudde (Hrsg.), *Racist extremism in Central and Eastern Europe* (S. 225–246). Routledge.
Umland, A. (2015). Challenges and promises of comparative research into post-Soviet fascism: Methodological and conceptual issues in the study of the contemporary East European extreme right. *Communist and Post-Communist Studies, 48*(2), 169–181.
Van Gilder Cooke, S. (2011, July 29). March of the far right: Belgium. *Time*. http://content.time.com/time/specials/packages/article/0,28804,2085728_2085727_2085704,00.html. Zugegriffen am 09.03.2019.
Varga, M. (2008). How political opportunities strengthen the far right:

Understanding the rise in far-right militancy in Russia. *Europe-Asia Studies, 60*(4), 561–579.
Varga, M. (2017). Russia's far-right violence wave: Tracing the development of terror in a National-Socialist Organization. *Problems of Post-Communism*. https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/10758216.2017.1389613. Zugegriffen am 09.03.2019.
Verkhovsky, A. (2012). *The ultra-right in Russia in 2012*. Friedrich-Ebert-Stiftung. http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09348.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Williams, C. (1999). Problems of transition and the rise of the radical right. In S. P. Ramet (Hrsg.), *Radical right in Central and Eastern Europe since 1989* (S. 29–47). Penn State Press.
YouGov. (2016, November 16). *Trump, Brexit, Front National, AfD: Branches of the same tree*. https://yougov.co.uk/news/2016/11/16/trump-brexit-front-national-afd-branches-same-tree/. Zugegriffen am 09.03.2019.
Zeit Online. (2017, September 25). *The AfD profits from non-voters and Merkel defectors*. http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/german-election-alternative-for-germany-angela-merkel. Zugegriffen am 09.03.2019.
Zick, A., Küpper, B., & Hövermann, A. (2011). *Intolerance, prejudice and discrimination. A European report*. Friedrich-Ebert-Stiftung.
Zick, A., Krause, D., Berghan, W., & Küpper, B. (2016). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2016. In A. Zick, B. Küpper & D. Krause (Hrsg.), *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016* (S. 33–81). Dietz.

K. Wahl*Die Radikale Rechte*
https://doi.org/10.1007/978-3-031-23577-1_6

6. Die radikale Rechte in Europa: Soziologische und historische Ursachen und Bedingungen

Klaus Wahl[1]

(1)
Psychosoziale Analysen und Prävention – Informations-System (PAPIS), München, Deutschland

Teile der Forschung über die radikale Rechte sind immer noch eher deskriptiv als erklärend und, wenn überhaupt, eher an Variablen am Ende der Ursachen-Wirkungs-Ketten (proximate Faktoren wie das Wahlsystem, Spezifikationen der Parteien usw.) interessiert als an den grundlegenderen historischen (wie der nationalen Geschichte mit Erfahrungen von Invasion, Diktatur usw.). Ein Beispiel für einen Ansatz, der vorwiegend proximate Variablen verwendet, ist die vergleichende Studie von Caiani et al. (2012) zur extremen Rechten in Deutschland, Italien und den Vereinigten Staaten, die sich auf Ressourcenmobilisierung oder politischen Opportunität konzentriert. Wie oben erwähnt, versuchen wir dagegen, mehr Faktoren auf verschiedenen Ebenen der Verursachung zu berücksichtigen.

Theoretische Ansätze zur Erklärung des Erfolgs rechtsradikaler Parteien sind zahlreich. So hat Eatwell (2003b) beispielsweise zehn Theorien aufgelistet: (1) die Ein-Themen-These, die besagt, dass solche Parteien in Zeiten großer Besorgnis über Einwanderung gut abschneiden; (2) die Protestthese, der zufolge diese Parteien keine ernsthafte Ideologie haben und ein Vehikel sind, um die etablierten Parteien anzugreifen; (3) die These des sozialen Zusammenbruchs, die besagt, dass die traditionellen sozialen Strukturen zusammenbrechen, so dass sich die Menschen zu

ethnischem Nationalismus, Familie und anderen traditionellen Werten hingezogen fühlen; (4) die (umgekehrte) postmaterielle These, bei der die etablierten Parteien, insbesondere auf der Linken, und die Eliten für die soziale Liberalisierung verantwortlich gemacht werden; (5) die These des wirtschaftlichen Interesses, bei der die Wahl der Rechten mit sozioökonomischen Kategorien wie Arbeitslosen, ärmeren und jüngeren Wählern korreliert wird; (6) die These der politischen Gelegenheitsstruktur, wonach die extreme Rechte in Situationen legitimiert wird, in denen der politische Dialog durch ihre Themen „kontaminiert" ist, insbesondere durch die Einwanderungsfrage; (7) die Mediatisierungsthese, wonach rechtsradikale Parteien durch die Fokussierung der Medien auf „ihre" Themen unterstützt werden; (8) die These der nationalen Traditionen, bei der der Erfolg dieser Parteien dadurch gefördert wird, dass sie sich mit der nationalen Tradition verbinden, zu deren Definition sie beitragen wollen; (9) die programmatische These, bei der rechtsradikale Parteien eine ernstzunehmende Ideologie haben, die in der Regel eine Kombination aus einwanderungsfeindlicher Politik und freier Marktwirtschaft darstellt; und (10) die These der charismatischen Führungspersönlichkeit, die sich auf eine Person stützt, die die Wähler direkt ansprechen und die Partei zusammenhalten kann.

Wahrscheinlich lässt sich der Erfolg populistischer, radikaler und rechtsextremer Parteien besser durch Kombinationen solcher Theorien entsprechend den Faktoren unseres *historisch-sozioökonomisch-kulturell-politischen Modells* (Abb. 5.1 in Kap. 5) erklären. In diesem Kapitel (6) werden die verschiedenen theoretischen Ansätze auf grundlegende Faktoren heruntergebrochen, die auf verschiedene Weise kombiniert werden können, um die radikale Rechte zu erklären. Die Hauptkategorien sind dabei die Nachfrage- und Angebotsseite sowie *West-, Mittel- und Osteuropa*:

- Die *Nachfrage* nach rechtsradikalen Ideologien und Politiken wird als Ergebnis verschiedener Variablen gesehen: Es wird angenommen, dass gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Faktoren wie negative Auswirkungen der Globalisierung, Einwanderung und Arbeitslosigkeit als Bedrohung, Unsicherheit und Frustration empfunden werden, die sich leicht mit Vorurteilen gegenüber Einwanderern verbinden, die im Allgemeinen als schlecht oder als Konkurrenten angesehen werden. All dies könnte den Wunsch nach Sicherheit und die Forderung nach einfachen politischen Maßnahmen hervorrufen, wie sie von der radikalen Rechten versprochen werden (Schließung der Grenzen usw.).
- Die *Angebotsseite* der radikalen Rechten zeigt sich in ihrer Ideologie,

ihren politischen Bewegungen und Parteien und manchmal auch in der Bereitstellung lokaler Sozialdienste. Es wird angenommen, dass sie durch Angebotsfaktoren zweiter Ordnung wie das Wahlsystem, Defizite in der Regierungsarbeit oder die ideologische Konvergenz der etablierten großen Parteien beeinflusst werden, die den rechtsradikalen Parteien die Möglichkeit bieten, ehemalige Wähler der etablierten Parteien anzuziehen.

In der Forschung und der wissenschaftlichen Literatur werden jedoch häufig Faktoren der Nachfrage- und der Angebotsseite vermischt. Wissenschaftler wie Minkenberg (2008, 2011, 2013) interpretieren ihre empirischen Befunde über die radikale Rechte jedoch als Bestätigung für eine wirksame soziokulturelle Nachfrageseite. Andere wie Mudde (2010, 2011) schreiben der politisch-strukturellen Angebotsseite mehr Einfluss zu. Im Folgenden stellen wir Beispiele für beide Ansätze vor. Angesichts der historisch und wirtschaftlich unterschiedlichen Regionen Ost-, Mittel- und Westeuropas sowie anderer Kontinente ist es jedoch schwierig, eine empirisch fundierte und einigermaßen allgemeine Theorie der radikalen Rechten aufzustellen, die beide Seiten umfasst. Dieses Panorama soll in den folgenden Abschnitten beschrieben werden.

6.1 Nachfrageseite (g1)

6.1.1 Westeuropa

6.1.1.1 Sozioökonomischer Wandel und Emotionen

Das Spektrum der Bedürfnisse, Emotionen und Hoffnungen der Menschen in einer Gesellschaft sowie deren Bedingungen und Ursachen wurden als *Nachfrageseite* beschrieben, die für das Angebot an Ideologien der politischen Parteien empfänglich ist. Der berühmte Satz von Marx, dass das gesellschaftliche Sein der Menschen ihr Bewusstsein bestimmt (Marx, 1971, S. 9), könnte viele Studien über die Nachfrageseite inspiriert haben, die nach *sozioökonomischen Faktoren* suchten, die Emotionen, Einstellungen, politische Interessen und Ideologien einschließlich des Rechtsradikalismus stimulieren könnten. Welche Rolle spielten diese

Faktoren in Westeuropa?

Im Rückblick auf die Geschichte stellte Eatwell fest, dass Faschismus und Nationalsozialismus oft eine starke Anziehungskraft auf Handwerker und Kleinunternehmer ausübten, die sich durch den Aufstieg des Großkapitals bedroht fühlten und eine Proletarisierung befürchteten. Dennoch gibt es eine wachsende akademische Tendenz, zu akzeptieren, dass die Nazis eine *Volkspartei* darstellten, die über die Klassen hinausging, einen wichtigen Teil der Massen erreichte und zumindest einen Teil des Establishments davon überzeugte, dass sie ihren Zweck besser erfüllen konnte als die bestehenden Parteien. Die Ideologie sprach Frauen und Männer gleichermaßen an, ebenso wie Wähler, die in erster Linie durch wirtschaftliche Faktoren motiviert waren, und solche, die ein eher existenzielles Heil suchten (Eatwell 2003a, S. xxvii–xxviii).

Es ist eine gängige Meinung über den historischen Fall der Weimarer Republik in Deutschland, dass die Arbeitslosenquote und die Wählerunterstützung für die *Nationalsozialisten (NSDAP)* nicht nur positiv korreliert waren, sondern einen kausalen Zusammenhang aufwiesen. Wie Arzheimer (2012) jedoch feststellte, war die Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und NSDAP-Wählerschaft auf niedrigeren Aggregationsebenen (Länder, Landkreise usw.) negativ. Nach Ansicht des Autors wählten Arbeitslose vermutlich seltener die *NSDAP*, während diejenigen, die (bereits) einen Arbeitsplatz hatten, die Nazis umso eher unterstützten, je weiter sich die Wirtschaft verschlechterte. Dieses Argument ist eine Warnung davor, sich zur Erklärung solcher Phänomene zu sehr auf Makrodaten zu verlassen.

Eine andere populäre Hypothese besagt, dass ein *niedriges Einkommen* oder ein *Rückgang des Einkommens* die Ängstlichkeit erhöhen und die Menschen dazu bringen könnte, Einwanderern gegenüber feindseliger zu werden und die radikale Rechte zu wählen. In Deutschland beispielsweise sank der Anteil der Personen in der mittleren Einkommensgruppe zwischen 1991 und 2013 um sechs Prozentpunkte (Grabka et al., 2016). Auf internationaler Ebene haben Studien gezeigt, dass die Markteinkommen der Haushalte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zwischen 2005 und 2014 für etwa zwei Drittel der Einkommenssegmente stagniert oder gesunken sind. Die verfügbaren Einkommen (nach Berücksichtigung von Steuern und Transfers) stagnierten oder sanken im Durchschnitt in einem Fünftel bis einem Viertel der Einkommenssegmente. Menschen, die das Gefühl hatten, nicht voranzukommen, und dies für ein anhaltendes Problem hielten, äußerten sich negativ über die Zuwanderung (Dobbs et al., 2016).

Auch Betz (1993) analysierte mögliche Auswirkungen

sozioökonomischer Faktoren auf den Erfolg rechtsradikaler Parteien in Westeuropa seit den 1980er- Jahren. Für ihn bedeutete die Postindustrialisierung der Gesellschaft eine *Zweiteilung des Arbeitsmarktes* in anspruchsvolle, attraktive Arbeitsplätze und „junk-jobs“, in Kern- und Peripheriebereiche. Zum Kern gehörten – zumindest im Beobachtungszeitraum – flexible, mobile Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe mit mehr formaler Bildung und technischer Ausbildung, die Vollzeitstellen mit Arbeitsplatzsicherheit, relativ großzügigen Sozialleistungen und guten Aufstiegschancen genossen. Ihnen gegenüber stand eine wachsende Peripherie mit Voll- und Teilzeitbeschäftigten mit geringer formaler Bildung und/oder technischer Ausbildung und geringen Zukunftsaussichten. Ähnliche Tendenzen wurden im Dienstleistungssektor beobachtet, mit guten Chancen für „Symbol-Spezialisten“ mit höherem Bildungsniveau. Für Betz ging dies mit einer Zunahme von McDonald-ähnlichen Dienstleistungen einher, die ein Dienstleistungsproletariat beschäftigten, das wenig qualifizierte „McJobs“ ausführte. Schließlich brachte die Ausweitung des Sozialstaates eine Ausdehnung des öffentlichen Sektors mit mehr personorientierten Dienstleistungen, einer Domäne der Frauenbeschäftigung. Im Zuge dieser Umgestaltung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, die mit der Verbreitung hochentwickelter, informationsgesteuerter Technologien einherging, ging der Bedarf an un- und angelernten Arbeitskräften rasch zurück. Zurück blieben viele Menschen ohne verwertbare Qualifikationen und ohne Zukunftsperspektive, insbesondere Langzeitarbeitslose, weibliche Alleinerziehende mit Kindern, ausländische Arbeitnehmer und ungelernte junge Menschen. Hypothetisch gesehen würden viele Menschen aus diesen Randgruppen rechtsradikale Parteien wählen. Empirische Untersuchungen in Westdeutschland in den Jahren 1989 und 1992 lieferten jedoch keine Belege für diese Ansicht. Die Erfahrung sozialer Marginalisierung allein war nicht unbedingt ein Prädiktor für die Wahl einer radikalen populistischen Partei wie der *Republikaner*. In jedem Fall hatte die soziale Spaltung und Fragmentierung zu sozialen Gruppierungen mit unterschiedlichen politischen Erwartungen geführt. Die besser Ausgebildeten und in den personorientierten Bereichen des öffentlichen Dienstes Beschäftigten neigten zu den Grünen und anderen libertären Parteien, die besser Ausgebildeten und in der Privatwirtschaft Beschäftigten bevorzugten den freien Markt, niedrigere Steuern und einen reduzierten Wohlfahrtsstaat. Diejenigen, denen es an Humankapital fehlte und die am meisten vom Modernisierungsdruck bedroht waren, könnten staatliche Interventionen und den Wohlfahrtsstaat befürworten, solange sie

selbst die Nutznießer waren. Sie waren eine potenzielle Wählerschaft für die populistische Rechte, abhängig von der Reaktion der etablierten Parteien auf den gesellschaftlichen Wandel (Betz 1993, S. 672–675). Empirische Befunde zum Wahlverhalten stützen diese Hypothese jedoch nicht ohne weiteres: In einer Studie in elf westeuropäischen Ländern wählten Befragte, die gegen Einkommensumverteilung waren, eher rechtsradikale Parteien. Diejenigen, die sich der Wahl enthielten, waren auch weniger für Sozialleistungen als Mitte-Links-Wähler (Zhirkov, 2014).

Solche *scheinbar paradoxen Ergebnisse* zu rechtsradikalen Wählern und ihren Präferenzen in der Wirtschaftspolitik (staatliche Intervention, Wohlfahrt, Besteuerung, freier Markt usw.) könnten auf die heterogene sozioökonomische Zusammensetzung dieser Wähler und auf Wechselwirkungen mit anderen Faktoren zurückzuführen sein. Laut Europäischem Sozialsurvey von 2002 und der vergleichenden Studie über die Wahlsysteme von 1996 bis 2001 war die rechtsradikale Wählerschaft sowohl im Kleinbürgertum (Selbständige, Techniker und kleine Kaufleute) als auch in der qualifizierten und ungelernten Arbeiterklasse überproportional vertreten. Es wurde kein eindeutiger Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Präferenzen für die radikale Rechte festgestellt. In Europa waren Personen mit Erfahrungen von Arbeitslosigkeit in einigen Ländern unter den Anhängern der radikalen Rechten überrepräsentiert, in anderen nicht. In vielen Ländern war die Wahlunterstützung auf individueller Ebene bei Arbeitslosen und Haushalten mit niedrigem Einkommen nicht so stark, wie es die Gesamtrechnung vermuten lässt (Norris, 2004). In einer umfassenderen Studie über die Unterstützung der radikalen Rechten in Westeuropa in den Jahren 1980–2002, die sich auf Eurobarometer-Umfragen und OECD-Berichte stützt, zeigte sich hingegen, dass Arbeiter und Arbeitslose rechtsradikale Parteien deutlich stärker unterstützten als andere Gruppen: Die Zugehörigkeit zu diesen Gruppen verdoppelte die Wahrscheinlichkeit einer rechtsradikalen Stimmabgabe in etwa. Allerdings gab es Wechselwirkungen mit anderen Faktoren: Bei überdurchschnittlich vielen Asylanträgen und Arbeitslosigkeit verstärkten sich die Auswirkungen der beiden Variablen nicht gegenseitig. Vielmehr wurde ein Deckeneffekt beobachtet: Rechtsradikale Parteien profitierten von hohen Einwanderungs- und Arbeitslosenzahlen, aber dieser Effekt wurde durch den Sozialstaat abgeschwächt, d. h. großzügige Arbeitslosenunterstützung schien die zusätzlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit bei hohen Einwanderungszahlen zu dämpfen (Arzheimer, 2009). Auch wirtschaftlicher Wohlstand verhindert nicht die Unterstützung für die

radikale Rechte. So ergab eine deutsche Umfrage aus dem Jahr 2016, dass 79 Prozent der Anhänger der rechtspopulistischen *Alternative für Deutschland (AfD)* ihre wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut einschätzten. Diese positive Selbsteinschätzung lag sogar über dem Durchschnitt (76 Prozent) (Spiegel Online, 2016). Dennoch schätzten die Anhänger der *AfD* die Zukunft Deutschlands im Jahr 2018 deutlich pessimistischer ein als die Anhänger aller anderen Parteien (Pokorny, 2018).

Da es keine direkte Kausalität zwischen Arbeitslosigkeit und Extremismus gibt, stellt Anastasakis (2000) die Hypothese auf, dass es eher die *Furcht* vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg ist, die die Unterstützung der extremen Rechten in Verbindung mit der zunehmenden Einwanderung und dem Multikulturalismus in Europa motiviert. Bei den Präsidentschaftswahlen in Österreich Ende 2016 erhielt der Kandidat der rechtspopulistischen *Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)*, Norbert Hofer, fast die Hälfte der Stimmen und wurde vor allem von Arbeitern, Männern und Personen mit niedrigem Bildungsniveau in ländlichen Gebieten unterstützt, die pessimistische Zukunftserwartungen hatten (SORA/ISA, 2016).

Andere internationale Studien fanden ebenfalls nur eine begrenzte Erklärungskraft sozioökonomischer Faktoren als Prädiktoren für rechtsradikale und feindselige Einstellungen gegenüber Randgruppen, obwohl dies von Theorien der wirtschaftlichen Deprivation angenommen wird: Daten des Europäischen Sozialsurveys von 2012 unterstützten nicht die Erklärung für rechtsradikale Unterstützung durch wirtschaftliche Missstände. Im Gegenteil, die Ergebnisse zeigten, dass eine positive Einschätzung der *nationalen* wirtschaftlichen Bedingungen die Unterstützung der radikalen Rechten tatsächlich erhöhte, während die *persönlichen* wirtschaftlichen Bedingungen keine Auswirkungen hatten. Vielmehr verstärkte nur die Ansicht über die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Einwanderung die Unterstützung der radikalen Rechten (Kane, 2016).

Der Europäische Sozialsurvey von 2016 ergab in einigen westeuropäischen Ländern, dass *kultureller Nativismus* (die Überzeugung, dass das kulturelle Leben eines Landes durch Einwanderer untergraben wird) ein gemeinsames Merkmal der Wählerschaft rechtsradikaler Parteien ist, *wirtschaftlicher Nativismus* (Einwanderung wird als schlecht für die Wirtschaft des Landes angesehen) jedoch nur für Kleinunternehmer und Produktionsarbeiter ein signifikanter Prädiktor war (Cavallaro & Zanetti, 2019). Unter Verwendung älterer Daten aus derselben Erhebung fanden die

Forscher heraus, dass *gewerkschaftlich organisierte Wähler aus der Arbeiterklasse und der Mittelschicht* seltener rechtsradikal wählen als ihre nicht gewerkschaftlich organisierten Altersgenossen, aber auch gewerkschaftlich organisierte Wähler aus der Arbeiterklasse waren nicht immun gegen rechtsradikales Wählen (Mosimann et al., 2019).

Mehrere Faktoren scheinen zusammenzuwirken: In einer Erhebung über „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" (gegenüber Ausländern, Homosexuellen usw.) äußerten nur Personen mit objektiv niedrigem Einkommen in ärmeren Ländern wie Portugal häufiger Vorurteile gegenüber schwachen Gruppen, in anderen Ländern nicht. Darüber hinaus äußerten diejenigen, die das Gefühl hatten, dass die *Mehrheitsbevölkerung* gegenüber den Einwanderern benachteiligt war, ebenfalls häufiger Vorurteile. Dies war vor allem in Ländern mit einer größeren Einwandererbevölkerung der Fall. Subjektive Einschätzungen der persönlichen finanziellen Situation und der nationalen Wirtschaft hatten nur geringe Auswirkungen. Interessanterweise waren in den wohlhabenderen Ländern wie Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden diejenigen, die die wirtschaftliche Lage des Landes positiver einschätzten, gegenüber Zuwanderern feindseliger eingestellt (Zick et al., 2011, S. 156–157). Dieser letzte Befund sieht aus wie eine verallgemeinerte Version dessen, was wir den *Sankt-Martins-Komplex* genannt haben, nämlich die Furcht, den eigenen erreichten oder zukünftigen Wohlstand mit armen Einwanderern teilen zu müssen (Wahl, 1995, S. 46). Im Gegensatz dazu ergab eine Studie, dass deutsche, französische und spanische Befragte, die die wirtschaftliche Lage ihres Landes optimistischer beurteilten, auch eher eine positive Meinung über Muslime hatten. Die persönliche wirtschaftliche Situation korrelierte jedoch in keinem der Länder mit der Einstellung gegenüber Muslimen (Ogan et al., 2014).

Bereits 1997 ergab eine Eurobarometer-Umfrage in den 15 EU-Mitgliedstaaten, dass *Unzufriedenheit mit den Lebensumständen*, Angst vor Arbeitslosigkeit, Unsicherheit über die Zukunft und geringes Vertrauen in die Arbeit der Behörden und des politischen Establishments in ihrem Land die Hauptmerkmale derjenigen waren, die sich selbst als „rassistisch" einstuften und die eher negativen Stereotypen über Einwanderer und Minderheiten zustimmten (Europäische Kommission, 1997). Andere Studien in Westeuropa bestätigten, dass die Wähler rechtsradikaler Parteien eher durch *Emotionen* als durch *Werte* oder *sozioökonomische Faktoren* motiviert sind. Ein grundlegender Faktor für den Erfolg der radikalen Rechten scheint darin zu bestehen, dass sie an zentrale Bedürfnisse wie das *Bedürfnis nach Sicherheit* und an *Emotionen* rund um dieses Bedürfnis wie

Gefühle *der Bedrohung*, *Angst* oder *Besorgnis* appellieren (vgl. Kap. 2). Eine Umfrage in einigen europäischen Ländern im Jahr 2008 ergab, dass „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" mit dem Gefühl der *Unsicherheit* verbunden ist. Die wahrgenommene Bedrohung durch Einwanderer, soziale Dominanzorientierung und Autoritarismus waren wichtige Determinanten für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Personen, die sich desorientiert fühlten, zeigten ebenfalls eine etwas geringere, aber immer noch signifikante Korrelation mit diesem Syndrom. Allgemeine *Werte* spielten für die individuelle Stärke gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nur eine untergeordnete Rolle. Allerdings neigten Befragte mit universalistischen Werten etwas weniger zu Vorurteilen. Es zeigte sich auch, dass *Religiosität* Vorurteile eher fördert als vor ihnen schützt. Die Bereitschaft zur Gewaltanwendung gegen einen Zuwanderer, der die befragte Person beleidigt, war in Frankreich, Polen und Ungarn am höchsten (Zick et al., 2011, S. 119, 146–149).

Die Bedeutung *emotionaler* Faktoren für die Unterstützung rechtsextremer Parteien wurde auch durch Eurobarometer-Umfragedaten aus den Jahren 1988 bis 2000 belegt: Individuelle Einstellungen, insbesondere einwanderungsfeindliche Gefühle und Politikverdrossenheit, waren bessere Prädiktoren für die Absicht, solche Parteien zu wählen, als traditionellere sozioökonomische Merkmale wie handwerklicher Berufsstatus, persönliche Arbeitslosigkeit oder nationale Arbeitslosenquote (Kessler & Freeman, 2005).

Eine Umfrage in den 28 EU-Mitgliedstaaten ergab, dass die Europäer bei der Beurteilung der Globalisierung fast gleichmäßig geteilt waren. Eine knappe Mehrheit sah in ihr eine Chance (55 Prozent), während 45 Prozent sie als Bedrohung betrachteten. Diejenigen, die sich populistischen Parteien nahe fühlten, waren hauptsächlich durch die *Angst vor der Globalisierung* motiviert, vor allem durch die *Furcht vor der Migration*. Während 45 Prozent der EU-Bürger die Globalisierung fürchteten, waren es in Deutschland nicht weniger als 78 Prozent der Anhänger der rechtsextremen Partei *Alternative für Deutschland (AfD), die* diese Angst zeigten. In Frankreich fürchteten 76 Prozent der Wähler des *Front National (FN)* und in Österreich 69 Prozent der Anhänger der *Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) die Globalisierung*. Männer und Frauen mit niedrigerem Bildungsniveau, geringerem Einkommen, ältere Menschen, Menschen, die in ländlichen Gebieten leben, und Menschen mit weniger Kontakt zu Ausländern sahen die Globalisierung am ehesten als Bedrohung an. Linkspopulistische Parteien wie die deutsche Partei *Die Linke*, die italienische *Fünf-Sterne-Bewegung (Movimento 5 Stelle)* und die spanische

Partei *Podemos* zogen ebenfalls Menschen an, die die Globalisierung fürchteten, allerdings in geringerem Maße. Traditionelle Werte (wie Gehorsam und Respekt vor Älteren) spielten nur eine untergeordnete Rolle. Für die Wahl der politischen Partei, der sie sich zuwandten, waren eher die Ängste der Menschen wichtig als ihre Werte (de Vries & Hoffmann, 2016, S. 3–6).

Insgesamt zeigt der Stand der Forschung zu sozioökonomischen Faktoren, die rechtsradikale Einstellungen vorhersagen, einen Flickenteppich uneinheitlicher Ergebnisse, die keine einfachen Theorien zulassen. Objektive und subjektive, gesellschaftliche und persönliche, allgemeine und idiosynkratische Variablen scheinen im Prozess der politischen Meinungsbildung zusammenzuwirken.

6.1.1.2 Demografische Faktoren

Laut einer Studie über die *demografischen Merkmale* von *Wählern rechtsradikaler Parteien* in westeuropäischen Ländern waren diese überwiegend männlich, Angestellte und Arbeiter. Bildung und Alter zeigten keine signifikanten Auswirkungen. Ungebildete, junge und nicht erwerbstätige Befragte enthielten sich jedoch eher der Stimme, als rechtsradikale Parteien zu wählen (Zhirkov, 2014).

Die europäische Studie über „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" ergab, dass das *Geschlecht* für das Ausmaß der Vorurteile gegenüber sozialen Minderheiten oder schwachen Gruppen weitgehend irrelevant ist. Im Einzelnen zeigten Frauen tendenziell etwas mehr einwanderungsfeindliche, rassistische und antimuslimische Einstellungen und sogar mehr Sexismus als ihre männlichen Mitbürger; in den meisten Ländern äußerten Männer etwas mehr Homophobie.

Die Feindseligkeit gegenüber schwachen Gruppen war bei allen Elementen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und in allen untersuchten Ländern bei *älteren Menschen* höher. Bei den *16- bis 22-Jährigen* gab es einen starken Trend zum Rassismus, insbesondere in Frankreich und Italien. Anders als bei den oben erwähnten Merkmalen von Wählern rechtsradikaler Parteien war in allen untersuchten europäischen Ländern ein niedrigeres *Bildungsniveau* mit höheren Werten sowohl für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Ganzes als auch für die einzelnen Dimensionen von Vorurteilen wie Rassismus, Antisemitismus oder Anti-Islamismus verbunden. In vielen Ländern unterschied sich das Ausmaß gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei Personen mit mittlerem Bildungsniveau jedoch nicht signifikant von Personen mit

niedrigem Bildungsniveau; vielleicht gelingt es Personen mit niedrigerem Bildungsniveau aber auch einfach schlechter, diese Ideologien zu „verstecken“. Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nahm mit steigendem *Einkommen* (unabhängig von der Bildung) ab, mit Ausnahmen in einzelnen Ländern wie Frankreich, wo der Rassismus in der Gruppe mit dem niedrigsten Einkommen am geringsten war. Was die *politischen Einstellungen* betrifft, so bestand eine Korrelation zwischen den Vorurteilen gegenüber den Zielgruppen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, den rechtsgerichteten Tendenzen und dem Wunsch nach einem starken Führer. Die Studie fand jedoch auch starke Vorurteile am extrem linken Ende des Spektrums. Je stärker das Gefühl der politischen Machtlosigkeit, desto größer das Ausmaß an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Das Ausmaß des eigenen politischen Interesses, die individuelle Wahlbeteiligung und die Wichtigkeit, politischen Einfluss zu haben, standen dagegen nur in einem schwachen Zusammenhang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Zick et al., 2011, S. 79–102).

Manchmal spielt auch die demografische Struktur des *sozialen Umfelds eine Rolle*. Die soziale Zusammensetzung und die Verteilung von Zuwanderern scheinen rechtsgerichtete Wahlen zu erklären: In einer zensusbasierten Studie über Österreich von den 1960er-Jahren bis 2011 war die Präsenz von Zuwanderern in der Nachbarschaft der Wähler ein wichtiger kausaler Faktor für die Unterstützung der radikalen Rechten, also der *Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)*. Es gab Hinweise darauf, dass sich viele Österreicher Sorgen um den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt machten (Halla et al., 2013). In anderen Ländern werden jedoch sowohl Islamophobie als auch der Erfolg der radikalen Rechten in Regionen wie Ostdeutschland beobachtet, wo es nur sehr wenige Muslime gibt (Pollack & Müller, 2013).

6.1.1.3 Religionen und Nationalkulturen

Minkenberg (2013) beschrieb den Durchbruch der rechtsradikalen Parteien in Westeuropa anhand ihres Wahlerfolgs im Übergang von den 1980er- zu den 1990er-Jahren. In einigen dieser Länder rückte die radikale Rechte näher an das Zentrum der Macht heran und beteiligte sich an der Regierung oder unterstützte sie, wie z. B. die *Lega Nord* in Italien. In anderen Ländern, wie Deutschland, hatten traditionellere rechtsextremistische Parteien Schwierigkeiten, in die Parlamente einzuziehen, aber es gab bedeutende rechtsradikale Bewegungen und mehr rassistische oder rechtsextreme Gewalt. Für Minkenberg sollte eine Analyse dieser Prozesse

sowohl die langfristigen strukturellen und kulturellen Ursachen als auch den unmittelbaren Kontext des Parteienwettbewerbs berücksichtigen. Zum *kulturellen Kontext* gehören Variablen wie das vorherrschende Verständnis von nationaler Identität (ethnisch, kulturell oder politisch), der Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung, *religiöse Traditionen* und die Stärke des Islam. Darüber hinaus umfassen die *strukturellen und institutionellen Variablen* den Grad der Polarisierung oder Konvergenz zwischen den großen Parteien, die Reaktion der Staaten und großen Parteien auf die radikale Rechte und die Art des Wahlsystems. Ein Ergebnis dieser Analyse war, dass die meisten Länder, in denen rechtsradikale Parteien in den 1990er-Jahren hohe Werte erreichten, katholisch waren (Frankreich, Italien, Belgien, Österreich) und über ein historisch gewachsenes kulturelles Konzept der Nation verfügten. Ende der 1990er-Jahre kam das protestantische Dänemark hinzu. In diesen Ländern war der Islam die zweitgrößte Religion. Die rechtsradikalen Parteien waren also dort stark, wo sie ihre ultranationalistische oder rassistische Botschaft mit Islamophobie verbanden, insbesondere in Ländern mit einer langen Tradition des christlichen Monokonfessionalismus. Eine starke islamische Präsenz könnte die religiöse Homogenität oder das religiöse Monopol in katholischen Ländern stärker in Frage gestellt haben als protestantische oder pluralistischere Traditionen in anderen Ländern. Umgekehrt waren die Länder mit schwachen Parteien und starken Bewegungen weitgehend protestantisch und hatten historisch gesehen ein ethnisches Konzept von Nation (Deutschland, Vereinigtes Königreich, Schweden). Im Gegensatz zu solchen kulturellen Variablen seien strukturelle Variablen wie das Wahlsystem nicht sehr relevant für das Ausmaß der Unterstützung rechtsradikaler Parteien, aber die Konvergenz der etablierten Parteien könne den Durchbruch solcher Parteien auslösen. Im Gegensatz zu politischen Parteien schienen rechtsradikale Bewegungen und rassistische Gewalt in katholischen Ländern schwach und in protestantischen Ländern stark zu sein (Minkenberg, 2008, S. 101–102, 2011, 2013). Zusammenfassend ergibt sich aus Minkenbergs Analyse die Bedeutung von Faktoren der *Nachfrageseite* für rechtsradikale Ideologien und Politik.

Inzwischen haben rechtsradikale Parteien jedoch in katholischen, protestantischen, orthodoxen sowie in weitgehend atheistischen Regionen wie Ostdeutschland Erfolg. Einerseits wählten auf individueller Ebene nicht-religiöse Menschen und Menschen, die kaum zur Kirche gehen, eher eine rechtsradikale Partei (Werts et al., 2013). Andererseits war die Religion allein kein Hindernis für die Wahl der radikalen Rechten; streng („orthodoxe“) Gläubige in Ländern wie Belgien, Norwegen und der

Schweiz fühlten sich durch die Anwesenheit von Einwanderern stärker bedroht und wählten daher mit größerer Wahrscheinlichkeit eine rechtsradikale Partei als die weniger intensiv Gläubigen (Immerzeel et al., 2013).

Die Beziehung zwischen Religion und Unterstützung für rechtspopulistische Parteien ist paradox: Diese Parteien präsentieren sich als Verteidiger des Christentums, aber eine Studie hat gezeigt, dass sie nicht viele religiöse christliche Wähler anziehen. Dies könnte auf mehrere Tatsachen zurückzuführen sein: Ältere, religiösere und weibliche Wähler waren eher den rechten Mainstream- Parteien zugeneigt. Nativismus, die Ideologie, dass ein Staat nur von Angehörigen der einheimischen Gruppe bewohnt werden sollte, war der stärkste einstellungsbedingte Prädiktor für die Stimmabgabe für eine rechtspopulistische Partei und nicht für eine Partei des rechten Mainstreams. Interessanterweise korrelierte die christliche Religiosität positiv mit Nativismus, aber nicht mit Populismus, obwohl Populismus und Nativismus eng miteinander verbunden sind. Für die Forscher könnte dies darauf hindeuten, dass die Behauptung der populistischen Rechten, christliche Werte zu vertreten, hauptsächlich instrumentell war – ein Appell an synkretistischen Populismus und Nativismus – und dass die Wahrscheinlichkeit, dass religiöse christliche Wähler eine rechtspopulistische Partei wählen, weitgehend auf kompositorische Effekte zurückzuführen ist. Ältere Wähler und Frauen, die zufällig religiöser waren, widersetzten sich den rechtspopulistischen Parteien, nicht so sehr aufgrund religiöser oder ideologischer Einwände, sondern weil sie sich wohler fühlten, wenn sie eine größere konservative Mainstream-Partei wählten (Montgomery & Winter, 2015).

Ein genauerer Blick auf die Religionen offenbart auch eine weit verbreitete *Islamophobie*: Der Islam und die Muslime können in christlichen und säkularisierten, ehemals christlichen Gesellschaften Gefühle der Bedrohung auslösen. 60 Prozent der Befragten in Spanien, 51 Prozent in Deutschland, 50 Prozent in der Schweiz waren 2013 der Meinung, dass der Islam eine Bedrohung darstellt (Pollack & Müller, 2013, S. 3). Zwischen 2010 und 2016 stieg der Anteil der Franzosen, die die muslimische Gemeinschaft in Frankreich als „eine Bedrohung für die Identität Frankreichs" ansahen, von 42 auf 47 Prozent – vermutlich beeinflusst durch die Ermordung von 147 Menschen bei einer Reihe von Anschlägen in Frankreich durch islamistische Bewaffnete im Jahr 2015 (IFOP, 2016, S. 6). Interessanterweise zeigte eine Sekundäranalyse repräsentativer öffentlicher Meinungsumfragen, die in einigen westeuropäischen Ländern in den Jahren 2008 und 2010 durchgeführt

wurden, dass sowohl die Bedeutung der Religion als auch die religiöse Praxis in allen Ländern außer Frankreich nicht mit der Einstellung gegenüber Muslimen zusammenhingen. Befragte, die die Religion für wichtiger hielten, hatten sogar eine etwas positivere Wahrnehmung von Muslimen. Wie erwartet, korrelierten in allen Ländern der Studie ein jüngeres Alter, ein höheres Bildungsniveau und tatsächlicher Kontakt mit Muslimen mit einer positiveren Einstellung ihnen gegenüber (Ogan et al., 2014).

In Frankreich diskriminierte die Aufnahmebevölkerung Muslime selbst dann, wenn sie von den Muslimen, mit denen sie zu tun hatten, keine Feindseligkeit erwartete. Gleichzeitig verhielten sich manche Muslime in einer Weise, die der Islamophobie Vorschub leistete. Das Ergebnis war ein diskriminierendes Gleichgewicht, in dem sowohl zugewanderte Muslime als auch verwurzelte Franzosen sich gegenseitig negativ behandelten, was sich gegenseitig verstärkte. Vor allem die höhere Religiosität der Muslime nährte die Islamfeindlichkeit. Von Männern bevorzugte Geschlechternormen und muslimische religiöse Praktiken wie Fasten, fünfmaliges Beten am Tag und Ähnliches wurden als Hindernisse für die Produktivität und den Zusammenhalt der Arbeitskräfte angesehen (Adida et al., 2016).

Laut einer Studie in 16 europäischen Ländern waren die Einstellungen zu den wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen von Einwanderern ein wesentlicher Prädiktor für die Entscheidung des Einzelnen, für eine rechtsradikale Partei zu stimmen. Dies ist nicht überraschend, wenn man bedenkt, dass die rechtsradikale Botschaft Einwanderer als wirtschaftliche und soziale Bedrohung für die Bürger darstellt (Kehrberg, 2015). Was hat das weit verbreitete *einwanderungsfeindliche Klima* in Europa über allgemeinere und ältere Motive der Fremdenfeindlichkeit hinaus gefördert? Ajanovic und Sauer (2014) gehen von fünf Entwicklungen aus: *Erstens*, in Anlehnung an die frühere Analyse von Betz (1993), hat die Ära der neoliberalen wirtschaftlichen Globalisierung seit den 1990er-Jahren grundlegende Veränderungen in den europäischen Gesellschaften und der Politik bewirkt. Austeritätspolitik mit Sozialabbau, die Schaffung von Niedriglohnsektoren und prekären Arbeitsverhältnissen gingen einher mit steigender Arbeitslosigkeit, Armut und zunehmender sozialer Desintegration. Diese Prozesse nährten Ängste vor sozialem Abstieg, Marginalisierung und Unsicherheit in der Arbeiterklasse und der unteren Mittelschicht. *Zweitens* verstärkte die wirtschaftliche Globalisierung die Zuwanderung aus dem Süden nach Europa. Die Europäische Union führte eine restriktive und selektive Steuerung der Zuwanderung ein. Einige EU-

Länder schränkten das Recht auf Asyl ein. Diese Politik führte zu illegalen Einwanderern. *Drittens* führten die restriktiven Einwanderungsgesetze zu veränderten Einwanderungsmustern in die EU. Die Familienzusammenführung wurde zu einer der wichtigsten Möglichkeiten für die Einreise in die EU und führte dazu, dass mehr Einwanderer dauerhaft in der EU leben. Als Reaktion auf diese Veränderungen begannen vor allem muslimische Gemeinschaften in Großbritannien und später auch in anderen europäischen Ländern, sich selbst zu identifizieren, ihre eigenen politischen Probleme anzugehen, Rechte einzufordern und sich in der Öffentlichkeit zunehmend Gehör zu verschaffen und sichtbar zu werden. *Viertens* wurde der Islam seit der Kontroverse um Salman Rushdies „Satanische Verse" im Jahr 1988 und der daraufhin gegen ihn erlassenen Fatwa zunehmend als Bedrohung für die liberalen Werte der westlichen Demokratien angesehen. Vorfälle wie die Al-Qaida-Anschläge vom 11. September 2001, die Bombenanschläge in London und Madrid und die gewalttätigen Reaktionen auf die Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitschrift ebneten den Weg für eine antimuslimische Mobilisierung, die durch öffentliche Intellektuelle wie Necla Kelek, Oriana Fallaci und Ayaan Hirsi Ali verstärkt wurde. *Fünftens* unterstützten rechtsradikale Parteien seit den 1990er-Jahren mit ihrem antimultikulturellen Diskurs die Ausgrenzung und Diskriminierung von Einwanderern. Diese Parteien veränderten die nationalen politischen Agenden, indem sie klassenbedingte Spaltungen als Probleme der Einwanderung darstellten (Ajanovic & Sauer, 2014, S. 18–19). Wir könnten hinzufügen, dass der Terrorismus des „Islamischen Staates" in den letzten Jahren die einwanderungsfeindliche und anti-islamische Rhetorik der radikalen Rechten weiter unterstützt hat.

Ein verwandtes Forschungsgebiet befasste sich mit der Frage, ob *bestimmte nationale Kulturen* oder *Wertorientierungen* das Wahlverhalten beeinflussen. Insbesondere untersuchten Studien die politischen Auswirkungen von Prozessen der Postmoderne, d. h. ein höheres Maß an sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit, das postmaterialistische Werte wie Selbstdarstellung einschließlich zivilem Protest und Toleranz gegenüber der Freiheit anderer ermöglicht (vgl. Inglehart & Welzel, 2005, S. 248). Inglehart und Norris (2016) fanden in internationalen Umfragen und Analysen politischer Parteien Belege dafür, dass es unter den weniger gebildeten, älteren, weißen Männern, die einst die Mehrheitskultur dominierten und sich nun durch die neuen postmaterialistischen Werte und die Erosion der Werte und der Weltsicht, mit denen sie aufgewachsen sind, bedroht fühlten, einen kulturellen Backlash gab. Diese Menschen wurden

von populistischen Parteien angezogen, die gegen den kulturellen Wandel kämpfen. Andere Wissenschaftler bezweifelten jedoch die These, dass die Postmoderne mit einer Veränderung der politischen Präferenzen und des Wahlverhaltens einhergeht. In einer Studie über das Wahlverhalten in westeuropäischen Ländern konnte nicht festgestellt werden, dass sich Wertorientierungen auf die Wahlunterstützung für rechtsradikale Parteien auswirkten, aber sie waren mit der Wahlenthaltung korreliert. Dieses Ergebnis könnte allerdings durch die methodische Unzulänglichkeit der Studie beeinflusst sein, da Wertorientierungen nur durch die Teilnahme an politischen Protesten und die Ablehnung von Homosexuellen gemessen wurden (Zhirkov, 2014).

6.1.2 Mittel- und Osteuropa

6.1.2.1 Sozioökonomische Faktoren und Emotionen

Einige wichtige nachfrageseitige Faktoren für die Präferenz für die radikale Rechte sind in West-, Mittel- und Osteuropa ähnlich. Laut einer aktuellen Umfrage war beispielsweise der Grad der *Furcht* vor den sozioökonomischen und kulturellen Prozessen der *Globalisierung* in Österreich (55 Prozent) und Frankreich (54 Prozent) im Westen, aber auch in Polen (50 Prozent) und Ungarn (47 Prozent) im Osten am höchsten (de Vries & Hoffmann, 2016, S. 12). Die gegensätzliche Geschichte West-, Mittel- und Osteuropas während des größten Teils des zwanzigsten Jahrhunderts führte jedoch zu einer teilweise unterschiedlichen individuellen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Situation in der Gegenwart. Von den frühen 1990er-Jahren bis 2014 waren die Bürger in Osteuropa *weniger zufrieden mit ihrem Leben* als ihre Altersgenossen in anderen Ländern. Dies gilt selbst nach Kontrolle verschiedener Kovariaten wie Lebensstandard oder Lebenserwartung (die glücklichsten Länder finden sich in Skandinavien mit mehr als 95 Prozent zufriedenen Menschen). Das zufriedenste Land in den ehemaligen sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas war Slowenien (rund 82 Prozent Lebenszufriedenheit), ähnlich wie in Ländern wie dem Vereinigten Königreich und Österreich. In der Tschechischen Republik, dem nächsten Land der ehemaligen sozialistischen Länder, stuften sich rund 77 Prozent als glücklich ein, ähnlich wie in Deutschland (soziokulturell eine

Mischzone zwischen Ost und West) mit rund 75 Prozent. Ungarn war geteilt; das Land hatte rund 49 Prozent glückliche Menschen. Die Ukraine mit 31 Prozent und Russland mit rund 34 Prozent (ähnlich wie Bangladesch) gehörten zu den unglücklichsten Ländern der Welt, eine geringere Zufriedenheit wurde nur in einigen afrikanischen Ländern festgestellt (Djankov et al., 2016). Unzufriedenheit mit dem Leben könnte eine negative Einstellung zur Politik, Sündenbockdenken und die Suche nach extremen Antworten fördern.

Demnach haben sich *Persönlichkeitsmerkmale* wie allgemeine Ängstlichkeit und situative individuelle *Emotionen* wie Unsicherheit und Furcht als Vorhersage für die Unterstützung der radikalen Rechten in Mittel- und Osteuropa erwiesen. Wie in einigen westeuropäischen Ländern zeigte sich auch in Ungarn, dem einzigen Land *Mittel- und Osteuropas,* das in die Studie einbezogen wurde, das Syndrom der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" mit Gefühlen der *Unsicherheit* verbunden. Interessanterweise war in diesem Land die wahrgenommene Bedrohung durch Zuwanderer auffallend stärker verbreitet als im Westen (Zick et al., 2011, S. 146). Auch eine Jugendbefragung an verschiedenen Orten in Europa ergab, dass Jugendliche in Mittel- und Osteuropa fremdenfeindlicher und ausgrenzender gegenüber Zuwanderern eingestellt waren als ihre Altersgenossen in Westeuropa. Diejenigen, die ein höheres Maß an Unsicherheit und wahrgenommener Konkurrenz erlebten, neigten eher zu rechtsextremer Ideologie (Mieriņa & Koroļeva, 2015).

Dennoch ergab ein Datensatz zur Wahlunterstützung für rechtsradikale Parteien in 27 west- und osteuropäischen Ländern (einschließlich der Ukraine) von 1991 bis 2012, dass solche Parteien in den postsozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas weniger Wahlerfolg hatten (zwischen 4 und 7 Prozent der Stimmen) als ihre westeuropäischen Pendants (8–12 Prozent). Die Unterstützung für rechtsradikale Parteien im Osten hing von anderen Faktoren ab als im Westen. Die häufig genannten Nachfrage- und Angebotsfaktoren wie wirtschaftliche Stagnation, Arbeitslosigkeit, Einwanderung und die Art der Wahlinstitutionen (z. B. Mehrheitswahl-, Verhältniswahl- oder gemischte Wahlsysteme) erklärten weder die länderübergreifenden Unterschiede in der Wahlunterstützung für die radikale Rechte noch den Unterschied in der Wahlunterstützung zwischen den beiden Teilen Europas. Vielmehr erklärten Faktoren, die ein *Gefühl der Sicherheit* vermitteln, wie soziales Vertrauen in andere Menschen und der Eindruck von politischer Stabilität, die Unterschiede zwischen West und Ost: So trug beispielsweise ein geringeres Maß an Vertrauen in Osteuropa stärker zur Unterstützung rechtsradikaler Parteien bei als in Westeuropa

(Polyakova 2015).

6.1.2.2 Demografische Faktoren

Ein weiterer Teil der *Nachfrage* nach der radikalen Rechten in Mittel- und Osteuropa sind *sozioökonomische Variablen*. In einer Studie auf der Grundlage von Daten des Europäischen Sozialsurveys 2002 und der Vergleichsstudie zu Wahlsystemen 1996–2001 in 13 Ländern war die rechtsradikale Wählerschaft sowohl unter dem *Kleinbürgertum* (Selbständige, Techniker und Kleinhändler) als auch unter der qualifizierten und ungelernten *Arbeiterklasse* unverhältnismäßig überrepräsentiert. Interessanterweise waren in Ungarn, einem postsozialistischen Land, rechtsradikale Wähler nicht nur im Kleinbürgertum stark überrepräsentiert, sondern auch in der hochrangigen Gruppe von Managern, Verwaltern, Vorgesetzten und Fachleuten (von den westeuropäischen Ländern der Studie zeigte nur Italien ein ähnliches Muster). Alles in allem schien das soziale Profil der rechtsradikalen Wähler recht komplex zu sein (Norris, 2004).

Anhand von Daten aus den Europäischen Wahlstudien 2009 untersuchten Harteveld, Van Der Brug, Dahlberg und Kokkonen (2015) die Unterstützung für populistische rechtsradikale Parteien in 17 europäischen Ländern. Wie in Westeuropa stimmten auch in den postsozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas *Frauen* weniger für rechtsradikale Parteien. Allerdings waren Frauen auf ideologischen Skalen (Autoritarismus, Nativismus, Unzufriedenheit usw.) etwas rechter als Männer, während Frauen in den etablierten westlichen Demokratien etwas linker waren. Vor allem in Mittel- und Osteuropa erklärten die *geschlechtsspezifischen Unterschiede in der beruflichen Stellung* im Durchschnitt einen Teil des Unterschieds: Der hohe Anteil der Frauen im öffentlichen Dienst könnte erklären, warum einige von ihnen die populistische radikale Rechte weniger unterstützten.

Eine Jugendbefragung in Europa ergab, dass *junge Menschen* in den postsozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas (sowie in einigen westlichen Orten Griechenlands) trotz vergleichsweise niedriger Einwanderungsraten tendenziell negativer eingestellt und gegenüber Einwanderern fremdenfeindlicher und ausgrenzender eingestellt waren als junge Menschen in Westeuropa. Die rechtsextreme Ideologie war besonders für diejenigen attraktiv, die ein höheres Maß an Unsicherheit und wahrgenommener Konkurrenz erlebten. In Armut zu leben oder Armut zu sehen, förderte negative Einstellungen gegenüber Minderheiten und

steigerte Fremdenfeindlichkeit, Sozialchauvinismus und Ausgrenzung erheblich (Mieriņa & Koroļeva, 2015).

6.1.2.3 Religionen und Nationalkulturen

Im Gegensatz zu Westeuropa haben Mittel- und Osteuropa eine andere Geschichte der Migration und der ethnischen, religiösen und kulturellen Minderheiten. So gab es zum Beispiel deutsche Einwanderer in Russland, deren Vorfahren von Zarin Katharina II. im 18. Jahrhundert eingeladen wurden und die während der russischen und sowjetischen Geschichte Höhen und Tiefen erlebten.

Die Staatsgrenzen in diesem Teil des Kontinents änderten sich mehrmals, die Zeiten der Stabilität waren kurz. Externe Mächte betrachteten dieses Gebiet als Domäne für ihre eigene Expansion. Die Nationen strebten eine Vereinheitlichung ihrer nationalen Territorien an, was zu anhaltenden Konflikten führte, da die bestehenden politischen Grenzen oft nicht mit den früheren Grenzen übereinstimmten. In den meisten Ländern der Region gab es extreme nationalistische Gruppen, die eine Revision der Grenzen forderten, doch die deutliche Mehrheit dieser Gruppen stellt heute keine bedeutende politische Macht dar (Eberhardt, 2015, S. 477–480).

Die beiden Weltkriege und ihre Folgen waren in Europa von Grenzverschiebungen und Flüchtlingsströmen begleitet. Später ermöglichte der Zusammenbruch der Sowjetunion neue Staatsgebilde, die auch *ethnische Minderheiten* umfassten. In den baltischen Staaten beispielsweise verblieben beträchtliche russische Minderheiten, die das Gefühl einer geeinten Nation in Frage stellten. Die Spannungen nahmen zu, als die Mehrheiten daran interessiert waren, „nach Westen" zu gehen und rasch in die Europäische Union aufgenommen zu werden, die als Bollwerk gegen den Einfluss Russlands galt (Berglund, 2013). Der Zusammenbruch Jugoslawiens führte auch dazu, dass neue, von Minderheiten bewohnte Gebiete entstanden, die den Konflikt wieder aufleben ließen (z. B. im Kosovo). Solche ethnischen Minderheiten und Gruppen wie Sinti und Roma waren einerseits Ziel weit verbreiteter Vorurteile und andererseits Brutstätte für politische Parteien, die versuchten, einige der Minderheiten zu schützen.

Insgesamt war die Einwanderung in Osteuropa in den letzten Jahrzehnten kein wesentlicher Faktor für die Wahl der radikalen Rechten. Ethnische Konflikte zwischen einheimischen Minderheiten waren wichtiger. Seit 2015 jedoch hat der Zustrom von Flüchtlingen aus dem

Nahen Osten (allerdings hauptsächlich nach Westeuropa) „die osteuropäische radikale Rechte in ihrer Opposition gegen den Islam und Migranten mit außereuropäischem Hintergrund verwestlicht“ (Bustikova, 2018, S. 565). Heutzutage ist die Einwanderung zwar wichtig, aber nicht ausreichend, um die Unterschiede in der Anziehungskraft des ethnischen Nationalismus zwischen Ost und West zu erklären. Weitaus wichtiger als der tatsächliche Zustrom von Einwanderern ist das Framing der Bedrohung durch Einwanderer bei wichtigen politischen Gelegenheiten.

In Mittel- und Osteuropa sind trotz der von den sozialistischen Regimen propagierten Säkularisierung orthodoxe, katholische, protestantische, jüdische, muslimische und andere Religionen in der sozialistischen Zeit erhalten geblieben. Die Politik der sozialistischen Staaten gegenüber der Religion war in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. In einigen Staaten und zu bestimmten Zeiten wurde fast jeder Ausdruck von Religiosität bestraft (z. B. in der Tschechoslowakei und der UdSSR). In anderen Ländern wurden die kirchlichen Strukturen relativ unangetastet gelassen, solange sie sich nicht direkt in den Staat einmischten (Aitamurto & Simpson, 2014).

Heutzutage ist in den östlichen Ländern ein höheres Maß an christlicher Religiosität nur schwach oder negativ mit der Stimmabgabe für die populistische radikale Rechte verbunden. Eine Ausnahme bildet Polen (mit über 90 Prozent römisch-katholischer Bevölkerung), wo Religiosität und die Wahl einer rechtsradikalen Partei miteinander korrelieren. Dies könnte mit der Geschichte Polens zu erklären sein. In Zeiten der Teilung und der Besatzung war die katholische Kirche die einzige Institution, die eine Quelle der nationalen Einheit sein konnte (Montgomery & Winter, 2015). In den letzten Jahren hatte die katholische Kirche starke Verbindungen zur führenden rechtspopulistischen Partei *Recht und Gerechtigkeit (PiS)* (Porter-Szucs, 2011). Auch in Ungarn steigt mit der Religiosität die Wahrscheinlichkeit, rechtspopulistisch zu wählen (Marcinkiewicz & Dassonneville, 2022).

6.2 Angebotsseite (g2)

6.2.1 Westeuropa

6.2.1.1 Politisches System und politische Konstellationen

Für Mudde (2011, S. 14) liegt im Gegensatz zu Minkenberg (2008, 2011, 2013) der Schlüssel zum Verständnis rechtsradikaler Parteien nicht auf der Nachfrageseite. Während auch für Mudde die Globalisierung einen fruchtbaren Nährboden für die radikale Rechte in Europa geschaffen hat, fragt er, warum so wenige rechtsradikale Parteien in der Lage waren, sich als bedeutende politische Akteure (zu dieser Zeit) zu etablieren. Er vermutet, dass die Antwort auf der *Angebotsseite* liegt: Die politische Wirksamkeit der meisten rechtsradikalen Parteien in der Regierung war begrenzt, weil sie meist der Juniorpartner in der Regierung waren und von einem Justizapparat kontrolliert wurden, der die Grundlagen der liberalen Demokratie schützte (Mudde, 2011, S. 14).

Mudde kritisiert erstens einen großen Teil der Forschung, der von einer Massennachfrage nach rechtspopulistischen Parteien ausgeht, die aus einer Krise der raschen Modernisierung resultiert, die frustrierte „Verlierer" hervorbringt, die diese Parteien wählen werden. Zweitens sieht die Mainstream-Forschung die populistische radikale Rechte als eine Pathologie der heutigen westlichen Demokratien an, die unter „normalen" Umständen nur begrenzte Unterstützung findet. Für Mudde wurde diese „normale Pathologie-These" empirisch nicht bestätigt. Für ihn waren wesentliche Merkmale der rechtspopulistischen Ideologie – Nativismus, Autoritarismus und Populismus – lediglich eine Radikalisierung der von großen Teilen der Bevölkerung vertretenen Mainstream-Werte (Vorliebe für die eigene Nation, Respekt vor Autorität usw.). Kurzum, eine weit verbreitete Nachfrage war in den zeitgenössischen westlichen Demokratien eine Selbstverständlichkeit. Daher stellt sich die Frage, warum so wenige populistische rechtsradikale Parteien auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Die Antwort von Mudde liegt auf der *Angebotsseite* der Themenpolitik: Diese Parteien lenken die Menschen von sozioökonomischen Themen wie Arbeitslosigkeit auf „ihre" soziokulturellen Themen wie Einwanderung, Korruption und Sicherheit (Mudde, 2010). Andere Autoren wie Anastasakis (2000) betonen die erfolgreiche Protestpolitik der neuen extremen Rechten gegen ein Klima von Korruption, Skandalen und Klientelismus in der westeuropäischen politischen Kultur der 1990er-Jahre, das mit einer Erosion des Vertrauens der Öffentlichkeit in die etablierten politischen Parteien einherging (z. B. Helmut Kohls schwarze Kassen, die Skandale von Benito Craxi, Silvio Berlusconi, François Mitterand, die

Klientelpolitik der beiden großen politischen Parteien in Österreich usw.).

In gewisser Weise klingt die Kontroverse über das relative Gewicht von Nachfrage- oder Angebotsfaktoren in Bezug auf die radikale Rechte wie das Henne-Ei-Problem. Einerseits gibt es ein weit verbreitetes Bedürfnis nach Sicherheit. Je nach der Gesamtsituation einer Volkswirtschaft und einer Gesellschaft kann es daher Ängste vor negativen Auswirkungen von Globalisierung und Einwanderung auf den Arbeitsmarkt, den Wohnungsmarkt und das Sozialsystem geben. Auf der anderen Seite dramatisieren populistische rechtsradikale Parteien die sozialen Bedrohungen und bieten entsprechende Ideologien und Politiken an, die ängstliche und zu Fremdenfurcht neigende Menschen anziehen. Darüber hinaus profitieren diese Parteien von der verfehlten Politik der Regierung und der etablierten Parteien.

Eine weitere Kontroverse zwischen Minkenberg und Mudde betrifft den Einfluss populistischer rechtsradikaler Parteien auf die *etablierten Parteien*. Für Minkenberg reagierten die etablierten politischen Akteure in Westeuropa auf das Erstarken der radikalen Rechten, indem sie einige ihrer Elemente übernahmen und legitimierten, in einigen Fällen aber auch, indem sie mit ihnen koalierten. Durch diese Taktik wurden die Parteien zwar „gezähmt", aber um den Preis einer verhärteten Anti-Einwanderungspolitik (in Osteuropa gab es keine „Zähmung", sondern im Gegenteil eine Radikalisierung des Mainstreams) (Minkenberg, 2013; Pytlas, 2016). Andere Autoren bezweifelten das Argument einer Zähmung der populistischen Rechten in Westeuropa, was aus ihrem Versuch resultieren sollte, mehr Stimmen zu gewinnen, indem sie an den mittleren Durchschnittswähler appellieren, oder aus ihrer Beteiligung an Koalitionen, die sie zwingen, die ideologische Kluft zu den Mainstream-Parteien zu überbrücken. Tatsächlich kam eine Studie in Westeuropa zu dem Ergebnis, dass die Weigerung der etablierten Parteien, mit rechtsradikalen Parteien zusammenzuarbeiten – ein *Cordon sanitaire* – keine offensichtlichen Auswirkungen auf die wichtigsten politischen Programme der ausgegrenzten Parteien hatte. Diese Parteien haben sich in den letzten Jahrzehnten weder signifikant radikalisiert, noch haben diese Parteien ihre Positionen gemildert (Akkerman et al., 2016; Akkerman & Rooduijn, 2015). Andererseits stellte Mudde (2013) fest, dass die etablierten Parteien in vielen Ländern im Allgemeinen die populistische rechtsradikale *Rhetorik* übernommen haben, ohne von den populistischen rechtsradikalen Parteien wesentlich beeinflusst zu werden. Darüber hinaus stellte er fest, dass rechtspopulistische Regierungsbeteiligungen in Westeuropa eine Seltenheit bleiben.

Eine dritte Kontroverse betrifft die Stabilität von populistischen und rechtsradikalen Bewegungen und Parteien. „Populismus ist meist eine vorübergehende, instabile kollektive Bewegung. Die neuen Medien und der neue Individualismus in der politischen Partizipation tragen beide zu einem raschen Niedergang neuer kollektiver Bewegungen bei", schreibt von Beyme (2015, S. 24). In der Zwischenzeit, insbesondere nach dem Wachstum neuer populistischer und rechtsradikaler Bewegungen und Parteien in Europa als Folge der Debatte über die große Zahl von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Afrika im Jahr 2015, muss dieses Argument modifiziert werden: Populismus mag auf lange Sicht eine instabile Bewegung sein, aber von Zeit zu Zeit wecken neue Anlässe neue Bewegungen und Parteien, die alten Wein in neue Schläuche füllen.

Was waren die Antworten der politischen Angebotsseite auf die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen hin zu postindustriellen Gesellschaften mit einem gespaltenen Arbeitsmarkt und marginalisierten Gruppen, wie Betz (1993) die Situation in Westeuropa in den 1980er-Jahren analysiert hatte? Für diesen Autor hing die Antwort der populistischen Rechten auf diese potenziellen Wähler von den Reaktionen der etablierten Parteien auf den sozialen Wandel ab. In Österreich, Belgien, Deutschland und Italien unterschieden sich diese Reaktionen auf die Postindustrialisierung deutlich. Einige von ihnen (z. B. die *Christdemokraten* in Deutschland) setzten sich mit neuen Themen wie Feminismus und Multikulturalismus auseinander, um neue Wähler aus der Mittelschicht zu gewinnen – eine Strategie, die konservative Wähler verprellte. In Österreich und Italien gelang es den dominierenden Mitte-Rechts-Parteien nicht, sich an die gesellschaftlichen Veränderungen und den Wandel des Wahlkampfes anzupassen. Unabhängig davon, wie die Mitte-Rechts-Parteien auf die Modernisierung reagierten, liefen sie Gefahr, ihre traditionelle oder potenzielle Wählerschaft zu verprellen. Dieses Dilemma war eine Chance für die radikalen rechtspopulistischen Parteien, die versuchten, die Entfremdung der Wähler auszunutzen, indem sie verschiedene soziale Gruppen ansprachen. Dies hatte jedoch erhebliche Konsequenzen für ihre politischen Programme. Die *neoliberalen populistischen* Parteien in Westeuropa sprachen Wähler mit höherem Bildungsniveau und unterschiedlichem sozialem Status an. Entsprechend den Wünschen dieser Gruppe betonten diese Parteien Individualismus und einen marktorientierten Liberalismus, während sie der Einwanderung zu dieser Zeit weniger Bedeutung beimaßen (z. B. die italienische *Lega Nord* und die frühere schwedische Partei *Neue Demokratie*). *Nationalpopulistische* Parteien sprachen Wähler mit niedrigerem

Bildungsniveau, aus der Arbeiterklasse und aus Gegenden mit geringerer Lebensqualität an. Als Reaktion auf die Ängste und Ressentiments dieser Gruppe betonten die nationalpopulistischen Parteien Recht und Ordnung, traditionelle moralische Werte und eine radikale Ablehnung von Einwanderern und Flüchtlingen (z. B. die deutschen *Republikaner*, der belgische *Vlaams Blok* und der französische *Front National*). Einige Parteien setzten gleichermaßen auf ein neoliberales Wirtschafts- und ein Anti-Einwanderungsprogramm (z. B. die österreichische *FPÖ*). Alles in allem gab es unterschiedliche Parteifamilien der radikalen Rechtspopulisten, was die soziale Basis ihrer Unterstützung und ihre programmatische Ausrichtung angeht (Betz, 1993).

Kitschelt und McGann (1995) gehen davon aus, dass der Erfolg der radikalen Rechten in Westeuropa in diesem Zeitraum auf der Angebotsseite auf *drei Bedingungen* zurückzuführen ist: erstens auf die Existenz eines fortgeschrittenen Industriekapitalismus. Zweitens die strategischen Entscheidungen der gemäßigten konservativen Parteien (Annäherung an die politische Mitte) und die Fähigkeit der rechtsextremen Führer, die Formel zu finden, mit der sie bei den Wählern Erfolg haben (freier Markt, autoritäre und ethnozentrische Botschaften). Drittens die Ansprache unterschiedlicher Zielgruppen je nach dem Vorhandensein einer klientelistischen politischen Ökonomie (günstig für populistische antistaatliche Parteien mit einer klassenübergreifenden Basis) oder einer klareren Trennung von Politik und Wirtschaft (günstig für neue rechtsradikale Parteien für Arbeitnehmer und kleine Unternehmen) (Kitschelt & McGann, 1995, S. vii–viii, 25). Später gab Kitschelt (2007) zu, dass der Marktliberalismus nicht immer und überall Teil der Erfolgsformel war.

Der Erfolg rechtsradikaler Parteien hängt auch von *finanziellen Ressourcen* ab. In einigen Fällen haben einzelne Personen wie Gerhard Frey, ein deutscher Verleger, eine rechtsextreme Partei (*Deutsche Volksunion, DVU*) gegründet und finanziert (Grumke & Wagner, 2002, S. 255–258). Seit einigen Jahren unterstützt Russland die radikale Rechte in europäischen Ländern, zum Beispiel den *Front National* in Frankreich, *Jobbik* in Ungarn und die *Goldene Morgenröte* in Griechenland. Die Unterstützung erfolgt ideologisch, durch Besuche von politischen Führern und durch Geldmittel. Einige Beobachter behaupten, dass dies weniger mit Ideologie zu tun hat als mit Putins Wunsch, europäische Regierungen zu destabilisieren, die Erweiterung der Europäischen Union zu verhindern und prorussische europäische Regierungen an die Macht zu bringen (Orenstein, 2014; Shekhovtsov, 2018). In jedem Fall ist Putins Rhetorik eine Einladung

an die radikale Rechte im Westen:

> „Wir können sehen, wie viele der euro-atlantischen Länder ihre Wurzeln ablehnen, einschließlich der christlichen Werte, die die Grundlage der westlichen Zivilisation bilden. Sie verleugnen moralische Grundsätze und alle traditionellen Identitäten: nationale, kulturelle, religiöse und sogar sexuelle“ (Putins Rede in Valdai am 20. September 2013; vgl. Laruelle, 2013, S. 2).

Die europäische radikale Rechte bewundert Putin als Vorbild eines starken, konservativen Führers, der die traditionellen Werte verteidigt und sich gegen den dekadenten Westen stellt. Da die meisten rechtsextremen Parteien die europäische Integration ablehnen und antiamerikanisch eingestellt sind, sehen sie in einer engen Beziehung zu Russland auch einen Ansatzpunkt für die schrittweise Abkopplung ihrer Länder von den euro-atlantischen Institutionen (Klapsis, 2015, S. 11).

Eine weitere Frage, die die Angebotsseite betrifft, ist, ob Art und Umfang der *Sozialpolitik*, die darauf abzielt, die negativen Einflüsse der Globalisierung auf die einheimische Bevölkerung zu verringern, die Attraktivität rechtsradikaler Parteien mindern kann. Eine Studie in Westeuropa in den 1980er- und 1990er-Jahren ergab, dass – bei vergleichbarem Niveau der Besteuerung und der politischen Wirtschaftsstruktur – universalistische, großzügige und beschäftigungsorientierte Wohlfahrtsstaaten die Unterstützung für rechtsradikale populistische Parteien direkt verringerten. Außerdem hatte das Vorhandensein erfolgreicher etablierter rechter Parteien vergleichbare Auswirkungen (Swank & Betz, 2003).

Schließlich stößt die populistische Rechte bei einer Reihe von Prozessen an ihre Grenzen. Von Beyme verweist zum Beispiel auf ihre Abhängigkeit von charismatischen Führern wie Poujade und Le Pen in Frankreich, Schönhuber in Deutschland, Haider in Österreich oder Fortuyn in den Niederlanden. Mit dem Tod oder dem Sturz solcher Führer lösen sich populistische Bewegungen oder Parteien leicht auf. Wenn große Parteien den populistischen Stil kopieren, gehen außerdem kleinere populistische Organisationen unter. Wenn eine populistische Partei Teil einer Regierung ist, kann sie für eine schlechte Politik verantwortlich gemacht werden (von Beyme, 2015, S. 20–21). In Westeuropa waren rechtspopulistische Parteien jedenfalls an mehreren Koalitionen beteiligt, was zwischen 1990 und 2015 zur Bildung von 17 Regierungen in sieben Ländern führte, an denen solche Parteien beteiligt waren oder von ihnen

unterstützt wurden (Akkerman et al., 2016). Auch danach gab es Regierungsbeteiligungen, etwa in Italien, Griechenland, Österreich, der Schweiz, Finnland und Norwegen (Capaul & Ewert, 2021).

6.2.1.2 Politische Kultur

Variablen der Angebotsseite wie die *Leistung des politischen Systems*, die Maßnahmen der Regierung, die politischen Parteien und ihre Führer stehen in Wechselwirkung mit dem Pool von *Ideologien* (z. B. Nationalismus) und der *politischen Kultur* eines Landes, d. h. den Einstellungen und Überzeugungen, die die sozio-psychologische Grundlage eines politischen Systems bilden. Daher können wir nach den Beziehungen zwischen nationalistischen Ideologien, der öffentlichen Wahrnehmung der Einwanderung, der Einwanderungspolitik und dem Vertrauen in die Politik fragen.

Was die *politische Kultur* anbelangt, so ergaben Daten aus der Europäischen Werte-Studie von 1999, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie und das *Vertrauen in die politischen Institutionen* signifikant mit der Solidarität gegenüber Zuwanderern korreliert waren (Vala et al., 2004). Anhand von Daten aus dem Europäischen Sozialsurvey 2002–2009 für westeuropäische Länder fand McLaren (2012) heraus, dass Einwanderung, die als Bedrohung für die Gemeinschaft wahrgenommen wurde, mit Misstrauen in die Politik (Parlament, Politiker und Rechtssystem) korreliert war. Die Unzufriedenheit mit der Wirtschaft des Landes hatte jedoch stärkere Auswirkungen als die Sorge um die Einwanderung.

Ein kontroverses Thema in vielen europäischen Ländern während der letzten Jahrzehnte war die politische Ideologie und *Politik des Multikulturalismus* – die Anerkennung der Rechte und des Erbes der verschiedenen kulturellen Gruppen in einer Gesellschaft. Einige Beobachter stellten um die Jahrtausendwende in vielen europäischen Staaten eine Abkehr von der multikulturellen Ideologie und Politik fest, andere Autoren sahen jedoch keine solche Abkehr vom Multikulturalismus auf der Ebene spezifischer Maßnahmen. Anhand von Daten aus dem Europäischen Sozialsurvey 2010 untersuchten Hooghe und De Vroome (2015), ob sich multikulturalistische Politiken auf die öffentliche Meinung in Bezug auf Einwanderung und ethnische Vielfalt auswirken. Sie fragten, wie politische Maßnahmen, die die Gleichheit im multikulturellen Sinne fördern sollten, mit der Einstellung der Öffentlichkeit zu Einwanderung und Minderheiten sowie mit der Einstellung zum politischen System

zusammenhingen. Die Ergebnisse zeigten, dass die Öffentlichkeit leicht zu einer negativen Haltung gegenüber Einwanderern neigt. Das politische Vertrauen war gering, was auf eine eher misstrauische Haltung gegenüber nationalen Politikern, Parteien und dem Parlament hindeutet. Alles in allem scheint die Öffentlichkeit jedoch nicht sehr stark auf die Politik zu reagieren, was ihre Einstellung zur Einwanderung, ihr politisches Vertrauen und ihre Zufriedenheit mit der Regierung angeht. Multikulturelle Politiken haben ethnozentrische Einstellungen in der Öffentlichkeit nicht verstärkt; stattdessen gab es eine zaghafte negative Beziehung, wobei solche Politiken einwanderungsfeindliche Stimmungen dämpften. Eine liberalere Integrationspolitik und eine stärker multikulturell ausgerichtete Politik wurden auch mit mehr politischem Vertrauen in Verbindung gebracht.

Der *Nationalismus*, eine der wichtigsten Ideologien, die im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert in Europa aufblühten, ist nach wie vor einer der wichtigsten Bezugsrahmen für die radikale Rechte. Teilweise werden diese Ideologien als Kontinuitäten älterer Narrative beschrieben. Ein anderer Teil dieser sozialen Konstruktionen wird als neue Reaktionen auf wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Prozesse wie Modernisierung und Globalisierung wahrgenommen. In Westeuropa waren typische Auslöser des Nationalismus in den letzten Jahren die Einwanderung und die Aktivitäten der Europäischen Union während der Wirtschafts- und Finanzkrisen. Daten aus Westeuropa aus den Jahren 1970 bis 2010 zeigen, dass rechtsradikale Parteien in dieser Zeit weniger wirtschaftliche Themen in den Vordergrund stellten und stattdessen nationalistische Forderungen stellten. Während die rechtspopulistischen Parteien in den 1970er-Jahren vor allem als Protestparteien gegen Steuern gegründet wurden, lehnen die heutigen Parteien dieser politischen Familie den Multikulturalismus ab und befürworten zunehmend eine traditionelle, nationale Lebensweise. Man könnte sie als „neo-nationalistisch" in einer Zeit der transnationalen und globalen Entwicklung bezeichnen (Eger & Valdez, 2014).

Allerdings spielen auch wirtschaftliche und praktische Aspekte eine Rolle: Wenn die Sozialpolitik nicht genügend Unterstützung bietet, organisiert die radikale Rechte in einigen Ländern wie Großbritannien, Deutschland und Griechenland lokale Initiativen, die soziale Dienstleistungen anbieten, z. B. Hilfe für ältere Menschen, Instandsetzung von Wohnungen und Unterstützung für sozioökonomisch gefährdete einheimische Bevölkerungsgruppen (Rydgren, 2018, S. 10). Damit füllt die radikale Rechte nicht nur Angebotslücken in den programmatischen

Angeboten der etablierten Parteien, sondern auch Lücken in den sozialpolitischen Angeboten.

6.2.2 Mittel- und Osteuropa

6.2.2.1 Politisches System und politische Konstellationen

Was die Angebotsseite der Faktoren angeht, die die radikale Rechte in Mittel- und Osteuropa beeinflussen, so spielten der Wandel der politischen Systeme und die Strategien der neuen politischen Parteien dort eine wichtige Rolle. In dieser Region wurde der Nationalismus nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums fortgesetzt oder rehabilitiert. In den dortigen politischen Systemen gab es nie einen *Cordon sanitaire* zwischen der etablierten Rechten und der radikalen Rechten, die Grenzen waren eher fließend (Minkenberg, 2013). Minkenberg und Kossack (2015) unterscheiden drei Gruppen von Ländern: (a) Die erste Gruppe umfasst die Tschechische Republik und Estland, in gewissem Maße auch Litauen, wo die Schwäche oder das Fehlen rechtsradikaler Parteien Raum für Bewegungen und gewalttätige Aktivitäten ließ, was das Establishment dazu veranlasste, mit Isolation und Repression zu reagieren. (b) In der zweiten Gruppe – Bulgarien, Polen, Slowakei und Lettland – waren die etablierten Parteien bereit, mit der radikalen Rechten zusammenzuarbeiten. Es gab keinen *Cordon sanitaire* auf der Parteiebene, der Staat und die Zivilgesellschaft gingen nicht aktiv gegen die radikale Rechte vor. (c) In der dritten Gruppe – Ungarn und Rumänien – gab es Kooptationsstrategien der etablierten Rechten mit der Folge, dass die Agenda der radikalen Rechten die Regierung informierte, während formell eine Abgrenzung proklamiert wurde. Im Fall der Ukraine führte die wachsende politische Krise vor dem Zusammenbruch des Janukowytsch-Regimes 2014 zu einer Zusammenarbeit zwischen der radikalen Rechten und den Oppositionsparteien mit der einzigen gemeinsamen Agenda der Opposition gegen das Regime (Minkenberg & Kossack, 2015, S. 354).

Einige Autoren haben Merkmale gefunden, die rechtsradikale Parteien im postsozialistischen Europa von ähnlichen Parteien außerhalb dieser Region unterscheiden, z. B. eine stark *staatsorientierte Position* in Wirtschaftsfragen (Verurteilung von Privatisierungen, Forderungen nach Renationalisierung kürzlich privatisierter Industrien, Protektionismus oder

Wirtschaftsnationalismus) (Werkmann & Gherghina, 2016). Um den Erfolg der radikalen Rechten in Mittel- und Osteuropa zu verstehen, schlug Pytlas (2016) vor, die Rolle, den Kontext und die Auswirkungen der Strategien des Parteienwettbewerbs mit den etablierten Parteien genauer zu untersuchen. Erstens war dieser Erfolg weniger stabil als in vielen westeuropäischen Ländern. Nichtsdestotrotz gab es einen weit verbreiteten Einfluss der rechtsradikalen Ideologie auf den öffentlichen Diskurs, die Politik und die Positionen der etablierten Parteien. Nationalistisch orientierte Parteien schienen viel mehr als potenzielle Koalitionspartner und legitime Teilnehmer am politischen Diskurs akzeptiert zu werden. Zweitens hatte der wirtschaftliche Wandel von einer kontrollierten zu einer freien Marktwirtschaft immense Auswirkungen auf die wirtschaftliche Sicherheit und den sozialen Wohlstand. Dies führte dazu, dass sich Modernisierungsverlierer herausbildeten, die für rechtsradikale Proteststimmen anfällig waren. Der Wahlerfolg der radikalen Rechten hing jedoch nicht allein von Klagen über die Modernisierung oder der Unerfahrenheit mit der Demokratie ab – er schien relativ unabhängig von den wirtschaftlichen Bedingungen, dem Grad der öffentlichen Unterstützung für die Demokratie oder dem Stand der demokratischen Konsolidierung zu scheitern oder Erfolg zu haben. Drittens intensivierte die Öffnung des Diskursraums die gesellschaftliche und politische Debatte über nationale Identitätskonzepte. Neben sozioökonomischen Fragen wurden soziokulturelle Spaltungen und kollektive Identitätsmarker zu zentralen Konfliktlinien im mittel- und osteuropäischen Parteienwettbewerb sowie zu „Wertekriegen“ zwischen „Traditionalisten“ und „Modernisierern“. Fragen im Zusammenhang mit der Politik der kollektiven Identität bildeten eine günstige Struktur des Parteienwettbewerbs für rechtsradikale Parteien in diesem Teil Europas. Für Pytlas hatten jedoch weder der Parteienwettbewerb noch ein bestimmter soziokultureller Kontext oder ein bestimmtes Erbe und kein bestimmtes Framing (Interpretation und Legitimierung von Themen) und dessen Resonanz einen isolierten Effekt auf den Wahlerfolg der radikalen Rechten. Der Einfluss dieser Elemente ergab sich vielmehr aus ihrer Wechselwirkung (Pytlas, 2016, S. 2–11).

Die ethnische Zugehörigkeit war eine entscheidende soziale Kluft in Osteuropa, die, verstärkt durch den Kommunismus, in den 1990er-Jahren wieder auftauchte und die östlichen Parteiensysteme prägte. Während linke Parteien ethnischen Minderheiten entgegenkamen, traten rechte Parteien für Nationalismus ein und umgekehrt. Parteien, die ethnische Minderheiten unterstützten, neigten zum sozialen Liberalismus, während Parteien, die

sich weniger für die Rechte ethnischer Minderheiten einsetzten, sozial konservativ waren (Rovny, 2014). Entgegen der Konzentration auf die Rolle der etablierten und ihnen nahestehenden Parteien stellte Bustikova die Hypothese auf, dass in Osteuropa der ideologische Gegenpol der radikalen Rechten – die ethnoliberalen Parteien – eine entscheidende Rolle bei der Erklärung des Erfolgs der radikalen Rechten spielte. Nach Ansicht der Forscherin ist die Wahl rechtsradikaler Parteien nicht auf Hass gegen Minderheiten zurückzuführen, sondern vielmehr auf die Ablehnung von Maßnahmen, die deren Forderungen entgegenkommen (ethnische Quoten, Autonomie für Minderheiten im Schulwesen usw.), auf die politische Förderung von Minderheiten und auf die Einbeziehung ethnoliberaler Parteien in Regierungskoalitionen. Sie testete ihre Hypothese anhand von Wahldaten auf Parteiebene, die alle postkommunistischen Demokratien von 1990 bis 2012 abdecken. Sie fand heraus, dass der Aufstieg und Fall rechtsradikaler Parteien durch die Politik der Anpassung an Minderheiten geprägt ist. Darüber hinaus könnten in unsicheren politischen Zeiten politische Parteien, die ethnische Minderheiten (z. B. die Roma in Ungarn) für gesellschaftliche Probleme verantwortlich machen, Wähler anziehen (Bustikova, 2014).

In einer Analyse von Wahlen in Mittel- und Osteuropa fand Koev (2015) ebenfalls Belege dafür, dass das Wahlergebnis rechtspopulistischer Parteien von der Leistung von Parteien ethnischer Minderheiten und deren Regierungsbeteiligung beeinflusst wurde. Der Grund dafür war, dass erfolgreiche Parteien ethnischer Minderheiten die Bedeutung ethnisch-nationalistischer Spaltungen innerhalb eines Staates erhöhten und so eine Nachfrage der Wähler nach rechtspopulistischen Parteien schufen.

Die Slowakei bietet ein gutes Beispiel für die politischen Bedingungen, die einen Mikrokosmos des postkommunistischen Europas darstellen. Es gab tiefe und stabile Gräben zwischen den ethnischen Mehrheits- und Minderheitsgruppen (Ungarn), weitreichende Konflikte innerhalb der ethnischen Mehrheitsgruppe über das kommunistische Erbe, die Wirtschaftspolitik, die Art der Demokratie und die Bedeutung und Relevanz der nationalen Identität. Abgesehen von der *Slowakischen Nationalpartei* und den ungarischen Parteien wurden nationale Fragen innerhalb von Parteien und Organisationen diskutiert und mit persönlichen Konflikten zu Spaltungen verschmolzen, die den Parteienwettbewerb neugestalteten (Deegan-Krause, 2013). Im Fall der Auflösung *Jugoslawiens* war ein entscheidendes Element der serbischen postkommunistischen nationalen Identitätskonstruktion nicht so sehr die Ablehnung des Sozialismus. Die *ethnische* Identität der verschiedenen sozialistischen

Führer wurde viel wichtiger als ihre sozialistische Ideologie (Subotic, 2015).

Eine weitere Studie über angebotsseitige Determinanten im postsozialistischen Europa ergab, dass politische Parteien mit einem konsistenten ideologischen Diskurs, umfangreicher Parteipropaganda, um ihre Ideologie für die Wählerschaft sichtbar zu machen, Kontinuität in der Parteiführung und einer starken Parteiorganisation bessere Wahlergebnisse erzielten als andere rechtsradikale Parteien (Werkmann & Gherghina, 2016).

Entgegen der weit verbreiteten Ansicht, die den jüngsten Anstieg des Illiberalismus in Ungarn und anderen Teilen Osteuropas auf eine schwache Zivilgesellschaft zurückführt, haben Beobachter in den letzten Jahren einen Anstieg des *zivilgesellschaftlichen* Engagements festgestellt. Anstatt jedoch ausschließlich liberale politische Institutionen zu stärken und zu ergänzen, bot die Zivilgesellschaft auch einen fruchtbaren Boden für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus. Konservative zivilgesellschaftliche Gruppen belebten einen mythischen Nationalismus wieder, der vor hundert Jahren weit verbreitet war. In Ungarn gründete Viktor Orbán, der Führer des *Fidesz*, die Bewegung der Bürgerkreise *(Polgári Körök)*, um die Zukunft Ungarns außerhalb des Parlaments zu diskutieren. *Jobbik* wurde als Jugendorganisation von rechtsgerichteten christlichen Universitätsstudenten gegründet. Zusammen mit mehreren anderen rechtsradikalen Bewegungen betonten sie partikularistische und autochthone Werte als Gegenpol zur wirtschaftlichen Globalisierung und zur europäischen Integration, die als Ursache für eine abnehmende wirtschaftliche und politische Souveränität und den Verlust der kulturellen Identität angesehen werden (Molnár, 2016).

6.2.2.2 Politische Kultur

Für Bunce (2005) spielte die *nationale Idee* in Osteuropa bei den Regime-, Staats- und Wirtschaftsübergängen, die in dieser Region in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben, eine starke Rolle. Sie geht davon aus, dass dies auf die historischen Auswirkungen der imperialen Herrschaft in dieser Region zurückzuführen ist, angefangen beim Habsburger, Osmanischen und Russischen Reich bis hin zu den Erfahrungen der sozialistischen Periode. Die Schwächung der sozialistischen Parteienherrschaft in ganz Mittel- und Osteuropa hatte die unmittelbare Folge, dass innerhalb der jugoslawischen, sowjetischen und tschechoslowakischen Föderationen ein Kampf um Regime und Grenzen

entfacht wurde. Das Zentrum konnte die rasche Diversifizierung der politischen und wirtschaftlichen Wege in den neuen Ländern nicht mehr aufhalten. Nation und Nationalismus erhielten ihre kausale Kraft durch das Zusammenspiel zweier Faktoren: erstens durch die Idee der Nation, die sich von Nordwesteuropa aus in imperialen Kontexten verbreitete und dann in der sowjetischen Erfahrung wieder auftauchte. Zweitens aus dem subjektiven Verständnis des Imperiums durch periphere Völker und Intellektuelle, die argumentierten, dass „ihr Volk" vom Imperium ausgebeutet worden sei. Diese peripheren Führer konzentrierten sich auf die Gemeinsamkeiten von Ethnizität, Sprache und manchmal Religion. In der Gegenwart eines Imperiums wurde die nationale Idee in nationalistische Kämpfe gegen die imperiale Autorität umgewandelt (Bunce, 2005).

Politische Kulturen sind mehr als eine Sammlung von Ideologien (wie Nationalismus) oder Mustern des öffentlichen Diskurses. Sie bilden auch eine Brücke zwischen Angebot und Nachfrage in politischen Angelegenheiten. In der bahnbrechenden Studie *The Civic Culture* von Almond und Verba (1963) über die politischen Orientierungen der Bürger gegenüber politischen Objekten wurden Kategorien vorgeschlagen, die von einer positiven bis zu einer indifferenten Einstellung zum politischen System reichen, kombiniert mit Kategorien, die von der aktiven bis zur passiven Rolle der Bürger im System reichen. Aus der Kombination dieser Kategorien ergaben sich drei subkulturelle Typen – unpolitische Bürger *(parochial),* Untertanen *(subject)* und aktive Teilnehmer *(participant)* -, die zusammen die politische Kultur einer Gesellschaft bilden. In neueren Theorien und Forschungsarbeiten wurden dazu noch alternative Bürgerorientierungen mit einer negativeren Bewertung der politischen Behörden und der Möglichkeiten zur Beeinflussung politischer Entscheidungen ermittelt, z. B. „kritische Bürger" (die eine aktive Rolle im politischen System spielen), „heimliche Bürger" (die eine positive Orientierung gegenüber dem politischen System mit politischer Passivität verbinden) und „enttäuschte Bürger" (die dem politischen System negativ gegenüberstehen und politisch passiv sind). Einige Wissenschaftler behaupteten, dass solche Bürgerorientierungen in den postkommunistischen Ländern vorherrschen. Daten aus dem Europäischen Sozialsurvey zeigen, dass die kritischen Bürger in Bulgarien, Estland, Polen und Slowenien die größte Subkultur darstellen. In der Tschechischen Republik, Bulgarien, Ungarn und Lettland gab es eine Koexistenz von enttäuschten Bürgern, heimlichen Bürgern und kritischen Bürgern. In Westeuropa fanden die Forscher mehr staatsbürgerlich gesinnte Einwohner

(Denk et al., 2015).

Da die politischen Kulturen in den mittel- und osteuropäischen Ländern immer noch von den nicht-demokratischen und oft nationalistischen Traditionen ihrer Vergangenheit geprägt sind, werden Aktionen der Zivilgesellschaft wie Proteste als unpatriotisch denunziert. Die ältere Bevölkerung ist stärker *staatsorientiert* als die junge (Berglund, 2013). Was das in repräsentativen Umfragen gemessene *Vertrauen in die Politik angeht*, so wurde dieser Teil Europas als „Region mit geringem Vertrauen" beschrieben (Marchenko, 2016), was der anti-elitären Ideologie der radikalen Rechten Nahrung geben kann.

Den Eurobarometer-Daten zufolge hat die *Zufriedenheit mit der Demokratie* in den langjährigen Demokratien Westeuropas in den letzten Jahrzehnten zugenommen, während sie in den neueren Demokratien (Portugal, Spanien, Griechenland) sowie in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas in den letzten Jahren abgenommen hat. Was das Vertrauen in die *Regierung* und das *Parlament* in allen Teilen Europas betrifft, so war die allgemeine Tendenz rückläufig, wobei jedoch in den neuen Demokratien einschließlich Mittel- und Osteuropas ein sehr starker Rückgang zu verzeichnen war. Das Vertrauen in politische *Parteien* war während des gesamten Zeitraums sehr gering, mit einer leichten Tendenz zum Anstieg in den langjährigen westlichen Demokratien und einer leichten Tendenz zum Rückgang in den neuen Demokratien einschließlich der östlichen (Weßels, 2015). Die Umfragedaten zeigten, dass die aus den westlichen Ländern zurückkehrenden Migranten das Spektrum der politischen Einstellungen im Osten diversifizierten. Obwohl Migranten eher dazu neigen, den EU-Institutionen zu vertrauen und in politischen Diskussionen zu versuchen, Freunde zu überzeugen, unterscheiden sie sich nicht von Nicht-Migranten in ihrer Einstellung zu inländischen Institutionen (Careja & Emmenegger, 2012). Diese Ergebnisse deuten auf politische Kulturen in Mittel- und Osteuropa hin, die leichter als im Westen Unterstützung für rechtsradikale Parteien erzeugen könnten.

6.2.3 Ost-West-Unterschiede

Es gibt historische, sozioökonomische, politische und ideologische Unterschiede zwischen Ost und West, wie Anastasakis (2000) feststellte: Während beide Teile Europas in der Zwischenkriegszeit faschistische oder faschistoide Regime erlebt hatten, gab es in Westeuropa kaum noch enge Verbindungen zwischen diesen historischen Phänomenen und der aktuellen radikalen Rechten, während es in Mittel- und Osteuropa mehr direkte

Bezüge zum Zwischenkriegskontext gab. Dies könnte eine Folge der Unterdrückung rechter Bewegungen und Parteien während der sozialistischen Periode und der mangelnden Erfahrung mit der Demokratie sein. Außerdem hatte der Osten keine früheren Erfahrungen mit dem Kapitalismus. Der multikulturelle Kontext ist dort nicht das Ergebnis der Einwanderung in den letzten Jahrzehnten wie im Westen, sondern einer multiethnischen Bevölkerung als Produkt eines langen historischen Prozesses. In Westeuropa steht die radikale Rechte für Protestpolitik gegen die politische Klasse, zumindest Teile der populistischen Rechten sind nicht gegen demokratische Prinzipien. Im Osten kann die rechtsradikale Protestpolitik grundlegende demokratische Prinzipien untergraben. Die westliche radikale Rechte argumentiert gegen Multikulturalismus und Einwanderung und vertritt fremdenfeindliche und rassistische Ansichten, während die östliche radikale Rechte ethnische Intoleranz auf der Grundlage eines eng gefassten, ethnisch definierten Konzepts der Staatsbürgerschaft und eines gewalttätigen Nationalismus vertritt.

Viele Studien versuchen, das *Wahlverhalten* in den verschiedenen Teilen Europas zu erklären. Eine Analyse der Motive der Wählerinnen und Wähler bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2014 hat gezeigt, dass der starke Anstieg der Wählerstimmen für europaskeptische und rechtsradikale Parteien keine reine Protestwahl gegen unpopuläre Regierungen war, sondern eine Besorgnis über die innenpolitischen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft. Auf der politischen Rechten förderten Sorgen über die finanziellen Risiken von Kreditgarantien für Krisenländer und wirtschaftliche Ängste aufgrund osteuropäischer Einwanderer die Unterstützung für europaskeptische Parteien (Treib, 2014). Die *Wirtschaftskrise* hatte jedoch nicht überall in Europa den gleichen Einfluss auf die Wahlen: In Österreich und Dänemark, die zu den reichsten Ländern der Welt gehören, hatten rechtspopulistische Parteien Erfolg. Im Gegensatz dazu hat die globale *Finanzkrise* seit 2008 das Aufkommen von Parteien wie der *Goldenen Morgenröte* in Griechenland und *Jobbik* in Ungarn gefördert (Wodak, 2015, S. 43).

Daten aus der Europäischen Union boten Einblicke in die Motive für die Stimmabgabe für *Links- und Rechtspopulisten* sowie in den Zusammenhang zwischen populistischer Stimmabgabe und EU-Integration in den beitragszahlenden und -empfangenden EU-Mitgliedstaaten. Anhänger populistischer Parteien auf der linken und rechten Seite zeigten in beiden Ländergruppen ein höheres Maß an Misstrauen gegenüber politischen Institutionen. Die Anhänger linkspopulistischer Parteien in den EU-Transfers empfangenden Ländern (mit Parteien wie der spanischen

Podemos oder der griechischen *SYRIZA*) standen der EU-Integration tendenziell skeptischer gegenüber als die populistischen Linken in den mehr Beiträge an die EU zahlenden Ländern. Euroskepsis hatte einen starken Einfluss auf das rechtspopulistische Wahlverhalten in Bezug auf kulturellen Konservatismus, Antiglobalisierung und wirtschaftlichen Protektionismus (Ivaldi & Zaslove, 2015).

Insgesamt wurde die Stimmabgabe für rechtsradikale Parteien meist auf die Kritik der Wähler an der Einwanderung, den Protest gegen etablierte Parteien und die politische Elite, die soziale Desintegration und Entfremdung (geschwächte Bindungen an Religion und Klasse, die durch ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Nation ersetzt werden) und die konservative Ablehnung der Werte der Postmoderne (Toleranz, Selbstdarstellung) zurückgeführt. Untersuchungen über den Einfluss wirtschaftlicher Interessen (freier Markt vs. Einkommensumverteilung) auf die Wahl rechtsradikaler Parteien kamen zu unterschiedlichen Ergebnissen, und viele Autoren stellten fest, dass wirtschaftliche Fragen für diese Wähler nicht sehr wichtig sind. Anhand von Umfragedaten aus 11 westeuropäischen Ländern stellte Zhirkov fest, dass die rechtsradikale Wählerschaft am stärksten durch eine negative Wahrnehmung der Einwanderung, politisches Misstrauen, Ablehnung der Einkommensumverteilung und – interessanterweise – politische Zufriedenheit motiviert war. Andererseits war die rechtsradikale Wählerschaft nicht durch soziale Entfremdung oder antimoderne Werte gekennzeichnet; dies waren eher die Merkmale derjenigen, die sich den Wahlen enthielten (Zhirkov, 2014).

Die Bezeichnung „Anti-Immigrationsparteien“ für rechtsradikale Parteien ist für Westeuropa sicherlich richtig, aber sie passt nicht sehr gut zu rechtsradikalen Parteien und Bewegungen in Osteuropa, da sie stärker im territorialen Revisionismus und in der wahrgenommenen Bedrohung durch ethnische Minderheiten, wie die Roma, verwurzelt sind (Muis & Immerzeel, 2017). Mit der zunehmenden Zahl von Flüchtlingen, die Mitte der 2010er-Jahre nach Europa kamen, sind die osteuropäischen Parteien jedoch auch sehr kritisch gegenüber der Einwanderung geworden. Bei einem Vergleich rechtsextremer Wähler stellte Allan fest, dass die Verbindung zwischen einwanderungsfeindlichen Einstellungen und rechtsextremer Unterstützung in Westeuropa stärker war. Rechtsextreme Wähler im Westen waren weniger religiös als ihre östlichen Pendants. Postkommunistische rechtsextreme Wähler waren wirtschaftlich links orientiert, während in Westeuropa eher rechtsgerichtete Einstellungen zur Einkommensumverteilung eine rechtsextreme Wahl vorhersagten.

Rechtsextreme Wähler in Westeuropa waren auch weniger zufrieden mit der Demokratie als Regimetyp (Allen, 2017).

6.3 Medien und politische Interpreten (h)

Rechte Einstellungen, Vorurteile und Verhaltensweisen sind nur zum Teil das Ergebnis direkter sozialer Erfahrungen einer Person, denn sie werden häufig durch die *Interpretationen* der sozialen Welt durch Medien, Politiker und andere Meinungsführer geprägt, die soziale und politische Situationen, Ereignisse und Entwicklungen dramatisieren oder normalisieren können. Außerdem können die *Persönlichkeit* und das *Image* politischer Führer die öffentliche Akzeptanz ihrer Botschaften beeinflussen. Dies gilt insbesondere für die derzeitige mediengestützte Darstellung der Politik, die „Mediendemokratie", die von der wiederholten Hervorhebung politischer Themen sowie von der Personalisierung von Erfolgen und Misserfolgen abhängt (Grande, 2000). Um die Aktionen und den Einfluss der radikalen Rechten zu verstehen, ist es daher sinnvoll, (a) zu untersuchen, wie die Medien und das Internet über die Welt und die radikale Rechte berichten, und (b) wie die radikale Rechte ihre eigenen Medien und die Medien im Allgemeinen nutzt.

6.3.1 Massenmedien und das Internet

In Europa wird in den Mainstream-Medien viel über die Ideologie und die Aktivitäten der radikalen Rechten berichtet. Wissenschaftliche Beobachter haben festgestellt, dass die *Massenmedien* als Hauptträger des öffentlichen Diskurses einen Einfluss auf das Aufkommen des Rechtsradikalismus haben. Eine Inhaltsanalyse von Meinungsartikeln in Zeitungen in fünf westeuropäischen Ländern zeigte, dass die öffentlichen Debatten im Laufe der Jahre immer populistischer (rechts- oder linkspopulistischer) wurden, was mit dem Erfolg populistischer Parteien zusammenhing. Einerseits könnte der Wahlerfolg der Populisten den Grad des Populismus in öffentlichen Debatten in Zeitungen beeinflussen. Andererseits könnten öffentliche Debatten einen Rückkopplungseffekt auf den Erfolg populistischer Parteien haben. Leserbriefe waren populistischer als andere Meinungsartikel, aber interessanterweise waren Debatten in Boulevardmedien nicht populistischer als Debatten in Elitemedien

(Rooduijn, 2014). Eine Studie über die Auswirkungen rechtspopulistischer Kommunikation in vier westeuropäischen Ballungsräumen umfasste eine Inhaltsanalyse gedruckter Zeitungen (nationale Qualitäts- und Boulevardzeitungen sowie Regionalzeitungen) und eine Panelbefragung, um Medieneffekte auf individueller Ebene zu ermitteln. Das Ergebnis war, dass *einwanderungsfeindliche* Äußerungen in den Medien zu negativeren Ansichten über Einwanderer führten, während *populistische* Inhalte zu mehr negativen Emotionen führten (Wirz et al., 2018).

Wie Liang (2016) feststellte, führten Medienberichte mit Berichten über illegale Migration und Menschenhandel zu Misstrauen in der Öffentlichkeit und mangelndem Vertrauen in die Fähigkeit der Politiker, die Probleme wirksam anzugehen, obwohl die europäischen Staaten die Einwanderung zunehmend beschränkten und einige Länder versuchten, die Einwanderung ganz zu unterbinden. Offensichtlich stiegen das öffentliche Misstrauen und der Mangel an Vertrauen in die Politiker der etablierten Parteien noch mehr, als in den letzten Monaten des Jahres 2015 eine große Zahl von Flüchtlingen und Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika nach Europa kam. Diese gesellschaftlichen Prozesse und ihre Darstellung in den Medien wurden von der radikalen Rechten ausgenutzt, um ihre eigene Anti-Einwanderungspolitik zu legitimieren.

Die öffentliche und politische Debatte in Europa konzentrierte sich in den letzten Jahren auf einige religiöse und ethnische Gruppen wie Muslime oder Roma. Laut einer Untersuchung von Zeitungen in mehreren europäischen Staaten war die Aufmerksamkeit für Roma in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich (am höchsten im Vereinigten Königreich, am niedrigsten in den Niederlanden). Es gab zwei Frames, wobei die Roma sowohl als Täter als auch als Opfer dargestellt wurden, d. h. einen Kriminalitäts- und einen Diskriminierungs-Frame. Boulevardzeitungen tendierten dazu, Täter-Frames hervorzuheben. Interessanterweise gab es bei den Täter-Frames keine signifikanten Unterschiede zwischen den ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern (Tschechische Republik und Slowakei) und den westeuropäischen Ländern (Niederlande, Vereinigtes Königreich und Deutschland) (Kroon et al., 2016).

In Österreich unterstützte die größte Boulevardzeitung des Landes, die *Neue Kronen Zeitung,* die rechtspopulistische *Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)*, indem sie die FPÖ in der Öffentlichkeit bekannt machte und die politischen Themen in einer Weise formulierte, die für diese Partei günstig war und zu ihrem Erfolg beitrug (Ellinas, 2010, S. 41–75).

Bereits vor dem Boom der sozialen Medien betonte Koopmans die Gatekeeping-Macht der Journalisten in der Presse und den

Rundfunkanstalten, die entscheiden, welche Botschaften in den jeweiligen Kommunikationskanal aufgenommen werden und wie groß und wie prominent diese Botschaften angezeigt werden (Koopmans, 2004). In Bezug auf die radikale Rechte ging Ellinas davon aus, „dass die Art und Weise, wie die etablierten Parteien mit Fragen der nationalen Identität umgegangen sind, die politischen Möglichkeiten der extremen Rechten strukturiert hat und dass die Behandlung der rechtsextremen Parteien durch die Massenmedien ihre Fähigkeit beeinflusst hat, Wahlerfolge zu erzielen" (Ellinas, 2010, S. 4).

Wie groß ist andererseits der *Einfluss der radikalen Rechten auf die Medien* und den öffentlichen Diskurs? Viele Beobachter haben populistische und rechtsradikale Parteien als Besitzer des Einwanderungsthemas und als treibende Kraft für dessen Politisierung betrachtet. In einer Analyse von Daten aus sechs westeuropäischen Ländern stellten Meyer und Rosenberger (2015) jedoch fest, dass rechtsradikale Parteien bei der Politisierung der Einwanderung in den Medien nur eine untergeordnete Rolle spielten. Interessanterweise wiesen sowohl linke als auch rechte Mainstream-Parteien einen höheren Anteil an Aussagen zur Einwanderung auf als ihre rechtsradikalen Konkurrenten. Eine Ausnahme bildete die große und seit langem regierende rechtspopulistische *Schweizerische Volkspartei (SVP)*, die in der Schweiz die meisten Aussagen zu Einwanderungsfragen machte.

Außerdem nutzt die radikale Rechte ihre *eigenen Massenmedien* mit Zeitschriften, Radiosendern, Internetplattformen usw. Bekannte Beispiele in Deutschland sind die alte rechtsextreme Wochenzeitung *National-Zeitung*, die neuere Website *Politically Incorrect* und in Polen das antisemitische katholische *Radio Maryja*. In Ungarn suchte die rechtsextreme Partei *Jobbik* die Aufmerksamkeit der Mainstream-Medien und war in den Online-Räumen aktiv, indem sie Social-Media-Plattformen, Blogs, Online-Nachrichtenportale, einen webbasierten Radiosender und einen Videokanal nutzte. Eine Analyse der sozialen Netzwerke in diesem Land ergab, dass die Themen und Narrative des Rechtsradikalismus zwar im Mediendiskurs auftauchten, die Partei und ihre Vertreter jedoch als Persona non grata des ungarischen Medienraums behandelt wurden. Möglicherweise trug dies zur Entwicklung der Strategie *von Jobbik* bei, die sich um persönliche Interaktionen mit den Bürgern bemüht (Szabó & Bene, 2015).

In Deutschland gab es eine anhaltende Debatte über die Frage, ob politische Führer radikaler und rechtsextremer Parteien zu TV-Diskussionen eingeladen werden sollten oder ob es einen *Cordon sanitaire*

gegen sie geben sollte, d. h. einen Versuch, sie zu isolieren. Als rechtsradikale Politiker in Deutschland in Wahlnächten im Fernsehen interviewt werden sollten, verließen Politiker anderer Parteien das Studio (Berbuir et al., 2015). Viele zeitgenössische rechtsextreme Bewegungen haben eine tiefe Skepsis und Misstrauen gegenüber den Mainstream-Medien. So ruft beispielsweise die islamfeindliche PEGIDA-Bewegung in Deutschland *„Lügenpresse*“, weil die hegemonialen Mainstream-Medien ihrer Meinung nach Informationen verbergen oder verzerren, die nicht in die „politisch korrekte“ Agenda passen (Holt & Lundell, 2015).

In den letzten Jahren hat sich das *Internet* zu einem wichtigen Medium für die öffentliche Emotionalisierung von Themen entwickelt. Das Internet hat auch zu einer zunehmenden sozialen Fragmentierung und ideologischen Polarisierung geführt, in der Gleichgesinnte ihre Ansichten in „Echokammern“ und „Filterblasen“ teilen können, um ihre Standpunkte zu verstärken (Liao & Fu, 2013). Rechtsradikale Interpretationen von Ereignissen und Entwicklungen in der Welt können die Meinungen erheblicher Teile einer Gesellschaft beflügeln. Ein solches weit verbreitetes Thema ist die Einwanderung. Am Beispiel Deutschlands beobachteten Simpson und Druxes, dass Internet-Blogs und Meinungsseiten „ein Gefühl populistischer Empörung gegen eine diffuse Reihe zeitgenössischer Veränderungen in der Heimat nähren: den Bau von Moscheen, die Burka oder das Kopftuch, die Aushöhlung des Wohlfahrtsstaates, den Klimawandel, Homosexuelle – kurzum alle Anzeichen eines Liberalismus oder Multikulturalismus oder eine Verknappung der wirtschaftlichen Ressourcen, wobei die Verantwortung für diese Phänomene stets auf kulturell ‚fremde‘ Einwanderer mit angeblich nicht-westlichen Werten abgelenkt wird, die sich jeder Assimilation widersetzen oder diese ablehnen“. Die rechtspopulistische deutsche Website *Politically Incorrect* gilt als paradigmatisches Instrument zur Schaffung einer aktiven Online-Gemeinschaft mit mehreren Zehntausend Zugriffen pro Tag (Simpson & Druxes, 2015 S. 6–7).

Was die sozialen Medien betrifft, so hatten die Kandidaten der Anti-EU-Parteien während des Wahlkampfs zum Europäischen Parlament 2014 seltener Twitter-Konten, aber die Kandidaten der Anti-EU-Parteien, die solche Konten hatten, waren auf Twitter viel aktiver als die Pro-EU-Kandidaten (Nulty et al., 2016).

Ein Beispiel für die zynische Propaganda der gewaltbereiten Rechtsextremisten in Deutschland lieferte die dreiköpfige Zelle des *Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)*. Sie töteten neun türkisch- und griechischstämmige Kleinunternehmer und eine deutsche Polizistin,

fotografierten einige ihrer Opfer mit Mobiltelefonen und nahmen diese auf eine Bekenner-DVD auf, die die überlebende Komplizin nach dem Tod der beiden anderen an die Medien schickte. Ausschnitte aus dem Mördervideo wurden auch auf *YouTube* veröffentlicht, eingeleitet von der beliebten Kinder-Zeichentrickfigur des *Rosaroten Panthers*. Nach Bekanntwerden der NSU-Morde verzeichnete der rechtsextreme Chatroom thiazi.net zahlreiche Beiträge von Unterstützern. Die Täter waren sich bewusst, dass soziale Medien ein Forum sind, in dem solche Taten auf Zustimmung stoßen und möglicherweise Nachahmer finden können (Simpson & Druxes, 2015, S. 5).

Auch die *Covid 19-Pandemie* ab Ende 2019 wurde von rechtspopulistischen sozialen Medien genutzt, um ihre Anti-Establishment-, Anti-Wissenschafts- und Anti-Migrations-Ideologien zu verbreiten (Boberg et al., 2020).

6.3.2 Politische Parteien und Führungspersonen

Wie alle politischen Parteien versuchen auch die Vertreter der radikalen Rechten, die Agenda zu bestimmen und dabei ihre eigenen Interessen in den Vordergrund zu stellen, und sie nutzen Spin-Techniken, um Situationen und Ereignisse im Rahmen ihrer Ideologie zu interpretieren. Ganz oben auf der Agenda der radikalen Rechten steht heute die Einwanderung. Sie ist auch zu einem der umstrittensten politischen Themen in Europa geworden. Was motiviert die politischen Parteien und ihre Führer und Führerinnen dazu, sie abzulehnen oder zu unterstützen? In einer Studie mit Zeitungsdaten aus mehreren westeuropäischen Ländern aus den Jahren 1999 bis 2006 wurde untersucht, wie die *politischen Akteure* das Thema Einwanderung formulieren, wie sie die damit verbundenen Probleme wahrnehmen und warum sie die von ihnen eingenommenen Positionen vertreten. Wie erwartet, waren die Links-Rechts-Positionen der Akteure und die Regierungsbeteiligung wichtige Erklärungsfaktoren. Unerwarteterweise war der vorherrschende Rahmen für die Diskussion über die Einwanderung nicht eine nationalistische, wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Argumentation, sondern moralisch-universelle Argumente schienen am häufigsten angewandt zu werden (insbesondere in Deutschland). Nationalistische Argumente wurden am häufigsten in Frankreich und der Schweiz beobachtet (Helbling, 2014).

Es ist ein offenes Geheimnis, dass *politische Führer* nicht nur mit ihren

Argumenten und ihrer Interpretation der Welt überzeugen, sondern auch mit ihrer Persönlichkeit, ihrem Charisma und der Rolle, die sie spielen. Das Verhalten von Politikern kann das Interesse der Menschen auf verschiedene Weise wecken. Der österreichische Politiker Jörg Haider, ein wohlhabender Mann und seit 1986 Vorsitzender der rechtspopulistischen *Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)*, pflegte einen politischen Kommunikationsstil mit einer besonderen Spannung zwischen Außergewöhnlichkeit und „einer von uns" sein. Dieser Stil wurde von seinem Nachfolger, Heinz-Christian Strache, weiterentwickelt, der in verschiedenen Medien, einschließlich Rap-Songs auf *YouTube* und Karikaturen gegen „sie", die Muslime und die anderen politischen Parteien, die sich nicht um „das Volk" kümmern, polemisierte (Forchtner et al., 2013). Für die Niederlande zeigten Forscher, dass weniger gebildete und politisch zynische Personen anfälliger für die Überzeugung durch den populistischen Stil eines rechtspopulistischen Parteiführers im Vergleich zu einem Mainstream-Führer waren (Bos et al., 2013). Eine Studie in sieben europäischen Ländern über die Vorhersagekraft von Kompetenz und Sympathie politischer Führungspersönlichkeiten für das Wahlverhalten zeigte die Relevanz der sympathischen Persönlichkeitsmerkmale von Führungspersönlichkeiten. Insbesondere bei rechten Parteiführern hatte nur die Wärme einen signifikanten Effekt; die Kompetenzdimension war nur bei linken Parteiführern entscheidend. Insgesamt zeigte die Studie die Bedeutung der Personalisierung in der Politik (Costa & Ferreira da Silva, 2015).

Während die Sympathie für einen charismatischen Parteiführer zu den Motiven für die Stimmabgabe für eine rechtspopulistische Partei gehört, zeigte eine Studie in den Niederlanden, dass der Kausalpfeil auch umgekehrt sein kann: Erstwähler rechtspopulistischer Parteien wurden rechter und sympathisierten mit dem Parteiführer (Geert Wilders), nachdem sie für eine solche Partei gestimmt hatten, weil sie die kognitive Dissonanz, die sie erlebten, verringern wollten. Einwanderungsfeindliche Einstellungen und politischer Zynismus wurden durch die Wahl der Partei jedoch nicht beeinflusst (Bakker et al., 2013).

Die Interaktion zwischen politischen Führern und den Medien ist wichtig für den Aufstieg und Fall politischer Parteien. Im Falle Frankreichs korrelierte die zunehmende Medienpräsenz der radikalen Rechten mit einem Anstieg der Popularität: Sobald Jean-Marie Le Pen, der frühere Vorsitzende des *Front National (FN)*, nach einem langjährigen Medienboykott seiner Partei im Jahr 1984 vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk regelmäßig gezeigt wurde, gewann der FN bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 11 Prozent der Gesamtstimmen (Ellinas, 2010,

S. 167–198). In den Niederlanden spielten die Medienaufmerksamkeit für den Rechtspopulisten Pim Fortuyn, den Vorsitzenden der Partei *List Pim Fortuyn*, und die öffentlichen Reaktionen auf seine Partei eine entscheidende Rolle bei der Erklärung der Unterstützung, die er in der Öffentlichkeit mobilisieren konnte. Interessanterweise wurde seine Position in der Frage der multikulturellen Gesellschaft nicht dadurch untergraben, dass andere Politiker ebenfalls restriktive Aussagen zur Einwanderung machten. Im Gegenteil, sie schufen weitere Möglichkeiten für Fortuyns Forderungen. Auch Meinungsumfragen hatten einen positiven Effekt: Je mehr Unterstützung Fortuyn in der öffentlichen Meinung erhielt, desto mehr Raum wurde ihm gegeben, um seine Positionen in den Medien zu vertreten (Koopmans & Muis, 2009).

Neben starken, charismatischen Führern der populistischen radikalen Rechten gibt es in den Bewegungen in Europa auch einige Fälle von „führerlosem Populismus“. Dies ergibt insofern einen gewissen Sinn, als der Populismus die Regierung durch das Volk und für das Volk betont; dann ist es der Verdacht gegen die politischen Repräsentanten und eine korrupte Elite, der die Bildung des allgemeinen Willens behindert (Mudde & Kaltwasser, 2013, S. 385). Es gibt jedoch auch viele Konflikte zwischen den Führern rechtsradikaler Parteien und Bewegungen, die durch das Ringen um ihre individuellen Interessen und Ideologien verursacht werden, zum Beispiel in Parteien wie der *Alternative für Deutschland (AfD)*, die ihre Führer innerhalb weniger Jahre mehrmals wechselten.

6.4 Die zwei Geschichten der radikalen Rechten in Europa (i)

6.4.1 Westeuropa: Von der alten extremen Rechten zur neuen populistischen Rechten

Der italienische *Faschismus* und der deutsche *Nationalsozialismus* waren lange Zeit die politischen Standardreferenzphänomene für Analysen späterer Formen der radikalen Rechten. Unzählige Publikationen beschäftigten sich mit den Erscheinungsformen, Voraussetzungen,

Ursachen und der Entwicklung dieser historischen Ideologien und Systeme in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Lange Debatten zwischen Historikern, Politikwissenschaftlern, Soziologen und Psychologen konzentrierten sich auf sehr unterschiedliche Faktoren, die hinter dieser Geschichte stehen, vom Kapitalismus über sozioökonomische Krisen bis hin zu autoritären Persönlichkeitsstrukturen. Anstatt den breiten aktuellen Forschungsstand im Detail zusammenzufassen, konzentrieren wir uns auf einige wenige Streitpunkte zu den historischen Hintergründen der radikalen Rechten, die derzeit in der Forschung diskutiert werden.

Um mit einigen *wirtschaftlichen und sozialen Fragen* zu beginnen, haben etliche Wissenschaftler den Faschismus in Europa als eine Form der „Entwicklungsdiktatur" betrachtet, in der die landwirtschaftliche Elite in einigen Ländern mit einer neuen industriellen Elite zusammenkam, um die wachsende Macht der Arbeiterklasse zu kontrollieren. Die wichtigsten faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit in Europa entstanden jedoch in Ländern mit einem sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstand. So stand Deutschland mit seinem Bruttoinlandsprodukt weltweit an zweiter Stelle nach den Vereinigten Staaten, während Rumänien eine weitgehend ländliche Wirtschaft war. Der Aufstieg des Faschismus verlief in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. In Italien beispielsweise fand der Faschismus in den ländlichen Teilen des stärker industrialisierten Nordens Anklang bei den Wählern, während er in Ungarn eher in den Städten vertreten war (Eatwell, 2017).

Für einige Marxisten war der Faschismus die reaktionäre Diktatur des Finanzkapitalismus. Aber schon Trotzki räumte ein, dass der Faschismus nicht vom Monopolkapitalismus errichtet wurde; die herrschenden Klassen würden den Faschismus nur als letzten Ausweg betrachten, nachdem das Regime bereits etabliert war (Davidson, 2014, S. 129–130) und „Während sie sich des Faschismus bedient, fürchtet die Bourgeoisie ihn dennoch" (Trotzki, 1933, S. 23).

Mit Blick auf die Wurzeln der faschistischen *Ideologie* ging Eatwell davon aus, dass der Faschismus eine Negation der Aufklärung oder eine Konterrevolution war, die die Grundannahmen der „Moderne" ablehnte. Die Aufklärung habe aber auch andere radikale Ideen hervorgebracht, zum Beispiel, dass nur eine massenhafte Form der Politik den Willen des Volkes einbeziehen könne. Daher war der Faschismus paradoxerweise sowohl ein Produkt der Aufklärung als auch eine Reaktion auf sie. Ein Beispiel dafür ist Rousseaus (1964 [1762]) Überzeugung, dass sich in der Gesellschaft ein „allgemeiner Wille" *(volonté générale*) herausbilden kann, der von den Menschen nicht immer wahrgenommen wird und sowohl die

sozialen Spaltungen als auch die Kluft zwischen Bürger und Regierung überwindet. Was Vergleiche zwischen dem italienischen *Faschismus* und dem deutschen *Nationalsozialismus* angeht, so konzentrierten sich laut Eatwell Historiker, die die Einzigartigkeit gegenüber den Gemeinsamkeiten betonten, gewöhnlich auf den *Staat* und die *Rasse*: Die italienischen Faschisten lobten den Staat, den sie für notwendig hielten, um eine echte italienische Nation zu schaffen. Sie verwendeten den Begriff „Totalitarismus" positiv. Nach Mussolinis Marsch auf Rom im Jahr 1922 verwiesen sie auf den neuen Staat, der sich über politische Spaltungen hinweggesetzt hatte. Im Gegensatz dazu glaubten die Nationalsozialisten, dass die deutsche Nation von ursprünglichem Ursprung sei, auch wenn sie der liberalen „Dekadenz" verfallen und durch den Klassenkampf der Linken gespalten worden war. Von „Totalitarismus" war bei den Nazis nur selten die Rede, und sie äußerten häufig Zweifel an der Verehrung des Staates. Paradoxerweise übte der NS-Staat in der Praxis eine weitaus totalitärere Kontrolle aus als der faschistische Staat. Bei der Propaganda der „Rasse" scheinen die Unterschiede noch größer zu sein. Für Eatwell konzentrierte sich die nationalsozialistische Konzeption der Nation auf das „Blut", während die italienischen Faschisten die Nation eher im Sinne der Kultur verstanden. Dies machte sie offen für Assimilation, und viele Juden traten der italienischen faschistischen Partei bei, bevor sie 1938 die Nürnberger Gesetze im Stil der Nazis übernahm. Der Faschismus strebte die Schaffung eines „neuen Menschen" (einer Elite) an, der eine ganzheitliche, homogenisierte Nation und einen radikalen Staat des Dritten Weges (Synthese von Aspekten des Kapitalismus und des Sozialismus) schaffen sollte. Sowohl Mussolini als auch Hitler versuchten, klassenübergreifend zu appellieren, indem sie quasi-religiöse Formen des Appells (z. B. die Nürnberger Kundgebungen der nationalsozialistischen Partei) und Formen der Liturgie und Sprache mit Worten wie „Heil", „Erlösung" und „Auferstehung" verwendeten (Eatwell, 2003a, S. xxii–xxviii, 5–6).

Nicht-marxistische Theorien über die Ursprünge von Faschismus und Nationalsozialismus betonten ebenfalls die gleichzeitigen Prozesse gesellschaftlicher und technologischer Modernisierung und Antimodernisierung:

> „Sowohl die Faschisten als auch die Nazis verehrten die Technik, während traditionalistische Denker sie in der Regel als Negation der traditionellen geistigen Werte ablehnen. Doch auch wenn der Nationalsozialismus stolz auf seine industriellen Errungenschaften

war, war sein Lob der Moderne nur die Oberfläche einer Ideologie, die auf *Blut und Boden* basierte. Die Ablehnung der modernen Welt wurde als Widerlegung der kapitalistischen Lebensweise getarnt, aber es ging vor allem um die Ablehnung des Geistes von 1789 (und natürlich von 1776)“ (Eco, 1995, S. 6).

Was die *rechtsradikalen politischen Parteien* nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs betrifft, so bestanden einige weiter, wie die spanische *Falange* (später *Movimiento Nacional*) von Francisco Franco und die portugiesische *União Nacional* von António de Oliveira Salazar. Andere wurden in Westeuropa nach dem Krieg neu gegründet, während dies in Mittel- und Osteuropa offiziell erst nach dem Fall der sozialistischen Regimes geschehen konnte.

Außerdem hat der *Populismus* in Europa (und in den Vereinigten Staaten, vgl. Kap. 7) eine Tradition. In seinen Anfängen war der Populismus eine emanzipatorische und fortschrittliche Bewegung, die sich für Menschen einsetzte, die sich selbst als machtlos betrachteten, und diesen Menschen eine Chance bot, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Allerdings wurden Populisten oft für ihre romantische, irrationale Nostalgie für eine idealisierte Vergangenheit verspottet. Populisten stellten das Privateigentum nie grundsätzlich in Frage; sie wollten das individuelle Unternehmertum schützen, das durch Monopole bedroht war (Betz, 2018, S. 4–6).

Übrigens wurde nach Kaltwasser und Kollegen der Begriff Populismus auch verwendet, um die russische Bewegung der *narodniki* („Freunde des Volkes“) zu beschreiben, eine erfolglose Bewegung idealistischer, revolutionärer Studenten aus den Städten, die versuchten, die Bauernschaft auf dem Lande zum Sturz des zaristischen Regimes im späten neunzehnten Jahrhundert zu bewegen, und die eine sozialistische Gesellschaft befürworteten. Eine andere Form des frühen Populismus findet sich im *Boulangismus* in Frankreich. Am Ende des 19. Jahrhunderts stieg General Georges Boulanger zum Helden der Aufständischen auf; er wurde Kriegsminister, setzte sich für die Arbeiter und einen wiederauflebenden Nationalismus ein und führte eine Kampagne gegen das parlamentarische Regime, um es zugunsten eines radikalen plebiszitären Republikanismus zu stürzen. Die drei Grundsätze des Boulangismus waren *Revanche* (Rache an Deutschland nach dem Krieg von 1870/71), *Révision* (Revision der Verfassung), *Restauration* (Rückkehr zur Monarchie). Eine weitere Schlüsselfigur des französischen Populismus war Pierre Poujade. Das Aufkommen des Poujadismus in den 1950er-Jahren könnte die erste

moderne Form des europäischen Populismus darstellen. Poujade, der aus einer Steuerprotestbewegung hervorging, gründete eine Bewegung *(Union de Défense des Commerçants et Artisans, UDCA)*, die sich für die Interessen von Kleinunternehmern und Ladenbesitzern einsetzte und sich auf Anti-Establishment-Gefühle und Antisemitismus stützte. In den 1950er- Jahren errang die UDCA Sitze in der Nationalversammlung. Einer dieser Abgeordneten war Jean-Marie Le Pen, Gründer des *Front National* in den 1970er- Jahren (Kaltwasser et al., 2017).

Nach dem Ende der rechten Diktaturen der Zwischenkriegs- und Kriegszeit des 20. Jahrhunderts unterscheidet Minkenberg drei Phasen der rechtsradikalen Mobilisierung für Westeuropa:

- Die unmittelbare Nachkriegszeit. In Frankreich: Poujadismus; Bundesrepublik Deutschland: Neo-Nazi-Parteien *Sozialistische Reichspartei (SRP)* und *Deutsche Reichs-Partei (DRP)*; Italien: Neofaschistische *Soziale Bewegung Italiens (Movimento Sociale Italiano, MSI)*.
- Die 1960er- und frühen 1970er-Jahre. In der Bundesrepublik Deutschland: Neonazistische *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)*; Vereinigtes Königreich: Powellismus, *Nationale Front, NF*.
- Die 1980er- und 1990er-Jahre, als in vielen Demokratien rechtsradikale Parteien gegründet wurden, die sich von ihren Vorgängern unterschieden. Zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland: *Republikaner (REP), Deutsche Volksunion (DVU)*; Vereinigtes Königreich: *British National Party (BNP)*; Frankreich: *Nationale Front (Front National, FN) jetzt Rassemblement National*; Italien: *Nationale Allianz (Alleanza Nazionale, AN), Liga des Nordens (Lega Nord, LN),* jetzt *Liga*; Österreich: *Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)*; und so weiter (Minkenberg, 2011, S. 41, 44). Sie wurden als der „neue rechte" Parteityp in Europa bezeichnet, im Gegensatz zu „alten" Parteien wie dem neofaschistischen *Movimento Sociale Italiano (MSI)* (Ignazi & Ysmal, 1992).

Eine vierte Phase der radikalen Rechten in Europa tritt in den 2000er- und 2010er-Jahren auf. In dieser Phase wurden einige neue Parteien wie die deutsche *Alternative für Deutschland (AfD)* gegründet, und einige andere erreichten einen nie dagewesenen Aufstieg. Einigen Parteien gelang es, sich als kleinere Koalitionspartner an Regierungen zu beteiligen: zum Beispiel die *Dänische Volkspartei* (*Dansk Folkeparti*), die Norwegische *Fortschrittspartei* (*Fremskrittspartiet)* und die *Freiheitliche Partei*

Österreichs (FPÖ). Andere spielten sogar eine dominante Rolle in Regierungen (italienische *Lega*). Der Begriff „rechtspopulistisch“ hat sich bei der Beschreibung dieser Parteien durchgesetzt.

Ein wichtiger Wendepunkt während dieser Phasen war das neue Leitbild der rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa, das in den 1970er-Jahren begann und 1984 mit dem französischen *Front National* seinen Durchbruch bei den Wahlen erlebte. Für Rydgren (2005) beinhaltete der neue Rahmen einen Populismus, der sich gegen das politische Establishment richtete, und diese Parteien konnten mit fremdenfeindlichen, einwanderungsfeindlichen Einstellungen und politischer Unzufriedenheit mobilisieren, ohne als rassistische Antidemokraten stigmatisiert zu werden. Der Erfolg des *Front National* setzte einen Prozess der länderübergreifenden Verbreitung in Westeuropa in Gang, wobei das verbreitete Konzept an die spezifischen soziopolitischen Kontexte angepasst wurde. Für Rydgren hat die Entstehung ähnlicher Parteien weniger mit strukturellen Nachfragefaktoren zu tun, die verschiedene politische Systeme in ähnlicher Weise beeinflussen, als vielmehr mit der länderübergreifenden Verbreitung von Frames, Ideen und Praktiken, die durch länderübergreifende politische Möglichkeiten und Variationen ergänzt werden. Insgesamt verlor die Dimension der sozioökonomischen Spaltung an Bedeutung, während die soziokulturelle Dimension an Bedeutung gewann, und die Politisierung der Einwanderungsfrage war besonders wichtig (Rydgren, 2005).

In der Geschichte des Rechtsextremismus in Europa spielten *paramilitärische Organisationen* und Untergrundzellen eine wichtige Rolle. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg zogen sie kleine, aber aggressive Gruppen in Italien (wie *Ordine Nuovo* und *Nuclei Armati Rivoluzionari*) und in Deutschland (wie *Wehrsportgruppe Hoffmann* und *Nationalsozialistischer Untergrund*) an, die eine beträchtliche Zahl von Todesopfern forderten.

6.4.2 Mittel- und Osteuropa: Von alten historischen Überbleibseln zum jüngeren Systemwandel

Mittel- und Osteuropa ist eine Region, die von verschiedenen Autoren unterschiedlich definiert wird (vgl. Okey, 1992). Aus pragmatischen Gründen beziehen wir uns in diesem Buch auf eine Region von

Ostdeutschland bis Russland und von Estland bis Bulgarien.

Analysen der radikalen Rechten in diesen Teilen Europas sind gut beraten, sich mit den Hinterlassenschaften der Vergangenheit dieser Region zu befassen. Berglund et al. (2013) weisen darauf hin, dass diese Seite des Kontinents mindestens seit dem zehnten Jahrhundert, als sie Teil der christlichen europäischen Zivilisation wurde, eine Schnittstelle zwischen Ost und West war. Mit dem Beginn der Proto-Industrialisierung im 15. und 16. Jahrhundert vergrößerte sich der Abstand zum Westen, und die meisten Teile der Region blieben an der Peripherie des europäischen Wirtschaftssystems. In politischer Hinsicht war der östliche Teil eine Übergangszone zwischen der westlichen Tradition der Machtteilung und der östlichen Tradition der Machtkonzentration, die mit der Grenze zwischen westlichem und östlichem Christentum zusammenfiel. Die westliche Tradition war in den Gebieten am stärksten, die die Traditionen des römischen Rechts, des Feudalismus, des Luthertums und des relativ frühen nationalen Erwachens teilten. Die östliche Tradition war am stärksten in Gebieten mit einem byzantinischen Erbe und einst unter osmanischer Herrschaft mit alten lokalen Autoritätsbeziehungen wie Verwandtschaft und Klientelismus. Die praktische Anwendung des nationalen Selbstbestimmungsrechts im östlichen Teil Europas seit 1919 führte zu neuen inner- und zwischenstaatlichen Konflikten mit wenig Schutz für die Minderheiten. Deutsche und Magyaren in der Tschechoslowakei, Ukrainer, Deutsche und Juden in Polen sowie Magyaren, Juden und Ukrainer in Rumänien erlebten Ausbrüche von Schikanen oder Verfolgung. Nationalismus und Irredentismus blieben in der Zwischenkriegszeit in Mittel- und Osteuropa ein beherrschendes Thema. Daher war die Parteibildung in dieser Region nach der Unabhängigkeit in erster Linie durch ethnische Zugehörigkeit und erst in zweiter Linie durch Klasse, Ideologie und Religion gekennzeichnet. Die Region erlebte zwischen den beiden Weltkriegen auch keine soziale und politische Regeneration. Der Zweite Weltkrieg, der nationalsozialistische deutsche Vernichtungskrieg gegen Juden, andere Minderheiten und nationale Eliten, die Kollaboration von Teilen der Bevölkerung in einigen Staaten und die sowjetische Besatzung nach dem Krieg haben die Nationalstaaten Mittel- und Osteuropas mit neuen Grenzen, Bevölkerungstransfers und Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Systeme nachhaltig geprägt. Unter der sowjetischen Herrschaft gab es wenig Raum für politischen Pluralismus, da die Sozialdemokraten gezwungen waren, mit den Kommunisten zu fusionieren, und nicht-sozialistische Parteien von den Kommunisten infiltriert oder

verboten wurden. Nach seiner Unterdrückung durch den deutschen Nationalsozialismus und den sowjetischen Kommunismus blieb der Nationalismus schließlich eine treibende Kraft in der Region (Berglund et al., 2013, S. 16–31), anfangs verbunden mit dem Versprechen des Liberalismus.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Verbündeten lebte die populistische radikale Rechte in Mittel- und Osteuropa wieder auf und schien durch eine Kombination alter und neuer Faktoren und Politiken „Merkmale *sui generis*" zu haben. Erstens gab es Überbleibsel aus der Vergangenheit: Einige rechtsradikale Gruppen in Ostmitteleuropa und der ehemaligen Sowjetunion existierten bereits in der Zwischenkriegszeit und während des Spätsozialismus. Zweitens gab es ein leninistisches Erbe mit einer Geschichte von sich gegenseitig verdächtigenden Gesellschaften, von Rückständigkeit, Viktimisierung und Intoleranz, von zentralisierten Staaten und Kommandowirtschaften. Minkenberg (2009) bezeichnete das Konzept des Erbes jedoch als „ziemlich schlüpfrig" und räumte ein, dass die Debatte darüber, ob das kommunistische Erbe für die politische Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Staaten wichtiger sei als das vorkommunistische, noch nicht abgeschlossen sei. Darüber hinaus formulierte Pirro treffend: „Während die populistische radikale Rechte in Westeuropa auf die Revolution von 1968 reagiert, ist die populistische radikale Rechte in Mittel- und Osteuropa auf die Umwälzungen von 1989 zurückzuführen" (Pirro, 2015, S. 9).

In Osteuropa führte der Untergang der sozialistischen autoritären Regime im Jahr 1989 nicht unbedingt in allen Ländern zu einer umfassenden und dauerhaften Demokratisierung, sondern in mehreren Fällen zu neuen autoritären Regimen, die von Ideologien eines „ausgrenzenden Ultranationalismus" geleitet wurden (Minkenberg, 2015, S. 2, 45). Andererseits hatten die Menschen in diesem Teil Europas nach 1989 hohe Erwartungen. Doch für Teile der Bevölkerung blieben die versprochenen Vorteile der Modernisierung unerfüllt. Infolgedessen wurden sie Opfer einer Art „Modernisierungsfalle" (Wahl, 1989) mit Reaktionen zwischen Frustration, Angst und Aggression, die einen fruchtbaren Boden für die radikale Rechte bildeten. Diese Kombination aus hohen Erwartungen und hoher Unzufriedenheit in den Jahren nach 1989 wurde von Williams anhand von Daten aus der Eurobarometer-Umfrage für Mittel- und Osteuropa von 1996 nachgewiesen. Er fand ein hohes Maß an Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Demokratie, des Marktes und der allgemeinen Richtung des Wandels in verschiedenen postsozialistischen Staaten (am negativsten in Russland, wo 86 Prozent mit der Entwicklung

der Demokratie und 65 Prozent mit der Marktwirtschaft unzufrieden waren). Da die Erwartungen der Öffentlichkeit nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme hoch waren, aber viele Versprechen unerfüllt blieben, konnte die radikale Rechte diese Gegenreaktion nutzen (Williams, 1999, S. 33).

Weinberg zufolge hatten bereits die alten kommunistischen Regimes nationalistische Gefühle und fremdenfeindliche Vorurteile unter dem Deckmantel des marxistischen Internationalismus versteckt. Die Kontinuitäten waren im Osten stärker als im Westen, wo die Verbindung zwischen Nationalismus und territorialer Kontrolle, Krieg oder Imperium aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden ist. In Osteuropa ähneln einige nationalistische und neonazistische Gruppen und Bewegungen ihren Vorgängern aus der Zwischenkriegszeit (Weinberg, 2013, S. 2–7). Seit den 1990er-Jahren ergaben Umfragen in den osteuropäischen Ländern eine starke Neigung zu rechtsradikalen Ideologien wie Antisemitismus (am stärksten in Polen), Vertrauen in einen Führer statt in ein Parlament und Legitimierung einer Diktatur unter bestimmten Umständen (am stärksten in Russland und Bulgarien) (Minkenberg, 2002, S. 64).

Bustikova und Kitschelt führten eine Studie in Osteuropa durch, in der sie die Hypothese aufstellten, dass wirtschaftliche Missstände, gepaart mit ethnischen und soziokulturellen Merkmalen des Parteienwettbewerbs, ein wichtiger Faktor für den Erfolg rechtsradikaler Parteien sind. Darüber hinaus nahmen diese Wissenschaftler Intoleranz gegenüber soziokulturellem „Anderssein" als gegeben an und gingen davon aus, dass die Politisierung dieser Einstellungen während kritischer Ereignisse stattfand, wenn der „Andere" zum Sündenbock für die wirtschaftliche Misere wurde. Für diese Autoren waren wirtschaftliche Ressentiments, die aus dem Abbau des Sozialstaates in Osteuropa seit Ende der 1990er-Jahre herrührten, der Auslöser für ausgrenzende Appelle der Parteien an die Wähler. Darüber hinaus unterschieden die Autoren zwischen einem Erbe des „national-anpassungsfähigen Kommunismus" und einem Erbe des „patrimonialen Kommunismus". Länder mit einem Erbe des national-anpassungsfähigen Kommunismus (z. B. Sowjetunion, Jugoslawien) begannen Mitte der 1980er-Jahre, Zugeständnisse zu machen, indem sie eine relative Toleranz gegenüber der Meinungsfreiheit, marktorientierte Wirtschaftsreformen und Bemühungen um einen nationalen Konsens zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten an den Tag legten. Sie federten die Verlierer der Reformen durch ihre relativ großzügigen Wohlfahrtsstaaten ab. In diesen Ländern war das Potenzial für rechtsradikale Parteien begrenzt. In Staaten mit einem bürokratisch-

autoritären oder patrimonialen Erbe und einer postkommunistischen parteipolitischen Polarisierung (z. B. Tschechoslowakei, Ostdeutschland) waren die kommunistischen Parteien bei den Wahlen nach 1989 jedoch erfolgreich. In diesen Staaten entwickelten die Nachfolger der kommunistischen Parteien oder die neuen rechten Parteien „rot-braune" autoritäre und ausgrenzende Appelle, die oft mit einer marktfeindlichen Haltung verbunden waren. Stark polarisierte patrimoniale Regime mit hoher Ungleichheit als Folge eines raschen Abbaus des Wohlfahrtsstaates waren der fruchtbarste Nährboden für die radikale Rechte. Eine zweite Konstellation in postkommunistischen Ländern mit einem Erbe des „Patrimonialkommunismus" brachte inkonsequente, partielle Wirtschaftsreformen, Parteipolarisierung, häufige Regierungswechsel mit einem Zusammenbruch der sozialen Sicherheit (entwertete Renten, Defizite bei Bildungs- und Gesundheitsdiensten). Dies schuf eine politische Atmosphäre, in der rechtsradikale Parteien Erfolg haben konnten (Bustikova & Kitschelt, 2009).

Minkenberg betont, dass die meisten Länder Mittel- und Osteuropas im Gegensatz zu Westeuropa junge Demokratien sind; nur die Tschechoslowakei hatte in der Zwischenkriegszeit eine längere Phase der Demokratie. Nach dem Ende des Warschauer Paktes gab es in diesem Teil Europas fluidere Parteiensysteme mit schwankenden Wahlergebnissen. Die Grenzen zwischen rechtsradikalen Bewegungen und rechtsradikalen Parteien sowie zwischen der radikalen Rechten und dem rechten Mainstream waren durchlässig. Rechtsradikale Parteien in Osteuropa bekämpften die neue neoliberale Ordnung *und* die Überreste des Staatssozialismus, aber lange Zeit gab es kein Einwanderungsthema. Der Übergang zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft schuf eine bis dahin unbekannte Kluft zwischen Arm und Reich. In der sozialistischen Periode kultivierten die Staaten den Nationalismus, und diese Tradition setzte sich auch nach dem Wechsel des politischen Regimes als Teil des Mainstreams fort. Statt gegen Einwanderer richtete sich die Fremdenfeindlichkeit gegen nationale Minderheiten, und die Nationalisten erinnerten sich an „verlorene Gebiete" in den Nachbarländern. Die rechtsradikalen Parteien waren extremer als ihre westlichen Pendants. Aufgrund dieser Unterschiede zu den westeuropäischen Ländern schlägt Minkenberg verschiedene Kontextvariablen für die Analyse der radikalen Rechten in Osteuropa vor, die sich auf die Geschichte und den Grad der sozialen Transformation konzentrieren. In Russland, Rumänien und in jüngerer Zeit auch in Bulgarien gab es eine faschistisch-autokratische Rechte, die von den Diktaturen der Zwischenkriegszeit inspiriert und mit den

„Nationalkommunisten“ verbunden war. Insbesondere in Ungarn und der Tschechischen Republik gab es eine ethnozentrische, rassistische Rechte, die den territorialen Revisionismus unterstützte. In Polen war die radikale Rechte vom katholischen Fundamentalismus beeinflusst (Minkenberg, 2011, 2013). In Osteuropa könnte der Populismus gefährlicher sein als in Westeuropa, wie von Beyme (2015) erwähnt. Er stellt unter anderem fest, dass es weitgehend keine stabilen Parteiensysteme, eine hohe Volatilität bei Wahlen und einen unvollendeten institutionellen Aufbau gibt.

Die Wählerstimmen für rechtsradikale Parteien sind heutzutage in Mittel- und Osteuropa noch recht unbeständig. In einigen Ländern sind solche Parteien derzeit eher klein, zum Beispiel in der Slowakei, Litauen und Estland. In anderen Ländern jedoch stellen rechtsradikale Parteien die Regierung, wie die polnische Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS)* und die ungarische *Fidesz-Bürgerallianz* (*Fidesz-Magyar Polgári Szövetség*). Beide Regierungen begannen mit dem Abbau grundlegender demokratischer Rechte wie der Pressefreiheit und des Justizsystems.

In den heutigen mittel- und osteuropäischen Ländern (einschließlich der neuen EU-Mitgliedstaaten) sind die Aktivitäten *paramilitärischer Einheiten* im Vergleich zu Westeuropa ein viel wichtigerer Bestandteil der rechtsextremen Politik. Ihre Wurzeln liegen in den nationalistischen Bewegungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als sie als Verteidiger nationaler Interessen auf ethnischer Grundlage angesehen wurden und sich gegen den Staat und andere ethnische Gruppen stellten. Ein Beispiel dafür ist die 1862 gegründete tschechische Organisation *Sokol (Falke),* die das Entstehen ähnlicher Bewegungen in Österreich-Ungarn und anderen slawischen Staaten beeinflusste. Die Hauptidee von *Sokol* war der tschechische Nationalismus und Panslawismus, und die Organisation wurde von den Freiwilligengruppen aus der Zeit des *Risorgimento*, den *Camicie Rosse (Rothemden)* von Garibaldi und dem deutschen *Turnverein* inspiriert, einer Bewegung, die die Idee der körperlichen Fitness als Teil des Freiheitskampfes gegen die napoleonische Besetzung Deutschlands förderte (Mareš & Stojar, 2012; Wedemeyer, 1999).

Auch beim Zerfall Jugoslawiens spielten verschiedene paramilitärische Gruppen eine wichtige Rolle. Nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine im Jahr 1991 erlebte auch dieses Land den Aufstieg paramilitärischer Bewegungen. Die *Ukrainische Volksselbstverteidigung (Українська Народна Самооборона, UNSO)* entstand im August 1991 und erreichte eine Mitgliederzahl von mehreren tausend. Eine ihrer ersten Aktionen war die Entsendung von „Freiwilligen“ nach Moldawien im Jahr

1992 zum Schutz der ukrainischen Minderheit in der Region (Solchanyk, 2010). Nach dem Beginn der pro-europäischen ukrainischen Bewegung *Euromaidan* im Jahr 2013 wurden ihre Proteste von einigen rechtsextremen und gewalttätigen Gruppen wie dem *Rechten Sektor (Правий сектор)*, einer politischen Partei und paramilitärischen Organisation, begleitet. Bei Wahlen war diese Partei nicht erfolgreich, aber ein Freiwilligenbataillon des Rechten Sektors kämpfte im Krieg gegen prorussische Kräfte in der Ostukraine (Shekhovtsov & Umland, 2014). Ein weiteres Beispiel ist die paramilitärische *(Neue) Ungarische Garde* (*Magyar Gárda*) in Ungarn, die eng mit der rechtsextremen Partei *Jobbik*, der *Bewegung für ein besseres Ungarn* (*Jobbik Magyarországért Mozgalom*), verbunden ist.

Alles in allem waren die historischen und gegenwärtigen Bedingungen für die Entwicklung der radikalen Rechten in den verschiedenen Teilen Europas recht unterschiedlich, was zu einer Vielzahl politischer Phänomene geführt hat.

6.5 Zwischenergebnisse: Die radikale Rechte in Europa

Die Kap. 5 und 6 befassten sich mit den Ausprägungen der radikalen Rechten in west-, mittel- und osteuropäischen Ländern, ihren *Erscheinungsformen*, die von politischem Populismus bis hin zu Extremismus und Terrorismus reichen, ihren sozioökonomischen, kulturellen und politischen *Faktoren*, der Rolle der *Medien* und anderer Interpreten der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie der *Geschichte* dieser Regionen.

Was die *Erscheinungsformen* der radikalen Rechten betrifft, so war der *Wahlerfolg* der populistischen, radikalen und rechtsextremen Parteien in den europäischen Ländern recht unterschiedlich, und in den letzten Jahrzehnten gab es erhebliche zeitliche Schwankungen. Insgesamt hat ihr Erfolg in den letzten Jahren in vielen Teilen des Kontinents zugenommen. In einigen Ländern wurden Regierungen mit rechtsradikalen Parteien gebildet oder zumindest von ihnen unterstützt. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 errangen populistische und rechtsextreme Parteien gut ein Fünftel der Sitze. Neben politischen Parteien manifestiert sich die radikale Rechte in Europa in sozialen Bewegungen und Gruppen, die in unterschiedlichem Maße soziale Diskriminierung und Gewalt ausüben.

Bei einem Vergleich der verschiedenen Regionen Europas haben internationale Umfragen ergeben, dass die Menschen in Mittel- und Osteuropa in den letzten Jahrzehnten weniger zufrieden waren als die Bürger im Westen. Viele Europäer haben das Gefühl, dass sie von den Politikern ignoriert werden. Darüber hinaus gibt es eine breite Ablehnung von Einwanderern und Asylbewerbern, eine Haltung, die von der radikalen Rechten ausgenutzt und genährt wird. Während die Verbreitung antisemitischer Einstellungen von Land zu Land unterschiedlich ist, war Islamophobie in Europa schon weit verbreitet, bevor Mitte der 2010er-Jahre eine große Zahl von Flüchtlingen und Einwanderern aus Asien und Afrika auf den Kontinent kam. Autoritäre Ansichten und fremdenfeindliche Aggressivität sind in Mittel- und Osteuropa stärker verbreitet als im Westen.

Was die verschiedenen *Faktoren* betrifft, die den Erfolg der radikalen Rechten beeinflussen könnten, so gibt es in der Politikwissenschaft eine anhaltende Debatte darüber, ob *nachfrage*- oder *angebotsseitige Faktoren* mehr zum Erfolg dieser Parteien und Bewegungen in Europa beitragen: Sind es die rasante Globalisierung und ihre angstauslösenden Auswirkungen auf den Status und die Gefühle der Menschen, die für die Nachfrage nach rechtsradikalen Ideologien ausschlaggebend sind? Oder ist es die Struktur eines politischen Systems mit Regierungen und etablierten Parteien, die offensichtlich nicht in der Lage sind, wirtschaftliche und soziale Probleme zu bewältigen, die Chancen für rechtsradikale Parteien und ihr Angebot an Ideologien bietet, die einfache Lösungen vorschlagen? Eine umfassende Analyse auf der Grundlage empirischer Studien vermeidet ein solches Henne-Ei-Problem und berücksichtigt die interagierenden Faktoren beider Seiten.

Auf der *Nachfrageseite* ergaben Studien über die Motive von *Wählern* der radikalen Rechten ein Bündel von Emotionen und Gründen, in deren Mittelpunkt die Angst vor gesellschaftlichen Veränderungen, Feindseligkeit gegenüber Migranten, Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien, politisches Misstrauen, Protest gegen das politische Establishment und soziale Desintegration stehen, die durch Nationalismus und Widerstand gegen (post-)moderne Lebensstile (z. B. offene Homosexualität) kompensiert werden, während wirtschaftliche Interessen oft nicht sehr stark betont werden. Selbst Bürger mit gesichertem Lebensunterhalt wählten solche Parteien. Kritische und enttäuschte Bürger wurden zu wichtigen Akteuren auf der politischen Bühne. Die empirischen Befunde zeichnen ein vielschichtiges Bild:

- *Sozioökonomische Faktoren* wurden in einigen Studien als

zufriedenstellende Erklärung für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Präferenzen für die radikale Rechte anerkannt, in anderen jedoch nicht. In einigen Ländern, aber nicht in allen, korrelierte ein niedriges *Einkommen* mit der Feindseligkeit gegenüber schwachen Gruppen. Paradoxerweise wählten Personen, die eine *Einkommensumverteilung* ablehnten, mit größerer Wahrscheinlichkeit rechtsradikale Parteien. Dies könnte die heterogene sozioökonomische Zusammensetzung der Wählerschaft dieser Parteien widerspiegeln. Oft ist es nicht die tatsächliche Arbeitslosigkeit, sondern die *Furcht vor Arbeitslosigkeit*, die die Wähler zur radikalen Rechten treibt. Auf der einen Seite gibt es Personen, die ihren *erreichten sozioökonomischen Status* gegen neue globale, wirtschaftliche Entwicklungen und Einwanderer verteidigen wollen (Wohlstandschauvinisten), und auf der anderen Seite Personen, die *befürchten*, mit Einwanderern konkurrieren zu müssen, um *in Zukunft einen besseren Status zu erreichen*.

Unzufriedenheit mit den Lebensumständen, Gefühle der Unsicherheit und Angst sowie diverse Frustrationen scheinen Sündenbockdenken, ethnische Vorurteile und Rassismus zu nähren. Ein interessanter Eindruck ist, dass sich die politische Stimmung auch ziemlich unabhängig von „realen“ sozioökonomischen Prozessen ändern kann.

- *Demografische Faktoren* wirken sich in Europa unterschiedlich aus: Das *Geschlecht* ist für das Ausmaß von Vorurteilen gegenüber schwachen Gruppen und Rassismus eher irrelevant, aber es ist wichtig für das Verhalten an den Wahlurnen und auf der Straße: Wähler rechtsradikaler Parteien und rechtsextreme Gewalttäter sind überwiegend männlich. Die Feindseligkeit gegenüber schwachen Gruppen nimmt meist mit dem *Alter* zu, aber in einigen Ländern zeigen auch junge Menschen eine Tendenz zu Rassismus, Antisemitismus und Antiislamismus. Ein niedrigeres *Bildungsniveau* wird mit einem höheren Maß an ethnischen Vorurteilen in Verbindung gebracht, aber die Auswirkungen des mittleren Bildungsniveaus sind nicht sehr unterschiedlich. Die Tatsache, dass es in der Nachbarschaft oder in der Region *Einwanderer* gibt, fördert in einigen Ländern die Unterstützung für die radikale Rechte, in anderen nicht. Rassismus und Hass können jedoch auch unabhängig von der objektiven Existenz von Einwanderern in der Nachbarschaft wirksam sein. Auch hier kann die soziale und politische Stimmung von den objektiven Parametern des gesellschaftlichen Lebens abweichen, z. B. ausgelöst durch dramatisierende Interpretationen gesellschaftlicher Prozesse durch Medien, einschließlich des Internets, und Politiker.

- *Kulturelle Faktoren* auf der makrosozialen Ebene, wie z. B. die *Religion*, scheinen keine entscheidenden Prädiktoren für rechtsradikale Wahlen in europäischen Staaten zu sein. Islamfeindlichkeit ist in den meisten Ländern weit verbreitet, unabhängig von der eigenen Religion oder der religiösen Praxis der Menschen. Auf individueller Ebene ist es wahrscheinlicher, dass nicht-religiöse Menschen und solche, die nicht in die Kirche gehen, für die radikale Rechte stimmen, abgesehen von Osteuropa. Auf der anderen Seite fördert eine starke *Religiosität* tendenziell Vorurteile gegenüber anderen Gruppen. Insgesamt scheint die Religiosität einen U-förmigen Einfluss auf rechtsradikale Einstellungen zu haben: Atheisten *und* religiöse Fundamentalisten lehnen den Pluralismus eher ab und sind politisch radikaler.

Was die Variablen der *Angebotsseite* betrifft, die rechtsradikale Ideologien befeuern, so scheinen sich die etablierten Parteien in Europa in den letzten Jahren mehr nach rechts bewegt zu haben, möglicherweise beeinflusst durch den Erfolg rechtsradikaler Parteien. Andere Beobachter konnten solche Einflüsse jedoch nicht feststellen. Empirische Befunde bieten mehr Erkenntnisse über angebotsseitige Faktoren wie die politischen Systeme und die politischen Kulturen sowie über die Medien:

- In *politischen Systemen* mit fließenden Grenzen zwischen radikalen und gemäßigten politischen Parteien (z. B. ohne *Cordon sanitaire*, keine Wählerbindung), wie sie in Osteuropa häufiger anzutreffen sind, konnte die radikale Rechte mehr Einfluss auf den öffentlichen Diskurs gewinnen. Eine Kombination aus *einwanderungsfeindlicher Politik*, *freier Marktwirtschaft* und *charismatischen Führungspersönlichkeiten* erwies sich als attraktiv für die Wähler der radikalen Rechten. Eine angemessene *Sozialpolitik* und das Vorhandensein rechtsgerichteter Mainstream-Parteien scheinen jedoch die Unterstützung für rechtsradikale Parteien zu verringern.
- *Politische Kulturen* mit autoritären und ethno-nationalistischen Traditionen (vor allem in Mittel- und Osteuropa) können autoritäre Systeme mit starken Führern am Leben erhalten, die soziale Spannungen schüren und sich gegen Einwanderer und gesellschaftliche Minderheiten aussprechen – was rechtsradikalen Parteien zu Stimmengewinnen verhilft.
- Dramatisierende *Medienberichte* und Internetkommunikation über Flüchtlingswellen und illegale Migration nach Europa haben in der Öffentlichkeit Misstrauen und mangelndes Vertrauen in Politiker und Regierungen hervorgerufen. Diese Prozesse sowie die Instrumente und

Mechanismen der Medien werden von der radikalen Rechten für ihre einwanderungsfeindliche Propaganda ausgenutzt. Gleichzeitig beschuldigt die radikale Rechte Teile der etablierten Medien, Informationen zu verbergen oder zu verzerren, um „politisch korrekt" zu sein, d. h. sich an demokratische und humanitäre Regeln zu halten. Andererseits waren die Reden charismatischer Führer der radikalen Rechten bei Journalisten, die auf der Suche nach dramatischen Geschichten und Verkaufszahlen oder Klicks waren, sehr willkommen.

- Die radikale Rechte hat ihre *eigenen Massenmedien*, darunter Zeitschriften, Radiosender, Internetplattformen usw., die das Agenda-Setting unterstützen. Da anonyme Blogs und Leserbriefe im Internet im Allgemeinen voller unbewiesener und gefälschter Nachrichten, Verschwörungstheorien und Aggressivität sind, ist es nicht überraschend, dass rechtsradikale Kommunikation in diesem Medium einen fruchtbaren Nährboden findet.

Was die *europäische Geschichte* betrifft, so waren der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts in mehreren europäischen Ländern Vorbilder für die extreme Rechte. Nach dem Zweiten Weltkrieg knüpften nur wenige politische Parteien und Bewegungen an diese Traditionen an. Vielmehr wurden neue Arten von Parteien und Organisationen mit weniger antidemokratischen, rassistischen und mehr ethnopluralistischen, populistischen und anti-elitären Ideologien gegründet – mit unterschiedlichem Erfolg.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen West-, Mittel- und Osteuropa ergibt sich aus der unterschiedlichen ethno-demografischen Geschichte. Die westlichen Länder haben sich durch Zuwanderung in den letzten Jahrzehnten zu multikulturellen Gesellschaften entwickelt. Im Gegensatz dazu gab es in vielen mittel- und osteuropäischen Staaten kaum Zuwanderung, sondern ein historisches Erbe von anhaltendem Nationalismus, ethnischen Minderheiten und ethnischen Konflikten. Diese divergierende Geschichte führte zu unterschiedlichen Erklärungen für die radikale Rechte in Ost und West. Zu den Theorien über Westeuropa gehören Faktoren wie Wirtschaftskrisen, Globalisierung und ausgedehnte Migrationsprozesse. In Mittel- und Osteuropa betonen die Theorien die Veränderungen innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Systeme, die soziale und kulturelle Veränderungen und Bedrohungen auslösen. Diese Prozesse und ihre Folgen wurden von der radikalen Rechten dramatisiert und führten dazu, ethnische und andere soziale Minderheiten zum Sündenbock zu machen und die etablierten politischen Eliten zu kritisieren.

Langfristig könnten die rechtsradikalen Parteien in Europa jedoch auch an Grenzen stoßen. Sie sind anfälliger für starke Leitfiguren oder charismatische Führer als andere Parteien. Wenn charismatische Führer sterben oder stürzen, können solche Parteien leicht die Zustimmung ihrer Wähler verlieren. Darüber hinaus kommt es häufig zu Machtkämpfen zwischen verschiedenen Führern und Fraktionen, die manchmal in der Abspaltung von Teilen einer Partei enden (z. B. bei der *Alternative für Deutschland, AfD*), was die Attraktivität solcher Parteien verringern kann.

Die radikale Rechte war und ist bisher in Europa an einer ganzen Reihe von Regierungen beteiligt. In einigen anderen Ländern unterstützt sie teilweise Regierungen aus der Opposition heraus. Längere Zeit haben gemäßigtere Parteien in etlichen Ländern einen *Cordon sanitaire* gegen die radikale Rechte gebildet. Diese Abgrenzung bröckelt. Deshalb wird es von Interesse sein, wie die regierenden radikalen Parteien, aber auch alle anderen in den verschiedenen Teilen Europas ihre Arbeit auch in Krisenzeiten machen – und wie die Öffentlichkeit das beurteilt.

Literatur

Adida, C. L., Laitin, D. D., & Valfort, M. A. (2016). *Why Muslim integration fails in Christian-heritage societies*. Harvard University Press.

Aitamurto, K., & Simpson, S. (2014). *Modern pagan and native faith movements in central and Eastern Europe*. Routledge.

Ajanovic, E., & Sauer, B. (2014). The rise of racism across Europe. In M. Sedmak, Z. Medarié & S. Walker (Hrsg.), *Children's voices. Studies of interethnic conflict and violence in European schools* (S. 17–32). Routledge.

Akkerman, T., & Rooduijn, M. (2015). Pariahs or partners? Inclusion and exclusion of radical right parties and the effects on their policy positions. *Political Studies, 63*(5), 1140–1157.

Akkerman, T., de Lange, S. L., & Rooduijn, M. (2016). Inclusion and mainstreaming? Radical right-wing populist parties in the new millennium. In T. Akkerman, S. L. de Lange & M. Rooduijn (Hrsg.), *Radical right-wing populist parties in western Europe: Into the mainstream?* Routledge.

Allen, T. J. (2017). All in the party family? Comparing far right voters in western and post-communist Europe. *Party Politics, 23*(3), 274–285.

Almond, G. A., & Verba, S. (1963). *The civic culture: Political attitudes and democracy in five nations*. Princeton University Press.

Anastasakis, O. (2000). *Extreme right in Europe: A comparative study of recent trends*. The Hellenic Observatory/The European institute. Discussion paper no. 3. London School of Economics & Political Science. Zugegriffen am 09.03.2019.

Arzheimer, K. (2009). Contextual factors and the extreme right vote in Western Europe, 1980–2002. *American Journal of Political Science, 53*(2), 259–275.
Arzheimer, K. (2012). Electoral sociology: Who votes for the extreme right and why – And when? In U. Backes & P. Moreau (Hrsg.), *The extreme right in Europe: Current trends and perspectives* (S. 35–50). Vandenhoeck & Ruprecht.
Bakker, B. N., Rooduijn, M., & Schumacher, G. (2013). *Following the leader or following your ideology? The case of populist radical right voting*. Paper presented at the 20th international conference of Europeanists, Amsterdam, June 25–27, 2013. http://www.bertbakker.com/wp-content/uploads/2015/01/Bakker_Rooduijn_Schumacher_PopulistVoting.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Berbuir, N., Lewandowsky, M., & Siri, J. (2015). The AfD and its sympathisers: Finally a right-wing populist movement in Germany? *German Politics, 24*(2), 154–178.
Berglund, S. (Hrsg.). (2013). *The handbook of political change in Eastern Europe*. Elgar.
Berglund, S., Ekman, J., Knutsen, T., & Aarebrot, F. (2013). The resilience of history. In S. Berglund (Hrsg.), *The handbook of political change in Eastern Europe* (S. 15–34). Elgar.
Betz, H.-G. (1993). The two faces of radical right-wing populism in Western Europe. *The Review of Politics, 55*(04), 663–686.
Betz, H.-G. (2018). The radical right and populism. In J. Rydgren (Hrsg.), *The Oxford handbook of the radical right* (S. 86–104). Oxford University Press.
von Beyme, K. (2015). Transforming transformation theory. In M. Minkenberg (Hrsg.), *Transforming the transformation? The East European radical right in the political process* (S. 13–26). Routledge.
Boberg, S., Quandt, T., Schatto-Eckrodt, T., & Frischlich, L. (2020). Pandemic populism: Facebook pages of alternative news media and the corona crisi – A computational content analysis. Muenster Online Research Working Paper 1/2020. https://arxiv.org/pdf/2004.02566.pdf. Zugegriffen am 16.07.2022.
Bos, L., Van der Brug, W., & de Vreese, C. H. (2013). An experimental test of the impact of style and rhetoric on the perception of right-wing populist and mainstream party leaders. *Acta Politica, 48*(2), 192–208.
Bunce, V. (2005). The national idea: Imperial legacies and post-communist pathways in Eastern Europe. *East European Politics & Societies, 19*(3), 406–442.
Bustikova, L. (2014). Revenge of the radical right. *Comparative Political Studies, 47*(12), 1738–1765.
Bustikova, L. (2018). The radical right in Eastern Europe. In J. Rydgren (Hrsg.), *The Oxford handbook of the radical right* (S. 565–581). Oxford University Press.
Bustikova, L., & Kitschelt, H. (2009). The radical right in post-communist Europe. Comparative perspectives on legacies and party competition. *Communist and Post-Communist Studies, 42*(4), 459–483.
Caiani, M., Della Porta, D., & Wagemann, C. (2012). *Mobilizing on the extreme right: Germany, Italy, and the United States*. Oxford University Press.
Capaul, R., & Ewert, C. (2021). Moderation of radical right-wing populist parties in

Western European governments – A comparative analysis. *Swiss Political Science Review, 27*(4), 778–798.
Careja, R., & Emmenegger, P. (2012). Making democratic citizens. The effects of migration experience on political attitudes in Central and Eastern Europe. *Comparative Political Studies, 45*(7), 875–902.
Cavallaro, M., & Zanetti, M. A. (2019). Divided we stand: Attitudes, social classes, and voting for the radical right after the Great Recession in Europe. *Ethnic and Racial Studies*. https://doi.org/10.1080/01419870.2019.1569701
Costa, P., & Ferreira da Silva, F. (2015). The impact of voter evaluations of leaders' traits on voting behaviour: Evidence from seven European Countries. *West European Politics, 38*(6), 1226–1250.
Davidson, N. (2014). The far-right and 'the needs of capital'. In R. Saull, A. Anievas, N. Davidson & A. Fabry (Hrsg.), *The longue durée of the far-right: An international historical sociology* (S. 129–152). Routledge.
Deegan-Krause, D. (2013). Slovakia. In S. Berglund (Hrsg.), *The handbook of political change in Eastern Europe* (S. 255–290). Elgar.
Denk, T., Christensen, H. S., & Bergh, D. (2015). The composition of political culture – A study of 25 European democracies. *Studies in Comparative International Development, 50*(3), 358–377.
Djankov, S., Nikolova, E., & Zilinsky, J. (2016). The happiness gap in Eastern Europe. *Journal of Comparative Economics, 44*(1), 108–124.
Dobbs, R., Madgavkar, A., Manyika, J., Woetzel, J., Bughin, J., Labaye, E., & Kashyap, P. (2016). *Poorer than their parents: Flat or falling incomes in advanced economies*. McKinsey Global Institute. https://www.mckinsey.com/~/media/McKinsey/Featured%20Insights/Employment%20and%20Growth/Poorer%20than%20their%20parents%20A%20new%20perspective%20on%20income%20inequality/MGI-Poorer-than-their-parents-Flat-or-falling-incomes-in-advanced-economies-Full-report.ashx. Zugegriffen am 09.03.2019.
Eatwell, R. (2003a). *Fascism: A history*. Pimlico-Random House.
Eatwell, R. (2003b). Ten theories of the extreme right. In P. H. Merkl & L. Weinberg (Hrsg.), *Right-wing extremism in the twenty-first century* (S. 47–73). Cass.
Eatwell, R. (2017). Populism and fascism. In C. R. Kaltwasser, P. A. Taggart, P. O. Espejo & P. Ostiguy (Hrsg.), *The Oxford handbook of populism* (S. 363–383). Oxford University Press.
Eberhardt, P. (2015). *Ethnic groups and population changes in twentieth century Eastern Europe: History, data and analysis*. Routledge.
Eco, U. (1995, June 22). Ur-fascism. *The New York Review of Books*. http://www.nybooks.com/articles/1995/06/22/ur-fascism/. Zugegriffen am 09.03.2019.
Eger, M. A., & Valdez, S. (2014). Neo-nationalism in Western Europe. *European Sociological Review, 31*(1), 115–130.
Ellinas, A. (2010). *The Media and the far right in Western Europe. Playing the nationalist card*. Cambridge University Press.
European Commission. (1997). *Racism and xenophobia in Europe. Eurobarometer*

opinion poll no 47.1. First results. European Commission. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_113_en.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Forchtner, B., Krzyżanowski, M., & Wodak, R. (2013). Mediatization, right-wing populism and political campaigning: The case of the Austrian freedom party. In M. Ekström & A. Tolson (Hrsg.), *Media talk and political elections in Europe and America* (S. 205–228). Palgrave Macmillan.
Grabka, M. M., Goebel, J., Schröder, C., & Schupp, J. (2016). Shrinking share of middle-income group in Germany and the US. *DIW Economic Bulletin, 6*(18), 199–210.
Grande, E. (2000). Charisma und Komplexität: Verhandlungsdemokratie, Mediendemokratie und der Funktionswandel politischer Eliten. *Leviathan, 28*(1), 122–141.
Grumke, T., & Wagner, B. (Hrsg.). (2002). *Handbuch Rechtsradikalismus: Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*. Leske + Budrich.
Halla, M., Wagner, A. F., & Zweimüller, J. (2013). *Immigration and voting for the extreme right*. Working paper no. 83 (rev). Department of Economics, University of Zurich. http://www.econstor.eu/bitstream/10419/92390/1/773018859.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Harteveld, E., Van Der Brug, W., Dahlberg, S., & Kokkonen, A. (2015). The gender gap in populist radical-right voting: Examining the demand side in Western and Eastern Europe. *Patterns of Prejudice, 49*(1–2), 103–134.
Helbling, M. (2014). Framing immigration in Western Europe. *Journal of Ethnic and Migration Studies, 40*(1), 21–41.
Holt, K., & Lundell, P. (2015). *Mistrusting the media – Now and then: A historical comparison of far right media criticism in Sweden. Political agency in the digital age. Media, participation and democracy*. ECREA communication and democracy conference, October 9–10, 2015. Copenhagen Business School. http://lnu.diva-portal.org/smash/record.jsf?pid=diva2%3A908365&dswid=7368. Zugegriffen am 09.03.2019.
Hooghe, M., & de Vroome, T. (2015). How does the majority public react to multiculturalist policies? A comparative analysis of European countries. *American Behavioral Scientist, 59*(6), 747–768.
IFOP. (2016). *Regards croisés sur l'Islam en France et en Allemagne*. IFOP pour Le Figaro. https://www.ifop.com/publication/regards-croises-sur-lislam-en-france-et-en-allemagne/. Zugegriffen am 09.03.2019.
Ignazi, P., & Ysmal, C. (1992). New and old extreme right parties. *European Journal of Political Research, 22*(1), 101–121.
Immerzeel, T., Jaspers, E., & Lubbers, M. (2013). Religion as catalyst or restraint of radical right voting? *West European Politics, 36*(5), 946–968.
Inglehart, R., & Norris, P. (2016). *Trump, Brexit, and the rise of populism: Economic have-nots and cultural backlash*. Paper for the roundtable on "Rage against the machine: Populist politics in the U.S., Europe and Latin America", 2 September 2016, Annual meeting of the American Political Science Association,

Philadelphia. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2818659. Zugegriffen am 09.03.2019.
Inglehart, R., & Welzel, C. (2005). *Modernization, cultural change, and democracy: The human development sequence*. Cambridge University Press.
Ivaldi, G., & Zaslove, A. (2015). L'Europe des populismes: Confluences et diversité. *Revue Européenne des Sciences Sociales, 53*(1), 121–155.
Kaltwasser, C. R., Taggart, P., Espejo, P. O., & Ostiguy, P. (2017). Populism. An overview of the concept and the state of the art. In C. R. Kaltwasser, P. A. Taggart, P. O. Espejo & P. Ostiguy (Hrsg.), *The Oxford handbook of populism* (S. 1–24). Oxford University Press.
Kane, C. (2016). *Attitudes, ideology, and support for the radical right in Europe*. Paper 23rd international conference of Europeanists. Council for European Studies. https://ces.confex.com/ces/2016/webprogram/Paper13319.html. Zugegriffen am 09.03.2019.
Kehrberg, J. E. (2015). The demand side of support for radical right parties. *Comparative European Politics, 13*(5), 553–576.
Kessler, A. E., & Freeman, G. P. (2005). Support for extreme right-wing parties in Western Europe: Individual attributes, political attitudes, and national context. *Comparative European Politics, 3*(1), 261–288.
Kitschelt, H. (2007). Growth and persistence of the radical right in postindustrial democracies: Advances and challenges in comparative research. *West European Politics, 30*(5), 1176–1206.
Kitschelt, H., & McGann, A. J. (1995). *The radical right in western Europe. A comparative analysis*. University of Michigan Press.
Klapsis, A. (2015). *An unholy alliance: The European far right and Putin's Russia*. Wilfried Martens Centre for European Studies.
Koev, D. (2015). Interactive party effects on electoral performance how ethnic minority parties aid the populist right in Central and Eastern Europe. *Party Politics, 21*(4), 649–659.
Koopmans, R. (2004). Movements and media: Selection processes and evolutionary dynamics in the public sphere. *Theory and Society, 33*(3–4), 367–391.
Koopmans, R., & Muis, J. (2009). The rise of right-wing populist Pim Fortuyn in the Netherlands: A discursive opportunity approach. *European Journal of Political Research, 48*(5), 642–664.
Kroon, A. C., Kluknavská, A., Vliegenthart, R., & Boomgaarden, H. G. (2016). Victims or perpetrators? Explaining media framing of Roma across Europe. *European Journal of Communication, 31*(4), 375–392.
Laruelle, M. (2013). Conservatism as the Kremlin's new toolkit: An ideology at the lowest cost. *Russian Analytical Digest, 138*(8), 2–4.
Liang, C. S. (2016). *Europe for the Europeans: The foreign and security policy of the populist radical right*. In C. S. Liang (Hrsg.), *Europe for the Europeans: The foreign and security policy of the populist radical right* (S. 1–32). Ashgate.
Liao, Q. V., & Fu, W. T. (2013). *Beyond the filter bubble: Interactive effects of perceived threat and topic involvement on selective exposure to information*. In

Proceedings of the SIGCHI conference on human factors in computing systems (S. 2359–2368). ACM. http://cascade.cs.illinois.edu/publication/p2359-liao.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Marchenko, A. (2016). Civic activities in Eastern Europe: Links with democratic political culture. *East European Politics, 32*(1), 12–27.
Marcinkiewicz, K., & Dassonneville, R. (2022). Do religious voters support populist radical right parties? Opposite effects in Western and East-Central Europe. *Party Politics, 28*(3), 444–456.
Mareš, M., & Stojar, R. (2012). Extreme-right paramilitary units in Eastern Europe. In A. Mammone, E. Godin & B. Jenkins (Hrsg.), *Mapping the extreme right in contemporary Europe: From local to transnational* (S. 159–172). Routledge.
Marx, K. (1971). Zur Kritik der politischen Ökonomie, Vorwort. In K. Marx & F. Engels (Hrsg.), *Werke* (Bd. 13, S. 9–11). Dietz.
McLaren, L. M. (2012). The cultural divide in Europe: Migration, multiculturalism, and political trust. *World Politics, 64*(02), 199–241.
Meyer, S., & Rosenberger, S. (2015). Just a shadow? The role of radical right parties in the politicization of immigration, 1995–2009. *Politics and Governance, 3*(2), 1–17.
Mieriņa, I., & Koroļeva, I. (2015). Support for far right ideology and anti-migrant attitudes among youth in Europe: A comparative analysis. *The Sociological Review, 63*(S2), 183–205.
Minkenberg, M. (2002). Rechtsradikalismus in Mittel-und Osteuropa. In T. Grumke & B. Wagner (Hrsg.), *Handbuch Rechtsradikalismus: Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft* (S. 61–74). Leske + Budrich.
Minkenberg, M. (2008). *The radical right in Europe: An overview*. Verlag Bertelsmann Stiftung.
Minkenberg, M. (2009). Leninist beneficiaries? Pre-1989 legacies and the radical right in post-1989 Central and Eastern Europe. Some introductory observations. *Communist and Post-Communist Studies, 42*(4), 445–458.
Minkenberg, M. (2011). The radical right in Europe today: Trends and patterns in East and West. In N. Langenbacher & B. Schellenberg (Hrsg.), *Is Europe on the "right" path? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe* (S. 37–55). Friedrich-Ebert-Stiftung.
Minkenberg, M. (2013). From pariah to policy-maker? The radical right in Europe, West and East: Between margin and mainstream. *Journal of Contemporary European Studies, 21*(1), 5–24.
Minkenberg, M. (2015). Introduction. In M. Minkenberg (Hrsg.), *Transforming the transformation? The East European radical right in the political process* (S. 1–9). Routledge.
Minkenberg, M., & Kossack, O. (2015). Conclusions. In M. Minkenberg (Hrsg.), *Transforming the transformation? The East European radical right in the political process* (S. 348–359). Routledge.
Molnár, V. (2016). Civil society, radicalism and the rediscovery of mythic

nationalism. *Nations and Nationalism, 22*(1), 165–185.
Montgomery, K. A., & Winter, R. (2015). Explaining the religion gap in support for radical right parties in Europe. *Politics and Religion, 8*(02), 379–403.
Mosimann, N., Rennwald, L., & Zimmermann, A. (2019). The radical right, the labour movement and the competition for the workers' vote. *Economic and Industrial Democracy, 40*(1), 65–90.
Mudde, C. (2010). The populist radical right: A pathological normalcy. *Eurozine*. https://www.eurozine.com/the-populist-radical-right-a-pathological-normalcy/. Zugegriffen am 09.03.2019.
Mudde, C. (2011). Radical right parties in Europe: What, who, why? *Participation, 34*(3), 12–15.
Mudde, C. (2013). Three decades of populist radical right parties in Western Europe: So what? *European Journal of Political Research, 52*(1), 1–19.
Mudde, C., & Kaltwasser, C. R. (2013). Exclusionary vs. inclusionary populism: Comparing contemporary Europe and Latin America. *Government and Opposition, 48*(02), 147–174.
Muis, J., & Immerzeel, T. (2017). Causes and consequences of the rise of populist radical right parties and movements in Europe. *Current Sociology, 65*(6), 909–930.
Norris, P. (2004). *The "new cleavage" thesis and the social basis of radical right support*. Paper for APSA panel 36-15 "the right in elections" at the annual meeting of the American political science association, September 3. Chicago. https://sites.hks.harvard.edu/fs/pnorris/Acrobat/APSA%202004%20Radical%20Right.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Nulty, P., Theocharis, Y., Popa, S. A., Parnet, O., & Benoit, K. (2016). Social media and political communication in the 2014 elections to the European Parliament. *Electoral Studies, 44*, 429–444.
Ogan, C., Willnat, L., Pennington, R., & Bashir, M. (2014). The rise of anti-Muslim prejudice: Media and Islamophobia in Europe and the United States. *International Communication Gazette, 76*(1), 27–46.
Okey, R. (1992). Central Europe/Eastern Europe: Behind the definitions. *Past & Present, 137*(1), 102–133.
Orenstein, M. A. (2014, March 25). Putin's western allies. *Foreign Affairs*. http://saintjoehigh.enschool.org/ourpages/auto/2014/3/27/36730719/14-0326%20Putin_s%20Western%20Allies.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.
Pirro, A. (2015). *The populist radical right in Central and Eastern Europe: Ideology, impact, and electoral performance*. Routledge.
Pokorny, S. (2018). *Von A wie Angst bis Z wie Zuversicht. Eine repräsentative Untersuchung zu Emotionen und politischen Einstellungen in Deutschland nach der Bundestagswahl 2017. Analysen & Argumente 302*. Konrad Adenauer Stiftung.
Pollack, D., & Müller, O. (2013). *Religionsmonitor – verstehen was verbindet: Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_Religionsmonitor_2013.pdf. Zugegriffen am 09.03.2019.

Polyakova, A. (2015). The backward east? Explaining differences in support for radical right parties in Western and Eastern Europe. *Journal of Comparative Politics, 8*(1), 49–74.
Porter-Szucs, B. (2011). *Faith and fatherland: Catholicism, modernity, and Poland*. Oxford University Press.
Pytlas, B. (2016). *Radical right parties in Central and Eastern Europe: Mainstream party competition and electoral fortune*. Routledge.
Rooduijn, M. (2014). The mesmerising message: The diffusion of populism in public debates in Western European media. *Political Studies, 62*(4), 726–744.
Rousseau, J.-J. (1964 [1762]). *Du contrat social ou principes du droit politique. Oeuvres complètes* (Bd. 3). Gallimard.
Rovny, J. (2014). Communism, federalism, and ethnic minorities: Explaining party competition patterns in Eastern Europe. *World Politics, 66*(04), 669–708.
Rydgren, J. (2005). Is extreme right-wing populism contagious? Explaining the emergence of a new party family. *European Journal of Political Research, 44*(3), 413–437.
Rydgren, J. (2018). The radical right. An introduction. In J. Rydgren (Hrsg.), *The Oxford handbook of the radical right* (S. 1–13). Oxford University Press.
Shekhovtsov, A. (2018). *Russia and the Western far right: Tango noir*. Routledge.
Shekhovtsov, A., & Umland, A. (2014). Ukraine's radical right. *Journal of Democracy, 25*(3), 58–63.
Simpson, P. A., & Druxes, H. (2015). Introduction. In P. A. Simpson & H. Druxes (Hrsg.), *Digital media strategies of the far right in Europe and the United States* (S. 1–17). Lexington.
Solchanyk, R. (2010). The radical right in Ukraine. In S. P. Ramet (Hrsg.), *Radical right in Central and Eastern Europe since 1989* (S. 279–296). Penn State Press.
SORA/ISA. (2016). *Wahlanalyse: Wiederholung Stichwahl Bundespräsidentschaft 2016*. SORA. http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/bpw16-wh.html. Zugegriffen am 09.03.2019.
Spiegel Online. (2016, March 21). *Fury and the AfD: Inside the revolt against Angela Merkel*. http://www.spiegel.de/international/germany/success-of-afd-populists-akin-to-revolt-against-merkel-a-1083147.html. Zugegriffen am 09.03.2019.
Subotic, J. (2015). The mythologizing of communist violence. In L. Stan & N. Nedelsky (Hrsg.), *Post-communist transitional justice: Lessons from twenty-five years of experience* (S. 188–209). Cambridge University Press.
Swank, D., & Betz, H. G. (2003). Globalization, the welfare state and right-wing populism in Western Europe. *Socio-Economic Review, 1*(2), 215–245.
Szabó, G., & Bene, M. (2015). Mainstream or an alternate universe? Locating and analysing the radical right media products in the Hungarian media network. Intersections. *East European Journal of Society and Politics, 1*(1), 122–146.
Treib, O. (2014). The voter says no, but nobody listens: Causes and consequences of the Eurosceptic vote in the 2014 European elections. *Journal of European Public Policy, 21*(10), 1541–1554.

Trotsky, L. (1933). *The only road*. Pioneer Publishers.
Vala, J., Lima, M., & Lopes, D. (2004). Social values, prejudice and solidarity in the European Union. In W. A. Arts & L. Halman (Hrsg.), *European Values at the Turn of the Millennium* (S. 139–163). Brill.
de Vries, C., & Hoffmann, I. (2016). *Fear not values. Public opinion and the populist vote in Europe*. Bertelsmann Stiftung.
Wahl, K. (1989). *Die Modernisierungsfalle. Gesellschaft, Selbstbewusstsein und Gewalt*. Suhrkamp.
Wahl, K. (1995). Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Gewalt. Eine Synopse wissenschaftlicher Untersuchungen und Erklärungsansätze. In D. Jugendinstitut (Hrsg.), *Gewalt gegen Fremde. Rechtsradikale, Skinheads und Mitläufer* (S. 11–67). Deutsches Jugendinstitut.
Wedemeyer, B. (1999). Sport and terrorism. In J. Riordan & A. Krüger (Hrsg.), *The international politics of sport in the twentieth century* (S. 217–233). Taylor & Francis.
Weinberg, L. (2013). Introduction. In P. H. Merkl & L. Weinberg (Hrsg.), *The revival of right-wing extremism in the nineties* (S. 1–16). Routledge.
Werkmann, C., & Gherghina, S. (2016). Organized for parliament? Explaining the electoral success of radical right parties in post-communist Europe. *Government and Opposition, 53*(3), 461–485.
Werts, H., Scheepers, P., & Lubbers, M. (2013). Euro-scepticism and radical right-wing voting in Europe, 2002–2008: Social cleavages, socio-political attitudes and contextual characteristics determining voting for the radical right. *European Union Politics, 14*(2), 183–205.
Weßels, B. (2015). Political culture, political satisfaction and the rollback of democracy. *Global Policy, 6*(S1), 93–105.
Williams, C. (1999). Problems of transition and the rise of the radical right. In S. P. Ramet (Hrsg.), *Radical right in Central and Eastern Europe since 1989* (S. 29–47). Penn State Press.
Wirz, D. S., Wettstein, M., Schulz, A., Müller, P., Schemer, C., Ernst, N., et al. (2018). The effects of right-wing populist communication on emotions and cognitions toward immigrants. *The International Journal of Press/Politics, 23*(4), 496–516.
Wodak, R. (2015). *The politics of fear: What right-wing populist discourses mean*. Sage.
Zhirkov, K. (2014). Nativist but not alienated a comparative perspective on the radical right vote in Western Europe. *Party Politics, 20*(2), 286–296.
Zick, A., Küpper, B., & Hövermann, A. (2011). *Intolerance, prejudice and discrimination. A European report*. Forum Berlin.

K. Wahl*Die Radikale Rechte*
https://doi.org/10.1007/978-3-031-23577-1_7

7. Making America Great Again? Die radikale Rechte in den Vereinigten Staaten von Amerika

In Zusammenarbeit mit Heather Painter

Klaus Wahl[1]

(1) Psychosoziale Analysen und Prävention – Informations-System (PAPIS), München, Deutschland

7.1 Aktuelle Erscheinungsweisen der radikalen Rechten in den Vereinigten Staaten

Die radikale Rechte ist nicht nur ein europäisches Phänomen. Ultrakonservative, rechtspopulistische und extreme Ideologien, Gruppen, Bewegungen und Parteien sowie rechtsextreme Gewalttaten waren auch Teil der Geschichte der Vereinigten Staaten. Dieses Kapitel enthält einen Forschungsüberblick über die vergangenen und aktuellen Erscheinungsformen der amerikanischen radikalen Rechten sowie über einige kausale und katalytische Faktoren, die dieses vielschichtige politische Phänomen hervorbringen. Zu diesen Faktoren gehören die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Aspekte auf der

Nachfrage- und Angebotsseite sowie die Medien und andere Interpreten. Daher folgt auch der Aufbau dieser Übersicht dem historisch-sozioökonomisch-kulturell-politischen Modell der radikalen Rechten in Europa, wie es in Abb. 5.1 in Kap. 5, Kästchen (g), (h) und (i), dargestellt ist.

Leserinnen und Leser auf beiden Seiten des Atlantiks, die politische Situationen über diese Distanz hinweg vergleichen wollen, sind sich der verwirrenden Unterschiede in der Terminologie bewusst: Ein bekanntes Beispiel ist der Begriff „liberal", der in Europa die rechte Mitte, in Amerika aber die politische Linke bezeichnet. Manche Begriffe werden verwendet, um ganz unterschiedliche Phänomene zu beschreiben. So verwenden englischsprachige Autoren für die rechte Seite des politischen Spektrums häufig den Begriff „far-right", um politische Positionen von der populistischen Rechten bis zur extremen Rechten, dem Neofaschismus und Neonazismus zu bezeichnen. In Europa wird in ähnlicher Weise der Begriff „rechtsradikal" verwendet, der oft alles von rechtspopulistischen bis rechtsextremen Positionen umfasst. Wir haben vorgeschlagen, den Begriff „radikale Rechte" im weiteren Sinne für politische Positionen von der populistischen Rechten bis zur terroristischen Rechten und totalitären Rechten zu verwenden (vgl. Kap. 1). Wie in den vorangegangenen Kapiteln verwenden wir jedoch bei der Nennung bestimmter Autoren im folgenden Text in der Regel deren eigene Begriffe ohne Umkategorisierung.

Eine Analyse der Erscheinungsformen der radikalen Rechten in den USA beginnt mit einem politischen *Déjà-vu*: Wie in Europa sind die rechtsradikalen *Ideologien* in den USA gesellschaftlich antimodern, betonen das „Wir, das Volk"-Gefühl der weißen, christlichen Bevölkerung und diskriminieren ethnische und andere soziale Minderheiten. Da sich die demografische Zusammensetzung der US-Bevölkerung von der europäischen unterscheidet, sind auch die Zielgruppen fremdenfeindlichen, feindseligen Verhaltens und von Vorurteilen, Diskriminierung und Hassreden teilweise andere. In einem Land mit einer Geschichte weißer Vorherrschaft über indigene Stämme und afrikanische Sklaven war der Rassismus traditionell weit verbreitet und noch fast das ganze zwanzigste Jahrhundert über institutionalisiert (z. B. Verbot von Ehen zwischen Rassen in vielen US-Bundesstaaten). Die Wahl des ersten afroamerikanischen US-Präsidenten, Barack Obama, im Jahr 2008 bedeutete nicht das Ende des Rassismus, im Gegenteil. Neben den Afroamerikanern wurden im Laufe der Zeit auch neue Einwanderergruppen wie Hispanoamerikaner und Muslime zum Ziel von Vorurteilen.

Wie in Europa umfasst die amerikanische radikale Rechte – vom

Populismus bis zum Terrorismus – verschiedene *gesellschaftliche Formationen*: politische Parteien, Bewegungen, Organisationen, Medien und militante (paramilitärische) Gruppen. Die Geschichte der Vereinigten Staaten wurde von einem indirekt über Wahlleute funktionierenden Wahlsystem geprägt, das die tatsächlichen Stimmverhältnisse nicht widerspiegeln muss *(the-winner-takes-all)* und ein *Zweiparteiensystem* hervorgebracht hat, in dem die Konservativen und (links orientierten) „Liberalen" dominieren, was zur Folge hatte, dass extremistische Parteien (z. B. das *National Socialist Movement*) keinen nennenswerten Erfolg hatten. Bei den Wahlen für das US-Repräsentantenhaus und den US-Senat in den letzten Jahrzehnten erhielten die Kandidaten der Republikaner und der Demokraten fast alle Stimmen (List of United States House of Representatives elections, 2022; List of United States Senate elections, 2022). Die *Republikanische Partei* hat jedoch seit den 1930er-Jahren eine *Republikanische Rechte*, die die lokale Machtebene gegenüber föderalen Regulierungen bevorzugt, die Wirtschaft vor Eingriffen Washingtons schützt und an die amerikanische Allmacht und moralische Überlegenheit glaubt (Reinhard, 1983, S. 2–4).

Trotz ihres geringen Wahlerfolgs hat die radikale Rechte im weiteren Sinne in den Vereinigten Staaten eine lange Tradition, die sich in populistischen Bewegungen, Milizen, Gewalt und in einem Wahlverhalten äußert, das zumindest den am weitesten rechts stehenden Teil der *Republikanischen Partei* begünstigt. Die Wahl des ersten schwarzen Präsidenten der Nation im Jahr 2008 hat die politische und rassistische Rechte Amerikas wachgerüttelt. Die *Tea-Party*-Bewegung entstand um 2009, als Obama sein Amt antrat. Ihr Name bezog sich auf die *Boston Tea Party* im Jahr 1773, einen Protest gegen die Besteuerung der amerikanischen Kolonisten durch die britische Regierung. Außerdem vermuteten einige Beobachter, dass die schwere Finanzkrise im Jahr 2008 und die scheinbar unwirksame Reaktion der Bundesregierung eine rechtspopulistische Gegenreaktion auslöste. Die ultrakonservative *Tea Party* hatte auch Anhänger im Kongress (Michael, 2015), und wie die *Christliche Rechte* zuvor versuchte die *Tea Party*, die Republikanische Partei zu übernehmen (Minkenberg, 2011, S. 292–293). Darüber hinaus stellte die *Tea Party* ein Netzwerk dezentraler, autonomer Gruppen dar, die mit einem Flügel der republikanischen Elite und einem Amalgam verschiedener bereits bestehender Ideologien der amerikanischen politischen Rechten verbunden waren: Zu Beginn konzentrierte sich die *Tea Party* auf die Forderungen eines freien Marktes und einer begrenzten Regierungsmacht. Doch schon bald begannen Redner dieser Bewegung mit

rassistischen Verbalattacken und betonten, Präsident Obama sei ein Muslim, weder Christ noch Amerikaner, und fügten Verschwörungstheorien über seine Aktivitäten hinzu. Im Grunde zog die *Tea Party* Menschen an, die sich das gute alte Amerika als heterosexuelles, christliches, mittelständisches, männlich dominiertes, weißes Land ohne Veränderungen wünschten. Politisch gesehen umfasste die *Tea Party* Wirtschaftslibertäre, die die Regierung aus dem „freien Markt" verbannen wollten, Anti-Steuer-Aktivisten, christliche Rechtskonservative, die sich der Sozialpolitik einer liberalen Regierung widersetzten, Menschen, die von der politischen Korrektheit die Nase voll hatten, und Verschwörungstheoretiker, die eine neue Weltordnung befürchteten. Die *Tea Party* zog auch Waffenrechtsaktivisten, nationalistische Ultrapatrioten, bewaffnete Bürgermilizen, fremdenfeindliche, einwanderungsfeindliche weiße Nationalisten und Leute aus der aufständischen weißen suprematistischen Bewegung an. Neben den Verbindungen zwischen der *Tea Party* und den *Republikanern* erhielt diese Bewegung Unterstützung durch den ultrakonservativen Sender *Fox News* mit seiner großen Zuschauerzahl, um die Obama-Regierung zu kritisieren (Berlet, 2013, S. 130–132; Parker & Barreto, 2014, S. 1–3; Rauch, 2010; Williamson, 2013).

Andererseits waren die *Tea-Party-Anhänger* so vielfältig, dass sie von Beobachtern als rassistisch *und* nicht rassistisch, als Kritiker *und* Befürworter einer liberalen Wohlfahrtspolitik, überwiegend männlich, aber mit weiblichen Anführern wie Sarah Palin und Michele Bachmann bezeichnet wurden. Wie andere rechte Bewegungen auch definierte die *Tea Party* ihre eigene Identität, indem sie „das Andere", d. h. „echte Amerikaner" gegen Schwarze, Obama, die Regierung usw. abgrenzte (Rosenthal & Trost, 2012, S. 8–9).

Eine Studie über die Zugehörigkeit zur *Tea Party* ergab, dass der Prozentsatz der Amerikaner, die sich mit dieser Bewegung identifizieren, von 11 Prozent im Jahr 2010 auf 6 Prozent im Jahr 2015 zurückging. Selbst bei den Republikanern sank die Zugehörigkeit von 22 Prozent auf 14 Prozent (Jones et al., 2015). Dennoch könnten sich andere Autoren vorstellen, dass der politische Einfluss der *Tea Party* auf die Republikaner stark und herausfordernd genug war, um zu einer Spaltung innerhalb der Republikanischen Partei zu führen (Ragusa & Gaspar, 2016). Dies ist jedoch in den Jahren der Trump-Regierung nicht geschehen, und ein Kolumnist des Boston Globe schrieb: „Die Tea Party ist tot und begraben" (Jacoby, 2018). Andererseits wurde 2015 der *House Freedom Caucus*, eine Gruppe von etwa drei Dutzend ultrakonservativen Abgeordneten, zu denen

viele Veteranen der Tea-Party-Bewegung gehören, mit dem erklärten Ziel gegründet, die republikanische Führung im Repräsentantenhaus in bestimmten fiskalischen und sozialen Fragen nach rechts zu drängen, manchmal sogar in Uneinigkeit mit Präsident Trump (Pew Research Center, 2015). In jedem Fall hat die populistische Rechte viele Unterstützer, Organisationen, Netzwerke und Medien – und sie hofften, dass Präsident Trump viele ihrer Träume erfüllen wird: „Die vergessenen Männer und Frauen unseres Landes werden nicht länger vergessen sein (…) Wir werden unsere Arbeitsplätze zurückbringen. Wir werden unsere Grenzen wiederherstellen. Wir werden unseren Wohlstand zurückbringen. Und wir werden unsere Träume zurückbringen" (Trump, 2017). In den letzten Jahren spielt *QAnon*, eine rechtsradikale politische Bewegung mit bizarren Verschwörungsmythen (eine globale Organisation mit führenden Mitgliedern der Demokratischen Partei entführe und missbrauche Kinder usw.) und Donald Trump als Helden, der diese finstere Organisation bekämpfe, eine größere Rolle.

Alles in allem hat die *populistische* Rechte eine Geschichte von anhaltendem und bedeutendem Einfluss auf Staat und Gesellschaft. In den letzten Jahren wurden die Medien, insbesondere das Internet, zu einem wichtigen Netzwerk für die Verbindung rechtsradikaler Personen innerhalb und zwischen Nationen, das verschiedene Funktionen wie Informationsaustausch, Mobilisierung, Darstellung von Gelegenheitsstrukturen, Rahmung von Prozessen und Hassreden bietet: In den Vereinigten Staaten verzeichnete das Justizministerium im Jahr 2021 mehr als 7000 Hassverbrechen: 64,8 Prozent waren durch Vorurteile aufgrund von Rasse, ethnischer Herkunft oder Abstammung motiviert, 13,3 Prozent durch religiöse Vorurteile und 15,6 Prozent durch Vorurteile aufgrund der sexuellen Orientierung (United States Department of Justice, 2023). Amerikanische Server werden zum Beispiel auch von deutschen Rechtsextremisten für Propaganda genutzt, da in Deutschland strengere Gesetze für Hassreden im Internet gelten (Parenti & Caiani, 2013). Nach Angaben des Europarats ist die Mehrheit der rassistischen Hass-Websites seit einiger Zeit in den Vereinigten Staaten angesiedelt, wobei die Schätzungen über die Gesamtzahl der Hass-Sites sehr unterschiedlich ausfallen (Daniels, 2009, S. 5).

Im Gegensatz zur amerikanischen *populistischen* Rechten ist die *extreme* Rechte zwar eher marginalisiert, hat aber die Fähigkeit, sich ständig neu zu erfinden. Von Mitte der 1990er-Jahre bis heute haben bewaffnete Bürgermilizen als militante Spitze einer viel größeren *Patriot*-Bewegung Waffen gesammelt, paramilitärisches Training durchgeführt und

bewaffnete Selbstverteidigung gegen die Bundesregierung befürwortet. Milizen und *Patriot*-Gruppen vereinten Hardcore-Neonazis mit einem breiten Spektrum rechtsgerichteter Anti-Regierungs-Aktivisten (Berlet & Lyons, 2000, S. 1–2). Am Ende der Skala der Militanz stehen rassistische Hassgruppen und die revolutionäre Rechte, die versuchen, die „Arier“ oder die weiße Rasse zu verteidigen. David Lane, eine der Schlüsselfiguren in diesen Kreisen, verfasste das berüchtigte Glaubensbekenntnis der „14 Worte“ (im Englischen), während er im Gefängnis eine lebenslange Haftstrafe wegen Mordes verbüßte: „Wir müssen die Existenz unseres Volkes und eine Zukunft für weiße Kinder sichern“ (Weinberg, 2013, S. 17–18). Für George Michael wurde der rechtsextreme Terrorismus in den Vereinigten Staaten allerdings nicht von großen Organisationen oder Gruppen ausgeführt, die von außen infiltriert werden konnten, vielmehr handelte es sich bei solchen Gewalttaten meist um isolierte Aktionen von Einzelgängern, eine Art „führerloser Widerstand“, der jedoch manchmal über das Internet verbunden war. Timothy McVeigh, der 1995 bei dem Bombenanschlag in Oklahoma City 168 Menschen tötete, hatte zwar einige Komplizen, aber der Umfang ihrer Beteiligung war ungewiss. McVeigh suchte den Kontakt zu rechtsextremen Organisationen wie der *Michigan Militia*, wurde aber nicht aufgenommen. Er schien sich mehr für das Thema Anti-Waffenkontrolle als für Rassismus zu interessieren, dennoch bleiben einige Fragen über ihn unbeantwortet (Michael, 2012).

Ein neues Licht auf das gewaltbereite rechte Spektrum der USA fiel indes am 6. Januar 2021, als militante Trump-Anhänger nach dessen 2020 gegen Joe Biden verlorener Wahl das Kapitol stürmten, um die Bestätigung des Wahlergebnisses zu verhindern (Rapoport, 2021). Viele dieser Trump-Anhänger hoffen weiterhin auf eine zweite Präsidentschaftskandidatur ihres Idols.

7.2 Aktuelle sozioökonomische, kulturelle und politische Faktoren

7.2.1 Nachfrageseite (g1)

Wendet man das Modell von Angebot und Nachfrage auf die radikale

Rechte in den Vereinigten Staaten an, so wird das breite Spektrum unterschiedlicher Bedürfnisse, Emotionen, Wünsche und Hoffnungen der Menschen als die *Nachfrageseite* der Politik beschrieben, die für die Ideologien und Angebote der radikalen Rechten, die einen Teil der *Angebotsseite* der Politik darstellen, empfänglich sein kann. Welche Faktoren beeinflussen die politische Nachfrage?

7.2.1.1 Sozioökonomischer Wandel und Emotionen

Die US-Wirtschaft als Ganzes verzeichnete in der Nachkriegszeit ein robustes Wirtschaftswachstum. Doch nicht alle Regionen erlebten den wirtschaftlichen Aufschwung gleichermaßen. Die Schwerindustrie im Nordosten und Mittleren Westen des Landes nahm eine andere Entwicklung. Globalisierung, Freihandel, ausländische Konkurrenz, die Abwanderung der Eisen- und Stahlindustrie in Niedriglohnländer und andere Belastungen führten in den letzten Jahrzehnten zu Deindustrialisierung, Arbeitsplatzverlusten und dem Verfall der Städte: Aus den Regionen des *Manufacturing Belt* wurde der *Rust Belt* (Alder et al., 2014; Gray Jibb, 2011). Diese Erfahrungen schürten die *Furcht* der Arbeitnehmer und Teile der Mittelschicht und ihre Hoffnung auf neue politische Lösungen. Die Gruppe dieser „Modernisierungsverlierer" vergrößerte sich im Zuge der Finanzkrise von 2007/2008. Die Besorgnis über die Wirtschaft und die Furcht vor einer umfassenden Einwanderung – vor allem aus Lateinamerika – förderten das Wiedererstarken der extremen Rechten (Michael, 2015, S. 281).

So wie frühere Wirtschaftskrisen in der amerikanischen Geschichte rechtspopulistische Bewegungen hervorgebracht hatten, wurde die neue *Tea-Party*-Bewegung von einigen Beobachtern teilweise als politische Reaktion auf die Probleme dieser gefährdeten Gruppen angesehen, da nicht nur die Arbeitnehmer unter diesen Entwicklungen litten. Von 1980 bis 2014/2015 ist der Einkommensanteil der mittleren Einkommensgruppe (hauptsächlich Einwanderer aus Lateinamerika) drastischer zurückgegangen (um 28 Prozent) als ihr Bevölkerungsanteil (um 18 Prozent). Außerdem hat die Einkommenspolarisierung stark zugenommen. Diejenigen, die die mittlere Einkommensgruppe verließen, konzentrierten sich tendenziell eher am Rande der Einkommensverteilung. Insgesamt wuchs die untere Einkommensgruppe, während die mittlere Einkommensgruppe in der Hierarchie nach unten rutschte (Grabka et al.,

2016).

Aber es gab noch weitere Faktoren, die der *Tea Party* Auftrieb gaben. Bei Umfragen im Jahr 2010 hielten 61 Prozent der *Tea-Party*-Anhänger die Bundesverschuldung für die größte *Bedrohung*, verglichen mit 29 Prozent der Gegner der Bewegung. Etwa die Hälfte der *Tea-Party*-Anhänger stufte die Größe und Macht der Bundesregierung als fast ebenso groß ein wie die Bedrohung durch den Terrorismus. Die Hälfte von ihnen gab außerdem an, dass sie der christlich-konservativen Bewegung angehören, und war der Ansicht, dass die Probleme der Schwarzen zu sehr in den Vordergrund gerückt wurden – doppelt so viele wie bei allen Erwachsenen (Formisano, 2012, S. 11–12, 55, 112). Das tiefe Unbehagen über die Richtung, in die sich das Land unter seinem ersten afroamerikanischen Präsidenten bewegte, und die Wut auf diejenigen, die für den wirtschaftlichen und kulturellen Abschwung verantwortlich gemacht wurden, schürten einen „paranoiden" politischen Stil, der in der amerikanischen Politik eine lange Geschichte hat (Hofstadter, 2008 [1964]; Minkenberg, 2011, S. 293).

Historisch gesehen spiegelten rechtspopulistische Bewegungen die Interessen von zwei gesellschaftlichen Gruppen wider: (1) Weiße aus der Mittel- und Arbeiterklasse, die an traditionellen sozialen Privilegien teilhatten, sich aber über die Macht der Eliten der Oberschicht ärgerten; (2) „Außenseiter"-Fraktionen der Elite selbst, die sich über die Dominanz und die Privilegien des inneren Kreises ärgerten und manchmal Formen des Anti-Elitismus als Teil ihres eigenen Strebens nach mehr Macht einsetzten (Berlet & Lyons, 2000, S. 2, 21). Trifft dieses Muster auch auf die *Tea Party zu?* Umfragen zufolge waren einst etwa 20 Prozent der amerikanischen Erwachsenen mit der *Tea Party* „einverstanden". Bei den Anhängern dieser Bewegung handelte es sich jedoch nicht in erster Linie um Modernisierungsverlierer, sondern um eine relativ begünstigte Gruppe. Sie waren tendenziell älter, männlich, verheiratet, weiß, protestantisch, Kirchgänger, Waffenbesitzer, verdienten im Durchschnitt mehr Geld, waren besser ausgebildet als die Allgemeinheit, waren seltener arbeitslos (aber eine Mehrheit befürchtete, dass ein Mitglied ihres Haushalts im nächsten Jahr arbeitslos sein würde), unterstützten tendenziell den Kapitalismus der freien Marktwirtschaft, lehnten eine egalitäre Politik ab, wünschten sich aber strengere Moralvorstellungen. Die Beziehung zwischen der Unterstützung der *Tea Party* einerseits und typischen Persönlichkeitsmerkmalen rechtsradikaler Personen wie Autoritarismus, Ethnozentrismus und Wirtschaftsangst andererseits war jedoch schwach. Die Unterstützung der *Tea Party* korrelierte eher mit Rassismus, sozialer Dominanzorientierung und Furcht vor Obamas Absichten – was auch auf

rassistische Angst und Intoleranz hindeuten könnte (New York Times & CBS News, 2010; Parker & Barreto, 2014, S. 14–15, 91–93).

Ein beständiger rhetorischer Rahmen des Rechtspopulismus in Amerika besteht darin, „den produktiven ‚gewöhnlichen Mann' als von einem Schlangennest korrupter Politiker und reicher Plutokraten von oben und einem faulen, sündigen und subversiven Pöbel von Parasiten von unterhalb der Mittelschicht auf der sozioökonomischen Stufenleiter zerdrückt zu sehen" (Berlet, 2013, S. 134). Nach jahrelanger Feldarbeit mit *Tea-Party*-Anhängern fasste die Soziologin Arlie Hochschild deren Gefühle in einer „tiefgründigen Geschichte" über ihr Gefühl, unsichtbar und vergessen zu sein, zusammen, die auch die Grundlage für Trumps Anziehungskraft bildete:

> „Du stehst in einer langen Schlange, die einen Hügel hinaufführt, wie bei einer Pilgerreise, geduldig, aber müde. Du stehst in der Mitte dieser Schlange, zusammen mit anderen, die ebenfalls weiß, älter, christlich, hier gebürtig und überwiegend männlich sind, einige mit Hochschulabschluss, andere nicht. Auf der Spitze des Hügels befindet sich der amerikanische Traum, das Ziel aller Wartenden, ein Lebensstandard, der höher ist als der, den Deine Eltern genossen haben. Hinter Dir in der Schlange stehen viele farbige Menschen – arm, jung und alt, vor allem ohne Hochschulabschluss. Du wünschst ihnen alles Gute, aber Deine Aufmerksamkeit gilt denen, die vor Dir stehen. Und jetzt bemerkst Du, dass sich die Schlange nicht bewegt. Bewegt sie sich vielleicht sogar rückwärts? (…) Aber sieh doch! Einige Leute kommen von hinten und reihen sich vor Dir ein! Während sie sich vordrängen, wirst Du zurückgeschoben. Wie können sie das nur tun? Du hältst dich an die Regeln. Sie tun es nicht. Wer sind sie? Sie sind schwarz. Sie sind braun. Es sind karrieresüchtige Frauen, die durch Förderprogramme unterstützt werden.
>
> Die liberale Regierung will Dir weismachen, dass sie das Recht haben, zu überholen. Du kennst die Geschichten von unterdrückten Schwarzen, geknechteten Frauen, müden Einwanderern, verborgenen Schwulen und verzweifelten syrischen Flüchtlingen. Aber irgendwann sagst Du Dir, dass wir eine Mauer gegen noch mehr Mitleid errichten müssen. Man fühlt sich selbst wie ein Flüchtling (…) Darüber hinaus hört man von weiter vorne in der Schlange, wie man beschimpft wird: ‚Verrückter Hinterwäldler', ‚Weißer Abschaum', ‚Ignoranter Bibelfritze aus dem Süden'. Du

> erkennst Dich selbst nicht darin, wie andere Dich sehen. Du bist ein Fremder in Deinem eigenen Land. Wer erkennt das an?“ (Hochschild, 2016, S. 686).

Solche Abstiegsbefürchtungen charakterisierten auch noch die Trumpähler bei den Präsidentschaftswahlen 2020 (Koenig, 2022). Viele Autoren wiesen auch auf eine paradoxe Nähe zwischen der „Anti-Establishment“-*Tea Party* und dem rechtspopulistischen Milliardär Donald Trump hin. Er wurde Präsident, indem er die Bemühungen dieser anti-elitären Bewegung und die Hoffnungen der Globalisierungsverlierer vereinte. Schon zu Beginn des Wahlkampfs sprachen sich drei Viertel der weißen Männer aus der Arbeiterklasse, die keinen vierjährigen Hochschulabschluss hatten, für Trump und nicht für Hillary Clinton aus (ABC News/Washington Post, 2016). Darüber hinaus waren Gefühle der politischen Macht- und Sprachlosigkeit gute Prädiktoren für die Unterstützung von Trump (Thompson, 2016). Es scheint, dass diese Gruppen auf ihn als Retter gehofft haben.

Bei näherer Betrachtung zeigen sich jedoch einige Unterschiede zwischen ihren jeweiligen Wählern und Anhängern. Die Anhänger der *Tea Party* waren eher gut gebildet, aber bei den Präsidentschaftswahlen 2016 unterstützten Wähler ohne Hochschulabschluss Trump in höherem Maße, während Hochschulabsolventen eher Hillary Clinton unterstützten (CNN, 2016; Pew Research Center, 2016a). Eine niedrige Bildung der Wähler war ein wichtigerer Prädiktor für die Unterstützung von Trump als ein niedriges Einkommen (Clarke & Tomlinson, 2016); Bildung schien die Toleranz gegenüber kulturellen und ethnischen Unterschieden zu beeinflussen. Bei diesen Wahlen gewann die *Republikanische Partei* die meisten ländlichen Wähler (die angaben, dass es in ihrer Gemeinde schwer sei, Arbeitsplätze zu finden, und dass sie Angst vor der wachsenden Zahl von Einwanderern hätten) und drang tief in die Gemeinden der Mittelschicht ein, wo viele von ihnen 2008 für den *demokratischen* Kandidaten Barack Obama gestimmt hatten (Pew Research Center, 2016c, d). Es scheint, dass, wie in Europa, für einige Gruppen auf der Nachfrageseite eher die *Furcht*, Opfer wirtschaftlicher und sozialer Prozesse zu werden, ausschlaggebend war als die reale Erfahrung, arbeitslos oder ein Statusverlierer zu sein.

Ein Blick auf die sozioökonomischen Veränderungen in der amerikanischen Gesellschaft in den 1990er-Jahren kann auch Auslöser für rechtsextreme *militante politische Reaktionen* aufzeigen. Um die Hypothese der *Belastungs*-Theorie zu testen, dass strukturelle soziale Veränderungen, einschließlich wirtschaftlicher und politischer

Verschiebungen, das Ausmaß von *Patriot*- und Milizorganisationen beeinflussen könnten, untersuchten Van Dyke und Soule Faktoren für die Mobilisierung solcher Gruppen, die in den 1990er-Jahren entstanden sind. Diese reaktiven Bewegungen, die sich vor einer internationalen Verschwörung zur Übernahme der Vereinigten Staaten und zur Einführung einer sozialistischen „Neuen Weltordnung" fürchteten – die angeblich von den Vereinten Nationen verwaltet und von internationalen jüdischen Finanziers finanziert werden sollte – wurden durch die drohende wirtschaftliche Umstrukturierung ausgelöst. Diese wurde durch den Rückgang von Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe und den Niedergang der bäuerlichen Familienbetriebe gemessen und könnte die Wahrnehmung eines Machtverlusts verstärken. Die Studie ergab indes, dass die Arbeitslosenquote in den Bundesstaaten und Bezirken nicht zu einer signifikant höheren Zahl von Milizen führte. Dieses bedrohungsbedingte Phänomen schien also eher mit Wirtschaftskrisen in *bestimmten Bevölkerungsgruppen* als mit einem allgemeinen wirtschaftlichen Abschwung zusammenzuhängen (Van Dyke & Soule, 2002).

7.2.1.2 Demografische Faktoren und Persönlichkeitsaspekte

Die Tatsache, dass konservative Parteien, rechtsgerichtete Bewegungen und ihre Führer überwiegend *männlich* sind, ist nicht nur in den Vereinigten Staaten zu beobachten. Bei den Präsidentschaftswahlen 2016 unterstützten die männlichen Wähler vor allem den republikanischen Kandidaten Trump. Diese geschlechtsspezifische Diskrepanz bei der Präferenz für die Präsidentschaftswahlen gehörte zu den größten, die in Exit Polls seit 1972 festgestellt wurden (Pew Research Center, 2016a). McGirr (2015, S. XIII) weist aber auch auf die Bedeutung der amerikanischen „Küchentisch-Aktivisten" hin, die Briefumschläge füllen und durch die Wahlbezirke gehen und bei denen es sich häufig um Frauen handelt. Diese Frauen identifizieren sich eng mit ihrer Rolle als Ehefrauen und Mütter, die über die Tugenden ihrer Kinder wachen.

Die amerikanische radikale Rechte hat die *traditionellen Geschlechterrollen* stets als „natürlich" gepriesen. Daher störte sie sich an den Veränderungen der Geschlechterrollen im zwanzigsten Jahrhundert und insbesondere an der Frauenbewegung und der Schwulenbewegung. Diese beiden Bewegungen stellten für sie eine gefährliche Art der

„Feminisierung" der amerikanischen Gesellschaft dar, die zum Niedergang der amerikanischen Macht in der Welt und letztlich zum Sieg der Kommunisten führen würde (Hixson, 1992, S. 183). Viele Rechtsradikale mögen soziale Hierarchien. Sie bevorzugen einheimische Bürger gegenüber Einwanderern, Christen gegenüber Muslimen und Männer gegenüber Frauen. Rechtsradikale Ideologien sind männerzentriert. Gegenwärtig sind im US-Kongress die allermeisten Angehörigen von rassischen und ethnischen Minderheiten Demokraten (83 Prozent) gegenüber nur 17 Prozent Republikanern (Pew Research Center, 2021). Wie oben gezeigt, gehörten viele Anhänger der populistischen Rechten wie der *Tea Party* zu einer relativ begünstigten Gruppe, die überwiegend weiß und männlich war, im Durchschnitt mehr Geld verdiente und eine geringere Arbeitslosenquote hatte. Was die *Persönlichkeitsmerkmale* anbelangt, so weisen die Anhänger der *Tea Party* mit ihrer Anti-Establishment-Botschaft bei psychologischen Tests zur „Verträglichkeit", einem der Big-Five-Persönlichkeitsmerkmale der Psychologie, niedrige Werte auf. Sie neigen dazu, egoistisch zu sein, anderen zu misstrauen, intolerant und unkooperativ zu sein und sich anderen gegenüber ablehnend zu verhalten. Im politischen Bereich misstrauen wenig verträgliche Personen eher Politikern und der Politik und glauben eher an Verschwörungstheorien (Bakker et al., 2016).

Die Umfragedaten zeigten auch, dass nicht die soziale Schicht die Trennlinie zwischen Unterstützung und Ablehnung von Donald Trump bildete, sondern der *Autoritarismus*. Autoritäre Wähler waren die Kernwählerschaft, die Trump ansprach: Weiße Wähler aus der Arbeiterklasse, die die autoritäre Weltanschauung ablehnten, verabscheuten Trump. Wähler mit College-Abschluss, die autoritär eingestellt waren, hatten jedoch viel positivere Gefühle ihm gegenüber (Weiler & MacWilliams, 2016). Die Daten der amerikanischen nationalen Wahl-Studie 2016 zeigten, dass Trumps Anhänger vor allem deshalb für ihn stimmten, weil sie seine Vorurteile teilten, und nicht, weil sie finanziell belastet waren (Smith & Hanley, 2018).

Was den Erfolg der radikalen Rechten angeht, so spielen auch soziale Konstruktionen von *ethnischen Gruppen und Rassen* eine Rolle. Das US Census Bureau (2014) schätzt, dass die Weißen in den Vereinigten Staaten im Jahr 2050 zu einer Minderheit werden, mit einer schwarzen, hispanischen, asiatischen und multikulturellen Bevölkerung, die die weiße, nicht-hispanische Bevölkerung übersteigt. Für die radikale Rechte ist dies ein bedrohlicher Angriff auf das Überleben der weißen Rasse und der weißen amerikanischen Kultur (Grumke, 2001, S. 248). Populistische

Politiker wie der republikanische Präsident Trump erwähnen immer wieder mehr oder weniger offen, dass dies eine Gefahr für die Gesellschaft darstellt.

Die persönlichen Merkmale von Mitgliedern der *gewalttätigen und terroristischen extremen Rechten* unterscheiden sich nicht sehr von denen anderer Krimineller. Nach einer Untersuchung des Extremismus in den Vereinigten Staaten waren die meisten rechtsextremen Terroristen männlich, jung (Mittelwert: 28 Jahre), 59 Prozent waren verheiratet oder in einer Beziehung, 70 Prozent hatten einen High-School-Abschluss (im Vergleich zu 88 Prozent in der Allgemeinbevölkerung), 24 Prozent schlossen zumindest ein College ab (49 Prozent in der Allgemeinbevölkerung), was bedeutet, dass ihre Bildung unterdurchschnittlich war. Dagegen waren Christen überdurchschnittlich oft vertreten: 42 Prozent der Terroristen waren Katholiken (21 Prozent in der Gesamtbevölkerung), 33 Prozent evangelische Protestanten (25 Prozent in der Gesamtbevölkerung) und 15 Prozent normale Protestanten. Acht Prozent wurden als psychisch krank eingestuft, und 53 Prozent waren bereits verhaftet worden (etwa doppelt so viele wie bei linken und Al-Qaida-Terroristen) (Chermak & Gruenewald, 2015; National Center for Education Statistics, 2014; Pew Research Center, 2019). Diese letztgenannten Befunde deuten darauf hin, dass rechtsgerichtete Terroristen häufig zu Kriminalität oder Aggressivität neigende Persönlichkeiten waren, *bevor sie* politisch indoktriniert wurden. Eine solche vorherige Delinquenz wurde auch in Studien über rechtsextreme Täter in Deutschland festgestellt (Peucker et al., 2003, S. 225–228), was auf vorpolitische antisoziale Tendenzen hinweist.

Mit Blick auf die Persönlichkeit rechtsextremer Täter unterschieden Gruenewald, Chermak und Freilich (2013) zwischen Tötungsdelikten, die von „Einzelgängern“ (die individuell handeln und nicht mit rechtsextremen Organisationen verbunden sind), „einsamen Wölfen“ (die individuell handeln und mit anderen aktiven Extremisten verbunden sind) und „einsamen Wolfsrudelmitgliedern“ (die nicht individuell handeln und mit anderen aktiven Extremisten verbunden sind) begangen wurden. Was das Alter betrifft, so waren Einzelgänger und einsame Wölfe in ihren 30ern, Mitglieder von einsamen Wolfsrudeln waren im Durchschnitt etwa 21 Jahre alt. Interessanterweise litten 41 Prozent der Einzelgänger an einer Form von psychischer Erkrankung (unspezifiziert), verglichen mit 19 Prozent der einsamen Wölfe und nur 3 Prozent der Mitglieder einsamer Wolfsrudel.

7.2.1.3 Religionen

Die Religion war schon immer eine starke Kraft in der amerikanischen Kultur. Lipset ging davon aus, dass die alte protestantische, puritanische Moral ein wichtiger Faktor für den Mangel an Toleranz in der amerikanischen Gesellschaft ist. „Die Amerikaner glauben, dass es einen fundamentalen Unterschied zwischen richtig und falsch gibt, dass das Richtige unterstützt und das Falsche unterdrückt werden muss, dass Irrtum und Böses keine Rechte gegenüber der Wahrheit haben." Diese Weltanschauung, in der es nur Schwarz und nur Weiß gibt, erstreckt sich auch auf das politische Leben. Die Masseneinwanderung, die mit unterschiedlichen Kulturen und Religionen einhergeht, könnte die Toleranz ebenfalls verringert haben. Allerdings wurde die amerikanische radikale Rechte auch von Katholiken unterstützt, die sich lange Zeit gegen Sozialismus und Kommunismus wandten (Lipset, 1955, S. 179–180, 192). Aber Netzwerke von Bewegungen und Gruppen des protestantischen Fundamentalismus wie die *Moral Majority* und die *Christian Coalition* hatten mehr Einfluss auf die politische Kultur des Landes (Grumke, 2004, S. 176). 60 Prozent der weißen Evangelikalen und 49 Prozent der konservativen Republikaner glaubten 2006, dass die Bibel bei der Gestaltung der nationalen Gesetze wichtiger sein sollte als der Wille des Volkes (Pew Research Center, 2006).

Als die Amerikaner 2014 in einer Umfrage gebeten wurden, Gruppen auf einem „Gefühlsthermometer" zu bewerten, bewerteten sie Juden, Katholiken und Evangelikale eher warm, Atheisten und Muslime dagegen eher kalt. Demokraten und vor allem Republikaner platzierten Atheisten und Muslime eher am kalten Ende des Thermometers, während beide die Juden eher auf der warmen Seite sahen. Die wärmsten Gefühle äußerten die Republikaner jedoch gegenüber evangelikalen Christen; dies könnte die Tatsache widerspiegeln, dass viele Republikaner selbst Evangelikale sind (Pew Research Center, 2014). Interessanterweise haben bei den Präsidentschaftswahlen 2016 weiße „wiedergeborene" oder evangelikale Christen, weiße Katholiken und Mormonen den republikanischen Kandidaten, den dreifach verheirateten Donald Trump, stark unterstützt (Pew Research Center, 2016b), was darauf hindeutet, dass ihre anderen Interessen und Hoffnungen stärkere Wahlmotive waren als religiös-moralische Kriterien.

Studien in den 1960er-Jahren ergaben, dass etwa ein Drittel der Amerikaner *antisemitisch* eingestellt war (Quinley & Glock, 1983). In den späten 1990er-Jahren fanden Forscher heraus, dass Juden in den Herzen

und Köpfen der religiösen Rechten einen ambivalenten Platz einnehmen (als Gottes auserwähltes Volk *und* als nichtchristliche Außenseiter). In einigen Bereichen war die religiöse Rechte im Allgemeinen absolut positiv eingestellt, äußerte aber im Vergleich zu anderen Amerikanern eher feindselige Gefühle gegenüber Juden (Smith, 1999). Insgesamt ging die antisemitische Neigung in den Vereinigten Staaten von 1964 bis 2013 von 29 auf 12 Prozent zurück. Antisemitismus wurde vor allem bei weniger gebildeten älteren Menschen und Afroamerikanern festgestellt (Marttila Strategies/Anti-Defamation League, 2013).

Der Antisemitismus von Afroamerikanern sollte in der Vergangenheit auf wirtschaftlichen Erfahrungen beruhen. Vor Jahrzehnten zeigten Umfragen, dass – was die Kontakthypothese teilweise stützt – Afroamerikaner, die in einem nicht-institutionellen Umfeld gleichberechtigten Kontakt zu Juden hatten, weniger antisemitisch waren, aber diejenigen, die eine wirtschaftliche Schlechterbehandlung durch Juden wahrnahmen, zeigten eine stärkere Antipathie ihnen gegenüber (Tsukashima & Montero, 1976). Der historische Hintergrund dieses gespaltenen Ergebnisses könnte darin liegen, dass die aufstrebenden Juden in den Städten Häuser, Geschäfte und Betriebe besaßen; die Afroamerikaner waren dagegen Mieter, Angestellte und Kunden. Solche wirtschaftlichen Beziehungen könnten zu negativen Gefühlen gegenüber Juden beigetragen haben, aber sie zeigten keine signifikant größere Tendenz als Weiße, Juden als aggressiv, clanhaft, hochmütig und eingebildet wahrzunehmen (Quinley & Glock, 1983, S. 55–57). Spätere Studien bestätigten jedoch, dass Afroamerikaner mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit als Weiße antijüdische Einstellungen hegten, insbesondere wenn sie an Orten mit einem hohen jüdischen Bevölkerungsanteil wohnten, wo sie einen Wettbewerb zwischen Minderheiten oder eine „kollektive Bedrohung“ wahrnahmen (King & Weiner, 2007).

Es gibt eine lange Geschichte eines polemischen Diskurses, den konservative Protestanten in Amerika gegen den Islam und Muslime geführt haben (Johnston, 2016). Was die gegenwärtige Situation der *Islamophobie* betrifft, so ergab eine Meinungsumfrage im Jahr 2015, dass ältere, weiße und politisch konservative Befragte mit höherem Familieneinkommen eine ablehnendere Meinung über den Islam hatten als jüngere, schwarze, ärmere und liberalere Menschen (YouGov, 2015). Darüber hinaus zeigte eine Sekundäranalyse von Meinungsumfragen in den Vereinigten Staaten aus dem Jahr 2008, dass ein höheres Bildungsniveau und tatsächlicher Kontakt mit Angehörigen des islamischen Glaubens mit

einer positiveren Einstellung gegenüber Muslimen korrelierten. Interessanterweise wurde in dieser Studie weder die Religion der Befragten, noch die religiöse Praxis, noch ihre persönliche wirtschaftliche Situation mit ihrer Einstellung gegenüber Muslimen in Verbindung gebracht (Ogan et al., 2013). Bildung und Einkommen sind in den Vereinigten Staaten korreliert (Boshara et al., 2015), aber in erster Linie hat die Bildung, nicht das Einkommen, einen Einfluss auf diese Einstellungen.

Eine Umfrage aus dem Jahr 2017 ergab – nach dem ersten Jahr von Trumps Präsidentschaft –, dass weiße Evangelikale die größte Islamfeindlichkeit und Personen, die keiner Religion angehören, die geringste Islamfeindlichkeit an den Tag legten. Angehörige anderer Religionen rangierten zwischen diesen Werten (Institute for Social Policy and Understanding, 2018).

7.2.2 Angebotsseite (g2)

Wenden wir uns der *Angebotsseite* der Politik zu, insbesondere den Strukturen und Aktivitäten des *politischen Systems* und den ideologischen *Versprechen* der politischen Parteien an potenzielle Wähler: Gibt es Faktoren, die die populistische und radikale Rechte in den Vereinigten Staaten beeinflussen und neue Lösungen für die Bedürfnisse und Probleme möglicher Wähler bieten? Bei den Wahlen 2016 machten einige Beobachter das halbdemokratische *Wahlsystem* (*„the winner-takes-all“*-System mit einem Wahlleutekollegium) für den dreifachen Sieg von Trump und der Republikanischen Partei verantwortlich (Merkel, 2016). Darüber hinaus erhielten amerikanische Wahlen im internationalen Vergleich schlechte Noten: von 161 Ländern weltweit rangierten die US-Wahlen laut V-Dem-Daten der Universität Göteborg auf Platz 46, weit hinter neueren Demokratien wie Chile (Platz 5) und der Tschechischen Republik (Platz 13) (Norris et al., 2017). Im „Perceptions of Electoral Integrity“-Index der Universitäten Harvard und Sydney aus dem Jahr 2016, der 49 Indikatoren (Wahlgesetze und -verfahren, Wahlkampffinanzierung, Abstimmungsverfahren, Stimmenauszählung usw.) verwendet, rangieren die Vereinigten Staaten auf Platz 52 von 153 Ländern weltweit und weisen damit die schlechteste Leistung unter den vergleichbaren westlichen Demokratien auf (Norris, 2017). Es wurde auch festgestellt, dass die Schwächung der politischen Mitte und der Stillstand in Washington D.C. der populistischen Rechten Tür und Tor öffneten und insbesondere die Unterstützung für die *Tea Party* förderten (Michael, 2015, S. 281).

Nach Ansicht von Berlet und Lyons haben rechtspopulistische

Bewegungen ein komplexes Verhältnis zur etablierten Machtstruktur: Sie sind sowohl in ihr verwurzelt *als auch* von ihr unterschieden und stellen sich ihr in gewisser Weise entgegen. Solche Bewegungen sind oft eng mit den wirtschaftlichen und politischen Eliten verbunden, doch sind sie nicht einfach Marionetten der herrschenden Klasse, sondern vielmehr autonome soziale Kräfte. Um diese ambivalenten Beziehungen zwischen Rechtspopulismus und Macht zu erklären, verweisen die Autoren auf das alte soziologische Argument der Rollenüberschneidung oder Georg Simmels (2015 [1908], S. 403–453) „Schnittpunkt sozialer Kreise": Die meisten Menschen nehmen widersprüchliche Positionen in der Gesellschaft ein, sie werden in mancher Hinsicht unterdrückt, sind aber in anderer Hinsicht relativ privilegiert. Die Unzufriedenheit mit den Verantwortlichen, gepaart mit dem Wunsch, bestimmte soziale Ungleichheiten zu erhalten oder zu verstärken, findet häufig ihren Ausdruck in repressiven populistischen Bewegungen (Berlet & Lyons, 2000, S. 15). Donald Trump bot in seinem Wahlkampf ein Beispiel für diese doppelte Argumentation: Einerseits betonte er, wie sehr er sich von der gegenwärtigen amerikanischen politischen Elite unterscheide, und leugnete, ebenfalls zum Establishment zu gehören. Andererseits betonte er den Unterschied zwischen „dem Volk" und Minderheiten wie Hispanics und Muslimen (Korostelina, 2017).

Eine Studie auf der Grundlage von Daten auf Bundesstaatsebene in den Vereinigten Staaten befasste sich mit den Motiven für innerstaatlichen *Rechtsterrorismus* 1970–2011, von dem 244 Personen getötet wurden und der möglicherweise durch Nachfrage- und Angebotsfaktoren, die wirtschaftliche, soziale und politische Situation ausgelöst wurde. Die Studie untersuchte drei Kategorien: wirtschaftliche Missstände (z. B. durch wirtschaftliche Umstrukturierungen wie die „Farmenkrise"); gesellschaftliche Veränderungen (z. B. die Infragestellung des Privilegs weißer Männer durch die stärkere Einbeziehung von Frauen und rassischen Minderheiten) und politische und öffentlich-politische Elemente, die Ressentiments schüren (z. B. eine Regierung, die als korrupt und linksliberal gilt). Die Ergebnisse zeigten, dass einige gesellschaftliche Variablen (z. B. die wachsende Erwerbsbeteiligung von Frauen) und einige politische Indikatoren, wie die Kontrolle der Demokratischen Partei über das Weiße Haus, Faktoren zu sein schienen, die rechtsgerichtete Terroranschläge fördern könnten. Faktoren im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten (z. B. Armut, der Rückgang der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe und die „Landwirtschaftskrise") sowie die Zunahme der nicht-weißen Bevölkerung erwiesen sich nicht als

signifikante Prädiktoren für Rechtsterrorismus. Alles in allem spielten wirtschaftliche Faktoren eine geringere Rolle als soziale Faktoren. Die parteipolitische Kontrolle über die Regierung spielte bei der Bestimmung des Rechtsterrorismus nur auf nationaler Ebene eine Rolle, nicht aber auf einzelstaatlicher Ebene, vielleicht weil der US-Präsident der sichtbarste Politiker in den Vereinigten Staaten ist (Piazza, 2017).

7.3 Medien und politische Interpreten (h)

Wir erleben nur einen kleinen Teil der Welt direkt; die meisten Teile und Ereignisse der Welt erfahren wir durch die *Medien* oder Informationen von anderen Menschen. Dies gilt auch für politisches Wissen und politische Einstellungen. Historisch gesehen hat die radikale Rechte in den USA die Medien seit langem für ihre Propaganda genutzt. Der Ku-Klux-Klan wurde bereits in den 1920er-Jahren zum Teil über ein Netzwerk von Zeitungen organisiert, und Jones (2018) wies darauf hin, dass ab den 1920er-Jahren ein aggressiver Rundfunk die Brücke zwischen den älteren Demagogen und einer zeitgenössischen konservativen „Echokammer“ und „Empörungsindustrie“ bildete. Wissenschaftler der Frankfurter Schule, die vor den Nazis in die Vereinigten Staaten geflohen waren, lieferten mit ihren Analysen von Radiosendungen in den 1940er-Jahren wichtige Ansatzpunkte für die Populismusforschung. Adorno etwa hatte erkannt, dass durch die Kapazitäten der Kulturindustrie eine moderne Form der demagogischen Rede möglich geworden war. US-Radiodemagogen stützten sich vor allem auf das „religiöse Medium“ wie die antisemitischen „Radiopriester“ Father Coughlin oder Martin Luther Thomas. Thomas galt als Experte für die Umwandlung von religiöser Bigotterie in politischen und Rassenhass (Adorno, 2000). Später folgten eine Reihe von evangelikalen Christen und antikommunistischen Politikern dieser Methode. Die nächsten Schritte in der Entwicklung der Medien, das Fernsehen und später das Internet, haben die Möglichkeiten für Televangelisten und rechtsradikale Politiker erweitert. Präsident Trump hatte seine politische Karriere in der Kulturindustrie begonnen (Fernsehserie „The Apprentice“) und bestätigte damit Adornos Erkenntnis, dass die Kulturindustrie ein konkurrierender Brutkasten für Demagogen gegenüber den orthodoxen politischen Parteien ist (Jones, 2018).

Heutzutage stellen viele Beobachter fest, dass der Eintritt des

ultrakonservativen *Fox News Channel* in den US-amerikanischen Kabelmarkt Ende der 1990er-Jahre eine wichtige Rolle bei der politischen Meinungsbildung nach rechts spielte. Viele Journalisten sind sogar der Meinung, dass *Fox News* die Art und Weise beeinflusst hat, wie andere Sender über Neues berichten (Jamieson & Cappella, 2008, S. 51). Eine Studie über die Einführung dieses Senders in US-Städten zeigte, dass er eine kleine, aber signifikante Auswirkung auf den Stimmenanteil der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen und größere Auswirkungen auf den Stimmenanteil der Republikaner im Senat hatte: Das Anschauen von *Fox News* veranlasste zwischen 3 und 28 Prozent (je nach Messgröße) der nicht republikanischen Zuschauer, für die Republikaner zu stimmen (DellaVigna & Kaplan, 2006).

Nachrichtenkonsumenten tendieren zu Nachrichtensendern, die mit ihren eigenen politischen Überzeugungen übereinstimmen. Die Zuschauer von *Fox News* sind eher rechts, die Zuschauer der Nachrichtensender *MSNBC*, *NBC*, *CNN*, *CBS* und *ABC* sind eher links. Die gleiche Tendenz ist bei den Lesern *politischer Blogs* zu beobachten. Eine Studie ergab, dass 94 Prozent der Blog-Leser Blogs bevorzugen, die ihren politischen Überzeugungen entsprechen; nur wenige lesen Blogs sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite des ideologischen Spektrums. Diejenigen, die sowohl linke als auch rechte Blogs lesen, tendieren eher zur liberalen oder demokratischen Seite, stark Konservative bleiben in der Sphäre der rechten Blogs (Lawrence et al., 2010). Dies deckt sich mit den Befunden zur Engstirnigkeit von rechtsautoritären Personen (vgl. Kap. 3).

Die technischen und kommunikativen Möglichkeiten des *Internets* sind heute zu einer wichtigen Informationsquelle und einem Kommunikationsmittel in der rechtspopulistischen und rechtsradikalen Szene geworden. Die Zahl der Foren und die Zahl der Beiträge in ihnen nimmt zu. In einem Experiment mit sozialen Online-Netzwerken während der US-Kongresswahlen 2010 beeinflussten politische Mobilisierungsbotschaften, die an Facebook-Nutzer übermittelt wurden, direkt die politische Selbstdarstellung, die Informationssuche und das reale Wahlverhalten (Wahlbeteiligung) von Millionen von Menschen (Bond et al., 2012). Eine Netzwerkanalyse der Tea-Party-Patriots-Facebook-Seite nach dem Attentat auf die demokratische US-Abgeordnete Gabrielle Giffords im Jahr 2011 ergab, dass die Administratoren, die Artikel posteten, von denen sie glaubten, dass sie einen positiven Diskurs auslösen würden, die Agenda bestimmen konnten. Die Administratoren beeinflussten auch das Netzwerkverhalten von Einzelpersonen, die Auswahl derjenigen Kommentare, die im Diskurs fortbestehen konnten,

und die Eliminierung von Andersdenkenden im Diskurs (Mascaro et al., 2012).

Es gibt ein breites Spektrum von Websites, das von rechten Verschwörungstheoretikern wie *infowars.com* von Alex Jones über die *Alternative Rechte* oder *Affirmative Rechte* (2018) bis hin zu dem 1995 gegründeten Internetforum *stormfront.org* reicht, das auf seiner Homepage verkündet: „Wir sind die Stimme der neuen, umkämpften Weißen Minderheit!" (Stormfront, 2019), und das breite Möglichkeiten zur Kommunikation zwischen weißen nationalistischen und rassistischen Gruppen und Einzelpersonen bietet. Millionen von Beiträgen wurden dort eingereicht. Weiße suprematistische Gruppen nutzen auch getarnte Websites, die die Urheberschaft verschleiern und versuchen, Hassreden und rassistische Propaganda zu verbreiten (Daniels, 2013). Das Internet trägt auch zur gemeinsamen Identitätskonstruktion durch „Cyberhass" bei: Chatrooms, Diskussionsforen, Blogs und Facebook-Seiten verwickeln Mitglieder und potenzielle Mitglieder in Gespräche über ihre gemeinsamen Identitäten, einschließlich der kollektiven Konstruktion des „universellen weißen Mannes" durch Rechtsextremisten über globale Grenzen hinweg (Perry & Scrivens, 2016, S. 65–66). Heutzutage stehen *Facebook* und *Twitter* jedoch unter dem Druck, beleidigende Inhalte und Fehlinformationen zu bereinigen. Für diejenigen, die das Gefühl haben, dass ihre Ansichten von diesen Mainstream-Websites unterdrückt werden, hat Andrew Torba das soziale Netzwerk *Gab* als Plattform für den Austausch von konservativen und rechtsradikalen Meinungen gegründet. *Gab.com* (2022) verspricht „freie Meinungsäußerung" und hat kein Verbot von Hassreden (Selyukh, 2017).

7.4 Geschichte (i)

Die Geschichte des *Rassismus* in Amerika ist länger als die Geschichte der Vereinigten Staaten. Es gab auch eine Geschichte *interethnischer Gewalt* von weißen Siedlern gegen amerikanische Ureinwohner, afrikanische Sklaven und deren Nachkommen, und es gab eine Geschichte von *Aufständen gegen die Regierung*, die mit der Geburt der amerikanischen Republik in einer Revolte neuer Patrioten in den nordamerikanischen britischen Kolonien gegen die britische Krone begann. Die Geschichte des *Rechtspopulismus, Radikalismus und Extremismus* in Amerika ist nicht viel kürzer. Von Anfang an waren die Menschen hierarchisiert: Während in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 verkündet wurde, dass „alle Menschen

gleich geschaffen sind“, erhielten Frauen, amerikanische Ureinwohner und Afroamerikaner erst nach und nach das Wahlrecht und andere Rechte. Diese rassistische Ausrichtung wird von der radikalen Rechten bis heute beibehalten (Grumke, 2001, S. 189–190). Die Selbstwahrnehmung der Vereinigten Staaten als Einwanderernation mit universalistischen und individualistischen Werten ging mit anhaltenden Mustern sozialer Ausgrenzung andererseits einher. Dies war von Anfang an ein amerikanisches Dilemma (Minkenberg, 1998).

Im Rückblick auf die amerikanische Geschichte könnte die *Anti-Freimaurer-Partei* im frühen neunzehnten Jahrhundert laut George Michael die erste reaktionäre Bewegung gewesen sein. Sie entstand aus der Angst vor dem Übergang von einer weitgehend bäuerlich geprägten Agrarwirtschaft zu einer stärker kommerziell ausgerichteten Wirtschaft. Da die Freimaurer zu dieser Zeit im amerikanischen Establishment eine wichtige Rolle spielten, wurden sie zur Zielscheibe von Verschwörungstheorien, die davon ausgingen, dass sie die Regierung kontrollierten. Schließlich hatte die *Anti-Freimaurer-Partei* zwar politischen Erfolg (viele Freimaurer verloren ihre Regierungsposten), aber nur ein kurzes Leben. Im 19. Jahrhundert gab es mehrere andere populistische Bewegungen; so wurde beispielsweise in den 1840er-Jahren die *Know-Nothing Party* oder *Native American Party* gegründet, um gegen den Zustrom katholischer Einwanderer aus Deutschland und Irland zu protestieren (Mudde, 2018). Auch der *Populismus* (das Phänomen und der Begriff) hat seinen Ursprung in den Vereinigten Staaten. Am Ende des 19. Jahrhunderts war die *People’s Party* (oder *Populist Party*) eine agrar-populistische politische Partei von Landwirten aus dem Süden und Westen, die sich gegen die Etablierung von Eisenbahnen und Banken, Politiker in Washington und die „Eliten des Ostens“ wehrten. Diese Bewegung wurde von Historikern unterschiedlich interpretiert, zunächst als reaktionär und regressiv, später jedoch als progressiv und als linke Kraft in der amerikanischen Politik (Kaltwasser et al., 2017).

Im 20. Jahrhundert inspirierten faschistische Bewegungen in Kontinentaleuropa ähnliche Bewegungen in Amerika. Angesichts des Kommunismus und des Beginns des Kalten Krieges in den 1950er-Jahren nutzte die radikale Rechte den antikommunistischen McCarthyismus, um sich selbst wiederzubeleben. Die 1958 gegründete *John Birch Society* warf den Liberalen und der amerikanischen Linken im Allgemeinen vor, von Kommunisten unterwandert zu sein.

Die amerikanische Geschichte war schon immer ein Schlachtfeld kultureller Konflikte über die Idee Amerikas selbst. So erklärte Patrick

Buchanan, der rechts stehende Berater der Präsidenten Nixon, Ford und Reagan 1992 „einen Krieg um die Seele Amerikas“. Es sei eine Entscheidung darüber, „wer wir sind“, „woran wir glauben“, ob „die jüdisch-christlichen Werte und Überzeugungen, auf denen diese Nation aufgebaut wurde“, überleben würden. Buchanans Rede war Teil der wütenden Auseinandersetzungen in den 1980er- und 1990er-Jahren über Abtreibung, Minderheitenförderung, Kunst, Zensur, Evolution, Familienwerte, Feminismus, Homosexualität, Multikulturalismus, Pornografie, Schulgebet, Sexualerziehung, den westlichen Kanon und so weiter. Solche Auseinandersetzungen folgten auf die turbulenten Jahrzehnte nach den „Sechzigern“, die nicht nur eine Gegenkultur von „sex, drugs, and rock ‚n‘ roll“ waren, sondern auch ein neues Amerika hervorbrachten – ein Amerika, das offener für neue Völker, neue Ideen, neue Normen und neue Artikulationen von Amerika selbst war. „Im Gefolge der Sechzigerjahre war die nationale Kultur stärker gespalten als in jeder anderen Periode seit dem Bürgerkrieg“ (Hartman, 2015, S. 2–3). Die radikale Rechte war stark in diesen Konflikt verwickelt.

Die Anhänger des Rechtspopulismus haben im Allgemeinen keine Gewaltverbrechen begangen. Dies war und ist das Betätigungsfeld der *revolutionären Rechten* oder „Hassgruppen“ wie *Ku-Klux-Klan*, *Neonazis*, rassistischen *Skinheads* oder *weißen Nationalisten*. Die drei früheren und heutigen Bewegungen des *Ku-Klux-Klan*, der 1866 gegründet wurde, hatten in den 1920er-Jahren mehrere Millionen Mitglieder und zählten 1967 immer noch 55.000 Mitglieder, erlitten jedoch in den 1970er- und 1980er-Jahren einen Rückgang. Heutzutage sind die meisten dieser Hassgruppen klein. Ihre Ideologie basiert eher auf der Rasse (Weiße, Arier) als auf Nationalismus. Häufig wandte sich die revolutionäre Rechte vom herkömmlichen Christentum als „Sklavenreligion“ ab und wandte sich den (meist europäischen) neuen Religionen und dem alten Heidentum mit Göttern wie dem germanischen Odin zu. Der religiöse Wandel ging mit Gewalt einher, einschließlich Schießereien und Bombenanschlägen, die durch den Hass auf Afroamerikaner, Homosexuelle und so weiter motiviert waren. Ein attraktiver Türöffner zur arischen Sache für weiße Teenager war *White Power* oder *Hate Music,* die auf Musikfestivals gespielt wurde. Die Gruppen haben auch Websites, die ein breites Spektrum von Menschen ansprechen. Ein weiteres fruchtbares Terrain für die Rekrutierung von Rechtsrevolutionären waren Gefängnisse, wo weiße Insassen oft von schwarzen und hispanischen Banden dominiert wurden und ihre eigenen Banden bildeten, um sich zu schützen (Minkenberg, 1998; Weinberg, 2013). Von Zeit zu Zeit erschienen und verschwanden

regierungsfeindliche, rechtsgerichtete, milizähnliche Organisationen wie das *Patriot Movement* oder die *Militia of Montana*. Dasselbe geschah mit rechtsextremen Gruppen wie den *Minutemen*, die in einer zellulären Struktur organisiert waren.

Ein Vergleich der amerikanischen radikalen Rechten in den 1950er-Jahren und heute zeigt eine *Kontinuität der ideologischen Themen*: Damals stellte Seymour Lipset in einem Resümee fest, dass die radikale Rechte seiner Zeit gegen Gewerkschaften, Einkommenssteuer, den Wohlfahrtsstaat, staatliche Planung, Kommunismus und die Vereinten Nationen war. Interessanterweise ging er bereits davon aus, dass die radikale Rechte nicht nur eine Domäne der benachteiligten Arbeiterklasse und der kleinen Geschäftsleute war. Neureiche Menschen neigten oft zu extremen Ideologien, weil sie unsicher seien, ob sie ihr Geld behalten könnten. Daher würden sie soziale Reformen und Umverteilung ablehnen und die radikale Rechte oft finanziell unterstützen (Lipset, 1955, S. 185–189; zu dieser sozial geteilten Unterstützung der radikalen Rechten siehe auch den *Saint-Martins-Komplex* in Kap. 4).

Ein typisches Muster rechtsradikalen Denkens in den Vereinigten Staaten ist ein Syndrom, das Hofstadter als „*paranoiden Stil*" bezeichnete (Verschwörung, die Freimaurern, Juden, Katholiken, Kommunisten usw. zugeschrieben wird), beispielsweise in den Reden von McCarthy in den 1950er-Jahren, der Männer in der Regierung beschuldigte, sich gegen das Volk zu verschwören. Anders als der klinische Paranoiker, der eine feindliche Welt gegen sich sieht, empfindet der politische Paranoiker eine feindliche Welt, die sich gegen die gesamte Nation, Kultur oder Lebensweise richtet. Während es in der Geschichte einzelne reale konspirative Handlungen geben kann, sieht der paranoide Stil eine gigantische Verschwörung als „die treibende Kraft" in der Geschichte (Hofstadter, 2008 [1964], S. 4, 29). Anzeichen für Verschwörungstheorien finden sich auch in der *Tea Party*, der rechtspopulistischen Bewegung, die um 2009 entstand. Darüber hinaus ergab eine Meinungsumfrage aus dem Jahr 2013, dass ein Drittel der republikanischen Wähler im Gegensatz zu einem Siebtel der demokratischen Wähler glaubte, dass sich eine geheimnisvolle Machtelite mit einer globalisierten Agenda verschworen hat, um letztendlich die Welt zu beherrschen (Rupert, 2015). Wissenschaftliche Beobachter sind gespalten in diejenigen, die solche Parallelen zwischen der extremen und der gemäßigten rechten Bevölkerung dramatisieren und diejenigen, die „Extremisten normalisieren wollen, indem sie zeigen, dass sie im Großen und Ganzen psychologisch und sozial nicht von ihren weniger ideologisch ausgerichteten Nachbarn zu

unterscheiden sind“ (Aho, 2016, S. 9).

Es gibt zwar einige Unterschiede zwischen den amerikanischen und europäischen Formen der radikalen Rechten, aber es gab auch politische Ansteckungseffekte zwischen den beiden Kontinenten. Wie Kaplan und Weinberg schreiben, waren die rechtsextremen Bewegungen in den Vereinigten Staaten im neunzehnten Jahrhundert und bis in die 1920er-Jahre weitgehend nativistisch geprägt und hatten Angst vor neuen Wellen europäischer Einwanderer. Diese Einwanderer wurden verdächtigt, neue Lebensweisen sowie religiöse und politische Ansichten mitzubringen, die die amerikanische Gesellschaft tiefgreifend stören würden. Nach der russischen Revolution bekamen einige amerikanische Politiker und Journalisten Angst vor einer kommunistischen Revolution in ihrem eigenen Land. In dieser Zeit wurden rechtsradikale Ideologien, einschließlich Antisemitismus, aus Europa importiert, da der Kommunismus eine globale Bedrohung darstellte. Politische Wallfahrer wie Charles A. Lindbergh und Mitglieder der eugenischen Bewegung besuchten Deutschland und bewunderten Hitlers Führung und die Errungenschaften des Landes. Einige Italo- und Deutsch-Amerikaner übernahmen faschistische und nationalsozialistische Ideologien, aber im Jahrzehnt der Depression in den 1930er-Jahren wurden auch einheimische faschistische Gruppen gegründet, d. h. Gruppen mit überwiegend amerikanischer Mitgliedschaft. Die Niederlage von Nazi-Deutschland konnte die radikale Rechte weder in Westeuropa noch in den Vereinigten Staaten aufhalten. Ein weiteres interessantes Beispiel für politische Ansteckung ist der *British Israelism*, der Glaube, dass die Angelsachsen oder Briten die Nachkommen der biblischen Israeliten seien. Diese Doktrin gelangte in den ersten Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts von Großbritannien nach Kanada und in die Vereinigten Staaten. Später, in den 1940er und frühen 1950er-Jahren, wurde der *British Israelism* in die *Christian Identity* umgewandelt. Die modernen Vertreter dieser rassistischen Bewegung betrachten die Arier als die wahren Nachkommen der biblischen Israeliten und glauben, dass Gott diesen Ariern Amerika zur Kontrolle und Nutzung gegeben hat. Andere transatlantische Prozesse lassen sich im Antikommunismus rechter paneuropäischer und amerikanischer Gruppen erkennen (Kaplan & Weinberg, 1998, S. 23–39). Es sollte jedoch erwähnt werden, dass der Rassismus zwischen den Vereinigten Staaten und Europa auf Zweibahnstraßen verlief. Amerikanische rassistische Ideologien wurden und werden auch nach Europa exportiert. Eine weitere Verbindung ist die *White-Power*-Musik. Sie ist in Europa oft illegal und wird daher hauptsächlich in den Vereinigten Staaten produziert und von dort

vertrieben. Hassmusik-Bands reisen häufig in die Vereinigten Staaten und umgekehrt (Beirich, 2013).

Islamophobie ist seit langem auch ein häufiges Element unter konservativen und anderen rechtsgerichteten Amerikanern und Europäern. Für einige Autoren wurden Muslime in den Vereinigten Staaten schon vor den Anschlägen vom 11. September 2001 mit Terrorismus in Verbindung gebracht, was zu einer allgemeinen Feindseligkeit gegenüber allen Muslimen führte. Einige Forscher argumentierten, dass die Amerikaner seit dem transatlantischen Sklavenhandel und dem frühen Rassismus die Angst vor dem Islam als einigendes Konzept zur Definition Amerikas nutzten. Andere Autoren konzentrierten sich auf aktuellere Ereignisse und sahen in der iranischen Revolution von 1979 den Ausgangspunkt für die Islamophobie (Ogan et al., 2013). Der islamistische Terror in Europa und den Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren auf beiden Kontinenten neue Wellen der Islamophobie ausgelöst.

7.5 Die radikale Rechte in den Vereinigten Staaten: Was nun?

Um ein paar abschließende Bemerkungen zu machen: Vieles wird davon abhängen, wie Trumps Zeit im Weißen Haus und die Einhaltung seiner Wahlversprechen wahrgenommen wurde und auch wie er sich in kommenden Wahlkämpfen verhält. In den Jahren von Trumps Präsidentschaft lag der Prozentsatz derjenigen, die die Arbeit des Präsidenten missbilligen, trotz der boomenden US-Wirtschaft und der niedrigen Arbeitslosigkeit bei über 50 Prozent, damit wurde er schlechter beurteilt als seine Vorgänger (FiveThirtyEight, 2021). Darüber hinaus haben Umfragen ergeben, dass die Amerikaner seit der Wahl Trumps ängstlicher geworden sind. Von 2016 bis 2021 übertraf die Befürchtung, dass die Regierung korrupt ist, bei weitem alle anderen abgefragten Ängste (knapp 80 Prozent im Jahr 2021). Abgesehen von der Korruption der Regierung (und später mit Corona-Ängsten) beschäftigten sich die Amerikaner zunehmend mit Ängsten um die Umwelt wie Umweltverschmutzung, globale Erwärmung usw. (zwischen 62 und 49 Prozent) und mit finanziellen Ängsten. Ergebnisse der Umfrage widerlegen Trumps Sorgen um die Einwanderung: Die Angst vor Terroranschlägen (49 Prozent), illegaler Einwanderung (21,5 Prozent) und Muslimen (7 Prozent) rangiert auf den hinteren Plätzen (Chapman University, 2018; Amirazizi,

2022). Die Ängste der Amerikaner sind also vielfältiger und unterscheiden sich von denen, die der Präsident vermutet. Trump konnte für den Wahlkampf 2020 aber wieder auf die Parteiführung der Republikaner zählen und mit ihrer Hilfe ein Amtsenthebungsverfahren abwehren. Seine Wahlversprechen waren weitgehend die alten: vom Kampf gegen Abtreibung und politische Korrektheit bis zu Steuererleichterungen und freiem Waffenbesitz (Save America, 2020). Den Wahlsieg des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Joe Biden erkannte er nicht an, was am 6. Januar 2021 zu einer rechtsextremen rechtsradikalen Attacke auf den Kongress führte.

Der künftige Erfolg der populistischen Rechten wird von den Beziehungen zwischen den verschiedenen Flügeln der Republikanischen Partei und Präsident Donald Trump, dem Erfinder der Regierung per Twitter, abhängen. Es ist noch offen, ob der politische Einfluss politischer Bewegungen und Gruppen wie einst der *Tea Party* oder des *Freedom Caucus* auf die Republikanische Partei stark genug ist, um zu einer Spaltung innerhalb der Republikaner zu führen, die zum Teil als „konservative Universalisten" und zum Teil als „konservative weiße Identitäre" angesehen werden können. Trumps politisches Handeln und seine Beziehungen zu den verschiedenen Flügeln der Partei werden bei diesen Prozessen eine entscheidende Rolle spielen. Seit Beginn seiner Präsidentschaft hat Trump aufgrund seiner rassistischen Äußerungen und politischen Entscheidungen wie dem Muslim-Bann, seiner unberechenbaren Außenpolitik und seiner Kampagne für die Grenzmauer, der Begnadigung des rassistischen Sheriffs Joe Arpaio und seiner Neutralität zu den Ereignissen in Charlottesville die Unterstützung r wichtiger Republikaner verloren. Hier trafen weiße Nationalisten, Neonazis und Alt-Right-Aktivisten, die gegen die Entfernung einer Statue zu Ehren des konföderierten Generals Robert E. Lee protestierten, auf Gegendemonstranten, von denen einer getötet wurde, als ein Demonstrant mit seinem Auto in eine Menschenmenge fuhr (Brooks, 2017). Andererseits haben die größten republikanischen Kritiker von Präsident Trump ihre Vorwahlen verloren oder erklärt, dass sie nicht zur Wiederwahl antreten werden (Vox, 2018).

Die Zwischenwahlen waren fast immer ein Referendum über den Präsidenten und seine Partei – und sie waren fast immer negativ. Für Trump, den am stärksten polarisierenden Präsidenten der modernen Politik, endeten die Zwischenwahlen 2018 mit unterschiedlichen Ergebnissen: Die Demokraten gewannen die Mehrheit im Repräsentantenhaus, die Republikaner behielten die Kontrolle über den Senat. Wie ein Beobachter

schrieb: „Die Wähler hatten die Chance, Trump eine Absage zu erteilen, und sie taten es nicht“ (Rogers, 2018). Die Republikaner wurden wiederum überwiegend von weißen Männern in ländlichen Gebieten und ohne Hochschulbildung gewählt (BBC, 2018). Bei den Zwischenwahlen 2022 konnten die von Trump angefeuerten Republikaner gegen den schwächelnden Präsidenten Biden zwar einige Parlamentssitze dazugewinnen, aber nicht den angestrebten Erdrutschsieg erringen. Es reichte jedoch, um die Handlungsmöglichkeiten von Bidens Regierung stark einzuschränken.

Was ist mit den *militanteren Flügeln* der radikalen Rechten in den Vereinigten Staaten? George Michael fasste optimistisch zusammen, dass die extreme Rechte vor allem deshalb schwach ist, weil es ihr an ideologischer Kohärenz mangelt und es ihr nicht gelungen ist, eine Plattform zu entwickeln, die einen beträchtlichen Teil der Öffentlichkeit anspricht (Michael, 2012, 2015). Vielleicht könnten die Existenz einer populistischen Rechten und Donald Trumps militante Rhetorik einen Teil der Unterstützung für die extreme Rechte auffangen – oder im Gegenteil, sie könnten extremistischen Organisationen und der Gewalt Öl ins Feuer gießen. Zumindest scheinen nach Trumps Wahl rassistische und fremdenfeindliche Belästigungen in den Vereinigten Staaten zugenommen zu haben, von denen viele durch Donald Trumps Rhetorik gefördert wurden (Okeowo, 2016).

Und wie sieht es mit der wirtschaftlichen Entwicklung aus? Schätzungen für den *US-Arbeitsmarkt* gingen vor einigen Jahren davon aus, dass die meisten Beschäftigten in den Bereichen Transport und Logistik sowie der Großteil der Büro-, Verwaltungs- und Produktionsmitarbeiter gefährdet sind. Sogar ein erheblicher Teil der Beschäftigung in Dienstleistungsberufen, in denen in den letzten Jahrzehnten das meiste Beschäftigungswachstum stattgefunden hat, ist in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten sehr anfällig für Automatisierung, d. h. sie sind sehr anfällig für den Ersatz durch Roboter (Frey & Osborne, 2017). Wie in den europäischen Ländern nehmen Teile der US-Gesellschaft diese technologischen Innovationen (insbesondere die Automatisierung), die Globalisierung und die Einwanderung bereits heute als bedrohliche Entwicklungen wahr, die ihre eigenen Arbeitsplätze und ihren Lebensstandard gegenwärtig oder in Zukunft gefährden. Durch die Corona-Pandemie und die durch den russischen Krieg gegen die Ukraine ausgelöste weltwirtschaftliche Krise werden die Aussichten für den Arbeitsmarkt weiter gedämpft. Solche Ängste werden die Nachfrage nach rechtsradikalen Versprechen aufrechterhalten.

Die Vereinigten Staaten gehören zu den Ländern, in denen ein rechtspopulistischer Präsident und eine rechtspopulistische Regierung durch demokratische Wahlen an die Macht gekommen sind – wenn auch durch ein spezifisches Wahlsystem und ohne die Mehrheit der Stimmen in der Bevölkerung. Die Wählerschaft ist gespalten, und der polarisierende Ex-Präsident Trump verschärft die Unterschiede und Konflikte noch. Es bleibt abzuwarten, ob die amerikanische Gesellschaft und Politik Wege zu einem friedlichen und konstruktiven Interessenausgleich finden werden.

Literatur

ABC News/Washington Post Poll. (2016, May 22). *Clinton vs. Trump*. http://www.langerresearch.com/wp-content/uploads/1177a1ClintonTrump.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.

Adorno, Th. W. (2000). *The psychological technique of martin Luther Thomas' radio addresses*. Stanford University Press.

Affirmative Right. (2018). https://alternativeright.blog/. Zugegriffen am 08.03.2019.

Aho, J. (2016). *Far-right fantasy: A sociology of American religion and politics*. Routledge.

Alder, S., Lagakos, D., & Ohanian, L. (2014). *The decline of the US rust belt: A macroeconomic analysis*. Center for Quantitative Economic Research. Federal Reserve Bank of Atlanta. CQER working paper 14-05. https://www.frbatlanta.org/-/media/Documents/cqer/publications/workingpapers/cqer_wp1405.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.

Amirazizi, R. (2022). America's Top Fears 2020/2021. https://www.chapman.edu/wilkinson/research-centers/babbie-center/_files/Babbie%20center%20fear2021/blogpost-americas-top-fears-2020_-21-final.pdf. Zugegriffen am 21.07.2022.

Bakker, B. N., Rooduijn, M., & Schumacher, G. (2016). The psychological roots of populist voting: Evidence from the United States, the Netherlands and Germany. *European Journal of Political Research, 55*(2), 302–320.

BBC. (2018, November 7). US mid-term election results 2018: Maps, charts and analysis. *BBC News*. https://www.bbc.com/news/world-us-canada-46076389. Zugegriffen am 08.03.2019.

Beirich, H. (2013). Hate across the waters: The role of American extremists in fostering an international White consciousness. In R. Wodak, M. KhosraviNik & B. Mral (Hrsg.), *Right-wing populism in Europe: Politics and discourse* (S. 89–102). Bloomsbury.

Berlet, C. (2013). From Tea Parties to militias. In S. Von Mering & T. W. McCarty (Hrsg.), *Right-wing radicalism today: Perspectives from Europe and the US* (S. 124–143). Routledge.

Berlet, C., & Lyons, M. N. (2000). *Right-wing populism in America: Too close for*

comfort. Guilford.
Bond, R. M., Fariss, C. J., Jones, J. J., Kramer, A. D., Marlow, C., Settle, J. E., & Fowler, J. H. (2012). A 61-million-person experiment in social influence and political mobilization. *Nature, 489*(7415), 295–298.
Boshara, R., Emmons, W. R., & Noeth, B. J. (2015). *The demographics of wealth: How age, education and race separate thrivers from strugglers in today' economy*. Center for Household Financial Stability/Federal Reserve Bank of St. Louis. https://www.stlouisfed.org/~/media/Files/PDFs/HFS/essays/HFS-Essay-2-2015-Education-and-Wealth.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Brooks, D. (2017, August 29). How Trump kills the G.O.P. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2017/08/29/opinion/trump-identity-politics.html. Zugegriffen am 08.03.2019.
Chapman University Survey of American Fears. (2018). *America's top fears 2018*. https://blogs.chapman.edu/wilkinson/2018/10/16/americas-top-fears-2018/. Zugegriffen am 08.03.2019.
Chermak, S., & Gruenewald, J. A. (2015). Laying a foundation for the criminological examination of right-wing, left-wing, and Al Qaeda-inspired extremism in the United States. *Terrorism and Political Violence, 27*(1), 133–159.
Clarke, S., & Tomlinson, D. (2016). *In the swing of things. What does Donald Trump's victory tell us about America?* Resolution Foundation.
CNN Politics. (2016, November 23). Election 2016. *Exit polls*. http://edition.cnn.com/election/results/exit-polls. Zugegriffen am 08.03.2019.
Daniels, J. (2009). *Cyber racism: White supremacy online and the new attack on civil rights*. Rowman & Littlefield.
Daniels, J. (2013). Race and racism in Internet studies: A review and critique. *New Media & Society, 15*(5), 695–719.
DellaVigna, S., & Kaplan, E. (2006). *The Fox News effect: Media bias and voting*. Seminar paper no. 748. Institute for International Economic Studies, Stockholm University. http://www.diva-portal.org/smash/get/diva2:189819/FULLTEXT01.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
FiveThirtyEight. (2021). *How unpopular is Donald Trump?* https://projects.fivethirtyeight.com/trump-approval-ratings/. Zugegriffen am 21.07.2022.
Formisano, R. P. (2012). *The tea party: A brief history*. John Hopkins University Press.
Frey, C. B., & Osborne, M. A. (2017). The future of employment: How susceptible are jobs to computerisation? *Technological Forecasting and Social Change, 114*, 254–280.
Gab.com. (2022). *A social network*. https://gab.com/. Zugegriffen am 20.07.2022.
Grabka, M. M., Goebel, J., Schröder, C., & Schupp, J. (2016). Shrinking share of middle-income group in Germany and the US. *DIW Economic Bulletin, 6*(18), 199–210.
Gray Jibb, S. R. (2011). *Austerity in America*. Doctoral thesis, Electronic thesis and dissertation repository, The University of Western Ontario, London, S. 359. https://ir.lib.uwo.ca/etd/359. Zugegriffen am 08.03.2019.

Gruenewald, J., Chermak, S., & Freilich, J. D. (2013). Far-right lone wolf homicides in the United States. *Studies in Conflict & Terrorism, 36*(12), 1005–1024.
Grumke, T. (2001). *Rechtsextremismus in den USA*. Leske + Budrich.
Grumke, T. (2004). "Take this country back!" Die neue Rechte in den USA. In W. Gessenharter & T. Pfeiffer (Hrsg.), *Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?* (S. 175–185). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Hartman, A. (2015). *A war for the soul of America: A history of the culture wars*. University of Chicago Press.
Hixson, W. B., Jr. (1992). *Search for the American right wing: An analysis of the social science record, 1955–1987*. Princeton University Press.
Hochschild, A. R. (2016). The ecstatic edge of politics: Sociology and Donald Trump. *Contemporary Sociology, 45*(6), 683–689.
Hofstadter, R. (2008 [1964]). *The paranoid style in American politics*. Vintage.
Institute for Social Policy and Understanding. (2018). *American Muslim poll 2018*. Washington, DC. https://www.ispu.org/public-policy/american-muslim-poll/. Zugegriffen am 08.03.2019.
Jacoby, J. (2018, February 14). The Tea Party is dead and buried, and the GOP just danced on its grave. *Boston Globe*. https://www.bostonglobe.com/opinion/2018/02/14/the-tea-party-dead-and-buried-and-gop-just-danced-its-grave/ySjRon09I3vHFgGq8eN6SI/story.html. Zugegriffen am 08.03.2019.
Jamieson, K. H., & Cappella, J. N. (2008). *Echo chamber: Rush Limbaugh and the conservative media establishment*. Oxford University Press.
Johnston, D. L. (2016). American evangelical Islamophobia: A history of continuity with a hope for change. *Journal of Ecumenical Studies, 51*(2), 224–235.
Jones, P. K. (2018). Insights from the infamous: Recovering the social-theoretical first phase of populism studies. *European Journal of Social Theory*. https://doi.org/10.1177/1368431018772507. Zugegriffen am 25.07.2022.
Jones, R. P., Cox, D., Cooper, B., & Lienesch, R. (2015). *Anxiety, nostalgia, and mistrust. Findings from the 2015 American Values Survey*. Public Religion Research Institute. http://publicreligion.org/site/wp-content/uploads/2015/11/PRRI-AVS-2015.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Kaltwasser, C. R., Taggart, P., Espejo, P. O., & Ostiguy, P. (2017). Populism. An overview of the concept and the state of the art. In C. R. Kaltwasser, P. A. Taggart, P. O. Espejo & P. Ostiguy (Hrsg.), *The Oxford handbook of populism* (S. 1–24). Oxford University Press.
Kaplan, J., & Weinberg, L. (1998). *The emergence of a Euro-American radical right*. Rutgers University Press.
King, R. D., & Weiner, M. F. (2007). Group position, collective threat, and American anti-Semitism. *Social Problems, 54*(1), 47–77.
Korostelina, K. V. (2017). *Trump effect*. Routledge.
Koenig, B. (2022). Politicizing Status Loss Among Trump Supporters in 2020. The Russell Sage Foundation Journal of the Social Sciences 8(6), 69-86.
Lawrence, E., Sides, J., & Farrell, H. (2010). Self-segregation or deliberation? Blog

readership, participation, and polarization in American politics. *Perspectives on Politics, 8*(01), 141–157.
Lipset, S. M. (1955). The radical right: A problem for American democracy. *The British Journal of Sociology, 6*(2), 176–209.
List of United States House of Representatives elections, 1856–present. (2022). https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_United_States_House_of_Representatives_elections (2022).,_1856%E2%80%93present. Zugegriffen am 19.07.2022.
List of United States Senate elections (1914–present). (2022). https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_United_States_Senate_elections_(1914%E2%80%93present). Zugegriffen am 19.07.2022.
Marttila Strategies/Anti-Defamation League. (2013). *A survey about attitudes towards Jews in America*. http://www.adl.org/assets/pdf/press-center/adl-survey-attitudes-towards-jews-in-us-2013.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Mascaro, C. M., Novak, A., & Goggins, S. (2012). *Shepherding and censorship: Discourse management in the Tea Party Patriots Facebook group*. In system science (HICSS), 45th Hawaii International Conference on System Sciences, 1 (S. 2563–2572).
McGirr, L. (2015). *Suburban warriors: The origins of the new American right*. Princeton University Press.
Merkel, W. (2016). Der Warnschuss des 8. November. Donald Trump und die Demokratie in Amerika. *WZB Mitteilungen, 154*, 31–34.
Michael, G. (2012). *Lone wolf terror and the rise of leaderless resistance*. Vanderbilt University Press.
Michael, G. (2015). A new American populist coalition? The relationship between the Tea Party and the far right. In C. de la Torre (Hrsg.), *The promise and perils of populism: Global perspectives* (S. 265–292). University Press of Kentucky.
Minkenberg, M. (1998). *Die neue radikale Rechte im Vergleich: USA, Frankreich, Deutschland*. Westdeutscher Verlag.
Minkenberg, M. (2011). The Tea Party and American populism today: Between protest, patriotism and paranoia. *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, 4*(2), 283–296.
Mudde, C. (2018). *The far right in America*. Routledge.
National Center for Education Statistics. (2014). *Digest of education statistics. Table 104.30*. https://nces.ed.gov/programs/digest/d14/tables/dt14_104.30.asp?current=yes. Zugegriffen am 08.03.2019.
New York Times & CBS News. (2010, April 5–12). *National survey of Tea Party supporters*. http://documents.nytimes.com/new-york-timescbs-news-poll-national-survey-of-tea-party-supporters. Zugegriffen am 08.03.2019.
Norris, P. (2017). *It's even worse than the news about North Carolina: American elections rank last among all western democracies*. USApp – American Politics and Policy Blog. eprints.lse.ac.uk; http://eprints.lse.ac.uk/69347/1/blogs.lse.ac.uk-Its%20even%20worse%20than%20the%20news%20about%20North%20Carolina%20American%20elections%20rank%20last%20among%20all%20Western%20demo.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.

Norris, P., Nai, A., Garnett, H. A., & Grömping, M. (2017). *Perceptions of electoral integrity: The 2016 American presidential election. PEI-US-2016*. The electoral integrity project. University of Sydney/Harvard University.
Ogan, C., Willnat, L., Pennington, R., & Bashir, M. (2013). The rise of anti-Muslim prejudice: Media and Islamophobia in Europe and the United States. *International Communication Gazette, 76*(1), 27–46.
Okeowo, A. (2016, November 17). Hate on the rise after Trump's election. *The New Yorker*.
Parenti, L., & Caiani, M. (2013). *European and American extreme right groups and the Internet*. Ashgate.
Parker, C. S., & Barreto, M. A. (2014). *Change they can't believe in: The Tea Party and reactionary politics in America*. Princeton University Press.
Perry, B., & Scrivens, R. (2016). White pride worldwide: Constructing global identities online. In J. Schweppe & M. A. Walters (Hrsg.), *The globalisation of hate: Internationalising hate crime?* (S. 65–78). Oxford University Press.
Peucker, C., Gaßebner, M., & Wahl, K. (2003). Die Sicht der Polizei: Strukturanalyse fremdenfeindlicher, rechtsextremer und antisemitischer Tatverdächtiger. In K. Wahl (Hrsg.), *Skinheads, Neonazis, Mitläufer* (S. 207–258). Leske + Budrich.
Pew Research Center. (2006). *Many Americans uneasy with mix of religion and politics*. Washington, DC. http://www.people-press.org/2006/08/24/many-americans-uneasy-with-mix-of-religion-and-politics/. Zugegriffen am 08.03.2019.
Pew Research Center. (2014). *How Americans feel about religious groups*. http://www.pewforum.org/2014/07/16/how-americans-feel-about-religious-groups/. Zugegriffen am 08.03.2019.
Pew Research Center. (2015). *What is the House Freedom Caucus, and who's in it?* http://www.pewresearch.org/fact-tank/2015/10/20/house-freedom-caucus-what-is-it-and-whos-in-it/. Zugegriffen am 08.03.2019.
Pew Research Center. (2016a). *Behind Trump's victory: Divisions by race, gender, education*. http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/11/09/behind-trumps-victory-divisions-by-race-gender-education/. Zugegriffen am 08.03.2019.
Pew Research Center. (2016b). *How the faithful voted: A preliminary 2016 analysis*. http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/11/09/how-the-faithful-voted-a-preliminary-2016-analysis/. Zugegriffen am 08.03.2019.
Pew Research Center. (2016c). *GOP gained ground in middle-class communities in 2016*. http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/12/08/gop-gained-ground-in-middle-class-communities-in-2016/. Zugegriffen am 08.03.2019.
Pew Research Center. (2016d). *Behind Trump's win in rural white America: Women joined men in backing him*. http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/11/17/behind-trumps-win-in-rural-white-america-women-joined-men-in-backing-him/. Zugegriffen am 08.03.2019.
Pew Research Center. (2019). *Religious Landscape Study 2014*. http://www.pewforum.org/religious-landscape-study/. Zugegriffen am 08.03.2019.
Pew Research Center. (2021). *Racial, ethnic diversity increases yet again with the*

117th Congress. https://www.pewresearch.org/fact-tank/2021/01/28/racial-ethnic-diversity-increases-yet-again-with-the-117th-congress/. Zugegriffen am 12.08.2022.
Piazza, J. A. (2017). The determinants of domestic right-wing terrorism in the USA: Economic grievance, societal change and political resentment. *Conflict Management and Peace Science, 34*(1), 52–80.
Quinley, H. E., & Glock, C. Y. (1983). *Anti-Semitism in America*. Transaction.
Ragusa, J. M., & Gaspar, A. (2016). Where's the Tea Party? An examination of the Tea Party's voting behavior in the house of representatives. *Political Research Quarterly, 69*(2), 361–372.
Rapoport, D. C. (2021). The Capitol attack and the 5th terrorism wave. *Terrorism and Political Violence, 33*(5), 912–916.
Rauch, J. (2010, September 11). Group think: Inside the Tea Party's collective brain. *National Journal*. http://www.jonathanrauch.com/jrauch_articles/2010/09/group-think-inside-the-tea-partys-collective-brain.html. Zugegriffen am 08.03.2019.
Reinhard, D. W. (1983). *The Republican right since 1945*. University Press of Kentucky.
Rogers, E. (2018, November 7). Democrats won the House, but Trump won the election. *The Washington Post*. https://www.washingtonpost.com/blogs/post-partisan/wp/2018/11/07/democrats-won-the-house-but-trump-won-the-election/?utm_term=.54abef8a22ce. Zugegriffen am 08.03.2019.
Rosenthal, L., & Trost, C. (2012). Introduction. In L. Rosenthal & C. Trost (Hrsg.), *Steep: The precipitous rise of the Tea Party* (S. 1–22). University of California Press.
Rupert, M. (2015). Hegemony and the far-right. In R. Saull, A. Anievas, N. Davidson & A. Fabry (Hrsg.), *The longue durée of the far-right: An international historical sociology* (S. 193–216). Routledge.
Save America. (2020). https://www.donaldjtrump.com/. Zugegriffen am 21.07.2022.
Selyukh, A. (2017, May 21). *Feeling sidelined by mainstream social media, far-right users jump to Gab*. NPR. http://www.npr.org/sections/alltechconsidered/2017/05/21/529005840/feeling-sidelined-by-mainstream-social-media-far-right-users-jump-to-gab. Zugegriffen am 08.03.2019.
Simmel, G. (2015 [1908]). *Soziologie: Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Duncker & Humblot.
Smith, D. N., & Hanley, E. A. (2018). The anger games: Who voted for Donald Trump in the 2016 election, and why? *Critical Sociology, 44*(2), 195–212.
Smith, T. W. (1999). The religious right and anti-semitism. *Review of Religious Research, 40*(3), 244–258.
Stormfront. (2019). www.stormfront.org/forum. Zugegriffen am 08.03.2019.
Thompson, D. (2016, March 1). Who are Donald Trump's supporters, really? *The Atlantic*. http://www.theatlantic.com/politics/archive/2016/03/who-are-donald-trumps-supporters-really/471714/. Zugegriffen am 08.03.2019.
Trump, D. (2017). *The inaugural address*. The White House. https://www.whitehouse.gov/inaugural-address. Zugegriffen am 08.03.2019.

Tsukashima, R. T., & Montero, D. (1976). The contact hypothesis: Social and economic contact and generational changes in the study of black anti-Semitism. *Social Forces, 55*(1), 149–165.
United States Census Bureau. (2014). *Population projections. 2014 National population projections: Summary tables. Table 10*. https://www.census.gov/data/tables/2014/demo/popproj/2014-summary-tables.html. Zugegriffen am 08.03.2019.
United States Departement of Justice (2023). 2021 Hate Crime Statistics, https://www.justice.gov/hatecrimes/hate-crime-statistics (2023).
Van Dyke, N., & Soule, S. A. (2002). Structural social change and the mobilizing effect of threat: Explaining levels of patriot and militia organizing in the United States. *Social Problems, 49*(4), 497–520.
Vox. (2018, June 3). *Trump's biggest Republican critics paid the price in their primaries on Tuesday*. https://www.vox.com/2018/6/13/17450200/trump-critics-republican-primary-lose. Zugegriffen am 08.03.2019.
Weiler, J., & MacWilliams, M. (2016). *Authoritarianism, not social class, is the dividing line between supporting and opposing Donald Trump*. USAPP–American Politics and Policy Blog. London School of Economics/American Politics and Policy. http://bit.ly/1SmJ2ob. Zugegriffen am 08.03.2019.
Weinberg, L. (2013). Violence by the far right: The American experience. In M. Taylor, P. M. Currie & D. Holbrook (Hrsg.), *Extreme right wing political violence and terrorism* (S. 15–30). Bloomsbury.
Williamson, V. (2013). *The Tea Party and the shift to "austerity by gridlock" in the United States*. Paper prepared for the APSA annual conference, Chicago, August 29–September 1. http://scholar.harvard.edu/files/williamson/files/investment_or_austerity_in_the_united_states_williamson_apsa.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
YouGov US. (2015, March 9). *Poll results: Islam*. https://today.yougov.com/news/2015/03/09/poll-results-islam/. Zugegriffen am 08.03.2019.

K. Wahl*Die Radikale Rechte*
https://doi.org/10.1007/978-3-031-23577-1_8

8. Gebündelte Erkenntnisse, erweiterte Horizonte und mögliche Lösungen

Klaus Wahl[1]

(1)
Psychosoziale Analysen und Prävention – Informations-System (PAPIS), München, Deutschland

Dieses letzte Kapitel beginnt mit einer kurzen *Zusammenfassung* der vorangegangenen interdisziplinären Erkenntnisse. Dann wird der Horizont in zweierlei Hinsicht erweitert: Erstens wird ein Blick auf die radikale Rechte in anderen Ländern auf *verschiedenen Kontinenten* geworfen, wobei der Schwerpunkt auf den Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen diesen Ländern liegt. Zweitens liegt ein weiterer Schwerpunkt auf den Unterschieden zwischen *Rechts- und Linkspopulismus*.

Darüber hinaus konfrontieren wir einige *verbreitete Theorien des „gesunden Menschenverstands“* in öffentlichen und politischen Debatten mit Ergebnissen aus der *interdisziplinären Forschung* über die komplexen Wurzeln der Faktoren, die die radikale Rechte ermöglichen: Welche Rolle spielen Vernunft und Emotionen im politischen Verhalten? Was ist wichtiger: wirtschaftliche oder kulturelle Faktoren, wirtschaftliche oder kulturelle Spaltungen? Wie wirken internationale Entwicklungen, nationales Regieren und politische Stimmungen zusammen? Endet das Ganze in einem Teufelskreis? Wie können wir aus diesem herauskommen und die *Entwicklung der radikalen Rechten bekämpfen?* Es gibt keine einfachen Antworten. Wir stellen jedoch eine Liste *möglicher strategischer Maßnahmen* vor, die auf psychologischer, sozialer und politischer Ebene wirksam sein können.

8.1 Was wir bis jetzt gelernt haben

8.1.1 Die tiefen Wurzeln der radikalen Rechten

Die verschiedenen Formen von der populistischen bis zur extremen Rechten haben nicht nur die Aufmerksamkeit der Geschichts- und Politikwissenschaften auf sich gezogen. Der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus wurden schon früh zum Gegenstand psychologischer und soziologischer Analysen (z. B. Adorno et al., 1950; Horkheimer, 1936; Reich, 1933). Nach dem Zweiten Weltkrieg boten die neuen rechtsgerichteten Parteien, Bewegungen und Gruppen und ihre Mitglieder, Wähler und Anhänger ein breites Spektrum für Studien. Heutzutage sind *vorpolitische* Faktoren rechter Einstellungen, Ideologien, Aktivitäten und Organisationen nicht nur Forschungsgegenstand der Psychologie – Evolutions-, Entwicklungs-, Persönlichkeits-, Sozial- und Politische Psychologie sowie Psychiatrie – sondern auch der Humanethologie, Genetik, Epigenetik, Neurowissenschaften, Sozialanthropologie und so weiter. Leider waren die meisten dieser theoretischen Überlegungen und empirischen Befunde untereinander und mit den Politikwissenschaften nicht oder nur lose verknüpft. Genau aus diesem Grund präsentiert dieses Buch interdisziplinäre, aktuelle Forschungsergebnisse zu den Wurzeln (Prädiktoren, Mechanismen) rechtsextremer politischer Phänomene, die in ein Mehrebenen- oder *biopsychosoziologisches Modell* integriert sind.

Ein beliebter Weg, die Existenz und die Aktivitäten politischer Phänomene zu erklären, besteht darin, sich auf eine kleine Anzahl der „üblichen Verdächtigen“ wirtschaftlicher und sozialer Variablen (z. B. Rezession, Globalisierung, niedrige Löhne, Arbeitslosenquote) und demografischer Variablen (z. B. Alter, Geschlecht, Bildung und Einkommen der Bürger) zu beziehen. Da man jedoch weiß, dass menschliches Verhalten und soziale Prozesse in interagierenden Mehrebenensystemen von Faktoren verwurzelt sind (Wahl, 2000), bleiben solche sozioökonomischen Analysen eher oberflächlich. Andererseits können sich Wissenschaftler in den tiefen und labyrinthartigen Höhlensystemen mit einer Unzahl von Variablen leicht verirren. Was ist zu

tun – nicht um die Komplexität des Faktorennetzes zu reduzieren, sondern um die grundlegenden Strukturen und Mechanismen aufzudecken, die diese Netze durchziehen?

Folgt man dem *biopsychosoziologischen Modell* (Abb. 2.1 in Kap. 2) und fasst dessen Erklärungen in Kap. 2 zusammen, so ergibt sich eine Lösung, wenn man die *typischen Elemente rechter Ideologien* betrachtet, d. h. die antimodernen gesellschaftlichen Präferenzen für

- gesellschaftlich vererbte, früher unhinterfragte Ideen und Strukturen wie Tradition, Religion, Familie,
- soziale Ungleichheit, Hierarchie, starke Führungspersönlichkeiten (aber Anti-Elitismus, wenn man nicht der Regierung angehört),
- starre moralische Normen, Manichäismus, Anti-Pluralismus, Recht und Ordnung, Bestrafung von Normverletzern,
- Verherrlichung der eigenen Gruppe, Solidarität innerhalb der Gruppe, Ethnozentrismus, Nationalismus,
- Distanzierung von Fremdgruppen, Fremdenfurcht, Rassismus, Feindseligkeit und Gewalt gegen „Andere“ oder Fremdgruppen (Xenoktonie),
- zumindest eine gewisse Akzeptanz von Gewalt.

Diese Ideologien sowie die durch sie legitimierten politischen und sozialen Strukturen finden sich in vielen Gesellschaften und Kulturen auf der ganzen Welt, in Monarchien, Diktaturen wie auch in Demokratien und zu unterschiedlichen Zeiten. Diese Beobachtung legt nahe, dass es nicht nur spezifische soziale, wirtschaftliche, kulturelle, politische und historische Bedingungen geben könnte, die solche Ideologien erklären, sondern auch sehr allgemeine, *vorpolitische*, tief verwurzelte Kräfte, die diese politischen Ideen ermöglichen. Tatsächlich weckt diese Liste politischer Präferenzen – die zumeist von der politischen Rechten in Zeiten wirtschaftlicher Krisen, eines raschen sozialen und kulturellen Wandels oder der Einwanderung angeboten wird – Assoziationen zu *alten evolutionären sozialen Mustern und Mechanismen,* die typischerweise durch Angstsituationen ausgelöst werden. Wir stellen die Hypothese auf, dass ängstliche Teile der Bevölkerung in modernen Gesellschaften immer noch dazu neigen, auf soziale Situationen, die sie als reale oder eingebildete Bedrohungen wahrnehmen, mit einem gewissen Maß an *Furcht* zu reagieren und zu solchen alten Mechanismen zurückzukehren, die sich in der Evolution als Anpassungen an gefährliche Umgebungen entwickelt haben. Diese Reaktionen und Mechanismen waren in der menschlichen Evolution für die Reproduktion nützlich. In der jüngeren Geschichte wurden sie von

Ideologien wie Autoritarismus, religiösem Fundamentalismus, Rassismus oder Nationalismus überlagert, die während der Sozialisation erlernt wurden. Bei Individuen werden solche allgemeinen evolutionären Reaktionsmuster in unterschiedlichem Maße aktiviert, je nach der Entwicklung der individuellen *Persönlichkeit* und ihrem *soziokulturellen Erbe*. Rechtsradikale Politiker dramatisieren die Bedrohung durch den gesellschaftlichen Wandel, lösen die alten Mechanismen von Angst, Fremdenfurcht und Autoritarismus aus und versprechen reaktionäre Lösungen zur Überwindung dieser Bedrohung. Solche Ideologien und Handlungen stehen im Widerspruch zu den Erfordernissen moderner liberaler Demokratien und des internationalen Friedens.

Es ist sinnvoll, diese *vorpolitischen* Faktoren rechter Emotionen, Gedanken, Verhaltensweisen und sozialer Strukturen zu untersuchen, um die Prozesse auf der *politischen* Ebene besser zu verstehen – ohne dabei bloß reduktionistisch zu sein. Die Kenntnis dieser vorpolitischen Faktoren ist auch wichtig, um die relevanten Ebenen von Faktoren für die *Prävention* extremer Verhaltensweisen (wie Persönlichkeitsentwicklung, Erlernen von Vorurteilen usw. in der Kindheit) anzugehen, eine Aufgabe, die für die traditionelle politische Bildung zu groß ist.

Die interdisziplinäre Forschung hat mehrere *Risikofaktoren* dafür aufgezeigt, dass Einzelpersonen und Gruppen durch rechtsradikale Ideologien angezogen werden. Dies ist in den Kap. 2, 3 und 4 und dem dortigen *biopsychosoziologischen Modell der radikalen Rechten* zusammengefasst. Nur zur Erinnerung: Ein erster Strang von Ursachen, Bedingungen, Katalysatoren und Auslösern umfasst einige Ebenen *psychologischer und biologischer Faktoren*:

- *Persönlichkeitsmerkmale* wie ängstliche Persönlichkeiten, rechter Autoritarismus, soziale Dominanzorientierung sowie das Geschlecht, ergänzt durch korrelierte Hirnstrukturen und -prozesse, die es ermöglichen, dass rechtsradikales Gedankengut eher an sie andocken kann,
- *Persönlichkeitsentwicklung*, die sich aus der Bindung und den Beziehungen zwischen Eltern und Kind ergibt, was zu engstirnigen, ängstlichen, aggressiven oder dominanten Persönlichkeiten führt, die zu rechten Ideologien neigen,
- *Ergebnisse der Erziehung und Sozialisation* in Familie, Kita, Schule, Gleichaltrigengruppen, durch Medien und dergleichen, die zu fremdenfeindlichen Stereotypen, Vorurteilen, Rassismus, Nationalismus usw. führen können,
- *biotische Einflüsse* auf das Kind, beginnend mit dem Zeugungsakt,

genetischen und epigenetischen Faktoren, die die Persönlichkeitsentwicklung prägen können,
- und unterhalb von alldem die langen Prozesse der *Evolution* von Dispositionen wie Altruismus innerhalb von Eigengruppen sowie Fremdenfurcht und -feindlichkeit gegenüber Außengruppen als vorpolitischen Grundelementen für rechte Ideologien.

Ein zweiter Strang von Ursachen, Bedingungen und Katalysatoren umfasst *soziologische und historische Faktoren*:

- *Aktuelle sozioökonomische, kulturelle und politische Faktoren* auf der Nachfrageseite mit Ängsten, die durch den sozioökonomischen Wandel, demografische Faktoren usw. ausgelöst werden, und auf der Angebotsseite mit politischen Systemen und Kulturen, die Möglichkeiten für die radikale Rechte bieten,
- die *Medien* und die *sozialen und politischen Interpreten*, die Fakten und Prozesse als soziale Bedrohung darstellen und dramatisieren,
- die *Geschichte* von Ideen, Religion und Politik, von interreligiösen Vorurteilen bis hin zu Ideologien wie dem Nationalismus, die den öffentlichen Diskurs prägen,
- *Wechselwirkungen zwischen* den politischen Erscheinungsformen der radikalen Rechten, die einige der oben genannten Faktoren beeinflussen, z. B. das Abfärben rechtsradikaler Ideologien auf andere politische Parteien.

Die radikale Rechte nutzt die Ergebnisse dieser Kausalketten, Bedingungen, Katalysatoren und Auslöser für ihre Zwecke aus und bietet *Andockstellen* für *Furcht, Wut und Hoffnung* vieler Menschen – die *Erfolgsformel* der radikalen Rechten. Ein wichtiger Erfolgsfaktor der populistischen bis extremen Rechten ist dabei ihre Attraktivität für *unterschiedliche Persönlichkeiten* und mit *divergierenden Statuserfahrungen*, indem sie *doppelte Chancen* und ein Versprechen auf Inklusion für schwache, unterwürfige *und* für starke, dominante Personen bietet. Darüber hinaus bieten diese Parteien und Bewegungen doppelte Versprechen: Sie „neigen dazu, in kultureller und politischer Hinsicht zurückgezogen und rückschrittlich zu sein, während sie in wirtschaftlicher Hinsicht Prioritäten verfolgen, die heterogene Interessengruppen ansprechen und gleichzeitig freundlich gegenüber der heimischen Wirtschaft bleiben“ (Banks & Gingrich, 2006, S. 23).

8.1.2 Die radikale Rechte auf beiden

Seiten des Atlantiks

Wir haben Ähnlichkeiten und Variationen der radikalen Rechten, ihrer Geschichte, ihres Umfelds und ihres Auftretens in den verschiedenen Teilen Europas und den Vereinigten Staaten von Amerika festgestellt. Diese Ergebnisse laden dazu ein, den Horizont dieser Analyse zu erweitern und die radikale Rechte mit ähnlichen Phänomenen in weiteren Ländern zu vergleichen. Der Stand der empirischen Forschung und unsere eigenen Kapazitäten legen es jedoch nahe, dies auf wenige Seitenblicke auf andere Kontinente zu beschränken.

8.1.2.1 Europa: Unterschiedliche Geschichte in Ost und West

Im Jahr 1980 wählte nur 1 von 100 europäischen Wählern eine rechtspopulistische Partei. Im Jahr 2019 taten dies 15,5 von 100 Wählern (Timbro, 2019). Wie konnte dies geschehen? Die Erscheinungsformen und Wahlerfolge der radikalen Rechten hängen von vielen Faktoren und Prozessen in den verschiedenen Teilen des Kontinents ab. Vor allem haben sie eine sehr *unterschiedliche Geschichte* – einige mit einer faschistischen oder autoritären Vergangenheit, andere mit einer demokratischen Vergangenheit, einige mit einer kapitalistischen, andere mit einer sozialistischen Geschichte und der Erfahrung eines Systemwechsels. Daher gibt es historische Kontinuitäten *und* Diskontinuitäten. Ideologien, Strukturen und Aktivitäten der radikalen Rechten unterscheiden sich von Land zu Land, in einigen gibt es Überbleibsel aus faschistischen und/oder sozialistischen Zeiten, aber es gibt auch gemeinsame Merkmale wie Fremdenfurcht. Um einige wichtige Beobachtungen zusammenzufassen:

- Im heutigen *Westeuropa* scheinen sich die Auswirkungen von Globalisierung, technologischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Wandel, weltweiter und nationaler wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit sowie Zuwanderung als – tatsächliche oder eingebildete – Bedrohung des Lebensstandards und des Lebensumfelds zu spiegeln, die von Teilen der einheimischen Bevölkerung wahrgenommen werden. Politiker, Fernsehen, Zeitschriften und soziale Medien vermitteln allen Menschen Bilder und Interpretationen dieser Prozesse. Interessanterweise können medial vermittelte Eindrücke bei den Betroffenen eher unabhängig von der objektiven Situation im eigenen Umfeld (z. B. Anwesenheit von Zuwanderern) Angst,

Fremdenfurcht und Hass auslösen.

- In *Mittel- und Osteuropa* brachten die Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Systeme nach dem Ende der sozialistischen Regime für viele Menschen besondere Herausforderungen und Stress mit sich. Die Anpassung an die neue Situation dauerte Jahrzehnte, und einige Gruppen waren Verlierer dieser Entwicklungen (hauptsächlich durch Arbeitslosigkeit), was zu Ängsten und Enttäuschung über das neue wirtschaftliche und politische System führte. Diese Missstände sowie die sozialen Spannungen zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den alten und neuen ethnischen Minderheiten führten zu Fremdenfeindlichkeit, Sündenbockdenken und Unterstützung für rechtsradikale Bewegungen und Parteien. Darüber hinaus konnte die politische Propaganda nach dem Zustrom von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten nach Westeuropa um 2015 in Osteuropa einen Anti-Islamismus hervorrufen, ohne dass eine nennenswerte Zahl von Muslimen dort ankam.
- *Personen* mit *individuellen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Risiken* sind Zielgruppen für die radikale Rechte. Insbesondere ängstliche Menschen mit geringer Bildung, schlechten oder bedrohten Arbeitsplätzen, dem Risiko der Arbeitslosigkeit und ohne oder mit prekärem Eigentum, einschließlich gefährdeter Teile der Mittelschicht in wohlhabenden Ländern wie Deutschland, Österreich, Dänemark und der Schweiz, die Angst haben, ihren Status zu verlieren, werden leicht von der radikalen Rechten angezogen, die durch eine Anti-Einwanderungspolitik und manchmal durch Anti-EU-Propaganda eine sichere Gesellschaft und ein besseres Leben in einer exklusiven Nation verspricht. Interessanterweise scheint die Religiosität einen U-förmigen Einfluss auf rechtsradikale Einstellungen zu haben, da sowohl Atheisten als auch religiöse Fundamentalisten dazu neigen, den Pluralismus abzulehnen und politisch radikaler zu sein.
- Wenn *Regierungen* und *Parteien des politischen Mainstreams* als unfähig angesehen werden, mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen fertig zu werden und die Teile der Bevölkerung zu schützen, die sich bedroht fühlen, kann die radikale Rechte diese Nische leicht besetzen. In Ländern (häufiger im Osten), in denen es keinen *Cordon sanitaire* gibt (Weigerung der etablierten Parteien, mit rechtsradikalen Parteien zusammenzuarbeiten), könnte die radikale Rechte mehr Einfluss auf den öffentlichen Diskurs gewinnen.
- Charismatische *politische Führer* der radikalen Rechten sowie einige *Medien*, einschließlich des Internets, sind erfolgreich darin, in

gefährdeten Bevölkerungsgruppen Ängste vor weltweiten Prozessen wie Globalisierung und Einwanderung zu schüren.
- Wenn diese Angstmacher an bereits *ängstliche Persönlichkeiten* appellieren, insbesondere an solche, die in *autoritären Gesellschaften* leben, können sie leichte Beute machen. Dies könnte zum Beispiel in Russland der Fall sein, dessen politische Kultur durch eine lange Geschichte von Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und einem autoritären Staat geprägt ist. Auch ängstliche Menschen, die mit einer plötzlichen *Revolution* konfrontiert werden, die alle Lebensbedingungen verändert, können leichte Beute sein, wie in Ostdeutschland, wo sich ein Teil der Bevölkerung in der postsozialistischen, neokapitalistischen, multikulturellen Gesellschaft zurückgelassen fühlte und ein liberaler Staat bisher unbekannte individuelle Anstrengungen forderte. In Ostdeutschland gab es auch mehr Fremdenfeindlichkeit als in Westdeutschland, weil die Menschen dort während der sozialistischen Zeit wenig Kontakt zu Ausländern hatten.
- Dauerhafte Erfahrungen mit *sozialen Kontakten* und dem Zusammenleben mit Menschen unterschiedlicher ethnischer und religiöser Herkunft können zu friedlicheren sozialen Beziehungen führen. Westdeutschland hat eine lange Tradition von „Gastarbeitern" aus anderen Ländern, was in den meisten Regionen zu einem eher entspannten interkulturellen Verhältnis geführt hat. Sozialpädagogische Maßnahmen zum Abbau von Ängsten in multikulturellen Kitas und Schulen könnten daher wichtige Ansatzpunkte für die Prävention von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsradikalismus sein.

8.1.2.2 Vereinigte Staaten von Amerika und Europa: Transatlantische Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Ein Vergleich zwischen der amerikanischen und der europäischen radikalen Rechten muss vor dem Hintergrund der *Unterschiede der politischen Systeme und der politischen Kulturen* auf beiden Seiten des Atlantiks gesehen werden:

- In den Vereinigten Staaten gibt es ein *„winner-take-all"-Mehrheitswahlsystem* und zwei *große politische Parteien*, während in den meisten europäischen Ländern ein *Verhältniswahlsystem* gilt und es daher mehr und kleinere politische Parteien in den Parlamenten und

Koalitionsregierungen gibt.

- Das amerikanische konservativ-liberale *Wohlfahrtssystem* unterscheidet sich von den europäischen, eher sozialdemokratischen Wohlfahrtssystemen. Auch die *Arbeitsbeziehungen* sind anders (Ebbinghaus & Manow, 2004), was in Europa zu wirksameren Puffern gegen wirtschaftliche Risiken führt.
- Was die *Mentalitäten* und *politischen Kulturen* betrifft, so hat der optimistische „amerikanische Traum" von bürgerlichen Freiheiten und wirtschaftlichen Möglichkeiten für diejenigen, die hart arbeiten – vom Tellerwäscher zum Millionär – in Europa keine spezifische Entsprechung. Rifkin (2004) stellte fest, dass für die Amerikaner Freiheit mit Autonomie verbunden ist. Für die Europäer liegt die Freiheit nicht in der Autonomie, sondern in der Einbettung, und der neue „Europäische Traum" konzentriert sich mehr auf nachhaltige Entwicklung, Lebensqualität und Interdependenz. In der Zwischenzeit wurde die Erfüllung des amerikanischen Traums durch die wirtschaftliche Situation in den Vereinigten Staaten immer schwieriger und Teile der Gesellschaft blieben hinter ihren Ansprüchen zurück. In Europa hingegen entwickelten sich die Regionen entgegen Rifkins Optimismus sehr unterschiedlich. Zum einen litten südeuropäische Länder wie Griechenland, Italien, Spanien, Portugal und einige osteuropäische Länder unter Wirtschaftskrisen mit hohen Arbeitslosenquoten, die zu politischer Unzufriedenheit, Desillusionierung (Christensen, 2015) und Unterstützung für populistische Parteien führten. Andererseits gibt es selbst in wohlhabenden Ländern wie Deutschland oder Österreich Gruppen, denen es zwar gut geht, die aber eine kritische Stimmung gegenüber dem politischen Establishment oder gegenüber Einwanderern haben und deshalb rechtspopulistische Parteien wählen. In den Vereinigten Staaten erhielten die *Tea Party,* andere rechte Gruppen und Donald Trump auch Unterstützung von Teilen der Mittelschicht, die ihre heterogenen Frustrationen in Ressentiments gegen „das Establishment" und „die anderen" bündelten.
- Mehrere Autoren betonen auch die Unterschiede zwischen dem *Populismus* in den Vereinigten Staaten und in anderen Nationen. Während es in vielen Ländern Bewegungen und politische Persönlichkeiten gab, die die Überzeugung vertraten, dass die Tugend in der (schweigenden) Mehrheit, im einfachen Volk und seinen Traditionen liegt, war der Populismus in den Vereinigten Staaten darüber hinaus in moralischer und religiöser Hinsicht einzigartig, da er behauptete, dass die Machthaber gegen das Gründungscredo der Nation, das Kernideal

der amerikanischen Demokratie, verstießen: „Herrschaft durch das normale Volk, das von seinen Mitbürgern erwartete, dass sie allein durch Fleiß, praktische Intelligenz und den Glauben an Gott vorankommen" (Kazin, 1998, S. 2). Darüber hinaus hatten Studien in den Vereinigten Staaten einen starken Zusammenhang zwischen einer *traditionellen autoritären Weltanschauung* und der Unterstützung für die populistische Rechte oder Donald Trump gezeigt. Im Gegensatz dazu ergab eine Meinungsumfrage in Europa andere Motive für die Wahl populistischer Parteien: Traditionelle Werte (z. B. Protest gegen liberale Rechte wie Gleichberechtigung der Geschlechter, Rechte von Homosexuellen, ethnische Vielfalt usw., die von liberalen Eliten gegen den Willen des einfachen Volkes durchgesetzt wurden) schienen nicht ausschlaggebend für die Hinwendung zu populistischen Parteien zu sein. Der ausschlaggebende Faktor war die *Angst vor der Globalisierung*, insbesondere bei älteren Menschen und solchen mit einem niedrigeren Bildungsniveau und einem geringeren Einkommen (de Vries & Hoffmann, 2016, S. 25).

- Mit Blick auf die *Rechtsextremisten haben* die Protagonisten in den USA in den letzten Jahrzehnten eine globalere rechte Identität konstruiert, bevor ihre europäischen Pendants dies taten. In Amerika sind die Vorstellungen von einem gemeinsamen europäischen Erbe und einer gemeinsamen europäischen Identität, die mit dem Konzept des Weißseins verbunden sind, immer noch vertrauter als auf der anderen Seite des Atlantiks. Viele amerikanische Rechtsextremisten gruppierten sich in den 1980er-Jahren unter den Vorzeichen eines „neuen Rassismus" neu. Weiße Rassisten versuchten, sich eine breitere Legitimität zu verschaffen, indem sie sich als intellektualisiert und rehabilitiert darstellten und sich von Ignoranz und Gewalt distanzierten. Rechtsextremisten wie auch ein Großteil der amerikanischen politischen Mainstream-Kultur haben jedoch eine tiefe Ambivalenz gegenüber Europa: erstens ein Gefühl des gemeinsamen europäischen Erbes vor dem Hintergrund eines Staates, der zum großen Teil von denen geschaffen wurde, die Europa absichtlich hinter sich gelassen haben; zweitens die Abneigung der Rechten gegenüber der europäischen Politik, die von vielen Amerikanern als von linken Ideologien geleitet angesehen wird (Von Mering & McCarty, 2013, S. 4).

Andererseits gibt es *transatlantische Ähnlichkeiten* zwischen europäischen und amerikanischen Ideologien und Strukturen der populistischen und radikalen Rechten:

- Mehrere Autoren betonen gewisse Überschneidungen der *Ideologien* der amerikanischen *Tea Party* und der politischen Agenda von Donald Trump mit denen der rechtspopulistischen Parteien in Europa: Steuersenkungen standen zum Beispiel ganz oben auf der Agenda der *Freiheitlichen Partei* in Österreich, der *Lega Nord* in Italien, der *Volkspartei* in der Schweiz und der *Fortschrittspartei* in Norwegen. Darüber hinaus verachteten die *Tea Party* und diese europäischen Parteien Bürokraten und Sozialleistungen für „Außenseiter" oder diejenigen, die irgendwie nicht genug verdienen. Sie alle teilen ein gewisses Maß an Rassismus und lehnen die Gleichstellung oder Integration von Randgruppen ab (Carroll, 2014, S. 218).
- Es gibt auch einige Ähnlichkeiten zwischen den *Wählern und Wählerinnen* der populistischen Rechten in Europa und in den Vereinigten Staaten. Darauf deutet ein Vergleich zwischen den Präsidentschaftswahlen in den USA im November 2016 und in Österreich einige Wochen später hin. Die Wähler des republikanischen Kandidaten Donald Trump waren im Vergleich zu jenen der demokratischen Kandidatin Hillary Clinton überwiegend männlich, älter und hatten einen niedrigeren Bildungsstand. Dasselbe Muster wurde in Österreich festgestellt: Die Wähler des Rechtspopulisten Norbert Hofer (der fast die Hälfte der Stimmen erhielt) waren im Vergleich zu dem anderen Kandidaten, dem von den Grünen kommenden Alexander van der Bellen, überwiegend männlich und hatten einen niedrigeren Bildungsstand. In Österreich war das Alter jedoch weniger wichtig. Darüber hinaus waren sowohl die Trump- als auch die Hofer-Wähler tendenziell pessimistisch, was die allgemeine Lage und die Zukunft anging, sie fürchteten die Einwanderung und erwarteten hoffnungsvoll einen neuen starken rechten Führer (CNN, 2016; SORA/ISA, 2016).

In *Zukunft* könnten rechtspopulistische Bewegungen wie einst die *Tea Party* sowohl eine Grenze als auch eine Gefahr darstellen, wie Michael feststellt: Da die Hälfte der Haushalte in den Vereinigten Staaten keine Bundeseinkommenssteuer zahlt, ist eine Bewegung, die sich auf Steuersenkungen konzentriert, für sie weniger attraktiv. In diesem Fall könnte sie sich mit der extremen Rechten zusammenschließen und in eine radikalere Richtung bewegt werden (Michael, 2015, S. 284). Andererseits hängt es von der Politik von Präsident Trump und der Medienberichterstattung ab, ob die Gruppen, die rechtspopulistische Ideologien bevorzugen, zufrieden oder enttäuscht sein werden, wenn sie entscheiden, in welche Richtung sie sich bewegen werden. In den Jahren nach seiner Wahl lag der Durchschnitt von Trumps Zustimmungswerten

deutlich unter dem Durchschnitt aller Präsidenten der letzten 80 Jahre (FiveThirtyEight, 2021; Gallup, 2018). Allerdings hatte sein demokratischer Nachfolger Joe Biden auch nicht durchgängig hohe Werte (FiveThirtyEight, 2023). In Europa scheint die Zukunft der populistischen und radikalen Rechten sehr stark davon abzuhängen, wie die Regierungen mit den Flüchtlingen und anderen Einwanderern, mit der Corona-Pandemie und dem russischen Krieg gegen die Ukraine und den Folgen umgehen und wie sie die Europäische Union konsolidieren.

Die Sozialwissenschaften haben bewiesen, dass sie für *politische Prognosen* nur begrenzt geeignet sind. Der plötzliche Niedergang des Realsozialismus, das Erwachen des Arabischen Frühlings, das Brexit-Votum der Briten und die Wahl von Donald Trump haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler überrascht. Angesichts dieser Erfahrungen sollten wir mit Hypothesen über die Zukunft rechter Phänomene in der Welt sehr vorsichtig sein. Wir können jedoch einige Bedingungen und Faktoren benennen, die zu den mit der radikalen Rechten verbundenen Emotionen, Gedanken, Verhaltensweisen und Strukturen beitragen, um Chancen zu bieten, diese Risiken für liberale Demokratien zu mindern.

8.2 Populismus: Rechts, links und auf anderen Kontinenten

8.2.1 Das doppelte Gesicht des Populismus

Populismus ist ein umstrittenes Konzept: „Donald Trump, der populistische gewählte amerikanische Präsident, will Einwanderer ohne Papiere abschieben. Podemos, die populistische spanische Partei, will Einwanderern das Wahlrecht geben. Geert Wilders, der populistische niederländische Politiker, will Gesetze gegen Hassreden abschaffen. Jaroslaw Kaczynski, der populistische polnische Politiker, drängte auf ein Gesetz, das die Verwendung des Ausdrucks ‚polnische Todeslager‘ verbietet. Evo Morales, der populistische Präsident Boliviens, hat die Rechte indigener Bauern auf den Anbau von Koka erweitert. Rodrigo Duterte, der populistische Präsident der Philippinen, hat seine Polizei

angewiesen, mutmaßliche Drogendealer hinzurichten (…) Was macht sie alle zu ‚Populisten', und hat das Wort überhaupt eine Bedeutung?" (The Economist, 2016). Politikwissenschaftler haben mehrere Arten von Populismus beschrieben, insbesondere den Rechts- und den *Linkspopulismus*. Was sind die gemeinsamen und was die unterschiedlichen Merkmale beider Populismen? Kaltwasser stellt in Anlehnung an eine Definition von Mudde fest, dass der *Populismus* im Allgemeinen (1) auf der moralischen und manichäischen Unterscheidung zwischen dem „reinen Volk" und der „korrupten Elite" beruht und (2) auf der Vorstellung von Politik als Umsetzung des vermeintlichen Volkswillens, der *volonté générale*. „Das Volk" wird von den Populisten als eine feste und harmonische Einheit betrachtet. Populismen unterscheiden sich jedoch darin, welche Gruppen die Elite und welche das Volk bilden, sie können rechts oder links sein, einer Top-down- oder Bottom-up-Dynamik folgen und sich auf starke Führer stützen oder eine eher führerlose Bewegung sein. Zur Veranschaulichung dieser Unterschiede verweist Kaltwasser auf die *radikalen rechtspopulistischen Bewegungen* in den Vereinigten Staaten, die eine radikale Kürzung der Staatsausgaben fordern. Außerdem wendete die amerikanische *Tea Party* das Bild der „korrupten Elite" nicht auf das gesamte Establishment an, sondern auf jene Elitesektoren, die liberale Werte verteidigen. In Europa konzentrieren sich die rechtspopulistischen Parteien auf ein anderes Thema: Sie wollen vor allem die Einwanderung reduzieren. In Lateinamerika hingegen traten *linkspopulistische* Präsidenten wie Hugo Chávez in Venezuela oder Evo Morales in Bolivien auf, die eine wirtschaftliche Umverteilung anstrebten und sich für eine Politik der Integration der Armen einsetzten. Diese verschiedenen Arten von Populismus hatten gemeinsam, dass sie Gruppen eine Stimme gaben, die sich zuvor von den Eliten nicht vertreten fühlten (Kaltwasser, 2013, 2015, S. 189–191; Mudde, 2004, S. 543–544).

Offensichtlich gab es in verschiedenen Teilen der Welt mehrere Gegenstücke zu den Erscheinungsformen der radikalen Rechten auf der radikalen linken Seite: Sozialistische und kommunistische *Bewegungen* und *Parteien* sowie linksextremistische *gewalttätige* und *terroristische Zellen* und Organisationen, z. B. die italienischen *Roten Brigaden (Brigate Rosse)*, die deutsche *RAF (Rote Armee Fraktion)* oder die kolumbianischen *Revolutionären Streitkräfte Kolumbien-Volksarmee (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia-Ejército del Pueblo, FARC-EP)* und andere gewalttätige Gruppen.

In einer weltweiten Perspektive auf Rechts- und *Linkspopulismus*

unterscheidet Kaltwasser (2015, S. 193–197) zwischen Bottom-up-Populismus (wie die Bewegungen in den Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert), Top-down-Populismus (wie der *Chavismo* in Venezuela) und einer Mischung aus beidem (wie bei der *Tea Party* in den Vereinigten Staaten). Um die Erklärungen anhand der sozialen und politischen Ursachen des Populismus in Amerika und Europa zu systematisieren, schlug er eine Vier-Felder-Typologie vor, die nachfrage- und *angebotsseitige* sowie *nationale* und *internationale Faktoren kombiniert*:

In einem weiteren Vergleich stellten Mudde und Kaltwasser (2013, S. 167) fest, dass der lateinamerikanische Populismus überwiegend eine sozioökonomische Dimension hat (einschließlich der Armen), während der europäische Populismus in erster Linie eine soziokulturelle Dimension hat (unter Ausschluss der „Fremden“). Eine Untersuchung von Parteiprogrammen und Reden von Parteivorsitzenden oder Kandidaten aus Lateinamerika und Westeuropa ergab, dass die Populismuswerte in den Diskursen in Lateinamerika höher waren als in den westeuropäischen Ländern. Allerdings erhielten auch Parteien wie die linksradikale griechische *SYRIZA* oder die rechtsextreme deutsche *Nationaldemokratische Partei* hohe Populismuswerte (Silva, 2017, S. 43–44). Nach repräsentativen Panel-Umfragen in Deutschland, die zwischen 2015 und 2017 durchgeführt wurden, fanden sich populistische Wähler (kritisch gegenüber etablierten Parteien, Institutionen und Medien) auf der linken und rechten Seite sowie in der Mitte des politischen Spektrums (Vehrkamp & Wratil, 2017).

Kaltwasser sah kein „allgemeines Gesetz“, um das Aufkommen des Populismus in *Europa* und *Amerika* zu erklären. Er verstand seine oben skizzierten Erklärungen als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen. Außerdem untersuchte er Negativfälle, also Länder, in denen es trotz der genannten Faktoren keinen Rechtspopulismus gab. Solche hinderlichen Faktoren könnten darin bestehen, dass die Führer der Populisten Schwierigkeiten haben, „wir, das Volk“ zu definieren. In *Europa* wurde „das Volk“ ethnisch definiert, während die Populisten in *Lateinamerika* „das Volk“ als die sozioökonomisch Unterlegenen betrachteten. In *Spanien* mit seinen verschiedenen subnationalen Identitäten (Spanier, Katalanen, Basken) ist es zum Beispiel nicht einfach, von „wir, das Volk“ zu sprechen, und es gab es (bis zum Wahlerfolg der Partei *Vox* 2019 – K.W.) keinen breiten Rechtspopulismus. Andererseits ist in Spanien die linkspopulistische Partei *PODEMOS (Wir können)*

entstanden, die eine integrative Rhetorik entwickeln konnte, indem sie „das reine Volk“ als all jene definierte, die von einer Oligarchie im Bündnis mit ausländischen Mächten wie der Europäischen Union und transnationalen Wirtschaftseliten ausgeschlossen und diskriminiert wurden. Aufgrund seiner inklusiven Rhetorik schreckte *PODEMOS* nicht all jene ab, die ein antagonistisch-segregationistisches Verständnis der Nation hatten. Ein rätselhafter Fall für Kaltwasser ist *Deutschland*. Dieses Land weist einige Faktoren auf, die das Aufkommen des Populismus erklären (zunehmende Kongruenz zwischen den politischen Kräften des Mainstreams, wachsende Kritik am Einfluss ausländischer Mächte wie der EU), aber die radikale Rechte war lange Zeit eher erfolglos. Dies wird auf die politische Kultur des Landes zurückgeführt, in der der Schatten der nationalsozialistischen Vergangenheit allgegenwärtig ist, so dass die populistische radikale Rechte als Verteidigerin der NS-Ideologie stigmatisiert wurde (Kaltwasser, 2015, S. 208–212). Die Situation in Deutschland hat sich jedoch spätestens im Jahr 2015 geändert, als die Bundesregierung beschloss, eine große Zahl von Kriegsflüchtlingen aus dem Nahen Osten aufzunehmen. Der Zustrom von Flüchtlingen, der bereits vorher bestand und nach dieser Entscheidung eine Zeit lang erheblich zunahm, wurde von zusätzlichen Zuwanderern aus Afrika und Asien begleitet. Diese Situation polarisierte Deutschland zwischen einer „Willkommenskultur“ auf der einen Seite und fremden- und islamfeindlichen Bewegungen wie *PEGIDA* und der rechtspopulistischen Partei *Alternative für Deutschland (AfD) auf* der anderen Seite, die bemerkenswerte Unterstützung erhielten (Human Rights First, 2017).

Andere Autoren fügten Faktoren hinzu, die Rechts- oder Linkspopulismus begünstigen: Für Reiermann (2018) sind die Hauptursachen wirtschaftliche: *Rechtspopulisten* sind in Ländern mit hoher Zuwanderung und der Angst vor billigen ausländischen Arbeitskräften erfolgreich. Manche Menschen haben dort den Eindruck, dass Ausländer Sozialleistungen bekommen, die Einheimische nicht bekommen würden. Darüber hinaus sind die meisten dieser Länder wirtschaftlich erfolgreich und können sich einen Wohlfahrtsstaat leisten. Beides zusammen lockt Menschen aus armen Weltregionen in Länder wie Österreich, Deutschland oder Skandinavien. Der Export von Waren und Dienstleistungen aus diesen Ländern übersteigt deren Import – sie sind Gewinner der Globalisierung. *Linkspopulismus* ist dagegen eher in Ländern zu finden, die sich selbst als Verlierer der Globalisierung sehen. Diese Populisten warnen vor einer Importflut, die den heimischen Fabriken schaden und Arbeitslosigkeit erzeugen würde. Für sie muss das Land vor multinationalen Unternehmen geschützt werden. Häufig übersteigt die Einfuhr von Waren,

Dienstleistungen und Kapital deren Ausfuhr. Deshalb waren linkspopulistische Parteien in Südamerika, aber auch in Griechenland *(SYRIZA)* und Spanien *(PODEMOS)* erfolgreich.

Reiermann fragt auch, ob diese Faktoren auch in Italien und den Vereinigten Staaten wirken, beides chronisch defizitäre Länder mit Rechtspopulisten an der Regierung – der *Lega* und Trump. Hier gilt das gleiche Erklärungsmuster: Beide Länder sind wirtschaftlich und politisch gespalten. Der Norden Italiens ist eher wohlhabend, und dort begann der Aufstieg der *Lega Nord*. Im ärmeren Süden dominiert die eher linkspopulistische *Fünf-Sterne-Bewegung*. In den Vereinigten Staaten floriert die Wirtschaft an der Ost- und Westküste. Trumps Kernklientel kommt eher aus den Staaten, die einen wirtschaftlichen Niedergang erleben, im Mittleren Westen. Trump selbst verfolgt eine Doppelstrategie: eine sehr konservative Einwanderungs- und Steuerpolitik (die die Reichen privilegiert) und die Mobilisierung einer Arbeiter- und Bauernrhetorik durch den Vorschlag von Strafzöllen auf Stahl oder Autos. Diese Kombination aus links- und rechtspopulistischen Grundelementen ist Teil des Erfolgsrezepts von Trump (Reiermann, 2018).

Im Falle der radikalen Rechten kommen zu diesen wirtschaftlichen Faktoren noch kulturelle Faktoren hinzu, die Angst vor sozialem und kulturellem Wandel, Misstrauen gegenüber Muslimen und anderen Gruppen, Mechanismen wie Sündenbocksuche usw. „Der nativistische Diskurs der radikalen Rechten über den Islam hat alle Zutaten einer moralischen Panik, die darauf abzielt, Ängste und Befürchtungen hervorzurufen und damit bereits bestehende Gefühle kultureller und symbolischer Unsicherheit und Desorientierung in der breiten Öffentlichkeit zu verstärken, die sich in der Vorstellung widerspiegeln, dass man sich in seiner eigenen Gemeinschaft und seinem eigenen Land nicht mehr zu Hause fühlt“ (Betz, 2018, S. 15; vgl. Bouvet, 2015).

8.2.2 Populismus und Extremismus in anderen Teilen der Welt

Betrachtet man das breite Spektrum populistischer und extremistischer Bewegungen und Parteien in der Welt, so ist es unmöglich, sie alle der traditionellen westlichen Klassifizierung der *politischen Rechten* gegenüber der *politischen Linken* zuzuordnen. Andere Unterschiede können wichtiger sein, zum Beispiel das jeweilige politische System (Einparteiensystem versus Mehrparteiensystem), religiöse versus säkulare Parteien oder

Klientelismus versus Rechtsstaatlichkeit. Dennoch sprechen die Politikwissenschaften und die politische Öffentlichkeit von *populistischen, radikalen und rechtsextremen* politischen Bewegungen und Parteien in mehr oder weniger demokratischen Systemen überall auf der Welt. Um nur einige bevölkerungsreiche Länder neben den Vereinigten Staaten und Russland zu nennen, die bereits in diesem Buch behandelt wurden:

In *Asien* wurde die größte Demokratie der Welt, *Indien*, zuletzt von der größten Partei des Landes, der hindunationalistischen *Indischen Volkspartei (Bharatiya Janata Party, BJP),* regiert, die 2019 die Mehrheit der Sitze im Unterhaus des Parlaments gewann. Diese Partei ist mit der nationalistischen paramilitärischen Hindu *National Volunteer Association (Rashtriya Swayamsevak Sangh, RSS)* verbunden, einer großen, 1925 gegründeten Organisation, die anderen Religionen feindlich gegenübersteht und politisch sehr einflussreich ist. Wegen ihrer Militanz wurde die Organisation in ihrer Geschichte bereits mehrfach verboten (Gupta, 2016). Der Erfolg der *Indischen Volkspartei* beruhte auf einer Strategie, mit der diese Elitepartei die Armen (die ehemals „unberührbaren" Kasten) rekrutieren und gleichzeitig ihre traditionellen Reichen aus der oberen Kaste halten konnte: Die BJP lagerte die Rekrutierung an angeschlossene Organisationen aus, die grundlegende soziale Dienstleistungen erbringen, während die Partei gleichzeitig die programmatischen Verbindungen zu den elitären Kernanhängern aufrechterhalten konnte (Thachil, 2014).

In *Indonesien*, dem viertbevölkerungsreichsten Land der Welt und mit einer Präsidentialdemokratie, besteht der wichtigste politische Unterschied zwischen nationalistischen und religiösen Parteien (einschließlich populistischer islamischer Parteien). Der ehemalige General Prabowo Subianto, eine führende Persönlichkeit der populistischen nationalistischen *Partei der Bewegung Groß-Indonesien* (*Partai Gerakan Indonesia Raya*, *Gerindra*), hat sich mit konservativ-islamischen und autoritären Untertönen für die Armen eingesetzt und bei den Präsidentschaftswahlen 2019 fast die Hälfte der Stimmen erhalten. Der Gewinner dieser Wahl, Joko Widodo von der *Indonesischen Demokratischen Partei des Kampfes (Partai Demokrasi Indonesia Perjuangan, PDI-P)*, wird ebenfalls als Populist bezeichnet, allerdings in einer gemäßigten, nicht nationalistischen Form (Mietzner, 2015).

In *Japan* versuchen nationalistische und revisionistische Uyoku-Gruppen und ähnliche Bewegungen immer noch, das Verhalten des Landes während des Zweiten Weltkriegs zu verherrlichen, und haben einen gewissen Erfolg beim „Mainstreaming der Rechten" (Asahina, 2015). Allerdings war der Rechtspopulismus in Japan nicht sehr erfolgreich,

möglicherweise weil die Regierung der Skepsis der Öffentlichkeit gegenüber der Einwanderung nachgab und eine strenge Einwanderungspolitik umsetzte, verschiedene Sektoren der japanischen Wirtschaft schützte und den Sozialpakt aufrechterhielt, der Leistungen für entlassene Arbeitnehmer vorsieht (Lind, 2018).

Ein Sonderfall ist die *Türkei*, an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien, mit der *Partei der Nationalistischen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP)*, einer ehemaligen neofaschistischen Organisation mit den *Grauen Wölfen* als ihrem Jugendflügel. Die Partei hat ihre Ideologie in den letzten Jahren gemildert und bei den 2018-Wahlen 11,1 Prozent der Stimmen erhalten. Die führende Partei in der Türkei ist jedoch die *Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP)*, eine ultrakonservative und halbislamische Organisation, die seit 2002 die Regierung stellt und eine zunehmend antiliberale, autoritäre und neo-osmanische Agenda verfolgt. Die *Volksallianz*, der die AKP und die ultranationalistische *MHP* angehören, erhielt 2018 zusammen 53,7 Prozent der Stimmen für das Parlament. Die *AKP* unterstützt den derzeitigen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, der eine autoritäre Verfassung eingeführt hat, die 2017 in einem Referendum angenommen wurde (Carnegie Endowment for International Peace, 2015; Koplow, 2017; Schmidt, 2015; Wastnidge, 2019).

Es gibt immer mehr kleinere asiatische Länder mit lang anhaltenden rechtspopulistischen Regierungen, zum Beispiel *Israel*, wo religiöse und rechte Parteien eine wichtige Rolle spielen. In diesem Land sind die politische Rechte und die Linke eher wegen der Palästinafrage gespalten als wegen der Wirtschafts- oder Sozialpolitik. Premierminister Benjamin Netanjahu, der Führer der nationalistischen und zionistischen Partei *Likud (Konsolidierung),* verfolgte eine anti-elitäre und ausgrenzende Politik (z. B. gegenüber Arabern) (Yaniv & Tenenboim-Weinblatt, 2017), bis er 2021 von einer anderen Parteiengruppe aus der Regierung verdrängt wurde, um aber schon 2022 die Wahlen mit einem teils rechtsradikalen Parteienblock (darunter der extremistisch-religiösen und ultranationalistischen *HaTzionut HaDatit (Der religiöse Zionismus)* und dem rechtsextremistischen Provokateur Itamar Ben-Gvir von der *Otzma Jehudit (Jüdische Stärke)* wieder zu gewinnen (The Jerusalem Post, 2022).

Internationale Diskussionen über politische Ideologien konzentrieren sich häufig auf *Lateinamerika*, weil es dort eine anhaltende und große Vielfalt von *Rechts- und Linkspopulismus* gibt. Politische Analysen dieses Kontinents zeigen in der Tat ein verwirrendes Bild, da der Begriff „populistisch“ als Bezeichnung für fast jede Regierung verwendet wurde,

einschließlich linker und neoliberaler Regierungen (Grigera, 2017, S. 442). Es wurde die Hypothese aufgestellt, dass die populistische Tradition in dieser Region auf eine lange Periode demokratischer Regierungsführung und freier Wahlen zurückzuführen ist, verbunden jedoch mit hohen Raten sozioökonomischer Ungleichheit, die weit verbreitete Ressentiments erzeugt, die Politiker durch Populismus ansprechen können (Mudde & Kaltwasser, 2017, S. 27–28). Das größte Land dort, *Brasilien*, hat ein fluides Parteiensystem. Nach dem Militärregime Ende der 1980er-Jahre waren zwei der drei traditionellen großen Parteien (die Mitte-Rechts-Partei *Demokratische Bewegung*, *Movimento Democratico Brasileiro, MDB*, und die zentristische *Sozialdemokratische Partei Brasiliens, Partido da Social Democracia Brasileira*, *PSDB*) lose organisierte Zusammenschlüsse regionaler und lokaler Führer in klientelistischen Strukturen mit geringer Parteiidentifikation. Nur die dritte große Partei, die *Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores, PT)*, die mehr als ein Jahrzehnt lang bis 2016 regierte, konnte einen beträchtlichen Teil der Wählerschaft als Parteianhänger für sich gewinnen (Samuels & Zucco, 2014). Heutzutage ist die brasilianische Politik stark fragmentiert. Im Jahr 2018 entsandten 30 Parteien Vertreter ins Parlament. Im selben Jahr gewann Jair Bolsonaro von der ehemals kleinen *Sozialliberalen Partei (Partido Social Liberal, PSL)*, ein rechtsextremer ehemaliger Armeehauptmann, 46 Prozent der Stimmen in der ersten Runde und 55 Prozent in der zweiten Runde der brasilianischen Präsidentschaftswahlen. Bolsonaro wurde wegen seiner populistischen Agenda und seines polarisierenden Stils als „der tropische Trump" bezeichnet, aber er ist noch extremer, auch seiner Wähler, die ihn aus illiberalen und antidemokratischen Einstellungen heraus schätzen (Castanho Silva et al., 2022). Vielleicht verkörpert er das Bild eines Erlösers so sehr, wie es einst der ehemalige und spätere linke Präsident Lula tat (Faiola & Lopes, 2018). Bolsonaro wurde von einer Koalition aus Neoliberalen, Evangelikalen, Apologeten der Militärregierung und der Agrarindustrie unterstützt, der Koalition von *„Bala, Boi e Biblia"* (Kugel, Vieh und Bibel). Seine Wähler waren überwiegend weiße, evangelikale Männer mit höherer Bildung und höherem Einkommen; er wurde aber auch von vielen Frauen mit höherer Bildung und höherem Einkommen unterstützt. Angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs, der Korruptionsskandale, der weit verbreiteten Gewalt in der brasilianischen Gesellschaft, des raschen Wachstums konservativer evangelikaler Konfessionen im ganzen Land, der Wut auf die politische Klasse und der Verwendung von *Fake News* (Bramatti, 2018; Flemes, 2018; Globo.com G1, 2018; McCann, 2018; Spektor, 2018) gelang es ihm, auch Wähler

jenseits seiner rechtsgerichteten Kernbasis anzusprechen. Darüber hinaus verlagerte sich der Diskurs der Rechten von traditionellen elitären und autoritären Positionen hin zur Betonung der „Meritokratie“, dem Wunsch, den Zugang der aufwärtsmobilen, oft nicht-weißen Armen zu den Eliten zu verhindern (Richmond, 2018). Während Bolsonaros Wähler auch das Militär unterstützten – eine Junta war in Brasilien von 1964 bis 1985 an der Macht -, glaubte die Mehrheit von ihnen (64 Prozent) auch, dass die Demokratie die beste Regierungsform ist (Passos, 2018). Bei der Präsidenschaftswahl 2022 erreichte Bolsonaro fast die Hälfte der Stimmen, unterlag damit aber knapp dem linksorientierten Lula da Silva. Wie sein Vorbild Trump hinterließ Bolsonaro eine ideologisch gespaltene Gesellschaft. Militante Anhänger von ihm stürmten nach dem Vorbild der amerikanischen Trumpisten aus Protest gegen Lulas Amtsantritt Anfang 2023 Präsidentenpalast, Parlament und Gerichtsgebäude in Brasília.

In *Argentinien* umfasste die Tradition des *Peronismus* seit den 1940er-Jahren faschistische und sozialistische Elemente als eine Ideologie der dritten Position in einer spezifischen Form des nationalistischen Populismus mit loyalen Gewerkschaften und einem Wohlfahrtsstaat. Die Peronistische *Justizialistische Partei (Partido Justicialista, PJ)* änderte häufig ihr Programm (Jansen, 2015). Nach der Zeit von Juan, Eva und Isabel Perón setzten einige Militärs und spätere Präsidenten eine neoliberale Politik um, die im krassen Widerspruch zum traditionellen Programm der Partei stand (Levitsky, 2003). In den Wahlen 2021 verlor das linksnational-populistische Wahlbündnis um die Peronisten *(Frente de Todos, Front aller)* zum ersten Mal nach etwa vier Jahrzehnten die Mehrheit im Parlament.

Alles in allem ist der Populismus in Lateinamerika ein vielschichtiges Phänomen. In den 1990er-Jahren nahm er häufig eine eher rechtsgerichtete, manchmal neoliberale Form an. Rechtspopulisten prangerten die korrupte politische Klasse an, versprachen aber keine Umverteilung des Reichtums, sondern wirtschaftliche Stabilität. Seit den 2000er-Jahren gab es in Lateinamerika mehrere linkspopulistische Präsidenten, zum Beispiel Hugo Chávez in *Venezuela*, der versuchte, für *„el pueblo“* (das Volk) gegen die regierenden Eliten zu kämpfen, was zu einem populistischen System an der Macht führte (Levitsky & Roberts, 2013). Auch sein Nachfolger Nicolás Maduro war nicht in der Lage, eine tiefe Wirtschaftskrise zu lösen.

Um zu einem anderen Kontinent zu kommen: *Australien* ist ein weiterer interessanter Fall mit seiner wechselhaften Geschichte der Einwanderungspolitik. Mit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1901 begann die Regierung mit einem anti-asiatischen („gelben“)

Einwanderungsbeschränkungsgesetz und einer pro-europäischen („weißen“) Einwanderungspolitik. Diese rassistische Politik des Weißen Australiens und die schlechte Behandlung der Ureinwohner verhinderten lange Zeit den Aufstieg starker rechtsextremer Parteien. Nach der wachsenden Bewegung für die Rechte der Ureinwohner seit den 1960er-Jahren und den „Boat People“, den Flüchtlingen aus Vietnam in den 1970er-Jahren, wandte sich die Politik jedoch der Förderung der Vielfalt zu. Die Wirtschaftskrise in den 1980er-Jahren und der Verlust von Arbeitsplätzen heizten die Debatten über die Einwanderung erneut an, und 1997 gründete Pauline Hanson die ultranationalistische, einwanderungsfeindliche *One Nation Party*. Einige Jahre lang gewann diese Partei eine beträchtliche Anzahl von unzufriedenen Wählern, die von den beiden großen Parteien enttäuscht waren, und gewann genügend Sitze, um die Politik Australiens zu beeinflussen. Im Jahr 1998 erreichte die Partei mit 8 Prozent der Stimmen für das nationale Parlament und 23 Prozent im Parlament des Bundesstaates Queensland ihren Höhepunkt. Im Jahr 2015 änderte die Partei ihren Namen in *One Nation von Pauline Hanson* und gewann 2016 vier Sitze im Senat, konnte sich aber 2019 und 2022 keinen Sitz sichern. Trotz ihrer geringen Größe hatte die Partei starke Auswirkungen auf die einwanderungsfeindliche Politik der regierenden Parteien Labor und Liberal (Hogan & Haltinner, 2015; Mondon, 2013).

Im multiethnischen *Südafrika* mit seiner kolonialen Geschichte war die radikale Rassentrennung *(Apartheid)* auch nach den Schritten zur vollständigen Unabhängigkeit des Staates im 19. und 20. Jahrhundert Teil der Politik der weißen Regierungen. Die ehemalige *Nationale Partei* der Minderheit der weißen „Afrikaner“ war seit den 1920er-Jahren für die Segregationspolitik gegenüber Schwarzafrikanern verantwortlich. In den 1990er-Jahren ging die staatlich geförderte Rassendiskriminierung zurück, Nelson Mandela wurde aus dem Gefängnis entlassen, gewann mit der Partei *African National Congress* die ersten allgemeinen Wahlen (d. h. unter Einbeziehung der schwarzen Wähler) und wurde der erste schwarze Präsident des Landes. Heute gibt es nur noch eine kleine weiße nationalistische Partei, die *Freedom Front Plus*, die bei den Parlamentswahlen einige Sitze erringen konnte, und einige noch kleinere rechtsradikale Parteien ohne Wahlerfolg (Clark & Worger, 2013; Deegan, 2014). Auf der anderen Seite wurde der Multikulturalismus in der „Regenbogennation“ sehr instabil. Es gab viele fremdenfeindliche Übergriffe schwarzer Bürger gegen ausländische Migranten und Asylbewerber aus anderen Konfliktgebieten in Afrika (Crush, 2008; Hickel, 2014).

8.3 Populäre Theorien des „gesunden Menschenverstands“ versus interdisziplinäre Theorien

8.3.1 Die üblichen Verdächtigen: Idealistische und ökonomische Erklärungen

Nach der Darstellung einer Fülle von Theorien und empirischen Befunden zu den verschiedenen Ebenen von Faktoren und deren komplexem Geflecht zur Erklärung der radikalen Rechten und ihrer internationalen Ausprägungen: Was lässt sich daraus für die *politische Praxis* ableiten, um diesen Phänomenen, die demokratische Gesellschaften gefährden, entgegenzuwirken? Es gibt bereits viele populäre Annahmen, common-sense-Theorien und praktische Versuche in der Politik, in Nichtregierungsorganisationen und in der Öffentlichkeit, die Entstehung solcher Ideologien, Parteien, Bewegungen und Gruppen zu verstehen und gegen sie vorzugehen. Bislang waren diese Maßnahmen nicht sehr erfolgreich, wie die Zunahme der Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien in den letzten Jahrzehnten zeigt. Hinzu kommt, dass es nach wie vor rechtsextreme Gewalt gibt. Welches sind also empirisch nachgewiesene strategische Faktoren, die die radikale Rechte am meisten fördern oder hemmen? Welche dieser Faktoren könnten am ehesten für Präventionszwecke genutzt werden? Wir werden uns einige wichtige Faktoren genauer ansehen.

Der Erfolg der populistischen und extremen Rechten in vielen Ländern lenkte die Aufmerksamkeit von Politikern, Journalisten und Wissenschaftlern auf die *Wählerinnen und Wähler*. Der *gut informierte, rationale Wähler* gilt als die Keimzelle der Demokratie – theoretisch. Doch selbst Demokratien mit gutem Ruf und gut ausgebildeten Wählern erfüllen nicht die demokratischen Ideale, wie sie in Schulbüchern beschrieben werden. Es gibt Unterschiede zwischen der *idealistischen Vorstellung* vom *Homo politicus* und empirischen Befunden. Vor mehr als einem halben

Jahrhundert wurde zum Beispiel festgestellt, dass der demokratische Bürger „wissen sollte, was die Themen sind, was ihre Geschichte ist, was die relevanten Fakten sind, welche Alternativen vorgeschlagen werden, wofür die Partei steht, was die wahrscheinlichen Konsequenzen sind. Nach solchen Maßstäben ist der Wähler unzureichend“ (Berelson et al., 1954, S. 308). Heute schreiben Politikwissenschaftler Bücher über „Demokratie für Realisten“ und kommen zu dem Schluss, dass *politische Loyalitäten*, die in der Regel in der Kindheit erworben werden, und nicht die Fakten des politischen Lebens und der Regierungspolitik die *wichtigsten Triebkräfte für politisches Verhalten* sind. Die Menschen sind mit ihrem Leben beschäftigt und können sich kaum an gut informierten, durchdachten politischen Überlegungen beteiligen (Achen & Bartels, 2016, S. 2, 9). Andererseits hängt wenig rationales politisches Verhalten auch von der Interaktion zwischen Nachfrage- und Angebotsfaktoren politischer Prozesse ab, zum Beispiel wenn ein neuer Kandidat einer politischen Partei plötzlich mehr Wähler anzieht, ohne dass das politische Programm der Partei geändert wurde.

Wenn es auf der Nachfrageseite politischer Prozesse nicht so sehr um Fakten, Informationen, Wissen und rationale Überlegungen geht, worum geht es dann? Was sind insbesondere die Motive der Wähler rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien, die oft über eine geringe Bildung verfügen, ihren Lebensunterhalt verdienen müssen und wenig Zeit oder Gelegenheit haben, politische Argumente gegeneinander abzuwägen? Eine weit verbreitete Meinung besagt, dass vor allem *harte, „objektive“,* insbesondere *wirtschaftliche Faktoren* wie *Globalisierung, Wirtschaftskrisen* und *Arbeitslosigkeit* rechts- und linkspopulistische und extremistische Parteien in der Welt nähren. In der Tat waren in Westeuropa die Erfahrung von Arbeitslosigkeit und die wahrgenommene Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden, d. h. retrospektive und prospektive wirtschaftliche Unsicherheit, positiv mit der Stimmabgabe für die radikale Rechte verbunden (Michel, 2017). In den Vereinigten Staaten und in Deutschland ist der Einkommensanteil der mittleren Einkommensgruppe in den letzten Jahrzehnten erheblich gesunken (Grabka et al., 2016). Andere internationale Studien haben gezeigt, dass die Markteinkommen der Haushalte (Löhne und Kapitaleinkommen) in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zwischen 2005 und 2014 für etwa zwei Drittel der Einkommensgruppen stagniert oder gesunken sind. Auch in Deutschland hat die Ungleichheit der Haushaltsmarkteinkommen von 2005 bis 2018 weitgehend stagniert (Grabka, 2021). Diejenigen, die das Gefühl hatten, nicht voranzukommen, und dies für ein anhaltendes Problem

hielten, äußerten sich äußerst negativ über Einwanderung und Außenhandel (Dobbs et al., 2016). Hinzu kommt, dass junge Menschen angesichts des technologischen Fortschritts ihre berufliche Laufbahn kaum noch in einer vorhersehbaren Länge und Reihenfolge planen können (Van der Heijden & De Vos, 2015, S. 3). Zu viel wirtschaftliche Unsicherheit könnte zu Unzufriedenheit führen und damit den Nährboden für die radikale Rechte bilden. Insgesamt wurden in empirischen Studien einige Korrelationen zwischen wirtschaftlichen Variablen und politischen Einstellungen festgestellt. Auch die längerfristigen weltweiten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen der Corona-Pandemie und des russischen Krieges gegen die Ukraine auf politische Ansichten könnten den Nährboden für Demokratien gefährden.

Angesichts solcher Herausforderungen einer sich rasant entwickelnden Wirtschaft und Technologie mit enormen Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensformen stellt sich die Frage: Sind die politischen Systeme und Gesellschaften auf diese Zukunft vorbereitet oder beschränken sie sich darauf, mit Durchwurstelstrategien durch eine Legislaturperiode zu kommen? Tatsächlich stehen solche möglicherweise bedrohlichen Zukunftsentwicklungen wie die Folgen der Digitalisierung und Roboter, die in den nächsten Jahrzehnten die menschliche Arbeitskraft ersetzen werden (Daheim & Wintermann, 2015; Frey & Osborne, 2017), noch kaum im Fokus vieler politischer Debatten, zumindest finden sie wenig Niederschlag im aktuellen politischen Handeln. Dies ist eine Einladung an die radikale Rechte, die ein solches Gefahrenszenario instrumentalisieren kann.

8.3.2 Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Emotionen: Sind weiche Faktoren härter als erwartet?

Es wäre nicht nur viel zu einfach, idealistisch anzunehmen, dass Menschen in politischen Fragen immer rational denken und handeln, sondern auch, dass „objektive", „harte" wirtschaftliche und soziale Entwicklungen das politische Denken und Verhalten der Menschen direkt beeinflussen. Das Netzwerk der Mechanismen, Bedingungen, Ursachen, Katalysatoren, Verstärker und Auslöser der politischen Rechten ist viel komplexer, wie das biopsychosoziologische Modell zeigt. Die Beziehungen zwischen den „objektiven" Strukturen und Prozessen in der Welt und den „weichen" oder

„subjektiven“ Wahrnehmungen, Vorstellungen und Ideen werden durch viele Faktoren vermittelt und können zu eher diffusen Gefühlen der Beunruhigung und Desorientierung, aber auch zu überraschenden Reaktionen führen. So ist die Öffentlichkeit beispielsweise sehr besorgt über die *wirtschaftliche Ungleichheit*. In den Vereinigten Staaten wünschen sich sogar Republikaner und Wohlhabende eine gleichmäßigere Verteilung des Reichtums als den Status quo (Norton & Ariely, 2011). Allerdings wird etwas oft mit Ungleichheit verwechselt: *wirtschaftliche Ungerechtigkeit*. Wenn Versuchspersonen in Laborstudien gebeten werden, Ressourcen unter nicht verwandten Personen aufzuteilen, neigen sie dazu, sie gleichmäßig aufzuteilen. Wenn es jedoch um die reale Verteilung von Vermögen geht, bevorzugen die Menschen ein gewisses Maß an Ungleichheit. Wenn Fairness und Gleichheit miteinander kollidieren, ziehen die Menschen das, was sie als faire Ungleichheit empfinden, einer unfairen Gleichheit vor, weil sie die unterschiedlichen Anstrengungen, Fähigkeiten, Verdienste, moralische Verdienstlichkeit und Bedürfnisse der Menschen berücksichtigen. So tolerieren die Amerikaner beispielsweise selbst angesichts der ungleichen Vermögensverteilung in ihrem Land Ungleichheit zum Teil deshalb, weil sie das Marktsystem für ein faires Verfahren zur Vermögensverteilung halten, und sie neigen dazu, das Ausmaß der (meritokratischen) Mobilität in den Vereinigten Staaten zu überschätzen, die in der Tat geringer ist als in Kanada und den meisten europäischen Ländern (Starmans et al., 2017; Tyler, 2011). Deshalb konnte Präsident Trump die Steuern für die Reichen senken und verlor dennoch nicht die Unterstützung vieler Wähler mit niedrigem Einkommen, die auf einen fairen Arbeitsmarkt und eine bessere Zukunft hofften, in der sie die soziale Leiter erklimmen würden. Ein weiteres Beispiel für die komplizierte Beziehung zwischen wirtschaftlichen Fakten und subjektiven Einstellungen oder für die offensichtliche *Schwäche des rationalen Denkens* im Vergleich zur *Macht der emotionalen Hoffnung* kommt aus Europa: Die Einstellung der Menschen für Umverteilung schwand in Ländern, in denen die wirtschaftliche Ungleichheit größer war. Mit anderen Worten: Diejenigen, die von einer Umverteilung profitieren würden, hatten eine weniger positive Einstellung zur Umverteilung, möglicherweise aufgrund ihrer positiven Emotionen und ihres subjektiven Optimismus in Bezug auf gute Aufstiegschancen, eine Meinung, die durch den politischen Diskurs der Rechten geprägt sein könnte (Carriero, 2016). Auch in Europa fördern rechtspopulistische Ideologien also nicht unbedingt eine Wohlfahrtspolitik, ziehen aber dennoch wirtschaftlich gefährdete Wähler aus der Arbeiterklasse an.

Oft scheinen politische Wähler *Faustregeln* zu befolgen, zumindest wenn es um das Gesamtergebnis von Wahlen geht: Analysen der OECD-Länder nach der durch die Finanzkrise von 2008 ausgelösten Wirtschaftskrise haben gezeigt, dass die Wähler in solchen Zeiten, wie auch in normaleren Zeiten, eine starke Tendenz haben, jede Politik zu unterstützen, die zu funktionieren scheint, und die Regierenden unabhängig von ihrer Ideologie abzustrafen, wenn das Wirtschaftswachstum langsam ist (Bartels, 2014, S. 216). Allerdings können solche Wahlergebnisse auch das Ergebnis weiterer Faktoren sein. So hängt beispielsweise die gesellschaftliche Wahrnehmung wirtschaftlicher Prozesse als Boom, Stagnation oder Krise sowie die Wahrnehmung der Einwanderung als Chance oder Bedrohung von *Rahmen* und *Interpretationen ab*, die von Politikern und Medien angeboten werden und Emotionen wie Angst oder Hoffnung auslösen.

In ähnlicher Weise kombinierte Rydgren (Rydgren, 2013) mehrere Ebenen wirtschaftlicher, soziologischer und psychologischer Faktoren und ging davon aus, dass wirtschaftlicher und sozialer Wandel psychische Reaktionen wie *„Frustration, Scham und Furcht"* auslösen. Das *Gefühl*, in einer sich rasch verändernden Welt, in der formale Bildung und andere Formen kulturellen Kapitals für die Lebenschancen immer wichtiger werden, zurückgelassen und relativ benachteiligt zu werden, könnte zu Frustration, Ressentiments und dem Gefühl der Bedrohung führen. Reale oder wahrgenommene Verluste von Status oder wirtschaftlicher Position führten – als wichtiger Nebeneffekt – mit großer Wahrscheinlichkeit zu Wut oder Empörung und würden den Handlungen anderer zugeschrieben. Globalisierung und andere strukturelle Prozesse sind abstrakte Phänomene, aber es besteht die Tendenz, solche Probleme zu personalisieren und Handlungen Einzelpersonen, Gruppen oder Kategorien von Personen (z. B. Eliten, Einwanderer) zuzuschreiben, wie im Fall der radikalen Rechten. Passend zu diesem Argument zeigten empirische Studien, dass die Unterstützung der Arbeiterklasse für die radikale Rechte nicht nur das Ergebnis sozioökonomischer Präferenzen war, sondern auch durch soziokulturelle Präferenzen gefiltert wurde, vor allem durch das Streben nach weniger Einwanderung. Darüber hinaus sind viele populistische und rechtsradikale Parteien nach Ansicht von Rydgren seit den 1990er-Jahren von neoliberalen zu zentristischen oder sogar leicht linken wirtschaftspolitischen Positionen übergegangen, was sie für Wähler aus der Arbeiterklasse attraktiver machte. Für den Autor schien die Kombination aus ethnischem Nationalismus und Einwanderungsfeindlichkeit einerseits und einer Rhetorik zugunsten der Wohlfahrt andererseits ein *neues*

Erfolgsrezept für rechtsradikale Parteien zu sein, die bei den Arbeitnehmern immer beliebter wurden.

Andere Autoren beschrieben die negativen emotionalen Reaktionen auf unerfüllte Hoffnungen und Forderungen nach Anerkennung in Modernisierungsprozessen oder sozialem Wandel als Ergebnis der *„Modernisierungsfalle"* (Wahl, 1989) oder *„Ressentiment"*, das von der radikalen Rechten ausgenutzt werden könnte, um diese Gefühle in eine „Politik des Ressentiments" (Betz, 1993), „Politik der Wut" (Jensen, 2017) oder *„Identitätspolitik"* (Fukuyama, 2018) zu verwandeln.

Auch Inglehart und Norris (2016) ergänzten die ökonomische Hypothese zur Erklärung der populistischen Rechten durch zusätzliche Faktoren, darunter die Macht der Emotionen: „Die vielleicht am weitesten verbreitete Sichtweise der Massenunterstützung für den Populismus – die *Perspektive der wirtschaftlichen Unsicherheit* – betont die Folgen der tiefgreifenden Veränderungen, die die erwerbstätige Bevölkerung und die Gesellschaft in den postindustriellen Volkswirtschaften verwandeln" (Inglehart & Norris, 2016, S. 2). Wie oben gezeigt (Kap. 6), haben die Autoren internationale empirische Daten gefunden, die auf ein weiteres Faktorenbündel hinweisen. Ihre *Cultural-Backlash-These* besagt, dass die Unterstützung für den Populismus als Reaktion auf kulturelle Veränderungen (hin zu postmaterialistischen und selbstdarstellerischen Werten, antitraditionellen Männerrollen usw.) erklärt werden kann, die die Weltsicht der weniger gebildeten, älteren, weißen Männer bedrohen, die einst die Mehrheitskultur beherrschten. Für Inglehart und Norris handelt es sich nicht um eine Entweder-Oder-Geschichte, denn die beiden Gruppen von Veränderungen (Wirtschaft und Kultur) können sich gegenseitig verstärken, und „psychologische Faktoren scheinen eine noch wichtigere Rolle zu spielen. Ältere Geburtsjahrgänge und weniger gebildete Gruppen unterstützen populistische Parteien, die traditionelle kulturelle Werte verteidigen" (z. B. Familie, einheimische Kultur) „und nationalistische und fremdenfeindliche Appelle, die Ablehnung von Außenseitern und die Aufrechterhaltung traditioneller Geschlechterrollen betonen" (Inglehart & Norris, 2016, S. 21). In ähnlicher Weise stellte Fukuyama (2018) fest, dass sich die Linke im zweiten Jahrzehnt des einundzwanzigsten Jahrhunderts weniger auf wirtschaftliche Gleichheit und mehr auf die Förderung der Interessen einer Vielzahl von Gruppen konzentriert hat, die als marginalisiert wahrgenommen werden (z. B. Schwarze, Einwanderer, Frauen, die LGBT-Gemeinschaft, Flüchtlinge). Die Rechte definierte sich unterdessen neu als Patrioten, die die traditionelle nationale Identität schützen wollen, eine Identität, die oft ausdrücklich mit Rasse, ethnischer

Zugehörigkeit oder Religion verbunden ist.

In mehreren liberalen Demokratien wie Frankreich, Österreich und der Schweiz hat die populistische Rechte die Sozialisten und Sozialdemokraten als privilegierte politische Vertreter der Arbeiter und Angestellten weitgehend abgelöst. Dies erklärt sich zum einen aus empirischen Studien, die zeigen, dass in den letzten Jahrzehnten Fragen der Gemeinschaft und der Identität bei den Wählern der unteren Schichten zunehmend mit wirtschaftlichen Belangen konkurrieren. Zweitens haben die Unterschichten auf der Angebotsseite der Politik die traditionelle Linke weitgehend verlassen. Die Linke hat ihre Anliegen und Sorgen nicht nur weitgehend ignoriert, sondern sie sogar ganz zurückgewiesen (Betz, 2018, S. 99).

Nach den jüngeren Erfolgen der populistischen Rechten in Europa und der Wahl von Präsident Trump in den USA entdeckten einige Beobachter eine neue Form der Diskriminierung derjenigen Teile der Gesellschaft, *die sich zurückgelassen und missachtet fühlen* und die politische Rechte unterstützen: Anstatt diese Menschen als wirtschaftlich oder kulturell benachteiligt zu bezeichnen, begannen einige Politiker und Journalisten, sich selbst mit einem kritischen Auge zu betrachten und wollten aufhören, diese „gewöhnlichen Menschen“ in einer respektlosen Sprache zu beschreiben, zum Beispiel als ignorant und dumm. Die Beobachter argumentierten, dass die Betonung der *kulturellen Kluft* zwischen sozialen Gruppen Öl ins Feuer gießt, indem sie das rechtspopulistische Mantra vom Unterschied zwischen „dem Volk“ und den „Eliten“ bestätigt.

Solche sozialen Distanzen sind interessant: In einer kürzlich durchgeführten US-Umfrage wurde festgestellt, dass sich die Überzeugungen und Werte der „reichsten 10 Prozent der Amerikaner“ und der „amerikanischen Kulturelite“ sehr stark von den Überzeugungen und Werten der Befragten unterscheiden, und dass sie sich noch stärker von muslimischen Amerikanern, Schwulen, Lesben oder Afroamerikanern unterscheiden. Das heißt, die größte soziale Distanz wurde nicht bloß entlang rassischer oder ethnischer Linien gesehen, sondern entlang von Linien der Klasse und Kultur (Hunter & Bowman, 2016, S. 48). Tatsächlich ist die Sprache der Mainstream-Politiker und -Medien (die die „kulturelle Elite“ repräsentieren oder ihr nahestehen), wenn sie sich zu Menschen mit geringerer Bildung (oder „kulturellem Kapital“) in populistischen Bewegungen äußern, oft ziemlich abwertend und beschuldigt diese Menschen für ihre Einfältigkeit, wobei sie die von Bourdieu (1984) beschriebenen sozial-ästhetischen Mechanismen der Klassendifferenzierung nutzen. Der US-amerikanische Schriftsteller Eric

Hansen sieht Parallelen zwischen der politischen Situation in Deutschland mit dem Erfolg der neuen rechtspopulistischen Partei *Alternative für Deutschland (AfD)* und dem Erfolg von Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen in den USA: „Die AfD-Wähler sind die gleichen Wähler wie die Trump-Wähler – und hier in Deutschland werden sie sofort als Verrückte und schlechte Menschen gebrandmarkt – und das Gleiche in Amerika" (Deutsche Welle, 2016). Die Zuschreibung eines solchen Bildes verstärkt wahrscheinlich die Kritik dieser Menschen an den Eliten und macht sie noch anfälliger für die Wahl der radikalen Rechten. Ein deutscher Beobachter beschrieb diesen Mechanismus für die AfD wie ein Windrad, das Gegenwind braucht. Sie schöpft ihre Energie aus der Empörung der Gegenseite und wandelt sie in sozial ansteckende Identifikation um (Lobo, 2017).

In diesem Zusammenhang haben politische Theoretiker einen historischen Wandel der *sozialen und kulturellen Kluft* festgestellt: Während im 19. und 20. Jahrhundert der Klassenkonflikt die Gesellschaft dominierte, entwickelt sich derzeit eine neue Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung, zwischen *Kosmopoliten*, die die Idee offener Grenzen und universeller Werte fördern, und *Kommunitaristen*, die die Bedeutung des Nationalstaats betonen und supranationalen Institutionen skeptisch gegenüberstehen. Im Allgemeinen haben Kosmopoliten ein höheres Bildungsniveau und eine internationale Ausrichtung (z. B. nutzen sie Vielfliegerkarten), während Kommunitaristen in der Regel über ein geringeres Einkommen verfügen, ihr Heimatland lieben und Volksmusiksendungen im Fernsehen mögen (Zürn, 2016). Die sozialen und kulturellen Konflikte zwischen diesen Gruppen werden durch das arrogante und moralisierende Gerede der kosmopolitischen Eliten über kommunitaristische Menschen noch verschärft (Merkel, 2016).

Ein weiterer allgemeiner Faktor, der über Wirtschaft und Kultur hinaus negative soziale Emotionen fördern kann, ist die *Furcht vor dem Neuen*. Der frühe italienische Soziologe Vilfredo Pareto schrieb einmal von *Neophobie* als einem „Gefühl der Feindseligkeit gegenüber Neuerungen (…), das bei unzivilisierten (…) Völkern sehr stark ist und bei zivilisierten Völkern eine sehr beträchtliche Stärke aufweist" (Pareto, 1935 [1916], S. 670). Der deutsche Philosoph Precht geht davon aus, dass der Hass auf Fremde durch die Angst vor dem Neuen, wie der digitalen Revolution, motiviert ist. Da das Neue nicht sichtbar ist, entzündet sich der Konflikt an dem phänomenologisch Sichtbaren, den Flüchtlingen. Für Precht reagieren die Menschen wie Tiere, die spüren, dass das Erdbeben kommt, weil der Boden zu schwanken beginnt. Viele Menschen fürchten, dass es das

traditionelle Deutschland nicht mehr gibt, und sie lieben die Vergangenheit, weil sie Teil der eigenen Identität ist. Ängste sind irrational, aber aus biologischer Sicht ist es sehr sinnvoll, sie zu haben (Precht, 2018). In ähnlicher Weise betont Rydgren, dass negative Gefühle wie reale oder wahrgenommene Bedrohungen des *„Alltäglichen“* zu Angst und Frustration führen können. Für den Autor umfasst das Alltägliche die Selbstverständlichkeiten des Alltags, die Routinen, um mit dem eigenen Leben und den Menschen in der Umgebung zurechtzukommen, die Erwartungen an die nahe Zukunft und ein Gefühl der Leichtigkeit, ohne dass man allzu sehr über alternative Strategien zur Interpretation der Welt nachdenken muss. Wenn das Alltägliche gestört wird, werden die Routinen problematisch, was zu Verwirrung, Frustration, Unsicherheit und Angst führt. Hinzu kommt, dass Personengruppen, die sich im sozialen Abstieg befinden oder einen zukünftigen Statusverlust befürchten (z. B. Teile der Arbeiterklasse), dazu neigen, ihre Vorteile gegen zugewanderte Neuankömmlinge zu verteidigen, sie haben ein Interesse am Status quo ante und an einer Neubewertung der etablierten Werteordnung. In diesen Situationen besteht eine erhöhte Anfälligkeit für neue politische Rahmen zum Verständnis der problematischen Realität, für Rahmen, die aufzeigen, wer die Sündenböcke sind, und für solche, die versprechen, den Status quo ante wiederherzustellen. Die *radikale Rechte* ist ein wichtiger Lieferant solcher *Frames*, insbesondere indem sie konkrete und sichtbare Einwanderer beschuldigt. Was bietet dagegen die *radikale Linke* als Bezugsrahmen und politische Lösung an? Rydgren betonte einen wichtigen Unterschied: Die von der radikalen Linken angebotenen Schuldzuweisungen an Strukturen oder „globale Kapitalisten“ könnten für viele Menschen weniger attraktiv sein, weil sie abstrakter sind (Rydgren, 2013). Darüber hinaus könnte die traditionell-kommunitaristische Auffassung der radikalen Rechten von Gemeinschaft dazu beigetragen haben, die Entstehung einer kollektiven Identität unter den Verlierern der Modernisierung und der sich beschleunigenden Globalisierung zu fördern, begleitet von einer Ablehnung des von der politischen Linken vertretenen kulturellen Liberalismus (Bornschier & Kriesi, 2013).

In diesem Zusammenhang ist es interessant festzustellen, dass sich die Wähler in mehreren Ländern von den linken Parteien zu den rechtspopulistischen Parteien gewandt haben, zum Beispiel in *Frankreich* und in *Ostdeutschland* (der ehemaligen sozialistischen Republik). In Frankreich wurde die rechtspopulistische Führerin Marine Le Pen *(Front National)* 2017 von den Arbeitnehmern stärker unterstützt als die Kandidaten der linken Parteien (Foucault, 2017). In Ostdeutschland war die

Sozialistische Einheitspartei (SED) während der Zeit der sozialistischen *Deutschen Demokratischen Republik (DDR)* die regierende Partei. Nach dem Zusammenbruch der DDR im Jahr 1989 überlebte die Partei, änderte mehrmals ihren Namen und fusionierte mit einer anderen kleinen linken Partei, um sich nun *Die Linke* zu nennen. Die Partei war bei Wahlen in Ostdeutschland recht erfolgreich, nicht aber in Westdeutschland. Entgegen vieler Erwartungen waren die Anhänger dieser linken Partei im Osten nicht die Verlierer der Wiedervereinigung und wiesen nicht einmal eine stärkere Ostidentität auf als andere Ostdeutsche (Doerschler & Banaszak, 2007). Die Partei wandelte sich von einer Organisation der sozialen Eliten der ehemaligen DDR zu einer Arbeiterpartei, die die Lücke füllte, die durch den Rückbau des Sozialstaats und die Koalition der Sozialdemokraten mit den konservativen Christdemokraten entstanden war (Elff & Rossteutscher, 2011). In dieser östlichen Region gewannen jedoch auch rechtsradikale Parteien an Stimmen, die rechtspopulistische *Alternative für Deutschland (AfD)* profitierte in bemerkenswerter Weise von der Wählerwanderung aus der Partei *Die Linke*, was stark darauf hindeutet, dass die Protestwahl in beiden politischen Lagern wichtig war (ARD, 2013, 2016a, 2016b; Spiegel Online, 2017). Die radikalen Parteien der Linken und der Rechten schmälerten den Stimmenanteil der etablierten Parteien. Interessanterweise bezeichnete eine große Mehrheit der *AfD-Anhänger* ihre wirtschaftliche Situation als gut (Spiegel Online, 2016). Dies deutet darauf hin, dass es sich auch hier um Menschen handelt, die sich nur als Verlierer der deutschen Wiedervereinigung und Modernisierung *fühlen*, ohne dass dies wirklich der Fall ist. Die anti-islamische PEGIDA-Bewegung in Ostdeutschland zog ebenfalls viele Menschen mit höherer Bildung an, die jedoch eine tiefe Enttäuschung über das politische System Deutschlands empfanden (Dostal, 2015; Reuband, 2015). Insgesamt schienen die Anhänger der radikalen Linken und der radikalen Rechten in diesem Land *Ängste* vor gesellschaftlichen Veränderungen (Einwanderung) und Statusverlust, *Sehnsucht* nach Recht und Ordnung sowie nach der sozialen Solidarität früherer Zeiten in einem sozialistischen Land zu haben. Auch hier kommt einem die Metapher des *Sankt-Martins-Komplexes* in den Sinn – die Angst sowohl der Unterprivilegierten *als auch* der Wohlstandschauvinisten, Teile ihrer vergangenen oder zukünftigen Ressourcen mit anderen Menschen, insbesondere mit Neuankömmlingen aus anderen Ländern, teilen zu müssen.

Alles in allem hat unsere Zusammenfassung von Studien über viele Länder gezeigt, dass Erfahrungen in der Außenwelt ein Bündel negativer *Emotionen* auslösen können:

- Technologischer, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Wandel (von Robotisierung, Digitalisierung und Globalisierung bis hin zu Einwanderung und neuen Lebensformen sowie – in ehemals sozialistischen Ländern – Veränderungen des wirtschaftlichen und politischen Systems) kann Erregung, Orientierungslosigkeit, Stressgefühle, Angst, tatsächlichen oder befürchteten Statusverlust und Zukunftsangst auslösen.
- Relative Benachteiligung (im Vergleich zu besser gestellten Gruppen) kann Frustration, das Gefühl, zurückgelassen zu werden, Neid und Verbitterung hervorrufen.
- Die Verachtung durch die Eliten kann zu einem geringeren Selbstwertgefühl führen.

Viele Studien haben jedoch auch gezeigt, dass Emotionen und Stimmungen bis zu einem gewissen Grad unabhängig von wirtschaftlichen und sozialen Prozessen variieren können. Persönlichkeitsvariablen sowie die Medien, Politiker und andere Interpreten der Welt, die Dynamik des öffentlichen Diskurses und Ähnliches scheinen die Emotionen und die Art und Weise, wie die Menschen die Welt sehen, zu beeinflussen. In Abwandlung des berühmten Slogans von Bill Clinton „It's the economy, stupid". Ja, die *Wirtschaft ist wichtig, die Gesellschaft und die Kultur sind wichtig, aber oft sind Emotionen und Stimmungen noch wichtiger*. Und die Stimmungen von Teilen der Bevölkerungen in vielen Ländern werden von politischen Interpreten in Parteien, in traditionellen und vor allem in sozialen Medien zu dunklen Wolken komprimiert, in denen parlamentarische und rechtsstaatliche Verfahren und Regierungshandeln kritisiert werden, weil sie umständlich und unnötig seien und nur den Eliten und merkwürdigen Minderheiten hülfen. Nach Kremnitzer stellen sich die autoritären Führungspersonen der neuen Rechten als Kämpfer gegen diese „korrupten Eliten" dar, indem sie sich als die „vermeintlichen Repräsentant:innen der einfachen Leute" ausgeben. „Der neue Autoritarismus verkleidet sich als antiautoritär". Trump, Orbán, Putin, Meloni und Netanjahu hätten aber keine substanzielle Vision einer Gesellschaft. Selbst ihre Albernheiten und kriminellen Akte würden goutiert (Kremnitzer, 2022). Ja, man könnte zynisch annehmen, dass der Unterhaltungswert der Führer und Führerinnen der radikalen Rechten den aus den anderen politischen Lagern übertrifft und bei Teilen des Publikums gut ankommt.

8.4 Kann der Teufelskreis

durchbrochen werden?

8.4.1 Gründe für Pessimismus?

Alles hat seine Zeit. Gilt das auch für politische Phänomene wie die radikale Rechte?

- *Pessimisten* könnten die Kurve der Wahlergebnisse der Rechten extrapolieren, die in vielen Ländern seit Jahrzehnten ansteigt. Pessimisten könnten auch an die aktuellen und künftigen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen denken, mit denen selbst Gesellschaften in entwickelten und relativ wohlhabenden Ländern konfrontiert sind, wie die Digitalisierung (die viele Arbeitsplätze vernichtet oder umstrukturiert) und das internationale und nationale Einkommensgefälle (das zu Offshoring und anhaltender Zuwanderung aus armen und krisengeschüttelten Ländern führt). All dies könnte von vielen Menschen als Bedrohung für ihren Status und ihre Perspektiven empfunden werden und sie zu Adressaten der radikalen Rechten machen. Der Pessimismus könnte auch durch die Medienberichterstattung über soziale Probleme verstärkt werden. Pessimisten könnten an Experimente denken, die zeigen, dass eine kritische Masse von Minderheiten (etwa 25 Prozent) eine Dynamik des sozialen Wandels bei der Entstehung neuer gesellschaftlicher Meinungen auslösen kann (Centola et al., 2018). Wenn dies auf ganze Gesellschaften zutrifft, könnte es auch für diese riskant sein. Rassistische und autoritäre Einstellungen und politische Präferenzen für rechtspopulistische Parteien sind dabei, in vielen Ländern eine solche kritische Masse zu erreichen oder haben diesen Punkt bereits erreicht. Dies könnte als Kipppunkt für einen Wandel der politischen Kultur dienen. Pessimisten könnten auch an die begrenzte Macht der politischen Bildung denken, insbesondere wenn sie an die empirische Forschung über den Einfluss *vor*politischer Faktoren, insbesondere Emotionen, auf politisches Verhalten denken.
- *Optimisten* könnten dagegen auf die Hypothese des Lebenszyklusmodells politischer Parteien von Kitschelt (2018) vertrauen: Es gibt eine frühe Phase des Aufbruchs und des anfänglichen Erfolgs einer Partei, eine Phase des nachhaltigen Wachstums als oppositionelle „Herausforderer"-Partei, eine Reifephase als Phase des Pendelns zwischen Regierungs- und Oppositionsstatus und schließlich den Niedergang als die Phase, in der neue Themendimensionen Vorrang

vor denen haben, die die gegenwärtige radikale Rechte begünstigen. Kitschelt räumt jedoch ein, dass die rechtsradikalen Parteien in den gegenwärtigen postindustriellen Demokratien noch immer die erste oder zweite Phase zu durchlaufen scheinen und kaum in die dritte Phase ihrer politischen Artikulation eintreten. Dieser Optimismus setzt jedoch voraus, dass radikale Parteien eine demokratische Verfassung nicht verändern, wenn sie an die Macht kommen (doch Polen und Ungarn sind warnende Beispiele). Andere Optimisten sind der Meinung, dass der Aufschwung der populistischen Kräfte zu einer notwendigen Umwälzung eines geschlossenen, reaktionsträgen politischen Systems führen kann, das durch den Druck, eine falsche und unpopuläre Politik zu ändern sowie neue Perspektiven und Alternativen anzubieten, noch verstärkt wird (Zúquete, 2018, S. 431). Optimisten hoffen vielleicht auch, dass eine neuartige politische Bildung gegen Extremismus immunisieren könnte oder dass frühkindliche sozial-emotionale Erziehung die Voraussetzungen für ein emotional entspanntes Leben mit weniger Tendenzen zu Vorurteilen, Autoritarismus und Aggression fördern könnte.

Die Betrachtung früherer wirtschaftlicher, sozialer und politischer Entwicklungen in diesem Buch scheint eher den Pessimisten Recht zu geben – aber Sozialwissenschaftler waren noch nie sehr gut darin, soziale und politische Ereignisse und Entwicklungen vorherzusagen. In jedem Fall sind der Aufstieg und die Auswirkungen der politischen Rechten Teil eines *Teufelskreises*. Der Kreislauf beginnt damit, dass es wirtschaftliche, soziale und kulturelle Veränderungen und Krisen gibt (Automatisierung, Digitalisierung, Globalisierung, Einwanderung, islamistischer Terror, Finanzkrisen, neue Lebensformen usw.) sowie überforderte Regierungen und internationale Organisationen wie die EU oder die UN. Solche Prozesse und Ereignisse werden von Politikern und Medien (nicht nur von der rechten Seite) dramatisch interpretiert. Dies kann Gefühle der Bedrohung, der Zukunftsangst, der Neophobie, der Frustration und der Enttäuschung über das Wirtschaftssystem sowie über die etablierten politischen Parteien und Regierungen auslösen, was zu der Hoffnung auf politische Veränderungen führt, wie sie von der radikalen Rechten angeboten werden. Ein Wahlerfolg der radikalen Rechten wiederum kann den Ruf eines Landes schädigen und zu wirtschaftlichen Verlusten führen, wodurch der *Teufelskreis* von neuem beginnt.

Die Medienberichterstattung, die negative Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft hervorhebt, verstärkt Ängste und Pessimismus. Selbst die *New York Times* räumte ein: „Jahrzehntelang bereitete der ständige Fokus

des Journalismus auf Probleme und scheinbar unheilbare Pathologien den Boden, auf dem Trumps Samen der Unzufriedenheit und Verzweiflung Wurzeln schlagen konnte“ (Bornstein & Rosenberg, 2016). Wie oben (Kap. 3) gezeigt, sind solche Mechanismen, die Menschen in einen latenten Alarmmodus versetzen, seit langem nützlich: Psychologen haben den *„Negativitätsbias“* erforscht, d. h. die Neigung, negative Informationen weitaus stärker zu beachten, aus ihnen zu lernen und sie zu nutzen als positive Informationen. Der Negativitätsbias äußert sich darin, dass Kinder und Erwachsene mehr schlechte als gute Dinge wahrnehmen und sich an Niederlagen länger erinnern als an Erfolge, und er hat sich wahrscheinlich im Laufe der Evolution entwickelt. Diejenigen, die immer mit dem Schlimmsten rechneten, hatten größere Chancen zu überleben, sich anzupassen und sich fortzupflanzen (Spiewak, 2018; Vaish et al., 2008). Wie die empirische Forschung nahelegt, ist dieser Pessimismus mit politischen Einstellungen verbunden. Psychologie und Neurowissenschaften gehen davon aus, dass Konservative im Vergleich zu Linken (in USA „liberals“) psychologisch und physiologisch empfindlicher auf negativ bewertete Reize reagieren, unabhängig davon, ob diese bedrohlich oder einfach nur unerwartet und unstrukturiert sind (Hibbing et al., 2014). Daher bevorzugen Menschen, die angesichts negativer Erfahrungen und Nachrichten besonders vorsichtig und ängstlich sind, häufig rechtsgerichtete Meinungen.

Mit Blick auf die Zukunft sind viele (aber nicht alle) Wirtschaftsexperten nicht optimistisch: Durch die immer schnellere technologische Entwicklung wird teure Arbeit durch billiges, reichlich vorhandenes Kapital ersetzt, was zu einem kapitalbasierten technischen Fortschritt führt. Diejenigen Mitglieder der Gesellschaft, die nur über Arbeit als Einkommen verfügen, werden möglicherweise nicht in der Lage sein, einen angemessenen Lebensunterhalt zu verdienen. Eine zunehmende Vermögenskonzentration für einige wenige und eine Verringerung des Einkommens für viele bedrohen das Gefüge der Gesellschaft (Roos, 2017). Diese Auswirkungen eröffnen Chancen für die Propaganda der populistischen und extremen politischen Rechten, die die Bedrohungen dramatisiert, den Ton des politischen Diskurses vorgibt, Sündenböcke sucht, einfache Lösungen verspricht und Sitze in Parlamenten gewinnt. Dieser politische Erfolg rechter Parteien erschwert dann die Bildung neuer liberal-demokratischer Regierungen und führt dazu, dass andere Parteien noch weiter nach rechts gedrängt werden, was sich auf das internationale Ansehen des Landes, den wirtschaftlichen Austausch und den wirtschaftlichen Erfolg auswirkt: Auch so kann der *Teufelskreis* erneut

beginnen.

Dieser sozioökonomische Kreislauf hat eine soziokulturelle Parallele: die wechselseitige Radikalisierung von Islamisten und Rechtsextremisten, die sich von der anderen Seite diskriminiert und bedroht fühlen und die gegen den anderen als Repräsentanten einer Gesellschaft oder einer Religion insgesamt hetzen (Ebner, 2017): Nach fundamentalistisch-islamistisch motivierten Anschlägen reagiert die radikale Rechte oft mit anti-islamistischen Demonstrationen und Gewalt, was wiederum weitere Gewalttaten von Islamisten provozieren kann. Oder wenn die Interaktion anders interpunktiert wird: Muslime werden in westlichen Gesellschaften diskriminiert. Dies frustriert die Muslime und kann aggressive islamistische Reaktionen hervorrufen, die wiederum die extreme Rechte zur Gewalt anregen.

8.4.2 Wir können etwas tun

Es gibt jedoch mehrere Möglichkeiten, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Es kann viel getan werden, um liberale Demokratien zu stabilisieren. Anstelle des von Politikern immer wieder proklamierten abstrakten „Kampfes gegen den Rechtsextremismus" und anstelle von gut gemeintem, aber wirkungslosem Aktionismus von Staat und Zivilgesellschaft (um die Hilflosigkeit zu kaschieren und das Gewissen zu beruhigen), müssen empirisch als wirksam belegte Maßnahmen ergriffen werden.

Betrachtet man das biopsychosoziologische Modell der Verursachungsebenen der radikalen Rechten – von der Evolution und der Geschichte am unteren Ende des Modells bis zu den politisch relevanten Persönlichkeitsvariablen und den politischen Erscheinungsformen der radikalen Rechten am oberen Ende (Abb. 2.1 in Kap. 2) -, so findet man einige Variablenblöcke, die strategische Faktoren enthalten, die mehr oder weniger effektiv beeinflusst werden können.

Während die grundlegenden Ursachenebenen – *Evolution* und *Geschichte* – vergangen und daher unveränderlich sind, können andere beeinflusst werden. Insbesondere die aktuelle *individuelle, sozioökonomische, kulturelle und politische Situation*, einschließlich des Arbeitsplatzes, der Nachbarschaft, der Wirtschaft, des politischen Systems, der politischen Kultur usw., bilden ein umfassendes Faktorenbündel – ein weites Feld für die Verbesserung der sozialen Lage der Menschen. Die *Medien* und die *sozialen und politischen Interpreten* der Welt sind ein weiterer Bereich mit erheblichem Einfluss auf die Entstehung der radikalen

Rechten und daher ein wichtiger Parameter für Veränderungen.

Einige biotische und soziale Faktoren, die die *Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit* beeinflussen (einschließlich *vorpolitischer* Tendenzen wie Furcht, Aggressivität usw.), können durch Schwangerschaftsberatung, Geburtsvorbereitungskurse, häusliche Familienbetreuung, Kindertagesstätten, Vorschulen und das gesamte weitere Bildungssystem gefördert werden. Persönlichkeitsmerkmale, Wahrnehmungs- und Reaktionsmuster von Menschen (Furcht, Stimmungen, Sündenbockdenken usw.) müssen verstanden und ernst genommen werden, um adäquate und wirksame Gegenmaßnahmen zu finden. Letztlich geht es darum, die *psychologischen Schlüsselsyndrome, -eigenschaften, -mechanismen und -verhaltensweisen* (Fremdenfurcht und -feindlichkeit, Autoritarismus etc.), die der radikalen Rechten Andockstellen bieten, zu beeinflussen und zu verhindern, dass bestimmte Faktoren Furcht, Wut und (trügerischer) Hoffnung als alte evolutionäre Bedrohungsmechanismen auslösen, die Rechtsradikale ausnützen.

Maßnahmen, die im Sinne der Prävention auf die verschiedenen Ebenen von Faktoren (d. h. Zielvariablen) abzielen, die die Entwicklung des Rechtsradikalismus beeinflussen können (Ideologie, Einstellungen, Wahlverhalten, soziale Formationen), sind in Tab. 8.1 dargestellt. Die Maßnahmen sind entlang der Zielvariablen (individuelle, sozioökonomische, kulturelle und politische Situation usw.) aufgeführt und beginnen mit Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität. Danach folgen die Aktivitäten der Medien und der Politiker, die die Welt interpretieren. Anschließend werden Institutionen und Maßnahmen aufgeführt, die die psychologischen Voraussetzungen für politische Einstellungen und Verhaltensweisen beeinflussen können (Kindererziehung usw.) und die politisches und historisches Wissen vermitteln. Abschließend werden einige Überlegungen zum Verständnis der subjektiven Weltanschauung von Menschen angestellt, die Gefahr laufen, die Ideologie der radikalen Rechten zu übernehmen.

Tab. 8.1 Maßnahmen zur Prävention von Rechtsradikalismus

Zielvariablen	**Maßnahmen**
Sozioökonomische, kulturelle und politische Faktoren, die die Lebensbedingungen verändern	*Wissenschaftspolitik*, die *Zukunftsfaktoren*, die für die *Wirtschaft und Gesellschaft* (Veränderungen in den Bereichen Technologie, Produktionsweisen, Mobilität, Migration, Klimafragen usw.) *berücksichtigt* und die Bürger darauf vorbereitet *Wirtschaftspolitik* und *Sozialpolitik*, um die Auswirkungen der Globalisierung (z. B. Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne) abzufedern und eine gerechte Verteilung von Einkommen und Wohlstand auf internationaler und nationaler Ebene zu erreichen. Dazu gehört eine Wirtschaftspolitik, die die Schaffung von Arbeitsplätzen fördert.

Wohlfahrtsstaaten, die großzügige Arbeitslosenunterstützung anbieten, können die Unterstützung für rechtspopulistische Parteien gering halten (Arzheimer, 2009; Swank & Betz, 2003). Ein zukunftsorientiertes Bildungs- und Personalentwicklungssystem, das darauf abzielt, Qualifikationsdefizite und die Abwanderung von Arbeitskräften abzumildern, könnte angesichts der zu erwartenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls ein präventiver Schritt sein

Gute Regierungsführung (liberale Demokratie, Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, Effizienz usw.). Populisten nutzen die Unzufriedenheit damit, wie die Demokratie derzeit funktioniert, oder die Kluft zwischen dem, was das Ideal der Demokratie verspricht, und dem, was liberale Demokratien tatsächlich bieten (Bowler et al., 2017). Sie kritisieren zum Beispiel die Hinterzimmerpolitik oder die Privilegien von Politikern. Politische Unzufriedenheit ist sowohl die Ursache als auch die Folge des Aufstiegs populistischer Parteien (Rooduijn et al., 2016)

Schutz der freiheitlich-demokratischen Verfassungen vor demokratiegefährdenden Veränderungen („militante Demokratie"). Ewigkeitsklauseln für demokratische Prinzipien und Grundfreiheiten sowie die Kontrolle durch supranationale Organisationen (Müller, 2018) könnten die Gefährdung oder Abschaffung der Demokratie durch demokratische Mittel wie Volksabstimmungen (wie in der Türkei 2017) verhindern.

Ausgewogene Einwanderungspolitik (Einwanderungsregeln, Bildung, Unterbringung und Arbeitsplätze für Einwanderer). So sollten die EU und die Afrikanische Union beispielsweise untersuchen, wie Afrika und Europa besser zusammenarbeiten können, um den Bedarf an Auswanderung zu minimieren und den Schutz von Flüchtlingen und gefährdeten Migranten zu gewährleisten, damit beide Kontinente von einer sicheren und geordneten Arbeitsmigration aus Afrika nach Europa profitieren können (Castillejo, 2018)

Global Governance, Außenpolitik und Entwicklungshilfe zur Schaffung von Frieden und besseren Lebensbedingungen in armen und krisengeschüttelten Ländern, um die Auswanderung und den islamistischen Terror zu minimieren. Der Anschlag vom 11. September 2001 und der Widerstand gegen die westliche Dominanz, die gescheiterte Reaktion des US-Militärs im Nahen Osten und ihre Folgen, der Krieg in Syrien und im Irak, die globale Finanzkrise ab 2007 und die darauf folgende Krise der Eurozone, die militärische Intervention Russlands in der Ukraine, die Gewalt des Islamischen Staates, die Unfähigkeit des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die Migration von Süden nach Norden und die Flüchtlinge aus den Krisenregionen sowie viele andere Ereignisse und Prozesse erfordern eine bessere Global Governance. Global Governance bezieht sich auf die Ausübung von Autorität über nationale Grenzen hinweg und auf vereinbarte Normen und Regeln jenseits des Nationalstaates, die mit Bezug auf gemeinsame Güter oder transnationale Probleme begründet werden. Es gibt internationale und transnationale, staatliche und private Akteure (vgl. Zürn, 2018, S. 1–4). Im Falle Afrikas geht es beispielsweise darum, Probleme wie hohe Geburtenraten, Korruption und ungünstige internationale Handelsabkommen zu überwinden und das Wirtschaftswachstum des Kontinents zu unterstützen. Ein möglicher Effekt einer solchen internationalen Krisenbewältigung könnte ein erhöhtes Sicherheitsgefühl der Menschen auch in den Industrieländern und damit weniger rechtsradikale Tendenzen sein.

Information und Aufklärung über die komplizierten Strukturen und Prozesse von Wirtschaft und Gesellschaft, politische Machbarkeit und die falschen, nicht problemlösenden, sondern verschärfenden Versprechungen der radikalen Rechten. Kognitive, historische und politische Bildung reichen jedoch nicht aus. Oft sind es vor allem emotionale Zustände und Stimmungen, die Ideologien und politisches Verhalten auslösen

Medien und *Politiker* sollten *nüchterne und ehrliche* Analysen wirtschaftlicher, sozialer und

	politischer Entwicklungen bieten, anstatt eine diffuse Untergangsrhetorik zu verwenden, die Ängste schürt und Ideologien der radikalen Rechten nährt. So herrscht beispielsweise in der Öffentlichkeit erhebliche Verwirrung und Fehlinformation in Bezug auf die Einwanderung. Die Zahl der Asylbewerber wird deutlich überschätzt. Das ist Wasser auf die Mühlen der radikalen Rechten. Wissen und genaue Informationen sind die unabdingbare Voraussetzung für einen erfolgreichen Interkulturalismus (Haynes et al., 2009) *Soziale Medien* sind in den letzten Jahren zu einer der wichtigsten Kommunikationsformen für rechtsradikale Ideologien, Rassismus, Denunziation und Aggressivität geworden. Interventionsprogramme gegen Cyber-Hass durch Gesetze, Technologie und Bildung könnten solche negativen Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben verringern (Blaya, 2018)
Persönlichkeitsentwicklung und Sozialisation	*Frühzeitige Prävention von Fremdenfeindlichkeit, Gewalt* usw. und *Förderung von Resilienz und sozio-emotionalen Kompetenzen* (Empathie, Altruismus usw.) in Familien, Kindertagesstätten und Schulen durch Elternberatung, häusliche Familienhilfe und sozialpädagogische Programme zur Unterstützung von Eltern und Kindern. Ermöglichung direkter Kontakte zwischen Kindern verschiedener ethnischer Gruppen. Ergänzt werden sollte dies durch qualifizierte *politische und historische Bildung* in Schule und Jugendarbeit. Obwohl es weltweit viele Präventionsprogramme gibt, fehlen noch immer Evaluationsstudien über deren langfristige Wirksamkeit (Armborst et al., 2018; Baier, 2018; Beelmann, 2017; Beelmann & Heinemann, 2014; Madriaza & Ponsot, 2015; Wahl, 2021; Wahl, 2022; Widmer et al., 2007). *Deradikalisierungs- und Ausstiegsprogramme* für rechtsextreme Personen, die extremistische Gruppen verlassen wollen. Obwohl es weltweit eine ganze Reihe von Programmen in diesem Bereich gibt, mangelt es an konzeptioneller Klarheit, einem theoretischen Rahmen und einer Bewertung der Wirksamkeit der verschiedenen Ansätze (Koehler, 2016)
Persönlichkeit, Wahrheit, Politik und Reaktionen	*Die Menschen verstehen*: Politiker, Wissenschaftler, Intellektuelle und Medien müssen versuchen, die subjektive Erfahrung von Menschen besser zu verstehen, die die Welt anders sehen als diese Beobachter. Gruppen von Menschen (z. B. solche, die sich zurückgesetzt fühlen) können Gefahren sehen und problematisch reagieren, wo andere Menschen dies nicht tun. Subjektivität muss ernst genommen werden, ein Sprachrohr bekommen und Ausgangspunkt für öffentliche und politische Diskussionen sein, die darauf abzielen, reale Probleme zu lösen, die auch die Situation und die subjektiven Wahrnehmungen der Betroffenen verbessern könnten (Wahl et al., 1982). Wenn dies geschieht, hat die Verführung durch die radikale Rechte eine geringere Chance

Um an die wichtige Frage der *Prävention* anzuknüpfen und einige Punkte in Tab. 8.1 zu unterstreichen: Wie in Kap. 3 gezeigt, haben viele empirische Studien ergeben, dass psychologische Vorläufer von rechtspopulistischem bis rechtsextremem Verhalten bei Individuen wie (soziale) Angst, Engstirnigkeit, Autoritarismus, Eigengruppenbevorzugung, Vorurteile und Aggressivität teilweise *ab initio* (Zeugung), während der Schwangerschaft und in den ersten Jahren der Kindheit entwickelt werden. Diese Merkmale weisen eine gewisse zeitliche Stabilität von der Kindheit über die Jugend bis zum Erwachsenenalter auf und sind Dispositionen für die spätere Übernahme rechtsextremer politischer Einstellungen und Verhaltensweisen. Dabei stehen biotische und kindliche Umweltvariablen

in Wechselwirkung: Gene beeinflussen beispielsweise die Aggressivität, und umgekehrt beeinflussen ökologische Risikofaktoren (z. B. Armut, Ernährung) und soziales Verhalten der Eltern (z. B. Erleiden von Kindesmissbrauch) die Gehirnentwicklung.

Daher sollte auch die *Prävention* von Angst, Fremdenfurcht, Vorurteilen, Autoritarismus, Aggressivität usw. *früh beginnen,* um gegen die anderen Faktoren in der Kindheit wirken zu können. Frühe Prävention kann durch die Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien und durch sozialpädagogische Programme für Eltern und Kinder in Familien, Kindertagesstätten und Grundschulen erfolgen. Sie sollten Möglichkeiten für die Entwicklung entspannter, belastbarer, selbstbewusster, stabiler, aufgeschlossener, empathischer, friedlicher Kinder mit unvoreingenommener sozialer Wahrnehmung, Fairness sowie Kooperations- und Konfliktlösungsfähigkeiten bieten, die sich später im Leben wahrscheinlich kaum von rechten Ideologien angezogen fühlen werden. Eine solche frühzeitige Prävention ist wirksamer als Programme für Heranwachsende, die bereits eine ziemlich gefestigte Persönlichkeit entwickelt haben und den starken Einflüssen ihrer Gleichaltrigengruppe ausgesetzt sind. Lernorte sollten auch positive Erfahrungen mit sozialer Vielfalt bieten (Beelmann & Heinemann, 2014; Parens, 2012; Wahl, 2005, 2007).

Aus internationaler Sicht haben die Erscheinungsformen der populistischen und radikalen Rechten in den letzten Jahren zugenommen. Dies ging einher mit einer beträchtlichen Menge an wissenschaftlichen Erkenntnissen über diesen Teil des politischen Spektrums, zumindest was Europa und Amerika betrifft. Es gibt jedoch einige Bereiche, in denen *mehr Forschung erforderlich ist.*

Zunächst zu Fragen der Forschungsstichproben und -methoden: Viele empirische Studien konzentrierten sich auf die nationale Ebene der rechten Wählerschaft und der politischen Einstellungen. Dies sollte durch Forschung auf *regionaler und lokaler Ebene* ergänzt werden, um mehr Einblicke in meso- und mikrosoziale Faktoren zu gewinnen, die politische Einstellungen beeinflussen. Golder (2016, S. 491) merkte an, dass sich hinter der Unterstützung für die extreme Rechte auf nationaler Ebene erhebliche subnationale Unterschiede verbergen können. In Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Deutschland beispielsweise lag die Unterstützung für die radikale Rechte auf der Ebene der Wahlbezirke auf einem breiten Spektrum zwischen 0 % und mehr als 40 %. Arzheimer (2012, S. 50) wies darauf hin, dass die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in den einzelnen Provinzen, Bezirken,

Städten und Stadtvierteln stark variieren. Diese lokalen Bedingungen können einen starken Einfluss auf das Alltagsleben der Bürger und ihre Bewertung von Politikern, Parteien und politischen Maßnahmen haben. Muis und Immerzeel (2017) vermissen auch eine *dynamischere Sicht* auf die radikale Rechte, zum Beispiel, ob sich die Erklärungen für und die Folgen von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen im Laufe ihrer Entwicklung ändern.

Der Zugang zu Mitgliedern oder Anhängern rechtsradikaler Parteien, Bewegungen und Gruppen ist für Forscher eingeschränkt. Diese Personen sind seltener bereit, Interviews zu geben und an psychologischen Tests teilzunehmen, was die Möglichkeiten, repräsentative Informationen über sie zu erhalten, begrenzt. Fragen zu tabuisierten politischen Themen oder Vorurteilen können durch *soziale Erwünschtheit verzerrt* werden. Teilnehmende Beobachtung ist schwierig, könnte aber hilfreich sein.

Vorpolitische Faktoren politischer Einstellungen, Motive und Verhaltensweisen bilden komplexe interagierende Netzwerke von Variablen, die eine Herausforderung für die empirische Forschung verschiedener Wissenschaften darstellen und eine interdisziplinäre Zusammenarbeit erfordern. Diese Schwierigkeiten sollten genutzt werden, um innovative Instrumente zu entwickeln, z. B. durch Beobachtung des realen Sozialverhaltens zwischen verschiedenen ethnischen und kulturellen Gruppen sowie durch neuropsychologische Experimente in Ergänzung zu Interviews über ethnische Einstellungen mit ihrem Risiko der sozialen Erwünschtheit (vgl. Wahl et al., 2001).

Alles in allem zeigt die Forschung, dass der Rechtsradikalismus von *zahlreichen Faktoren* beeinflusst wird, die jeweils nur eine geringe Wirkung haben. Das heißt, sie sind nur in ihrer Summe und in ihrem Zusammenspiel wirksam. Dies entspricht nicht den Erwartungen von Öffentlichkeit und Politik an einfache Lösungen zur *Prävention*. Daher sollte der Fokus auf *strategisch wirksame Faktoren* und *Zeitfenster gelegt* werden. Wie bereits erwähnt, wird Aggressivität sehr früh im Leben entwickelt oder erlernt (Wahl, 2013), und (latente) rassistische Vorurteile werden ebenfalls früh in der Kindheit gelernt und sind sehr stabil. Peergroups, Medien und Politiker können latente Vorurteile in offene Vorurteile verwandeln und politische Aktionen und Gewalt auslösen, aber wir wissen immer noch nicht genug über Prozesse zum Abbau von Vorurteilen (Devine et al., 2002; Sibley & Barlow, 2017). In jedem Fall sollte die Prävention schon in der frühen Kindheit beginnen, wenn die Voraussetzungen für den Umgang mit den eigenen Emotionen, mit neuen Herausforderungen und mit anderen Menschen in einer komplexen

Gesellschaft erst einmal geprägt werden – auch weil diese Kompetenzen bis zum Erwachsenenalter weitgehend erhalten bleiben.

Es gibt bereits eine Vielzahl von Präventionsprogrammen und -maßnahmen, aber das Wissen über ihre langfristige Wirksamkeit ist sehr gering. Daher sind wissenschaftlich fundierte Evaluierungsstudien über diese Auswirkungen erforderlich, um die Programme zu verbessern. Das Gleiche gilt für die Messung der Auswirkungen der Wirtschaftspolitik und anderer Programme. Hier gibt es noch viel zu tun.

Literatur

Achen, C. H., & Bartels, L. M. (2016). *Democracy for realists: Why elections do not produce responsive government*. Princeton University Press.

Adorno, Th. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J., & Sanford, N. (1950). *The authoritarian personality*. Harper and Row.

ARD. (2013). wahl.tagesschau.de. Bundestagswahl 2013. https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/analyse-wanderung.shtml. Zugegriffen am 08.03.2019.

ARD. (2016a). wahl.tagesschau.de. Mecklenburg-Vorpommern Wählerwanderungen. https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/analyse-wanderung.shtml. Zugegriffen am 08.03.2019.

ARD. (2016b). wahl.tagesschau.de. Berlin: Wählerwanderungen. https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/analyse-wanderung.shtml#11_Wanderung_SPD. Zugegriffen am 08.03.2019.

Armborst, A., Biene, J., Coester, M., Greuel, F., Milbradt, B., & Nehlsen, I. (2018). *Evaluation in der Radikalisierungsprävention: Ansätze und Kontroversen*. PRIF report 11, 2018. Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

Arzheimer, K. (2009). Contextual factors and the extreme right vote in Western Europe, 1980–2002. *American Journal of Political Science, 53*(2), 259–275.

Arzheimer, K. (2012). Electoral sociology: Who votes for the extreme right and why – And when? In U. Backes & P. Moreau (Hrsg.), *The extreme right in Europe: Current trends and perspectives* (S. 35–50). Vandenhoeck & Ruprecht.

Asahina, Y. (2015). *Mainstreaming of the right and a new right-wing movement in Japan*. MA thesis, University of Hawaii, Manoa.

Baier, D. (2018). Report for the 23rd German Congress on Crime Prevention. In H.-J. Kerner & E. Marks (Hrsg.), *Internet documentation of the German Congress on Crime Prevention*. http://www.praeventionstag.de/dokumentation/download.cms?id=2684&datei=Report-23GCOCP-Baier-2684.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.

Banks, M., & Gingrich, A. (2006). Introduction. Neo-nationalism in Europe and beyond. In A. Gingrich & M. Banks (Hrsg.), *Neo-nationalism in Europe and*

beyond – Perspectives from social anthropology (S. 1–16). Berghahn.
Bartels, L. M. (2014). Ideology and retrospection in electoral responses to the great recession. In N. Bermeo & L. Bartels (Hrsg.), *Mass politics in tough times: Opinions, votes and protest in the great recession* (S. 185–223). Oxford University Press.
Beelmann, A. (2017). *Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus. Gutachten im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller Universität Jena*. Jena. http://www.praeventionstag.de/nano.cms/news/details/2596. Zugegriffen am 08.03.2019.
Beelmann, A., & Heinemann, K. S. (2014). Preventing prejudice and improving intergroup attitudes: A meta-analysis of child and adolescent training programs. *Journal of Applied Developmental Psychology, 35*(1), 10–24.
Berelson, B. R., Lazarsfeld, P. F., & McPhee, W. N. (1954). *Voting. A study of opinion formation in a presidential campaign*. University of Chicago Press.
Betz, H.-G. (1993). The new politics of resentment: Radical right-wing populist parties in Western Europe. *Comparative Politics, 25*(4), 413–427.
Betz, H.-G. (2018). The radical right and populism. In J. Rydgren (Hrsg.), *The Oxford handbook of the radical right* (S. 86–104). Oxford University Press. Oxford Handbooks Online. http://www.oxfordhandbooks.com/view/10.1093/oxfordhb/9780190274559.001.0001/oxfordhb-9780190274559-e-5. Zugegriffen am 08.03.2019.
Blaya, C. (2018). Cyberhate: A review and content analysis of intervention strategies. *Aggression and Violent Behavior*. https://doi.org/10.1016/j.avb.2018.05.006. Zugegriffen am 08.03.2019.
Bornschier, S., & Kriesi, H. (2013). The populist right, the working class, and the changing face of class politics. In J. Rygren (Hrsg.), *Class politics and the radical right* (S. 10–30). Routledge.
Bornstein, D., & Rosenberg, T. (2016, November 14). When reportage turns to cynicism. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2016/11/15/opinion/when-reportage-turns-to-cynicism.html. Zugegriffen am 08.03.2019.
Bourdieu, P. (1984). *Distinction: A social critique of the judgement of taste*. Harvard University Press.
Bouvet, L. (2015). *L'insécurité culturelle*. Fayard.
Bowler, S., Denemark, D., Donovan, T., & McDonnell, D. (2017). Right-wing populist party supporters: Dissatisfied but not direct democrats. *European Journal of Political Research, 56*(1), 70–91.
Bramatti, D. (2018, November 11). Bolsonaro também ganhou entre as mulheres, diz Ibope. *Estadão*. https://politica.estadao.com.br/noticias/eleicoes,bolsonaro-tambem-ganhou-entre-as-mulheres-diz-ibope,70002588225. Zugegriffen am 08.03.2019.
Carnegie Endowment for International Peace. (2015). *Turkey's political parties*. Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace. http://carnegieendowment.org/2015/10/26/turkey-s-political-parties-pub-61743.

Zugegriffen am 08.03.2019.
Carriero, R. (2016). More inequality, fewer class differences: The paradox of attitudes to redistribution across European countries. *Comparative Sociology, 15*(1), 112–139.
Carroll, W. E. (2014). Far right parties and movements in Europe, Japan, and the Tea Party in the US: A comparative analysis. *Journal of Power, 2*(2), 205–222.
Castanho Silva, B. C., Fuks, M., & Tamaki, E. R. (2022). So thin it's almost invisible: Populist attitudes and voting behavior in Brazil. *Electoral Studies, 75,* 102434.
Castillejo, C. (2018). *EU engagement with Africa on migration: A change of approach required*. Briefing paper 9/2018. German Development Institute. https://www.die-gdi.de/uploads/media/BP_9.2018.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Centola, D., Becker, J., Brackbill, D., & Baronchelli, A. (2018). Experimental evidence for tipping points in social convention. *Science, 360*(6393), 1116–1119.
Christensen, H. S. (2015). Power sharing and political dissatisfaction: A multilevel analysis of the link between power-sharing institutions and kinds of political dissatisfaction in 24 European democracies. *European Politics and Society, 16*(2), 280–300.
Grabka, M. M. (2021). Einkommensungleichheit stagniert langfristig, sinktaber während der Corona-Pandemie leicht. *DIW Wochenbericht 88*(18) 308-316.
Clark, N. L., & Worger, W. H. (2013). *South Africa: The rise and fall of apartheid*. Routledge.
CNN Politics. (2016, November 23). Election 2016. *Exit polls*. http://edition.cnn.com/election/results/exit-polls. Zugegriffen am 08.03.2019.
Crush, J. (2008). *The perfect storm: Realities of xenophobia in contemporary South Africa*. Idasa.
Daheim, C., & Wintermann, O. (2015). *2050: Die Zukunft der Arbeit. Ergebnisse einer internationalen Delphi-Studie des Millennium Project*. Bertelsmann Stiftung.
Deegan, H. (2014). *Politics South Africa*. Routledge.
Deutsche Welle. (2016, November 10). *Top stories, Germany: Are AfD voters the same as Trump voters?* http://www.dw.com/en/are-afd-voters-the-same-as-trump-voters/a-36345438. Zugegriffen am 08.03.2019.
Devine, P. G., Plant, E. A., Amodio, D. M., Harmon-Jones, E., & Vance, S. L. (2002). The regulation of explicit and implicit race bias: The role of motivations to respond without prejudice. *Journal of Personality and Social Psychology, 82*(5), 835–848.
Dobbs, R., Madgavkar, A., Manyika, J., Woetzel, J., Bughin, J., Labaye, E., & Kashyap, P. (2016). *Poorer than their parents: Flat or falling incomes in advanced economies*. N.p.: McKinsey Global Institute. http://www.mckinsey.com/global-themes/employment-and-growth/poorer-than-their-parents-a-new-perspective-on-income-inequality. Zugegriffen am 08.03.2019.
Doerschler, P., & Banaszak, L. A. (2007). Voter support for the German PDS over time: Dissatisfaction, ideology, losers and east identity. *Electoral Studies, 26*(2), 359–370.

Dostal, J. M. (2015). The Pegida movement and German political culture: Is right-wing populism here to stay? *The Political Quarterly, 86*(4), 523–531.
Ebbinghaus, B., & Manow, P. (Hrsg.). (2004). *Comparing welfare capitalism: Social policy and political economy in Europe, Japan and the USA*. Routledge.
Ebner, J. (2017). *The rage: The vicious circle of Islamist and far-right extremism*. Tauris.
Elff, M., & Rossteutscher, S. (2011). Stability or decline? Class, religion and the vote in Germany. *German Politics, 20*(1), 107–127.
Faiola, A., & Lopes, M. (2018, October 7). Brazilian presidential election goes to a second round as far-right candidate narrowly misses an outright win. *The Washington Post*. https://www.washingtonpost.com/world/the_americas/brazilians-vote-in-presidential-election-with-a-trump-fan-as-front-runner/2018/10/07/7d82d512-c65d-11e8-9c0f-2ffaf6d422aa_story.html?noredirect=on&utm_term=.b56ed919039e. Zugegriffen am 08.03.2019.
FiveThirtyEight. (2021). How unpopular is Donald Trump? https://projects.fivethirtyeight.com/trump-approval-ratings/. Zugegriffen am 21.07.2022.
FiveThirtyEight (2023). Latest Polls, https://projects.fivethirtyeight.com/polls/generic-ballot/ (2023).
Flemes, D. (2018). *Brazil's elections: Nationalist populism on the rise*. GIGA Focus Lateinamerika, no. 5. https://www.giga-hamburg.de/en/publication/brazil%E2%80%99s-elections-nationalist-populism-on-the-rise. Zugegriffen am 08.03.2019.
Foucault, M. (2017, February 1). Présidentielle: La désagrégation du vote de gauche se poursuit. *Le Monde*. http://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2017/article/2017/02/16/presidentielle-le-vote-de-classe-de-plus-en-plus-eclate_5080595_4854003.html. Zugegriffen am 08.03.2019.
Frey, C. B., & Osborne, M. A. (2017). The future of employment: How susceptible are jobs to computerisation? *Technological Forecasting and Social Change, 114*, 254–280.
Fukuyama, F. (2018). *Identity: The demand for dignity and the politics of resentment*. Farrar, Straus and Giroux.
Gallup. (2018, August 26). *Presidential approval ratings – Donald Trump*. https://news.gallup.com/poll/203198/presidential-approval-ratings-donald-trump.aspx. Zugegriffen am 08.03.2019.
Globo.com G1. (2018, October 24). *Pesquisa Ibooe aponta opinião dos eleitores sobre Bolsonaro e Haddad com indice de rejeição e certeza do voto*. https://g1.globo.com/politica/eleicoes/2018/eleicao-em-numeros/noticia/2018/10/24/pesquisa-ibope-aponta-opiniao-dos-eleitores-sobre-bolsonaro-e-haddad-com-indice-de-rejeicao-e-certeza-do-voto-23-10.ghtml. Zugegriffen am 08.03.2019.
Golder, M. (2016). Far right parties in Europe. *Annual Review of Political Science, 19*, 477–497.
Grabka, M. M., Goebel, J., Schröder, C., & Schupp, J. (2016). Shrinking share of middle-income group in Germany and the US. *DIW Economic Bulletin, 6*(18), 199–210.

Grigera, J. (2017). Populism in Latin America: Old and new populisms in Argentina and Brazil. *International Political Science Review, 38*(4), 441–455.
Gupta, K. (2016). Right-wing politics in India and the United States: A comparison of the Rashtriya Swayamsevak Sangha and the Tea Party. *Concord Review, 26*(4), 1–29.
Haynes, A., Devereux, E., & Breen, M. J. (2009). In the know? Media, migration and public beliefs. *Translocations: Migration and Social Change*. https://ulir.ul.ie/bitstream/handle/10344/4871/haynes_mic3.pdf;sequence=1. Zugegriffen am 08.03.2019.
Hibbing, J. R., Smith, K. B., & Alford, J. R. (2014). Differences in negativity bias underlie variations in political ideology. *Behavioral and Brain Sciences, 37*(3), 297–307.
Hickel, J. (2014). "Xenophobia" in South Africa: Order, chaos, and the moral economy of witchcraft. *Cultural Anthropology, 29*(1), 103–127.
Hogan, J., & Haltinner, K. (2015). Floods, invaders, and parasites: Immigration threat narratives and right-wing populism in the USA, UK and Australia. *Journal of Intercultural Studies, 36*(5), 520–543.
Horkheimer, M. (Hrsg.). (1936). *Studien über Autorität und Familie. Schriften des Instituts für Sozialforschung*. Alcan.
Human Rights First. (2017). *Germany conflicted: The struggle between xenophobia and tolerance*. New York: Human Rights First. http://www.humanrightsfirst.org/sites/default/files/hrf-germany-conflicted-report.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Hunter, J. D., & Bowman, C. D. (2016). *The vanishing center of American democracy. The 2016 survey of American political culture*. Institute for Advanced Studies in Culture, University of Virginia.
Inglehart, R., & Norris, P. (2016). *Trump, Brexit, and the rise of populism: Economic have-nots and cultural backlash*. Faculty research working paper series RWP16-0 26. Harvard Kennedy School. https://faculty.uml.edu/sgallagher/Trump_Populism_Norris.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Jansen, R. S. (2015). Populist mobilization: A new theoretical approach to populism. In C. de la Torre (Hrsg.), *The promise and perils of populism: Global perspectives* (S. 159–188). University Press of Kentucky.
Jensen, U. (2017). *Zornpolitik*. Suhrkamp.
Kaltwasser, C. R. (2013). *Comparative perspectives on contemporary Western Europe, Latin America, and the United States*. Oxford: The Foundation for Law, Justice and Society. http://www.fljs.org/sites/www.fljs.org/files/publications/Kaltwasser.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Kaltwasser, C. R. (2015). Explaining the emergence of populism in Europe and the Americas. In C. de la Torre (Hrsg.), *The promise and perils of populism: Global perspectives* (S. 189–227). University Press of Kentucky.
Kazin, M. (1998). *The populist persuasion: An American history*. Cornell University Press.
Kitschelt, H. (2018). Party systems and radical right-wing parties. In J. Rydgren (Hrsg.), *The Oxford handbook of the radical right* (S. 166–199). Oxford University

Press.
Koehler, D. (2016). *Understanding deradicalization: Methods, tools and programs for countering violent extremism*. Routledge.
Koplow, M. J. (2017, April 16). After Erdogan's referendum victory. *Foreign Affairs*. https://www.foreignaffairs.com/articles/turkey/2017-04-16/after-erdogans-referendum-victory. Zugegriffen am 08.03.2019.
Kremnitzer, Y. (2022). *„Wir stehen vor einem Rätsel"*. Interview in taz, 31. Oktober 2022. Abgerufen am 5. November 2022 von https://taz.de/Krise-der-Demokratie/!5888440/
Levitsky, S. (2003). *Transforming labor-based parties in Latin America: Argentine Peronism in comparative perspective*. Cambridge University Press.
Levitsky, S., & Roberts, K. M. (Hrsg.). (2013). *The resurgence of the Latin American left*. John Hopkins University Press.
Lind, J. (2018). Nationalist in a liberal order: Why populism missed Japan. *Asia-Pacific Review, 25*(1), 52–74.
Lobo, S. (2017, September 20). Die AfD verstehen, ohne Verständnis zu entwickeln. *Spiegel Online*. http://www.spiegel.de/netzwelt/web/afd-im-bundestag-die-afd-verstehen-ohne-verstaendnis-zu-entwickeln-kolumne-a-1168883.html. Zugegriffen am 08.03.2019.
Madriaza, P., & Ponsot, A.-S. (2015). *Preventing radicalization: A systematic review*. International Center for the Prevention of Crime.
McCann, B. (2018). Brazil's new right. *Dissent, 65*(2), 114–121.
Merkel, W. (2016). Bruchlinien. Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie. *WZB Mitteilungen, 154*, 11–14.
Michael, G. (2015). A new American populist coalition? The relationship between the Tea Party and the far right. In C. de la Torre (Hrsg.), *The promise and perils of populism: Global perspectives* (S. 265–292). University Press of Kentucky.
Michel, E. (2017). *Welfare politics and the radical right: The relevance of welfare politics for the radical right's success in Western Europe*. European University Institute, Florence.
Mietzner, M. (2015). *Reinventing Asian populism: Jokowi's rise, democracy, and political contestation in Indonesia* (Policy studies 72). East-West Center.
Mondon, A. (2013). *The mainstreaming of the extreme right in France and Australia: A populist hegemony?* Ashgate.
Mudde, C. (2004). The populist zeitgeist. *Government and Opposition, 39*(3), 541–563.
Mudde, C., & Kaltwasser, C. R. (2013). Exclusionary vs. inclusionary populism: Comparing contemporary Europe and Latin America. *Government and Opposition, 48*(02), 147–174.
Mudde, C., & Kaltwasser, C. R. (2017). *Populism: A very short introduction*. Oxford University Press.
Muis, J., & Immerzeel, T. (2017). Causes and consequences of the rise of populist radical right parties and movements in Europe. *Current Sociology, 65*(6), 909–930.
Müller, J. W. (2018). Militant democracy and constitutional identity. In G.

Jacobsohn & M. Schor (Hrsg.), *Comparative constitutional theory* (S. 415–435). Edward Elgar Publishing.
Norton, M., & Ariely, D. (2011). Building a better America – One wealth quintile at a time. *Perspectives on Psychological Science, 6*(1), 9–12.
Parens, H. (2012). Attachment, aggression, and the prevention of malignant prejudice. *Psychoanalytic Inquiry, 32*(2), 171–185.
Pareto, V. (1935 [1916]). *The mind and society* (Vol. II). Harcourt, Brace & Company.
Passos, P. (2018, October 5). Democracia tem aprovação recorde no Brasil. *Folha de S. Paulo*. https://www1.folha.uol.com.br/poder/2018/10/democracia-tem-aprovacao-recorde-no-brasil.shtml. Zugegriffen am 08.03.2019.
Precht, R. D. (2018, April 21). Die Digitalisierung bedroht alles, was ist. Interview. *Der Spiegel*. http://www.spiegel.de/spiegel/richard-david-precht-die-digitalisierung-bedroht-alles-was-ist-a-1204080.html. Zugegriffen am 08.03.2019.
Reich, W. (1933). *Massenpsychologie des Faschismus. Zur Sexualökonomie der politischen Reaktion und zur proletarischen Sexualpolitik*. Verlag für Sexualpolitik.
Reiermann, C. (2018, July 14). Die Muster des Protests. *Der Spiegel, 29*, 66.
Reuband, K. H. (2015). Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen. *Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, 21*, 133–143. https://www.docdroid.net/w7bq/reuband-wer-demonstriert-in-dresden-fr-pegida-mip-2015-seiten-133-143-5-3.pdf.html. Zugegriffen am 08.03.2019.
Richmond, M. A. (2018, October 17). Bolsonaro's conservative revolution. *Jacobin*. https://jacobinmag.com/2018/10/brazil-election-bolsonaro-evangelicals-security. Zugegriffen am 08.03.2019.
Rifkin, J. (2004). *The European dream: How Europe's vision of the future is quietly eclipsing the American dream*. Tarcher/Penguin.
Rooduijn, M., Van Der Brug, W., & De Lange, S. L. (2016). Expressing or fuelling discontent? The relationship between populist voting and political discontent. *Electoral Studies, 43*, 32–40.
Roos, G. (2017). Preface. In *Technology-driven productivity improvements and the future of work: Emerging research and opportunities* (S. vii–xvi). IGI Global.
Rydgren, J. (2013). Introduction: Class politics and the radical right. In J. Rydgren (Hrsg.), *Class politics and the radical right* (S. 1–9). Routledge.
Samuels, D., & Zucco, C. (2014). The power of partisanship in Brazil: Evidence from survey experiments. *American Journal of Political Science, 58*(1), 212–225.
Schmidt, F. (2015). *Turkey's June 7, 2015 parliamentary elections: Voters opt for change*. Istanbul: Friedrich-Ebert-Stiftung. http://library.fes.de/pdf-files/bueros/tuerkei/11469.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
Sibley, C. G., & Barlow, F. K. (Hrsg.). (2017). *The Cambridge handbook of the psychology of prejudice*. Cambridge University Press.
Silva, B. C. (2017). *Contemporary populism: Actors, causes, and consequences across 28 democracies*. Doctoral dissertation, Central European University, Budapest. https://pds.ceu.edu/sites/pds.ceu.hu/files/attachment/basicpage/478/

castanhoesilvabruno-dissertation2017.pdf. Zugegriffen am 08.03.2019.
SORA/ISA. (2016). *Wahlanalyse: Wiederholung Stichwahl Bundespräsidentschaft 2016*. SORA. http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/bpw16-wh.html. Zugegriffen am 08.03.2019.
Spektor, M. (2018, October 28). It's not just the right that's voting for Bolsonaro. It's everyone. *Foreign Policy*. https://foreignpolicy.com/2018/10/26/its-not-just-the-right-thats-voting-for-bolsonaro-its-everyone-far-right-brazil-corruption-center-left-anger-pt-black-gay-racism-homophobia/. Zugegriffen am 08.03.2019.
Spiegel Online. (2016, March 21). *Fury and the AfD: Inside the revolt against Angela Merkel*. http://www.spiegel.de/international/germany/success-of-afd-populists-akin-to-revolt-against-merkel-a-1083147.html. Zugegriffen am 08.03.2019.
Spiegel Online. (2017, September 25). *Volksparteien laufen Wähler weg – AfD und FDP profitieren*. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlergebnisse-volksparteien-laufen-waehler-weg-afd-und-fdp-profitieren-a-1169611.html. Zugegriffen am 08.03.2019.
Spiewak, M. (2018, September 26). Pessimismus: Was nicht in der Zeitung steht. *Zeit*. https://www.zeit.de/2018/40/pessimismus-medien-stimmung-gesellschaft-verstaerkung. Zugegriffen am 08.03.2019.
Starmans, C., Sheskin, M., & Bloom, P. (2017). Why people prefer unequal societies. *Nature Human Behaviour, 1*(4) No. 0082.
Swank, D., & Betz, H. G. (2003). Globalization, the welfare state and right-wing populism in Western Europe. *Socio-Economic Review, 1*(2), 215–245.
Thachil, T. (2014). Elite parties and poor voters: Theory and evidence from India. *American Political Science Review, 108*(2), 454–477.
The Economist. (2016, December 19). *What is populism?* http://www.economist.com/node/21712074/print. Zugegriffen am 08.03.2019.
The Jerusalem Post (2022). *Far-right Ben-Gvir, Smotrich win big in Israel elections.* Abgerufen am 5. November 2022 von https://www.jpost.com/israel-elections/article-721229.
Timbro. (2019). *Populists are gaining ground.* Stockholm: Timbro. https://populismindex.com/. Zugegriffen am 16.09.2022.
Tyler, T. (2011). Procedural justice shapes evaluations of income inequality: Commentary on Norton and Ariely (2011). *Perspectives on Psychological Science, 6*(1), 15–16.
Vaish, A., Grossmann, T., & Woodward, A. (2008). Not all emotions are created equal: The negativity bias in social-emotional development. *Psychological Bulletin, 134*(3), 383–403.
Van der Heijden, B. I. J. M., & De Vos, A. (2015). Sustainable careers: Introductory chapter. In A. De Vos & B. I. J. M. Van der Heijden (Hrsg.), *Handbook of research on sustainable careers* (S. 1–19). Edward Elgar.
Vehrkamp, R., & Wratil, C. (2017). *A populist moment? Populist attitudes of voters and non-voters before the German federal election 2017*. Bertelsmann Stiftung.
Von Mering, S., & McCarty, T. W. (2013). Introduction. In S. Von Mering & T. W.

McCarty (Hrsg.), *Right-wing radicalism today: Perspectives from Europe and the US* (S. 1–12). Routledge.
de Vries, C., & Hoffmann, I. (2016). *Fear not values. Public opinion and the populist vote in Europe*. Bertelsmann Stiftung.
Wahl, K. (1989). *Die Modernisierungsfalle. Gesellschaft, Selbstbewusstsein und Gewalt*. Suhrkamp.
Wahl, K. (2000). *Kritik der soziologischen Vernunft. Sondierungen zu einer Tiefensoziologie*. Velbrück Wissenschaft.
Wahl, K. (2005). Roots of Xenophobia and violence against migrants personality, parents, pedagogues, peers, and emotions. In D. Hoerder, Y. Hébert & I. Schmitt (Hrsg.), *Negotiating transcultural lives: Belongings and social capital among youth in comparative perspective* (S. 59–68). V&R unipress.
Wahl, K. (2007). *Vertragen oder schlagen? Biografien jugendlicher Gewalttäter als Schlüssel für eine Erziehung zur Toleranz in Familie, Kindergarten und Schule*. Cornelsen-Scriptor.
Wahl, K. (2013). *Aggression und Gewalt. Ein biologischer, psychologischer und sozialwissenschaftlicher Überblick*. Spektrum Akademischer.
Wahl, K. (2021). Wann sollte wirksame Prävention ansetzen? Transkript des Präventions-Podcasts (Episode 1, 2021) der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK): Wegweiser Prävention – Entwicklungsförderung und Gewaltprävention. https://www.wegweiser-praevention.de/. https://www.researchgate.net/publication/357164502_Wann_sollte_wirksame_Pravention_ansetzen_Transkript_des_Praventions-Podcasts_Episode_1_2021_der_Stiftung_Deutsches_Forum_fur_Kriminalpravention_DFK_Wegweiser_Pravention_-_Entwicklungsforderung_und_Gew. Zugegriffen am 25.07.2022.
Wahl, K. (2022). Frühe Prävention von Gewalt. Vortrag beim Kongress für Kinder- und Jugendmedizin. Sitzung „Kinderschutz – Aggression – Gewalt – Trauma“, Düsseldorf, 10.09.2022
Wahl, K., Honig, M.-S., & Gravenhorst, L. (1982). *Wissenschaftlichkeit und Interessen. Zur Herstellung subjektivitätsorientierte Sozialforschung*. Suhrkamp.
Wahl, K., Tramitz, C., & Blumtritt, J. (2001). *Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen. Eine interdisziplinäre Untersuchung*. Leske + Budrich.
Wastnidge, E. (2019). Imperial grandeur and selective memory: Re-assessing Neo-Ottomanism in Turkish foreign and domestic politics. *Middle East Critique*. https://doi.org/10.1080/19436149.2018.1549232. Zugegriffen am 08.03.2019.
Widmer, T., Blaser, C., & Falk, C. (2007). Evaluating measures taken against right-wing extremism. *Evaluation, 13*(2), 221–239.
Yaniv, N. W., & Tenenboim-Weinblatt, K. (2017). Right-wing populism and beyond. In T. Aalberg, F. Esser, C. Reinemann, J. Stromback & C. De Vreese (Hrsg.), *Populist political communication in Europe* (S. 207–220). Routledge.
Zúquete, J. P. (2018). From left to right and beyond: The defense of populism. In C. de la Torre (Hrsg.), *Routledge handbook of global populism* (S. 430–448). Abingdon.
Zürn, M. (2016). Jenseits der Klassenfrage. Neue Konfliktlinien zeigen sich in

Europa, der Türkei und Amerika. *WZB Mitteilungen, 154*, 7–9.
Zürn, M. (2018). *A theory of global governance: Authority, legitimacy, and contestation*. Oxford University Press.